

A. SARTORIUS VON WALTERSHAUSEN

EINFÜHRUNG IN DIE
VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE



**EINFÜHRUNG IN DIE
VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE**

**GESCHICHTE
THEORIE UND POLITIK**

VON

A. SARTORIUS VON WALTERSHAUSEN



SPRINGER FACHMEDIEN WIESBADEN GMBH 1922

ISBN 978-3-663-15467-9 ISBN 978-3-663-16038-0 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-663-16038-0
SOFTCOVER REPRINT OF THE HARDCOVER 1ST EDITION 1922

ALLE RECHTE, EINSCHLIESSLICH DES ÜBERSETZUNGSRECHTS, VORBEHALTEN

VORWORT

Vor hundert Jahren wurde auf deutschen Universitäten die Volkswirtschaftslehre, wenn überhaupt, als Nebenfach von Historikern, Kameralisten und Politikern gelehrt. Heute ist auf jeder eine Anzahl von Lehrern erforderlich, die als Spezialisten im Hauptfach zusammenwirken, um den Studierenden die Wirtschaftswissenschaft zu übertragen. Um 1815 war Deutschland noch vorwiegend ein Agrarland mit weitgehender Eigenproduktion, gegenwärtig ist es ein Industrie- und Handelsland mit hoch ausgebildetem Kredit-, Kapital- und Transportverkehr. An die Stelle einfacher sind höchst vielartige, oft nicht leicht zu durchschauende Zustände getreten.

Daher gehört es jetzt zur allgemeinen Bildung eines jeden, der in das praktische wirtschaftliche oder politische Leben eintreten will oder in ihm steht, sich in dem scheinbar wirren, in Wahrheit nicht ungeordneten Ganzen der Volks- und Weltwirtschaft zurechtzufinden. Doch nicht jeder hat Zeit und Neigung, sich in das umfangreiche Gebiet der Theorie, Geschichte und Politik einzuarbeiten, obwohl er das Gefühl hat, daß diese drei Richtungen des Denkens im Zusammenhang von ihm erfaßt werden müssen. Dem Wunsche nach einer solchen Orientierung soll diese „Einführung“ entsprechen.

Derjenige, der auf eine längere Reihe an Beobachtungen reicher Jahre zurückblickt, pflegt in der Erfahrung, und somit auch in der sozial-ökonomischen, den Lehrmeister zu verehren. Er ist den Tatsachen der Wirtschaftsgeschichte leicht zugänglich und wählt sie gern zum Ausgang seiner allgemeinen Betrachtung und auch seines Handelns. Wer die Dinge seiner Umgebung vorwiegend politisch wertet, stellt die erreichbare Zielsetzung am liebsten voran, aber er möchte auch verstehen, wie sich die Wissenschaft zur Politik verhält, so daß er Vergangenheit und allgemeine Theorie zu Rate ziehen wird. Die Jugend, der daran gelegen ist, wissenschaftliche und politische Fragen zu beantworten, ist für die Welt der zusammenhängenden Gedanken besonders empfänglich. Ihr theoretischer Drang soll nicht übersehen werden. Sie will

nicht mit Stoff überlastet sein, ihr hungert weniger nach breitem abgeschlossenem Wissen als nach prinzipieller Einsicht, mit der sie glaubt die Zukunft beherrschen zu können. Das hat Goethe in Wahrheit und Dichtung an seinem eigenen Entwicklungsgang lebendig dargestellt, und wenn er dabei den Satz ausspricht: „Die Jugend will lieber angeregt als unterrichtet sein“, so weiß der Verfasser kein besseres Motto, das er seinem Buche vorausschicken könnte.

Die „Einführung“ wendet sich nicht nur an die akademische, sondern an die deutsche Jugend mit einiger Vorbildung überhaupt. Ihr ist dies Buch gewidmet in einer Zeit der schwersten geistigen und materiellen Notlage des Vaterlandes, aus der die heutigen Jünglinge, dereinst zu Männern geworden, das Volk zu erretten berufen sind.

Um die Erörterungen leicht faßbar zu machen, wird mit einfachen, allgemein verständlichen Voraussetzungen überall der Anfang gemacht und dann erst zu einer Vertiefung fortgeschritten. Die einzelnen Abschnitte und Kapitel sollen keine abgeschlossenen Essays sein, sondern Teile von einem Ganzen, wie es sich der Verfasser wissenschaftlich vorstellt. Er ist sich bewußt, daß ein solches Buch auch von anderen Gesichtspunkten aus geschrieben werden kann. Man wird aber eine subjektive Behandlung da gestatten, wo sie mit dem Wesen der Aufgabe auf das engste zusammenhängt.

Gauting bei München, September 1922.

A. Sartorius von Waltershausen.

INHALTSVERZEICHNIS

A. ENTWICKLUNG DER GRUNDBEGRIFFE		Seite
I. Die Einzelwirtschaft		1
Die private Einzelwirtschaft auf dem Lande und in der Stadt 1. Technik und Ökonomik 2. Anwendung logischer Begriffe auf das Wirtschaftsleben 2. Aufgabe der Wissenschaft 4. Individualpsychologie 5.		
II. Die Sozialökonomie		5
Das Wesen des Sozialen 6. Erforschung der Sozialwirtschaft 7. Schwierigkeiten dabei 7. Volkswirtschaftslehre 9. Sozialpsychologie 9.		
III. Die Gemeinwirtschaft		11
Die private und die öffentlichrechtliche Gemeinwirtschaft 11. Rechtsformen und Beispiele der ersteren 12. Finanzwirtschaft 13. Sozialistischer Zukunftsstaat 14. Erfolg und Niedergang des Oneidakommunismus 15.		
IV. Einkommen und Ertrag		17
Natural-, Lohn-, Geldeinkommen 17. Volkseinkommen 19. Reinerträge 20. Kapital als Produktionsmittel und als Quelle von Einkommen 21. Zins als Einkommen 21. Nationaleinkommen in der Weltwirtschaft 22. Steuerabzug vom Einkommen 22.		
V. Der wirtschaftliche Wert.		22
Subjektives Abschätzen als Ausgang 22. Güter, die dem Bedürfnis gegenüber in beschränkter Menge vorhanden sind und freie Güter 23. Schätzung nach Bedarf und Vorrat 24. Geschichte des Wertbewußtseins in Eigenproduktion und Tauschverkehr 25. Angebot und Nachfrage 26. Tauschwert 26. Objektivierung des Wertes 27. Relativ feste Werte 27.		
VI. Geld und Preis		27
Schwierigkeiten des Naturaltausches 27. Tauschmittel und Wertmesser 28. Tauschvorgänge im antiken Rom 28. Kupfergeld 29. Edelmetalle 29. Preis 29. Wert des Geldes 30. Wert der Scheidemünzen 31, der Währungsmünzen 31. Begriff der Geldzirkulation 34. Papier- und Metallgeld verglichen 36. Quantitätstheorie 37. Notwendigkeit der Geldstabilisierung 38. Feste Preise 39. Fester Goldwert 39. Produktionskosten und Preise 40.		
B. DIE VOLKSWIRTSCHAFT VOM GESCHICHTLICHEN STANDPUNKT		
I. Zur Theorie der Wirtschaftsgeschichte		40
Die Geschichte einer Privatwirtschaft 40, einer Stadt 41, eines Volkes 42. Vom nationalen Standpunkt und dem der Wirtschaftspolitik 42. Zustandsschilderung 43. Beschränkung auf das Ökonomische 44. Geschichte der Begriffe und Theorien 45. Hegels Geschichtsphilosophie 46. K. Marx als Hegelianer 46. A. Schopenhauer 47. Entwicklungsgesetze 47. Unveränderlichkeit der menschlichen Natur 47. Rassen- und Nationalitätstypen 48. Schlußfolgerungen 49.		
II. Das Wirtschaftsgebiet		49
Die Herrschaft über die Natur als geschichtlich geworden 49. Befähigung eines Volkes das Wirtschaftsgebiet zu benutzen 50. Klima und menschliche Tätigkeit 50. Anschauung Goethes 51. Geographische Soziologie 52. Deutschlands Weltstellung 53. Abrundung und Größe 55. Wald 57. Landwirtschaft 57. Bergbau 58. Standorte der Industrie 60. Natürliche Bedingungen des Verkehrs 60. Wirtschaftlicher Charakter der Deutschen 61. Zusammenfassung 64.		

	Seite
III. Der technisch-ökonomische Fortschritt in der Geschichte	65
Der Fortschrittsgedanke in der Menschheit 65. Kontinuität und Konservatives in der Technik 66. Progression und Fortbestand der Technik 66. Verbreitung durch den Verkehr 67, durch Wanderung 68. Technisch-ökonomisches Zeitalter der letzten 150 Jahre 69. Technisch-ökonomische Geschichtskonstruktion von Marx und Engels 70. Einwände 71. Stadt- und Staatsbildung 72. Die Familie 73. Religion, Morallehre, Wissenschaft, Kunst 76. Ergänzung der politischen Betrachtungsweise in der Geschichte durch die ökonomische 77. Resultat 78.	
IV. Eigen- und Verkehrswirtschaft	79
Vollendete Form einer verkehrsmäßigen Versorgung 79. Ländliche Eigenproduktion in unserer Zeit 81. Geschichtlicher Wandel beider Formen 82. Primitive Wirtschaftsstufe einer Horde 82. Fortschreitende Technik 83. Patriarchalische Eigenwirtschaft 83. Römische Zustände 83. Pompeji 84. Mittelalterliche Fronhöfe 85. Stadt und Land 85. Zustände nach dem Dreißigjährigen Krieg 86. 18. Jahrhundert 86. 19. Jahrhundert 87. Sozialistische Eigenproduktion 88. Kritik des Staatskommunismus vom Standpunkt verbrauchsfähiger Güter 88. Zusammenhang von Gütererzeugung und Verbrauch der Größe nach in der Eigenwirtschaft 90, unter dem Austausch von Stadt und Land 91, in der Volkswirtschaft 92. Die Unternehmung und ihre sozialpolitische Korrektur 93.	
V. Der wirtschaftliche Spezialisismus	94
Spezialisismus und Arbeitsteilung 95. Geschichtliche Entwicklung 96. Arbeitsvereinigung 97. Der Markt 97. Voraussetzungen der Nachfrage auf ihm 98. Beabsichtigter und nichtbeabsichtigter Spezialisismus 98. Landwirtschaft 100. Handwerk 100. Zunftwesen 101. Manufakturen 101. Marx' Theorie der Manufaktur 102, Erörterungen dazu vom historischen Standpunkt 104. Lohnarbeiter und Übermaß der Arbeitsteilung 106.	
VI. Die Ortsbewegung von Gütern und Menschen	106
Geschichte der Transportmittel 106. Ihre fortschreitende Intensität 107. Parallelismus und Abweichung davon in der Volkswirtschaft 108. Amerikanischer Eisenbahnbau 108. Theorien über die Produktivität der Transportmittel 110. Thünens isolierter Staat 111. Relativer Wert der Ackerbausysteme 112. Frachtkosten für landwirtschaftliche Produkte in der neueren deutschen Wirtschaftsgeschichte 113. Abschwächung der Bedeutung der Transportkosten gegen andere die Landwirtschaft bestimmenden Faktoren 114. Anwendung der Thünenschen Regel auf Bergbau und Industrie 115.	
VII. Handel, Banken und Börsen	116
Groß- und Kleinhandel 116. Kaufmännisches Gewinnstreben 117. Auch bei den Kommunisten 118. Definition des Handels 119. Keine Entbehrlichkeit des Kleinhandels 119. Konsumvereine 119. Agenten und Kommissionäre der Produzenten 120. Privatbankier und Bankgesellschaften 121. Noten-, Hypotheken-, Kreditbanken 122. Bankverstaatlichung 124. Wertpapierbörse 125. Kapitalistisches Phantom 126. Spekulationen wie heute schon im Altertum 126. Getreidecorner in Chicago und im alten Ägypten 128. Berechtigte und unberechtigte Spekulation 128.	
VIII. Die Einkommenverteilung. Die liberale Volkswirtschaftslehre	129
Einkommen und Ertrag 129. Einkommen und Warenpreis 130. Arbeitseinkommen des Beamten und Lohnempfängers 132. Lohnmaximum 134. Der Gewinn 134. Der Zins 135. Die liberale Theorie seit Smith 136. Die Grundrente 137. Monopoleinkommen 139. Historische Kritik des liberalen Verteilungsschemas 140. Einkommenverteilung von 1815—1914 in Deutschland 140. Zusammenfassung der relativen Anschauung 143. Verteilung des Einkommens in der Familie 145.	

IX. Die Bevölkerung	Seite 146
Bevölkerungszunahme und -abnahme in historischen Zeiten 147. Die Malthussche Theorie 148. Darwinismus 149. Produktiver Fortschritt unter Bevölkerungsstauung 150. Kritische Einwände 151. Bestreitung der Tendenz der Bevölkerungsvermehrung als etwas absolutem 151. Wirtschaft und Bevölkerung 152. Geringer intensiver Anbau auf der Erde 153. Abnehmender Rothertrag in der Landwirtschaft 153. Soziale und politische Einwände gegen Malthus 154. Relative Übervölkerung und ihr Verschwinden 155.	

C. VOLKS- UND WELTWIRTSCHAFT

I. Begriffsmäßiges von der Weltwirtschaft	156
Begriff und Inhalt des internationalen Verkehrs 156. Rechtliche Grundlage der Weltwirtschaft 157. Die Tatsache der Gegenseitigkeit 159. Rechtsformen zwischenstaatlicher Verknüpfung 159. Wirtschaftliche und politische Gegensätze in der Weltwirtschaft 160. Imperialismus 161. Wenige große Weltreiche 164. Unabhängigkeit und Selbstgenügsamkeit 165. Die Wechselwirkung in der Weltwirtschaft 166. Gemeinsames Bewußtsein 167. Der Merkantilismus 169. Handels- und Industriebeförderung 170. Ausbildung der Geldwirtschaft 170. Geld als abstraktes Kaufmittel 171. Internationale Produktionsverteilung im 19. Jahrhundert 173. Moderne Transportmittel 174.	
II. Der einseitige Industrie- und Agrarstaat	174
Industriestaaten in Europa 175. Ihre Entstehung unter der industriellen Technik und der neuzeitlichen Transportmittel 175. Industrielle und agrare Provinzen eines Landes 176. Gefahren des einseitigen Industriestaates 176. Auswege aus diesem Zustand 177. Auswanderung von Industriearbeitern 178. Abnahme der Bevölkerung 179. Langfristige Handelsverträge 180. Enge wirtschaftliche Verbindung von Mittel- und Osteuropa 180.	
III. Gläubiger- und Schuldnerstaat. Die Valuta im zwischenstaatlichen Verkehr	184
Entstehen des Auslandskapitalismus 185. Handelsbilanz 185. Forderungs- und Verpflichtungsbilanz 185. Zahlungsbilanz 186. Devisen und Valuten zu Zahlungszwecken 187. Goldausfuhr 187. Internationale Zahlungen während des Krieges 188. Entwertung der Mark nach dem Kriege 188. Markmilliarden im Ausland 189. Valutaschwäche und Außenhandel 190. Valuten und Weltwirtschaft 191. Arbitrage 192. Wiederaufbau der gesunkenen Währungen 194.	

D. DIE SOZIALÖKONOMISCHE GESETZMÄSSIGKEIT

I. Die Notwendigkeiten im Wirtschaftsleben. Die Physiokraten	195
Die Aufgabe der Theorie 195. Kausalität 196. Natürliche Notwendigkeit 196. Das ökonomische Prinzip und seine Begründung 197. Naturtatsachen, Betriebs- und soziale Rechtsform 199. Die Begründer der Physiokratie 201. Produktive und sterile Klasse 201. Die ökonomische Tafel Quesnays 202. Praktische Forderungen im Anschluß an sie 203. Die Theorie des Gehenslassens 204. Doppelsinnigkeit der Physiokratie 204. Ihre historische Würdigung 204. Ihre theoretischen Verdienste 205.	
II. Die Erfahrungsgesetze	206
Praktische Regeln und theoretische Gesetze 206. Ausnahmen 207. Gesetze der äußeren Natur und soziale 208. Privat- und sozialwirtschaftliche Gesetze 208. Landwirtschaftslehre 209. Gartenbau 210. Industrie 210. Handel 210. Interessengegensätze und sozialökonomische Regeln 211. Geldwesen 212. Gesetzmäßigkeit im Verkehr bei Doppelwährung 212. Gesetz des abnehmenden Rothertrages bei der Intensifikation der Landwirtschaft 214. Die Statik im Ackerbau als soziales Gesetz 215. Transport und Trägheitsprinzip 215. Lebensalter und Sterblichkeit 216. Soziale Gesetze und historische Nationalökonomie 216.	

	Seite
III. Die Methode der Isolierung	217
Klassische deduktive Nationalökonomie 217. Reaktion gegen die herrschende Schule bei Adam Müller und Fr. List 218. Isoliermethode 218. Ricardos Theorie vom Tauschwert, Preis, von der Bodenrente, dem Gewinnausgleich und dem Arbeitslohn 219. Thünen und Hermann 223. Nutzen der Isoliermethode 224. Möglichkeit verschiedener Isoliermethoden 224. Das Kollektivsystem als Schema ist abzulehnen 225. Die österreichische Schule der Nationalökonomie 226. Grenznutzentheorie 228. Kritik der Bedürfnisskala 229. Partielle Isoliermethode an drei Beispielen 231. Fr. Bastiats ökonomische Harmonien 232.	
IV. Die finanzwissenschaftliche Methodik	233
Drei Perioden des Verhältnisses der Finanzwissenschaft zur Volkswirtschaftslehre in Deutschland 233. Ökonomische Abstraktionen und Isolierungen in der Finanzwissenschaft 234. Einige Beispiele 234. Historische Reaktion 234. Ältere und neuere Lehrbücher 235. Relative Finanzpolitik 236. Ablehnung einer alleinigen Einkommensteuer 236. Finanzsysteme 236. Gebühren und soziale Beträge 237. Staatstheorien und Steuern 237. Individuelle Steuerbemessung 238. Zusammenstimmen von Finanz- und Wirtschaftspolitik 239.	
E. DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK	
I. Der Zusammenhang zwischen Theorie und Praxis	239
Die Erfahrung des Staatsmanns und des sozialen Theoretikers und beider Zielsetzung 239. Sozialwissenschaft und Naturwissenschaft 240. Voraussetzungslose Wissenschaft 241. Die großen Nationalökonomien als Forscher und Politiker 242. A. Smiths internationale Freiheitslehre 243. Fr. Lists nationales System 244. Thünen und Rodbertus 245. Sozialisten 247. Fortschritt der Wissenschaft durch neue Synthesen 249. Niederschlag der Systeme 249.	
II. Der Staat und die Volkswirtschaft	250
Der Staat als Selbstzweck der Entwicklung bei Hegel 250. Lehre des Aristoteles vom Staatsorganismus 250. Wandel der Staatsformen 251. Wirtschaftlicher und politischer Werdegang 252. Kritik der aristotelischen Lehre 253. Geschichtliche Entstehung des Staates 254. Wirtschaftspolitik in der Periode der Eigen- und der Verkehrswirtschaft 256. Staatsbetrieb als politisches Gebot 257. Finanzmonopole 258. Postwesen 258. Eisenbahnen 258. Waldbetrieb 260. Staatssozialismus 261.	
III. Nationale Wirtschaftspolitik	262
Begriff des Nationalstaates 262. Nationales Wirtschaften 263. Nationale Schwäche bei den Deutschen 264. Antinationale Sozialdemokratie 267. Bismarcks nationale Wirtschaftspolitik 267.	
IV. Ziele deutscher Wirtschaftspolitik	268
Rückblick in die Vergangenheit bis 1815 268. Nachahmung Englands in Freihandel und Industriestaat 269. Gefahren einer wieder aufgenommenen Industriestaatspolitik 271. Verstärkung der Landwirtschaft 272. Innere Kolonisation 274. Rückgriff auf Weltwirtschaft mit Maß und Ziel 275. Mittelstandspolitik 276. Lohnarbeiter, Gewerkschaften und Sozialdemokratie 277. Reformpartei der Arbeiter 277. Gewinnbeteiligung 280. Berufsvertretung in der Politik 281. Auswärtige Politik 282.	

A. ENTWICKLUNG DER GRUNDBEGRIFFE

I. DIE EINZELWIRTSCHAFT

Wenn du an einem sonnigen Herbstvormittag der Stadt zur Erholung entwichen bist und die von gelbbraunen Stoppelfeldern eingefasste Landstraße dahinschreitest, so siehst du hier einen Bauern langsam mit dem von zwei schweren Pferden gezogenen Pflug tiefe Furchen ziehen, dort einen anderen, der die schon früher aufgeworfenen und jetzt ausgetrockneten Schollen mit der schwankenden Egge hinter seinem beweglicheren Ochsespann verkleinert und einebnet, dort einen dritten, der aus dem weißen, um die Schulter gelegten, sackmäßig ausgebauchten Tuch, im Rhythmus den rechten Arm streckend und einziehend, den Samen auf den vorbereiteten Boden auswirft. In der Landwirtschaft erfolgt, wie du hier verfolgen kannst, mit Regelmäßigkeit eine Handlung nach der anderen, denn was der eine heute nicht getan hat, muß er morgen nachholen.

Du läßt die Felder hinter dir, erfreust dich an dem farbigen Herbstwald und folgst dem Pfad an dem mit raschen Sprüngen zu Tal eilenden Bergbach entlang. Nun hörst du, höher gestiegen, das doppeltonige Summen einer Sägemühle und trittst heran. Einige Arbeiter bringen auf Walzen Baumstämme zur Säge herbei, andere stellen sie horizontal auf die Säge ein, die, von der Wasserkraft getrieben, Stück für Stück abtrennt, wieder andere schichten die Bretter und Latten in Würfel auf, und zugleich wird nicht weit davon ein Wagen mit dem völlig getrockneten Erzeugnis zur Abfuhr beladen. Diese ganze Tätigkeit nennst du eine industrielle. Auch hier folgt notwendig das eine auf das andere, und alles vollzieht sich in Bewegung, in deren Beobachtung die Zeit dir schnell verläuft.

Inzwischen ist es Mittag geworden, du bist froh, dein Wanderziel, das hochgelegene Gasthaus, zu betreten. In der Küche vernimmst du die Schüsseln angenehm klappern, auf dem Herde brodelt die Suppe, die Kellnerin deckt dir den Tisch. Wiederum schaust du, hier in der Haus-

wirtschaft, wie alles planmäßig voranschreitet, und wie eine Handlung aus der vorhergehenden entsteht.

Was du auf dem Lande an wirtschaftlicher Tätigkeit betrachtet hast, kannst du morgen, in die Stadt zurückgekehrt, in anderer Form wahrnehmen, etwa in den Gärten hinter den Häusern, in der Maschinenfabrik mit ihrem hohen Schlote, in dem Warenhaus, wo zwar keine Gegenstände erzeugt, aber nach vielerlei Hin- und Hertragen, Umpacken, Teilen und Sortieren zum Verbrauch bereitgestellt werden, in den Geschäftsräumen der Bank, wo Geld ein- und ausgezahlt, um- und abgeschrieben wird, damit die Produzenten ihre Verrichtungen fortsetzen und die Verbraucher sich mit Barem versehen können, am Bahnhof, wo die Züge einlaufen, und am Fluß, wo die Schiffe entladen und befrachtet werden.

Was du dir gestern und heute gemerkt hast, ist ein von der Vernunft erkanntes, zielbewußtes, zugleich gebotenes Handeln, kein starres, unveränderliches Sein, sondern ein stetes Werden. Die dem Willen eines jeden dieser einzelnen Personen, des Landwirts, des Industriellen, des Kaufmanns, folgende Gesamttätigkeit nennt man die private Einzelwirtschaft, in der sich ein technisches, d. h. ein bestimmtes Können zur Erzeugung, zum Transport, zum Austausch von solchen materiellen Gegenständen — Gütern —, die zu dem Leben als nötig erachtet werden, mit einer steten Berechnung, was die Sache bringt, oder schärfer, zeitgemäß formuliert, wie das Verhältnis von Kosten und Ertrag sich stellt, aufs engste, oft unlösbar verbindet. Das qualitative Schaffen ist einer quantitativen Kontrolle unterworfen.¹⁾

Wir haben somit einige Begriffe aufgestellt oder aus den gemachten konkreten Erfahrungen etwas Gemeinsames herausgeschält, von Verschiedenheiten also abgesehen, wir haben einen Gedanken abgezogen, abstrahiert. Wir sind aber schon weiter gegangen und haben das beobachtete zielbewußte Tun des näheren untersucht, in einzelne Teile aufgelöst, analysiert. Erstens haben wir den Inhalt des letzten Wollens genannt: die Versorgung mit Sachgütern, was das Wesen jeder Wirtschaft ausmacht, dann die Voraussetzung, daß die Güter in brauchbarem Zustande geliefert werden müssen, und drittens den rechnenden Vergleich, daß sich der Aufwand an Arbeitskraft und an Hilfsmitteln lohnt. Denn alle die Leute, die wir kennen gelernt haben, betreiben ihr Geschäft mit Ernst, nicht etwa als Spielerei oder als Zeitvertreib. End-

1) F. W. v. Hermann, Staatswirtschaftliche Untersuchungen. 2. Aufl. 1874. S. 10f.

lich ist noch einmal zu betonen, daß alles, was wir in uns aufnahmen, Vorgänge waren, von denen der eine den anderen bedingte, unter einer Reihenfolge, die wir als eine notwendige begriffen. Die Gesetzmäßigkeit wird zu einer festen Linie in unserem Nachdenken.

Wenn wir mit dem Bauern Gelegenheit hatten, uns zu unterhalten, so hat er uns vielleicht erzählt, daß er vor dem Pflügen das Feld habe düngen müssen, daß hier, wo er Weizen säe, in diesem Sommer Klee gestanden habe, und daß der Acker in dem nächsten Jahr mit Kartoffeln bepflanzt werden solle. Wir haben darüber nachgedacht, und als wir wieder einmal Gelegenheit hatten, mit einem Landwirt zu sprechen, erfuhren wir dasselbe oder Ähnliches. Es wurde uns weiterhin aus Berichten und Büchern bestätigt. Aus unseren Eindrücken bildeten wir uns nun zwei Sätze, erstens daß der Boden gedüngt werden muß, wenn er ordentlich tragen soll, zweitens daß es erwünscht ist, ihn nicht jedes Jahr mit der gleichen Frucht zu bestellen. Diese Sätze enthalten eine Schlußfolgerung unter Zusammensetzung verschiedener Aussagen und Begriffe. Man nennt dies eine Synthese. Unser Verfahren zur Gewinnung der Einsicht bestand aus Augenschein bzw. aus Umfragen, nach welchen wir unter Abstraktion allgemeine Sätze formulieren. Das heißt man Induktion. Der Inhalt unseres Wissens ist Ursache und Wirkung: Düngung und Fruchtwechsel heben die Erträge. Wir sprechen von einer bestimmten Kausalität, die den landwirtschaftlichen Betrieb beherrscht.

Kehren wir noch einmal zu der Sägemühle zurück. Wir hatten dort bemerkt, daß vier Gruppen von Arbeitern gleichzeitig nebeneinander beschäftigt waren. Die eine wälzte die Stämme, die zweite zersägte sie, die dritte schichtete die Bretter, die vierte verlud. Es mochte uns praktisch erscheinen, daß der Gesamtvorgang zerlegt wurde. Denn so konnte er ohne Unterbrechung fortgesetzt werden, und es mußte das Ergebnis der Anstrengung ein weit besseres werden, als wenn dieselben Arbeiter alle Handleistungen nach und nach besorgt hätten. Durch weitere Forschung in anderen Betrieben gewinnen wir nun das allgemeine Prinzip des Inhalts, die Arbeitsteilung sei produktiv. Stellen wir es an die Spitze von Schlußfolgerungen, ohne die Erfahrung weiter heranzuziehen, und wenden es auf neue Gebiete an, z. B. sozial auf Unternehmer und Arbeiter oder national auf mehrere Staaten, so haben wir eine Deduktion vor uns. In der Länge der Ableitungen kann eine Gefahr liegen, wenn die Zwischenglieder ungenau eingeschaltet sind. Man könnte etwa behaupten, in der Privatwirtschaft ist man, wie oben erwähnt, bemüht, die Kosten möglichst niedrig zu stellen, damit sich das

Unternehmen lohnt. Folglich sind auch die Arbeitslöhne, als Kosten gedacht, niedrig zu halten. Nun deduziert man weiter: Niedrige Löhne führen zu Streik, Arbeitsunterbrechungen schädigen die Produktion, folglich hat die konsequente Wirtschaftlichkeit den Rückgang derselben veranlaßt.

Wenn wir uns gegen ein solches Resultat sträuben, bemerken wir auch zugleich, daß Vorsicht in der induktiven Abstraktion geboten ist. Der Satz von den Kosten ist zu weit gefaßt, als daß er ohne Ausnahme gelten könnte. Denn als höchster Zweck alles Wirtschaftens gilt, unserer heutigen ethischen Auffassung nach, die Bedürfnisbefriedigung der Menschen. Der Mensch darf daher nicht als Mittel dazu mißbraucht werden.

Die Lehre von den wirtschaftlichen Dingen bedient sich, wie jede andere, aller der vorgeführten Arten des Denkens, wenn auch die verschiedenen Forscher bald diese, bald jene vorwiegend angewandt haben.

Die Wissenschaft überhaupt ist die jeweils möglichst tiefe Einsicht in ein enger oder weiter abgestecktes Gebiet von Objekten. Heutzutage steht sie in dem Zeichen des Spezialismus. Sie stellt allgemeine Gedanken auf, Analysen und Synthesen, formuliert abstrakte Kausalitäten, die in den einzelnen Vorgängen des Lebens wiedergefunden werden, wenn man sie darauf prüft.

Auch die Kunst beschäftigt sich mit dem Typischen, das nicht durch Beobachtungen und Schließen, sondern durch intuitives Anschauen gewonnen wird. Der Unterschied zwischen Wissenschaft und Kunst ist jedoch auch der, daß diese das Allgemeine in einer konkreten Darstellung bringt, gereinigt von Nebendingen, Schlacken, Unkonsequenzen, jene ihren Schwerpunkt in den rationell durchdachten Sätzen und Begriffen hat, die sie freilich auch in Bildern und Zeichen erläutert und erläutern muß, wenn ihr die Worte dazu fehlen. Schopenhauer sagt mit Recht: „Der Grund und Boden, auf dem alle unsere Erkenntnisse und Wissenschaften ruhen, ist das Unerklärliche. Auf dieses führt daher jede Erklärung mittels mehr oder weniger Mittelglieder zurück; wie auf dem Meere das Senkblei den Grund bald in größerer, bald in geringerer Tiefe findet, ihn jedoch überall zuletzt erreichen muß.“ Ebenso empfinden wir in jedem echten Kunstwerk etwas uns Undefinierbares.

Wie die glücklich formulierten Einblicke großer Dichter der Lebensphilosophie wichtige Dienste geleistet haben, so sind auch Roman, Drama und Epos für die wirtschaftliche Erkenntnis nicht ohne Nutzen gewesen, sei es um die Psychologie der von dem Erwerbtrieb beherrschten Menschen in der bunten, an Widersprüchen reichen Wirk-

lichkeit zu verstehen, sei es um die Wirtschaftsgeschichte durch Zustandsbilder zu ergänzen.¹⁾

Wenn hier Personen als historische Typen auftreten, so erscheint ihr Handeln aus dem individuellen Seelenleben heraus motiviert. Auch bei der wissenschaftlichen Analyse gegebener einzelwirtschaftlicher Vorkommnisse halten wir uns zunächst an die Individualpsychologie. Wir können dabei vom Selbsterhaltungs-, Macht- oder Erwerbstrieb ausgehen, obwohl wir uns bewußt sind, daß keine Willenshandlung sich einfach vollzieht, daher wir z. B. damit rechnen müssen, daß man in der Stadt beweglicher bei dem Übergang zum Neuen ist als auf dem Lande, oder daß der Industrielle oder der Kaufmann mit seinem rasch erwünschten Absatz der Waren ganz in der Gegenwart befangen ist, während der Ackerbauer an erster Stelle sein Gut der Zukunft zu erhalten bestrebt ist, das Kinder und Enkel einmal übernehmen sollen.

II. DIE SOZIALÖKONOMIE

Eine Anzahl Nummern einer großen deutschen Tageszeitung liegt vor mir auf dem Tisch. Im Hin- und Herblättern sehe ich aus dem Gewirr von Notizen, kürzeren Aufsätzen und längeren Artikeln stets drei Aufgaben der Presse hindurchschimmern, das Publikum über die laufenden Ereignisse zu informieren, auf seine Gesinnung einzuwirken und bei seinen vielfachen Bedürfnissen ihm vermittelnd zu helfen. Wir haben es hier nur mit wirtschaftlichem Inhalt dieser dreifachen Zweckgliederung zu tun.

So wird berichtet, daß irgendwo neue Braunkohlenlager in Deutschland entdeckt worden sind, eine Bank eine andere in sich aufgenommen hat, die Jahresbilanz einer Fabrik ungünstig ausgefallen, die deutsche Valuta gegenüber der ausländischen gesunken, die Staatsschuld wiederum gewachsen, ein Streik wegen Lohnerhöhung mißlungen ist, neue Steuern im Reich bevorstehen, die amerikanische Handelspolitik autonom provisorisch geregelt wird. Das ist nur ein kleiner gelegentlicher Auszug aus den täglich neu anschwellenden Haufen von Nachrichten. Viel Raum nehmen regelmäßig daneben die Mitteilungen und Kurse der Effektenbörse und des Weltmarktes des In- und Auslandes ein.

1) Man denke z. B. an die Romane von Jeremias Gotthelf „Uli der Knecht“ und „Uli der Pächter“, an Alexander Kiellands „Fortuna“, an Gerhart Hauptmanns „Weber“, an Emile Zolas Schilderungen der belgischen Kohlenarbeiter oder der großen Warenhäuser in Paris, an Ludwig Thomas Charakteristik oberbayerischen Bauernlebens.

Die zweite Aufgabe, die Einwirkung auf das wirtschaftliche Verhalten des Publikums, kann sich z. B. darauf beziehen, daß es ermahnt wird, keinerlei Ware aus dem feindlich gesinnten Auslande zu beziehen, oder den Luxus in der heutigen Notzeit nach Möglichkeit zu vermeiden, oder nicht zu versäumen, die Deklarationen zur Reichseinkommensteuer rechtzeitig der Steuerbehörde einzuschicken, oder seinen Bedarf in den Geschäften jetzt zu decken, da die Preise wieder anziehen würden.

Was dann den dritten Punkt, die Vermittlung des wirtschaftlichen Verkehrs, angeht, so liegt der Schwerpunkt in dem Anzeigenteil: offene und gesuchte Stellen, Kauf und Verkauf von Häusern und allen möglichen Waren, Ausverkäufe und Versteigerungen, Darlehenswünsche, Ausschreibungen um Teilhaber und Vertretungen, Transportangebote, Autoverleihungen, Nebenverdienste, Zahnarztpraxis usw.

Alles dies, was die Zeitung bringt, vollzieht sich in der Öffentlichkeit, wendet sich also an viele, jedenfalls zugleich an eine Mehrzahl von Personen, d. h. es liegt eine soziale Angelegenheit vor. In dem ersten Kapitel haben wir die Bekanntschaft mit einem Bauern, Sägemüller und Gastwirt gemacht und nannten diese Leute Einzelwirtschaftler. Damit ist ihr subjektiver Standpunkt bezeichnet, von dem aus sie ihr Gewerbe betreiben. Sie beziehen die ganze wirtschaftende Umgebung auf das Interesse ihrer Existenz und ihres Verdienens. Objektiv hingegen steht der eine neben dem anderen und neben vielen anderen nicht Genannten und ist auf alle direkt oder indirekt angewiesen. Der Bauer kauft Latten in dem Sägewerk, um seinen Garten einzuzäunen, und der Wirt Kartoffeln vom Bauern, um seine Gäste zu bedienen. Die Stadt liefert Werkzeuge dem Lande, und die Felder tragen das Getreide, das von den Städtern verzehrt werden soll. Es ist also alles einzelwirtschaftliches Tun und Treiben nur in dem Verkehr mit anderen Wirtschaften, d. h. gesellschaftlich zu verstehen.

Die Annoncen in dem Anzeigenteil der Zeitung lassen sich in die beiden Begriffe Angebot und Nachfrage sondern, oder das Blatt stellt für eine gewisse Konjunktur einen Markt dar, der sich an erster Stelle über den Erscheinungsort der Zeitung erstreckt, aber darüber hinausgreift, indem sich auswärtige Käufer und Verkäufer in ihm melden. Es behandelt eine gemeinsame Angelegenheit des näheren und ferneren Raumes.

Die öffentliche Einwirkung ist auf bestimmte Kreise mit dem Verlangen angelegt, so oder so zu handeln: die ganze Nation soll die französischen Waren boykottieren, oder alle Wohlhabenden sollen den Luxus meiden. Entsprechend bei der Information. Es ist möglich, wie bei der

Bilanz einer Aktiengesellschaft, daß sich nur wenige Leute um sie kümmern werden, oder daß die Zahl derer nicht groß ist, denen die Mitteilung von einer Bankfusion von Wichtigkeit ist, hingegen die auswärtige Handelspolitik, die Steuern, die Staatsschulden, die Valuten gehen jedermann an, wenn auch nicht jedermann etwas davon versteht.

Wenn wir es uns nun zur Aufgabe machen, die wirtschaftlichen Tatsachen und Vorgänge uns zum Bewußtsein zu bringen, wie sie gleichzeitig oder hintereinander eine Mehrzahl von Menschen berühren, so denken wir sozialwirtschaftlich.

Um uns Klarheit darüber zu verschaffen, wie eine Summe von Verbrauchern oder eine Gruppe von Kaufleuten oder Landwirten, wie diese oder jene Industrien, die Eisenbahnen, die Schifffahrtsgesellschaften z. B. von der Änderung der amerikanischen Zollpolitik geschädigt oder nicht geschädigt oder in ihrem Handeln beeinflußt werden, müssen wir dieselben Methoden der Forschung annehmen, die wir oben für die einzelne Wirtschaft kennen gelernt haben. Wir beobachten, beschreiben, abstrahieren, induzieren und deduzieren. Wir stellen uns dabei immer auf den Standpunkt eines Ganzen, irgendeiner sozialen Gemeinschaft, z. B. der Arbeiter oder Unternehmer bei einem Streik, der Produzenten oder Konsumenten bei einem Markt, der Stadt oder des Landes bei dem Gütertransport, der völkischen Gesamtheit oder einer Staatengruppe bei dem wirtschaftlichen Imperialismus einer fremden Macht.

Es ist leicht zu begreifen, daß die Erforschung der Wirklichkeit hier schwieriger ist, als wenn wir uns nur mit dem Tun und Treiben eines Mannes oder Betriebes befassen. Denn der Begriff der Gemeinschaft ist schon eine Abstraktion, wie auch immer die Individuen, die sie ausmachen, gedacht werden mögen, als eine Summe einzelner nebeneinander Stehender oder als ein Komplex von Personen, die untereinander Beziehungen halten.

Verhältnismäßig einfach vollziehen sich noch die Vorgänge auf einem Markt, der die Geschäfte örtlich zentralisiert. Wir hören, daß dieser bietet und jener geben will, wir erfahren die Preise, zu denen abgeschlossen wird, ob sie sich wiederholt haben, und wissen, ob viele oder wenige Leute anwesend waren. Aber ein Gesamtbild können wir uns auch hier doch nur durch mancherlei Überlegung zum Allgemeinen machen, bei der das Irren menschlich ist.

Komplizierter ist es, sich über das wirtschaftliche Können und Wollen vieler tausend zerstreut Wohnender zu belehren, z. B. aller Landwirte eines Staates oder auch nur der Großlandwirte. Hier sind wir von zahlreichen, oft sich widersprechenden Nachrichten abhängig, von Aus-

sagen einzelner oder von Vertretern örtlicher oder sachlich spezialisierter Gruppen. Unterstützt können wir werden durch amtliche Umfragen über mancherlei Verhältnisse und durch zahlenmäßige Zusammenfassung, wie sie die Statistik darbietet, etwa bei Viehzählungen, Ernteergebnissen, Anbauflächen, Ausfuhrmengen.

Am problematischsten wird unser Urteil über solche Dinge, die das ganze Volk in allen seinen Berufen angehen, z. B. den Währungswechsel, die allgemeinen Steuern, eine Maß- und Gewichtsordnung. Aus ungezählten Aussagen die zutreffenden und wertvollen auszusondern ist schon mühsam und verlangt Sachkenntnis, dann folgt unsere Entscheidung über die einseitigen, interessierten Meinungen in den verschiedenen Berufen, endlich die geistige Zusammenfassung der wahren Bedeutung für die Volksgesamtheit. Bei allen den Einzelheiten des vielgestaltigen wirtschaftlichen Lebens, die sich gegenseitig anziehen und abstoßen, bekämpfen oder zusammenstimmen, sich trennen oder vereinigen, steht nichts fest. „Alles fließt.“ Die Gegenwart ist nur ein ideeller Punkt, demgegenüber alsbald alles in der Vergangenheit liegt und einer Zukunft zueilt, die im Dunkeln liegt. Doch bleibt uns ein Trost. Wäre aus der vergangenen Zeit für die kommende nichts vorauszusagen oder wenigstens als gleichbleibend zu vermuten, wäre alles Werden willkürlich, zufällig, so würde die Wissenschaft von dem sozialen Wirtschaftsdasein der Menschen, wenn sie überhaupt existierte, nur eine Unterhaltung für ein beschauliches, nichts für ein tätiges Leben sein.

In manches Verschleierte der Vergangenheit haben wir nicht hineinleuchten können, aber wir besitzen doch durch die Forschung, auch die deduktive, immer mehr Einsichten in Zusammenhänge, Notwendigkeiten, Regelmäßigkeiten und hegen die nicht unberechtigte Hoffnung, noch weiter in manche Materie einzudringen. Das wird zwar bestritten. Für viele Menschen ist das sozialwirtschaftliche Ganze, die Volkswirtschaft ein Chaos. Sie glauben daher, es sei fruchtlos, sich um dieses Ungeheuer zu kümmern. Sie ziehen es vor, nur ihren nahen Umkreis zu überblicken, machen hier ihre Wünsche geltend und verlassen sich „auf ihren gesunden Menschenverstand“ bei ihrer Praxis, die sie allein nur von Tag zu Tag beschäftigt.

Auf einer höheren Warte steht die Wissenschaft. Sie ist sich ihrer Unvollkommenheit, aber auch ihrer Stärke bewußt, sie besitzt Erprobtes, das mehr bedeutet als Tagesmeinungen, Stimmungen und Vorspiegelungen. Sie vergleicht, kombiniert und differenziert, sie gräbt in die Tiefe und baut Hypothesen in den Äther. Sie verwirft, was sich nicht bewährt, beginnt von neuem zu sammeln, zu prüfen, den Berg hinauf-

zukommen, wo die Aussicht frei wird. Die Wissenschaft von den gesamten volkswirtschaftlichen Tatsachen und Zusammenhängen ist die Volkswirtschaftslehre oder die Nationalökonomie. Früher sagte man auch bei uns in Anlehnung an Frankreich und England und Italien politische Ökonomie, womit die Wirtschaft vom Staat aus, der dem Volksganzen etwas willkürlich gleichgesetzt worden war, betrachtet werden sollte. Wir ziehen es vor, bei dem erstgenannten Worte zu bleiben, da das „Volk“ sowohl den Begriff der staatlichen Zugehörigkeit einschließt, als auch eine wirtschaftende Gesamtheit darstellt.

Setzt man „Nation“ gleich „Volk“, so ist auch die zweite Bezeichnung einwandfrei, faßt man hingegen jene dem heutigen vielfach üblichen Sprachgebrauch gemäß als eine ethnisch-kulturelle Kategorie auf, so würde die Bezeichnung „Nationalökonomie“ des politischen Bestandteiles entbehren, was nicht zulässig ist.

Die Handlungen der Einzelwirtschaftler sind individuell-seelisch motiviert. Händler lassen sich z. B. bei dem Kauf und Verkehr von ihrem Interesse leiten. Allein sie stehen zugleich unter einer Summe von anderen Vorstellungen, die nicht bei ihrem Geschäft zu schweigen brauchen. So können sittliche Bedenken sie hindern, ihren Nutzen rücksichtslos zu verfolgen, oder sie lassen sich von dem Gedanken leiten, wie andere ihr Verhalten beurteilen werden. Im letzteren Falle unterliegen sie der sozialen Einwirkung.

Die Sozialpsychologie ist etwas anderes als die Addition typischer individueller Vorgänge.

Man beobachte auf einem Bahnhof eine Menge von Menschen, die sich vor einer Billettsperre versammelt haben und dem erwarteten Zug zudrängen, in dem sich jeder einen Platz sichern möchte. Der Druck, den der einzelne nach vorwärts ausübt, vereinigt sich mit dem der anderen zu einem unlösbar kombinierten aller. „Du glaubst zu schieben, und du wirst geschoben.“ Die physische Kraft ist sozial verstärkt über die Summierung aller einzelner Anstrengungen hinaus, bei denen jeder nur seinem Willen folgte. Die Menge als solche erzeugt eine wechselwirkende Nachahmung in jedem und eine Konkurrenz, in der befangen jeder dem anderen den Weg ablaufen möchte. Lassen sich auch einige nicht beeinflussen und mahnen zur Ruhe, die Masse unterliegt ihrem angeregten Instinkt und reißt die mit sich fort, die sich ihm entgegenstemmen. Die individuelle Seelenstimmung wird von der sozialen unterdrückt.

Das Massenempfinden ist leicht beeinflußbar und kann schnell in das Gegenteil umschlagen. Es muß nur autoritär nachdrücklich die Ein-

wirkung geschehen. Ein Bahnbeamter tritt vor die Sperre, erklärt mit lauter Stimme, der Zug habe eine Stunde Verspätung. Sofort macht die ganze Gesellschaft kehrt und flutet ebenso hastig und rücksichtslos zurück, wie sie gekommen ist.

In einer Gruppe werden die moralischen Hemmungen durch die Absorbierung der persönlichen Verantwortlichkeit weggezogen. Die Vielheit heißt oft ein Verhalten gut, zu dem der einzelne sich schwerlich verstehen würde.¹⁾ So bejubelt in der Politik das Volk treuloses, hinterlistiges Tun seiner Staatsmänner. Es wird als Pflicht zugunsten des Ganzen umgedeutet, als Patriotismus, als Rassenstolz, als nationale Stärke.²⁾

Das soziale wirtschaftliche Leben ist in die soziale Psychologie eingetaucht. Der Diplomat, der bei einem Handelsvertrag den Gegenkontrahenten über das Ohr gehauen hat, erhält das öffentliche Lob eines geschickten Unterhändlers, während der einzelne Kaufmann oder Fabrikant sich hüten würde, einem so etwas anzutun. Die ausständige Gewerkschaft hält mit der Anwendung der Gewalt gegen Streikbrecher nicht zurück, während der einzelne Arbeiter ein ganz friedlicher Mann sein kann.

Viele, die meisten sozialwirtschaftlichen Handlungen mögen ohne moralische Färbung sein, sind aber darum nicht weniger sozialpsychologisch zu begreifen. Ein gemeinsames Wollen, Fühlen, Denken, Schließen, Gestimmtsein ist auf Märkten und an Börsen wahrzunehmen. Es macht sich demnach eine soziale „Tendenz“ geltend: allgemeine Zurückhaltung, Flauheit, Erregung, Panik.

Die aufsteigende Lohnbewegung, der Angstverkauf, die Diskontohinaufschneidung bei Geldmangel, die Sorge, sich mit Rohstoffen nicht eindecken zu können, das Spekulations- und Gründungsfieber sind allgemeine Erscheinungen, in denen der einzelne sein Sonderwollen in einem sozialen verloren hat. Besonnenheit und Verantwortlichkeit sind Sache des Einzelwirtschafters. Sie haben ihre Zeiten und ihre Persönlichkeiten, und wir leugnen nicht, daß sie, übersieht man das ganze wirtschaftliche Leben einer Nation, oft eine nicht geringe Quote der Vorgänge bestimmt zu haben beanspruchen können. Aber keine Volkswirt-

1) 1866 sagte Bismarck (Briefe an seinen Sohn Wilhelm, 1922) über die Behandlung des besiegten Österreichs und der zu annektierenden norddeutschen Kleinstaaten: „In der Politik muß man, wenn man viele Gegner hat, zunächst den stärksten außer Spiel setzen und die schwächeren schröpfen, was im Privatleben eine sehr unritterliche Gewohnheit wäre“.

2) Fr. Nietzsche, Der Wille zur Macht. Nachgelassene Werke 1901. S. 350.

schaft läßt sich verstehen, wenn man von dem Gruppenwillen und den dazu gehörigen Instinkten absehen wollte, die nicht immer einen egoistischen Charakter zu tragen brauchen, sondern auch altruistisch sein können. Die Gemeinschaft bringt Schutz, die Assoziation Förderung, die Gesamtheit Pflichten.

III. DIE GEMEINWIRTSCHAFT

Wir haben in dem ersten Kapitel die Wirtschaft vom Standpunkt der einzelnen Personen, im zweiten von dem einer Gruppe aus aufgefaßt. Dieser Gegensatz ist völlig klar. Bei jenen liegt eine zielbewußte Willenstätigkeit vor, die auf eine Gütererzeugung oder auf eine Verkehrshandlung gerichtet ist, bei dieser ein als eine Einheit verstandenes Nebeneinanderwirtschaften, bei dem jeder seinem eigenen Kopfe folgt, das jedoch gegenseitige Beziehungen nicht ausschließt und auch als Ganzes beeinflußt werden kann. Diese Summe von Menschen ist gegen eine andere irgendwie abgegrenzt, daher können wir sie auch eine Gesamtwirtschaft nennen. Wir stellen uns diese Abgeschlossenheit gewöhnlich räumlich vor, bestimmt durch das Gebiet der Gemeinde, des Staates, des Staatenverbandes. Es steht aber auch nichts entgegen, von einer Gesamtwirtschaft der Berufsstände zu sprechen, z. B. um die europäische Landwirtschaft von der nordamerikanischen zu unterscheiden, wie es die Getreidekonkurrenzfrage verlangte.

Die Einzelwirtschaft des Bauern, des Sägemüllers, des Gastwirts ist eine privatökonomische. Der Gegensatz zum Privaten ist der Staat oder eine andere politische Einrichtung von minderer Wichtigkeit, die Gemeinde, der Kreis, die Provinz. Der Staat übt Hoheitsrechte über den Privaten aus, und dieser hat sich zu unterwerfen. Wenn jener wirtschaftet, sagen wir als Inhaber der Post, der Eisenbahn, des Tabakmonopols, so geschieht es planmäßig nach seinem Willen. Er ist also auch eine Einzelwirtschaft, aber anderer Art als die private, da er seinen Willen in dem Besitz einer jeder Person überlegenen Macht ganz anders als diese geltend machen kann. Er kann durch Gesetz den Posttarif auf das Zwanzigfache erhöhen, wenn dies seine Finanzen fordern, und soweit er das Postregal hat, kann ihm niemand einen Wettbewerb bereiten. Dem Publikum steht es allerdings frei, weniger Briefe zu schreiben als bisher, aber da es nur ausnahmsweise den Briefträger machen kann, muß es sie doch frankiert in den staatlichen Briefkasten werfen.

Indessen sind die staatlichen Willensrichtungen nicht an erster Stelle auf den Erwerb, sondern auf das allgemeine Wohl gerichtet, mindestens im Prinzip. Den staatlichen Rechten entsprechen Pflichten, die

gesetzlich geregelt sind, die meisten privaten Verpflichtungen hingegen beruhen auf Vertrag. Die Verschiedenheit von Staat und Privatem führt dahin, daß beider Wirtschaft nicht mit dem gleichen Maße gemessen werden kann. Sie ist qualitativer Art.

Daß der Staat eine juristische, der Bauer eine physische Person ist, ist bei unserer Betrachtung nicht wesentlich. Denn der Inhaber einer Privatwirtschaft kann auch eine juristische Person sein, eine Aktiengesellschaft, eine Stiftung, eine Vermögensverwaltung.

Mit solchen Rechtsformen werden wir zu dem geführt, was man eine Gemeinwirtschaft nennt, zu derjenigen von mehreren Personen, die jedoch zu einer Einheit zusammengeschweißt sind und einen gemeinsamen Willen geltend machen. Das Hotel zum Anker gehörte bisher einem Herrn Mayer und ist nun unter dem Namen Excelsior in eine Aktiengesellschaft, an der 200 Aktionäre teilnehmen, umgewandelt worden. Der bisherige Inhaber wird der Direktor. Der bleibende einzelwirtschaftliche Wille der Hotelleitung beruht jetzt auf dem Auftrag der Aktionäre, deren Generalversammlung von dem für sie disponierenden Mayer jährlich Rechenschaft fordert, ihn beaufsichtigen läßt und ihn absetzen kann. Ehedem gab es solche Schranken für ihn nicht. Dafür hatte er das Risiko des Geschäftes voll zu tragen, während er jetzt im Gehalt eine feste Einnahme hat.

Die Gemeinwirtschaft als private Erscheinung hat mancherlei Rechtsformen. Die juristische Person, die als solche eigenes Vermögen besitzt, nur mit diesem für ihre Schulden haftet, vor Gericht auftreten kann, ist nur eine derselben. Andere bezeichnet man als Gesellschaft, Genossenschaft, Verein, in denen die einzelnen Personen von Dritten haftbar gemacht werden. Solche rechtliche Einrichtungen darf man nicht mit der gemeinwirtschaftlichen Kategorie verwechseln, die von einem volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gefunden worden ist. Hier kommt es darauf an, in welcher Weise die einzelnen Personen zusammen produzieren und das erzielte Ergebnis untereinander verteilen. Bei der Aktiengesellschaft trägt jeder Aktionär zu der Wirtschaft nur dadurch bei, daß er eine Summe Geldes zu dem Betrieb hingibt. Er erhält dafür eine Dividende des Gewinnes nach Maßgabe der Einlage. Anders in einer offenen Handelsgesellschaft, bei der z. B. A. $\frac{7}{8}$ der Geldmittel, B. $\frac{1}{8}$ gegeben hat. Beide verpflichten sich, ihre ganze Arbeitskraft nach bestem Können dem Geschäft zur Verfügung zu stellen, aber das bedeutet eine sehr verschiedene Leistung. B. ist ein erfahrener, älterer, weitgereister Kaufmann, A. ein Anfänger. Daher haben sie ausgemacht, daß das Verdiente nicht nach der Höhe der Einlage, sondern

zu gleichen Teilen verrechnet werden soll. In einer Produktivgenossenschaft arbeiten sechs gelernte Möbelschreiner in gemeinsamer Werkstätte zusammen, haben auch ganz verschiedene Einlagen gemacht, und jeder setzt seine volle Arbeitskraft nach bestem Gewissen ein. Die Verteilung erfolgt derart, daß zunächst jeder nach Maßgabe der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit aus dem Ertrag gelohnt wird, und daß auf die Einlagen erst pro rata bezahlt wird, wenn noch etwas übrigbleibt. In einer Versicherungsgesellschaft entrichtet jeder Versicherte feste oder auch wechselnde Beiträge, das Resultat dieser Wirtschaft ist die Sicherstellung aller, aber der einzelne erhält nur einen Betrag unter bestimmter Voraussetzung, d. h. wenn er Schaden erlitten hat, wenn sein Haus abgebrannt ist, oder er krank geworden ist. In einem Lese- oder Museumverein zahlt jeder den gleichen Jahresbetrag, für den ihm die Benutzung der Zeitungen und Zeitschriften in einem gemeinsamen Raum je nach seinem Ermessen offensteht. In kommunistischen Gemeinschaften, wie solche in Nordamerika während des 19. Jahrhunderts gegründet wurden, arbeitet jeder prinzipiell für das Ganze nach seinem besten Willen und Können und nimmt an dem gemeinsamen Haushalt, dem Zweck der Einrichtung, nach seinen Bedürfnissen Anteil.

Das sind einige Beispiele privater Gemeinwirtschaften. Man hat auch den Staat, insbesondere seine Finanzwirtschaft, als eine Gemeinwirtschaft aufgefaßt.¹⁾ Dem Direktor der Aktiengesellschaft entspricht der Finanzminister, der wie jener kontrolliert wird, hier durch den Monarchen und die Volksvertretung oder in Republiken durch diese allein. Die sämtlichen Steuerzahler, die Mitglieder der Gemeinwirtschaft leisten zur Verwirklichung der Staatszwecke Beiträge, und zwar heute, wenigstens im Grundsatz und nach der wissenschaftlichen Auffassung, gemäß ihrer Leistungskraft, da jeder zu der Teilnahme an dem, was der historische gegebene Staat der Gesamtheit als einer solchen darbietet, vor allem an dem Schutz des Gebietes gegen das Ausland und dem Rechtsschutz im Innern befugt ist.

Man wird hierbei nicht übersehen, daß man die Finanzwirtschaft doch keineswegs im vollen Sinn als eine Gemeinwirtschaft deuten kann. Was der Staat produziert, sind vornehmlich immaterielle Güter, deren Nutzen und Beschaffenheit außerhalb der Erkenntnisphäre der Volkswirtschaftslehre liegt. Ein Kommunistenverein hingegen

1) Am weitesten ist dieser Gedanke von Adolf Wagner entwickelt, der den Staat als eine Zwangsgemeinschaft bezeichnet. Allg. theor. Volkswirtschaftslehre, 1876. Grundlegung S. 230.

erzeugt materielle Dinge, deren Verbrauch anders zu beurteilen ist als Rechtsschutz und Bildungsmöglichkeit. Die Finanzwissenschaft als ökonomische Disziplin hat daher mit der Festsetzung der Qualität der öffentlichen Ausgaben nichts zu tun, sie hat nicht weiterzugehen als die Grundsätze zu erörtern, die die Bereitstellung und Anordnung der erforderlichen Mittel für den Finanzbedarf angeben.

Man kann sich jedoch die Volkswirtschaft zu einer vollen Gemeinwirtschaft umgestaltet vorstellen. Das ist das Ideal der Sozialisten und der politischen Kommunisten, das sich bei beiden nur durch die Weite der Ausführung unterscheidet. In der Kritik des Gothaer Programms der deutschen Sozialdemokratie von 1876 erklärt Marx, daß die künftig höher entwickelte Menschheit sich im Wirtschaftsleben nach der Beseitigung des Kapitalismus unter gemeinsamem Besitz nach dem Satz einrichten werde: „Jeder nach seinen Kräften, jedem nach seinen Bedürfnissen.“

Es soll die soziale Grundlage, auf welcher nur diese Gemeinwirtschaft zu stehen hat, der Staat in seiner heutigen, die Freiheit beschränkenden Machtforn nicht sein, was auch die russischen Revolutionäre nach dem Siege von 1918 im Anschluß an Fr. Engels ausdrücklich hervorheben: „Solange es einen Staat gibt, gibt es keine Freiheit, wenn es Freiheit geben wird, wird es keinen Staat mehr geben.“

Aber solche unklare Zukunftsbilder haben mit der Politik der Gegenwart nichts zu tun. Das Gegenteil wurde durchgeführt. Der Despotismus eines extremen Zwangsstaates, ausgeübt von einigen revolutionären Machthabern, übertrifft den des ehemaligen Zarenreichs. Außerdem ist man weit davon entfernt geblieben, den idealen Kommunismus volkswirtschaftlich zu verwirklichen. Die gewaltsam erzwungene Arbeitspflicht kümmert sich nur wenig um die individuellen angeborenen Fähigkeiten und um die geschichtlich gegebenen Bedürfnisse. Die Genossen erhalten ein Quantum Lebensmittel, wie es die Sowjetbehörden für gut befinden, und haben da zu arbeiten, wohin sie geschickt werden.

Diesen Zustand nennt Lenin einen Übergang. Die Menschen haben sich erst an die Grundregeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu gewöhnen und ihre Arbeit so produktiv zu gestalten, daß sie freiwillig nach ihren Fähigkeiten tätig sein werden. Das ist ganz korrekt im Sinne des theoretischen Sozialismus gedacht: Die Natur des Menschen ist nichts als ein unbeschriebenes Blatt, die Rechtsform der Gesellschaft bestimmt, was darauf stehen soll.

Wie wenig diese Milieu-Allgewalt stimmt, haben in den Vereinigten Staaten die kommunistischen Experimente erwiesen, die sämtlich ge-

scheitert sind, sobald sie über die Anfänge hinaus waren, in denen die Kargheit der Lebensführung verfeinerten Bedürfnissen nachzuhängen verbot, und eine künstliche psychische Beschränktheit jede Aufklärung über individuelle Lebensziele unterdrückte.

Die Oneidagemeinschaft, deren Niederlassung ich 1881 im Zustande ihrer Zersetzung besuchte, war diejenige, die das Prinzip der Leistung nach der Fähigkeit und des Anspruchs nach dem Bedarf unter Güter- und Weibergemeinschaft am weitgehendsten in die Tat umgesetzt hatte. Ihre Geschichte ist für die wirtschaftliche Natur des Menschen ein Prüfstein gewesen und ist auch heute noch für die soziale Theorie belehrend.¹⁾ Als die Gemeinschaft fern von der amerikanischen Zivilisation im Urwalde des Staates Neuyork begründet wurde, hatten ihre Mitglieder nichts als ihre Arbeitskraft, die sie aufs äußerste anstrengen mußten, um sich gerade ihre Existenz zu ermöglichen. Neue Genossen wurden daher gern als Vollberechtigte, wenn auch unter Auswahl, willkommen geheißen, wenn sie sich den gemeinsamen Pflichten unterwerfen wollten. Die Zahl der Kommunisten wuchs bis auf 288 an, und die Errichtung einer Tochteranstalt in Wallingford ist dann nötig geworden. Nach der Rodung der Wälder kam es erst zu einem bescheidenen, dann zu einem blühenden landwirtschaftlichen Betrieb, weiterhin zu einer Molkerei, zur Fruchtkonservenherstellung, lithographischen Anstalt, Druckerei und Stahlfallenfabrik, welche letztere die wichtigste Produktion wurde und heutzutage, wo von dem Kommunismus nichts mehr übrig ist, einen Weltruf besitzt, ganz Nordamerika versorgt und die englischen Konkurrenten in Südamerika und Birma bekämpft.

Die Seele des Ganzen war I. H. Noyes, das Haupt der Perfektionisten, wie sie sich nannten, einer streng religiösen Sekte, die in den Bahnen des Urchristentums wandeln wollte. Wie eine große Familie sollten alle zusammenleben, und viele der zweiten Generation waren auch infolge der geschlechtlichen Promiscuität, die den Egoismus der Sonderliebe brechen sollte, blutsverwandt. Die Liebe zu Gott und allen Genossen, so war die Ansicht, vollendet allein das menschliche Dasein auf Erden, innerhalb des durch sie gebotenen Kommunismus. Noyes war eine alle Teilhaber weit überragende Persönlichkeit. Jeder fügte

1) John Humphrey Noyes, *History of american Socialisms*, 1870; Ch. Nordhoff, *The communistic Societies of the United States*, 1875; W. A. Hinds, *American Communities*, 1878; Heinrich Semler, *Geschichte des Sozialismus und Kommunismus in Nordamerika*, 1880. *By-laws of the Oneida Community limited*, 1881; H. G. Wells, *Die Zukunft in Amerika*, deutsch 1911.

sich seinem Willen, der von dem heiligen Geist als inspiriert galt. Die Gemeinde sah in ihrem Führer ein Mittelwesen zwischen Mensch und Engel, ein immer bereites Medium, einen Übermenschen. So übernahm jeder im Gefühl der Freiheit die Arbeit, die ihm aufgelegt wurde, mochte sie noch so lästig sein, als von Gott befohlen, wobei Noyes die sichtbaren Fähigkeiten der einzelnen berücksichtigte, und jeder schaffte unter einer Pflichtbegeisterung, die immer wieder geweckt wurde, solange der Inspirationsglaube seine Wirkung nicht verfehlte. Die planmäßige Produktion, die bei ihrem nur mäßigen Umfang nicht schwer zu übersehen war, verlor auch ihre Disziplin nicht, als die Gemeinschaft Waren nach auswärts verkaufte. Bis dahin lebten die Leute in einer weitgehenden Eigenwirtschaft, d. h. was sie verbrauchten, hatten sie auch zum allergrößten Teil hervorgebracht. Mit Verkauf und Kauf rückten sie in die amerikanische Verkehrsproduktion ein, worauf sie immer mehr ihre Waren zum Absatz spezialisierten, während ihre Bedürfnisse sich nur langsam steigerten. Alles Wirtschaften lief auch jetzt noch in einer Zentralverwaltung zusammen, die unbedingte Macht ausübte, ohne daß die ihr Unterworfenen es recht merkten. Die gleichartige Konsumtion, das gemeinsame Essen, die gemeinsame Wohnung, die Bekleidung blieb auch, als das Vermögen schon erheblich gewachsen war, höchst einfach. Kaffee, Thee, alkoholhaltige Getränke, Tabak, Kleiderschmuck waren ausgeschlossen. Unbescheidenheit und jede auffällige Regung des Putzes, der Eitelkeit, des Genusses unterstanden einer Kritik in gemeinsamer Abendversammlung, die das Haupt der Gemeinde vorsichtig leitete.

Das System brach zusammen, als Noyes alt wurde und starb. Der kunstvoll mit religiösem Glauben vorübergehend gebändigte Sonderwille auf Entwicklung und persönliche Freiheitssphäre der einzelnen forderte jetzt sein natürliches Recht. 1881 wurde die Gemeinschaft in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, die Kommunisten wurden die Aktionäre, lösten sich in Sonderfamilien auf, die jedoch am gleichen Ort zunächst beieinander blieben.¹⁾ Der heutige Führer, der Sohn des ersten, gilt als ein genialer amerikanischer Geschäftsmann und begeisterter, talentvoller Techniker, der mit seinen Dollarerfolgen die

1) Bernhard Shaw, Mensch und Übermensch, deutsch 1913, S. 373 führt aus, daß Noyes die Rückkehr zur Sonderehe, zum Kapitalismus und zu dem althergebrachten Privatleben selbst noch organisiert habe, daß er die Unmöglichkeit des Kommunismus einsah. Wären alle Kommunisten „Übermenschen“ wie Noyes gewesen, so hätte das Experiment eher glücken können. Sie waren aber nur gewöhnliche Menschen.

Nachkommen des alten Oneida in Wohlstand hält und als Direktor der Aktiengesellschaft sie unter Verzicht auf Sekte und Religion zu seinen Geschäftszwecken regiert, ohne ihren jetzigen Individualismus anzutasten.

Die Zersetzung des Kommunismus vollzog sich nicht plötzlich. Schon in den Jahren vor der offiziellen Beendigung fehlte es nicht an Zeichen. Einzelne Paare von Mann und Frau, die nicht voneinander lassen wollten, mußten in früheren Zeiten die Gemeinde verlassen, die ihnen dann einen Zehrpfennig mit auf den Weg gab. Nun aber glaubten sie nicht mehr sich in eine solche Ausweisung fügen zu müssen, da sie zu der Bildung des gemeinsamen Wohlstandes mit beigetragen hätten. Die Lust zum Teilen war allen mehr und mehr vergangen, und da man Arbeitskraft nötig hatte, um die Betriebe zu erweitern, wurden von ihnen Lohnarbeiter angestellt, die sie gut bezahlten und behandelten, sogar mit einem Wagen zur Arbeit abholten, aber doch vor allem die gewöhnliche, rohe Arbeit verrichten hießen, und sie nach Belieben entließen. Die älteren Mitglieder der Gesellschaft arbeiteten jetzt weniger und studierten die Bibliothek, deren Anschaffung Noyes in der Überschätzung seines Einflusses gestattet hatte. Naturwissenschaftliche und philosophische Werke wurden mir gezeigt, und der selbst glaubensskeptische Buchverwalter versicherte mir, daß nichts so den Glauben der Perfektionisten getrübt habe, als diese Lektüre. Übrigens könne man diese Bücher nicht entbehren, da man hinter den gebildeten Amerikanern der Umgebung nicht zurückstehen wolle.

Vor dreißig Jahren hatte man isoliert in der Wildnis gelebt, jetzt war Oneida Schnellzugstation geworden. Alle Amerikaner, die den Dollar anbeten, behaupten, daß sie Christen aus innerster Überzeugung sind, einerlei wie sie auch handeln. Die Nachkommen der Perfektionisten gehören jetzt zu diesen Yankees. Der Kommunismus hatte nur zeitweise als ein Ausnahmefall bestanden.

IV. EINKOMMEN UND ERTRAG

Als die Oneida-Perfektionisten zu einigem Wohlstand gekommen waren, lief ihre Wirtschaft von selbst weiter. Ehemals hatten sie, in Sorge befangen, stets an die nächste Zukunft zu denken, ihre Wohnung für den Winter im Stand zu halten, Nahrungsmittel aufzuspeichern und die Kleidung mühsam zu ergänzen. Weiterhin gelang es ihnen allmählich, nach der Reparatur und dem Ersatz des Verbrauchten ihre Lebens- und Arbeitsmittel reichlicher werden zu lassen. Die gemeinsame

Produktion in der Eigenwirtschaft war also sowohl auf die Erhaltung ihrer Häuser, Werkzeuge, ihrer Aussaat und des Düngers für die Felder als auch auf die Herstellung ihres gesamten hergebrachten Lebensbedarfs gerichtet. Dieser letztere Naturalgüterbetrag, sagen wir für ein Jahr, war ihr Einkommen, das sie vergrößerten, als ihre Produktivität anwuchs. Statt das Leben durch Mehrverbrauch angenehmer zu gestalten, konnten sie auch den erzielten Überschuß an produktiver Kraft auf die Herstellung reichlicherer Wirtschaftsmittel hinlenken, Scheunen, Keller und Wagen bauen, den Boden verbessern, Gärten und Wege anlegen, Gerätschaften für den Landbau anfertigen. Ihr Sachgütereinkommen bestand in diesem Falle als Ergebnis der Produktion aus zwei Teilen, den Konsum- und den neuen Wirtschaftsmitteln. Die Grenze zwischen beiden setzte vor der Anfertigung einen dahingehenden Beschluß voraus. Das Einkommen stieg jetzt nicht bloß unter ihrer geschickteren Arbeit, sondern auch unter ihrer Sparsamkeit. Als sie in die Verkehrswirtschaft eintraten, wurde es qualitativ inhaltreicher. Sie tauschten mit Erfolg selbstgefertigte Gegenstände gegen von ihnen nicht produzierte Fremdprodukte ein, die sie entweder verbrauchten oder zur Erweiterung ihrer Tätigkeit benutzten. Eventuell konnten sie auch die fremden Waren zum Ersatz ihres Vermögensstammes gebrauchen.

Die Produktion war eine gemeinsame, und es ist unmöglich festzustellen, wieviel Produkt auf die Leistung des einzelnen entfallen ist. Dafür gibt es keinen objektiven Maßstab. Denn die Stunden getaner materieller Arbeit sind es nicht. Daß die Arbeit überhaupt zustande kam und in einer guten Beschaffenheit, war vornehmlich das Verdienst von Noyes, der die Organisation geschaffen hatte und sie durch seine Persönlichkeit lebensfrisch erhielt. Alle Tätigkeit bei gutem Willen zu halten, jedem die geeignete Stelle anzuweisen, war ebenso wichtig gewesen, wie den Warenabsatz in die richtigen Wege zu leiten. Das Einkommen war zudem vom Empfinden der Kommunisten aus ein Gesamtergebnis, bei dessen Erzeugung subjektiv jeder nach besten Kräften mitgeholfen hatte, wenn auch der eine klüger und behender sein mochte als der andere.

Nun wurden, wie erwähnt, in den späteren Zeiten der Gemeinschaft Lohnarbeiter, um die Produktion zu heben und die älteren Leute zu entlasten, verwendet. Nehmen wir an, die Arbeiter seien nur in Naturalgütern entlohnt worden, so wird jetzt das vergrößerte Naturaleinkommen auf zwei Gruppen verteilt. Den einen Teil erhalten die Oneidaleute, die es unter sich nach dem Herkommen vergeben, den anderen die Lohnempfänger, die nach den üblichen Sätzen im Staat

New York oder auch etwas darüber hinaus Vergütung bekamen. Von den näheren Bestimmungsgründen des Lohnes sehen wir hier ab. Wir denken uns ihn als eine gegebene Größe.

Die Handarbeit war mit der Kopfarbeit, die den Produktionsplan schmiedete, Neues versuchte, die Kosten berechnete, Ersparungen erdachte, unlösbar in einem sozialen Organismus verbunden, wie in der Persönlichkeit eines Handwerksmeisters, der ersinnt, disponiert, ausführt, ohne zu wissen, wieviel davon auf die eine oder andere Funktion bei seinem Erfolg zu verrechnen ist. Die Verteilung unterstand ihren eigenen geschichtlichen Regeln, die sich mit denen der Erzeugung in keiner unmittelbaren Parallele befanden. Vergleichsweise ließe sich sagen: Man kann die Austeilung eines Kartenspiels nach vielerlei Methoden unter die Spieler vornehmen. Nach Beendigung des Spiels werden die Karten wieder zusammengeworfen, gemischt und in der Hand zu einem einheitlichen Block geordnet, aus dem die nächste Verteilung vorgenommen wird. Sammlung und Verteilung der Karten folgen keinem gemeinsamen Grundsatz.

Schon vorher, ehe die Oneidagesellschaft zu einer Aktiengesellschaft geworden war, hatten diejenigen, in deren Hand die ökonomische Leitung lag, die laufenden Kosten der Produktion veranschlagt und sie später im Vergleich mit dem Ertrag verrechnet. Sobald man über die allgemeine Veranschlagung naturaler Aufwendung und über die Abzählung der Produkte zu einer tieferen Einsicht, d. h. in Werten, herausgehen wollte, mußte man in Landesgeld die Bücher führen. Der gesamte naturale Rohertrag erschien jetzt als eine Geldsumme, von der die Geldkosten abgezogen wurden, so daß ein Geldreinertrag übrigblieb. Diese Differenz ist der Geldausdruck des verfügbaren Einkommens der Oneidaleute. Sie ist nicht das ganze Einkommen der Organisation. Denn zu ihm gehören auch die Arbeitslöhne, die sich jetzt neben anderen Kosten in der Kostenreihe als Geldsumme vorfinden, da sie in Geld bezahlt oder berechnet werden. Arbeitgeber und Arbeiter können ihr Einkommen verbrauchen oder auch so darüber verfügen, daß ein Teil davon Wirtschaftsmittel für die künftige Produktion wird. Erfolgt die Aussonderung zu diesem Zweck in Geld, das aus den verkauften Produkten oder aus dem Geldlohn stammt, so nennt man sie Ersparnis.

Sehen wir nun von der Einzelwirtschaft ab und wenden uns einer nach außen ganz geschlossen gedachten Gesamtwirtschaft eines Volkes zu, so ist die Summierung aller Einkommen das Volkseinkommen. Es erfaßt alle Reinerträge und Löhne, mögen die ersteren nur ziffern-

mäßig errechnet sein oder nicht, mögen die letzteren in natura oder in Geld gegeben werden. Es dient an erster Stelle dem Verbrauch, dann, wenn ein Überschuß vorhanden ist, zur Erweiterung der Betriebe. Zum Verbrauch dienen nur Fertigprodukte, zu der Produktion auch unvollendete, die in der neuen Periode zu Ende geführt werden sollen. Soweit die ersteren aus einer Eigenwirtschaft herkommen, werden sie unmittelbar verzehrt, soweit aus einer fremden, werden sie erst eingetauscht gegen etwas, was der Gegenkontrahent haben will. Die Arbeiter lassen das Ergebnis ihrer Mitarbeit dem Arbeitgeber und kaufen für ihren Geldlohn alles, was sie nötig haben. Die Verkäufer der erforderlichen Waren, mögen sie nun Produzenten sein oder Kaufleute, die deren Produkte vertreiben, benutzen das Geld weiter, soweit es Geldeinkommen ist, um ihren Bedarf zu decken.

Nun gliedert sich die heutige Volkswirtschaft in selbständige, einzelwirtschaftliche Produktionsabschnitte. *A.* erzeugt Wolle in dem eigenen landwirtschaftlichen Betrieb, *B.* läßt sie kämmen und verspinnt sie, *C.* verwebt sie und verarbeitet sie weiter, *D.* fertigt aus dem Stoff Kleider und Mäntel an. Jeder liefert dem folgenden Ware, deren Betrag als Kosten dem Einkäufer vor dem letzten eigentlichen Konsumenten erscheinen. Den Reinertrag zerlegt jeder in eine Konsumtionsgröße und eine solche zur produktiven Erweiterung. Nun gibt es Betriebe, die nur Produktionsmittel herstellen, z. B. Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen: *E.* fördert Erz aus der Grube, *F.* verarbeitet es zu Roheisen, *G.* zu Stahlblöcken, *H.* zu Stangen und Platten, *J.* diese zu Maschinen; nachdem er die übrigen dazu nötigen Bestandteile von anderen Vorausarbeitern bezogen hat. Der Fabrikant versorgt mit einer Maschine den Landwirt, der den Einkauf benutzt, um eine verbrauchte zu ersetzen oder um seinen Betrieb auszudehnen. Im ersten Falle erhält er sein Vermögen auf dem Stand des Vorhandenen, ebenso wie seine Äcker und seine Scheunen, im zweiten ist die Maschine ein Teil seines Einkommens, der zuerst Getreide war und mit dessen Erlös er die Maschine bezahlt hat. Produziert der Fabrikant 500 Stück im Jahr und gebraucht den Erlös von 400, um seinen Betrieb im folgenden auf gleicher Stufe fortzusetzen, so sind 100 sein Naturalreinertrag und sein Einkommen, nach Verkauf sein Geldeinkommen, von dem er 70% in Existenzmittel umsetzt und 30 auf den Ausbau seiner Fabrik verwendet. Beide Einkaufsposten stammen aus Roherträgen anderer Wirtschaften. Ob die erhaltenen Gegenstände von dem Verkäufer als Kosten oder als Ertrag gebucht werden, ist dem Käufer gleichgültig, für jenen ist es wesentlich.

Die produzierten Produktionsmittel nennt man heute Kapital. Sie sind Eigentum des Einzelwirtschafter, also Kapitaleigentum. In der alten Oneidageinschaft waren sie gemeinsames Eigentum, von dem alle fremden Einzelwirtschaftern ausgeschlossen waren. Als sie eine Aktiengesellschaft geworden war, war diese der Eigentümer. In der heutigen mit Roherträgen und Kosten rechnenden Volkswirtschaft wird das Kapital in einer Geldsumme abgeschätzt, und der Reinertrag wird auf sie bezogen. Er wird damit zu einem Kapitalgewinn, der in Prozenten jener ausgedrückt wird. Man spricht jedoch auch von einem Kapital, das in einem weiteren Sinn gemeint ist, indem man umgekehrt sagt, daß alles, was eine Einnahme gewährt, die nicht aus Arbeit abgeleitet wird, Kapital ist. So bringen z. B. Patentrechte oder Forderungen in der Form von Wechsel, oder hypothekarische Eintragungen oder Obligationen eine solche Einnahme auch dann, wenn sie ein sachliches Produktionsmittel nicht hinter sich haben. Der Besitzer bezeichnet als ein Kapital eine staatliche Schuldverschreibung, mag der Staat das empfangene Geld in einer nutzbringenden Eisenbahn oder zur Kriegführung verwendet haben. Die Einnahme muß freilich in der Volkswirtschaft produziert worden sein. Das geliehene Geld braucht aber dabei nicht geholfen zu haben. Entscheidend ist für den Inhaber der Forderung der rechtliche Anspruch.

Wenn nun eine Einzelwirtschaft von einer anderen Geld leiht, so hat sie regelmäßig Zinsen aus dem Reinertrag, eventuell aus dem Vermögen zu entrichten. Im ersteren Falle werden Einkommensteile von einer Wirtschaft in eine andere übertragen. Die Anleihe konnte zu produktiven Zwecken gemacht worden sein, dann wird ihre Summe regelmäßig reproduziert. Bei dem Konsumtionsdarlehen kann dagegen der Schuldner nach der Konsumtion der Leihsumme in schwierige Lage geraten. Denn sein bisheriges Einkommen kann durch die neue Zinszahlung stark vermindert werden. Das Einkommen des Volkes wird jedoch durch diese Zinsübertragung nicht direkt in seiner Größe berührt.

Wir haben bisher uns eine abgeschlossene Volkswirtschaft gedacht. In der Weltwirtschaft können wir uns die Vorgänge der Einkommens- und der Kapitalbildung und der Verteilung des Einkommens analog vorstellen, wobei der Verkehr über die Landesgrenze hinaus Raum gewonnen hat. Die Verschuldung zwischen den Ländern, sei es des Staates, sei es der Privatwirtschaften, kann gegenseitig sein und sich kompensieren. Dann wird die Größe des Volkseinkommens nicht verändert. Aber es kann auch sein, daß Gläubiger- und Schuldnerland einseitig einander gegenüberstehen. Neben produktiven Schulden können Kriegs-

tribute zu entrichten sein, die das Einkommen des Schuldners so herabsetzen, daß die gesamte Lebenshaltung der Bevölkerung gefährdet wird und selbst das Stammvermögen der Betriebe und das Dauergebrauchsgut verschwindet. So war es in Preußen im Jahre 1809 bis 1813. Das gleiche droht jetzt dem Deutschen Reich. Zum Zweck solcher Zahlungen ergreift der Staat große Teile des nationalen Einkommens durch Steuern. Mäßige Teile erfaßt er auch in normalen Friedenszeiten, um seine laufenden Ausgaben zu decken. Die Leistungen der Beamten müssen, wenn sie vernünftig angeordnet sind, als indirekt produktiv angesehen werden. Die Gehälter fließen jedoch aus dem sachlichen Einkommen der Nation, auf dessen Höhenstand die Beamtentätigkeit eingewirkt haben mag.

V. DER WIRTSCHAFTLICHE WERT

Wenn jemand einen Mann seinen „werten“ Freund nennt, oder Nietzsche von der „Umwertung aller Werte“ spricht, so kann jener auch „mein geschätzter Freund“ sagen, und dieser verheißt uns eine „Abschätzung“ bisheriger Religion, Moral und Philosophie nach dem Maßstab seiner Ideale.

Bei Schätzungen dieser Art handelt es sich um die Beschaffenheit von Menschen und Vorstellungen: der Freund ist zuverlässig, anhänglich, mitfühlend und steht hoch im Vergleich zu anderen Menschen, und eine tiefe, umfassende und wohlbegründete Welt- und Lebensanschauung, im Dienste der aufsteigenden Lebenskraft gedacht, soll der Menschheit mehr bringen als eine solche, die sich ihrer Dekadenz angepaßt habe, sie rechtfertige und damit verstärke.

Alle qualitativen Urteile, wie z. B. die Schönheit eines Bildes, die Wahrhaftigkeit eines wissenschaftlichen Werkes, die Nützlichkeit einer Staatsverfassung, sind subjektiv nach dem Empfinden der einzelnen Personen. Allerdings können sie sich, sei es unter rationeller Beweisführung, sei es unter Gefühlssuggestion, zu Massenmeinungen erweitern. Die Raffaelische Sixtina und Kants Kritik der reinen Vernunft stellt man allgemein hoch, und die Demokratie oder die Monarchie kann in politischen Parteien als das Höchste gelten. Gibt es also viel anerkannte Qualitäten, so bleibt jede Anerkennung trotzdem immer von Zeit und Ort bedingt. Es gibt keine objektiven Werte an sich. Selbst das Sonnenlicht, das alle zu verehren scheinen, wird von dem Dieb, wenn es Tag wird, oder von demjenigen verflucht, der die Negierung des Lebens als das höchste Ziel behauptet, wie im zweiten Akt von Richard Wagners Tristan nachzulesen ist.

Die Auffassung, daß alle Schätzung einen subjektiven Ausgang hat, stimmt auch für den wirtschaftlichen Wert. Je bedürftiger ich einer Sache bin, um so mehr werde ich für sie geben oder mich anstrengen, sie herzustellen. Aber diese allgemeine Erklärung reicht nicht aus, da hier der Wert fast immer auch quantitativ genauer bestimmt ist, z. B. das Gut *A.* drei- oder fünfmal so viel gilt als das Gut *B.*

Nun besteht ganz allgemein noch eine andere Art der Abschätzung als die qualitative. Es ist die rein quantitative. Ich taxiere die Entfernung zu dem Nachbarhause auf 200 Schritt, das Gewicht eines Koffers auf einen Zentner, die Geschwindigkeit eines Eisenbahnzugs auf 40 Kilometer in der Stunde. Fallen solche Schätzungen auch sehr verschieden aus, so besteht doch ein objektiver Maßstab für sie in der Nachprüfung der Wirklichkeit. Aber auch diese Abmessung bringt für den wirtschaftlichen Wert keinen zureichenden Aufschluß, obwohl man sich irrtümlicherweise in sie hineinverrannt hat. Man hat auf die Geldeinheiten, z. B. Mark oder Frank, als auf einen solchen Maßstab verwiesen, aber das ist ja gerade fraglich, ob man sie als etwas Absolutes, wie ein Meter oder Fuß, hinstellen kann. Ebenso bedenklich ist der Maßstab der Arbeit oder richtiger der Arbeitsstunde. Ist das, was in einer Stunde geleistet ist, eine Last, so ist der Druck der Last doch ungleich für die Arbeiter, ist sie ein Genuß, so erfreut sie jeden verschieden. Die Stunde ist ein Maß, die Stunde Arbeit nicht. Verschiedene Qualitäten kann man nicht addieren. Außerdem sind auch die Leistungen aus mancherlei Gründen in einer Stunde ungleich.

Der Wert wirtschaftlicher Güter und Leistungen ist der wirtschaftliche Wert. Diesen Gütern stehen die freien gegenüber. Das sind solche, die in der Natur den menschlichen Bedürfnissen gegenüber in unbegrenzter Menge vorhanden sind und von jedem nach Belieben genommen und verwendet werden können, wie die Luft¹⁾, das Sonnen- und Sternenlicht, das Mondlicht als Straßenbeleuchtung, die Kraft des Windes, das Meer- und Flußwasser, der Regen, ehe er in Zisternen gesammelt ist. Auch die Leistung der magnetischen Nadel erfolgt für den Schiffer immer ohne Gegenleistung. Menschliche Leistungen können zwar auch ohne Gegengabe gegeben oder genommen werden, aber was eine liebende Mutter ihrem Kinde bieten kann, hat doch einmal seine Grenze in ihrer Lebensmöglichkeit, und ein Sieger kann dem Besiegten

1) Die menschliche Habgier ist unersättlich. Könnte sie diese freien Güter sich unterwerfen, sie würde nicht zögern es zu tun. In Sizilien ist es Rechtsens, daß der Luftraum über einem Hause bis zu einer bestimmten Höhe dem Hauseigentümer zusteht.

nicht mehr auspressen, als was vorhanden ist. Ehemals waren der freien Güter mehr, wie Steine, Kies, Holz, Quellwasser und selbst das Land in unokkupierten Gebieten.

Die wirtschaftlichen Güter sind im Vergleich zu dem menschlichen Bedarf in beschränkter Menge vorhanden, man pflegt daher mit ihnen sparsam umzugehen, sie zu Rate zu halten, und darum nennt man sie wirtschaftliche. Sie sind selten von Natur, wie Edelsteine und Radium, oder deshalb, weil sie in ihrer Art nicht wieder zu beschaffen sind, wie Stradivarigeigen oder antike Marmorstatuen. Oder es ist der Mangel für eine Gruppe von Menschen besonders fühlbar, weil die Güter von einer anderen mit Beschlag belegt sind, und das Eigentum an ihnen anerkannt ist. Oder endlich sie fehlen darum, weil sie noch nicht produziert worden sind. Es gibt also wirtschaftliche Güter, die vermehrt werden können, und andere, bei denen dies nicht der Fall ist. Die ersteren bleiben aber immer doch in ihrer Menge begrenzt, da jede Hergebe oder Produktion begrenzt ist.

Der Wert wirtschaftlicher Güter und Leistungen ist ihre Schätzung innerhalb des menschlichen Wirtschaftslebens, wie man sich auch seine Organisation denken mag. Er ist eine stets vorhandene Kategorie. Ihn empfindet oder erkennt der isolierte Jäger im Urwalde, die primitive Horde mit okkupatorischer Tätigkeit, die Familie in der Eigenwirtschaft, das Volk in seinem nationalen Verkehr, die Menschheit in der Weltwirtschaft.

Allein wie wird die Schätzung vorgenommen? Der Schätzer beginnt mit dem Bedarf. Nur das, was er gebrauchen kann, erscheint ihm als Wert. Die Brauchbarkeit ist die Voraussetzung jeden Werts. Aber die Dringlichkeit des Brauchens ist verschieden. So gibt es Dinge, die ihm notwendig sind, und andere, die er für entbehrlich hält, aber zu haben wünscht. Sind deshalb die ersteren von höherem Wert für ihn als die letzteren? Das kann zufälligerweise so sein, geboten ist es keineswegs. Allein entscheidet der Bedarf nicht. Hat er die ersteren in Fülle, daß er für längere Zeit gesichert ist, so wird er sie nicht so hoch veranschlagen als die anderen, deren er wenige hat und die ihm unersetzlich sind. Er läßt sich demnach von dem Bedarf leiten, wenn er schätzt, aber stets nur im Hinblick auf den erreichbaren Vorrat.

Es ist übrigens die Eigenschaft auch des nicht wirtschaftlichen Werts, daß die Zahl des Vorhandenen den Grad der Schätzung färbt. Nur tritt sie hier nicht so auffällig hervor. Haben wir mehrere gute Freunde, so ist der Verlust eines leichter zu ertragen, als wenn wir nur einen

haben. Hat eine Zeit mehrere gute Dramatiker, so drückt die Konkurrenz des einen die Werke der anderen.

Es erhält also ein wirtschaftliches Gut in der gedanklichen Vereinigung seiner subjektiven Nützlichkeit mit der vorhandenen, erreichbaren Menge seinen Wert. Weil ich den Gegenstand dringend brauche, und weil er gerade selten ist, so steht er mir hoch; weniger hoch, wenn entweder der Wunsch zurücktritt oder ein Mehr sich darbietet.

Die Bedürfnisse und ihre Stärke sind bei ihrer Subjektivität weniger als der Gegenpol, der erreichbare Vorrat, einer quantitativen Anschauung zugänglich, die sich in dem Schätzungsbewußtsein als Aufklärungsmittel einstellt.

Die Verwirklichung einer, wenn auch nur annähernd zahlenmäßigen Größe in einer Wertanschauung ist deren Geschichte. Stellen wir uns eine ländliche, möglichst vollständige Eigenproduktion vor, die darauf angewiesen ist, mit ihren Vorräten an Verbrauchsgütern und Wirtschaftsmitteln auf Monate auszukommen, etwa einen Zustand, unter welchem die Oneidakommunisten in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts lebten. Nehmen wir an, ihre Weizenernte sei schlecht, ihre Maisernte gut ausgefallen. Wie schätzen sie Weizen und Mais unmittelbar für sich ein? Ein Pfund des ersteren höher als des zweiten, das ist unzweifelhaft, vorausgesetzt, daß sie Weizenbrot neben der Maisnahrung nur sehr ungern entbehren und mit ihm haushälterisch umgehen müssen. Essen sie nur zweimal die Woche Weizenbrot und an den übrigen Tagen kochen sie nur Maisspeise, so wird sich diese Periodizität in dem Wertverständnis widerspiegeln. Denkt einer der Verbraucher über das Verhältnis des Wertes des Weizens zu dem des Mais bei ihnen nach, so wird er vermutlich an dem von 1 : 3 herumtasten. Die Zahl ist im Wertbewußtsein aufgedämmert. Man hat vermeint, daß in der Eigenwirtschaft die Schätzungen in geleisteter Arbeit vorgenommen würden. Das ist nicht ausgeschlossen, wenn es sich um die Reproduktion eines Gutes handelt. Diese ist aber in unserem Beispiel ausgeschlossen. Es ist Herbst, und die Ernte ist zu Ende für dieses Jahr. Es folgt der Winter, in dem mit dem Vorhandenen durchzuhalten ist. Ist ein Schuppen abgebrannt, so mag die Erinnerung den Erbauern sagen, daß sie zusammen zehn Tage gebraucht haben, ihn herzustellen. Wertvoll im Hinblick auf den Kostenaufwand erscheint er ihnen nur, wenn das Bedürfnis nach einem neuen vorliegt. Reichen die sonstigen Schuppen aus, so wird der Verlust sie wenig schmerzen, und von seinem Wert wird nur wenig verlauten.

Mit dem Einsetzen des Tauschverkehrs entsteht eine bessere quanti-

tative Vorstellung von dem wirtschaftlichen Wert. Als Cook und andere Entdecker polynesischer Inseln im 18. Jahrhundert mit den Eingeborenen in Berührung traten, gelang es ihnen fast überall, bald einen Tauschverkehr anzuspinnen. Von seiten der Insulaner wurden Nägel, Stückchen Segeltuch, Glasperlen, allerlei Werkzeuge von Metall auf höchste eingeschätzt. Die Europäer, die Lebensmittel verlangten, erhielten anfangs von diesen so viel, als sie nur wünschten, gegen geringe Hingabe nach Schätzung des Werts des eigenen Besitzes. Diese zuerst ganz einseitig willkürliche und schwankende Tauschrelation hörte jedoch bald auf. Je mehr europäische Gegenstände die Wilden in die Hände bekamen, um so weniger galten sie ihnen im Vergleich zu den selbstgefertigten Produkten, und um so mehr hatten die Europäer von dem Ihrigen anzubieten, um das Begehrte zu erhalten. Was in der Eigenwirtschaft die Beziehung von Vorrat und Bedarf ausmachte, wurde hier zu einem Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Unter zahlreichen Schwankungen der Tauschverhältnisse übten sich die Polynesier im Schätzen. Sie gewannen einen Einblick in die Gedankenwelt der Gegenpartei, sie begriffen die eigene Konkurrenz und die des Schiffsvolkes. Dazu kam die Erinnerung an frühere, für sie gelegentlich günstigere Eintausche. Das Herkommen fand auf beiden Seiten Beachtung, solange die Grundlagen des Angebotenen bzw. des Verlangten sich nicht wesentlich änderten.

Die Gegenstände wurde also nach ihrer realen Tauschmöglichkeit geschätzt, und der Ausdruck davon ist das, was man Tauschwert nennt. Zehn Nägel sind z. B. hundert Kokosnüsse wert, so schätzen die Polynesier — oder auch zehn Kokosnüsse kosten einen Nagel — so rechnen Cook und seine Leute. Beide Parteien vertreten einen subjektiven Tauschwert oder die Meinung, daß ihre und die fremde Ware in einer gewissen Relation stehen sollten. Der wirklich zustande gekommene Tauschwert kann aus individuellen Gründen davon abweichen, er ist ein Kompromißwert nach gegenseitiger Verständigung unter der Benutzung der Zahl.

In der Eigenwirtschaft werden Vorrat und Bedarf in der Vorstellung des Wirtschafters unmittelbar aufeinander bezogen. Bei Angebot und Nachfrage nur unter Dazwischentreten psychischer Vorgänge mittelbar. Machtbewußtsein, kalkulierende Überlegenheit, Verbergen der Bedürftigkeit oder des Wunsches, sich der Sache zu entledigen, Betrug oder Gutmütigkeit, Verdrossenheit oder frohe Laune sind für den Abschluß des Geschäfts nicht ohne Einfluß. Die Größentatsache des lieferbaren Angebots und die Stärke des Bedürfnisses sind zwar in ihrer Stoßkraft

vorhanden, aber die Linien können abgelenkt, die Bewegung gehemmt werden. In der Eigenwirtschaft dient der erfassbare Vorrat der Versorgung der Besitzer. Es wird davon genommen oder darauf verzichtet nach einem auch durch das Wertbewußtsein mitbestimmten Beschluß. Unter dem Tauschverkehr liegen die begehrten Güter als Eigentum in einer fremden Wirtschaft, aus der sie herauszulocken sind unter Abgabe des eigenen Besitzes. Ist die Tauschtechnik einmal entstanden, so bedeutet der neue Zustand einen Fortschritt in der Versorgung beider Parteien. Jede sieht qualitativ neue Dinge in ihrer Verfügungsgewalt. Daher beginnt der Tauschverkehr unter voneinander abgegrenzt lebenden Gruppen, Stämmen, Völkerschaften, die Sonderprodukte herstellen. Die Polynesier der gleichen Insel tauschten damals untereinander nicht, da jede Wirtschaft dasselbe produzierte, doch tauschten gelegentlich entfernte Inseln untereinander. Der Zustand der arbeitsteiligen Verkehrsproduktion innerhalb ihrer Gemeinwesen liegt geschichtlich später nach Verlauf mancherlei sozialer Umschichtungen.

Beruhet jeder Wert zunächst auf subjektiver Schätzung, so kann er doch wenigstens für Zeiten aus praktischen Gründen objektiviert werden. Es muß dann ein Glaube, bzw. eine Macht vorhanden sein, der ihn fixiert. In der Eigenproduktion kann der Wirtschaftler für seine Hausgemeinschaft nach Abmessung des Vorrats und Bedarfs bis zur nächsten Ernte bestimmen, daß zum Zwecke des Verbrauchs drei Zentner Kartoffeln oder ein Zentner Getreide monatlich eingesetzt werden sollen, woraus dann ein erstes Wertbewußtsein folgen kann. In der Tauschwirtschaft kann sich ein Herkommen festsetzen, das beiden zu halten tunlich erscheint, und geschichtlich sind feste Marktsätze unter kleinen und ständigen Verhältnissen von der Obrigkeit für Wochen und Monate Rechtens gewesen. Solchem periodischen Gerinnen der subjektiven Werte kann eine ethische Bedeutung beigelegt werden. Man hält die Abweichung von dem stabilisierten Wert für ungerecht. Aus solchem Urteil entsteht weiter eine Vorstellung von der Möglichkeit eines absoluten Wertes, die sich aber immer wieder als ein Mißverständnis in nichts verflüchtigt hat.

VI. GELD UND PREIS

Ist die Entstehung des Naturaltauschverkehrs gegenüber der Eigenproduktion ein wirtschaftsgeschichtliches Ereignis von ungeheurer Tragweite für die Qualität der Bedürfnisbefriedigung, so vollzieht sich der Tausch jedoch nur in glatter Weise, solange er nicht umfangreich und sich nicht auf zu viele Gegenstände erstreckt. Mit jedem sachlich neuen

Angebot kommen neue Kombinationsmöglichkeiten zum Tauschwert herauf. Die vielen Relationen lassen sich immer schwieriger übersehen, und alle dargebotenen Dinge müssen zu Bedarfs- und Tauschgrößen werden. *A.* will die Sache *a*, *B.* die Sache *b* weggeben, aber sie können nicht tauschen, obwohl sie regelmäßig zusammenkommen und Beziehungen halten wollen, da *A.* nicht *b* und *B.* nicht *a* haben will. Es wird ein Zwischenverkehr nötig. *A.* verschafft sich gegen *a* von *C.* die Sache *c*, deren *B.* bedürftig ist, und *B.* gegen *b* von *D.* die Sache *d*, die *A.* gebraucht. Dabei wird vorausgesetzt, daß *a*, *b*, *c*, *d* für gleichwertig gehalten werden, was nicht gerade oft so sein wird, so daß in diesem Falle nur bei teilbaren oder zu Mengen zusammenlegbaren Gütern der Tausch ausführbar ist.

Dem Naturaltausch ist der Verkehr mit Tauschmitteln gefolgt. Auf der Wirtschaftsstufe des einfachen Agrarvolkes, um ein Beispiel einer solchen Entwicklung zu geben, besaß der Bauer Pferde, Rinder und Schafe als ein wichtiges, bewegliches und allen brauchbares Vermögen. Es ist daher verständlich, daß Vermögensbußen in ihnen von der Obrigkeit erhoben wurden. Ein Rind galt z. B. bei der Gutmachung eines Schadens soviel wie vier Schafe, ein Pferd wie zwei Rinder. Es liegt nahe, auch andere Gegenstände in Vieh, dem wichtigsten Tauschgut, abzuschätzen. Es entstand so ein Wertmesser, dessen reale Substanz man zum Tauschmittel gelegentlich wählte, da deren Annahme für niemand ein Risiko war. Wollte jemand eine Axt gegen ein Schwert vertauschen, so ließ er sich drei Schafe für die Axt geben von dem, der die Tiere abgeben und die Axt haben wollte, und suchte nun nach einem Schwertabgeber, der es ihm für Vieh umtauschen wollte.

Doch bleibt ein solcher gelegentlicher Verkehr, wenn er auch eine Verbesserung ist, doch mangelhaft, da das Tauschmittel für Teilumsätze nicht tauglich und mit einem schwerfälligen Transport verbunden war. In Rom soll dieses Viehtauschmittel bis zum Ausgang des Königtums bestanden haben, dann wurde es durch Kupferbarren ersetzt, von denen schon vorher eine bestimmte Gewichtsmenge einem oder mehreren Stück Vieh im Tausch gleichgestellt gewesen war. Das Kupfer war auch ein allgemein beliebter Gebrauchsgegenstand, den jeder gern nahm, auch wenn er ihn nicht gerade augenblicklich nötig hatte, da er dauernd unverändert blieb und einen Abnehmer später sicher fand. Es war in Stücke nach Bedarf zu zerlegen, so daß sich Wertdifferenzen ausgleichen ließen. Es konnte auch zu jeder Zeit überall hinbefördert werden. Die einzelnen, kleinen, gleichmäßigen, durchweg üblichen Kupferstücke nahm jeder ohne weiteres, indem er sich durch Augenschein oder Ab-

wägung der ungefähren Menge in der Hand von ihrem stofflichen Inhalt überzeugte. Größere Gewichtsmengen wurden bei der Übergabe gewogen. Bis zu der Dezemviralzeit bestand eine Großzirkulation mit gegossenen Barren, die inzwischen mit einem staatlichen Quantitätsstempel versehen worden waren. Er war zuerst etwas Ergänzendes, später wurde er Hauptsache, Garantie. Die Republik prägte dann Kupfermünzen, geschlagene, relativ kleine gestempelte Platten, die jedem bekannt waren, die jeder nahm und weiterhin in Zahlung auch nehmen mußte. Waren sie zuerst so umfangreich, daß sie einen auffälligen Sachwert darstellten, so konnte doch später aus Bequemlichkeitsrücksichten davon abgesehen werden, da die Abgabemöglichkeit dem Empfang entsprechend durch unbezweifelten Umlauf gesichert war. Sie wurden wie eine Anweisung auf eine größere Kupfermünze oder andere Gegenstände gedacht.

Mit dem wachsenden Reichtum unter der Eroberung Italiens reicht das Kupfer für den vergrößerten Verkehr wegen seines hohen Gewichts in einem Volumen von relativ wenig Wert nicht mehr aus. Die Silbermünze — ein Pfund Silber gleich 250 Pfund Kupfer — wird geprägt, der dann mit der Errichtung des Weltreichs die Goldmünze als ein wiederum höherer Wertrepräsentant zur Seite trat, nachdem man schon vorher gegossene Goldbarren im Großhandel benutzt hatte.¹⁾

Die Entstehung des Geldes als eines Tausch- und Zahlungsmittels und Wertmessers hat sich, wenn auch in verschiedenem Material, in einer ähnlichen Entwicklung überall vollzogen. Die Edelmetalle, Gold, Silber, haben in dem Wettbewerb mit anderen Objekten, z. B. Leder, Eisen, Wachs, Muscheln, auf der ganzen Erde den Sieg davongetragen, so daß man die aus ihnen geprägten Stücke lange Zeit allein als Geld bezeichnet hat.

Tauscht man sechs Pfund Gold gegen drei Pferde um, so ist der Tauschwert eines Pferdes zwei Pfund. Zerlegt man das Pfund Gold in 1395 Geldeinheiten, die man Mark nennt, so sagt man, der Preis eines Pferdes sei 2790 Mk. Der Preis ist also der Tauschwert eines Gegenstandes, dessen Gegengabe Geld ist, in seiner Funktion gedacht Tausch- und Zahlungsmittel zu sein.

Je nach der Nachfrage nach Gütern und deren Angebot steigen und sinken die Preise, wobei man also diesen Wechsel einseitig, d. h. auf der Güterseite motiviert denkt, mithin davon absieht, daß die Nachfrage nach Geld und das Angebot an ihm gleichzeitig ebenfalls veränderlich

1) F. Ilwof, Tauschhandel und Geldsurrogate in älterer und neuerer Zeit, 1882. Th. Mommsen, Römische Geschichte I. S. 466 und 858. 5. Aufl. 1878.

sein können. Es gibt demnach einen Wert von Sachgütern in Geld und einen solchen des Geldes in Sachgütern ausgedrückt. Somit können wir auch den Wert des Geldes näher bestimmen.

Der Wert eines primitiven Tauschmittels, etwa eines Kupferbarrens, wurde ursprünglich wie jedes andere Sachgut nach seiner subjektiven sachlichen Brauchbarkeit im Hinblick auf sein Angebot geschätzt. Im Austausch gegen Vieh z. B. wurde der Tauschwert nach doppelseitiger Bemessung als Kompromiß der Parteien fixiert. Als nun Kupferstücke umliefen, die nicht gewogen wurden, lehnten sich zunächst die in ihnen ausgedrückten Preise an die bestehenden Relationen von gewogenen Kupferbarren zu anderen Gütern an. Mit der Ausmünzung erscheinen zuerst die Münzen als Vertreter bestimmter Kupfermengen im Verkehr. Man kann alles mit ihnen kaufen, so als ob sie eine Kupfermenge wären, die sie nur als Anweisung darauf repräsentieren. So kann auch ein Pfund Kupfer gekauft werden mit kupfernen Münzen, obwohl sie nur eine Quote des Pfundes darstellen, vorausgesetzt, daß sie nur vom Staat geprägt werden dürfen. Also kann sich der Wert des Geldes von dem Wert eines Metalls loslösen.¹⁾ Er steht höher als derjenige der Metallmenge, die in der Münze enthalten ist. Angebot und Nachfrage an und nach Geldzeichen entscheiden über den Geldwert in Waren ausgedrückt. Die Geldzeichen als Tausch- und Zahlungsmittel sind zu besonderen Gegenständen geworden, die mit Metallquantitäten, aus denen sie hergestellt werden, nichts mehr zu tun haben brauchen. Dieser Fall wird dann sichtbar, wenn ihre umlaufende Menge einigermaßen erheblich von derjenigen abweicht — als zu wenig oder zu viel —, deren Repräsentant sie ursprünglich waren, d. h. wenn Angebot und Nachfrage aus dem Gleichgewicht gebracht werden. Bei wachsendem Verkehr muß dies Gleichgewicht durch Vermehrung der Münzen aufrechterhalten werden, bei sinkendem durch Verminderung.

Wir haben heute Scheidemünzen aus Kupfer, Bronze, Nickel, Aluminium, d. h. solche, die im kleinen, bis zu einer bestimmten Umsatzhöhe normierten Verkehr zirkulieren und ihn nicht verlassen sollen, damit ihm keine Stockungen erwachsen. Daher fehlt ihnen bei größerem Umsatz die gesetzliche Zahlungskraft. Ihr Wert hat nichts mit der Stoffmenge zu tun, die in ihnen enthalten ist. Sie werden vielmehr als ein aliquoter Teil des Wertes einer Silber- oder Goldmünze genommen und sind als so bewertet in Zirkulation, solange diese Münzen als

1) Dazu ist ein positiver Eingriff des Staates erforderlich (vgl. G. F. Knapp, Staatliche Theorie des Geldes § 1 und 2). Eine Loslösung vom Goldwert vollzog sich für die Mark 1914 mit der Aufhebung der Einlösbarkeit der Reichsbanknoten.

gesetzliches Zahlungsmittel den Verkehr erfüllen. Der Staat kann anordnen, daß bei seinen Kassen ein Umtausch gegen Gold- oder Silbermünzen, d. h. gegen Währungsgeld des Großverkehrs stattfindet. Aber auch wenn diese Bestimmung nicht besteht, so nimmt sie jeder als einen solchen aliquoten Wertteil an, solange er sie dem Gesetze gemäß immer wieder loswerden kann, auch gegen Gold und Silber schließlich, wenn er sich die Mühe von Umsätzen nicht verdrießen läßt, d. h. z. B. wenn er Waren im kleinen mit Scheidemünze aufkauft, sie in Mengen zusammenlegt und gegen Edelmetallgeld verkauft.

Den Wert der Scheidemünze erklärt man daher ohne Schwierigkeit aus dem Wert der goldenen oder silbernen Währungsmünzen. Verlassen diese den Verkehr und werden durch Papierzettel ersetzt, so verhalten sich die Scheidemünzen anfänglich ruhig und werden eine Quote des Papiergeldes, des gesetzlichen Zahlungsmittels. Sollte jedoch der Wert der Papiereinheit durch massenhafte Ausgabe geringer werden als die entsprechende Summe Scheidemünzen ihrem Metallwert nach gerechnet, so werden diese auch aus dem Verkehr verschwinden. So war es mit den deutschen silbernen Scheidemünzen während des Krieges und nach ihm, die durch minderwertige 50-Pfennigstücke und Zettel kleinen Betrags ersetzt werden mußten.

Wenn nun in einem Lande die Gold- oder Silberwährung oder die Doppelwährung besteht, wenn die Münzen aus dem einen oder anderen oder aus beiden geprägtes Geld im eigentlichen Sinne, d. h. bei allen größeren Zahlungen sind, so stellt sich ihr Wert mit den Gold- oder Silberbarren in Übereinstimmung, falls der Staat auf Wunsch der Privaten die von ihnen angebotenen Edelmetallmengen in Währungsmünzen ausbringt. Nur eine kleine Differenz wird vorhanden sein, die sich aus den Prägekosten oder der Abnutzung im Verkehr ergibt. Besteht die Goldwährung, so hat Silber als Ware einen Preis in Goldmünzen; besteht Silberwährung, so gilt das gleiche vom Golde in Silbergeld. Bei der Doppelwährung besteht eine gesetzliche Relation, zu der die goldenen gegen silberne umgetauscht werden, z. B. $1 : 15\frac{1}{2}$. Entspricht dies Verhältnis dem Marktpreis der Edelmetalle, so werden auch die Münzen so gegeneinander geschätzt. Andernfalls muß für das höher bewertete Metall ein Aufgeld in dem anderen bezahlt werden. Es entsteht jetzt die Frage nach dem Wert der Edelmetall-Währungsmünze oder, da diese eine Summe Einheiten enthält — z. B. 10 Mk. in einem Goldstück von einer bestimmten Menge Goldes — nach dem Wert dieser Einheit. Dieser Wert wird, wie jeder zunächst nur etwas Individuelles des besonderen Falles sein, wenn auch weiterhin viele Fälle ähnlich verlaufen

mögen. Entspringt der Wert überhaupt aus einer subjektiven Schätzung im Hinblick auf einen vorhandenen Vorrat der erwünschten Sache, so ist dieser Satz unabweisbar auch für Geld. Er muß auch für das Papiergeld maßgebend sein, sowohl wenn im Inlande, wo seine Zahlungskraft allein besteht, Waren gegen Papiergeld umgesetzt werden, als auch im Auslande, wenn das Papiergeld gegen fremdes Geld eingetauscht wird. Alles Geld hat einen Wert, der bei dem Papier freilich sehr sinken kann, was an der Theorie nichts ändert, bis der es ausgebende Staat es für null erklärt, wie das mit den französischen Assignaten von 1793 so gewesen ist. In diesem Falle besitzt das Geldzeichen seine bisherige Brauchbarkeit als solches nicht mehr. Es kann daher auch keinen Wert mehr als Tauschmittel haben. Es kann das Papiergeld dann noch einen Warenwert besitzen, z. B. wenn die Assignaten dazu benutzt wurden, ein Zimmer zu tapezieren, um ihnen eine historische Reminiszenz zu verleihen, oder wenn sie später Sammler als Kuriosität suchten, nachdem die meisten von ihnen vernichtet worden waren.

Der Tauschwert ist, wie wir gesehen haben, der Koinzidenzpunkt von zwei Schätzungen gegeneinander. Bei dem Preis ist es nicht anders. Sagen wir in einem Lande mit Markeinheit als Geld, das nicht Silber sei, kostet ein Pfund Silber 100 Mk., so ist auch der Tauschwert einer Mark ein hundertstel Pfund Silber. Betrachten wir die Schätzung von beiden Seiten: Ein Warenkäufer, also ein Geldgeber, will ein Pfund Silber haben. Es habe gestern 110 Mk. gekostet. Heute sei das Angebot auf dem Markt vergrößert oder der Begehre habe nachgelassen oder es habe sich beides zugleich ereignet. Die Folge ist, daß er das Gewünschte zu 100 Mk. erhält. Der Käufer besitzt verfügbares Vermögen und Einkommen, aus denen er im Verkehr seinen Bedarf deckt. Wird beides größer, so ist seine Zahlungsfähigkeit gestiegen. Damit erhält er die Möglichkeit höher im Preise zu gehen, wenn seine Bedürfnisse sich dringender gestalten oder wenn das Angebot nachläßt. In der Geldwirtschaft rechnet er seine Zahlungsfähigkeit in Geldeinheiten. Er beziehe ein Gehalt. Es werde verdoppelt z. B., weil er in eine höhere Beamtenstellung einrückt. Er ist jetzt zahlungsfähiger geworden. Das ist ein Einzelfall, der nicht viel bedeutet. Der Staat kann aber auch allen Beamten mehr geben, weil eine Teuerung von Lebensmitteln besteht, und zwar in Papiergeld, das ihm nichts als die Herstellung kostet. Durch diese Gelderzeugung, zu der der Staat sich gezwungen sieht, weil er seinem Etat nicht anders nachkommen kann, ist in dem bisherigen Zirkulationsprozeß eine Nachfrage in mehr Geldeinheiten ausgedrückt eingeschoben, die wirksam ist, weil der Staat dahinter steht. Denn dieser

erschafft Geld, das jeder nehmen muß. Damit erhalten seine Zettel eine Brauchbarkeit, nämlich als Tausch- und Zahlungsmittel zu dienen. Weiter kann er nicht gehen. Der Wert bildet sich in dem Verkehr, in welchem die Schätzungen vorgenommen werden, nachdem die Empfänger des Staatspapiergeldes sich entschlossen haben, es in ihn hineinzuwerfen. Die Preise sind jedoch nicht allein durch die Nachfrage bestimmt, sondern stets im Hinblick auf den erreichbaren Vorrat. Kommen wir auf das Pfund Silber zurück, das seinerzeit 100 Mk. kostete. Jetzt nach der Ausgabe des Papiergeldes sei es allein durch diese ziffermäßig größere Kaufkraft auf 300 in die Höhe geschwollen. Ist aber zugleich ein Teil in das Ausland ausgeführt worden, und kann es von dort nicht bezogen werden, so kann bei noch wie früher vorhandener Nachfrage der Preis auf z. B. 500 Mk. gehen.

Betrachten wir nun die Vorgänge von der anderen Seite. Hatten wir uns bisher mit dem Preis der Waren beschäftigt, so wenden wir uns nun zu dem Wert des Geldes in Waren ausgedrückt, wie er aus dem Begriff des Tauscherts folgt. Ein Verkäufer von Zucker bietet seine Ware an, zugleich will er dafür Geld haben. Seine Nachfrage ist auf Geld gerichtet. Dieser Bedarf kann verschiedene Gründe haben. Die Brauchbarkeit des Geldes ist ihm zunächst Tauschmittel und Zahlungsmittel, dessen er bedarf, um leben zu können, oder um seine Zuckerproduktion fortzusetzen, oder um Steuern zu entrichten. Vielleicht will er auch damit einen Schatz bilden oder es einer Bank einhändigen, um auf sie Wechsel ziehen zu können. Oder er will es in das Ausland schicken, um dort damit zu spekulieren.

Dem Bedürfnis des Verkäufers nach Geld stehen die Geldmengen gegenüber, in denen sich die Zahlungsfähigkeit der Käufer ausdrückt. Sie beruht auf Einkommen und Vermögen, die z. B. in Mark und Pfennigen veranschaulicht werden. Bestimmt der Staat, daß von nun an ein Zehnpfennigstück eine Mark heißen soll, etwa um seine Markschulden damit loszuwerden, so hat der Zuckerkäufer, der früher vielleicht 10000 Mk. nominell besaß, jetzt 100000 Mk. nominell. Der Zuckerverkäufer wird demgemäß den Käufer einschätzen, wenn er in den neuen Einheiten rechnet. Nun kann auch der Staat befehlen, daß eine Goldmark gleich einer Papiermark gerechnet werden soll. Werden nun Zettel dieser Art massenhaft in den Verkehr hineingepreßt, so schätzt der Zuckerverkäufer die Einheit wegen des massenhaften Angebots immer niedriger. Der Wert des Geldes sinkt, der des Zuckers steigt. Die Papiermark erhält immer weniger Kaufkraft, wenn der Staat in gleicher Weise fortfährt. Es ist dann etwas Ähnliches erreicht worden bezüglich der

Geldeinheit, wie in dem Fall, bei dem der Staat anordnete, daß zehn Pfennige eine Mark heißen sollen, und man mit neuen Geldzeichen alte Markschulden tilgen dürfe.

Wir müssen also dies festhalten, daß sich der Wert der Geldeinheit aus dem Verhältnis von Nachfrage und Angebot nach und an Geldzeichen ergibt, wie diese auch immer beschaffen sein mögen. Sie müssen nur immer ihre Brauchbarkeit behaupten, Tauschmittel und rechtliches Zahlungsmittel zu sein. Das ist die ökonomische Auffassung des Geldes, die aus der allgemeinen Wertlehre folgt.¹⁾

Allerdings besteht bei Edelmetall und Papiergeld infolge der Weltwirtschaft mit verschiedenen Landeswährungen für diese Regel noch eine Besonderheit, zu deren Verständnis wir noch einige auch sonst für das Wesen der Zirkulation beachtenswerte Sätze vorausschicken müssen.

1. Das von einem Staat geschaffene Geld, welcher Art es auch sei, braucht nicht gleich der Summe zu sein, die sich in dem Lande der Emission befindet. Ein Teil kann ins Ausland etwa infolge der Zahlungsbilanzen oder von gezahlten Tributen oder aus spekulativen Zwecken geflossen sein. Die Zirkulation, in der die Preisbildung erfolgt, kann nur von dem Geld erfüllt werden, das im Inland ist.

2. Das inländische Geld braucht keineswegs durchweg im Verkehr zu sein. Es kann nur insoweit zirkulieren, als es nicht anderweitig festgehalten wird, als Kassabestand für unerwartete Zahlungen, als Banknotendeckung und als Schatz.

3. Die zirkulierende Geldmenge ist keineswegs nur Kaufmittel. Denn wenn auch alles Geld gesetzliches Zahlungsmittel ist, so muß man doch das Zahlungsmittel im engeren Sinne unterscheiden. Man braucht Geld, um fällige Mieten, fällige Wechsel, Zinsen, Amortisationen und andere rechtliche Zahlungen zu begleichen. Diese Summen bedeuten bei ihrer Ausgabe keine Nachfrage nach Waren und Leistungen und wirken auf die Preise nicht ein. Das Geld als Kaufmittel allein, das nach Abzug dieser Zahlungsgelder in der Zirkulation übrigbleibt, kommt bei der Wertbestimmung des Geldes in Frage.

4. Wir haben oben gesagt, daß die Kaufkraft des Käufers bzw. die Schätzung seiner Leistungskraft von seiten des Warenverkäufers von dem Einkommen und dem zum Kauf verfügbaren Vermögen, z. B. bei

1) Dabei ist noch auf eine Wechselwirkung aufmerksam zu machen. Je mehr Geld in den Verkehr dringt, um so mehr steigen die Preise, für deren Bewältigung wiederum mehr Geldzeichen nötig werden. Die Vermittlung erfolgt derart, daß der Staat die gestiegenen Preise bezahlen muß, also nicht umhin kann von neuem Geld zu emittieren.

Kaufleuten oder Produzenten, die Roh- oder Hilfsstoffe beziehen müssen, bestimmt wird.¹⁾

Diese Kaufkraft ist nun nicht allein durch einen Besitz an Bargeld ausgedrückt. Man kann auch mit Schecks und Giroanweisung kaufen, wenn nur die nötigen Guthaben vorhanden sind. Diese Mittel sind nicht durchweg im Verkehr brauchbar, und es muß immer ein großes Quantum von Barmitteln vorhanden sein, durch das eine gewisse Gütermenge bewegt wird. Das Verhältnis des Barbedarfs zu anderen Umsatzmitteln ist historisch gegeben. Hat es sich einmal eingelebt, so ändert es sich nur langsam. Es wird dann die Inflation oder die Preissteigerung durch Geldvermehrung nur wenig berühren.²⁾

5. Bei dem Umsatz kommt es auch auf seine Schnelligkeit an, die von der Regsamkeit des Verkehrs und der Technik der Bankeinrichtungen abhängt, das eingezahlte Geld bald wieder in den Umlauf zu bringen. Der Bedarf an Bargeld kann also um so geringer sein, je rascher es die Hand wechselt.³⁾

6. Die Banknote wurde in der deutschen Friedenszeit wie Bargeld genommen. Sie diente vor allem dazu, Wechsel in Geld umzusetzen, wenn dieses benötigt wurde. Sie war eine elastische Einrichtung, wurde in Hausseperioden verstärkt benutzt und kehrte bei dem Rückgang des Geschäfts in die Bank zurück. Sie steigerte die Preise

1) Man könnte meinen, daß das Einkommen der definitiven Verbraucher allein entscheidend sei, da Produzenten und Kaufleute bei ihren Anschaffungen von der Kaufkraft dieser Verbraucher geleitet würden. Das stimmt jedoch in der heutigen Verkehrswirtschaft nicht, da die spekulative Hoffnung auf Absatz die Kaufmenge beeinflusst.

2) In Deutschland wurde der Giroverkehr im großen mit der Reichsbank eingeführt, und der Scheckverkehr entwickelte sich erst in den letzten 30 Jahren vor dem Kriege. Mit der Inflation scheint die Scheckmenge eher etwas vergrößert als verkleinert worden zu sein, da die Umsatzziffern sich nominell vergrößert haben. Schecks auf 10 Mk. Gold waren bis 1914 selten, solche auf 100 bis 150 Mk. Papier heute nicht. Der Scheck kann selbst zur Inflation führen, wenn er nicht auf Guthaben in Bar sondern z. B. auf deponierten Effekten beruht. — Auch Buchkredite können zur Inflation führen. Doch müsse nach G. Cassel (Das Geldproblem der Welt, deutsch 1921, S. 17) die daraus sich ergebende Preissteigerung der Waren eine proportionale Vermehrung der gesetzlichen Zahlungsmittel zur Verkehrsbewältigung nach sich ziehen, womit sich der gesamte Inflationsprozeß in eine willkürliche Neuschaffung von Zahlungsmitteln mit gesetzlicher Kraft auflöse.

3) Die Inflation bringt Unsicherheit in alles Geschäft hinein, da niemand den Wert des Geldes von morgen voraussehen kann. Daher wird die Barzahlung möglichst angestrebt, womit sich das Papiergeld erst recht fühlbar macht, da es immer als Angebot zur Hand ist.

nicht mit der Mehrausgabe, sondern sie wurde ausgegeben, weil Bargeld erforderlich war, um die gestiegenen Preise zu realisieren. In und nach dem Kriege wurde sie bei uns in Papiergeld umgewandelt, indem Reichswchsel, die nur auf dem Kredit des Reichs beruhten, gegen sie vom Staat eingetauscht wurden, um seine Zahlungen zu ermöglichen.

Im 16. Jahrhundert kamen große Silber- und Goldbestände von Amerika in die europäischen Volkswirtschaften. Sie führten durch ihre Entwertung zu einer Preishebung, zuerst dort, wo sie einströmten, an den Mittelpunkten des damaligen Welthandels. Die hohen Preise an solchen Orten und in solchen Ländern zogen eine Wareneinfuhr vom Lande und vom Auslande heran, die sich so lange fortsetzte, als sie die Preise gestatten. So kam es zu einer allgemeinen Preissteigerung.

Das Papiergeld fließt wie das metallische auf das Land ab, das Ausland hingegen nimmt es nicht so auf wie das einen Sachwert darstellende Edelmetall. Wenn es hier überhaupt eingelassen wird, z. B. zu spekulativen Zwecken, so haftet sich meistens ein Disagio ihm an, ein Abzug im Vergleich zu dem Landesgeld des empfangenden Landes, der sehr hoch werden kann.

Denken wir uns für den ganzen Weltverkehr sei in allen Ländern die Goldwährung durchgeführt. Nun sei ein Land in der Lage, durch Goldfunde seinen Barb Bestand gewaltig auszudehnen. Die Preise würden hier steigen, alsbald auch die Wareneinfuhr, und die Folge wäre, daß nach einer ungünstigen Zahlungsbilanz Gold ins Ausland geschickt würde. Das neue Gold verbreitet sich über die Erde, und die Preise neigen einem Ausgleich zu.

Heute sind Gold- und Papierwährungsländer nebeneinander. Während des Krieges und nach ihm haben die Vereinigten Staaten, Japan und Neutrale viel Gold gegen Waren an sich gezogen, so daß sich hier neben der realen auch nominelle Kaufkraft ansammelte, die ein Anziehen der Preise bald im Gefolge hatte. Der Überfluß an Zahlungsmitteln verringerte die Nachfrage zu Münzzwecken nach Barrengold, das auf dem Markt im Werte fiel und nun auf das ausgemünzte Gold zurückwirkte.¹⁾ Der Rückfluß aus den mit Gold übersättigten Ländern ist aber nur in sehr beschränkter Weise möglich gewesen, da die finanziell zerrütteten, im Handel niedergehaltenen, besiegten Papiergeldstaaten nur wenig ausführen konnten und zudem durch Tribute und anderweitig verschuldet waren. Die Preissteigerung blieb daher in den

1) G. Cassel, Das Geldproblem der Welt, deutsch 1921, S. 68f.

Goldländern hartnäckig fortbestehen, obwohl eine Überproduktion von Waren öfters verzeichnet wurde.

Kann man die Entwertung des Geldes mit dessen Vermehrung als Kaufmittel nicht in Abrede stellen, so ist damit noch nichts über den Grad der Preissteigerung im Verhältnis zu der vermehrten Menge ausgesagt. Die Quantitätstheorie stellt den Satz der Proportionalität auf, also daß etwa eine Verzehnfachung des Geldes verzehnfachte Preise nach sich zöge, analog dem oben hypothetisch gesetzten Fall, daß der Staat aus zehn Pfennigen eine Mark mache.

Diese Theorie ist nur unter der Abstraktion richtig, daß nach den Geldemissionen genau dieselben volkswirtschaftlichen Zahlungs-, Ausgleichs-, Umlaufgeschwindigkeits-, Einkommens-, Vermögens- und Verteilungsverhältnisse beständen. Das ist aber historisch nicht denkbar, da jede große Geldausgabe in die Beziehung von Gläubiger und Schuldner, von Produzenten und Konsumenten, von inländischem und ausländischem Handel tief eingreift, überhaupt die Volkswirtschaft umwälzt, einige Klassen und zahlreiche Individuen hebt und andere herabdrückt.

Im Verlauf der Zeit finden manche Anpassungen unter der Konkurrenz der Gewinnausgleichung, der Lebenshaltung und des Ferntransports statt. Ist z. B. nach einer großen Papiergeldausgabe ein Krieg zu Ende, und die Produktions- und Verbrauchszustände werden wieder friedensmäßig, so bilden die Preise untereinander Relationen, die manche Ähnlichkeiten mit denen haben, die vor dem Krieg bestanden. Man sagt, daß alles zwanzig- oder fünfundzwanzigmal so viel koste in Papier als ehemals in Gold. Damit ist die Quantitätstheorie zwar nicht bewiesen, aber indem man eine allgemein ähnliche Preissteigerung zugibt, hat sie doch eine annähernde Berechtigung, die aus Indexzahlen im Vergleich zu der emittierten Geldmenge zu untersuchen wäre.¹⁾

1) Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, so wird nicht behauptet, daß während des Weltkrieges und auch nach ihm in Deutschland die Not an Lebensmitteln und anderen Waren nicht preissteigernd gewirkt habe. Aber, indem Einkommen und Vermögen durch Staatsausgabe und Papiergeld kaufkräftig erhöht wurden, stand dem Mangel auch eine höhere Geldzahlungsfähigkeit gegenüber. Als nach und nach die Friedensproduktion wieder aufgenommen worden war, wenn auch der Stand vor 1914 lange nicht erreicht wurde, sagte man, daß man das meiste, wie ehemals beziehen könne, nur zu sehr hohen Preisen. Jetzt erst machte sich nach der Beseitigung des eigentlichen Mangels die Preiserhöhung durch Emission von Geld recht fühlbar, die von den revolutionären und nachrevolutionären Regierungen im großen betrieben wurde.

Für alles volkswirtschaftliche Leben sind die Schwankungen von Preisen infolge des Wechsels der angebotenen Warenmengen und der Schwankungen der Nachfrage unvermeidlich und haben auch das Gute, zu Produktion und Verkehr anzuregen bzw. die Übertreibung der Wirtschaft einzudämmen.

Alle Berechnungen, die sich an diese Vorgänge anlehnen, werden aber durchkreuzt, wenn Geldvermehrungen und Kontraktionen aus ganz anderen, z. B. finanzpolitischen Motiven daneben hergehen. Unsicher ist es, ob die Auslagen eingebracht werden. Soll eine Produktionsausdehnung gewagt werden, soll man ein Geschäft umstellen, weil die Käufer die Reihenfolge ihrer Bedürfnisse mit der Preissteigerung ändern werden? Ebensoviele Unsicherheit fürchten die Verbraucher. Wie sollen sie ihr Einkommen einteilen, sollen sie jetzt Ausgaben machen oder mit ihrem Geld zurückhalten? In alles Börsen-, Effekten- und Warengeschäft ist das Element des Spiels eingedrungen, wobei den berufsmäßigen Spielern die nichtberufsmäßigen nachlaufen, Arbeitsamkeit verlieren und das Sparen verachten.

Daher ist die Wiederherstellung eines stabilen Geldwesens eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik. Erst wenn sie gelungen ist, läßt sich die Frage aufwerfen, ob eine Verminderung der Geldmenge erwünscht und möglich ist.¹⁾

Bei der Preisbildung waren wir von individuellen Schätzungen ausgegangen, die von einzelnen Personen im Kleinverkehr, von großen Handelsfirmen im Großverkehr vorgenommen sein mögen. Da nun in der heutigen Volkswirtschaft viele Einzelwirtschaften da sein können, die den Wettbewerb ausüben, so wirkt auch dessen Ergebnis auf viele zurück, daß gleiche oder ähnliche Verkäufe gleichzeitig oder rasch hintereinander ausgeführt werden. Das ist die Bedeutung des Marktes, daß die Schätzungen zeitweise kristallisieren, die die Käufer anerkennen, weil eine Nachschätzung durch sie zu nichts führt. Es heißt für sie den geforderten Preis annehmen oder ablehnen. Findet jedoch die Nach-

1) Für Deutschland diese Ordnung zu schaffen ist dringend geboten. Zu dem Zweck ist die Bilanzierung der Finanzen des Reichs- und Einzelstaaten und der Gemeinde notwendig, so daß die Defizitdeckung durch Papiergeld aufhört. Schwierig wird sein die Beseitigung der deutschen Papiergeldmengen im Ausland. Sie ist deshalb erforderlich, damit die innere Zirkulation von den inländischen Beständen allein abhängig ist. Wenn das Ausland in der Lage ist, immer von neuem große Summen deutschen Papiergeldes in den heimischen Verkehr zu schleudern, so sind die Preisschwankungen, soweit sie von Geld herrühren, nicht zu beseitigen.

schätzung in weiterem Ausmaße bei vielen statt, so wird sich der Preis nicht halten.

Bei dem Massenverkehr ist es zu unpraktisch, über jede Ware oder Leistung hin und her zu handeln. Die Konjunktur wird für einen Zeitraum sozial umspannt. Das geschieht am dauerhaftesten dann, wenn der Verkäufer als Monopolist nur mit der Zahlungsfähigkeit und Konkurrenz der Käufer zu rechnen hat. Eisenbahnen und Post setzen ihren Tarif fest, das Tabakmonopol den Preis für Zigarren. Läßt der Verbrauch stark nach, weil zuviel dafür verlangt wird, so werden diese Monopolsätze herabgesetzt, sie können aber auch von Zeit zu Zeit erhöht werden, wenn z. B. eine Papiergeldinflation die Einkommenshöhe nominell gehoben hat.

In den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege wurde zuweilen behauptet, der Wert des Goldes und damit des Weltgeldes sei unveränderlich gewesen. Das ist nur in einem beschränkten Sinn richtig. Je nach den Hausse- und Baissezeiten stiegen und fielen die Preise national und international, und dementsprechend war der Goldwert niedriger und höher. Auch bemerkte man unter der steigenden Nachfrage der sich ausdehnenden, einseitigen Industriestaaten seit 1895 eine dauernde Hebung mancher Weltmarktpreise, insbesondere bei Rohstoffen, Hilfsstoffen und Lebensmitteln. Wenn man also von einer Goldstabilität sprach, so konnte das nur den Sinn haben, daß die Goldmenge in der Zirkulation keine Veranlassung zu Preisverschiebungen gegeben habe. Vor den Transvaalfunden wurde gelegentlich die Kürze der „Golddecke, unter sich alle betten wollten“, betont, nachher war man der Ansicht, daß im Durchschnitt jedes Jahr etwa 2,8% zu dem Goldbestand der Erde durch Produktion hinzugekommen sei, womit der Bedarf gedeckt gewesen sei. In Aufschwungszeiten genügte daneben die gesteigerte Umlaufgeschwindigkeit der Goldstücke und vor allem die Vermehrung der umlaufenden Kreditzeichen, die bei dem Niedergang der Geschäfte wieder eingezogen wurden.

Zur Erklärung der Wert- und Preislehre ist noch eine weitverbreitete Anschauung vorzutragen, die behauptet, Tauschwert und Preis würden durch die Produktionskosten bestimmt. Sie läßt sich nur in der Geldwirtschaft deutlich erfassen, weil nur hier die Kosten auf einen verständlichen Zahlenausdruck zu den Preisen gebracht werden können. Mit dieser Vorstellung hatte man aus der subjektiven eine prinzipiell objektive Wertsetzung gemacht, was nicht zulässig ist, da das entscheidende Element des Wertes der verstandesmäßige Vergleich von Bedürfnis und erreichbarem Vorrat, und jede Objektivierung eine Folge-

erscheinung ist. Man half sich gegen diesen Einwand dadurch, daß man Schwankungen um die Kostenhöhe zugab, die durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bestimmt würden. Man hat aber bei der Kostentheorie den Ursprung des Wertes mißachtet und eine beobachtete Tatsache, daß Preise und Kosten sich decken können, oberflächlich erklärt, weil man einen naheliegenden Grund für diese Deckung zu haben glaubte: daß jedermann die Kosten ersetzt werden müßten, wenn er überhaupt wirtschaftlich bestehen solle, woran doch allen gelegen sei. Diese logische Anforderung ist an sich, ganz im allgemeinen, nicht zu bezweifeln. Die Produktionskosten haben jedoch nur einen mittelbaren Einfluß auf den Wert innerhalb der Verkehrswirtschaft, indem sie die Größe des Vorrats, auf die die Schätzung gerichtet ist, mitbestimmen. Werden die Kosten nicht gedeckt, so kann die Produktion eingestellt oder vermindert werden. Verändert sich die Nachfrage nicht, so muß der Preis steigen, bis die Kosten gedeckt werden. Dieser Vorgang mag häufig da sein, und eine Beobachtung hat man dann verallgemeinert. Doch es sind auch andere Möglichkeiten gegeben. Fällt ein Warenquantum bei ungenügender Kostendeckung im Angebot aus, so können sich die Käufer an Surrogate halten, oder ihre Käufe einschränken, oder ihren Verbrauch überhaupt umstellen, um der gefürchteten Preissteigerung zu entgehen. Die Folge ist eine Verschiebung der produktiven Kräfte, der Besitzgrößen und des Einkommens der betroffenen Wirtschaften, was man mit der Erfahrung reichlich belegen kann. Die Produzenten hoffen zwar stets ihre Kosten decken zu können und suchen sich nach bestem Können darauf einzurichten. Sie werden sich nicht selten irren, weil sie den Subjektivismus der Käufer nie vollkommen zu durchschauen vermögen.

B. DIE VOLKSWIRTSCHAFT VOM GESCHICHTLICHEN STANDPUNKT

I. ZUR THEORIE DER WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Die Wirtschaft der Einzelnen, der Berufsarten, der sozialen Gruppen, der Landesteile, der Völker tritt uns als ein Entstehen, Wachsen und Vergehen entgegen. Überschaun wir einen längeren Zeitraum solcher aneinandergereihter Vorgänge und Zustände, so sprechen wir von Wirtschaftsgeschichte, die also enger oder weiter umgrenzt wird, je nach dem Objekt, dem sich der Forscher zuwendet.

Wenn ein großes wirtschaftliches Unternehmen, sagen wir ein Eisen- und Stahlwerk, sein fünfzigjähriges Jubiläum feiert, so pflegt es eine

Festschrift herauszugeben, in der wir von kleinen Anfängen, erst bescheidenem, dann rascherem Erblühen, auch wohl von bedenklichen Krisen und deren Überwindung, von schließlicher Vervollkommnung bis zu dem gegenwärtigen Stand lesen. Dieser Rückblick hat einen festen Leitfaden in der Tatsache des Unternehmens, die in folgerechter Beziehung zu dem Gründer oder den späteren führenden Köpfen gedacht wird. Was von außen eingegriffen hat, um den Absatz zu heben, den Betrieb zu modernisieren, wie der Bau einer Eisenbahn, das Entstehen der Großstadt am Ort der Niederlassung, die Erfindung neuer Technik auf unabhängiger wissenschaftlicher Grundlage, oder was störend wirkte, wie Kriege, ungünstige Handelspolitik fremder Staaten, auswärtige Konkurrenz, vermag die Richtlinie der geschichtlichen Idee nicht abzulenken.

Diese Art der privatwirtschaftlichen Geschichtschreibung ist bei zuverlässigen Unterlagen nicht schwierig und nicht anfechtbar, da Anfang und Fortsetzung der Unternehmung für den Historiker unverrückbar gegeben sind.

Hätte man Aufzeichnungen von allen wichtigen und führenden Einzelwirtschaften eines Landes, so würde man eine wertvolle, wenn auch schwer zu bewältigende Stoffsammlung besitzen, mit der man unter Abstraktion zu Einsichten in die Tätigkeit der einzelnen Berufsgruppen gelangen könnte. Aber selbst wenn eine vollständige Erfassung dieser Aufgabe gelänge, so würde noch fast alles fehlen, um von einer Wirtschaftsgeschichte eines Volkes sprechen zu können. Denn bei ihr kommt es auf den sozialen Zusammenhang der Einzelwirtschaften an, der in seinem Voranschreiten und Rückgang zu begreifen ist.

Um in ein soziales Geschehen einzudringen, könnte man sich veranlaßt sehen, örtlich zu spezialisieren. Man verfaßt z. B. die Wirtschaftsgeschichte einer Hauptstadt. Die räumliche Abgrenzung erleichtert das Verständnis. Das Material ist nicht zu umfangreich, und man braucht jeden Vorgang außerhalb der Stadt nur danach abzuschätzen, was er für sie bedeutet hat. Aber um die Vielgestaltigkeit des Sozialökonomischen in ihrem Innern zu ergründen, ist doch erst der Standpunkt zu suchen.

Eine ganze Stadt läßt sich sinnlich mit den Augen von einem Hügel außerhalb oder von einem Turm überblicken. Dabei schrumpfen entfernte Plätze zu Punkten zusammen, und breite, lange Straßen endigen in raumlosen Linien. Große Paläste und Kirchen erscheinen von weitem nur als Orientierungszeichen. In der Nähe beherrschen sie das Bild. Die Relativität gehört zum Wesen der Perspektive.

Nicht anders geht es mit dem allgemeinen geschichtlichen Standpunkt, von dem aus man vorliegende Tatsachen zu vereinigen strebt. Rückt man weit ab und fragt z. B., inwieweit die Stadt das wirtschaftliche Zentrum des ganzen Landes geworden ist, so läßt sich dem alles unterordnen, und das Durcheinander der Erscheinungen wird gegliedert. Aber vieles, was zu wissen wichtig ist, bleibt verdeckt. Es empfiehlt sich daher, den Scheinwerfer des beobachtenden Verstandes nach allen Seiten hin zu drehen. Dann gewinnt man neue, vielleicht engere Einblicke. Man leuchtet in die Technik der Produktion, die Verschiebung des Verbrauchs, die Einrichtungen des Verkehrs, die Verteilung des Einkommens, die Bevölkerungsgröße u. a. m. hinein und sammelt Spezialhistorien, die man nebeneinander stellt und deren Verbindungslinien man gewahr zu werden sucht.

Der Wirtschaftshistoriker eines Volkes hat noch mehr Schwierigkeiten zu überwinden als der einer Stadt. Nicht bloß, daß der zu bewältigende Stoff bei der neuzeitigen Druckwut zu einem Berge angeschwollen ist, den er mit seiner bescheidenen Arbeitskraft wegräumen soll. Auch der Betrachtungsweisen sind noch mehr geworden. So die Stellung des Volkes in der Weltwirtschaft, die Beziehung zwischen Stadt und Land, von Industrie- zu Agrarprovinzen, die Verschiedenartigkeit der Volksstämme nach ihrer wirtschaftlichen Begabung.

Werden in einer solchen Landesgeschichtschreibung Sonderung und Kombination miteinander wetteifern, ohne daß eine von beiden zum letzten Abschluß gelangt, so ist ihr jedoch zugleich ein fester Punkt angewiesen, von dem aus der ganze Verlauf einheitlich begriffen werden kann, der selbst historisch gegeben ist und außerhalb der Wirtschaft liegt, während doch alle wirtschaftlichen Fäden hier zusammenlaufen. Er ist die nationale Volksgesamtheit.

Die staatlich erfaßte Nation ist für die heutige Menschheit und für absehbare Zeiten der höchste soziale Lebensbegriff, der Träger des Rechts, der Zivilisation und der geistigen Kultur, die Gemeinschaft, in der die Individuen und sozialen Gruppen sich allein wohlfühlen, sich entwickeln und selbstgewählten Zwecken leben können.

Für die Menschheit mag es Ziele geben, die von allen Nationen anerkannt werden, sie selbst als politisches Gebilde ist ein Traum, der mit täglichem Erwachen immer wieder verschwindet. Mögen Ansätze zu einem überstaatlichen Verband im Völkerrecht und in der Weltwirtschaft vorhanden sein, sie haben nur Ansehen, wenn der nationale Staat für sie eintritt. Ist es das höchste Gebot der politischen Ethik diesen zu pflegen, so ist sein Wohl auch der letzte und höchste Maß-

stab der historischen, also auch der wirtschaftshistorischen Wissenschaft. Jede ernstzunehmende Geschichtsdarstellung hat dem Leben zu dienen. Als Selbsterkenntnis der Nation zeigt sie, was diese will und zu leisten vermag. Sie deckt die von Natur gegebenen Schranken auf, über die nicht hinwegzukommen ist und die Zukunftsmöglichkeiten, die offenstehen.

Die nationale Wirtschaftsgeschichte verbietet ihrem Erforscher nicht, vergleichende Wirtschaftsgeschichte zu treiben. Aber eine solche Aufgabe kann immer nur einen Kompaß abgeben, die eigene Vergangenheit besser zu verstehen. Niemand leugnet, daß jedes nationale Wirtschaftsleben von außen her Anregungen erfahren hat. Doch wird das, was in den Schmelztiegel der Nation an fremder Technik, sozialökonomischer Organisation, neuen Bedürfnissen, Zukunftszielen hineingeworfen ist, ihr erst brauchbar, wenn sie es in dem eigenen Feuer löst, mit eigenem Wesen mischt und in eigene Form gießt.

Schlagen wir ein Buch einer rein politischen Geschichte eines Volkes auf, so treten uns hier vor allem Ereignisse entgegen, von denen sich eines an das andere anreihet, und außerdem Menschen, die, ihre Zeit begreifend, mit Klugheit und Beharrlichkeit eine neue Richtung eingeschlagen haben und über den Unverstand der Masse und das schwankende Wesen ihrer Gegner Herr geworden sind.

Die Wirtschaftsgeschichte kann in der gleichen Weise verfahren, soweit sie Wirtschaftspolitik zum Gegenstand hat. Wir können z. B. die Geschichte der Verhandlungen von 1818 bis 33 verfolgen, die zu dem Zollverein führten, wie das in Treitschkes Deutscher Geschichte zu lesen ist. Oder wir beschäftigen uns mit der Bismarckschen Handels- und Steuerpolitik von 1879 bis 90, mit den Reichstagssitzungen und ihren Rednern und Parteibeschlüssen, mit den mehrfachen Ministerwechseln, den Erlassen und der Initiative des Reichskanzlers, mit dem Verhalten der führenden Männer in Industrie und Landwirtschaft. Das alles war wichtig für den Wandel der volkswirtschaftlichen Verhältnisse, ebenso wie in den nächsten Jahrzehnten der neue Kurs unter persönlichem Eingreifen Kaiser Wilhelms II. und dem Wirken seiner Leute mit der Übertreibung des Industrialismus und mit der sozialpolitischen Unsicherheit von keinem Wirtschaftshistoriker übersehen werden darf.

Allein zugleich wird Gewicht auf die Schilderung von Zuständen und von Entwicklungen zu legen sein, also mehr auf Sachen als auf Personen, die die Sachen hervorgebracht haben.

Diese Art der Wirtschaftsgeschichte gleicht einem Hausbau. Stock-

werke werden übereinander aufgesetzt, von denen das höhere ohne das untere nicht denkbar ist. Zweckmäßiges Handeln liegt in beiden Fällen vor, aber während der Architekt sich seines Endzieles unverrückbar bewußt ist, kommt der Wirtschaftshistoriker wohl zu einem periodischen Abschluß, z. B. in Deutschland um 1873 mit der großen Krise, dem Ende einer Aufwärtsbewegung seit 1833, indessen die Mitlebenden wissen nicht, wohin alles hinausgeht.

Die Wirtschaftsgeschichte ist an das Objekt des materiellen Lebensunterhaltes und der unmittelbar ökonomisch-produktiven Leistungen gebunden. Diese wissenschaftliche Begrenzung ist nur durch fortwährende Aussonderung des Stoffes zu erreichen. Ganz wird diese Präparation des wirtschaftlichen Körpers wohl nie gelingen, man wird froh sein dürfen, wenn ein gewaltsames Zerreißen der historischen Tatsachen vermieden wird.

Die Gründung des Deutschen Reichs hat die Nation vielseitig beeinflusst. Die Wirtschaftsgeschichte weist dies für ihr Gebiet nach an der Vereinheitlichung des Geld- und Bankwesens, an der Handels- und Sozialpolitik, an der verbesserten Stellung in der Weltwirtschaft, an der Gründung der Kolonien. Das Reich hat jedoch mit seinen Finanzen auch andere Aufgaben erfaßt als solche, die das Wirtschaftsleben direkt angingen, z. B. im kulturellen und hygienischen Umkreis. Wie physikalische Anstalten einzurichten oder Seuchen zu verhindern gewesen sind, liegt außerhalb der nationalökonomischen Geschichte, obwohl sie sich sagt, daß beides nicht ohne wirtschaftliche Folgen bleiben konnte. Diese Grenzbestimmung erfordert Sinn und Takt für das eigentlich Wichtige, um den Leser nicht zu verwirren.

Wenn wir erkennen, daß die Herausnahme der wirtschaftlichen Ereignisse und Zustände aus dem gesamten historischen Prozeß einer Nation geboten ist, um die wissenschaftliche Exaktheit nicht preiszugeben, so werden wir doch immer diese Einseitigkeit uns im Bewußtsein halten müssen. Mit anderen Worten: Für eine umfassende Geschichtsschreibung ist die des Wirtschaftsdaseins nur eine Hilfswissenschaft wie andere Spezialhistorien. Die Wirklichkeit des Ganzen ist das Steigen und Niedergehen der Nation, ein Gesamtverlauf, dessen Kurve uns in das Übersinnliche hineinführt. Die Völker haben ihre Schicksale, und unbegreifliche Zufälle legen ihnen Fesseln an oder befreien sie davon. Solche Tatsachen mit ihren sich weit hinziehenden Folgen greifen auch tief in das Wirtschaftliche ein. Der Tod der Kaiserin Elisabeth von Rußland gab der Lage Friedrichs im Siebenjährigen Krieg noch im letzten Augenblick vor der nahen Verzweiflung eine glückliche Wen-

dung. So wurde Preußen erhalten, und der große König konnte sich durch 20 Jahre für seine wirtschaftlichen Reformen einsetzen. Ohne den frühen Hingang Kaiser Friedrichs wäre die vorzeitige Entlassung Bismarcks schwerlich erfolgt, und die Wirtschaftsgeschichte der neunziger Jahre würde anders verlaufen sein.

Ist die nationale Zusammenfassung die höchste Aufgabe für die Wirtschaftsgeschichte, so ist sie doch nie die einzige. Jeder Fortschritt des Wissens beginnt mit dem Einzelnen. Die historische Nationalökonomie hat daher zunächst von ihm den Ausgang genommen und wird immer wieder darauf zurückgreifen müssen. Wenn sich in der Beschränkung der Meister zeigt, so wird dieser ein Philosoph nur dann, wenn er niemals vergißt, daß sein Wissen Stückwerk ist.

Die oben entwickelten nationalökonomischen Grundbegriffe, d. h. logische Abstraktionen, die sowohl dem Seelenleben der Menschen als auch geschichtlichen Erfahrungen entnommen wurden, sind ein Bestandteil der Wissenschaft, wie sie heute besteht. Sie haben ihre Geschichte, und die jeweilige Wissenschaft wird von dem Grad der begrifflichen Ausgestaltung mitbestimmt. Jede nationalökonomische Theorie ist nur aus ihrer Zeit, und der Forscher, der sie aufstellte, nur zu begreifen, wenn man seine Persönlichkeit kennt.

Die erworbenen Begriffe, Analysen und Synthesen sind für die Wirtschaftshistoriker ein brauchbares Werkzeug, mit denen er Zusammenhänge der Vergangenheit aufdeckt. Jede Geschichtsschreibung, so auch die wirtschaftliche, wird vertieft, je mehr begriffliche, klare Einsicht die Menschheit von ihrem Leben gewinnt. In das ungeheure Material von Urkunden mancherlei Art aus Stein, Erz und Papier, in die Baureste und Gräber, die Weganlagen und Bergwerke legt sie ihre Sonde, um nach dem Unbekannten zu tasten und es ans Licht zu ziehen.

Nicht alle heutigen Begriffe sind für jede Periode zu gebrauchen. Mit Geld und Preis können wir erst etwas anfangen, wenn die Geldwirtschaft vorhanden ist, mit öffentlicher und Privatwirtschaft, Arbeitsteilung, Vermögen, technischem Fortschritt, unterworfenen Arbeitskraft lassen sich auch schon viel frühere Stufen untersuchen.

Wenn wir die Wirtschaftsgeschichte als eine Veränderung von Zuständen und als eine Kette von Handlungen erkannt haben, so ist damit nicht gesagt, daß sie nicht noch eine Einsicht zu gewinnen habe, die sich über das Verstehen dieser beiden Reihen erhebt. Wird sie etwa durch ein Entwicklungsgesetz beherrscht, und unterliegen nicht alle Zeiten bestimmten Gesetzmäßigkeiten, die sich immer wiederholen?

Die Geschichtsphilosophie will das Prinzip finden, nach dem die

Geschichte verläuft. So hat Hegel den Satz aufgestellt, daß aus dem Drange des Geistes das Sichselbstfinden oder das Absolute zu begreifen ist. Der Weg, der in der Weltgeschichte verfolgt wird, ist der von der Unfreiheit zur Freiheit. Er fällt mit der Entwicklung des Staates zusammen.¹⁾ Der Nachweis dieses Fortschrittes ist aus der Erfahrung nicht zu erbringen gewesen. Das politische Leben der Nationen steigt und fällt, und darüber hinaus ist keine bleibende höhere Idee zu ermitteln, die das darauf folgende politische Leben anderer Völker bestimmte. Von den Wirtschaftshistorikern hat sich K. Marx an Hegel angelehnt, aber die Staatsidee fallen lassen und nur des Philosophen dialektische Methode, d. h. eine geschichtliche aus Widersprüchen und Gegensätzen entspringende Selbstbewegung zu höherer Einheit angenommen. Sie wird auf die Gesellschaft oder die Klassengegensätze angewandt, die sich aus den materiell technischen Zuständen der Produktion und des Verkehrs gebildet haben. Sie gilt auch für die Zukunft. Aus dem Gegensatz von Kapital und Arbeit unserer Tage, Thesis und Antithesis, entspringt als Synthese der Kommunismus. Ist somit von Hegel nicht viel übriggeblieben, so besteht doch der Gedanke fort, daß in der Geschichte alles umgewälzt wird. Dem Intellektualismus Hegels genügte der nicht zu schwer zu beweisende Wechsel des Geistes oder der Vorstellungen in den Epochen, z. B. der orientalischen, der griechisch-römischen und der modernen Geschichte. Marx und seinen Anhängern als Materialisten können die Ideen nicht ausreichen, da sie ihnen nur als Reflexe der Realität erscheinen. Sie müssen auch die Umgestaltung des Menschen behaupten, wobei sie die Darwinistische Entwicklungslehre gelegentlich zuhulfe nehmen²⁾, deren aristokratischer Auslesecharakter freilich für die Gleichheit in dem geplanten Zukunftsstaat wenig brauchbar ist. Die Menschen sind nach Marx Produkte der ökonomischen Gesellschaft, wird diese geändert, so auch der Mensch. Die vollkommenste Wirtschaftsform, der Kommunismus, wird auch die vollkommensten, die klügsten und uneigennützigsten Menschen hervorbringen, womit man die Ergebnisse des russischen Rätessystems vergleichen mag.

Der allgemeine Entwicklungsgedanke bei Marx endigt in einem Stillstand, in einem paradiesähnlichen Dasein, über das hinaus sozialwirtschaftlich nichts mehr zu wünschen übrig bleibt. Dieser Abschluß setzt sich mit der Philosophie des Werdens in unlösbarern Widerspruch.

1) P. Barth, Die Geschichtsphilosophie Hegels und der Hegelianer. 1890.

2) Fr. Engels, Ludwig Feuerbach. 1888; Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. 1886.

Wer an die Unveränderlichkeit der Dinge einen Glauben hat, muß an die Geschichte mit Grundanschauungen herantreten, die allerdings zu etwas ganz anderem als zu der allgemeinen menschlichen Glückseligkeit führen.

„Die wahre Philosophie der Geschichte besteht,“ nach A. Schopenhauer, „in der Einsicht, daß man, bei allen endlosen Veränderungen und ihrem Wirrwarr, doch stets nur dasselbe gleiche und unwandelbare Wesen vor sich hat.¹⁾ Die Menschheit bleibt immer dieselbe, und der Entwicklungsgang zum Fortschritt wird abgelehnt. Dies beweise die Erfahrung, denn, „hat einer Herodot gelesen, so hat er in philosophischer Absicht schon genug Geschichte studiert“. Hinter diesem empirischen Wissen steht die tiefere metaphysische Anschauung von dem unzerstörbaren, ewig gleichen Willen zum Leben.

Die Geschichte ist nach Schopenhauer keine Wissenschaft, da sie sich immer nur mit konkreten Einzelheiten, in denen die menschlichen Eigenschaften des Herzens und des Kopfes als gleichbleibend erkannt werden, befaßt, also keine abstrakten Allgemeinheiten bringt.

Der Wirtschaftshistoriker wird dies letztere am wenigsten zugeben, da er bestimmte, sich wiederholende Entwicklungen, z. B. von der Eigenproduktion zur Verkehrswirtschaft, vom Geld- zum Kreditwesen, von der primitiven zur verfeinerten Arbeitsteilung, von dem gelegentlichen Außenhandel bis zur vielseitigen Handelsbilanz von der einfachen zu der vervollkommenen Technik nachweisen kann. Aber auch die Politik als Wissenschaft weiß von ähnlich wiederkehrenden Vorgängen, z. B. von dem Verlauf der Revolutionen und dem Formwechsel der Staaten zu berichten.

Wenn auch die Soziologie ein allgemeines Entwicklungsgesetz der Geschichte nicht entdecken konnte, so ist ihr es jedoch gelungen, einzelne Entwicklungsreihen des Rechtes, der Wirtschaft, der Ideen, wie auch wiederkehrende Periodizitäten und zyklische Verläufe aufzufinden.

Was nun die Unveränderlichkeit der menschlichen Natur betrifft, so werden wir, wenn wir die 6000 Jahre überlieferter Weltgeschichte überblicken, Schopenhauer recht geben müssen, und außerdem lassen alle prähistorischen Stein- und andere Funde den Schluß zu, daß die damaligen Menschen bei der Beherrschung der Natur oder im Kriege denselben Denknöten wie die gegenwärtigen unterworfen waren. Lernen wir heute in abgelegenen Weltgegenden Horden mit primitiver Kultur kennen, so stellen wir ein individuelles und soziales

1) Die Welt als Wille und Vorstellung. 1879. II, S. 508.

Seelenleben fest, dessen tiefster Grundzug von der Natur des Zivilisierten nicht abweicht.

Freilich, vom Standpunkt der Abstammungslehre kennen wir einen anatomischen Unterschied zwischen dem Urmenschen, von dem bei Heidelberg ein Stück gefunden wurde, oder dem Affenmenschen, dessen Knochenreste in Java aufgedeckt wurden, und dem Neandertaler und ähnlichen späteren Typen, wie auch von diesem bis zum heutigen Menschen eine weitere physische Veränderung nachweisbar ist. Aber für alle historische Soziologie ist daraus nichts zu schließen, da wir mit Reihenfolgen von 10 000 Jahren rechnen müssen, um geringere Umgestaltungen des Knochenbaues festzustellen, bei denen wir völlig im dunklen sind, ob irgendwie wesentlich veränderte Züge des Seelenlebens damit parallel gingen. An Personen, die mit atavistischen physischen Merkmalen geboren werden, hat man keine Abweichung von der seelischen Natur des Menschen, wie wir sie heute begreifen, nachgewiesen.¹⁾

Ist es nun auch richtig, daß für jede geschichtliche Betrachtung die Grundtriebe, die Instinkte, die Leidenschaften, die Logik des Denkens und die Vernunft bei allen Menschen gleichgesetzt werden müssen, so zeichnen sich doch die Rassen und Unterrassen, letztere unter dem Einfluß der Mischung und der Umgebung gedacht, als Sondertypen aus, etwa wie goldene und silberne Münzen verschiedene Prägung haben können, oder irgendwie legiert sind, und doch Gold und Silber bleiben.

Die Differenzen sind äußerlicher oder geistig quantitativer, aber darum nicht unwichtiger Art, die die Grundbeschaffenheit nicht berührt. Die Neger mögen weniger erfindungsreich als die Nordeuropäer sein, aber wir kennen Negerstämme, die aus eigener Kraft heraus es zu einem gewissen kulturellen Aufstieg gebracht haben. Die als Briten, Kelten, Dänen, Angelsachsen, Normannen übereinander geschichteten und körperlich verschmolzenen Engländer sind, abgeschlossen auf ihrer Insel, zu einer festen nationalen Form geworden. Die Deutschen, die bis zur Neuzeit in Stämmen nebeneinander gesondert gelebt haben, und ringsum offene Grenzen besitzen, über die andauernd fremdes Volkstum hereingeflutet ist, stehen an Festigkeit des Gesamtvolkscharakters jenen nach.

1) Infolge seines Wissens denkt und spricht der zivilisierte Mensch freilich ganz anders als der primitive. Aber die Grundtriebe, Leidenschaften, Gefühle, Affekte, Denknötwendigkeiten sind bei beiden nicht im Wesen verschieden. Mag der Wedda auf Ceylon oder der Buschmann in Südafrika Furcht- und Wahnvorstellungen unterliegen, die der Europäer nicht kennt, dieser hat dafür andere, die ihn noch genug beherrschen.

Für die Wirtschaftswissenschaft ergeben sich aus dem Gesagten folgende naheliegende Schlüsse: Erstens: Die Wirtschaftsgeschichte vollzieht sich in Generationen hintereinander, die wir in den Grundzügen ihres Wesens gleichartig setzen. Ohne diese könnten wir übrigens das Vergangene gar nicht begreifen, dessen Schlüssel unser eigenes Seelenleben ist.¹⁾ Jeder Plan einer zukünftigen Organisation wird daher von ihm den Ausgang zu nehmen haben. Zweitens: In der Politik, also auch in der wirtschaftlichen, können Richtungen der nationalen Seele, selbst trotz der internationalen Ähnlichkeit der materiellen Zustände, den zu nehmenden Weg bestimmen, der zu einem glücklichen, aber auch verderblichen Ziele führen kann. Drittens: Die Unveränderlichkeit des menschlichen Wesens bedeutet die regelmäßige Wiederkehr sozialökonomischer Vorgänge, deren Beobachtung zu abstrakten Lehren hingeleitet hat, die sich im Gegensatz zu den Gesetzen der allgemeinen Entwicklung als solche eine Epoche erfüllend verhalten. Wenn wir die Geschichtswerke des Altertums heranziehen, so sind wir erstaunt, wie genaue sozial-psychische Parallelen sich mit den heutigen Verhältnissen ziehen lassen. Ist das Wirtschaftsleben unserer Zeit auch gründlich abweichend von dem vor 2000 Jahren, so haben doch gleiche menschliche Antriebe und soziale Schichten entsprechende Forderungen hervorgebracht. Als die römischen Legionen nach Tibers Regierungsantritt in Pannonien streikten, wurden dieselben Beschwerden laut wie bei einem heutigen Industrieausstand: Zu niedriger Lohn, zu lange Arbeitszeit, Überarbeit und Willkürlichkeiten der unteren Beamten. Der Soldatenstreik endigte, wie es auch heute vorkommt, wenn die Ausständigen uneinig sind und ihre Gegner entschlossene Führer haben.²⁾

II. DAS WIRTSCHAFTSGEBIET

Die natürliche Ausstattung eines Landes zur Produktion mit Nahrung spendendem Nutzboden, Brennstoffen, Metallen, Salzen, für den Verkehr mit Flüssen, Seen, Häfen, Meeresküsten und Ebenen ist eine bestimmte Voraussetzung für das Wirtschaftsleben jedes Volkes. Sie bedeutet in den einzelnen Formen der Geschichte nicht das gleiche. Je weniger der Mensch seine äußere Umgebung beherrscht, um so mehr ist die Güterproduktion von ihr abhängig. Hilflos stand er vor Überschwemmung und Dürre, vor Frost und Sonnenbrand, ehe er

1) Fritz Gerlich, *Der Weg in die Zukunft*. Münch. Neust. Nachr. 1921, Nr. 263f. behandelt eingehend die im Text angeregten Probleme.

2) Tacitus, *Annalen*. J. 43f.

lernte Deiche aufzuführen, Brunnen und Kanäle zu graben, Holz- und Steinhäuser zu bauen. Schlechten Boden und Mißernten suchte er durch rationelle, vielseitige Landwirtschaft zu bekämpfen, und gelang es ihm nicht ausreichend, so wußte er sich durch den Bezug von Lebensmitteln aus der Ferne zu helfen, nachdem er die Transporteinrichtungen dazu geschaffen hatte. Er erkennt erst im langen Verlaufe der Geschichte, welche Geschenke ihm die Natur hingelegt hat. Die Wasser- und Windmühle mußte er erfinden, ehe er die von Natur gegebenen Motoren benutzen konnte, erst in der neuesten Zeit war es ihm vorbehalten, die tiefliegenden Kalilager auszubeuten und die Kraft des niederstürzenden Bergstroms in elektrische Energie umzuwandeln. Stein- und Braunkohle verbrauchte man schon in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, aber man verstand erst in dem folgenden nach der Erfindung der Dampfmaschine und der chemischen Zerlegung und Umformung des Brennstoffes etwas Großes daraus zu machen.¹⁾

Was ein Volk aus einem Wirtschaftsgebiet macht, wird man an erster Stelle seiner Befähigung zuzuschreiben haben. Abgeschlossen von der übrigen Welt, unter ungünstiger Küstengliederung zum Verkehr mit anderen Völkern, haben es die Chinesen zu einer hohen Kulturblüte gebracht, die Neger in Afrika vermochten die plumpe, ungeteilte Landmasse ihres Kontinents nicht zu überwinden. Dem Lande vorgelagerte Inseln und nicht weit entfernte fremde Küsten, tiefe Meeresbuchten, gute Häfen und Flüsse in Verbindung mit diesen wurden für Schifffahrt und Handel von den Holländern und Engländern wohl verstanden, von den Antillenos, ehe sie Kolumbus in ihrem Meere aufsuchten, in höchst geringer Weise. Die Einwohner der kanarischen Inseln, die Guanchen, kannten das Boot nicht, als die Spanier ihre Ufer betraten. Wehrtüchtig waren sie, aber Handel und Verkehr gab es in der Inselgruppe nicht.

Alles Wirtschaften hat seine unmittelbar gestaltende Ursache in der Seele der Menschen. Auf sie wirkt sinnlich die äußere Umgebung ein. Was sie aber davon aufzunehmen vermag und wie sie es tut, wie sie es in sich verarbeitet, das ist ihre Sache.

Der deutsche Italienfahrer, der gestern zu Ende März noch die beschneite bayerische Hochebene im Schnellzug durchquerte, ist heute entzückt, am jenseitigen Abhang der Alpen die Gärten mit vollem Frühlings schmuck zu betreten, in einem glücklichen Klima, das dem Men-

1) An Voraussetzungen der chemischen Bedeutung der Bergbauprodukte fehlte es im 18. Jahrhundert übrigens nicht. Als Goethe 1770 von Straßburg aus Saarbrücken besuchte, lernte er dort einen „Kohlenphilosophen“ kennen, der sich mit allerhand Projekten derart trug. Wahrheit und Dichtung. X. Buch.

schen die Sorge um die zerstörenden Nachtfröste und den Unmut über den langen Winter mit seinem ewigen Ofenheizen und Stubenhocken abnimmt, das begehrte Früchte und Gemüse früh reifen läßt, die daheim nur spät oder gar nicht gedeihen. Wie im Fluge eilt er weiter die langgestreckte Halbinsel entlang dem Süden zu. Die grünenden Reben schlingen sich schon um die Ulmenbäume, Weizen und Bohnen stehen halbmansshoch, und an der spanischen Treppe in Rom werden ihm tellerbreite duftende Blumensträuße für wenig Geld angeboten.

Nach einigen Tagen einer durch Knospen und Grünen der Umgebung gehobenen Stimmung fällt es ihm in Neapel doch auf, daß in diesem von Natur so reich gesegneten Lande das Paradies nicht gefunden wird. Blinde Bettler flehen um Almosen, in den schmutzigen, ungesunden Mietskasernen hausen eng zusammengepfercht große Familien, und zerlumpete Kinder sammeln auf der Straße Zigarrenstummel und Speiseabfälle.

Wieder meldet sich das Klima in seinem Gedankengang. Befreit es den Menschen nicht zu sehr von der Fürsorge um die Zukunft, macht es ihn nicht träge, da es ihn so manche Not des Nordens nicht ahnen läßt? Und fühlt sich unser Reisender nicht selbst dazu aufgelegt, in einem dolce far niente den Tag zu verträumen?

Wie mancher vor ihm hat er Goethes „Italienische Reise“ als Lektüre mit sich genommen. Hier kann er durch mancherlei Bemerkungen über den Zusammenhang der Natur Italiens mit den Bewohnern zum Nachsinnen angeregt werden. Am 28. Mai 1787 heißt es von Neapel: „Ich wendete vorzügliche Aufmerksamkeit auf das Volk, es mochte sich bewegen oder in Ruhe verharren, und konnte zwar sehr viel übelgekleidete Menschen bemerken, aber keine unbeschäftigte.“ Nun folgt eine anschauliche Schilderung der Lastträger, Kutscher, Fischer, Schiffer, Handwerker, Kleinhandelsleute mit dem Schluß: „Ich möchte fast das Paradoxon aufstellen, daß zu Neapel verhältnismäßig vielleicht noch die meiste Industrie in der ganz niederen Klasse zu finden sei.“

Wer öfters in Neapel verweilt ist, und sich nicht bloß von dem Glanz der Aussichtspunkte und Museen hat umfassen lassen, wird es auch heute bestätigen, daß der Mann aus dem Volke arbeitsam ist. Kutscher und Bootsleute warten natürlich oft müßig auf Gelegenheit. Sie fahren gut und rudern vortrefflich. Man gehe die engen Seitengassen vom Toledo bergauf, wo Schneider, Schuhmacher, Möbelschreiner, Tapezierer, Stellmacher vor der Haustür im Freien arbeiten, und man wird sich leicht davon überzeugen, wie fleißig der Handwerker schafft.

Goethe belehrt uns weiter, daß die Leute nicht arbeiten, um bloß zu leben, sondern um zu genießen, daß sie sogar bei der Arbeit des Lebens froh werden wollen. Es erklärt sich hierdurch ihm gar manches: „Daß die Handwerker beinah gegen die nordischen Länder sehr zurück sind, daß Fabriken nicht zustande kommen, daß außer Sachwaltern und Ärzten im Verhältnis zu der großen Masse von Menschen wenig Gelehrsamkeit angetroffen wird, so verdiente Männer sich auch im einzelnen bemühen mögen, daß kein Maler der neapolitanischen Schule jemals gründlich gewesen und groß geworden ist, daß sich die Geistlichen im Müßiggange am wohlsten sein lassen, und auch die Großen ihre Güter meist nur in sinnlichen Freuden, Pracht und Zerstreuung genießen mögen.“

Daß das Klima und der natürliche Reichtum der *campagna felice* dazu beiträgt, das Leben aufs schönste zu genießen und vieles leicht zu entbehren, das in rauhen Ländern durch intelligente Arbeit und wirtschaftliche Unternehmung gewonnen werden muß, wer wollte es bestreiten? Zu überlegen ist daneben, ob dieses rassengemischte Volk nicht in sich selbst Eigenschaften birgt, die dieser alles faustische Sehnen ablehnenden Lebensführung entsprechen, ob die mäßige Befähigung der Maler nicht auch in demselben Mangel wurzelt, und ob der Müßiggang und Luxus des damaligen ersten und zweiten Standes nicht ungezwungener sozial zu erklären ist. So tief und sicher Goethe das Individuum als Sonderheit zu begreifen und zu schildern verstand, die ethnologische Anthropologie war nicht Sache des 18. Jahrhunderts, und alle Vorstudien zu ihr fehlten damals.

Es gibt auch heute noch eine geographische Soziologie¹⁾, deren extreme Wortführer, jedoch in verschiedener Weise, Geschichte und Wirtschaft, Volksseele und Kultur aus den Tatsachen der äußeren Umwelt restlos aufzudecken vermeinen. Mancher feinsinnige Gedankengang ist hier zu finden, aber es sind meist nur Parallelen zwischen Mensch und Natur, deren unmittelbarer Zusammenhang unbewiesen bleibt. Die Ansicht, daß alle Art wirtschaftlichen oder gar kulturellen Daseins auf Boden, Klima, weite Flächen, Waldgebirge, Flüsse und Küstenbildung zurückzuführen ist, wird derjenige ablehnen, der unter dem heutigen historischen Wissen die Vielursächlichkeit des Lebens und die Vermittlung alles Tuns durch die individuelle und soziale Psyche begriffen hat. Jener materialistischen Theorie ist zuzugestehen, daß die äußere Natur überall und stets in das Produzieren und Verbrauchen ein-

1) Fausto Squillace, Die soziologischen Theorien, deutsch 1911, S. 127f.

greift, und daß sie auch die Menschen physiologisch zu erfassen vermag, woraus sich Folgen für Arbeitsamkeit und Bedarf ergeben können. Wir wissen aber auch, daß die Natur je nach dem Stande des technischen Wissens und Könnens in Dienst genommen wird und daher verschieden einwirkt.

Aus Nordamerika haben die voreuropäischen Einwohner nichts zu machen gewußt, was dem der Einwanderer nur entfernt an die Seite zu stellen gewesen wäre, obwohl sie Flüsse, Seen und Ozean zum Verkehr, Land, Holz, Kohle, Mineralien und Erdöl zur Produktion im Überfluß besaßen und Jahrtausende Zeit hatten, darüber nachzudenken. Sie hatten nicht die Gabe dazu und keine Geschichte, aus der sie Erfahrungen ziehen konnten. Wir wissen, daß das nordamerikanische Klima Weiße, Neger, Indianer, Asiaten verschieden erfaßt. Man hat es mit seiner die Nerven der ersteren erregenden Kraft als ein Erzeuger der amerikanischen Arbeitsschnelligkeit und Energie gewertet. Wäre eine gewisse Beeinflussung solcher Art nicht zu bezweifeln, so würde doch eine allgemeine Gesetzmäßigkeit damit nicht anzuerkennen sein, da andere Rassen ihr nicht unterstehen.

Wenn wir nun zu dem Ergebnis gelangen, daß sich die Eigenart eines Wirtschaftsgebietes zwar immer in der Wirtschaft seiner Bewohner zur Geltung bringt, daß sie aber nur in der Geschichte des Volkes zu verstehen ist, so wird die Wissenschaft sicherer vorgehen, wenn sie die einzelnen Länder und ihre Bewohner unter dem Einfluß aller Naturtatsachen untersucht, als wenn sie nur von einer etwa dem Klima oder dem Bodenreichtum den Ausgang nimmt, und nun vergleichend in mehreren Gebieten ihr auf den verschlungenen Pfaden der angeblichen Wirksamkeit nachfolgt. Einem organisch gedachten Objekt, wie das Volk es ist, wird jede Analyse am ehesten gerecht, die es sich als ein Ganzes in der Bewegung vorstellt. Die Geschichte vom Standpunkt umfassender Wirtschaftsgeographie eines Landes ist zwar eine Herauslösung aus dem gesamten Fluß des Geschehens und wird ohne Abstraktion nicht übersichtlich, aber sie kann die Zerstücklung des Stoffes vermeiden, an der die vergleichende geographische Soziologie krankt

Die Weltstellung eines Landes ist seine geographische Lage im Umkreis anderer. Ein Blick auf die Karte Europas zeigt uns Deutschland in der Mitte. Da von einem Zentrum aus die näheren und ferneren Peripherien überall gleich entfernt liegen, könnte geographisch Deutschland auch nach seiner wirtschaftlichen Ausstrahlungskraft nach allen Seiten hin gewertet werden. Aber geschichtlich haben sich einem solchen

Verkehr immer innere und äußere Hemmnisse entgegengestellt, so daß diese geographische Gunst nur zeitweise und ungleich benutzt werden konnte.

Man hat Deutschland das Herz des Kontinents genannt, weil der Pulsschlag des europäischen nachantiken Lebens von ihm ausgegangen ist. Seit der Völkerwanderung sind es germanische Stämme gewesen, die den mittelalterlichen Staat und die mittelalterliche Kultur in Belgien, Frankreich, Spanien, der Schweiz, östlich der Elbe und südlich der Donau und auch in England geschaffen haben. Die deutsche Kirchenreform hat ihre den Geist befreiende Energie nach allen Seiten hin ergossen. Nach dem Dreißigjährigen Krieg verdorrt der produktive Strom des geistigen Lebens, im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert bricht er wieder hervor, und deutsche Kunst, Wissenschaft und Technik haben den Nachbarn wiederum vieles gegeben. Es hätte Deutschland noch mehr geleistet, wenn ihm die politische Einigung so lange nicht versagt gewesen wäre. Die westlichen Staaten machten ihre, ihnen nicht günstige, periphere europäische Lage durch ihre nationalstaatliche Bildung und Bindung wett und konnten somit Jahrhunderte Europa stärker beeinflussen, als das Land in der Mitte. Nur der Osten blieb andauernd von hier aus befruchtet und stark rezeptiv: Polen, Rußland, Böhmen, Ungarn.

Leicht beschwingt sind die schöpferischen Gedanken und beweglich die Menschen, die die Grenzen ihres Vaterlandes verlassen. Der Schwerekraft unterliegen immer stark die Sachen, die transportiert werden sollen. Jede Verbesserung der Verfrachtungsmittel erweitert den Radius der Güterversendung, und jede Verbesserung der öffentlichen Sicherheit erleichtert sie. Mit der letzteren war es in dem zerrissenen mittelalterlichen Deutschland unter den steten Fehden zwischen dem Adel und den Städten nicht gut bestellt. Die hansischen, rheinischen, schwäbischen, holländischen und helvetischen Städtebündnisse suchten dem zwar abzuhelpen, aber da sie nicht zu einer nationalen Einheit zusammengefügt wurden, zerfielen sie unter der politischen Übermacht der fremden Länder, und die westlichen lösten sich vom Reiche ab. Die Städte haben jedoch ihre zeitweise Blüte gehabt, die an der Ost- und Nordsee, schreibt Fr. List, „unter dem Einfluß der Fischerei, der Schifffahrt und des Zwischenhandels zur See, in Oberdeutschland und an dem Fuß der Alpen unter dem Einfluß Italiens und Griechenlands und des Zwischenhandels zu Lande, am Rhein, an der Elbe, an der Donau durch den Weinbau und den Weinhandel, durch die besondere Fruchtbarkeit und den Wassertransport, welcher im Mittelalter wegen der schlechten

Landstraßen und der allgemeinen Unsicherheit von noch größerer Wichtigkeit war als selbst in unseren Tagen“.¹⁾

Die zentrale Weltstellung für den wirtschaftlichen Verkehr, die sich unter der Entdeckung des Seewegs nach Indien und Amerika, unter dem Niedergang des italienischen Orienthandels und nach den Zerstörungen der Kriegsjahre von 1618—48 verflüchtigte, wurde im 18. Jahrhundert unter der Wirtschaftspolitik der neuen größeren Staaten, Preußens, Sachsens, Bayerns, Österreichs, wieder sichtbar. Die Ausfuhr von Leinwand, Tuch, Kleineisenwaren, Kunstgegenständen, Musikinstrumenten, Spielzeug, Wein, Porzellan und anderen Spezialitäten von hohem Wert wird bedeutend. Die natürlichen Wasserstraßen, die zur Nord- und Ostsee führen, hatten dem Warencumzug die wesentliche Richtung gegeben. Mit den Chausseen wurden Zugangslinien an die Flüsse und Häfen und neue Anschlüsse nach der Schweiz, Frankreich, Belgien, Holland und dem Osten gefunden. Aber erst mit den Eisenbahnen vermochte Deutschland seine geographische Lage voll auszunützen, deren Linien von Industrieorten und großen Märkten ausliefen. Die See- und die Binnenschifffahrt vereinigten sich mit ihnen zu einem Ganzen, das sich von 1871—1914 auch der politischen Festigkeit erfreute. Zugleich wurde die Vermittlung des Verkehrs von Ausland zu Ausland erschlossen. Rußland oder der nahe Orient und Frankreich, England oder Belgien und die Schweiz, Österreich oder Italien und die nordischen Staaten begrüßten sich im deutschen Transit- und Zwischenhandel.

Um 1806 glaubte Adam Müller²⁾, für Deutschland nicht viel anderes als eine geistige Vermittlung der nachbarlichen Bildung beanspruchen zu dürfen: „Nicht durch Erhebung, durch Hervorstrahlen unserer Kräfte über die Kräfte der Auswärtigen wollen wir gelten, nicht in ihrem Zurückbleiben wollen wir unser Fortschreiten erkennen, sondern als ewige Vermittler unser und ihr gemeinsames Fortschreiten sicherstellen.“ Das war für „das glückliche Mittelland“, das, wenn es Europa durch seinen Geist beherrsche, nie seinen Gehorsam und seine Achtung gegen die übrigen zu verleugnen brauche, gewiß mehr als eine romantische Bescheidenheit, in die sich auch heute wieder, da es uns außenpolitisch nicht besser als um 1806 ergeht, duldende Gemüter ergeben haben.

Die Ausdehnung und Abrundung des Raumes als eines Betätigungsfeldes der Volkswirtschaft ist zwar politischen Ursprungs, aber

1) Das nationale System der politischen Ökonomie. 6. Aufl. 1877. S. 78.

2) Vorlesungen über die deutsche Wissenschaft und Literatur. Neue Ausgabe. 1920, S. 15.

vermöge dessen, was der Raum sachlich zur Produktion einschließt und zum Verkehr ermöglicht, eine geographische Tatsache. Abgerundet ist Deutschland nicht, und damit ist es in seiner Aktionsfähigkeit geschwächt. Drei tiefe Keile, der polnische, der böhmische und der französische sind heute in das Reich eingetrieben, während es zur Zeit der sächsischen und fränkischen Kaiser fast quadratisch vom 5. bis zum 16. Länge- und vom 35. bis 46. Breitengrad geformt war.

Deutschlands Grenzen sind durch historische Ereignisse gezogen worden und fallen auf drei Seiten mit natürlichen Scheidewänden höchstens auf schmale Strecken zusammen, nirgends in erheblicher Länge, seitdem der Vogesenkamm wieder verloren ist. Militärisch sind sie im Osten und Westen schlecht, aber für die Wirtschaft lassen sich an ihnen gute Tore anlegen, die indessen nur als machtvoll gesicherte ihren Zweck erfüllen werden. Allein im Norden schließt das Vaterland das Meer gut ab, das, obwohl es scheidet, den deutschen Handel und die deutsche Schifffahrt belebt hat. Von der Nordsee führen die Welthandelsstraßen in die Ozeane. Die Ostsee gleicht mehr einem Binnensee und ist von 1815 bis 1914 an Verkehrsbedeutung zurückgetreten. Rhein, Weser, Ems und Elbe waren der Oder und der Weichsel ihrer Mündung wegen überlegen. Wird in Zukunft des Reiches Ausfuhr verstärkt nach dem Osten hingelenkt, so wird die Ostsee, die bis zur Napoleonischen Zeit eine stark befahrene Straße war, wieder mehr zu gelten haben.

Die Größe des Wirtschaftsgebietes ist zunächst immer ein relativer Begriff. Deutschland ist klein gegenüber den Vereinigten Staaten, und es wurde groß 1871 im Vergleich zu den deutschen Einzelstaaten vorher. Aber man kann sie auch an sich einschätzen. Um der wirtschaftlichen Vorteile der absoluten Größe teilhaftig zu werden, können sich Länder zu Zollvereinen zusammenschließen, vollständig werden jene Vorteile nur hervortreten, wenn Staats- und Zollgrenze sich decken. Der deutsche Zollverein beseitigte die inneren Hemmnisse des Verkehrs und brachte ein erhebliches finanzielles Ersparnis bei den Erhebungskosten der Grenzzölle, das Reich auch ein solches bei den Zentralausgaben für die öffentliche Verwaltung. Zugleich wurde der summierte Staatskredit der Einzelstaaten um den des Reiches zusätzlich für die Nation gehoben. Es wurde der innere Markt erweitert, womit sich Großbetrieb und Arbeitsteilung in Industrie, Handel und Transportunternehmungen untereinander steigerten. Wie durch das Verschwinden der Binnenzölle der Verkehr befreit wurde, wurde er positiv durch einheitliches Geld, Maß, Gewicht und Privatrecht gefördert.

Vielseitiger wurde die deutsche Geschäftstätigkeit auf der breiten

Grundlage des großen Wirtschaftsgebietes, aber ausreichend war die Produktion nicht in allen, wenn auch in vielen Betriebsarten, und mancherlei konnte sie überhaupt nicht leisten. Deutschland ist zu klein und klimatisch doch im ganzen zu gleichartig, um seiner Bevölkerung bei allen gegebenen Bedürfnissen zu genügen. Eine solche Aufgabe vermögen selbst die Vereinigten Staaten nicht ganz zu lösen, obwohl sie sich durch die arktische, gemäßigte und subtropische Zone hinziehen und mit landwirtschaftlichen Ebenen und Schätzen des Bergbaues reich bedacht sind.

Es gibt nach statistischen Aufnahmen angefertigte Landkarten des Deutschen Reiches, die eine Übersicht über die Bodenbenutzung, Niederschläge, Bodenschätze und Standort der Industrien gewähren. Sie verdienen von jedem Nationalökonom studiert zu werden und werden ihm über die natürliche Ausstattung unseres Wirtschaftsgebietes mancherlei Auskunft geben, zumal wenn er statistische Tabellen zuhilfe nimmt. Der geographische Gegensatz von norddeutschem Flachland und süddeutschem Hügel- und Gebirgsland tritt uns in der Waldverbreitung auffallend entgegen. In den Bergen liegen weite Strecken, die sich zur Forstwirtschaft allein oder vorzugsweise eignen. Die genügenden Niederschläge in den Höhenlagen waren eine günstige Vorbedingung für die Erhaltung des in alten Zeiten ganz Deutschland bedeckenden Waldes. Wenn wir erfahren, daß 27,7% der Reichsfläche Waldbestand sind, so werden wir aber doch hervorheben müssen, daß diese hohe Quote auch der Forstpolitik zu danken ist. 31,1% des Waldbodens gehören dem Staate, 16,1% der Gemeinde, 10,4% den Fideikommissen, 1,8% sind Kron-, 1,5% Stiftungs-, 2,2% Genossenschaftsforsten. Alle diese Besitzer haben ein Interesse daran, den Wald als sichere Erwerbsquelle und Vermögensbestand zu behaupten, und bei den großen Betrieben auch die Möglichkeit rationeller Bewirtschaftung. Die 36,1% Privatwaldungen stehen zudem unter Aufsicht der öffentlichen Verwaltung, so daß sie im ganzen auch als leidlich geschont gelten dürfen. Eine wie wertvolle Reserve an wirtschaftlicher Kraft dieser Wald für Deutschland ist, haben der große Krieg und die Nachkriegsjahre gezeigt, als er die Nation in der Kohlennot und bei der Absperrung der Holzzufuhr aus dem Osten mit Brenn-, Bau- und Papierholz versorgte.

Von der Landwirtschaft kann man zunächst sagen, daß der Weinbau nur an schmalen Hügelstreifen des Rheins, des Mains, der Mosel, des Neckars und einiger ihrer Nebenflüsse in unserer Zeit klimatisch möglich ist. Die 135 200 Hektar des Jahres 1900 sind nur ein

winziger Teil von den 36 Millionen der landwirtschaftlich benutzten Fläche. Besser sieht es mit dem Obst- und Gemüsebau aus, der der rauhen Luft, die das meiste Gebiet an sieben Monate des Jahres überzieht, besser trotzt als die Rebe. Ist er westlich der Elbe zwar reichlicher als östlich derselben anzutreffen, so liegt er doch überall vorzugsweise um die Städte herum, mögen sie klimatisch auch große Verschiedenheiten aufweisen. Die gärtnerische Kultur ist über die Natur Herr geworden. Dieser Sieg gilt auch vom Getreidebau. Im allgemeinen ist der Ackerboden nur mittlerer Güte, so daß wir den Weizen mit über 8% der Nutzfläche nur selten und in der Zerstreuung bemerken, so in den Marschen an der Nordsee, in Westfalen, südlich von Würzburg, nördlich von Frankfurt, um Stettin, in den Provinzen Sachsen und Schlesien, in Braunschweig, Altenburg und an der unteren Weichsel. Der Roggen ist die Hauptbrotfrucht der deutschen Betriebe, durch Boden und Klima bestimmt, 1908—12 auf einer Fläche, die die des Weizens, ebenso wie die der Sommergerste, um das dreifache übertraf. Der starke Bedarf an Getreide in Verbindung mit einer vorsorglichen Wirtschaftspolitik hat die Ernteergebnisse im 19. Jahrhundert gesteigert. Ein Vergleich des deutschen mit dem anderstaatlichen Ackerbau aus dem Jahre 1912 zeigt, wie man bei uns die Kargheit der Natur überwunden hatte:

Staaten	Ernteerträge in Doppelzentnern auf den Hektar				
	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Kartoffeln
Deutschland	22,6	18,5	21,9	19,4	150,3
Rußland	6,9	9,0	8,7	8,5	81,7
Österreich-Ungarn	15,0	14,6	16,0	13,0	100,2
	12,7	11,6	13,9	10,4	84,4
Frankreich	13,8	14,3	14,3	12,6	74,2
Kanada	17,7	12,0	16,7	15,0	115,8
Vereinigte Staaten	10,7	10,6	16,0	13,4	76,2
Argentinien	9,3	—	—	—	—
Britisch Indien	8,7	—	—	—	—

Die weiten Anbauflächen des Roggens, der Kartoffel und, man kann hinzusetzen der Zuckerrübe, liegen im allgemeinen in der norddeutschen Ebene, die daher den Süden mitzuversorgen hat. Hingegen ist der Viehstand über das Reich ziemlich gleichmäßig verteilt, da die Bergwiesen und Weiden auch im Hügel- und Bergland ertragreich sind.

In bezug auf nutzbare Produkte des Bergbaues ist Deutschland von Natur besser ausgestattet als auf landwirtschaftliche. Das ist erst im 19. Jahrhundert erkannt worden, als Kohle und Eisen das Rückgrat der deutschen Industrie wurden. Der Norden ist dem Süden bis 1871 stark

überlegen gewesen. Dann erhielt dieser den Eisenreichtum Lothringens und die Kalilager des Elsaß. Beide sind nunmehr wieder verloren, und zudem haben die Franzosen auch auf die Saarkohle die Hand gelegt und Oberschlesien ist geteilt worden. Was Lothringen bedeutete, lehrt die Statistik vom Jahre 1912, in dem 27,2 Mill. Tonnen Eisenerz in Deutschland gefördert wurden. Davon kamen 20,0 auf die lothringische Minette, 2,5 auf das Siegerland, 1,0 auf Nassau und Oberhessen, 0,2 auf Schlesien und der Rest auf die kleinen Bezirke Aachen, Taunus, Vogelsberg, Sauerland, Osnabrück, Harz und Süddeutschland.

Von den drei großen Lagern der Steinkohle brachte im gleichen Jahre das niederrheinische 103 Mill. Tonnen, das oberschlesische 41 und das an der Saar 16, der Rest von weiteren 14 entfiel auf Aachen, Thüringen, Sachsen, Oberfranken, Niederschlesien und einige geringere Grubenstrecken verschiedenen Ortes. Der früher oft hervorgehobene industrielle Vorteil, daß Kohle und Eisen in Schlesien und am Rhein nahe beisammen liegen, gilt wohl noch, wird aber heute bei der nötigen Eisenzufuhr vom Auslande minder hoch gewertet. Ein anderer ebenfalls aus der Lage abgeleiteter Vorzug wurde darin erblickt, daß die Kohlen im Westen wie im Osten nahe der Landesgrenze, also zum Export gebettet waren, und sie selbst wie das mit ihnen erzeugte Roheisen auf dem nahen Rhein und der Oder unmittelbar verfrachtet werden konnten. Dabei vergaß man die Mißgunst der Nachbarn, der Franzosen und Polen, die unentwegt auf das wertvolle Grenzgut begehrlieh starren und es rauben wollen.

Das gebirgige Süddeutschland mit seinen Wasserkräften wird durch die Gewinnung elektrischer Energie in Zukunft industriell besser dastehen als bisher. Doch ist dabei nicht zu übersehen, daß die wertvollen Erze, außer dem Eisen auch Kupfer und Zinn, weit abliegen oder auch aus dem Ausland bezogen werden müssen. Die nord-süddeutschen Kanalwege werden daher um so dringender zu bauen gefordert.

Mit Braunkohle und Salzen, die in reicher Fülle vorhanden sind, ist der Norden ebenfalls besonders begünstigt. Die erstere ist mehr dezentralisiert als die Steinkohle, woraus manche Industrien ihren Nutzen gezogen haben. In thüringisch-sächsischen Revieren wurden 1912 27,8 Mill. Tonnen gefördert, in den Lausitzer 24, in niederrheinischen 17,8, in braunschweig-magdeburgischen 7,4. Ober- und Niederhessen, Westerbald und Oderbezirk brachten es auf 2,6, die Oberpfalz und Oberbayern auf 1,4. Neben den Salzbergwerken sind die Salzquellen zu nennen, die über hessische, thüringische, sächsische, fränkische, badische, schwäbische und oberbayrische Gegenden ziemlich gleichbringend verteilt sind,

während die wertvollen Kaliwerke auf Gebieten Preußens, Braunschweigs, Anhalts, Thüringens nicht weit auseinanderliegen.

Die Standorte der Verarbeitungsindustrie sind oft durch die Lage der Rohmaterialien gegeben und erscheinen daher als natürliche. Die Branntweimbrennereien sind zum großen Teil landwirtschaftliche, die Zuckerfabriken sind nicht weit von den Rübenfeldern entfernt, die Kupfer- und Zinkhütten von den Gruben. Bei Eisen und Kohle war es lange streitig, ob z. B. das Lothringer Eisenerz an die Ruhr, oder ob der Koks zu jenem verführt werden solle.¹⁾

Je wertvoller die Rohstoffe sind, um so weiter können sie zur Verarbeitung transportiert werden — wie es Goldschmiede überall gibt — und um so mehr kann der Standort einer Industrie durch andere Tatsachen bestimmt werden, wie durch eine vorhandene angesessene Arbeiterschaft, die, je gelernter sie ist, je mehr Tradition sie hat, um so unbeweglicher am Ort verharret. Die Natur bindet eine Industrie oft nicht dauernd an eine Gegend. Mit der erleichterten Fracht wird die Konzentration der Betriebe in den Vordergrund der Rentabilität gestellt, so daß z. B. örtlich zerstreute Hüttenwerke vereinigt werden. Oder es kann auch sein, daß ein Verarbeitungsgewerbe die Motorkraft des Wassers und des Windes preisgibt, weil die Eisenbahnen Kohlen dorthin bringen, wo es seine Dampfmaschine aufzustellen für zweckmäßig findet. So sind Industrien aus abgelegenen Bergtälern in die breiten Flußebenen oder in die Zentren des Bahnverkehrs abgewandert, wo der Markt näher und die Arbeiterzahl größer ist.

Ebene und Gebirge kommen dem Verkehr verschieden entgegen. In jener lassen sich Landstraßen, Eisenbahnen und Kanäle billiger anlegen als in diesen. Die Flüsse sind in den Bergtälern selten schiffbar, und ihre Verbindung untereinander ist nur durch teures Schleusenwerk möglich. Norddeutschland ist auch in dieser Richtung vor dem Süden durch die Natur begünstigt. Es verfügt über eine stattliche Zahl von schiffbaren Flüssen, die nordwärts zum Meer laufen, die west- und ostwärts kleinere aufnehmen und die sich mit Kanälen ebenfalls von Ost nach West zusammenbringen ließen. Aber auch dieses Flußnetz ist historisch verschieden bewertet worden. Die Eisenbahnen haben Jahrzehnte lang den Verkehr auf den Nebenflüssen durch ihre Konkurrenz lahmgelegt, wie auch der Oberlauf der Hauptflüsse dem neuen Verkehrsmittel unterlag. Erst Vertiefung, Regulierung und Kanalanschluß haben der alten Fahrgelegenheit neues Leben eingeflößt. War Süddeutschland

1) Vgl. meine Deutsche Wirtschaftsgeschichte. A. a. O. S. 240.

infolge gegebener natürlicher Verhältnisse dem Verkehr nicht so leicht zu erschließen als die norddeutschen Gebiete, und ist dies bis in die Gegenwart fühlbar gewesen, so hat es doch der Unternehmungsgeist der Privaten und die staatliche Initiative durch Straßen- und Eisenbahnen von manchem Zwang befreit. Der Bismarcksche Gedanke der Reichseisenbahn würde in seiner Verwirklichung Norddeutschland Opfer zugunsten des Südens aufgelegt haben, da er aber die Zustimmung im Reichstage nicht fand, wurden die Reichsfinanzen nur für einige süddeutsche Militärbahnen herangezogen.

Den Einfluß der äußeren Natur auf den wirtschaftlichen Charakter der Deutschen und auf die Möglichkeit ihrer wirtschaftlichen Ausbildung hat man darin zu finden geglaubt, daß das Klima der gemäßigten Zone zu Arbeitsamkeit, Gründlichkeit und Unternehmungs- und Erfindungstüchtigkeit Veranlassung biete. Man sagte, in zu kalten Regionen könne überhaupt kein gedeihliches wirtschaftliches Leben aufkeimen. Der Mensch verzweifle in seiner zu harten, grausamen Umgebung; werde er hingegen in eine zu reiche, warme Gegend versetzt, so könne er erschlaffen. In der Mitte sei demnach das Heil zu erwarten, und da Deutschland in der Mitte der mittleren Zone liege, so erscheinen seine Bewohner besonders vorausbestimmt, Hervorragendes zu leisten.

Leben nun Deutsche schon seit einigen Jahrtausenden mindestens unter dem gemäßigten Klima, so müssen ihre wirtschaftlichen Tugenden auch schon alten Datums sein. Fr. List¹⁾ ist dieser Ansicht, wenn er schreibt, daß die Deutschen nach dem Dreißigjährigen Krieg und ihrem politischen Verfall nur eins sich gerettet hätten: „ihren ursprünglichen Charakter, ihre Liebe zu Fleiß, Ordnung, Wirtschaftlichkeit und Mäßigkeit, ihre Beharrlichkeit und Ausdauer in der Forschung und in den Geschäften, ihr aufrichtiges Bestreben nach dem Besseren, einen großen Naturfonds von Moralität, von Mäßigung und Überlegenheit.“ Als angeboren werden diese Eigenschaften gedacht, denn auf Tradition können sie nicht beruhen, sie wären sonst in den das Volk zerstörenden langen Kriegen verloren gegangen. Aber sie müssen auch entstanden sein. Und zur Erklärung dieser Schöpfung wird auch der theoretische Rückgriff auf das Klima zulässig sein, wie dieses unter mancherlei Vermittelung bei allen Rassenbildungen, wenn auch in sehr langen Zeiträumen, von Wichtigkeit gewesen sein dürfte. Man wird immer historische Wandlungen und Vorgänge hinzuziehen müssen, um die Ausbildung eines Volkscharakters in seinen Einzelheiten begreifen zu können. Im alten

1) A. a. O. S. 81.

Germanien, bemerkt List einige Seiten früher, wurde der größte Teil des Bodens als Viehweide und Waldgehege benutzt. Der unbedeutende und rohe Ackerbau wurde von Unfreien und Weibern betrieben. Die Freien beschäftigten sich einzig mit Krieg und Jagd. „Es bedeutet,“ schreibt G. Schmoller, „einen der größten Kulturfortschritte, wenn der Mann die eigentliche Ackerarbeit übernimmt: nur unter dem Drucke besonderer Verhältnisse haben die meisten Stämme sich dazu entschlossen. Die Lobredner der Imperatoren rühmen, daß z. B. die Chamanen und Friesen, einst nur leichtfüßige Räuber, jetzt durch die römische Herrschaft und die Märkte gelernt hätten, im Schweiße ihres Angesichts ihr Feld zu bauen.“¹⁾

Wenn in Deutschland die Männer zu einigen ihrer anerkannten wirtschaftlichen Eigenschaften erst spät gelangt sind, so mögen auch die Frondienste und Naturallieferungen auf die Bauern anspornend gewirkt haben, wo sie nicht übertrieben waren, ebenso wie die Notwendigkeiten auf die Städter unter Arbeitssonderung zum Handwerk überzugehen, ohne dessen fleißige Ausübung eine Versorgung nicht möglich war. Wir wissen, daß die preußischen Gutsbesitzer sich im 18. Jahrhundert noch nicht viel um Feldbau und Viehzucht kümmerten, erst im 19. unter dem Druck der Bauernbefreiung und unter dem Fernverkauf ihrer Produkte sind sie zu intelligenten Landwirten geworden, mochte auch die natürliche Anlage zu Ordnung und Fleiß ihnen nicht gefehlt haben.

Denken wir daher unser Problem historisch durch, so werden wir bei der Bildung der Charaktereigenschaften der Natur wohl eine allgemeine Richtung zugestehen dürfen, die aber erst im Verlaufe des völkischen Lebens mit seinen Wandlungen und Schicksalen zu etwas faßbarem Speziellen geformt wird. In diesem Sinne warnt Hermann Lotze²⁾ vor zu phantasievoller geographischer Konstruktion: „Von der übermäßigen Kälte und Rohheit des Klimas werden wir allerdings mit Recht eine geringere Lebhaftigkeit und Regsamkeit des Naturells, von der größeren Wärme und Gleichförmigkeit eine ungebundene Entwicklung aller körperlichen und geistigen Tätigkeiten erwarten, und wenn unsere Schlüsse nicht weiter gehen, werden sie durch Vergleichung der Völker und ihrer Wohnsitze bestätigt werden.“

Wenn man die Verschiedenheit der deutschen Stämme, der Friesen, Sachsen, Preußen, Bayern, Schwaben, Franken nach ihrer seelischen Eigenart vergleicht und sich ihre Arbeit und ihr Genießen, ihre Bauart

1) „Die Tatsachen der Arbeitsteilung“ in seinem Jahrbuch, 1889, S. 60.

2) Mikrokosmos. II. 6. B., Kap. 1.

und Wohnungsweise, ihre Tracht und Sitte mit der Gegend, in der sie leben, zu einer Einheit verschmolzen vorstellt, so ist man auch hier leicht geneigt, der äußeren Natur, unter der sich alles abspielt, und die man nicht wegdenken kann, eine beachtenswerte Gestaltungskraft zuzumessen. Doch ist hier Vorsicht erst recht am Platze, da wir nur mit sehr langen Zeiträumen operieren dürfen. W. Roscher¹⁾, der der Geographie als erklärendes Mittelglied zwischen Geschichte und Natur sympathisch gegenübersteht, erinnert daran, daß jedes Volk in einer gewissen Periode seines Lebens gewandert sei. Da werde seine Neigung es womöglich an demjenigen Orte haben verweilen lassen, der seinem Charakter am meisten zusagte. Diese Wahlfreiheit, die auf eine bereits vorhandene psychische Eigenart zurückgreift, ist von ihm also auch nicht unbeschränkt zugegeben, was jeder bestätigen wird, der die Niederlassung der europäischen Auswanderer in Nordamerika studiert hat. Nur ein mäßiger Teil der Südtaliener und Sizilianer z. B. betreibt die Kultur der Agrumen im Süden und an dem Stillen Ozean, die meisten bleiben in den Industriezentren des Ostens für ihre Wanderjahre oder für Lebenszeit hängen.

Auch die Bemerkung W. H. Riehls²⁾ ist vorsichtig im wissenschaftlichen Geiste gefaßt: „Die norddeutsche Ebene hat schwere feuchte Luft, massenhaft gleichmäßige Ausbildung der Windströmungen, wie Gewitter und Nebelbildungen. Im hochgebirgigen Deutschland dagegen finden wir dünne, trockene Luft vorherrschend, schroffen Temperaturwechsel, die schärfsten Gegensätze der Jahreszeiten, verheerende Gewitter und Hagelgüsse. In beiden Zonen stählt aber der Kampf mit den Unbilden des Klimas den Menschen. Das mittelgebirgige Deutschland weiß wenig von diesem Kampf. Hier gleichen sich die klimatischen Gegensätze aus, die milde, weiche Luft der Täler half wohl auch die Menschen behäbig, üppig und weich zu machen.“

Daß die Menschen in der reichen Rheinebene, deren Klima von dem norditalienischen nicht weit absteht, einen Zug zum sich-gehen-lassen, zur Geselligkeit in der Öffentlichkeit, zum Arbeiten, das eher behaglich als konzentriert ist, gern hervorkehren, ist im Gegensatz zu dem Zugeknöpftsein der an ihre vier Wände mehr gebundenen Norddeutschen, als ob sie sich frostig fühlten, und zu ihrer Verinnerlichung, die zu lang ausgesponnenen, außerhalb der Familie kaum besprochenen, wirtschaftlichen Plänen und zu der Hartnäckigkeit in deren Durchführung hinüberleitet, hervorgehoben worden. Weniger leicht zuzugeben ist der

1) System der Volkswirtschaft. I., § 37.

2) Land und Leute. IV., Kap. 1.

Satz, daß der Wein in Ländern wie Baden, Württemberg, der Pfalz, der Rheinprovinz zur geistigen Beweglichkeit anrege, so daß die Bewohner hier zur Demokratie und zu einer von ihr abhängigen, häufig sich umgestaltenden Politik hinneigten, während das Bier in Bayern bequem mache, und die väterliche Fürsorge der Monarchie gern über die Menschen ergehen lasse. Die alte Neigung zur Demokratie in Südwestdeutschland dürfte wohl eher in dem verbreiteten Kleingrundbesitz wurzeln, der durch die geographische Art des Landes mit seinen Tälern, Hügeln und nur mäßig großen Ebenen, durch Bodenreichtum und Klima, die den Weinbau zuließen, mitbestimmt ist.

Die ähnliche Natur von Baden und dem Elsaß birgt jedoch gegenwärtig einen verschiedenen Volkstypus in sich, wenn auch die Bewohner beider demokratisch empfinden. In Baden ist man sauberer, unternehmender, fortschrittlicher, moderner als jenseits des Rheins. Die Differenz der Stammeszugehörigkeit dürfte hier weniger ausschlaggebend gewesen sein als der geschichtliche Verlauf der Staaten. Das Elsaß war bis 1871 keineswegs in das französische Wirtschaftsleben so organisch eingegliedert, daß es von diesem zahlreiche Einflüsse hätte empfangen können, während zugleich die alte deutsche Einwirkung, durch die Zoll- und politische Grenze gehindert, nicht recht vordringen konnte. Die Periode von 1871—1918 hat das Elsaß, namentlich in den letzten 20 Jahren, wirtschaftlich rasch gehoben, aber sie war doch noch nicht lang genug, um mit dem hergebrachten Mangel an Initiative der Bewohner aufzuräumen.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die äußere Natur graduell abgestuft in den wirtschaftlichen Dingen erscheint. Während Reichtum und Armut an Ackerboden und nützlichen Mineralien in der Gütererzeugung leicht sichtbar werden, während der Verkehr durch Flüsse und Ebenen ohne weiteres erleichtert, durch Gebirge gehemmt wird, sind Grenzbeschaffenheit, Höhenlage, Größe des Gebietes und Weltstellung schon schwieriger in ihren Folgen zu beurteilen, und die Eingriffe der natürlichen Umgebung in die Beschaffenheit der Bewohner kreuzen sich mit so vielen qualitativ eigenartigen Gestaltungstendenzen, daß der Forscher hier nur vorsichtig analysierend und kombinierend vorgehen darf.

Daß Naturgesetze in jeden Produktions- und Verkehrsvorgang eingreifen, also den Menschen mit absoluten Notwendigkeiten und bedingten Regelmäßigkeiten umschließen, ist weiter unten zu erörtern. Dabei handelt es sich um ein überall physisch gleiches Geschehen, während wir hier auf die Sonderheiten der Länder einen Blick zu werfen

hatten und darauf hinweisen wollten, wie im Verlauf der Geschichte der Mensch seiner äußeren Umgebung recht verschieden gegenüberstehen kann.

Im Jahre 1835 schrieb in diesem Sinne Helmuth von Moltke auf seiner Reise nach der Türkei von den Trümmern der Trajansbrücke unterhalb Gladowas: „Auf einer Strecke von 300 Meilen würde heute diese Brücke der einzige permanente Übergang sein, wenn nicht der Erbauer selbst sie wieder zerstört hätte, um gegen die Goten sicher zu sein. Damals war ein Strom wie die Donau ein größeres Hindernis in militärischer Beziehung als heute, und wirklich trennte die Donau eine lange Reihe von Jahren die zivilisierten und barbarischen Völker — heute fängt sie an, sie zu verbinden.“¹⁾

III. DER TECHNISCH-ÖKONOMISCHE FORTSCHRITT IN DER GESCHICHTE

Der Fortschritt der Menschheit ist ein alter Glaube. Er schmeichelt ihrer Selbstherrlichkeit und verheißt ihr ein besseres Dasein. Nachweisbar ist er jedoch nicht an ihrem ethischen Verhalten, auch nicht an ihrer sozialen oder politischen Ordnung, sondern allein an dem theoretischen und angewandten Wissen von der Natur und deren Kräften. Die Naturwissenschaft unserer Tage steht hoch über der der Ägypter und der Griechen, und der Abstand der Technik vom Holzbogen und Feuersteinpfeil bis zum Hinterlader und Stahlgeschöß, von der Sammlung wildwachsender nahrhafter Pflanzen bis zum intensiven Feldbau, von der alleinigen Benutzung der menschlichen Glieder bei der Arbeit bis zur Dynamomaschine ist ungeheuer. Der Zufall mag fast immer die Veranlassung zu den großen Ereignissen des Wissens gewesen sein, die Beobachtung desselben, das Schlüsseziehen aus ihm, die praktische Gestaltung des Erkannten fiel der Intelligenz der begabten Persönlichkeit anheim. Heute glaubt die systematische wissenschaftliche Forschung des anregenden Zufalles wenigstens auf einigen Gebieten entbehren zu können, indem sie sich ihre Aufgaben ausdenkt und sich der planmäßigen, nicht willkürlich ausprobierenden Mitarbeit zahlreicher Hilfspersonen bedient. Wie könnte unter diesen Verhältnissen die Hoffnung auf einen weiteren technischen, vielleicht progressiven Fortschritt trügerisch sein?

Die Entwicklung der Technik macht allein schon die Nationalökonomie zu einer historischen Wissenschaft, und konnte man ein allgemeines

1) Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Grafen Helmuth von Moltke. I, S. 131.

Gesetz des technischen Vorwärtsschreitens, so würde man auch ein wirtschaftliches Entwicklungsgesetz haben, das zwar einseitig bliebe, da es von anderen Faktoren selbständiger Art, die die Wirtschaftsgeschichte mitbestimmen, abstrahiert hätte, aber doch als eine Richtschnur dienlich sein könnte. Eine einheitliche zusammenfassende Formulierung alles technischen Geschehens in die große Wahrheit eines allgemeinen Rhythmus ist bisher nicht gelungen, es sind nur einige Züge als wiederkehrend erkannt worden, die psychologischer Art sind und somit Überzeugungskraft besitzen.

Die eine Tendenz liegt darin, daß die gegebene Technik unter dem geistigen Vorwärtstreben aus sich selbst heraus, wenn auch oft nach vielem, vergeblichem Tasten schrittweise weiter gebildet wird. Diese Kontinuität mag man geringer einschätzen, als etwas überraschend Neues, aber sie ist doch wichtig genug an sich. Vergleichen wir die Waffen oder Hämmer der älteren und jüngeren Steinzeit, so werden wir auf die immer mehr gelungene Schärfung und Zuspitzung und auf die vervollkommnete Glättung und Griffgebung aufmerksam gemacht. Oder denken wir an den Pflug, der ursprünglich nur eine von Tieren gezogene, schräg zum Boden gestellte, ihn aufritzende spitze Stange, und nach dem höchsten heutigen Stand eine breitwürfige, in die Erde tief eindringende, rasch arbeitende Maschine mit Explosionsmotor ist. Die zahlreichen Zwischenglieder weisen die Museen auf. Vor 30 Jahren traf man auf dem Starnbergersee bei Fischern noch das Einbaumboot an, den ausgebrannten Holzstamm, wie ihn einst die Pfahlbauer benutzten. Daneben gab es flache Ruderboote, die zum Teil schon von dem Kielboot verdrängt waren. Dampfschiffe kreuzten den See, um den großen Verkehr zu bewältigen. 10 Jahre später machten sich die Villenbesitzer in ihren Benzinbooten untereinander Besuche. Es gehört zu dem Wesen der Technik, trotz aller Neuerung konservativ zu sein, da ganz bestimmte bleibende Bedürfnisse sein Ausgangspunkt sind. Die Droschke behauptet sich z. B. in der Großstadt neben den Automobilen und der Straßenbahn. Der im Moorgrund zu Robenhausen gefundene Webstuhl der Schweizer Pfahlbauer wird zwar nicht mehr in seiner alten Form gebraucht, aber der Pflug primitiver Art findet heute noch in Sizilien unter bestimmten Bedingungen des reichen, welligen Bodens der Insel eine gelegentliche Verwendung.

Die Technik der Selbstverbesserung, die wir durchweg, so in der Metallverarbeitung, der Töpferei, der Glas-, Papier-, Textilindustrie, im Maschinenbau, oder wo wir sonst wollen, verfolgen können, ist in verschiedenem Tempo vor sich gegangen. Im allgemeinen machen wir die

Erfahrung, daß die Fortschritte nach der Erfindung zuerst langsam sind. Kommt der Stein ins Rollen, so beschleunigen sie sich. Das gilt bei den einzelnen Völkern, wie den asiatischen, den antiken, den Arabern, denen der Renaissancezeit, den modernen. Es gilt auch von der Menschheit im ganzen, die zu einem Schritt vorwärts einst 10 000 Jahre nötig hatte, den sie heute in wenigen zurücklegt.

Es lehrt die Vergangenheit auch dieses: Die Entwicklung vollzog sich nur zuverlässig unter geordneten und sicheren Zuständen der Gesellschaft. Brachen die Staaten zusammen, degenerierte die Rasse, verschwanden die Völker, um andern Platz zu machen, so wurde die Technik still, ihr Nährboden verdorrte. Das von ihr Geschaffene ging zugrunde, und manche Einzelheiten des Könnens versanken in Vergessenheit. Wir brauchen nur an den Untergang der sumerischen, babylonischen, syrischen, phönizischen, ägyptischen, griechischen und römischen Kultur zu erinnern. Und doch! Die wertvollen großen Errungenschaften des menschlichen Könnens blieben erhalten, die Bronze-, Eisen- und Tonverarbeitung, die Formen der Werkzeuge und Waffen, die Steinbauten, der Acker- und Gartenbau mit den meisten Gewächsen, so aus älterer Zeit; aus der späteren die Wassermühle, die Münze, die Wage, der Wagen, die Wasserleitung, der Kompaß, um nur einige Beispiele anzuführen.¹⁾

Diese wichtige Tatsache des Fortbestehens führt uns zu einer anderen, überall nachgewiesenen Tendenz in der Geschichte der Technik, zu der der Verbreitung. Denken wir uns zwei für sich lebende Stämme auf etwa gleicher, niedriger Wirtschaftsstufe, von verschiedener Rasse und auf Gebieten wohnend, die durch natürliche Beschaffenheit voneinander abweichen. In beiden wird eine besondere, wenn auch in manchen Fällen ähnliche Technik entstehen. Nun treten beide in Austausch miteinander, der erstens Gegenstände umfaßt, die nur jeder Stamm vermöge seines Bodens beschaffen kann und daher eine dauernde Zukunft hat, und der zweitens sich auf solche erstreckt, die in der Verarbeitung ihre Sonderheit besitzen und nachgeahmt werden können. Bei diesen kann die Technik von dem einen Gebiet zu dem anderen übergehen, wenn auch inzwischen manche Zeit verlaufen mag, die der erste

1) Technische Kunststücke für Ausnahmefälle gehen leicht verloren, wenn sie nicht durch Schriftsteller aufbewahrt werden. So hat sich Fontana, der für Sixtus V. den Obelisk vor St. Peter aufstellte, der Angabe des Ammianus Marcellinus bedient, der die letzte Aufrichtung dieses Obelisk beschrieben hatte. L. v. Ranke, Sämtliche Werke 1878, Römische Päpste. I. S. 312.

Erzeuger zu seinem Vorteil ausnützen mag. Das neu Aufgenommene wird zunächst unvollkommen nachgebildet, man denke z. B. an die keltischen Münzen im Vergleich zu den griechischen, aber es wird nicht vergessen, weil es so hoch geschätzt wird, höher als nachbarliche politische Methoden und ethische Ziele oder lebenskluge Lehren, was alles man aus sich ausreichend zu schöpfen vermeint.

Je mehr der Verkehr durch bessere Mittel, die selbst etwas Technisches sind, angeregt wurde, um so weiter dehnte sich die Kunst der Produktion aus, und zugleich wurde sie mit der selbständigen Aufnahme durch fremde Stämme oder Völker eine neue Quelle zum Nachdenken und Weiterbilden. Der Nachahmungstrieb wirkt schon innerhalb der primitiven Horde, in der sich die Mitglieder gleich kleiden, gleich waffnen. Wenn wir von einem paläolithischen, neolithischen, Bronze- und Eisenzeitalter Europas sprechen, so ist der darin liegende Begriff, daß gleichzeitig mehrere Völker unter dem gleichen Zustande, den diese Worte andeuten, lebten. Wenn auch einige vorangeschritten, andere rückständig waren, im großen ganzen folgte international eine Epoche der anderen, wie es auch später geschah, daß der Buchdruck, die Feuerwaffe, die Dampfmaschine, der Telegraph, das Fahrrad, das Automobil, das Flugzeug auf der ganzen Erde ihren Siegeszug angetreten haben.

Daß sich die Technik so weit und rasch verbreitet hat, ist der Grund, weshalb sie sich trotz aller Völkerkriege und Verwüstungen behauptet hat. Werden verlorene Einzelheiten und Kleinigkeiten gelegentlich durch die historische Forschung aufgedeckt, so hat das im Praktischen nur ausnahmsweise eine Bedeutung gehabt. Denn die Technik pflanzt sich durch Übung und unter Anpassung an den Wechsel der Verhältnisse fort. Die chirurgischen Instrumente, die in Pompeji gefunden wurden, konnten unseren Ärzten, die Spezialvorschriften des Cato und Varro für den römischen Ackerbau unseren Landwirten kaum etwas bringen.

Eine lebendige Vermittlung der Technik zwischen Land und Land besorgt die Wanderung. Der Aufschwung der Volkswirtschaft in den Vereinigten Staaten während des 19. Jahrhunderts hat dieser Form der Übertragung aus Europa vieles zu danken, am meisten dort, wo sich die Einwanderer in unbesiedelten Gebieten niederließen. Südtaliener haben in Florida und Kalifornien Orangenhaine, Franzosen und Ungarn am Ohio Weinberge angelegt, Norweger wurden als Holzflößer und Fischer auf den Seen und Flüssen tätig, und deutsche Bauern haben überall ihren Ackerbau hingetragen. Die Handwerker haben die Städte miterbaut, und die Kaufleute dorthin die erprobten Handelsformen über-

tragen. Allerdings mußten alle auch hinzulernen, da die neue Welt etwas anderes als die alte ist. Aber gerade hierdurch wurde die Kontinuität mit der Vergangenheit gewahrt, der Fortschritt konnte einsetzen, so daß von Amerika nach Europa eine Rückströmung neuer technischer Gedanken möglich wurde. In unserer Zeit verbreitet sich die Technik in mancherlei Weise zudem durch Reisen der Sachverständigen, durch Versendung von Fachzeitschriften, Katalogen und Mustern, durch Briefe und Photographien, aber auch, wie ehemals, durch Warenverkauf. Werden im Interesse des Geschäfts Geheimnisse auch gehütet, und schützen Patentgesetze den Erfinder, alle wichtigen Neuerungen setzen sich dennoch überall bald durch, vielleicht mit kleinen Abänderungen, die eine neue Veranlassung des Fortschritts sein können.

Seit dem zweiten Drittel des 18. Jahrhunderts befindet sich die europäische Wirtschaftsweise in einem vorher nie erlebten, raschen und vielseitigen Vorwärtstreben. Die Unruhen und Kriegszüge zwischen 1789 und 1815 störten in Mitteleuropa zeitweise diese Bewegung. Für das von ihnen nur indirekt berührte England wurden sie eine Veranlassung, mit aller nationaler Energie das fortzusetzen, was Hargreave, Arkwright für die Spinnerei, Cartwright für die Weberei, James Watt für die Dampfmaschine gelehrt hatten. Nach dem Frieden wurden die Engländer das industrielle Vorbild für alle Länder, aber sie wurden zunächst nicht annähernd erreicht. Von 1820 bis 80 waren sie so vorangeeilt, daß niemand glauben mochte, sie in ihren Leistungen einzuholen. Aber es geschah doch, da die Erfindungen an der Landesgrenze nicht haltmachten. Von 1880 bis 1914 überflügelten Deutschland und die Vereinigten Staaten das britische Können auf mehreren Gebieten, und Frankreich, Belgien, die Schweiz und Österreich, selbst Rußland wurden industriell. Während des Weltkrieges ruhte der Erfindungseifer nicht, wenn auch die Kriegsrüstungswerke und Ersatzstoffabriken einseitig in dem Vordergrund standen. Selbst die Kämpfe auf den Schlachtfeldern boten Gelegenheit, die Kriegstechnik des Feindes nachzuahmen.

Europa und Nordamerika haben ein ökonomisches Zeitalter von 150 Jahren hinter sich, daß, wie jeder weiß, gewaltig umgestaltend in die Gesellschaft und das private Leben eingegriffen hat. Es konnte diese so auffallende Tatsache auf die Theorie der Geschichte nicht ohne starken Einfluß bleiben, wie alles, was die Menschen jeweils praktisch bewegt, gern zum Ausgang für allgemeine Betrachtungen gewählt wird.

Die Geschichtskonstruktion, nach der alle Veränderungen in dem Leben der Menschheit durch neue technisch-ökonomische Tatsachen hervorge-

bracht werden, gehört K. Marx an, neben dem sein Mitarbeiter Friedrich Engels zu nennen ist.¹⁾

Der Gedankengang ist kurz folgender: Die materialistische Philosophie erklärt alle Vorgänge in der Welt, somit auch das Bewußtsein der Menschen aus mechanischen, chemischen und physiologischen Vorgängen, eine Auffassung, die von dem einzelnen auf die Gesellschaft derart übertragen wurde, daß auch hier die materiellen äußeren Verhältnisse die treibenden Kräfte sind, zunächst der Boden, auf dem gearbeitet, und das Klima, in dem geatmet wird. Aber Land, Wald, Schätze des Erdinnern, Wasser, Licht und Luft können sehr verschieden ausgenützt werden. Es fragt sich also, wie weit geht die Macht über die Natur. Davon wird abhängig sein das Zusammenleben in allen seinen Erscheinungen. Den Stufen der technischen Entwicklung entsprechen besondere soziale, politische, ethische, geistige, künstlerische als ein „Überbau“, der in seiner Gestaltung durch das ökonomische Fundament genau vorgezeichnet ist.

Die geschichtliche Umwälzung verläuft in der Weise, daß die jeweils vollendet ausgestalteten Produktivkräfte mit den Eigentumsverhältnissen in Widerspruch geraten, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Gefesselt von dem Recht wissen sie das Band zu sprengen. Ein neues soziales Recht geht aus dem Klassengegensatz zwischen Herrschenden und Beherrschten hervor, der seit der Auflösung des alten Gemeineigentums an Boden besteht, unhaltbar wird unter der Veränderung der Produktion und des Verkehrs, zum Kampf führt, in dem die, bisher die schwächere Gruppe ausbeutenden, Machthaber niedergeworfen werden, um denen Platz zu machen, die von der technischen Neuordnung dazu berufen sind.

Für den Sozialismus bedeutet diese Lehre, daß er mit Notwendigkeit aus den heutigen Kämpfen zwischen Kapitalisten und Proletariern folgt, da erstere die Produktivkräfte nicht mehr zu meistern imstande sind. Wir lassen diese Phantasie hier außer Betracht, uns interessiert die Vergangenheit, die erklärt werden soll. Am meisten beschäftigt sich Marx mit dem Aufkommen des besitzenden Bürgertums in der feudalen Gesellschaft, so daß man seine Thesen wie eine Abstraktion aus zusammengesuchten Tatsachen der letzten Jahrhunderte liest. Stimmt hier der

1) K. Marx, Das kommunistische Manifest von 1848; Kritik der politischen Ökonomie, 1859; Das Kapital. 3. Bd. 1867—1894. — Fr. Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, 1878; Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. 2. Aufl. 1886; Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen Philosophie, 1888.

„Überbau“ nicht, so werden wir an andere Epochen besonders kritisch heranzutreten befugt sein.

Aus den Leibeigenen des Mittelalters werden unter dem Arbeitssystem des Handwerks freie Bürger der Städte, aus denen sich mit der Entdeckung Amerikas, der Umschiffung Afrikas, der Koloniengründung, der Vermehrung der Tauschmittel, dem Fernhandel und der Schifffahrt die sich auf bewegliches Gut stützende Bourgeoisie heraushebt, deren Lebensnerv der kapitalistische Gewinn ist. Die alten feudalen und zünftlerischen Betriebsweisen reichen ihr nicht mehr aus, die Kaufleute richten die Hausindustrie, und die erfolgreichen Zunftmeister die Manufakturen ein. Weiterhin läßt die Dampfkraft und die Maschine die große Fabrik entstehen, den Schwerpunkt der modernen Industrie, unter der der alte bürgerliche Mittelstand vernichtet wird und in das Proletariat hinabsinkt. Die industriellen Millionäre, die Chefs ganzer Lohnarbeiterarmeen, mit ihrem Anhang der Geldverleiher, der Banken und der Presse stellen die kapitalistische Herrschaft dar. Die Hörigkeit der Bauern, die Zünfte und Gilden, die Privilegien des ersten und zweiten Standes, die patriarchalischen Verhältnisse in den Betrieben und der Familie werden ihrem Gedeihen aufgeopfert, für die Handarbeit bleiben nur die kurzfristig angestellten Lohnempfänger über, die je nach Bedarf herangezogen oder abgestoßen, vermehrt oder vermindert werden. Ein neues Recht, Eigentum ohne Pflichten tritt an die Stelle bisheriger mannigfaltiger öffentlich rechtlicher Bindung. Die freie Konkurrenz oder das Kapital, dessen Lebensphilosophie auf Plusmachen gerichtet ist, wird zum Grundsatz für den Liberalismus.

Dagegen ist folgendes einzuwenden: Daß der händlerische Geist der Neuzeit nicht aus Sachen sondern Menschen entsprungen ist, wird dadurch verständlich gemacht, daß man seine Wurzeln in englischen Calvinisten und holländischen Juden ermittelt hat, die es verstanden, sich in den ökonomischen Umwälzungen am schnellsten zurechtzufinden.¹⁾ Die Entstehung der Städte und die Befreiung der Gewerbetreibenden von den weltlichen oder geistlichen Herren hat mit der Produktionstechnik wenig zu tun, erst nachdem die selbständigen Handwerker die Arbeit aufgenommen haben, tritt die Technik des Renaissancezeitalters als auffallende Glanzleistung hervor.

Genauer rechnen die Marxisten mit dem Staat ab: Unter der Herrschaft der Feudalaristokratie war das aufstrebende Bürgertum der unter-

1) Vgl. u. a. A. Damaschke, Geschichte der Nationalökonomie. 1912. S. 281.

drückte Stand, zur Zeit der Manufaktur wurde es gegen den Adel ein Gegengewicht, dessen sich die absolute Monarchie zu ihren Zwecken bediente. Es zerschlug dann das alte Staatswesen, stellte den konstitutionellen Repräsentativstaat her und weiterhin die demokratische Republik, in der es die ausschließliche Macht ausübt und die öffentliche Verwaltung keine andere Aufgabe kennt, als seine Angelegenheiten zu besorgen. Es sorgt für den einheitlichen Nationalstaat mit allgemeiner Gesetzgebung, zentralisierter Verwaltung, einheitlicher Besteuerung, einziger Grenzzolllinie, alles um den Markt zu beherrschen und um die Produktionsmittel gewinnbringend zusammenlegen zu können.

Somit hat auch nach der Meinung sozialistischer Schriftsteller die Bourgeoisie den Zollverein, den Norddeutschen Bund und das Reich geschaffen, obwohl der erstere vornehmlich das Werk königlich preußischer Staatsmänner gewesen ist, und obwohl bei der deutschen einheitsstaatlichen Bildung die preußische Fortschrittspartei als Vertreterin des demokratischen Bürgertums Bismarck die heftigste Opposition gemacht hat. Man mußte also Bismarcks Lebenswerk als den unbewußten Vollstrecker der kapitalistischen Idee gegen den Willen ihrer kurzsichtigen Träger konstruieren!

Daß der Staat nichts anderes ist als eine Organisation der herrschenden Klasse, stimmt nicht einmal für den parlamentarisch regierten trotz eigensüchtiger Politiker und bestechlicher Beamten, da er sich als ein Ganzes anderen Staaten entgegengesetzt fühlt. Der Staat Friedrichs des Großen oder Bismarcks war zudem nicht bloß ein solcher der Gesamtinteressen bei der Verwaltung äußerer Angelegenheiten. Er ging weit darüber hinaus.

Mag das Staatsbewußtsein stark, wie bei den Römern und Engländern, oder schwach, wie bei den Griechen und Deutschen gewesen sein, immer blieben Festigkeit des Rechtes, garantierte Freiheit und Selbständigkeit der eigenen Willensbestimmung die wichtigsten völkischen Angelegenheiten, unabhängig von allen wirtschaftlichen Vorgängen. Der Staat kann unter dem wirtschaftlichen Gedeihen seiner Bürger machtvoll werden und bei schlechter Wirtschaft verfallen. Ein schlecht regierter Staat kann aber auch die Wirtschaft seines Volkes ruinieren. Beachten wir auch, daß der türkische Staat trotz der wirtschaftlichen Rückständigkeit seiner Bewohner durch das ganze 19. Jahrhundert der Übermacht seiner Feinde ein nicht zu verachtender Gegner geblieben ist, und daß Indien und China trotz alles natürlichen Reichtums und ihrer Bevölkerungszahl weltpolitisch nichtssagend geblieben sind, während die staatskluge und kriegerische Rasse der Japaner sich

zu staatlichem Ansehen hob und dann erst die moderne Industrie sich geschaffen hat.

In dem kommunistischen Manifest von Marx heißt es, die Bourgeoisie habe dem Familienverhältnis seinen rührend sentimental Schleier abgerissen und es auf das reine Geldverhältnis zurückgeführt. Diese dürftige Notiz brachte nichts Überzeugendes für die Abhängigkeit der bürgerlichen Familienform und der Familienauffassung überhaupt von der Produktionstechnik. Es kam daher der ökonomischen Sozialtheorie sehr gelegen, daß der Amerikaner Lewis H. Morgan¹⁾ eine Entwicklungsgeschichte der Familie veröffentlichte, aus der sich eine Ergänzung für das strittige Gebiet gewinnen ließ, die von Engels mit geschickter Reklame urbi et orbi der Sozialdemokraten aufgemacht wurde.

Schon früher hatte Bachofen den Nachweis zu führen unternommen, daß der vaterrechtlichen Familienverfassung, unter der wir leben, eine mutterrechtliche vorausgegangen ist, in der die Abstammung nur von der Mutter gerechnet wird — wie heute bei dem außerehelichen Kinde —, in der nur das Erbrecht der mütterlichen Verwandtschaft gilt, und der wirtschaftlich soziale Schwerpunkt in der Arbeits- und Wohnungsgemeinschaft der Frauen und Kinder liegt. In diese Gemeinschaft heiraten die Männer, die als Jäger und Fischer gedacht werden, ein, etwa so, wie heute eine verwitwete Bäuerin, die einen Hof und Kinder aus erster Ehe besitzt, einen zweiten jüngeren, arbeitsstarken Mann nimmt, der nicht viel mehr als ein oberster Knecht auf dem Gute zu sagen hat.

Dieser Zustand des Mutterrechts hatte eine noch dürftige Versorgung aller zur Seite, vornehmlich durch Fischerei und Jagd. Als nun die Zähmung der Haustiere erfunden wurde, entstand ein erster Wohlstand, der in die Hand des Mannes gelangte und um Sklaven, die bei der Viehwartung beschäftigt wurden, vermehrt wurde. Denn die Sklaverei konnte ehemals nicht sein, da die Mittel zum Unterhalt gefangener Feinde fehlten, man hätte sie sonst mit Jagdwaffen und Booten versehen müssen, die sie zu ihrer Befreiung hätten benutzen können. Die Männer verfügten also von jetzt an über den entscheidenden Reichtum und damit die soziale Macht, die sie auf ihre Söhne vererbten. Sie begrün-

1) Ancient Society. New York 1878, deutsch 1891, „Die Urgesellschaft“. Die Forschungen Morgans über die nordamerikanischen Indianerstämme sind wertvoll und haben zur Aufhellung der Gentil- oder Sippenverfassung beigetragen. Die von ihm aufgestellte Reihe der Familienformen hat der Kritik nicht standhalten können.

deten die patriarchalische Familie, in der Frau, Kinder, Enkel und Sklaven in einer Hausgemeinschaft dem Willen des Familienvaters unterworfen sind. Diese Familienform ist in dem uns bekannten Altertum und im Mittelalter die allgemeine, erst in der Verkehrswirtschaft neueren Datums löst sie sich in engere, nach Generationen gesonderte Familien auf, die in dem besitzlosen Proletariat, das nichts zu erwerben und nichts zu vererben hat, vollendet werden. Die Sklaverei machte sich gleichzeitig in der kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr bezahlt. Darum wurde sie abgeschafft. Die Lohnarbeit trat an ihre Stelle.

Ist hiermit der „Überbau“ über den technisch-ökonomischen Grundtatsachen in der Familienform wenigstens verständlich gemacht, so folgt daraus keineswegs, daß diese Konstruktion geschichtlich stimmt. Die Annahme, daß aus Jäger- und Fischervölkern Hirtenvölker geworden sind, ist nicht haltbar, wie das besonders E. Hahn¹⁾ nachgewiesen hat. Die Viehzucht ist zuerst bei den seßhaften Hackbauern nach vielen Versuchen in sehr langen Zeiträumen allmählich geglückt, und erst dann, als sich Garten- und Pflugbau aus dem Hackbau emporgehoben hatten, werden auf weiten Ebenen aus der Ansässigkeit abgewanderte Hirtennomaden mit großen Herden denkbar.

Die patriarchalische Familie, eine umfassende abgeschlossene Einheit, ist zwar erst unter Voraussetzung eines höheren, vielseitigen Wirtschaftslebens entstanden, in dem dem Manne zahlreiche Aufgaben, wie beim Acker-, dem Haus- und Schiffsbau, der Wartung des Viehs erwachsen, sie hängt aber auch mit den Anfängen der Staatsbildung, die dem losen auf Blutsverwandtschaft ruhenden Gemeinschaftswesen folgten, mit der Kriegsverfassung, mit Gericht, Blutrache und Kultus zusammen.²⁾

Was nun die Ethik der Ehe betrifft, so können wir die Einzelehe eines Paares bei allen europäischen Kulturvölkern bis vor unsere Zeitrechnung zurückverfolgen, ohne daß an ihr etwas Wesentliches verändert worden wäre, trotz aller Umgestaltung der Verfassungen. Der natürliche Verkehr der Geschlechter mit seinen psychischen Begleiterscheinungen, die natürliche arbeitsteilige Differenzierung zwischen

1) Die Haustiere in ihren Beziehungen zur Wirtschaft des Menschen. 1896; vgl. ferner Nowacki, Über die Entwicklung der Landwirtschaft in der Urzeit. Landw. Jahrb. 1880, und Jagd und Ackerbau. Ebda. 1885.

2) G. Schmoller, Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre. 1900. I., S. 239. — Die Allgemeingültigkeit der mutterrechtlichen Organisation begegnet übrigens starkem Zweifel. Vgl. W. Wundt, Elemente der Völkerpsychologie. 1912. S. 35f.

Mann und Frau, die Mutterliebe, der Schutz und die erste Aufzucht der Kinder folgen ihrem eigenen biologischen Gesetz, mögen sie auch von den jeweiligen Zuständen der Ernährung, der Art des Zusammenlebens und Wohnens äußerlich beeinflußt werden. Wenn sich aus der eigenwirtschaftenden Hausgemeinschaft, in der die verheirateten Kinder mit den Eltern vereinigt waren, die Kinderfamilien als für sich stehend herausgelöst haben, so ist der Zustand der Verkehrsproduktion und die soziale Umstellung der neueren Zeit als etwas Ursächliches dafür anzunehmen, nicht unrichtig. Aber selbst hier ist diese individualistische Aussonderung nicht allein ökonomisch zu verstehen. Denn das in ihr steckende Freiheitsbedürfnis hat auch in der Lebensauffassung der liberalen Aufklärung seine Wurzel, die bis auf die Kirchenreformation hinaufgeht.

Übrigens erkannte auch Engels die Unzulänglichkeit wirtschaftlicher Motivierung in der Familiengestaltung dadurch später an, daß er statt der Allgewalt technischer Veränderung als die Geschichte bestimmend einsetzte „die Produktion und Reproduktion des menschlichen Lebens, einerseits die Erzeugung von Lebensmitteln, von Gegenständen der Nahrung, Kleidung, Wohnung und den dazu erforderlichen Werkzeugen, andererseits die Erzeugung von Menschen selbst, die Fortpflanzung der Gattung.“¹⁾ Der Ehezustand, den Morgan vor der Ehe eines Paares nicht verwandter Personen annimmt, eine Gruppenehe, in der eine Anzahl Männer mit einer Anzahl Frauen verheiratet gewesen sei, habe sich unter dem Prinzip der Nachteiligkeit der Inzucht für die Rasse nicht bewährt und sei daher verschwunden. Im Daseinskampf der Stämme und Sippen hätten die die Oberhand gewonnen, die der Degenerierung durch Exogamie am ehesten vorgebeugt hätten. Dieser biologische Rationalismus ist zwar nicht haltbar²⁾, wie denn auch zudem der Nachweis erbracht worden ist, daß bei wirklich primitiven Völkern die Einzelehe besteht, und daß Polygamie und Polyandrie, aus deren Gleichzeitigkeit die Gruppenehe sich zeitweise zusammensetzt, nur Abweichungen sind, die aus eigenartigen Lebens- und Kriegsverhältnissen resultieren und mit diesen verschwinden mußten.³⁾ Er beweist aber schlagend, daß der Mitbegründer der ökonomischen Geschichtserklärung von ihrer Allgemeingültigkeit nicht mehr überzeugt sein konnte.

Was nun Religion, Ethik, Wissenschaft und Kunst an-

1) Der Ursprung der Familie. A. a. O. S. IV und 25f.

2) W. Wundt, Die Entstehung der Exogamie. Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie. April 1912.

3) W. Wundt, Elemente der Völkerpsychologie. 1912. S. 35f.

geht, so wird ihr Zusammenhang mit der Gesellschaft nicht in Abrede zu stellen sein. Aber diese ist, wie gesagt, selbst schon nicht allein ökonomischen Ursprunges, so daß sie als gedachte Ursächlichkeit nicht bloß ökonomische Vorstellungen und Bedürfnisse weiter geben wird.

Nach Engels¹⁾ ist das Christentum Weltreligion geworden, weil das römische Weltreich eine solche einheitliche Staatsreligion nötig hatte. Geben wir dies einmal zu, so ist hier doch keine ökonomische Tatsache gestaltend, denn das Reich verdankt seinen Ursprung der kriegerischen und politischen Befähigung der Römer. Wird der Protestantismus als Ideologie des erstarkten Bürgertums erklärt, der die deutsche Reformation, der puritanische Calvinismus in der englischen Revolution, und weiter fortgeschritten die Freigeisterei in der französischen entsprochen habe, während der Katholizismus dem ständischen Gegenpart, dem Feudalismus angehört habe, so ist damit doch nur die Sache von einer Seite erfaßt. Die auffallende Erscheinung, daß das romanische Europa vorwiegend katholisch blieb und das germanische der Hauptsitz des Protestantismus wurde, wird ignoriert, ebenso die Tatsache, daß es katholische gewerbereiche Großstädte mit einem reichen Bürgerstande, wie Paris, Rom, Neapel, Wien, im 16. Jahrhundert gegeben hat.

Daß einzelne Sitten und Gebräuche von ökonomischen Zuständen bedingt sind, wie z. B. bei Vererbung und Übergabe der Bauerngüter, bei Werbung und Hochzeit, bei Volksfesten und Vertragsabschlüssen läßt nicht den Schluß zu, daß die Sitte überhaupt, oder gar die Morallehre in letzter Instanz ein Erzeugnis der jedesmaligen ökonomisch-technischen Gesellschaftslage ist.²⁾ „Es findet sich nichts in der Welt,“ bemerkt H. Th. Buckle³⁾, „was so wenig Veränderung erlitten hat als jene großen Grundsätze, welche die Moralsysteme ausmachen. Anderen Gutes tun, unsere eigenen Wünsche zu ihren gunsten zu opfern, unseren Nächsten zu lieben wie uns selbst, unseren Feinden verzeihen, unsere Leidenschaften im Zaum zu halten, unsere Eltern zu ehren, die Obrigkeit zu achten sind die Hauptsätze der Moral, aber sie sind seit Jahrtausenden bekannt.“

Wenn A. Schopenhauer sagt, „Moral predigen ist leicht, Moral begründen schwer“, so gibt er demselben Gedanken Raum. Wenn Fr. Nietzsche in seiner Genealogie der Moral den Gegensatz von Herren- und Sklavenmoral oder den der aufsteigenden und niedergehenden Völker und Rassen konstruiert, so kann dies eine sozial oder zeitweise ver-

1) Ludwig Feuerbach. A. a. O. S. 62.

2) Engels, Dührings Umwälzung. A. a. O. S. 82 nimmt dies an.

3) Geschichte der Zivilisation in England. I. S. 153, deutsch 1868.

schiedene Wertschätzung einzelner Tugenden bedeuten, die aber nicht ökonomisch, sondern anthropologisch aus Rassenverfall oder Rassenmischung erklärt wird¹⁾, und die eine Zweiteilung der moralischen Ideale aufstellt, die immer dagewesen ist, seitdem es eine Völker- und Gruppendifferenzierung gegeben hat.

Daß die Wissenschaft auch in den Dienst der Technik gestellt werden, und daß der wirtschaftliche Erfolg dieser auf die Tätigkeit des Forschers zurückgreifen kann, ist kein Beweis dafür, daß sie überhaupt in Gegenstand, Freiheitsbedürfnis und Methode ökonomisch motiviert ist, und ebensowenig wird eine durchgängige Abhängigkeit der Kunstentwicklung von dem Wirtschaftlichen dadurch bestimmt, daß man die wirtschaftliche Lage der Künstler und ihre Aufträge mit dem Reichtum des Volkes und der Klassenlage der Besteller in Verbindung bringt, oder daß man die Hinwendung der Dichter auf sozialökonomische Stoffe hervorhebt. Der stoffliche Inhalt eines Bildes oder Dramas ist mit der Entfaltung der Kunstform nicht zusammenzuwerfen. Die Kunst in ihren Höhe- und Tiefpunkten, in ihrer Wellenbewegung und innerer Reaktion folgt den eigenen Gesetzen ihrer Ausdrucksweise, deren Wirkungen keineswegs mit sozialen und politischen Zuständen parallel zu laufen brauchen. Die griechische Plastik stand hoch in der Verfallzeit des Hellenentums, der Aufschwung der deutschen Dichtung und Musik fiel in eine Epoche, in der Deutschland in Kleinstaaterei versunken war und die Gesellschaftsklassen ohne wirtschaftliche Macht und politische Initiative waren. Andererseits fielen das perikleische Kunstzeitalter und die Kunst der Renaissance mit der Blüte des städtischen Lebens zusammen. Die Folge der architektonischen Stile der Renaissance, des Barock, Rokoko, Louis XVI., Empire und Biedermeiers wird man aus ihrer Zeit zu verstehen suchen, die aber als Ganzes etwas anderes war als technisch-ökonomische Abstufung. Die Reihe ist aber auch in der rein künstlerischen Logik begründet, indem jede in sich vollendete Kunstform Gegensätze hervorruft und zugleich dem Epigontum nicht entgehen kann.

Die Geschichtserklärung aus technisch-ökonomischen Grundtatsachen und Veränderungen ist eine fruchtbare Ergänzung rein politischer Geschichtsauffassung geworden und hat uns neue Einblicke in unsere Vergangenheit gebracht, die nicht verloren gehen werden. Sie ist aber einseitig ausgefallen. Die Hypothesen, die sie formuliert hat, dürfen der Kritik nicht ermangeln, damit sie nicht willkürlich Objekte in sich

1) Genealogie der Moral. 1892. S. 8 und 15.

einbeziehen, die ihr nicht angehören, oder nur ganz im entferntesten mit ihr in Zusammenhang stehen. Schon von einer materialistischen Philosophie aus ist die ökonomische Theorie nicht zureichend. Die angeborenen Eigenschaften der Rassen, die Tatsachen der Rassenmischung, des Rassenkampfes, der Auslese, der natürlichen Fruchtbarkeit werden nicht beachtet. Abgesehen davon ist der geschichtliche Verlauf nur psychologisch zu verstehen. Die von außen auf die Seele des einzelnen oder der Gesellschaft zugleich wirkenden Motive sind nicht bloß vielseitig und zahlreich, nicht bloß technischer Art, sondern sie werden auch im Innern verarbeitet und bewußten Zwecksetzungen unterworfen. Gefühle, Neigungen, Stimmungen, Gewissen, Altruismus, Machtwille, Tradition, Irrtümer, Vorurteil, Vorbild und Führung, ideale Anschauungen sind Kräfte in der Geschichte, die frei von ökonomischen Einflüssen sein und für Individuen und Volk entscheidend werden können.

In ähnlicher Weise, wie wir oben den Naturfaktor im Wirtschaftsleben der Völker abgestuft wirksam gedacht haben, können wir uns auch eine graduelle Beeinflussung geschichtlicher Zustände durch die Umformung der Technik vorstellen.

Als unmittelbare Gestaltungskraft wird die Art der Produktion in den Betriebseinrichtungen sichtbar und bei den Rechtsvorschriften, die sie regeln, z. B. zugunsten der Frauen- und Kinderarbeit oder in der Unfallversicherung und der Haftpflicht. Ebenso wird die Transporttechnik Gebühren und Verwaltungsmaximen nach sich ziehen, die für die Entwicklung von Produktion und Handel wichtig werden können. Auch einige Arten der Steuern lehnen sich an wirtschaftliche Tatsachen ohne weiteres an, obwohl hier schon politische und sozialpolitische Ziele eingreifen können.

Gehen wir zur Gruppierung der Gesellschaftsklassen über, so ist hier der Gegensatz der besitzenden und nicht besitzenden, der führenden und ausführenden, ferner der mittleren, oberen und unteren Gruppen in Landwirtschaft und Gewerbe als ökonomisch bedingt in das Auge fallend. Aber die Auslese, die sich nach Rasse und Persönlichkeit ganz verschieden vollziehen kann, gibt ihnen besondere Form, und der Inhalt des Klassenbewußtseins ist bei aller internationalen Verbreitung der Technik doch einzelstaatlich gefärbt. Die anthropologische Eigenart, z. B. bei den Negern in Nordamerika, durchzieht wechselnde Epochen des sozialen Rechts und ist immer dieselbe. Glaubens- und Nationalitätsempfinden, wie z. B. in Irland, Polen, in dem bisherigen Österreich-Ungarn kombinieren sich mit ökonomischen Sonderinteressen, Abschlüssen und Forderungen.

Klassenkämpfe sind dort selbstverständlich zu Hause, wo es scharfe soziale Gegensätze gibt und die unteren Klassen zu Kraft und Macht gelangen. Sie können jedoch ohne Änderung der Technik eintreten, allein durch Vermehrung der Bevölkerungszahl in der Klasse minderen Rechts oder durch Verminderung der Anzahl in der Oberschicht. Die Griechen der griechischen Stadtkolonien in Süditalien und Sizilien sind dafür ein Beispiel. Die Besitzer des um die Stadt beschränkten Bodens waren die ursprünglichen erobernden Kolonisten und deren Nachkommen. Die späteren Einwanderer und deren Kinder verfügten nur über bewegliches Eigentum und verfochten, da sie minderen politischen Rechts waren, die Demokratie und neue Landverteilung, als sie zahlreich geworden waren. Daß die öfters siegreiche Demokratie dann der Tyrannei verfiel, hat mit dem ökonomisch Technischen auch nichts zu tun, da sich damals in Landwirtschaft, Handwerk und Handel nicht oder nur wenig abänderte.

Immer weiter rückt die Ursächlichkeit der Technik als Gestaltungskraft von den bunten Lebenserscheinungen ab, je mehr wir in Gebiete hineinblicken, die ihr selbständiges, eigenes Fundament wie die Familie und der Staat haben, oder die vorwiegend geistiger und sittlicher Art sind. Die Theorie des Überbaues läßt sich hier, wenn überhaupt, nur noch in entfernten Analogien nachweisen, und vieles steht so fest, daß das Ökonomische es gar nicht auf- oder angreifen kann.

IV. EIGEN- UND VERKEHRSWIRTSCHAFT

Ein junges Paar, das bald nach dem Kriege sich in Berlin verheiratet hatte, quartierte sich in einer Pension ein. Mit eigener Einrichtung sich zu versorgen, wurde zunächst unterlassen, da sie in guter Beschaffenheit zu erträglichen Preisen nicht zu finden war. Dazu kam, daß sich kein ordentliches Hausmädchen gemeldet hatte, während in der Pension die nötigste Bedienung wenigstens gestellt wurde.

Der Mann war Bankbeamter und verdiente sein Gehalt, und die Frau, die von Natur tätig war und keine Neigung verspürte, allein in ihrem Zimmer zu sitzen, fand eine ihr zusagende Beschäftigung in einem Konfektionshaus, wo ihre Modeentwürfe geschätzt waren, so daß sie auch regelmäßige Einnahmen hatte. Dieses Paar führte also keine eigene Hauswirtschaft. Alles, was es zum Leben nötig hatte, wurde ihm in Sachgütern, Nutzungen und Leistungen von anderen Personen verbrauchsfähig gegen Zahlung geliefert: die gesamte Ernährung so gut wie die Kleidung, das möblierte Zimmer wie die Wäsche, die Kultur-

güter an Lektüre und Musik, wie die Genuß- und Luxusgüter, die persönliche Bedienung, wie jede Transportleistung.

Um den Bedarf der beiden Menschen unmittelbar zu decken, waren hundert und mehr Geschäfte tätig, hinter denen andere standen, die diese wieder versahen, und die ihrerseits von dritten und vierten Gruppen usf. einkauften. Diesen Zustand nennen wir Verkehrsproduktion. Gleichzeitig und an verschiedenen Orten werden bestimmte Gegenstände und Leistungen und immer wieder dieselben hergestellt und gehen im Wege des Verkaufs an den eigentlichen Verbraucher, direkt oder erst unter Vermittlung von Weiterverarbeitern und Händlern. Der Landwirt verkauft den Ochsen an den Viehhändler, dieser ihn an den Metzger, dieser die Haut an den Gerber, dieser das Leder an die Schuhfabrik, die die fertigen Schuhe dem Kleinhändler überläßt, bei dem unser Bankbeamter einkauft. Er kann von seinen Leistungen im Büro nichts für sich verwenden, da er kein Vermögen besitzt, das er der Bank in Depot und Verwaltung geben könnte, ebenso kann seine Frau von ihrer Arbeit nichts für sich gebrauchen, da sie sich einfach kleidet und die nach ihren Zeichnungen angefertigten Kleider nur von den Gattinnen und Töchtern reicher Kriegs- und Nachkriegsgewinnler bezahlt werden können. Unser Paar lebt also derartig, daß die ganze Volkswirtschaft, — und daneben wird auch noch das Ausland herangezogen — seine Bedürfnisse verkehrsmäßig befriedigt, was sich ohne Reibung vollzieht, da es Geld zur Verfügung hat, gegen dessen Hingabe alles das zu haben ist, was verbraucht werden soll. Zum eigenen Verbrauch produziert es nichts.

Die Verkehrswirtschaft mit Geld, in der die Sonderproduktionen stehen, nennt man Geldwirtschaft. Geschichtlich geht der Naturaltausch ihr voraus. Er ist auch heute, wenn auch unter der Rechnung in Geld, nicht ganz ausgestorben und wurde unter der Kriegsblockade in Deutschland gelegentlich als ganz praktisch empfunden, als man wohl Geld hatte, aber auf dem Markt nichts dafür bekommen konnte. Eine Hausfrau holte aus der Tiefe ihrer Truhe ein Stück Leinwand heraus, das ein Bauer gerade nötig hatte, aber in keinem Laden vorfand, und nahm dafür einige Dutzend Eier hin, die sie nirgends auftreiben konnte.

In den Sommerferien folgten unsere Leute der Einladung auf ein pommerisches Landgut, das einem befreundeten Kriegskameraden des Bankbeamten gehörte. Hier sah es mit der täglichen Versorgung ganz anders aus. Fleisch, Milch, Butter, Eier, Kartoffeln, Gemüse, Wild usw. lieferte der eigene Betrieb des Gutes, Blumen der Garten, Holz der nahe eigene Wald. Aber auch sonst war man hier weniger als in der Stadt

auf fremde, außerhalb der eigenen Wirtschaft stehende Personen angewiesen. Der Hausherr führte seine Bücher und Rechnungen, lud seine Jagdpatronen und fischte in seinem Teich, die Hausfrau nähte, flickte und stickte und überwachte die Küche, die Hausmädchen wuschen und bügelten, und der Diener war ein Faktotum, setzte Glasscheiben ein, leimte Möbelstücke zusammen, reparierte den Gartenzaun und nahm die Zigarren aus der Kiste seines Herrn statt sie zu kaufen. Man wußte sich in der ländlichen Einsamkeit zu helfen. Selbst den Wunsch nach künstlerischem Genuß erfüllte man selbst. Der Gutsherr war ein geschickter Amateurphotograph, und seine Frau unterhielt die Gäste durch gefühlvolles Spiel auf dem Pianola.

Unser Paar aus Berlin dachte unter den Vergnügungen des Landaufenthalts nicht viel darüber nach, daß man hier ganz anders wirtschaftete als daheim. Hier war Eigenwirtschaft oder Eigenproduktion, der gemäß wenigstens ein großer Teil dessen, was man verbrauchte, in der eigenen Wirtschaft von Anfang bis zum letzten Ende hergestellt wurde. Einmal kam man darauf zu sprechen. Der Landwirt erzählte, daß seine Großmutter am Spinnrad gesessen und zudem für die ganze Familie Strümpfe gestrickt hätte, in ihrer Zeit sei noch auf dem Gute Bier gebraut worden, und der Gutshandwerker habe das Sattel- und Zaumzeug zugeschnitten und genäht, die Bauern im Dorf hätten ihr Leinen gewebt und ihre Häuser selbst gebaut. Heutzutage, setzte er seufzend hinzu, muß man alle paar Wochen in die Stadt fahren und einkaufen, und es vergeht kaum ein Tag, daß nicht der Postbote ein Paket bringt mit Gegenständen, die meine Frau brieflich bestellt hat.

Die Fremdproduktion macht sich also auch hier neben der eigenen geltend, und mehr und mehr, vielfach zwar bedingt durch neue Bedürfnisse, die man bisher nicht kannte, teilweise aber auch als Ersatz für bisher selbstgefertigte Gebrauchs- und Verbrauchsgüter. Der gegebene Zustand des landwirtschaftlichen Betriebes verleiht jedoch der Eigenproduktion noch Dauerhaftigkeit, und die Entfernung von den Märkten und Werkstätten zwingt dazu, manches selbst vorzunehmen, was man in der Stadt anderen zu überlassen pflegt. In der Klein- und noch mehr in der Großstadt fehlen diese konservativen Hemmungen. Hier ist die Eigenwirtschaft stark eingeschrumpft, wenn auch nicht überall so verschwunden, wie in der Lebensführung unseres Bankbeamten. Immerhin wird die familienhafte städtische Hauswirtschaft, wenn auch erheblich gegen früher beschränkt, ihrer besonderen Annehmlichkeit und teilweisen Billigkeit wegen fortbestehen. Von der ländlichen unterschei-

det sie sich dadurch, daß sie mit der ursprünglichen Erzeugung der Nahrungsmittel nur wenig zu tun hat, sondern nur deren letzte Verarbeitung in der Küche vollziehen läßt. Außerdem sind Reparatur und Herstellung der Kleidung auf dem Lande noch mehr als in der Stadt üblich, wo eine vielseitige Handfertigkeit bei den Männern fast durchweg, aber auch bei Fabrikarbeiterinnen, Verkäuferinnen, Kontoristinnen usw. nicht mehr ausgebildet wird. Vor hundert Jahren sah die Eigenwirtschaft in Deutschland noch ganz anders aus.¹⁾ Bedenkt man, daß damals nur wenig große Städte bestanden, und die kleinen dorfmäßig aussahen, so wird man verstehen, daß das System überwog, und daß die Volkswirtschaft als Ganzes fast mehr in der politischen Zusammengehörigkeit der Länder und Landesteile als in der Verkehrswirtschaft sichtbar wurde.

Die beiden Formen, in denen sich die Gütererzeugung mit dem Verbrauch verbindet, Eigen- und Verkehrswirtschaft, bestehen seit uralten Zeiten nebeneinander, doch hat die erstere bis neueren Datums das entscheidende Übergewicht behauptet, wenn es auch schon Perioden gegeben hat, in denen die zweite rasch vordrang und Ergebnisse brachte, die später wieder verloren wurden.

Im allgemeinen können wir sagen, daß der Grad des Sich-selbst-gnügens von zwei Richtungen abhängt, sowohl von der Ausdehnung der Bedürfnisse als auch von der Größe und der Beschaffenheit desjenigen Bodens, auf dem sich die Eigenwirtschaft vollzieht.

Auf primitiv technischer Stufe der sich wenn auch nur zeitweise zusammenschließenden, gemeinsam tätigen Horde ist der Bedürfnisstand gering und allein bestimmt von Stoffen, die ihre Umgebung birgt oder hervorbringen kann. Das zur Eigenwirtschaft okkupierte Gebiet ist weit, auf dem sie hin- und herschweift und dort verweilt, wo ihr gerade die besten Ernährungsbedingungen geboten werden. Übersehen wir die historischen Funde des Keßler Lochs bei Thaingen, die postglaziale Rentierjäger zurückgelassen haben, so haben wir in den ausgegrabenen Gegenständen nur solche Stoffe vor uns, die der nächsten oder nicht weit entfernten Landesnatur entnommen sind. Dies dürfte die vollkommenste Eigenproduktion sein, die wir uns vorstellen können. Sobald Stämme zu festen dauernden Wohnsitzen und höherer Technik gelangt sind, wie etwa die neolithischen Pfahlbauer des Alpen- und Voralpengebietes, stoßen wir auch auf solche Funde, deren Material von außen irgendwie beschafft worden ist. Kom-

1) Ein knappes Bild davon habe ich in meiner Deutschen Wirtschaftsgeschichte von 1815–1914, 1920, S. 7f. gegeben.

men wir in die Kupfer-, Bronze- und Eisenzeit hinein, so ist die Vorstellung der absoluten Eigenwirtschaft der Stämme, Sippen, Familien, wie man immer die Wirtschaftseinheit sich denken mag, noch weniger aufrecht zu erhalten. Bei ansässigen Ackerbauvölkern mit der Pflugkultur und Privateigentum an Land und an Vieh kann man sich die Hauswirtschaft noch so groß, noch so vielseitig denken, es ist unmöglich, daß jeder patriarchalische Familienbesitz Eisen, Zinn, Kupfer, edle Metalle, Töpfererde, Schmucksteine oder alle Arten der benötigten Pflanzenstoffe in sich birgt.

Mußten also fremde Produktionsstätten zum Bedarf herangezogen werden, so folgte daraus nicht, daß dafür Handel oder Austausch der einzige Weg war, wenn auch beide nach und nach, wenn wir historisch fortschreiten, immer mehr bestimmend geworden sind. Durch Gewalt und kriegerische Eroberung können solche Fremdstoffe beschafft worden sein, und wie Völker heute andere unterjochen, um sich deren Naturschätze anzueignen, so ist es auch vor einigen tausend Jahren gewesen. Den Besiegten, wenn sie nicht depossediert wurden, konnten von dem Sieger Tribute an wertvollen Stoffen oder an nicht selbst angefertigten Erzeugnissen aufgelegt werden, die der nehmende Staat unter seine Bürger verteilte.

Der römische Staat lieferte der unbemittelten Volksmasse der Stadt Rom gegen geringe Bezahlung oder unentgeltlich Öl und Getreide, damit die städtischen, meist landlosen Familien ihre bescheidene Eigenproduktion fortsetzen konnten. Je mehr sich die Technik verfeinerte und neue Wünsche erwachten, um so schwieriger wurde es auch den bessergestellten Bürgern, sich allein auf die Arbeit ihrer Sklaven daheim zu verlassen. Freilich die ganz großen Haushalte der Kaiserzeit konnten unter der Ausnutzung der Arbeitsteilung zu immer vielseitigerer Produktion fortschreiten. So hatte, wie Rodbertus mitteilt¹⁾, die Livia Augusta außer einer Unzahl persönlicher Diener und Dienerinnen Maler, Vergolder, Spinner, Kistler, Bäcker, Walker, Parfümeurs, alle Arten von Kleidermachern, Schustern, Perlarbeitern, Goldarbeitern, Tischlern, Mauern, Zimmerleuten, Dachdeckern, Spiegelmachern, Estrichmachern zu ihrer Verfügung. Die kleinen Leute hingegen, die unter dem Vorbilde der Reichen, damals wie heute, immer begehrllicher wurden, konnten in ihren Wohnungen nicht vielerlei selbst produzieren. Sie gingen auf den Markt oder zu den Kaufläden, um sich zu versorgen, soweit ihre Mittel reichten, die sie aus ihrer Spezialbeschäftigung gewonnen hatten, wenn sie

1) Untersuchungen auf dem Gebiete der Nationalökonomie des klassischen Altertums. Hildebrands Jahrbücher 1864 ff.

nicht etwa als Freigelassene Schmarotzer der großen Haushaltungen waren. Die italienischen Städte des Altertums besaßen Marktplätze wie die mittelalterlichen. In Pompeji stoßen wir auf eine Menge von Läden, die in die Wohnhäuser nach der Straßenseite eingebaut sind, ohne mit deren Innern im Zusammenhang zu stehen. Die tönernen Öl- und Weingefäße der Verkäufer sind noch darin zu sehen.

Von den Bewohnern Pompejis werden die Bessergestellten Garten und Feld außerhalb der Tore gehabt haben, von wo aus sie ihre Hauswirtschaft decken konnten, für alle ist dies bei der Masse der vorhandenen Wohnungen, obwohl der Reichtum des vulkanischen Bodens da war, nicht denkbar, zumal das Landgebiet der Stadt nicht groß gewesen sein kann, da der ganze Abhang des Vesuvs mit um das Land konkurrierenden Städten besetzt war. Die Verkehrsproduktion wird also schon entwickelt gewesen sein.

Die Geldwirtschaft war damals in Rom, wohin die Edelmetalle von allen Ländern des Mittelmeeres und Vorderasiens zusammenströmten, eine leidlich ausgebildete. Ebenso hat Italien, wenn auch in bescheidenerem Maße wie sein Zentrum an ihr teilgenommen. Hingegen in den von Gold und Silber ausgesogenen Provinzen werden Naturaltausch und Naturallieferungen stark mitgeholfen haben, die Versorgung zu ermöglichen, soweit die Eigenwirtschaft nicht ausreichte. Die kaiserlichen Beamten wurden hier zum großen Teil in Naturalien abgelohnt. Wir wissen auch von Italien, daß die Gehälter der vom Staat angestellten Philosophen, Rhetoren und Ärzte in Salz, Getreide, Wachs, Essig, Heu, Pferden, Maultieren, Öl, grünem Gemüse, Rind- und Schweinefleisch bestanden, was alles staatliche Magazine und komplizierte Lieferungsverordnungen voraussetzte. Geld wurde nur wenig gegeben.

Auch die spätmittelalterlichen Städte in Deutschland besaßen die beiden Arten der Verbrauchsdeckung. Waren die meisten aus befestigten Dörfern hervorgegangen, so waren auch ihre Einwohner an erster Stelle Landwirte gewesen, und entsprechend der Versorgungsmöglichkeit nach Technik und Boden wurde die Eigenwirtschaft geübt. Dieser Zustand, daß Ackerbürger die Felder nahe der Stadt bebauen, wurde Jahrhunderte festgehalten, ging jedoch allmählich durch immer weitere Landteilungen in den Gartenbau über, der heute noch, bei Großstädten höchst parzellenhaft für Gemüse und Kartoffeln, bei Kleinstädten in etwas größeren Stücken, auch für Obstbäume, Blumen und Gras üblich ist. In Weinbaugegenden gehörten die Reben den Bürgern ebenfalls, die später nach immer weiteren Teilungen des Grundbesitzes oft so arm wurden, daß sie ihr Produkt nicht selbst verbrauchten, sondern verkaufen mußten.

Wenn sich in der mittelalterlichen Stadt ein Herren- oder Bischofsitz befand, so haben wir eine der römischen patriarchalischen Eigenwirtschaft ähnliche Einrichtung vor uns. Den weit angelegten Gebäulichkeiten mit Wohnräumen, Ställen, Küchen, Speichern und Kellern entsprach ein großer Landbesitz oder eine Grundherrschaft, von wo aus alles, was zum Leben des Gefolges, des Trosses und der Arbeiterschaft erforderlich war, eingebracht und gelagert wurde. Die Erzeugung und Verarbeitung der mancherlei Gegenstände wurde teils von unfreien Knechten und Mägden, teils der Fronhofverfassung gemäß von grundhörigen Bauern geleistet, d. h. Personen, die sich und ihr Land, um Schutz und Unterstützung in Kriegs- und Notzeiten zu haben und um von dem Kriegsdienst frei zu sein, einem großen Grundherrn unterstellt hatten, dem sie dafür Dienste auf dem Herrenland leisteten und Abgaben in Naturalien aus dem eigenen lieferten. „Die an den Hof abzugebenden Naturalzinsen,“ schreibt K. Bücher¹⁾, „bestehen teils in Landwirtschaftsprodukten, wie Getreide aller Art, Wolle, Flachs, Honig, Wachs, Wein, Rindvieh, Schweinen, Hühnern, Eiern, teils in zugerichteten Hölzern, Brennholz, Bauholz, Weinbergpfählen, Kienspänen, Schindeln, Faßdauben, Reifen, teils in Erzeugnissen des Hausfleißes, wie Woll- und Leintuch, Socken, Schuhen, Brot, Bier, Tonnen, Tellern, Schüsseln, Bechern, Eisen, Kesseln, Messern.“ Die Arbeit wurde nach Anordnung der Verwaltung unter die Leibeigenen und die Hörigen verteilt, damit das Ganze einheitlich funktionierte, wobei sich dann eine Spezialisierung der Tätigkeit von selbst machte.

Die deutschen Städte vom 13.—15. Jahrhundert nahmen an Bevölkerung zu, wenn sich auch die meisten nur zwischen 5000 und 20000 Einwohnern bewegten. Es ist die Zeit, in der das Handwerk entstand, und seine Träger, Meister, Gesellen und Lehrlinge sich ihre Freiheit von dem Adel und der Geistlichkeit erkämpften. Gab es schon unter dem Recht der Teilung der Äcker immer weniger Städter, die von der Landwirtschaft vor den Mauern leben konnten, so entstand jetzt auch eine landlose Menschengruppe, die ihre Existenz durch ihre gewerbliche Kunst allein sicherte. Sie versah mit ihren Erzeugnissen sowohl die städtische Kundschaft, die ihr dafür Lebensmittel, falls sie daran einen Überschuß hatte, oder Geld hingab, als auch in der Umgebung die Bauern oder andere produzierende Landwirte, Landadel, Stifte, Orden, Korporationen, soweit sie keine Rohstoffe mehr verarbeiteten. Indem nun die Städter auf den Lebensmittel-Wochenmärkten oder auf Bestellung, wie

1) Die Entstehung der Volkswirtschaft. 1893. S. 32.

bei dem Brenn- und Nutzholz, ihren Bedarf deckten, war die Verkehrsproduktion gegeben, die sich mit dem verfeinerten Handwerk vertiefte. Das geschah am fortgeschrittensten dort, wo die Zufuhr von außen auch aus größerer Entfernung möglich wurde, d. h., wo eine Wasserstraße ausgenutzt werden konnte. Die meisten Städte kamen jedoch über eine Empfangs- und Lieferungszone von einigen Quadratmeilen nicht hinaus.

Der ungeheure Aderlaß mit dem Dreißigjährigen Krieg, der die deutsche Bevölkerung angeblich auf ein Drittel herunterbrachte, hat die bis dahin entwickelte Verkehrswirtschaft teilweise zerrissen und überall stark zurückgeworfen. Den dünn besetzten Städten genügte wieder ein engerer Landkreis, die entlassenen Söldner und die Vagabunden der Nachkriegszeit nisteten sich in den zerstörten Bauernhöfen ein, da sie die städtische Obrigkeit fürchteten, und produzierten für den eigenen Bedarf. Die Bedürfnisse waren in der ganzen Nation herabgedrückt. Nicht nur der Handel und Großverkehr waren verkümmert, auch die Technik der meisten Handwerke für unentbehrliche und entbehrliche Güter war schlechter geworden. Schon war der Holzschnitt beinahe untergegangen, der Glasmalerei ging es ebenso, die Holzschnitzerei, die Kunst des Steinmetzen kam kläglich herab, die Häuser baute man gering, schmucklos, kahl; Bücherdruck und Papier blieben dürftig bis in das 19. Jahrhundert. Ebenso wurde die Geschicklichkeit der Beutler, Goldarbeiter, Waffenschmiede viel geringer. So schreibt Gustav Freytag in seinen „Neuen Bildern aus dem Leben des deutschen Volkes“.¹⁾

Im 18. Jahrhundert heben sich Wirtschaft und Verkehr wieder langsam. Die wüsten Stellen in der Stadt sind in Gärten verwandelt, die Düngerhaufen verschwinden vor der städtischen Haustür auf Befehl des Magistrats, das Vieh wandert in Vorstädte und Vorwerke aus, die Zünfte werden wieder zahlreicher und die Landesregierungen befördern die Manufakturen. Um 1750 werden Eisen- und Stahlwaren aus der Grafschaft Mark, aus Solingen und Suhl ausgeführt, Tuche aus Aachen, Damastgewebe aus Westfalen, Leinwand und Schleier aus Schlesien. In Hamburg und in den größeren Städten des Rheins von Frankfurt bis zur holländischen Grenze entsteht der Großhandel, und in den Grenzländern gegen Polen ein großartiger Tauschhandel zwischen russischen und deutschen Produkten.

Die Verkehrswirtschaft war neu erblüht, nach weiteren hundert Jahren war sie ins Große und Breite gegangen und wurde bald nachher die

1) S. 119. Das Buch bringt auch sonst viel interessante Einzelheiten über unsere Frage.

herrschende Form der Versorgung. In England, Holland, Frankreich war der Vorgang schon früher vollendet. Er fällt überall auf dem Kontinent zusammen mit der Ausbildung des einheitlichen Beamtenstaats. Die Beamten werden lange Zeit in Naturalien und Geld für ihre Dienste entschädigt, mit Geld schließlich allein. Die Geldzahlung kann sich in Europa überall durchsetzen, seitdem die Silber- und Goldschätze von dem Westkontinent hereinfluten. Die Großstädte gehen voran, da sie die ersten Reservoirs sind, in die sich der Strom ergießt, Kleinstädte und das Land folgen langsam nach, schneller in West- als in Ostdeutschland, schneller in Mittel- als in Osteuropa. Die volkswirtschaftliche Zirkulation der Münzen wird durch umlaufende Kreditzeichen weiterhin ergänzt und beschleunigt. Im 19. Jahrhundert entstehen die freie Lohnarbeiterklasse, womit Millionen Menschen ihren Haushalt auf Geldeinnahme und den Kauf von Fertigwaren einrichten, und das Ferntransportwesen, das aus allen Teilen des Landes und aus fremden Staaten die Märkte zu beschicken möglich macht. Die Verkehrsproduktion hat damit ihren örtlichen Charakter abgestreift, wird volks- und weltwirtschaftlich.

Die Verkehrswirtschaft unserer Zeit ist im kaiserlichen Rom nicht erreicht worden, wenn wir auch zwischen dem sozialen Leben dort und dem heutigen manche Parallele ziehen können. Unsere Transportmittel fehlten, obwohl öffentliche Straßen, Post und Schifffahrt zu hoher Ausbildung gelangten. Ebenso blieb der Verkehr dadurch behindert, daß es an Edelmetall gebrach, und die Umlaufmittel der Banknote und des Papiergeldes noch nicht erfunden worden waren. Dazu kamen noch zwei andere wichtige Hemmnisse, die fortbestehende Sklaverei, die der Eigenproduktion durch genug dienendes Personal Bestand verlieh, und die Tatsache, daß Stadt und Land als zwei selbständige Wirtschaftseinheiten sich nicht in einen austauschenden Gegensatz stellen konnten. Die antike landwirtschaftliche Umgebung der Städte in Italien blieb nicht bloß politisch, sondern auch wirtschaftlich von ihnen abhängig und hatte ohne Gegengabe zu liefern, denn die produzierende Villa gehörte dem städtischen Bürger. Es gab keine Bauerndörfer als selbständige Wirtschaftskörper.

Wir kehren nach dem kurzen geschichtlichen Exkurs in die Gegenwart zu unserem Berliner Ehepaare zurück, das sich wieder — man kann nicht sagen zu Hause — vielmehr in seiner Pension eingefunden hat. Mochte es die Annehmlichkeit einer eigenen Haushaltung nach seinem Besuch auf dem Lande höher einschätzen als bisher, oder mochte es für die Zukunft eines Kinderzimmers bedürfen, es sehnte sich aus der bisherigen Lebensweise heraus und konnte auch seinen Wunsch bald

erfüllen, da ihm durch Erbfall eine Wohnungseinrichtung zugefallen war. Das Erbrecht ist für die Hauswirtschaft eine Voraussetzung, sie auf nicht zu schmaler Grundlage fortzusetzen.

Im Sozialismus und Kommunismus soll es fortfallen nach dem Plan derer, die nichts zu vererben haben. Nach der älteren kommunistischen Ansicht soll auch die familienhafte Haushaltung verschwinden und durch ein Gemeinschaftshaus, das einem wohlgeführten, erstklassigen Hotel gleicht, ersetzt werden. Danach hätte unser Ehepaar wieder diejenige Lebensweise aufzunehmen, der es eben entflohen war, und ein neuer Zustand der Gesellschaft würde ihm schon aus diesem Grunde nicht sonderlich behagen. Was würde es erst sagen, wenn ihm nach russischem Rezept eine ungenügende Menge schlechten Brotes und eine dünne Erbsensuppe von dem bolschewistischen Vorstand statt der guten Verpflegung von der bisherigen sorgsamem Pensionsmutter gereicht würde?

Der Kommunismus en gros, wie er für die heutigen Zustände erdacht ist, soll die freie, einzelwirtschaftliche Produktion durch eine gemeinsame, zwangsweise wirtschaftende ersetzen und den Verkehr beseitigen, der sich jener anschließt. Die erzeugten Produkte der Gesamteigenproduktion werden nach öffentlichem Recht und nach anerkanntem Bedürfnis verteilt, ob an einzelne, ob an Familien oder an bestimmte größere Menschengruppen ist eine sekundäre Frage. Wenn die Produktion — statt der kleinen, wie bei den oben besprochenen Oneidakommunisten — eine gesamte des Landes ist, auf Grund eines planmäßigen Ineinandergreifens aller Betriebe, so muß doch die Fertigstellung der Güter zum Verbrauch immer noch irgendwie im kleinen daneben vorgenommen werden. Das gebietet die Technik der Versorgung. Damit werden wieder Wirtschaftsindividuen mit Sonderinteressen und Ungleichheit geschaffen. In der kommunistischen Theorie empfiehlt man wohl nicht zu kleine Konsumentengruppen, um den Großbetrieb der Küche und den Wohnungsraum auszunutzen, was an einer neu geschaffenen Gegensätzlichkeit nichts ändert. In Rußland hat man jeden dort lassen müssen, wo er gerade unterschlupfen konnte. Die Theoretiker des Kommunismus haben dieser wichtigen Frage noch keine Aufmerksamkeit geschenkt.

Es scheint, daß der geschichtliche Verlauf sozialökonomischer Gestaltungen nicht bloß in einem allgemeinen Auf- und Niedergehen, sondern auch bei feinerem Zuschauen in einer Wellenlinie der beiden Hauptbewegungen verläuft. Die Eigenwirtschaft verliert seit hundert Jahren unter der Konkurrenz der verkehrsmäßigen an Boden, und tagtäglich

fragt man sich in dem einzelnen Haushalt, ob es sich noch lohnt, eine Schneiderin ins Haus zu nehmen oder ob es billiger ist, die Wäsche in eine Waschanstalt zu geben als sie daheim zu reinigen. Von 1890—1914 unter dem ungemeinen Aufschwung der Technik machte der Spezialisismus Fortschritt auf Fortschritt. In der Kriegs- und Nachkriegswirtschaft neigte sich die Bewegung wieder zurück. Die Furcht vor steigenden Preisen und die Not waren Triebfedern zur Selbsthilfe, wie zur Konservierung und Einlage von Lebensmitteln. Der Mangel an männlicher Arbeitskraft veranlaßte die Daheimbleibenden zuzugreifen, auch da, wo es der Gewohnheit nicht entsprach, und der Mangel an Nahrung wurde Veranlassung, öde Bauplätze umzugraben, den Garten nicht mehr mit Blumen durch einen Gärtner schmücken zu lassen, sondern ihn mit Kartoffeln selbst zu bepflanzen. Federvieh, Ziege und Kaninchen beschäftigten die städtischen Hausbesitzer mit nur wenig Hofraum jetzt ernstlich mehr als ehemals Kakteen, Oleander und Orchideen. Nach dem Kriege wurde die eingeschlagene Richtung bis jetzt eingehalten. Die Abkürzung der Arbeitszeit gab Lohnarbeitern und Beamten freie Nachmittagsstunden für die Hauswirtschaft, die hohen Löhne und die anhaltende Teuerung führte dazu, fremde Arbeit möglichst bei Reparaturen und Tätigkeiten, die man sich selbst zutraute, zu vermeiden. Wird der Außenhandel eingeschränkt, bleibt der Transport teuer, glückt die innere Kolonisation und der Ausbau der Vorstädte zu geräumigen Arbeiterquartieren mit Garten, so wird auch damit eine Rückbildung zu einer verstärkten Eigenwirtschaft sichtbar werden, bis sich die Zustände wieder in die große Linie der letzten hundert Jahre verschieben. Wie dem nun auch sein mag, die Verkehrsproduktion als eine geschichtlich fest ausgebildete Einrichtung bleibt als wichtigste Versorgung bestehen, und es gehört schon ein großer Posten naiven sozialistischen Glaubens dazu, sie mit einem Ruck glücklich zu beseitigen, ohne die ganze Volkswirtschaft in die Luft zu sprengen.

Wie die Gütererzeugung und der Verbrauch zusammenhängen, haben wir für unsere Zeit und an einigen Beispielen der Vergangenheit erörtert. Für das praktische Leben steht die Frage zugleich in dem Vordergrund, ob beide miteinander der Art und dem Umfang nach übereinstimmen. Dem Verbraucher liegt daran, daß seine Bedürfnisse genügend befriedigt werden, dem Erzeuger, daß seine Tätigkeit keine vergebliche gewesen ist.

Wir wollen die auf einen richtigen Ausgleich gerichteten Bemühungen zuerst innerhalb der Eigenwirtschaft, dann der mittelalterlichen Stadt, zuletzt der heutigen Volkswirtschaftslehre untersuchen.

Für die erstere wählen wir eine solche, die in bezug auf Umfang und Vertiefung zu den fortgeschrittenen gehört. Von Virginien wird um 1800 folgendes berichtet:¹⁾ Die vornehmen Pflanzer haben fast alles, was sie gebrauchen, auf ihren Gütern. Unter den Sklaven befinden sich neben den in der Landwirtschaft tätigen Personen Schneider, Schuhmacher, Zimmerleute, Schmiede, Drechsler, Wagner, Weber, Gerber. Auch wird die ganze Nahrungsproduktion auf der Plantage selbst besorgt, für den Herren und seine Familie so gut wie für die Neger, die neben ihrer Hütte über kleine Gärten und Höfe für Federvieh verfügen. Es bleibt ihnen für die Besorgung ihrer eigenen Angelegenheiten Zeit genug übrig, daher findet man ihre Gärten reich an Gemüsearten und ihre Höfe mit Geflügel gut besetzt. Außer diesen Lebensmitteln, die sie sich selbst besorgen, bekommen sie noch gesalzenes Schweinefleisch und Mais, beides ebenfalls am Ort produziert, in reichlicher Menge. Die Herrenfamilie bezieht eine Summe von Waren, z. B. Werkzeuge, Waffen, feinere Kleidung, Luxusgegenstände aus England für den auf dem Gut gewonnenen und exportierten Tabak. Im übrigen ist die Eigenproduktion nicht durchbrochen.

Der gesamte Bedarf dieser Gemeinschaft ist von dem Plantagenbesitzer abgeschätzt, und unter einem umfassenden Wirtschaftsplan wird demgemäß die Arbeit angeordnet. Daran ändert weder die hergebrachte Arbeitsteilung noch die soziale Schichtung etwas. Erleichtert wird die Anordnung dadurch, daß die Negersklavenpekulien eine Eigenwirtschaft in der Eigenwirtschaft sind, wie auch die weißen Aufseher ihren Sonderhaushalt hatten, wenn sie verheiratet waren. Sehen wir von der etwaigen Unverkäuflichkeit des Tabaks ab, die uns hier nicht angeht, da wir den Verkehr erst weiter unten betrachten, so konnte eine Störung des Gleichgewichts zwischen Erzeugung und Verbrauch eintreten: 1. durch falsche Berechnung, was kaum vorkommen kann, da das Budget durch Erfahrung und Gewohnheit festgelegt ist, 2. durch Mißernten, Hagelschlag, Feuersbrunst, Krieg und Aufstand. Dann haben wir eine Unterproduktion vor uns, 3. durch überrasche, unüberlegte Aufzehrung des Vorrats, der dann eine Unterkonsumtion folgt. 4. Eine Produktion über den Bedarf ist zwar durch überreiche Ernte möglich, kann aber durch den, auf den Willen des Herrn hin bestimmten größeren Verbrauch unschwer ausgeglichen werden, abgesehen davon, daß mancherlei durch Lagerung für die Zukunft sich aufbewahren läßt. Nur der von dem Welthandel abhängige Preis konnte den Tabak unabsatzbar und zu einer Last werden lassen.

1) J. Weld, Reisen durch die Vereinigten Staaten. Berlin 1800.

In der einfachen Verkehrsproduktion, die sich zwischen der Kleinstadt und dem sie umgebenden Landkreis abspielt, stehen sich zwei Gruppen von Produzenten einander zum Tausch gegenüber, wobei jede zugleich der Verbraucher dessen ist, was die andere anbietet. Dieses Angebot ist der Überschuß nach Deckung des eigenen Bedarfs. Der Bauer lebt von seinem Korn, und der Schuster arbeitet seine eigenen Stiefel. Daß jemand bloß für den Absatz schaffte, wie heute so vielfach, z. B. der Fabrikant von Maschinen, Werkzeugen, Wagen, eisernem Baumaterial, Eisenbahnschienen, war nur eine seltene Ausnahme.

Welche Mengen und Arten ihrer Erzeugnisse die Landwirte in der Stadt verkaufen konnten, war ihnen geläufig. Sie hielten sich an das wenig schwankende Herkommen und brauchten nicht zu fürchten, daß ihre Veranschlagungen, die sich bei Wolle und Holz auf mehrere Jahre zu erstrecken hatten, durch ein Angebot unvorhergesehener Konkurrenten, infolge einer Zufuhr aus der Ferne durchkreuzt wurden. Die Handwerker arbeiteten auf Bestellung ihrer Kunden in der Hauptsache, so daß ihr Absatz gesichert war. Wenn sie, was später häufiger wurde, auch den Markt mit Fertigprodukten belieferten, so war dessen Umfang bei dem Ausschluß des fremden Wettbewerbs durch die Zunftverfassung nicht schwer zu überblicken, da die mäßige Zahl der Verbraucher sowie deren Zahlungsfähigkeit feststand. Die Handwerker waren daneben bei dem, was sie brachten, auch durch ihre gewerbliche Verfassung kontingentiert. Die Nichtzünftigen wurden streng verfolgt, und die Berufe waren genau voneinander abgegrenzt, daß keiner in die Tätigkeit des andern, die Ware vermehrend, eingreifen konnte. Dazu kam die Beschränkung der Meisterstellen vielerorts, die Festlegung der Zahl der Lehrlinge, die Verteilung der Gesellen und die begrenzte Arbeitszeit beider, das Verbot der Kompagniegeschäfte, die Normierung der Arbeitsmittel, z. B. der Webstühle, die Obergrenze bei dem Einkauf der Rohstoffe und selbst, wie bei der Brauerei, die Festlegung der zu erzeugenden Menge.¹⁾ Indem diese Rechtsordnung davon ausging, dem selbständigen Handwerker durch den Monopolzwang ein gesichertes Einkommen zu gewähren und den Nachwuchs in der Familie in dieselbe günstige Lage zu bringen, wurde der Verkehr sogleich so geregelt, daß sich ihm die Planmäßigkeit der Erzeugung durch Verhinderung der Überproduktion anpaßte. Störung der ganzen Einrichtung durch Kriege und Seuchen, die im Mittelalter die Hälfte der Bevölkerung dahinraffen konnten, waren nicht ausgeschlossen, wie auch die Hungersnot in

1) F. Kleinwächter, Die Kartelle. 1883. S. 96f.

schlechten Jahren wütete, da der Getreidebezug von weither meist unmöglich war. Unterverbrauchs- wechselten mit Überverbrauchszeiten. Die Verschwendung bei Hochzeiten, Fastnachten, Kirmessen, Narren- und Eselsfesten erscheint den späteren Verteidigern der Sparsamkeit unter dem Druck des kapitalistischen Erwerbstriebes ungeheuerlich.

Die Stadtwirtschaft mit ländlicher Zone hat sich in Deutschland bis über die Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus in nicht unerheblichen Resten behauptet. Wo sie noch bestand, hatte sie manchen Riß bekommen. Sie war jetzt erstens fast ganz auf die Geldwirtschaft begründet, der früher der Naturaltausch zur Seite stand, zweitens hatten die Handwerker in den kaufmännischen Geschäften, die von Hausindustriellen und Fabriken bezogen, mit einem Konkurrenten zu rechnen, drittens hatte mit den Eisenbahnen und den Chausseen der versorgende Landkreis seine feste Grenze verloren, viertens strömte in die Stadt und auf das Land vielerlei Ware ein, die in beiden überhaupt nicht hergestellt wurde.

Die weit getriebene Arbeitsteilung der Berufe und Betriebe, das große volks- und weltwirtschaftliche Gebiet, von dem aus der Bedarf gedeckt wird, die Warenproduktion mit Aufsuchen der Käufer statt des Kundendienstes auf Bestellung, die unberechenbare Konkurrenz für alle Produzenten, der Gewinn erstrebende Kapitalismus, der mit seinen steten Umänderungen der Technik und der Geschäftsform den Markt überschwemmt oder einseitig zu beherrschen sucht, dies alles erscheint auf den ersten Blick innerhalb der heutigen Verkehrsproduktion chaotisch. Produzenten und Konsumenten kennen sich nicht mehr. Jene erfahren meist gar nicht, wer ihr letzter Abnehmer ist, diese wissen nicht, wo der Weizen, dessen Mehl sie verzehren, gewachsen ist oder wo der Wollstoff, den sie tragen, gewebt wurde. Sollte da nicht ein Zustand eintreten können, in dem die einen sich niemals darüber klar sind, ob sie jemals ihr Produkt absetzen können, die andern, ob ihnen überhaupt etwas angeboten wird? Und doch ist die Versorgung der Konsumenten in guter Ordnung. Läden, Verkaufshäuser, Messen und Märkte sind regelmäßig aufgefüllt, und Landwirtschaft und Industrie arbeiten unentwegt fort, wenn auch in wechselndem Tempo, ein Beweis, daß sie ihre Waren an den Mann gebracht haben. So verläuft im großen und ganzen die volkswirtschaftliche Versorgung normal, mögen auch vorübergehende Störungen nicht immer ausbleiben. Die Verbraucher leiden dabei als solche selten Mangel, der freilich noch wie ehemals bei Kriegen auftritt, während der Mißwachs als eine andere seiner Ursachen durch Zufuhr aus den fernsten Gegenden beseitigt ist, wenn nur Zahlungsfähigkeit besteht. Die Erzeuger können allerdings zeitweise unter der

Überproduktion leiden, die aber regelmäßig überwunden wird, wenn auch öfters unter Einbuße von Sach- und Geldkapital.¹⁾

Die Versorgung in der Verkehrswirtschaft wird durch eine besondere Menschenklasse gegeben: die *Unternehmer*, *Wirtschaftler*, die ein Gewerbe auf ihre Rechnung betreiben oder betreiben lassen, so daß sie Gewinn und Verlust trifft. Sie vereinigen die Arbeitsteilung nach Produktionsabschnitten zu einem Ganzen und verbinden auf Grund von Schätzungen des Bedarfs Erzeugung und Verbrauch zu einem regelmäßigen Kreislauf. Haben sie richtig geschätzt, so verdienen sie, haben sie sich geirrt, haben sie Schaden. Ihr Irrtum wird durch die Natur der Dinge bestraft. Das Privateigentum, auf dem sich die Wirtschaftsordnung aufbaut, schiebt ihnen das Risiko ihrer notwendig spekulativen Tätigkeit zu. Fehler und Zufall vermischen sich ihnen zu einer Einheit, ein Grund möglichst vorauszusehen und Reserven für das Unerwartete bereitzuhalten. Ein sehr starkes psychisches Motiv, die Angst vor Verlusten, veranlaßt sie andauernd zur äußersten Vorsicht, und daher stimmt der relativ gute Erfolg für das Ganze. Zu Hilfe kommt ihnen eine Summe von Einrichtungen, die sich nach und nach entwickelt hat. Zunächst ist der Kaufmann mit seinen Agenten und Kommissionären da, der sich berufsmäßig mit dem Einkauf und Verkauf befaßt, und dem sich zu ähnlichen Bedarfsberechnungen die Verkaufsstellen der heutigen Syndikate anschließen, dann die Arbeitsteilung zwischen technischem und rechnerischem Büro in den großen Produktionsunternehmen, weiter der geordnete Markt, insbesondere die Börse mit ihren Preisnotierungen und Konjunkturmitteilungen, die Warenmustermesse, die eine Übersicht über die Fortschritte der Technik gibt, die Sicherheit und Regelmäßigkeit des Transportwesens, der leicht berechenbare Tarif des Frachtverkehrs, der ausgebildete Nachrichtendienst der Post, des Telegraphen und Telefons, die zuverlässige Geldeinziehung und die bequemen Methoden der Zahlung.

Der Marktpreis der Waren ist das Meßwerkzeug, mit dem sich der Unternehmer orientiert. Steigt er, so lautet der Schluß auf ein Fehlen des Angebotes oder auf ein Steigen der Nachfrage, oder auf beides, fällt er, so liegen die Dinge umgekehrt. Diese Ursachen der Konjunktur zu durchschauen und die weitere Richtung zu verstehen, ist der Befähigungsnachweis des Geschäftsmanns. Dazu kommt das schnelle sich Einrichten auf den gegebenen Stand. Denn jeder weiß, daß andere ebenso klug sein können wie er. Wer zuerst kommt, mahlt zuerst.

1) Über die deutschen Wirtschaftskrisen mit Überproduktion. Vgl. meine Wirtschaftsgeschichte. S. 183f.

Um das störende Überangebot der Konkurrenz zu beseitigen, können sich die Unternehmer zu Kartellen, Syndikaten, Trusts vereinigen. Indem sie so den Preisdruck vermeiden und dem Bedarf andererseits entsprechen, verfahren sie im Interesse der Gesamtheit. Die Möglichkeit des Mißbrauchs ihrer ökonomischen Macht zu übertriebenem Gewinn fehlt dabei nicht. Sie formen dann künstlich die Konjunktur, und es ist die Aufgabe des sozialen Rechts, hier einzugreifen.

Überhaupt ist das ganze System von schädlichen Auswüchsen nicht frei. Denn keineswegs ist immer das Streben nach Gewinn und die Verhütung eigenen Nachteils mit dem Wohle der Konkurrenten, der Angestellten, der Arbeiter und der Konsumenten in Übereinstimmung. Man schiebt dies an erster Stelle auf die Gewerbefreiheit, die auf den rechtlichen Zustand, in dem sich die Verkehrsproduktion vollzieht. Oft mit Recht, wie bei betrügerischen Praktiken, bei unlauterem Wettbewerb, schwindelhaftem Ausverkauf, bei dem der Wille zur Produktionsfortsetzung gar nicht besteht, bei Qualitätsverschlechterung der Ware, Lohndruck ohne zureichenden Grund, Kettenhandel und Schieberei. Viele dieser Übelstände lassen sich bekämpfen, wenn die Regierung stark und die geschäftliche Moral des Volkes im ganzen nicht gebrochen ist. Jedenfalls sind die Schwächen des Systems, wenn sie auch teilweise unvermeidlich sind, an sich kein Grund, es überhaupt zu verwerfen, solange kein besseres bekannt und erprobt ist. Die Zwangswirtschaft, zu der Deutschland während des Krieges greifen mußte, hat sich nicht bewährt. Die sozialistische Zentralisierung, die die vielköpfige, durch geschäftliche Interessen geleitete Verkehrsproduktion durch eine planmäßige Gesamtarbeit unter den Motiven der Pflichterfüllung und des Altruismus ersetzen will, ist unrealistisch, unhistorisch, ein Sprung ins Dunkle, eine geistig undisziplinierte Phantasie.

V. DER WIRTSCHAFTLICHE SPEZIALISMUS

Der Entwicklungsgang von der Eigenwirtschaft in der primitiven Horde bis zu der eines patriarchalischen Großbetriebes, sowie der von der Eigenwirtschaft überhaupt zu der verkehrsmäßigen läßt sich an dem zunehmenden wirtschaftlichen Spezialisismus verfolgen. Ausbildung zur Vielseitigkeit ist eine der Haupteindrücke, die man von dem Fortschritt des Wirtschaftslebens empfängt. „Vielseitigkeit bereitet eigentlich nur das Element vor, worin der Einseitige wirken kann, dem eben jetzt Raum genug gegeben ist.“¹⁾

1) Wilhelm Meisters Wanderjahre. I. 4.

Die Sonderung der Tätigkeiten in der Verkehrswirtschaft erscheint in entsprechenden Einzelwirtschaften, bzw. Betrieben, die ihrerseits das gleiche Prinzip in ihrer inneren Gliederung fortsetzen können, und erfolgt auf eigene Rechnung und Gefahr der Wirtschaftssubjekte.

Man setzt in der Regel den Begriff der Sonderproduktion dem der Arbeitsteilung gleich, die man derart definiert, daß bei ihr eine Arbeit von einer Person, der sie bisher oblag, derart auf mehrere übertragen wird, daß jede der letzteren nun irgendeinen Teil der bisherigen Gesamtarbeit verrichtet. Damit sie nutzbringend wird, müssen dann die Teilarbeiten wieder zusammengefaßt werden.

Allein viele Sonderarbeiten, die sich berufs- oder betriebsmäßig vollziehen, sind gar nicht durch Teilung entstanden, sondern sind etwas Neues. Die Elektrotechnik, die Herstellung von Fahrrädern, Automobilen, Flugzeugen, Luftschiffen, Werkzeugmaschinen, von chemischen und photographischen Artikeln z. B. gehören in unserer Zeit hierher.

Auch Spezialleistungen innerhalb einer Fabrik können etwas Neues bringen, wenn eine Ware derart verändert wird, wie sie bisher unbekannt war. Ebenso ist es nicht statthaft, von einer interterritorialen Arbeitsteilung zu sprechen, wenn man auf natürliche Bodenqualitäten oder klimatische Bedingtheiten der Produktion zurückgeht. Eine Gliederung liegt vor, die man durchaus als eine räumlich natürliche Verteilung bezeichnen kann. Wein und Kartoffeln wurden nicht etwa ehemals in Deutschland zusammen auf Landgütern erzeugt und dann an Rhein und Mosel, bzw. nach Ostelbien verlegt. Ebenso sind Kaffee und Tee an bestimmte Standorte gebunden. Was nie zusammen war, kann auch nicht aufgeteilt worden sein. Wenn sich zwischenstaatlich zwischen England und Deutschland festgelegt hätte, daß jenes die Baumwollspinnerei und dieses die Weberei übernehme, so würde dies eine historisch vollzogene Produktionsteilung sein, die unter bestimmten Bedingungen entstanden wäre und unter anderen wieder verschwinden könnte, während die Gewürznelkenerzeugung auf den Molukken oder die der Agrumen in Sizilien und Südostspanien ein von der Natur unterstütztes Monopol besitzt, das Dauer verheißt.

Die Geschichte der Entstehung der Arbeitsteilung ist eine andere als diejenige des Spezialismus von neu erfundenen Produktionen. Diese treten oft unerwartet in der Volkswirtschaft auf, und das Angebot ihrer Waren sucht sich einen Absatz. Das Bedürfnis wird dann in weiteren Kreisen geweckt, worauf die sichere Nachfrage einsetzt, ohne die keine Sonderproduktion dauernd bestehen kann.

G. Schmoller hat eine lehrreiche Geschichte des Spezialismus ge-

geben.¹⁾ Er nimmt von dem Gegensatz des Geschlechts und des Alters, der zu den von der menschlichen Natur gebotenen Sonderbeschäftigungen hinleitet, den Ausgang, unterscheidet im weiteren Verlaufe der Zeiten denjenigen von Direktion und Ausführung, der mit dem von Freien und Sklaven, Grundherren und Hörigen, kapitalistischen Unternehmern und Lohnarbeitern zusammenfällt; dann die Aussonderung der politischen, militärischen, geistlichen Lebensstellungen, der liberalen Berufe aus der Masse des wirtschaftenden Volkes, die Trennung von Jagd, Fischerei, Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, stoffverarbeitendem Gewerbe, Handel und Transport, alle mit ihren vielen Unterabteilungen.

K. Bücher kennt für Deutschland²⁾ um 1882, alles zusammengerechnet, 10000 Sonderproduktionen, von denen die meisten auf das Wirtschaftliche entfallen, eine Zahl, die 1914 noch erheblich übertroffen sein dürfte. Von jenen sind 6000 auf die Industrie, den Handel, die Verkehrsmittel und das Beherbergungswesen zu verrechnen, womit die Entwicklung der Verkehrsproduktion noch nicht einen vollen Ausdruck findet, da die Zweige der Urproduktion, die öffentlichen Dienste und die liberalen Berufsarten hinzugezogen werden müssen.

Auf die Teilung innerhalb der Einzelwirtschaften entfallen einige tausend Sonderbeschäftigungen. Ob diese oder die einzelwirtschaftlichen rascher fortgebildet werden, ob sich also die Grenzen zwischen beiden verschieben, ist unter den heutigen Zuständen von der jeweiligen Rentabilität des Geschäftes abhängig. Die Zentralisation des Verkaufs und die Kombination produktiver Werke haben der ersteren Form neuerdings den Vorrang gelassen. Nachdem in den Großstädten der Detailhandel von 1850—90 den Verkauf von Sonderware immer spezieller gestaltet hatte, folgte eine Zusammenfassung vieler Verkaufsstellen in den großen Warenhäusern, und es gibt Stahlwerke, die mit Erz- und Kohlengruben verbunden sind, die ihr Roheisen selbst herstellen, eigene Schiffe laufen lassen, Werften besitzen, Eisen und Stahl verarbeiten und allerlei Nebenproduktionen betreiben, z. B. sich mit Leuchtgas und Elektrizität selbst versorgen.

Jede Arbeitsteilung muß zu einer Vereinigung zusammengefaßt werden. Innerhalb der heutigen Produktionsunternehmung geschieht es durch den Unternehmer derart, daß das fertige Produkt als Endresultat aus ihr hervorgehen kann, im Warenhandel ist der Einkauf eines großen

1) Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft. 1889. Die Tatsachen der Arbeitsteilung; und Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre. 1900. S. 325f.

2) Die Entstehung der Volkswirtschaft. 1893. S. 146.

Hauses die kombinierende Einheit. Die Spezialisten müssen dauernd Beschäftigung haben, wenn ihr Werk als Gesamtleistung erfolgreich sein soll. Sie könnten von ihrer Spezialleistung unmittelbar nicht leben. Die zahlreichen Verkäufer von Tietz oder Wertheim werden mit Geld entlohnt, ebenso wie die vielleicht zwanzig verschieden beschäftigten Arbeiter in einer Möbelfabrik. Den Beamten in Stadt- und Gemeindedienst, die auch Spezialisten sind, wird aus der Finanzwirtschaft regelmäßig das Gehalt ausgezahlt. Alle Genannten verzichten auf den Verbrauch der eigenen Arbeitsresultate und benutzen die Vermittlung der Geldwirtschaft, um ihre Bedürfnisse real in Einkäufen zu befriedigen.

Die Voraussetzung für die Dauer der Sonderfunktionen ist der regelmäßige Absatz der Waren und der Gebrauch der Leistungen. In der Verkehrswirtschaft muß also die Nachfrage organisiert sein, sei es durch Gewohnheiten, sei es durch Einrichtungen. Der Dorfschmied kann nur existieren, wenn ihm die Bauern regelmäßig zu tun geben. Reicht deren Bedarf ihm nicht aus, so muß er etwas anderes, z. B. Landwirtschaft, daneben betreiben. In einer Kleinstadt finden vielleicht dreißig verschiedene Handwerker ihr Einkommen, in einer großen ist die zeh- und zwanzigfache Zahl erforderlich. Im Dorf genügt eine gemischte Warenhandlung, deren Besitzer mit seiner Familie den Verkauf erledigt, in der Großstadt sind einige hundert Sonder-Detailgeschäfte mit Angestellten lebensfähig, da die Zahl der Käufer groß ist. Die Beamtenzahl wächst mit den Spezialaufgaben, die der Staat übernommen hat.

Der Spezialismus unter den Einzelwirtschaften hat, wie das Adam Smith ausgesprochen hat, seine Grenze in der Größe des Marktes.¹⁾ Das gilt auch für die Sonderung innerhalb der Werkstätten. Wenn 5000 Arbeiter in einer Fabrik mit 100 Arbeitsarten beschäftigt werden, so muß ein bestimmter Verkauf im großen gesichert sein. Soll zu 6000 Arbeitern mit 120 Sonderleistungen übergegangen werden, so muß auf einen entsprechend größeren Absatz gerechnet werden.

Die geschichtliche Entwicklung der Arbeitsteilung läßt sich demnach aus der Gestaltung der Nachfrage ableiten, die aus folgenden Voraussetzungen verständlich wird:

1. Die Bevölkerung muß anwachsen, damit sowohl die Teilarbeiter als auch die Abnehmer der vermehrten Produkte und Leistungen vorhanden sind. Das Anwachsen der Menschenmenge in den Vereinigten

1) Natur und Ursachen des Reichtums der Nationen. I. Buch, Kap. 3. Es war dies schon von Xenophon erkannt worden. Cyrop. VIII. 2—5. Vgl. Julius Kautz, Die geschichtliche Entwicklung der Nationalökonomik. 1860. S. 126.

Staaten seit 1800 auf das Zwanzigfache, in denen der Spezialisismus so weit gediehen ist wie sonst nirgends, ist ein schlagendes Beispiel dafür.

2. Die Bevölkerung muß jedoch auch kaufen wollen, wie das in der Union so ist. In Britisch-Ostindien mit seinen 300 Millionen Menschen lebt eine so große Quote von ihnen noch in der Eigenproduktion, die vielfach kommunal gestaltet ist, daß der Markt keine Bedeutung für sie haben kann. Die Bevölkerungszunahme kann daher hier nur eine unvollkommene teilweise Veranlassung werden, daß der Spezialisismus in der Verkehrswirtschaft fortschreitet.

3. In vielen Fällen verlangt die Sonderung eine Ausrüstung des Arbeiters mit eigenartigen Werkzeugen und Maschinen. Ihre Erfindung ist häufig die Veranlassung geworden, die Teilung zu vertiefen. Jedenfalls muß sie erst gemacht sein, woran es den Jahrhunderten, die unserer Zeit vorangingen, mangelte.

4. In dieser hat die Verbesserung der Transportmittel mächtig dazu beigetragen, den Markt auszudehnen. China ist von den Eisenbahnen noch wenig berührt, daher die arbeitsteilige Technik sich in alten Geleisen bewegt, gering entwickelt ist, im Vergleich zu Nordamerika und Europa.

5. Die Verteilung des Einkommens kann derart sein, daß die Masse des Volkes dürftig lebt und nur ein kleiner Teil desselben wohlhabend oder reich ist, wie in der mohammedanischen Welt Afrikas und Asiens. Dann können einzelne Gewerbe wohl arbeitsteilig fortschreiten, der Massenverbrauch geht über einfach hergestellte Lebensmittel, gewöhnliche Kleidung und notdürftigen Hausbau nicht weit hinaus. Im 18. Jahrhundert hatten Nürnberg, Augsburg und rheinische Städte bereits sorgfältig geteilte Gliederung bei den Luxuswaren für die Reichen, heute tragen Millionen eine Uhr, ein Taschenmesser mit mehreren Klingen, den Bleistift, das seidene Halstuch, den Regenschirm, den Strohhut, das Notizbuch und besitzen Bücher, Teppiche, Bilder, Sofa, Lampen, Wasserleitung, einen eisernen Herd, Gläser und Porzellan. So konnte auch die Massenfabrikation gar vieler Gegenstände höchst arbeitsteilig werden.

Man wird bei den fünf auf die Arbeitssonderung gerichteten Motiven nicht außer acht lassen, daß sie nicht mit mechanischer Notwendigkeit, einzeln oder verbunden, sondern erst geistig erfaßt unter dem Drang des menschlichen Vorwärtstrebens historisch wirken.

Im Innern von Afrika, auf den westindischen Inseln, in den Südstaaten der Union haben wir dichte und zunehmende Negerbevölke-

rungen, in Ostasien malayische Menschenmassen, die nicht aus sich heraus, sondern nur unter Anleitung der weißen Rasse im modernen Sinne, also auch arbeitsteilig vorangekommen sind. Im black belt, dem schwarzen Gürtel der alten Negerplantagenstaaten Nordamerikas, sind ganze Distrikte in Unkultur verfallen, weil hier der Einfluß der Weißen die Masse der Schwarzen nicht zu durchdringen vermochte. Eigenproduktion im kleinen ist der beherrschende Wunsch dieser Neger, und nimmt ihre Zahl zu, so ist die Verkleinerung der Parzellen die Folge, nicht etwa eine verbesserte Verkehrswirtschaft.

Das russische Zarenreich hatte 1897 126, die amerikanische Union 1900 76 Millionen Einwohner, und beide hatten einen raschen Bevölkerungszuwachs. Aber der Spezialismus in den Arbeitsverrichtungen zeigte bei ihnen ein verschiedenes Bild, dort bestimmt durch das passive Naturell der mehr als 100 Millionen Bauern und Nomaden und durch die Kulturfremdheit der Asiaten des Südostens, hier durch die rastlose Initiative der immer auf Dollargewinn erpichten, nervösen Yankees.

Ob die Arbeitssonderung von selbst, unwillkürlich, intuitiv drängend, oder nach zweckbewußten Entschlüssen vor sich geht und wie weit, ist ebenfalls nur historisch bedingt zu verstehen. Die Unterscheidung der männlichen und weiblichen Wirtschaftsbetätigung unter dem Hordenzustand hat sich aus der Anpassung der Männer an Jagd, Fischerei, Kriegszug zur Beutemachung, der Weiber an Hauswirtschaft und Hackbau unmittelbar vollzogen; ebenso wurde auch den Sklaven ohne weiteres der Befehl zuteil, die schweren körperlichen Anstrengungen zu übernehmen, wobei sich der Gedanke, daß die Differenzierung von Leitung und Ausführung einen Fortschritt bedeutete, erst nachträglich einstellte. In der Familie eines römischen Dominus sorgte Erfahrung und Gewohnheit dafür, die nützliche Spezialarbeit fortzusetzen. War Reichtum und große Sklavenzahl zur Verfügung, so wurden gelungene Teilungsversuche in den Betriebsplan eingefügt, mißglückte aus ihnen beseitigt. Das beweist die Überlieferung theoretischer Anschauung. So schreibt Columella¹⁾, der unter Nero lebte, daß die Arbeitsteilung im Ackerbau in nicht so ausgedehntem Maße möglich sei wie in den Gewerben, indem das gesonderte Zusammenarbeiten mehrerer in der Landwirtschaft häufig selbst Schaden bringe, weil jeder dann auf den anderen warte und die etwaige Schuld der Verzögerung demselben zuschreibe. Daß die Römer auch in der natürlichen Beanlagung jemandes

1) De re rustica. I. 9.

einen Hinweis auf die Zweckmäßigkeit seiner besonderen Lebensaufgabe begriffen hatten, betont Cicero.¹⁾ Er dachte dabei nur an die edlen, freien Betätigungen, während die verarbeitenden Gewerbe außerhalb der Hauswirtschaft und innerhalb derselben, sowie der Kleinhandel ihm als verächtlich galten, die eines römischen Bürgers unwürdig waren. Sie mochten Sklaven, Freigelassene, Angehörige unterworfenen Völker, Griechen, Juden, Syrer ausüben. Diese Leute wurden durch ihre Klassenlage in ihre Beschäftigung hereingeboren oder hineingestoßen, ohne daß sie sich der ökonomischen Aussonderung neben der sozialen bewußt zu werden brauchten.

In der mittelalterlichen Land-Stadtwirtschaft ist eine Landwirtschaft mit Spezialprodukten nur insoweit Tatsache, als sie durch die natürlichen Verhältnisse des Wald-, Wein-, Getreide-, Grasbaues angezeigt ist. Daneben haben wir noch den Gegensatz von Garten und Feld, bedingt durch die Bodenlage zum Wohnorte, zu unterscheiden. Auch heute noch ist der landwirtschaftliche Betrieb dem Spezialismus abhold; — wenn auch auf großen Gütern die wandernden Saisonarbeiter ihm unterworfen werden — weil sich die Produktionen gegenseitig bedingen, wie bei der Vieh- und Ackerwirtschaft, weil der Wechsel des Anbaues geboten ist, und zwar nicht der gleiche auf jedem Felde, weil mancherlei nur als Nebenbeschäftigung rentabel ist, wie Schweinezucht, Bienenkörbe, Geflügelhaltung, weil eine Sonderausbildung der dauernd angestellten Knechte wegen des Wechsels der Jahreszeiten mit verschiedenen Aufgaben und wegen der stetigen mehrartigen Inanspruchnahme nicht möglich, weil der Boden nicht umfangreich genug ist, um ihn nicht mehrfach im Jahre auszunutzen, z. B. als Ackerboden und Stoppelweide oder im Garten bei dem Gemüsebau. In jungen Agrarstaaten mit extensivem Betrieb fehlt diese räumliche Beschränkung, daher wir in Kalifornien Pflaumen-, Äpfel-, Birnen-, Pfirsich-, Aprikosen-, Erdbeer-, Maulbeerfarmen nebeneinander finden, die mit der zunehmenden Intensifikation der Landwirtschaft seltener werden.

Die Handwerksarten in der mittelalterlichen deutschen Stadt haben sich seit dem 13. Jahrhundert nach und nach vermehrt, am schnellsten und meisten in den großen Orten. Anfangs lagen verschiedene Arten der Tätigkeit in der Hand desselben Mannes. Der Schmied war Schlosser, der Zimmermann Schreiner. Vor dem 15. Jahrhundert hatten wenige Städte über 12 bis 20 anerkannte Innungen, wie Lübeck, Brügge, Wien, die auf das zwei- bis dreifache bei ihrer Einwohnerzahl und Absatz-

1) De officiis. I. 33.

möglichkeit kamen. In der Renaissanceperiode werden der Innungen oder Zünfte mehr, entsprechend dem Aufschwung des europäischen Wirtschaftslebens. Der Bedarf nach weiterer Sonderung ist durch den aufstrebenden Geist der Zeit angeregt, setzt sich keineswegs unwillkürlich durch, sondern bewußt unter der Erkenntnis bestimmter Ziele. Denn die bestehenden Innungen haben die neuen erst zuzulassen, wie sie auch deren Entstehung verhindern können. Daher kann ihr Beschluß auch dahin lauten, neue Teilungen oder ganz neue Arten vorzunehmen, die dem Bedürfnis der Verbraucher nicht entsprechen. So war es in der Verfallzeit der Zünfte unter dem Rückgang des Städtelebens nach der Umgestaltung der bisherigen See- und Landabsatzwege, so unter dem merkantilistischen Abschluß fremder Großstaaten gegen die deutsche Ausfuhr, so unter der Errichtung von Landes Zollgrenzen innerhalb des Reiches mit dem Aufkommen der modernen Staatsgewalten.¹⁾ Da Arbeit und Auskommen dem Zunftmeister durch Monopol garantiert werden sollten, wurde die Handfertigkeit des einzelnen fest normiert und von jeder anderen streng geschieden. So wurden die Zünfte weiter geteilt, und da die Nachfrage nicht gewachsen war, wurde die Arbeitszeit zum Schaden der Verbraucher gestreckt. Das Schuhmachergerwerbe wurde in einzelnen Orten in sieben Unterabteilungen, je nach der Art des Produktes, zerlegt. Um einen Kachelofen herzustellen, mußten die Angehörigen von sechs Zünften zusammengestellt werden. Der Maurer pflasterte die Ziegelsteinunterlage, der Töpfer baute den Ofen, der Klempner und der Schlosser besorgten die Röhrenleitung, der Gelbgießer brachte die Messingtür an, der Zimmermann die herumlaufenden Holzleisten auf dem Boden. Im 18. Jahrhundert werden 80—100 Innungen in manchen Städten gezählt. Man sieht also, wie eine Rechtsinstitution den „natürlichen“ Verlauf der Dinge umformen kann. Das wirklich historische Leben steht zwar immer unter ökonomischen Notwendigkeiten, aber es ist nicht gesagt, daß die vorhandenen Organisationen mit ihren eigenen egoistischen Ansprüchen ihnen immer entsprechen. Die Handwerker wollen ihre Lebenshaltung auf Kosten der Verbraucher behaupten. Die Staatsregierungen nahmen sich der Interessen der letzteren an. Sie griffen in die Zunftrechte ein, freilich ohne viel zu erreichen; sie konzessionierten in den Städten und außerhalb Hausindustrien und Manufakturen, deren Waren jedermann kaufen durfte, — womit sie vieles erreichten.

Die Manufakturen werden im Verlauf der Zeit zahlreicher. Im Tex-

1) J. Conrad, Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie. 1902. II S. 145f.

til-, Kleineisen- und Stahl-, Holzschnitz-, Uhren-, Spielkarten-, Glas-Kutschengewerbe leisten diese kleinen Fabriken Erhebliches. Das Auffallendste bei ihnen ist nicht ihre Spezialisierung innerhalb der Volkswirtschaft, — denn ihre Zahl war nie recht groß und ist mit der heutigen ohne Vergleich — sondern die Arbeitsteilung innerhalb des Betriebes. Um Uhren, Nähnadeln, Stecknadeln, Messer, Gläser, Kutschen, Tongeschirre anzufertigen, sind Dutzende von Teilarbeitern beschäftigt, abgestuft vom ungelerten bis zu dem höchst ausgebildeten.

Die Nadelfabrik ist das Beispiel A. Smiths, um die Produktivität der Arbeitsteilung zu erläutern, die er bei der andauernden Wiederholung der Spezialleistung aus der erzielten größeren Geschicklichkeit, Gleichmäßigkeit, Sauberkeit, Exaktheit, Schnelligkeit, Zeit- und Kraftersparnis bei den Teilarbeitern folgerte. Seit dieser Darstellung ist die Arbeitsteilung als ein wichtiges Prinzip der Volkswirtschaftslehre anerkannt worden¹⁾, wenn man auch zugeben mußte, daß die erwähnten produktiven Vorzüge bei der Betriebssonderung nur teilweise zutreffen, bei der die Konzentration zu einer besonderen technischen und geistigen Leistungsfähigkeit das Entscheidende sein dürfte.

K. Marx hat der „Teilung der Arbeit und der Manufaktur“ ein Kapitel gewidmet, in dem er sich auf englische Tatsachen stützt.²⁾ Bei seiner „materialistischen Geschichtsauffassung“ vollzieht sich die Entwicklung der Manufaktur überall mit Notwendigkeit, wenn die Gesellschaft einen gewissen Höhestand erklommen hat. Das folgt zunächst aus dem Kapitalismus, der einmal im Handel geschaffen, die Menschen zwingt, ihm zu dienen. Daher schreibt er: „Als spezifisch-kapitalistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses — und auf den vorgefundenen Grundlagen konnte sie sich nicht anders als in der kapitalistischen Form entwickeln — ist die manufakturmäßige Teilung der Arbeit nur eine besondere Methode, die Selbstverwertung des Kapitals auf Kosten der Arbeiter zu erhöhen.“ Mögen die Menschen sich des Zwanges bewußt werden oder nicht, sie haben der Diktatur des Kapitals sich zu unterwerfen. „Die Manufaktur ist in ihren Anfängen ein naturwüchsig Gebild. Sobald sie einige Konsistenz und Breite des Daseins gewonnen, wird sie zur bewußten planmäßigen und systematischen Form der kapitalistischen Produktionsweise.“

Wie sind nun die Werkstätten und die Arbeiten in ihnen entstanden?

1) Auch die Soziologen haben sich dieses Prinzips bemächtigt und es auf andere Materien als die wirtschaftlichen angewandt. Vgl. Dürkheim, *De la division du travail social*. 1893.

2) Das Kapital. 1872. B. I., S. 345—83.

In der freien Konkurrenz der bürgerlichen Gesellschaft „treiben Zufall und Willkür ihr buntes Spiel in der Verteilung der Warenproduzenten und ihrer Produktionsmittel unter die verschiedenen gesellschaftlichen Arbeitszweige“ — wenn sie auch alle unter dem ihnen immanenten Befehl stehen, das Kapital zu verwerten. Diese gesellschaftliche Anarchie wird aber unter dem Zwang des Umfangs der Bedürfnisse, des Marktes, der Preise, der Konkurrenz fortwirkend gebändigt und hat sich dann anzupassen, womit die oben erwähnte Lehre Adam Smiths von der Grenze der gesellschaftlichen Arbeitsteilung im Markt nicht bloß eine Anerkennung findet, sondern als eine „überwältigende Notwendigkeit“ charakterisiert wird.

Während die Teilung der Arbeit als gesellschaftliche und a posteriori gesetzmäßig entsteht, fährt Marx fort, werden die Regeln zur Teilung der Arbeit innerhalb der Werkstätte a priori planmäßig befolgt. Eine Regel bezieht sich auf die Konzentration der Produktionsmittel, eine andere auf die Anstellung einer vielköpfigen, hierarchisch abgestuften Arbeiterschaft mit besonderen Funktionen für die einzelnen, die in Gruppen nach bestimmter Proportionalität zusammengesetzt werden, z. B. „4 Gießer, 2 Abbrecher, 1 Frottierer in einer Typenmanufaktur, wo der Gießer stündlich 2000 Typen gießt, der Abbrecher 4000 abbricht und der Frottierer 8000 blank reibt“. Der Unternehmer ist also in der Durchführung der inneren Arbeitssonderung doppelt gebunden, einmal durch die Technik, die den Gesamtmechanismus des Betriebs qualitativ gestaltet, dann durch die Marktnachfrage, die die Ausdehnung der Anlage im Konkurrenzgetriebe durchsetzt, etwa ob er in den Gruppen je 1, 2, 4, 6, 8, 10 Personen oder 10, 20, 30, 40, 60, 80, 100 anstellen soll.

Es vollzieht sich also diese Arbeitsteilung unter einem sozialökonomischen Entwicklungsgesetz, in das andere Kräfte nicht hineinspielen.

Es ist einzuwenden, daß die ganze Konstruktion von englischen Verhältnissen abstrahiert worden ist und daher, wenn überhaupt, nur für diese passend ist. Die angeblich willkürlichen Anlagen der Manufakturen setzen Gewerbefreiheit voraus, die sich damals schon in England unter Beseitigung der Zünfte verwirklichte, indem die Gerichte mit ihrer buchstäblichen Auslegung des Gesetzes nicht bloß alle neu aufkommenden Gewerbezweige überhaupt, sondern auch die alten außerhalb der großen und kleinen Städte für gänzlich frei erklärten.¹⁾ Auf dem Kontinent hingegen bestand im 17. und 18. Jahrhundert für die Anlage der Fabriken das Konzessionssystem, das nach merkantilisti-

1) W. Roscher, Nationalökonomik des Handels und Gewerbefleißes. 1881. S. 653.

schen Grundsätzen gehandhabt wurde. Von einer anarchischen Überproduktion war nicht die Rede, im Gegenteil, der Staat unterstützte mit allen möglichen Mitteln die Gründungen, um die zaghaften Unternehmer zu ermutigen. Daß bei einer solchen privilegierten Manufaktur eine zweite gleiche am gleichen Orte auf Anfrage regelmäßig gestattet wurde, ist unwahrscheinlich, weil der Staat seine Schöpfungen nicht zu gefährden gedachte.

Was nun den anderen Gedanken betrifft, daß der Markt die Ausdehnung des gesellschaftlichen Spezialisismus hervorruft, so ist er im ganzen genommen für England richtig gewesen, und er wird sich auch sonst haben beobachten lassen. Als unbedingt notwendig wird man ihn in seiner Abstraktion nicht hinstellen dürfen, weil noch mancherlei daneben stimmen muß, was man stillschweigend voraussetzt. Vor allem der Unternehmungswille auf die Nachfrage hin, Fabriken zu gründen und die Disposition über geeignete Arbeitskräfte. In das Gebiet der heutigen Niederlande waren von der spanischen Herrschaft Bedrückte aus Flandern und Brabant geflüchtet und schufen in ihrem neuen Wohnsitz während des 16. Jahrhunderts unter der ihnen bekannten auch arbeitsteilig entwickelten Technik eine rasch erblühende Wollen-, Leinen-, Seiden-, Papier-, Hutindustrie. Im achtzehnten Jahrhundert geht sie zugrunde, und keine andere setzt sich an ihre Stelle, obwohl die Bevölkerung und der Reichtum gewachsen waren, und der Ferntransport bei der hohen Ausbildung des Kanalwesens eine Erweiterung hätte begünstigen sollen. Die wirtschaftliche Lebhaftigkeit war geschwunden, und der Rentnerstaat hatte den produktiven ersetzt. Von einer Zunahme der gesellschaftlichen Arbeitsteilung weder in der Industrie, noch im Handel, noch im Bankwesen war etwas zu verspüren.¹⁾

Man sieht aber auch aus diesem Beispiel, daß Spezialindustrien entstehen können, ohne daß der Druck des Marktes vorausgeht. Die politische Verfolgung in den Südprovinzen war die Veranlassung zu der Gründung in den nördlichen gewesen, und der Mut, auf einen künftigen Absatz zu rechnen, bestimmte sie ihre Arbeit unter ganz veränderten Verhältnissen zu wagen. Ebenso haben vertriebene Hugenotten und spätere französische Refugiés in Deutschland Manufakturen errichtet, die erfolgreich wurden und heute noch fortbestehen.

Daß die Unternehmer planmäßig die Arbeitsteilung im Innern ihrer Betriebe zur Geltung bringen, ist richtig, daß sie dabei an gleiche feste

1) Die Gründe des holländischen Niederganges werden in meinem Buche „Das volkswirtschaftliche System der Kapitalanlage im Auslande 1907“. S. 367 bis 380 erörtert.

Regeln gebunden sind, kann man nur teilweise zugeben. Vor einer Reihe von Jahren besuchte ich die großen Schuhfabriken im Staat Massachusetts. Ein Schuh ging, um vollendet zu werden, durch 64 Hände mit verschiedenen Funktionen.¹⁾ Das war damals eine neue Errungenschaft, die nach wenigen Jahren antiquiert war. Die Technik der Fabriken war in fortwährender Umwälzung und hatte sich an mancherlei Zustände anzupassen. Dabei war die Konkurrenzfähigkeit der Fabriken niemals auf die Tatsache der Arbeitserlegung allein eingestellt. Der Großbetrieb im Vergleich zu einem geringeren, die Kreditfähigkeit, die kaufmännische Tüchtigkeit des Unternehmers, die günstige Ausnutzung von Wasserkraften, die Lage der Fabrik an Häfen und Flüssen, die Willigkeit und Handfertigkeit der Arbeiterschaft werden selbständige Faktoren, die es einem mit minderer Arbeitsteilung ausgerüsteten Werk, das z. B. über einzelne Werkzeugmaschinen nicht verfügt, den Wettbewerb auf dem Markte sichert. Fabriken sind keine gleichen Mechanismen, sondern Individualitäten, die ihren eigenen Lebensbedingungen unterstehen.

In Deutschland hat die Spezialisierung der Betriebe und innerhalb derselben von 1850—1914 große Fortschritte gemacht. Die Zunahme der Bevölkerung, des Reichtums, die Verbesserung der Technik und der Transportmittel, die Erweiterung des Außenhandels, die Lohnerhöhungen sind als umgestaltende Triebkräfte einzusetzen. Die Reichsgründung und die Zoll- und Sozialpolitik sind daneben jedoch nicht zu vergessen. So mag sich hier die Theorie Smiths von der Zunahme der Arbeitsteilung im allgemeinen wieder bewährt haben. Aber in England fand, obwohl hier auch die Menschenzahl wuchs, der Reichtum stieg und die Handelsplätze sich vergrößerten, also der Markt sich erweiterte, seit 1880 der industrielle unternehmende Aufschwung nicht mehr so statt, wie in den 50 vorausgehenden Jahren, womit auch die Entwicklung zum Spezialisismus in relative Ruhe versetzt wurde.

Ob die Vereinigten Staaten in der Weise wie seit 1865 bis jetzt ihre Arbeitsteilung fortsetzen können, ist vor allem von der Einwanderung abhängig. Ohne eine große wird sich die bisher beobachtete Tendenz verlangsamten müssen, weil sich die Fabrikhandarbeit in den Oststaaten vornehmlich aus ihr rekrutiert und die eingeborenen Amerikaner wenig Lust verspüren, sie zu übernehmen.²⁾

1) Eine Schilderung des Betriebes in meinen „Nordamerikanischen Gewerkschaften“. 1886. S. 110f.

2) Vgl. des Verfassers Schrift: „Die Vereinigten Staaten als heutiges und künftiges Einwanderungsland“. 1921. Finanz- und volkswirtschaftliche Zeitfragen

Auch wird man bei der heutigen sozialen Macht der organisierten Lohnarbeiter deren Einfluß auf die Industrieform nicht gering veranschlagen dürfen. Die einseitige übertriebene Betätigung hat in manchen Betriebsarten eine Verkümmernng des Menschen nach sich gezogen, die neuerdings in dem in Amerika stark geübten Taylorsystem potenziert hervorgetreten ist. Es fragt sich, wieweit die Arbeiter sich solche Methoden ihrer Ausnutzung gefallen lassen werden, und ob sie die Abkürzung der Arbeitszeit als das einzige Gegenmittel anerkennen werden. Die Nachteile der zu lange geübten einseitigen Handarbeit hat auch der westeuropäische Staat nicht ohne weiteres hingenommen, indem er die Frauen- und Kinderarbeit einschränkte, die zu einem solchen Spezialisismus eine günstige Voraussetzung war.

Aber auch der Gang der gesellschaftlichen spezialisierten Berufs-sonderung wird in Zukunft in allen jetzigen Industriestaaten gebremst werden, wenn der Fabrikatexport durch die weitere Industrialisierung der Welt rückgängig, oder wenn er durch weitere Kriege von neuem zurückgehalten werden sollte.

VI. DIE ORTSBEWEGUNG VON GÜTERN UND MENSCHEN

Die Neigung der Menschen zu wandern, und die Möglichkeit, ihre Produkte zu transportieren, ist zu allen Zeiten ein mächtiger Hebel des Fortschrittes gewesen. Die Bewegung im Raum ist daher eine Produktivität, deren Eigenart man der eigentlichen Gütererzeugung begrifflich gegenüberstellt. Zwischen beiden Tätigkeiten findet eine Wechselwirkung statt, und es ist oft nicht leicht zu ermitteln, welcher man am meisten den Aufschwung der Volkswirtschaft zu verdanken hat. Übersehen wir die deutsche Wirtschaftsgeschichte von 1815—1914, so sind wir in einer solchen Lage. Zerlegen wir sie in zwei Abschnitte, die das Jahr 1871 trennt, so spricht manches dafür, daß in dem ersten die Eisenbahn die stärkste ökonomische Triebkraft war, da sie mit dem Fernverkehr den volkswirtschaftlichen Absatz an Stelle des örtlichen setzte, in dem zweiten die industrielle Technik, nicht bloß weil jetzt bereits das Land mit einem neuen Verkehrsnetz überzogen und auf einem, wenn auch ersten Stand der Sättigung angelangt war, sondern auch, weil die Methoden der Produktion ein ausgeprägt eigenes, deutsches Wesen tragen, während vorher die Nachahmung des Fremden noch recht auffällig war.

Die Geschichte der Transportmittel¹⁾ von ihren frühesten Anfängen,

1) Gustav Cohn, Nationalökonomie des Handels- und Verkehrswesens. 1898. S. 701 ff. — W. Götz, Die Verkehrswege im Dienste des Welthandels. 1888.

unter denen der Mensch keine anderen Hilfsmittel als seine Glieder hatte, und die ersten Pfade durch die Steppe von ihm oder von wilden Tieren getreten oder durch den Wald gebrochen wurden, bis zu den eisernen Wegen, den Automobilen auf Landstraßen und der Flugzeugpost ist zwar eine lange mit zahlreichen Etappen, aber doch übersichtlicher als die von der landwirtschaftlichen und verarbeitenden Technik, weil sie einfacher als diese ist. Man ist an den Leitfaden einer klaren Dreiteilung gebunden, an Weggestaltung, Motor und Fahrzeug, denen man zur Ergänzung die soziale Betriebsweise oder die Eigentumsform, in der einzelne, Horden, Sippen, Stämme, Städte, Staaten, Gesellschaften die erprobten Einrichtungen bauen und handhaben, als Viertes anreihen kann.

Wie das Wirtschaften überhaupt vom Extensiven zum Intensiven fortschreitet, d. h. daß in den drei Produktionsfaktoren, Natur, Arbeit und Produktionsmittel das freie Walten der ersteren hinter die beiden anderen zurücktritt, so gilt das auch für die Mittel der Ortsveränderung. Dem oft und zufällig entstandenen folgt der planvoll angelegte Weg, dem über den Bach gelegten Holzstamm die gezimmerte Brücke, der Steinstraße der Schienenlauf, der eingleisigen eisernen Schiene die viergleisige von Stahl. Die Menschen- wird durch die Tierkraft ersetzt, das Ochsen- durch das Pferdegespann, der Segelwind durch die Dampfmaschine, der Arm des Ruders durch den Benzinmotor. Das geschleifte Brett mit untergelegter Walze machte dem zweirädrigen Karren, dieser dem vierrädrigen Wagen Platz, das federlose Fuhrwerk dem elastischen, der Eisenbahnzug mit engen Abteilungen und schmalen Holzsitzen dem Luxuszug mit Durchgangs-, Speise- und Schlafwagen, die Einwagen-Pferdebahn der mehrwagigen Elektrischen. Der Landbote, der eng beschränkte Postwagen für Passagiere und Briefe verschwindet hinter dem Großbetrieb mit seinen Tausenden von Postanstalten, seinen Zentralen, Bahnpostwagen, Motoromnibussen, Rohrpostanlagen, Telegraphen und Telefonen.

Dieser Werdegang zur Intensität geht im allgemeinen parallel mit dem volkswirtschaftlichen überhaupt. Die Phönizier mit ihrer hochentwickelten Handelstechnik und ihrem Städtebau durchschiffen bereits das Mittelmeer und den Osten des Atlantischen Ozeans, die Römer mit ihrer vertieften, großen, arbeitsteiligen Eigenwirtschaft, mit ihren Märkten und der Geldwirtschaft bauten steinerne Kunststraßen und Brücken mit Steinbogen und errichteten ihre Reichspost. In dem agrarischen unstädtischen Mittelalter kehrt man zu festgetretenen und festgefahrenen Erdwegen mit notdürftigen Holzbrücken zurück, in der deutschen Klein-

stadt mit ihrem hochstehenden Handwerk pflastert man wenigstens die Hauptstraßen. England und Frankreich waren um 1800 Deutschland, ersteres in Postchaisen und im Schnellfahren, das zweite in Chausseen und Viadukten ebenso wie in Landwirtschaft und Fabrikation weit voraus. Das 19. Jahrhundert wetteiferte in Verbesserungen der industriellen mit der Verkehrstechnik durchweg. Aber eine Disharmonie beider Richtungen ist doch auch zeitweise nicht ausgeschlossen, so daß wir kein lückenloses Entwicklungsgesetz vor uns haben. Der englische Reiseschriftsteller Arthur Young erstaunt 1787 kurz vor der Revolution über die ausgezeichneten erhöhten und gemauerten Straßen, Bergdurchschnitte und Brücken Frankreichs, aber er vermißte jede wirtschaftliche Lebhaftigkeit auf ihnen. Er kann keine Reisegelegenheit in einer größeren Stadt auftreiben und begegnet unterwegs nur höchst selten einem Lastwagen. Dieser Einseitigkeit stellt er allerdings auch eine englische gegenüber in dem Mangel an Chausseen bei dem hochgetriebenen Personen- und Güterverkehr. Der Schwerpunkt der damaligen englischen Transporttechnik liegt in dem Schiff, besonders für die Küstenfahrten, die bei den tiefen Buchten der Insel und den guten Häfen unter den dem Wasser nahen Städten erfolgreich betrieben werden.

Auch die beobachtete Regelmäßigkeit, daß die Transporteinrichtungen im Sinne der allgemeinen Intensität schrittweise vordringen, und daß sich die spätere auf der früheren aufbaut, ist nicht ohne Ausnahme, etwa wenn eine Naturkraft in bisher unbekannter Weise nutzbar gemacht wird. Als das Segelschiff erfunden wurde, konnte die Kraft des Windes den geschulten Ruderern einen Teil der Arbeit abnehmen, also relative Extensität solange bedeuten, bis das neue Fahrzeug vergrößert, verfeinert und stark bemannt wurde. Eine andere Ausnahme bilden die Eisenbahnen in kaum erschlossenen jungen Ackerbauländern. In den Vereinigten Staaten verbanden nur wenige Chausseen die größeren Städte des Ostens, als die Bahnen schon tief in die Wildnis hineingelegt wurden, um die Überfülle an gutem Land und an Bergwerksprodukten dem Verbrauch zugänglich zu machen. Um dem extensiven Landbau zu einem Gewinn zu verhelfen, mutete man, ausgestattet mit den Erfahrungen der Alten Welt, der Transportentwicklung einen unhistorischen Sprung zu, der im Vertrauen auf die Zukunft glückte, in der man das Versäumte nachzuholen gedachte. Man baute Städte, wo die Bahnen sich kreuzten, man erreichte in wenigen Tagen die Silberminen des Felsengebirges, zu denen zu kommen die Prospektors, die Silbersucher, ehemals Wochen und Monate gebraucht hatten.

Die amerikanische Methode war genial gedacht, und das um so mehr,

als man die Bahnen zuerst überall im Westen und Süden höchst kapital-extensiv, nur mit dem notwendigsten Unterbau, mit Holzbrücken durch kilometerlange Sümpfe, mit Bahnhöfen aus Bretterwerk anlegte, während man mit guten Lokomotiven und geräumigen Wagen nicht kargte, damit das Publikum schnell und nicht zu ermüdet an seinem Geschäfts- oder Arbeitsplatz einträfe. Nach und nach wurde der Bahnbau solider, als die Dollarmillionen aus der verfügbar gemachten Naturkraft dem Volke zuströmten. Die Landstraßen blieben noch lange vernachlässigt. Man half sich mit leichten, festgefügtten eisernen Wägelchen und kräftigen Pferden über die holperige Prärie hinweg, aber legte doch einfache, kurze Wege dort an, wo sie nicht zu entbehren waren. Der Landweg war keineswegs verachtet, aber er genügte bis zur Wasserstraße, später bis zur nächsten Eisenbahnstation, zum Felde oder zwischen den Feldern. „Das erste, was der Amerikaner tut“, bemerkt Sealsfield in seinen transatlantischen Reiseskizzen¹⁾ über Louisiana, „ist, daß er nach Errichtung seines Blockhauses sofort einen Weg nach dem nächsten Flusse anlegt. Dann geht er an die Ausrodung und Bestellung seines Besitztums. Der Kreole dagegen legt sofort eine große Plantage an, er pflanzt Zucker und Baumwolle in Masse; allein sein ganzer Reichtum dient ihm anfangs zu gar nichts, weil er nicht auf Wege bedacht war. Erst als Louisiana der nordamerikanischen Union einverleibt wurde, machte es rasche Fortschritte in seinem Wohlstande, weil viele Amerikaner des Nordens sich dort ansiedelten.“

Als nun das *Automobil* seinen Siegeszug begann, wurde der Mangel an Chausseen bald empfunden, zumal es mit seiner Hetze und seinem Übertrumpfen des andern so recht dem amerikanischen Geschmack entsprach. Über die Automobilindustrie liegen einige Zahlen vor.²⁾ Während 1899 erst ein Kapital von 5768000 Dollar bei einer Produktion von 3700 Kraftwagen unter Verwendung von 13000 Arbeitern Anlage gefunden hatte, betrug es 1919 1800 Millionen, mit denen 1974100 Wagen von 651450 Arbeitern hergestellt wurden. Der jährliche Wert der fertigen Wagen stieg in 21 Jahren von 4,7 auf 2136,1 Millionen Dollar. Man schätzt gegenwärtig die Zahl der Automobile auf 9211000, eins auf 11—12 Amerikaner, und die Gebühren, die für den Gebrauch gezahlt werden, überstiegen 81 Millionen. Ohne weite Straßennetze ist diese Zunahme undenkbar. 1920 sind 1200 Millionen Dollar von seiten der Regierungen für Anlage und Ausbau von Straßen ausgeworfen worden, und was früher vernachlässigt wurde, wird in Eile nachgeholt.

1) Max Wirth, Grundzüge der Nationalökonomie. 1881. II., S. 221.

2) Jahresbericht des General Motors Corporation in Detroit. 1921.

Als in Europa die Eisenbahnen aufkamen, verfuhr man so, wie heute die Amerikaner bei dem Bau von Automobilstraßen. Man wollte zunächst die großen Orte miteinander verbinden und dann zu den kleineren, wenn sie nicht auf der Route lagen, übergehen. Die neue Einrichtung sollte die Hemmnisse beseitigen, die sich dem Verkehr entgegenstimmten. Man erwartete eine schnellere, pünktlichere, gleichmäßigere, billigere Versorgung der Verbraucher unter der Ersparung der Transportkosten. Der Verkehr hatte sich also an die Produktion anzuschließen, die sich dann allerdings auch steigern mußte. Bei der Anlage der amerikanischen Bahnen kalkulierte man umgekehrt. Die Bahnen sollen die Produktion erst schaffen, wovon dann der Verbrauch auch profitieren wird. Jene negative Anschauung der Alten Welt sah in den Verkehrseinrichtungen zu einem anerkannten Zweck ein Mittel, das sich in den Dienst der Produzenten zu stellen habe, daher nicht zu monopolistischem Selbstzweck entarten dürfe. Damit wurde das Eingreifen des Staates in den Verkehr sozialpolitisch begründet. In Amerika stellte man die positive schöpferische Kraft der Ortsverbindungen voran, da das große Wirtschaftsgebiet unentwickelt war¹⁾, und konnte daher eine Verstaatlichung der Bahnen nicht anders beurteilen als die der Fabriken und ließ die Staatsaufsicht lange Zeit beiseite.

Eine auf die Hebung der gesamten nationalen Wirtschaftskraft gerichtete Einsicht stellte Produktion i. e. S. und Transport, wie alle Verkehrseinrichtungen, in ihrer Gegenseitigkeit als eine Einheit hin. Jede Neuerung ist hier Mittel für andere und Zweck zunächst für sich. Aber alle solche Vorgänge haben sich dem Wohle des Ganzen einzufügen, welches das soziale Recht anzustreben hat, falls die wechselwirkende Übereinstimmung aus der Natur des Gegebenen versagt.

Die produktiven Ergebnisse der Transporterleichterung haben wir in dem vorigen Kapitel schon für die Arbeitssonderung kennengelernt, allerdings als historisch bedingte. Wir haben die Entfaltung des Großbetriebes, die rasche Verallgemeinerung der Technik, den Aufschwung des Handels, die Erweiterung der Kreditorganisationen, die Vermehrung der Konkurrenz als Wirkungen guter Transporteinrichtungen hinzuzufügen.

Wenn wir uns die wechselseitigen Bewegungen in der Volkswirtschaft als ein ungeteiltes Ganzes vorstellen, so stehen wir zunächst vor einem Komplex von Erscheinungen, den wir uns als solchen in dem

1) H. C. Carey, Sozialökonomie, deutsch 1866, Kap. Xf. Die Ortsveränderung des Stoffes. — E. Dühring, Kritische Geschichte der Nationalökonomie des Sozialismus. 1879. S. 377f.

Bilde eines Organismus veranschaulichen. Wollen wir in den Zusammenhang rationell eindringen, so müssen wir die Vorgänge einer selbstkonstruierten Ausgangstheorie unterordnen. So hat I. H. von Thünen¹⁾ die Landwirtschaft unter den Gesichtswinkel der Transportkosten ihrer Produkte mit einer zugleich eigenartigen, logischen Methode untersucht, wobei er zu Schlußfolgerungen gelangt, die zutreffend sind, wenn man seine Voraussetzungen annimmt.

Die abstrakten Voraussetzungen des „Isolierten Staates“, eines von der Außenwelt abgeschlossenen, für sich funktionierenden Wirtschaftskörpers sind erstens ein einziger städtischer Markt mit einheitlicher Preisbildung, auf dem die Landwirte, die um ihn in näherer und weiterer kreisförmiger Zone herumwohnen, ihre Produkte absetzen, soweit sie sie nicht selbst gebrauchen; zweitens gleichartige und gleichmäßig verteilte Landwege zur Stadt, auf denen der Transport zu gleichen Kosten stattfindet; drittens eine überlegte Wirtschaftsführung, die aus der Differenz von Roherträgen und Kosten auf einen Reinertrag abzielt; viertens gleiche Bodenqualität, gleiche Arbeitslöhne und Kapitalzugänglichkeit; fünftens die Kenntnis verschiedener, nach der Intensität abgestufter landwirtschaftlicher Betriebssysteme, wie die freie, die Fruchtwechsel-, die Koppel- und die Dreifelder-Wirtschaft.

Nun entsteht die Frage, welches System hat unter diesen Verhältnissen der Landwirt zu wählen, wenn er den höchsten Reinertrag gewinnen will. Darauf antwortet Thünen, daß die Entfernung vom Absatzort, als das einzig Veränderliche, das Entscheidende derart ist, daß, je weiter das Landgut vom Markt entfernt ist, um so extensiver auf ihm gewirtschaftet werden müsse. Nehmen wir einmal an, alle Landwirte lassen unter einem gleichen Prinzip arbeiten, z. B. der Dreifelder-Wirtschaft, gerade als sie von der Eigenwirtschaft zum Verkehr übergehen. Die Nachfrage in der Stadt ist jetzt so groß, daß die landwirtschaftliche Produktion in einer Zone von 10 Meilen Entfernung erforderlich ist, sie zu decken. Der Preis muß so hoch sein, daß Produktions- und Transportkosten in ihm vergütet werden, andernfalls kann nicht geliefert werden, und diese Lieferung muß geschehen, weil die städtische Bevölkerung leben will. Die Transportkosten steigen mit der Entfernung, folglich müssen diejenigen in dem Preis bezahlt werden, die der entfernteste Landwirt aufzuwenden hat, dessen Zufuhr noch nötig ist. Nun wohnen aber außerhalb des 10-Meilenkreises noch Ackerbauer, die in der Stadt verkaufen möchten, wo sie mancherlei einzu-

1) Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie. 3. Aufl. 1875.

kaufen Lust haben. Beabsichtigen sie zu konkurrieren, so müssen sie ihre Betriebskosten herabsetzen, also extensiver verfahren, und das um so mehr, je weiter sie entfernt wohnen. Jetzt erfolgt mit ihren Produkten ein Überangebot auf dem Markt, und der Preis sinkt, solange als er noch sämtliche Aufwendungen der am entferntest wohnenden Bauern aufbringt. Er steigt wieder, wenn die städtische Bevölkerung zunimmt. Die Produktion wird dann weiter ausgedehnt. Ihrem Interesse folgend, gehen die dem Markte näheren Gutsbesitzer oder Bauern auf ihrem immerhin beschränkten Boden zu einer intensiveren Betriebsweise über, in der Nähe der Stadt zur Gärtnerei und freien Wirtschaft unter Ausnutzung des Stadtdüngers, produzieren feine Gemüse, Obst, Blumen, Gegenstände, die einen weiteren Transport nicht vertragen. In der folgenden noch nahen Zone rentiert der Wald, da das Holz hohe Frachtkosten beansprucht, weiter hinaus die Viehmästung und die Milchlieferung unter Stallfütterung, der der Fruchtwechsel zur Seite geht.

Der Satz des relativen Wertes der landwirtschaftlichen Betriebsweise steht also nur unter der Beziehung des Transportes zum Markt. Man kann auch die Relativität von einem andern Standpunkt aus begründen, z. B. von einem verschiedenen Stand der Arbeitslöhne, wovon Thünen abgesehen hat. Er hat aber, um der Wirklichkeit nahezutreten, eine Reihe von Modifikationen seines isolierten Staates besprochen. Er denkt z. B. an einen Fluß, auf dem ein Teil der Landwirte billig das Getreide zur Stadt führen kann, womit die Kreiszone abgeändert werden können, an die Einführung von Handelsgewächsen, an Maßregeln der Handelsbeschränkung, wenn sein Staat mit anderen in Berührung kommt. Damit erhält seine Auffassung ein historisches Gepräge, aber sein Ausgangspunkt bleibt bestehen, und die Bedeutung der Frachtkosten schimmert immer überall durch. Im 19. Jahrhundert werden nun die Eisenbahnen gebaut, und damit wird der Transport so verbilligt, daß der Wert der ganzen Betrachtung geschmälert wird. Vergessen wir nicht, daß der erste Teil des Buches 1826 erschienen ist. Dennoch wird die Theorie nicht falsch. Sie hätte nur keinen Sinn mehr, wenn die Transportkosten gleich Null würden.

Werfen wir einen Blick auf die deutsche Geschichte, um zu zeigen, wie die Thünesche Idee stimmt, und wie sie in ihrer Bedeutung zurücktreten mußte. Im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts war die Landwirtschaft rückständig im Vergleich zu England, Frankreich und Holland, meist noch in einfachen Methoden befangen, die seit alten Zeiten geübt wurden. Dort, wo Chausseen angelegt wurden, wie in Preußen, — 1816 betragen die staatlichen 419, 1831 1147 Meilen — fing man

an für die Städte, z. B. für Berlin in der Mark Brandenburg, Rindvieh zu mästen, Kälber aufzuziehen und Milch und Butter regelmäßig auch auf Entfernung zu versenden. Die Bevölkerung der Stadt war von 1816—1831 von 197 717 auf 248 682 Einwohner gestiegen. Der verbesserte Wasserweg zur Oder gestattete die Heranziehung des Getreides aus Posen, Schlesien und Westpreußen, aber wie geringfügig diese Massen waren, ersieht man daraus, daß ein Krahn genügte, den ganzen Wasserverkehr umzuschlagen. Die preußischen Ostseeländer und die Mecklenburgs konnten Berlin nicht erreichen. Sie verharrten im Stillstand und in niedrigen Preisen, da ihnen die Ausfuhr nach England, Holland, Frankreich und Schweden durch die Zollpolitik dieser Länder verlegt wurde. Nimmt man London im Sinne Thünens als Markt, so erscheint es zutreffend, daß in England der Fruchtwechsel, in Mecklenburg die Koppelwirtschaft, in Ostpreußen die Dreifelderwirtschaft bestanden. Aber die vorausgesetzte freie Konkurrenz für eine solche natürliche Lagerung und die richtige Proportionalität fehlten. Einerseits war während der Kontinental Sperre in England der Getreidebau kraftvoll gesteigert worden, um die Nation zu erhalten, jetzt wollte man den gewonnenen Fruchtwechsel behaupten und griff zum Schutzzoll. Andererseits produzierten die Ostseeländer damals bei überreichen Ernten von 1822—1830 unverhältnismäßig billig und benutzten den Seeweg, so daß, wieder im Thünenschen Sinne, die deutschen Exportgebiete dem Markt unverhältnismäßig nahegerückt waren. Bei freiem Verkehr würde England den Fruchtwechsel nicht rentabel gefunden haben.

Zwischen 1830 und 1870 wurden in Deutschland die Eisenbahnen gebaut, womit für die Landwirtschaft der innere Absatz ungemein erweitert wurde. Überall wurde sie verbessert und intensiver in der Nähe der Städte und Industriegegenden, wo die Bevölkerung rasch anwuchs. Doch kann man diesen Fortschritt nicht als alleiniges Ergebnis der Transportmittel beanspruchen. Wichtig war die Gründung des Zollvereins, mit der die Binnenschranken der Einzelstaaten des Deutschen Bundes fielen und die Industrie belebt wurde. Dazu kam die neue Produktion des Zuckers im großen, die Agrarreform auf den Bauerngütern, die Arrondierung der Fluren und die Aufteilung des Gemeindeeigentums, die Verbindung der Landwirtschaft mit der Naturwissenschaft, die Kunstdüngererzeugung.

In England setzt in den 40er Jahren die Freihandelsära ein, die Landwirtschaft wird der Industrie und dem Handel preisgegeben. Der Schutzzoll auf Lebensmittel fällt, und Norddeutschland wird Exporteur derselben für England. Die Dampfschiffe erleichtern diesen Zustand.

was dann zur Folge hat, den Druck des auswärtigen Getreidepreises stark werden zu lassen, — und das erst recht, als in den folgenden Jahrzehnten die amerikanische, russische, argentinische, ostindische Konkurrenz einsetzt — daß die Intensität der englischen Landwirtschaft sich den Kostendifferenzen der Ortsveränderung nicht mehr anpassen kann, weil sie zu klein werden.

Von 1870—1914 geht Deutschland auch zu der Industrie großen Stils über. Aus einem Getreideausfuhr- wird ein Getreideeinfuhrland. Weltwirtschaftlich kann man es sich als einen Markt denken, der vom Ausland mit Ausnahme der innersten Zone gespeist wird. Es ergeht ihm dabei wie England, es wird in die bekannte Agrarkrise hineingezogen. Die entferntesten Thünenschen Kreise liegen in Ostrußland und Sibirien, im Mississippibecken und Kalifornien. Die deutsche Politik geht einen anderen Weg als die englische. Der auswärtige Wettbewerb wird abgedämmt, und die heimische Produktion schreitet rasch und mächtig, auch technisch unterstützt durch die Industrie auf dem Wege der Intensifikation vorwärts. Der relative Wert der Ackerbausysteme wird innerhalb der Zollgrenze nicht aufgehoben, denn er beruht auf der Naturtatsache der Schwerkraft bei der Ortsveränderung; indessen tritt die Marktstellung bei dem ungemein erleichterten Versand an zweite Stelle, wobei das Staatsbahnsystem in der Herabsetzung der Tarife mitwirkt.

Die neuere Zeit hat die Lebensmittelzufuhr überhaupt unter ihren besonderen Schutz genommen: Waggons mit Eisbehältern zur Konservierung der Milch, Schiffe mit Kühlvorrichtungen für frisches Fleisch, zur Überführung lebender Schlachttiere aus fremden Weltteilen, das Pressen von Heu und Stroh, das Trocknen der Gemüse und der Kartoffelschnitzel, die Fleisch- und Obstkonserven, die kondensierte Milch, der Fleischextrakt ermöglichen eine billige und schleunige Fernverschickung auf Bahnen, Kanälen, Flüssen, Meeren, in langen Zügen, geräumigen Güterwagen und Großschiffen. Dazu kommt die zuverlässige Lieferung der Qualität unter Benutzung börsenmäßiger Einrichtungen und die fachgemäße Behandlung des Getreides in den Silos.

Als ehemals die große Eigenwirtschaft bestand, z. B. die antike, in der sich die Verbraucher selbst versorgten, hatte die Thünensche Regel keine Bedeutung. An jedem Ort konnte die Landwirtschaft intensiver werden, sobald auf ihm mehr Verbraucher lebten. Die Transportkosten waren nur auf dem Gute selbst zu verrechnen, gehörten also zu denen der Produktion in Thünenschem Sinne. Klimatische Lage, Möglichkeit der Bewässerung, Bodenqualität, Bodengestaltung, Sklaven-

zahl wurden an erster Stelle geprüft, wenn es galt, die Gutswirtschaft zu heben.

Denken wir uns eine nationale Verkehrswirtschaft mäßigen Umfanges als eine sich selbst genügende Eigenproduktion, und in ihr die Transport- und Handelseinrichtungen über den heutigen Stand noch weit fortgeschritten, so haben wir eine Parallele zu jener großen Hauswirtschaft. Aber auch in der heutigen Realität Deutschlands, wo wir in der Weltwirtschaft stehen, sind für den agraren Anbau die von der Natur angezeigten Stätten der entscheidende Ort für die Produktion.¹⁾ Man braucht nur an die Zuckerrübe in den Provinzen Sachsen und Schlesien und in Anhalt zu erinnern, an den Samenbau bei Quedlinburg, den Gemüsebau bei Erfurt, Braunschweig und Wandsbek, die Pferdezucht in Ostpreußen, in hannoverischen und oldenburgischen Gegenden, die Rindviehzucht in Oberbayern, nördlich von Regensburg, an der Nordseeküste, die Schafzucht in den Marschen, dem Lüneburgischen, in Schleswig-Holstein, den Hopfenbau bei Stuttgart, Nürnberg, Bamberg, die Kartoffel östlich der Oder, den Wald im Gebirge des Südens. Zu diesem Hinweis auf die Natur kommt der auf die sozialen Zustände. Die Lohnhöhe, die Länge der Arbeitszeit, die Schwierigkeit oder Leichtigkeit, Arbeiter anzuwerben, sind für alle Großbetriebe oft die entscheidende Tatsache, ob sie überhaupt rentieren.

Daß man Thü n e n s Relativgesetz auch auf den Bergbau anwenden kann, ist eine geschichtliche Wahrnehmung. Silberminen werden wohl an erster Stelle nach ihrem natürlichen Reichtum bemessen und demgemäß in Angriff genommen, doch sind sie auch raubbaumäßig betrieben worden, also extensiv, wenn der Transport zum Absatzort teuer war, analog wie in der nordamerikanischen Prärie die Bodenkraft verschwendet wurde.

In der Industrie spielen die Transportkosten eine andere Rolle als in der Landwirtschaft. Die letztere ist an ihren Standort gebunden. Ist der gute und marktnahe Boden bereits unter dem Pfluge, so muß der schlechtere und marktferne aufgesucht werden, womit der Rohertrag karger und die Produktion teurer wird. Die Industrie hat für ihren Standort eine größere Wahlfreiheit. Ehedem war diese mehr beschränkt, von Wasserläufen, der Lage der Mineralien, dem Holzreichtum der Wälder abhängig. Heute, wo Dampf, Elektrizität, Explosionsmotor ihr zu Diensten sind, sucht sie ihren Platz vorwiegend nach sozialen und nach Einkaufs- und Verkaufsbedingungen, sucht gern die Großstädte, wo ihr

1) J. Conrad, Grundriß. A. a. O. II., S. 29.

Arbeiter zur Verfügung stehen, Hafенplätze und Flußufer, wo sie billig ihre Rohstoffe beziehen, Eisenbahnzentren, von denen aus sie nach allen Seiten strahlenförmig ihre Fabrikate verschicken kann. Sie hat meist die Auswahl und versteht es auch, sich bisweilen zu verlegen, wenn sie nicht das Richtige getroffen hat. Neuerdings ist ihr eine natürliche Bedingtheit wieder nahegelegt worden, wenn sie die elektrischen Kraftquellen am Fuß der Gebirge benutzen will.

Die Transportfrage ist ihr wichtiger für ihre Roh- und Hilfsstoffe als für ihre Fabrikate. Diese vertragen weiten Export, und um so mehr, je geringer das Gewicht und das Volumen, je höher der Wert ist. Heute gibt es keinen Ort der Erde, der ihr aus Frachtgründen verschlossen ist. Daraus folgt aber nicht, daß jedes Land in einem andern einen umfassenden Markt hat oder ihn dauernd behauptet. Gerade weil die Industrie an so vielen Stellen aufbaubar ist, bemühen sich viele Länder, sie heimatlich zu schaffen. Wenn dies gelingt, wird an Transportkosten gespart, aber das erscheint den Völkern nicht mehr als das wichtigste Motiv des Anzustrebenden. Die Unabhängigkeit in der Weltwirtschaft hat für sie auch eine politische Bedeutung, und der staatliche Machtwille ist mit ihr unter der modernen Kriegstechnik eng verknüpft. Unter dem Ferntransport ist die Weltwirtschaft entstanden. Einmal vorhanden, entwickelt sie für das Wirtschaftsleben der Völker neue Tendenzen, die in der Gegenwart fast mehr machtpolitischer als wirtschaftlicher Art zu sein scheinen. Es wird sich fragen, was das für die weitere Entwicklung der Transportmittel zu sagen hat. Möglich, daß damit der Antrieb, sie zu vervollkommen, erst recht gegeben ist, so daß die politische wirtschaftliche Wechselwirkung in neuen Formen sichtbar werden wird. Ist für eine Nation der eine Arm die Produktion, der andere der Verkehr, so wird sie beide stärken wollen, um defensiv oder aggressiv beide zusammen arbeiten zu lassen.

VII. HANDEL, BANKEN UND BÖRSEN

In früheren Zeiten fielen Ortsbewegung und Handel mit Waren in derselben Person zusammen. Noch im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts befrachteten Hamburger Kaufleute mit eigenen, vielartigen Gütern ihre Schiffe, die nach Amerika und Ostindien fuhren, wo sie mancherlei Produkte zur Rückfracht aufnahmen, die in die heimischen Speicher gelagert wurden, von wo sie in dem Binnenland zur Verteilung kamen. Heute, nachdem der Transport verselbständigt worden ist, beherrscht der Spezialisismus den deutschen Handel im großen wie im kleinen,

indem der erstere dafür sorgt, daß die Waren einer Art von ihrem Ursprungsort in Mengen zum Absatz an die Kleinverkäufer herangezogen werden, der zweite die Verbraucher an ihrem Wohnplatz in kleinen Beträgen seiner Sonderware befriedigt. So ist es wenigstens in der Regel, wenn es auch vorkommt, daß der Kleinhandel unter Verwendung von Postpaketen über den Ort seiner Niederlassung hinaustritt, und der importierende Großhändler mit den Kleinhändlern sich nicht direkt mehr abgibt, sondern dies Geschäft einem andern überläßt, der ihm den ganzen Einkauf abnimmt.

Untersteht somit der Handel in seinen allgemeinen Formen, wie in seinen Gewohnheiten der geschichtlichen Veränderung, wie jede wirtschaftliche Tätigkeit, so ist doch die Individualpsychologie des Kaufmanns, daß alles am Faden des Gewinnes hängt, seit Jahrtausenden vom stummen Tauschhandel bis zum heutigen Börsengeschrei, von dem Handel mit wenigen fremden Seltenheiten bis zum gegenwärtigen Massenverkehr in Rohstoffen und Nahrungsmitteln immer dieselbe gewesen. Die sozialpsychischen Vorstellungen von dem, was ehrlich oder gutgläubig, was kaufmännische Berufsehre ist, werden hingegen von dem Geist der Zeiten durchtränkt. Die genaue Rechnung in Geld, die Buchführung, die Verzinsung des Kapitals, die sorgfältige Abschreibung des Risikos ist eine vervollkommnete Handelstechnik, die in neuer Gestalt dem alten kaufmännischen Erwerbstrieb dient, dem Phönizier, Griechen, Karthager, Römer im Altertum, Venezianer, Araber und Hanseaten im Mittelalter, Holländer, Engländer, Deutsche, Nordamerikaner in der Neuzeit gleichmäßig gehuldigt haben.

Die Berechnung des Gewinns ist unter der Geldwirtschaft einfach. Ein deutscher Kaufmann kauft daheim für 100 000 Goldmark Waren und verkauft sie für 60 000 Pesos in Mexiko, deren Wert er, in Mark umgerechnet, sich remittieren läßt, worauf sich z. B. ergibt, daß er 40 000 Mark verdient hat.

Wenn ein phönizischer Händler nach den Zinninseln schiffte und dort Zinn gegen purpurgefärbte gewebte Stoffe eintauschte, so war aus dem Tauschhandel der Gewinn nicht so einfach zu ersehen, den beide Parteien gemacht haben konnten. Erst im weiteren Verkehr mit ihren Landsleuten wurde er den Händlern offenbar. Hatten die Phönizier für 20 Ballen Tuch und Seidenzeug 60 Zentner Zinn eingetauscht, und konnten sie dafür zu Hause 80 Ballen gleichen Stoffes erhalten, so war ihr Gewinn 400 % gewesen, den die Zinnverkäufer ebenfalls gemacht haben konnten, wenn sie die eingetauschten Stoffe bei ihren Landsleuten wieder gegen Zinn umsetzten.

Auch die sozialistischen und kommunistischen Gemeinwesen in den Vereinigten Staaten ließen sich, soweit sie mit der Außenwelt im Verkehr standen, von der Maxime: billig einkaufen und teuer verkaufen, leiten. In der Utopia des Thomas Morus werden die überflüssigen Produkte nach auswärts verschickt und gegen ausländische umgetauscht. Nach welchem Prinzip ersehen wir daraus, daß die Insulaner, die sich für ein allen Nationen überlegenes Volk hielten, kein Bedenken trugen, entfernte Gegenden, die ihnen gelegen sind, in Besitz zu nehmen, Kolonien dort anzulegen und die Eingeborenen mit Waffengewalt zu vertreiben.¹⁾

Wenn es einem kommunistischen Staat gelänge, den inneren privaten Handel zu beseitigen, was in Rußland unter Lenin nur teilweise möglich war, so würde doch immer der auswärtige staatliche, weil nicht jedes Land alles von Natur produzieren kann, was es braucht, noch fortbestehen müssen, was auch Fichte in seinem „Geschlossenen Handelsstaat“ zugibt.²⁾ Es soll nach seiner Meinung ein Handelsvertrag errichtet werden, nach dem sich die austauschenden Staaten verpflichten für ewig, bestimmte Quantitäten von Spezialprodukten, z. B. Wein, gegen Getreide nach absoluter Gleichheit des Wertes gegenseitig zu liefern. Diese Illusion erleidet alsbald Schiffbruch, wenn sich die Bevölkerungsgrößen der Staaten verschieben, oder wenn eine Mißernte die Ausfuhr nicht zuläßt. Im auswärtigen Handel, mag ihn die Regierung oder ein Privater betreiben, entscheidet immer die ökonomische Regel von Angebot und Nachfrage, und es gibt keinen unveränderlichen Wert. Zwischen den Parteien, die miteinander Handel treiben, besteht ein ewiger Gegensatz, bei dem jeder soviel als möglich erhalten und so wenig als möglich geben will. Daher ist das Gewinnstreben dem Handel innewohnend und ist unausrottbar. Die russische Sowjetregierung hat sich 1921 mit dem Ausland in Handelsbeziehungen zu setzen versucht, wobei sie auf ihren Vorteil nicht weniger bedacht war als die von ihr geschmähten Kapitalisten und Imperialisten.

Der Wille zu erwerben und zu gewinnen mag unter dem Zustand des heutigen Reichtums, der kapitalistischen Rechnung und des egoistischen Individualismus entartet, und der händlerische Geist auf Gebiete übertragen sein, wohin er nicht gehört, verschwinden könnte er nur, wenn sich die ganze Erde zu einer kommunistischen Verbrüderung verstünde, in der alles Einkommen von oben verteilt und jeder Mensch damit zufrieden wäre.

1) A. Sudre, Geschichte des Kommunismus, deutsch 1882, S. 120f. Die Utopier empfanden also recht englisch.

2) 1800. S. 272.

Den eigentlichen Handel im engeren Sinn kann man definieren als diejenige gewerbliche Tätigkeit, die zwischen den Urproduzenten, Verarbeitern und Verbrauchern den Umsatz von Gütern und Waren, d. h. durch Verkaufen und Kaufen vermittelt, ohne daß der Händler zur Beschaffung seiner Verkaufsgegenstände von Abnehmern beauftragt ist oder im Dienste der Produzenten steht. Der Kaufmann im volkswirtschaftlichen Sinn handelt aus eigener Initiative, ist Eigentümer der Güter und Waren, trägt das Risiko des Nicht- oder Schlechtverkaufs und haftet für seine Spekulation mit seinem Vermögen.

Es läßt sich die Frage aufwerfen, ob die großen im Handel angelegten Summen und die aufgewendeten Arbeiten hier notwendig sind, ob sie nicht besser bei der Güterherstellung oder den Transportanstalten verwandt werden könnten. Anders ausgedrückt: ist der Absatz der Produzenten nicht hinreichend durch Kommissionäre und Agenten oder der Einkauf nicht durch eine Vereinigung der Verbraucher zu befriedigen? Zählten doch um 1910 die englischen Konsumvereine $2\frac{1}{2}$, die deutschen $1\frac{1}{2}$ Mill. Mitglieder. Sehen wir davon ab, daß viele dieser Einkaufsverbände durch Arbeitergewerkschaften und politische Organisationen gefördert wurden, also die große Zahl ihrer Teilnehmer auch nichtwirtschaftlichen Gründen verdankten, so ist die Ausschaltung des Kleinhandels doch eigentlich nur da gelungen, wo es sich um die Beschaffung von einfachen, wenig differenzierten Massenverbrauchsgegenständen, wie Kohlen, Brennholz, Petroleum, Kartoffeln, Margarine und dergleichen mehr handelte. Die Gefahr des Nichtverkaufs war hier nicht groß, da eine feste Kundschaft vorhanden ist. Billiger als die Kleinhändler verkaufen die Konsumvereine in der Regel nicht. Kleine Dividenden fallen zuweilen den Genossen zu. Öfter haben die Vereine durch ihre Konkurrenz die Überzahl der Kleinhändler eingeschränkt, welche hier und da unter weitgehender Zersplitterung des Geschäftes, die sich auf die übertriebene Bequemlichkeit der Verbraucher stützt, möglichst nahe der Wohnung einzukaufen, entstanden ist, und die Verkaufskosten durch die Erhaltensnotwendigkeit der vielen Händlerfamilien heraufgesetzt hat. Für alle feinere und spezialisierte Ware ist jedoch der Kleinhandel geblieben, der als solcher in den letzten 40 Jahren durch die Waren-, Kauf- und Versandhäuser noch gekräftigt worden ist, die mit ihrer spekulativen Findigkeit den wechselnden Bedürfnissen der Großstadt sich anzupassen verstanden und zugleich durch den Einkauf im großen den Konsumvereinen oft überlegen sind. Auch haben die Kleinhändler durch Einkaufsgenossenschaften, Rabatt- und Sparvereine sich zusammengeschlossen.

Die Wahlfreiheit bei dem Einkauf ist ein wesentlicher Bestandteil in der Zufriedenheit der Verbraucher. Eine lästige Beschränkung dieses ethischen Grundrechts mußte unter dem Mangel bei der Kriegsblockade von uns hingenommen werden, wurde aber darum nicht minder stark empfunden. Sie zum Prinzip erheben, hieße die Entwicklung der Individualität unterbinden und die Nivellierung begünstigen, deren kulturelle Ödigkeit sowieso eine Gefahr der heutigen Großstadt bildet.

Der Großhandel ist durch den Gemeinschaftsgedanken nur wenig berührt worden. Allerdings haben Produzentensyndikate für ihre Mitglieder Verkaufsbüros errichtet. Hier kommen aber nur wenige Waren mit fester Qualität in Betracht, die sicheren Absatz haben, wie die Steinkohlen. Zudem wird das Produkt an angeschlossene Großhändler abgesetzt, die die weitere Verteilung an Kleinhändler oder auch an größere Konsumenten besorgen.

Überblicken wir die deutschen Vorgänge der letzten Jahrzehnte, so finden wir auch dies, daß sich manche Produzenten in zunehmender Weise der Agenten, der Handelsreisenden, der Kommissionäre bedienen, oder Kataloge versenden, also den Kaufmann mit seinem Eigentum übergehen. So schenken die Wirte als Beauftragte der Brauereien deren Bier aus. oder Wirte werden in die Restaurationen gesetzt, die den Brauereien gehören. Oder wir treffen Agenturen für Automobile, Fahrräder, Schreibmaschinen und andere Maschinen an, oder es gibt Exportmuseen, die nicht bloß ausstellen, sondern auch Abschlüsse vermitteln. Endlich ist auch auf die sich rasch verbreitenden Mustermessen hinzuweisen, auf denen die Fabrikanten vertreten sind, um von dort Aufträge entgegenzunehmen. Dies alles hat dem Großhandel Abbruch getan, und die Ursache dürfte wesentlich in der Typisierung der Ware beruhen, die mit dem Massenabsatz zusammenhängt. Bei der fortgesetzten raschen Umbildung der Technik ist es zudem dem Großkaufmann oft zu riskant, ein Lager von solchen Gegenständen zu halten, die bald veralten, während der Fabrikant sofort seine Produktion umstellt, wenn eine Ware nicht mehr geht. Immerhin hat der Kaufmann noch eine weite, ihm unbestrittene Domäne seiner Tätigkeit behauptet. Der Einkauf von Lebens- und Genußmitteln, Roh- und Hilfsstoffen blieb seine Sache. Wohl vorbereitete, spekulative Unternehmen, längere Fürsorge für die Zukunft, rascher Entschluß, große Selbstverantwortlichkeit bei wechselnder Konjunktur sind hier die Seele des Geschäftes. Die heutige Weltwirtschaft ist das Feld, auf dem solche Fähigkeiten am wenigsten zu entbehren sind. Es ist geschichtlich bis 1914 andauernd erweitert worden, daher denn der Großhandelsstand trotz der genannten Kon-

kurrenz der selbstverkauften Fabrikanten in seiner Bedeutung beharrte, wie das die Handelszentren und die Seestädte sichtbar gemacht haben.

Dem Großkaufmann ähnlich in seiner Psychologie sind der Privatbankier und der Leiter der Bankgesellschaften. Unter der Konzentration der Kapitalmassen hat der erstere an Einfluß verloren, der letztere gewonnen, bei uns sicher bis zum Kriege, in dem und nach dem der privaten Unternehmung wieder einige Gelegenheiten zum Verdienen erwachsen sind.

Die Hauptaufgaben des Bankgeschäftes sind die Vermittlung des Kredites und der Zahlung, der Handel mit Geld und Geldsurrogaten und das Effektenemissionsgeschäft.

In der deutschen Wirtschaftsgeschichte der letzten 100 Jahre lassen sich zwei Reihen des banklichen Geschehens nebeneinander verfolgen: erstens die andauernde Kapitalsvergrößerung und Konzentration, zweitens eine Scheidung unter beruflicher Arbeitsteilung.

Die große Steigerung der Geschäfte nimmt den Ausgang etwa um die Mitte des Jahrhunderts von Millionen Talern. In der Epoche der Reichsgründung kommt man in die Hunderte von Millionen Mark, und unter Kaiser Wilhelm II. in die Milliarden, die sich mit der Papiergeldausgabe nach dem Krieg verzehnfachen. Es entsprechen solche Größen, abgesehen von dem letzten Fall, dem allgemeinen volkswirtschaftlichen Aufschwung, den die Banken fördern, wie sie von ihm gefördert werden. Die großen stets verfügbaren Kapitalmassen gewinnen einen steigenden Einfluß auf die produktiven Gewerbe, die mit den Banken in Kreditbeziehungen treten. Handel, Industrie und Landwirtschaft geraten zeitweise in Abhängigkeit von dem Geldkapital, in der sie aber doch im ganzen nicht verharren, da auch sie sich finanziell zu kräftigen wissen. Je ausgedehnter und vielseitiger das Bankgeschäft wird, je mehr auch das Auslandsgeschäft hinzukommt, um so mehr wird in ihm verdient, um so mehr wird auch das Risiko gemindert, die Bankdividenden schwanken weniger, und die Bankaktien werden eine sichere Anlage für das Publikum.

Indessen ist auch die ungeheure Kapitalanhäufung nicht ohne Gefahr für die Unternehmung. Das Geschäft erfordert, um übersehen zu werden, immer mehr Talent und Kunst, daß alle Reibungen vermieden werden und großen Zielen nachgegangen werden kann. Fehlen an der Spitze bedeutende Männer, so wird der Betrieb zu schematisch und verküchert. Daher hat bald diese, bald jene Großbank den Ruf der führenden Initiative. Nötig wird mit jeder Geschäftserweiterung die Ver-

mehrung der Bankangestellten, die an dem Sitz der Gesellschaft und an der wachsenden Zahl der Filialen und Bankstellen Verwendung finden. Diese Leute werden mit ihren Organisationen zu einer sozialen Macht wie die Lohnarbeiter in der Industrie und hemmen die Beweglichkeit des inneren Betriebes. In der nachrevolutionären Zeit schrauben sie in Deutschland ihre Ansprüche an Gehalt und Verkürzung der Arbeitszeit, so daß es den Banken immer schwieriger wird, die laufenden Geschäfte rasch abzuwickeln. Die Banken sind bei ihren ausstehenden Geldern immer empfindlich gegen wirtschaftliche und politische Störungen, daher sie am besten gedeihen, wenn sie möglichst beweglich sind, ihre Arbeiten nach Bedarf ausdehnen und einschränken können. Der starre Block der Angestellten kann daher wie eine Art Fremdkörper wirken, der in dem freiheitsbedürftigen Fluß der Geschäfte nicht vorwärtszuwälzen ist.

Die berufliche Arbeitssonderung im Bankwesen ist zwischen den Noten-, Hypotheken-, Kredit- oder Effektenbanken vollkommen ausgebildet. Die Notenbanken hatten sich zu verselbständigen, weil sie in der Notenausgabe ein unmittelbares volkswirtschaftliches Bedürfnis zu befriedigen haben. Sie geben ihre Zettel aus, die wie staatliches Geld umlaufen, und darum erkannte man auch bei uns an, daß sie der staatlichen Aufsicht bzw. Leitung nicht entzogen sein dürften. Ihre Geschäfte sollen nur vorsichtige sein, damit die Noteninhaber die Garantie der Sicherheit nicht verlieren. Indem das spekulative Geschäft, zu dem die Staatsbanken wenig geeignet sind, von ihnen ausgeschlossen wurde, konnte bei der Reichsbank — neben der die privaten Notenbanken, die der Anzahl nach im Verlaufe der Jahre nach 1876 immer mehr einschrumpften, nur eine bescheidene örtliche Bedeutung haben, — die staatliche Verwaltung Platz greifen, zumal eine ausreichende Versorgung des ganzen Volkes mit Tausch- und Zahlungsmitteln am besten von einer Zentrale vorgenommen wird, die mit der organisierten Gesamtheit eine stete Fühlung besitzt.

Die Hypothekendarlehen dienen dem Realkredit der Landwirtschaft und der Hausbesitzer in den Städten. Ihre Forderungen sind durch Bodenverpfändung sichergestellt, aber immer für längere Zeit festgelegt. Denn die Schuldner können nur langfristige Verpflichtungen übernehmen. Kaufleute und Industrielle realisieren den größten Teil ihres Kapitals durch Verkauf von Waren andauernd in Geld, daher sie den kurzfristigen Kredit in Anspruch nehmen, die Grundbesitzer hingegen haben ihr Kapital vornehmlich in dem Boden fixiert und können die beliebige Kündigung nicht vertragen. Somit muß ihr Gläubiger ihnen

Zeit lassen zur Rückzahlung, die am besten ratenweise aus den Einnahmen erfolgt, die Landwirte oder die Vermieter von Häusern jährlich beziehen. Zum Ausleihen verwenden die Hypothekenbanken eigene Mittel oder borgen sie mit der Ausgabe von Pfandbriefen, d. h. Obligationen, die der Gläubiger nicht kündigen kann, und die in dem Maße unter Auslösung zurückbezahlt werden, als die Banken ihre Ausstände zurück erhalten. Dieses Geschäft ist einer besonderen Gesetzgebung unterworfen, um die Pfandbriefgläubiger gegen nachlässige oder unlautere Geschäftsführung zu sichern. Dem Betrieb an sich liegt der spekulative Charakter fern, aber er kann in ihn, ohne daß ein volkswirtschaftliches Bedürfnis dafür bestände, hineingetragen werden, einmal durch leichtsinnige Gewährung von Hypotheken auf Grund zu hoch bewerteten Bodens, dann durch Zwischenverwendung der heimgezählten, aber noch der Anlegung harrenden Gelder zu Geschäften, die außerhalb des Rahmens der prinzipiellen Tätigkeit liegen, z. B. zum An- und Verkauf von Effekten auf Differenzgewinn. Die Gesetzgebung hat Vorschriften über die Beleihungsquote des unbeweglichen Vermögens, Veröffentlichung der Bilanzen, Vorzugsrecht der Pfandbriefgläubiger bei dem Konkurs der Bank und Kontrolle der Direktoren durch Treuhänder und Inspektoren erlassen.

Noch größere Sicherheit hat man in Deutschland den Pfandbriefinhabern durch Verstaatlichung dieser Art des Bankwesens verleihen wollen. Sie ist jedoch bereits hinreichend gegeben, und irgendein anderes wirtschaftliches Bedürfnis zur Einführung des Staatsbetriebes liegt nicht vor. Im Gegenteil, die Verwaltungskosten würden unter den heutigen Verhältnissen nur ins Unabsehbare erhöht und auf Gläubiger und Schuldner übergewälzt werden. Bei dem Regierungssystem des Parlamentarismus, das sich heute in Europa überall durchgesetzt hat, ist zudem den Parteiinteressen oder einzelnen Abgeordneten, wie das die Erfahrungen in Frankreich, Italien und in Nordamerika lehren, zu viel freie Hand gelassen, einzelnen Klassen und Personen zu schaden oder sie zu begünstigen. 11—12 Milliarden Goldmark eingetragener Hypotheken und entsprechender Pfandbriefe — so lautete 1913 die deutsche Summe — sind eine so wichtige Angelegenheit großer Volkskreise, daß sie so wenig wie möglich von der Politik berührt werden sollten.

Die Kreditbanken, die man früher meist Effektenbanken nannte, betreiben bei uns außer der Emission privater und öffentlicher Effekten und der Umwandlung privater in Aktienunternehmungen Kauf und Verkauf von Wertpapieren für eigene und fremde Rechnung, das

Depositen-, Giro-, Lombard-, Diskonto-, Report-, Kontokorrent-, Rembours-, das Akzeptkreditgeschäft, woran sich noch mancherlei anderes anzuschließen pflegt, das mit der eigentlichen Banktätigkeit direkt nicht viel zu tun hat, wie der gelegentliche Betrieb von Bergwerken, Fabriken, Bahnen und die Terrainspekulation, das wegen der Festlegung von Bankmitteln nicht unbedenklich werden kann.

Diese Banken greifen je nach ihrem Ermessen überall in das wirtschaftliche Leben ein, und auch der deutsche Staat, der seine Schuldtitel heute bei ihnen abzusetzen liebt und sie bei der Steuererhebung unter der Vorschrift des privaten Zwangsdepots benutzt, ist mit ihnen verknüpft. Einer besonderen Gesetzgebung sind die Kreditbanken nicht unterworfen. Es ist für ihre Ausdehnung und die Wahl ihrer Geschäfte die Gewerbefreiheit gestattet, die nur in dem Depotgesetz, dem Handelsgesetzbuch und dem Börsengesetz einige Beschränkungen besitzt, von denen die beiden letzteren allgemeine Regeln umfassen, die auch für andere Berufe gelten, während das erstere auch die Privatbankiers einschließt. Es läßt sich deshalb die Frage aufwerfen, ob den Kreditbanken öffentliche, gesetzliche Pflichten aufzulegen seien, indem man etwa ihre Geschäftstätigkeit umgrenzt, die Bilanzen mehr als bisher der Öffentlichkeit unterstellt und eine Kontrollinstanz einrichtet.

Es ist auch die Verstaatlichung der Institute als wünschenswert bezeichnet worden. Davon scheinen aber selbst die Sozialdemokraten nichts hören zu wollen, mögen sie sagen, daß die Banken für eine Sozialisierung „noch nicht reif“ seien, oder mögen die führenden Bankpersönlichkeiten es verstanden haben, bei ihnen mit ihrem Einfluß durchzudringen. Gegen die Verstaatlichung sprechen vom Standpunkt objektiver Wissenschaftlichkeit dieselben Gründe, die gegen die der Hypothekenbanken geltend gemacht worden sind. Dazu kommt noch ein anderer, der in der Betriebstechnik wurzelt. Die Geld- und Kreditgeschäfte sind in der Zentralleitung so wechselvoll und individualisiert, so der freien Verantwortlichkeit unterworfen, so von der auf- und absteigenden Konjunktur und damit von raschen Entschlüssen abhängig, oft notwendig spekulativer Natur, zwischen In- und Ausland schwankend verteilt, daß sie staatliche Beamte mit ihrer Unterwerfung unter politische Instanzen, mit der Ausschaltung des Gewinninteresses und mit ihrer Bindung an Verwaltungsvorschriften, an ungezählte Bedenken und an die der Bürokratie eigene Starrheit oder Rechthaberei unmöglich bewältigen können. Mögen die Großbetriebe der Gesellschaften im Verkehr mit dem Publikum bei den Massen von Kreditoren und Debitoren heute schon nicht anders als ziemlich schematisch verfahren, so daß

manchem Kunden der beratende und auf die persönlichen Bedürfnisse eingehende Privatbankier lieber sein würde, wenn er nur die nötige Sicherheit böte, mögen die Klagen desselben Publikums über die Schwerfälligkeit der angeschwollenen Verwaltung berechtigt sein, das alles würde noch viel schlimmer werden, wenn diese Banktätigkeit verstaatlicht würde.

Schließlich -- woher sollen die Staatsbeamten genommen werden, die die Geschäfte sachgemäß zu führen hätten? Es wäre einfach eine geschichtliche Notwendigkeit, die Direktoren und Bankangestellten von den Aktiengesellschaften zu übernehmen, wobei man die ersteren arbeitsunlustig gemacht haben würde, indem man ihnen die Freiheit ihrer Funktionen beschnitt, und die zweiten nur anspruchsvoller. Diejenigen Politiker, die sich über eine heutige angebliche Bankokratie aufhalten, können mit dem Staatsbetrieb auch nicht zufriedengestellt werden, da die angebliche politische Einwirkung auf das Volk nur unter einem anderen Namen fortbestände.

Banken und Wertpapierbörsen werden oft zusammengenannt, wenn von Geldmacht, großen Konjunkturgewinnen und Spekulationen die Rede ist. Freilich halten beide bestimmte Beziehungen zueinander. Die von ersteren ausgegebenen Effekten werden, soweit die Kundschaft nicht direkt damit versorgt wird, an den zweiten zum Handel gebracht, und außerdem kaufen und verkaufen jene für eigene und fremde Rechnung an diesen und kreditieren Privaten zu Spekulationen.

Begrifflich sind beide etwas ganz Verschiedenes, die Banken sind Unternehmungen, die Börsen Märkte, auf denen Effekten, Wechsel und Geldsorten gehandelt werden, wenn auch nicht in Abrede zu stellen ist, daß die ersteren in der neueren Zeit insofern eine Art Markt in sich eingebaut haben, als sie die vielen bei ihnen einlaufenden Kaufs- und Verkaufsanträge gegeneinander kompensieren und beide Gruppen befriedigen.

Die geschichtliche Entwicklung von Großbanken und Wertpapierbörsen läuft in Deutschland in der Weise parallel, als sie gemeinsam in der ersten großen allgemeinen Aufschwungsperiode, die zu der Krise von 1857 führte, ihre Existenz auf bereits breiter Grundlage zu beweisen unternahmen, beide in den 60er Jahren weiter wuchsen, in der Gründerzeit vor 1873 mächtig ins Kraut schossen und späterhin allen großen Konjunkturen gemäß sich ausdehnten oder zusammenzogen.

Ein Unterschied bestand aber darin, daß die Großbanken bedacht und vorsichtig geleitet wurden und alle wirtschaftlichen und politischen Stürme bis jetzt überstanden haben, während die Börse als ein viel-

köpfiges Konkurrenzchaos dem Taumel der Hausse wie der Panik verfiel, in sich neben ehrenhaften auch bedenkliche, schwer zu eliminierende Existenzen barg und zu einer Spielmaschinerie entarten konnte, die moralisch und volkswirtschaftlich verwerflich war. Es ist daher begreiflich, daß die Reichsregierung an der Forderung einer besonderen Börsengesetzgebung nicht vorbeigehen konnte, die freilich erst 1896, 25 Jahre zu spät kam und zuerst so wenig genügte, daß sie in einer Reihe von unpraktischen Bestimmungen revidiert werden mußte.

Diejenigen, die nicht müde werden, alle Schattenseiten des Wirtschaftslebens unserer Tage dem Kapitalismus in die Schuhe zu schieben, gewissermaßen einem gefräßigen Ungeheuer, das sich in der Volkswirtschaft festgesetzt habe, diese hin- und herzerre und aufzehre, bis es an Überernährung platze, verschwenden ihre marxistischen Spitzfindigkeiten an einem selbstkonstruierten Phantom.

Wo der Verkehr in der Geschichte zu einer umfassenden Geldwirtschaft übergegangen ist, hat es auch an Mißbrauch dieser an sich segensreichen Einrichtung nicht gefehlt, wo Riesenvermögen Privater vorhanden waren, blieb auch die Korruption nicht aus, der Mittelstand in den Städten wurde ausgewuchert, und die Bauernschaft ist oft genug von dem beweglichen Besitz aufgesogen worden. Das alte Griechenland, wie Rom, die Renaissancezeit und das 17. Jahrhundert in Italien und Spanien bringen Beispiele genug, die denen der Neuzeit an zerstörender Kraft nicht nachstehen, wenn auch heute eine vollendetere Technik der Erfassung von Kapitalswerten vorhanden sein mag und die Vorgänge zahlenmäßig belegt werden können.

Die wirtschaftliche Spekulation ist das Ausdenken und Ausführen eines Planes in der Verkehrswirtschaft, einen Gewinn zu machen. Sie lehnt sich an eine gegebene Konjunktur an und rechnet mit einer veränderten zukünftigen. Diese Veränderung kann unabhängig von der Tätigkeit des Spekulanten durch natürliche, politische und technische Ereignisse eintreten, und dann entscheidet seine Fähigkeit, sie vorauszusehen — oder sie wird künstlich von ihm geschaffen.

Als man dem griechischen Weltweisen Thales aus Milet wegen seiner Armut vorwarf, wie unnützlich die Philosophie sei, so soll er mittelst der Astrologie eine ergiebige Olivenernte voraussehend noch vor Ablauf des Winters, als er gerade einiges Geld hatte, auf alle Ölpresen in Milet und Chios Handgeld gegeben haben. Er pachtete sie nun um ein geringes, da niemand ihn überbot. Als aber der rechte Zeitpunkt eingetreten war, kam auf einmal eine starke Nachfrage, infolge deren er zu einem Preise, den er beliebig stellte, wieder verpachtete und so

durch Einziehung eines bedeutenden Gewinnes den Beweis führte, daß — wie Aristoteles hinzufügt, dem wir diese Anekdote entnehmen¹⁾, auch die Philosophen, wenn sie wollen, sich mit leichter Mühe bereichern können, nur sei der Reichtum nicht das Ziel ihrer geistigen Bestrebungen.

Die meisten Philosophen haben die dem Thales zugeschriebene Geschicklichkeit indessen wohl kaum besessen, wenigstens waren es in der Regel nicht die genialen Erfinder, die die wirtschaftlichen Früchte ihrer Einsicht gepflückt haben, sondern andere Leute, die sich durch ihr spekulatives Talent auszeichneten.

Die heutige Baumwoll-, Getreide-, Tabak- und Seidenspekulation ist durch die meteorologischen Berichte bedingt. Doch sind die Wetterpropheten von der langen Voraussicht des Thales weit entfernt. Daher heißt es für sie rasch kaufen oder verkaufen unter künftiger Lieferung, wenn die Wintersaat am Boden zu erfrieren droht, oder wenn die Maulbeerbäume vor dem Frost bewahrt geblieben sind.

Aristoteles erwähnt auch noch einen anderen Mann, der die Konjunktur selbst gemacht hat. In Sizilien zur Zeit des Dionysius kaufte einmal jemand, bei dem Gelder niedergelegt waren, alles Eisen aus den Eisenhütten auf; und als nun aus den Handelsplätzen die Käufer zu ihm kamen, verkaufte er allein mit einer unbedeutenden Preiserhöhung. Gleichwohl gewann er auf 50 Talente hundert.

Aristoteles bemerkt dazu, daß sich für Staatsmänner die Kenntnisse dieser Verhältnisse als nützlich erzeigten. Denn viele Staaten seien auf Spekulationen und auf derartige Hilfsquellen angewiesen ebenso wie die Familien und noch in höherem Grade als diese, daher denn auch die Tätigkeit mancher Staatsverwalter hierauf ausschließlich gerichtet sei.

Übrigens haben die Alten die moralisch zulässige und die verwerfliche Spekulation sehr wohl unterschieden. Als Solon²⁾ einigen vertrauten Freunden eröffnet hatte, daß er bei seinen Reformen den Grundbesitz nicht anzutasten, doch die Schulden aufzuheben gesonnen sei, nahmen diese eine Menge Geldes, der Bekanntmachung vorausgehend, von Reichen auf und kauften sich damit große Landgüter zusammen, die sie dann im Besitz behielten, ohne den Gläubigern das Geld zurückzuerstatten. Sie wurden öffentlich gezeichnet und nie anders als „die Schulddiebe“ genannt.

Auch heutzutage versteht man sehr genau, die moralische Qualifikation der Spekulation abzuwägen. Wie Bismarck über für ihre Pri-

1) Politik, deutsch von C. und A. Stahr, 1860. S. 108.

2) Plutarchs Werke, deutsch von Klaiber, 1827. I., S. 244.

vatkasse spekulierende Diplomaten und Staatsmänner urteilte, kann man in den Gesprächen nachlesen, die Moritz Busch aufbewahrt hat.¹⁾ Auch an der Börse kennt man die Grenze des Erlaubten genau, wenn auch nach ihr keineswegs immer gehandelt wird, und gerade deshalb.

Die Nationalökonomie interessiert besonders die Frage, wann eine privatwirtschaftliche Spekulation des Unternehmers eine volkswirtschaftlich nutzbringende oder schädliche Wirkung hervorbringt. Wenn das Geschäft dazu dient, die Verbraucher reichlich und andauernd zu versorgen, so wird es nur gelobt, z. B. wenn vor Ausbruch eines Krieges große Mengen von Getreide eingekauft und später, wenn auch mit Gewinn, dem Volk zu erträglichen Preisen zugeführt werden. Anders hat es allerdings Josef in Ägyptenland gemacht. Als er in den sieben fetten Jahren Pharaos Kornspeicher gefüllt hatte, und nun die sieben mageren kamen, begegnete er zwar der Hungersnot, nahm aber dem Volk erst alles Geld, dann alles Vieh und schließlich das Land ab und machte die Bewohner zu Bodenzinspflichtigen des Königs.²⁾

Gegen eine solche Auswucherung ist ein Getreidecorner an der Chikagoer Produktenbörse ein Kinderspiel. Dabei kommt es dem Großspekulanten nur darauf an, die kleinen Mitbewerber zu erdrosseln. Diese haben zu einem bestimmten, schon gestiegenen Preis jenem zu liefern versprochen in der Meinung, daß die Preise bald sinken werden. Aber durch die unerwartete Aufkäuferie sind die Preise weiter nach oben gegangen. Nun wollen die zur Lieferung Verpflichteten sich durch Differenzzahlung in Geld von der Lieferung befreien. Allein der Käufer besteht auf seinem Schein und verlangt Ware, die nicht zu beschaffen ist, so daß der Preis rasch ins Phantastische steigt.

Ruiniert hierbei ein gewissenloser Plusmacher eine Anzahl von Spielern, so pflegt dem niemand eine Träne nachzuweinen. Als Louis Philippe, König von Frankreich, politische Unruhen inszenieren und selbst einmal sein Ableben nach Brüssel telegraphieren ließ, um französische Renten à la baisse zu kaufen, so war das nicht anständig, aber die hereingefallene Gegenpartei, die auch mühelos ihr Geschäft machen wollte, wurde wegen ihrer Dummheit ausgelacht.

Etwas anderes ist es, wenn die reellen Kaufleute, deren Spekulation den Markt regelmäßig versorgen soll, unter Durchkreuzung ihrer Pläne durch unlautere Machenschaften zu leiden haben. Ebenso schlimm ist es, wenn hernach die Verbraucher monopolistisch ausgebeutet werden.

1) Unser Reichskanzler, Studium zu einem Charakterbilde. 1884. B. I., S. 282.

2) Genesis. Kap. 41 u. 47, die nicht in Widerspruch miteinander stehen.

Dann bereichern sich einzelne auf Kosten der Gesamtheit, ohne ihr etwas als Gegengabe geboten zu haben.

Unter den Zuständen der heute so ausgebreiteten Weltwirtschaft pflegen Monopolisierungen auf den Waren-, Effekten- und Geldmärkten oft, man kann sagen meist, zu scheitern, und das Publikum kommt mit einem blauen Auge davon. Je umfassender die Konkurrenz ist, welche Bank- und Börsenmenschen national und international trifft, um so weniger kann man von einer Gefahr von ihrer Seite reden. Andererseits ist von dem Einzelstaat die international organisierte Geldmacht nicht zu fassen, die große Bedenken für alle Völker heraufbeschwören würde, wenn sie sich zu einer Einheit verschmolzen hätte.

VIII. DIE EINKOMMENVERTEILUNG. DIE LIBERALE VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE

Die Güterherstellung ist die Voraussetzung des Einkommens. Ihre Form der Zusammenfassung von Naturkraft, Arbeit und produzierten Produktionsmitteln ist nur historisch zu begreifen: In der planmäßig geordneten und eingerichteten Eigenwirtschaft werden auf einem Landgut die Rohstoffe, Hilfsstoffe, Arbeitsräume, Werkzeuge, Behälter, Wagen usw. von dem Wirtschaftler selbst hergestellt, und nur das wird zur Produktion von außen bezogen, was er unbedingt nicht zu leisten vermag. In der ländlich-städtischen Betriebsart versorgen sich die Handwerker z. B. mit Holz, Häuten, Wolle, Flachs, Hanf aus der Umgebung ihres Wohnorts, mit Kupfer, Eisen, Blei aus den nächsten Hüttenwerken, mit Werkzeugen, Maschinen, Halbfabrikaten von den städtischen Nachbarn. Die Landleute bleiben in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit selbständiger. Ihr Einkauf in der Stadt ist mehr auf fertige Verbrauchsgüter als auf solche zur Produktion gerichtet. Sie entnehmen ihre Rohstoffe durchweg dem eigenen Boden, stellen noch viele Hilfsmittel zur Arbeit selbst her und reparieren sie selbst, bauen ihr Heim, ihren Gartenzaun, ihr Fuhrwerk und nehmen höchstens den Dorfschmied zur Unterstützung. Die eigentliche, heutige volks- und weltwirtschaftliche Tätigkeit ist hingegen ganz verkehrsmäßig gegliedert. Eine Baumwollspinnerei läßt die Baumwolle aus Nordamerika, die Spinnmaschinen aus England, die Dampfmaschine aus Deutschland, die Steinkohlen aus dem ihr bequem zugänglichen Bergwerk kommen. Von einem besonderen Bauunternehmer ist das Fabrikgebäude aufgeführt worden, dessen Balken, Backsteine, Fensterrahmen, Türen, Glasscheiben, Fußböden, Kalkbewurf und Anstrich aus besonderen Unternehmungen herkommen. Der Produktions-

prozeß der Garne beginnt mit der Beschaffung einer Geldsumme. Alle ihm dienlichen Mittel werden mit Geld eingekauft, dann folgt die Verarbeitung, bis die Waren verkaufsfähig sind, die wieder in Geld zurückverwandelt werden, so daß der Kreislauf von neuem beginnen kann. Was nach der Reparatur und dem Ersatz aller Produktionsmittel vorhanden ist, kann dem Verbrauch zufließen.

Das Einkommen ist derjenige Güterbetrag, der einer Konsumenteneinheit zur Verfügung steht, von ihr verbraucht oder auch teilweise zu einem neuen Produktionsmittel gemacht wird.¹⁾ Diese subjektive Einheit ist in der Regel heutzutage die Familie. Sie kann auch ein familienloser einzelner sein oder eine größere Gruppe als die heutige Familie, z. B. die südslawische Hauskommunion oder der oben besprochene Kommunistenverein. Wir können auch ein Volk als eine solche Einheit auffassen, in der wir alle Einkommen seiner Bürger summiert denken.

Eine Einzelwirtschaft ist etwas Objektives, eine Einrichtung, in der ein Ertrag erzielt wird. Sie kann als solche kein Einkommen haben, da sie nicht der Verbraucher ist. Sehr viele Verbraucherefamilien decken sich zwar mit einer gleichen Zahl der Einzelwirtschaften, daher man die Begriffe leicht zusammenwirft. Es gibt aber Einzelwirtschaften, z. B. eine Aktiengesellschaft, die ihren Ertrag auf viele Verbraucher verteilen, und Verbraucher, die aus vielen Einzelwirtschaften Ertragsquoten zusammenziehen, um zu ihrem Einkommen zu gelangen.

In einer nach außen abgeschlossenen Eigenproduktion ist der Güterbetrag natural zum Verbrauch gegeben. In der Geldwirtschaft ist Kauf und Verkauf zunächst erforderlich und das Naturaleinkommen wird zum Geldeinkommen umgedeutet. Die Preisgestaltung wird für die Beurteilung des Einkommens zum Verbrauch jetzt wichtig. Sagen wir, zehn Produzenten produzieren je für 1000 Mk. Waren und jeder verkauft $\frac{9}{10}$ davon in gleichen Teilen zu den Gestehungskosten an die andern. Dann fällt im allgemeinen die selbstproduzierte mit der eingetauschten Größe zusammen, und niemand wird sich benachteiligt fühlen. In der Wirklichkeit ist aber die Preisschwankung die Regel. Der eine verkauft besser als der andere, so daß einige sich begünstigt, andere sich geschädigt fühlen, wenn die aufgewandten Kosten zum Maßstab genommen werden. Daraus folgt nun eine entsprechend verschiedene Konsumtionsmöglichkeit. Nehmen wir einen extremen Fall. Einer der zehn Produzenten erreicht durch ein rechtliches Monopol, daß er nur

1) S. o. A. 4. S. 18.

$\frac{1}{20}$ seines Produkts für $\frac{1}{10}$ des Produkts der andern hergibt. Somit ist das Einkommen dieser neun entsprechend geschmälert, des einen erheblich vermehrt. Oder gehen wir einmal von dem heutigen Zustand der Papiergeldwirtschaft in Deutschland aus. Ein Beamter bezieht ein Gehalt von 20 000 Mk., das sein Einkommen ist. Er kann es nicht erhöhen in der Zeit, in der eine Inflation die Preise auf das Zehnfache hinauftreibt. Resultat, sein Einkommen ist auf $\frac{1}{10}$ gesunken, da er nur mit dem Gehalt $\frac{1}{10}$ der naturalen Güter einkaufen kann wie früher. Oder eine Arbeiterschaft hat den durchschnittlichen festen Tagelohn von 10 Mk. in Gold. Nun wird durch verbesserte Technik das gesamte für den Arbeiterkonsum tätige Bekleidungs-gewerbe gehoben, und alle Preise in ihm sinken. So wird eine Einkommenserhöhung für die Arbeiter, vielleicht $\frac{1}{20}$ — $\frac{1}{30}$ eintreten.

Man sieht, wie die Preisgestaltung in die Verteilung des Einkommens, an der Konsummöglichkeit gemessen, eingreift. Die Verteilung ist damit aber nur von einer Seite beleuchtet worden.

Das Volkseinkommen wird in der Volkswirtschaft durch das Zusammenwirken von Menschen produziert, die dabei in sehr verschiedener Weise beteiligt sind.¹⁾ Seine Höhe wird zugleich von zahlreichen Faktoren aus bestimmt, die z. B. gar nicht geldmäßig in ihrer Wirksamkeit abzuschätzen sind, wie von der Rechtssicherheit, der Stärke der Regierung gegen das Ausland, einer zuverlässigen Geld- und Kreditverfassung, von der Organisation der Betriebe, des Transports, des Absatzes, von sozialpolitischen und hygienischen Maßnahmen.

Wenn ein Jahr für die Landwirtschaft gute Witterung bringt, so steigt das Volksnaturaleinkommen. Man sagt dann, die Natur habe unentgeltlich dabei mitgeholfen. Es gibt andere Produktivkräfte als das Wetter, die von jedem gegen geringe Gegengabe ausgenutzt werden können. Eine gute öffentliche Verwaltung mag in den Steuern einen ökonomischen Gegenwert besitzen. Was sie dem Volke kostet, kann nur wenig sein im Vergleich zu dem, was sie im Wirtschaftsleben leistet. Oder mag der Erfinder einer Maschine ein Patent ausnutzen und sie teuer verkaufen, der Käufer kann mit ihr eine Einnahme erzielen, die weit über die Verzinsungs- und Amortisationskosten hinausgeht. Die Eisenbahnen lassen sich den Transport bezahlen, aber denken wir,

1) K. Marx spricht statt dessen in seinem „Kapital“ von dem Produktions- und Zirkulationsprozeß des Kapitals. Die Menschen werden dabei ihrer Selbstbestimmung entkleidet und zu Marionetten eines sozialen Mechanismus gemacht. Eine abstrakte soziologische „Entwicklung“ wird in die Stelle der lebenswahren „Geschichte“ substituiert.

wie sie z. B. das rheinisch-westfälische oder schlesische Industriegebiet in 70 Jahren entwickelt haben, so war die Frachtzahlung nur ein geringer Satz gegenüber dem, was im ganzen durch den Fernverkehr gewonnen wurde.

Die Verteilung des Einkommens können wir nur bei denjenigen Menschen nachweisen, die unmittelbar an der Produktion beteiligt waren. Wir fassen sie als Gruppen zusammen, womit die Angelegenheit eine soziale geworden ist, weil sie als solche in der Öffentlichkeit hervortreten. Einen Teil nehmen Staat und Gemeinde für die Beamtenbesoldung vorweg. Der Steuerbetrag für die Verwaltung wird nicht nach deren Produktivität bemessen. Das ist unmöglich. Vielmehr ist das Prinzip einer geordneten Finanzwirtschaft, daß jeder Pflichtige nach seinen Kräften zu steuern habe, da jeder nach Bedürfnissen an den Ergebnissen der Gesamtverwaltung teilnimmt. Wo der Staat einen speziellen, meßbaren Vorteil jemandem durch seine Tätigkeit gewährt, sind Sonderabgaben daneben angebracht.

Die unmittelbaren Einkommensbezieher sind die Arbeiter geistiger und körperlicher Art und die Besitzer beweglichen und unbeweglichen Vermögens, das bei der Produktion gebraucht wird. Unternehmer, Erfinder, Organisatoren, Geschäftsleiter, Vorarbeiter, ausführende Arbeiter wirken gemeinsam zusammen, und jede Spezialtätigkeit ist unlösbar verbunden mit jeder des andern, ebenso wie die Mitwirkung des Besitzes, die jedes Arbeiters Kraft, wenn auch oft sehr verschieden, potenziert, sich nur aus dem Ganzen ergibt. Keine der vielen Leistungen ist an Teilen des gemeinsamen Produkts direkt und sicher meßbar.

Die Grundlage dessen, was der Arbeiter jeder Art erhält, ist die Zuweisung nach dem Bedürfnis, nach der historisch gegebenen Lebenshaltung. Die Forderung des vollen Arbeitsertrags ist etwas Unlogisches, da es nur einen Produktionsertrag gibt, an dem die Arbeiter zwar mitgeholfen haben, aber in welcher Weise, das ist am Produkt, dem einzig sichtbaren Objekt der Endproduktion, ziffernmäßig nicht zu ermitteln.

Die Lebenshaltung ist auch die Basis für die Gehälter der Beamten öffentlichen Rechts, weil auch hier ein anderes Prinzip nicht angewandt werden kann. Durch den gesamten Aufbau der Beamtenschaft ist bekanntlich in Deutschland ein Strich gezogen. Wir haben die unteren Beamten und die mit höherer Vorbildung. Letzteren wird eine höhere Lebenshaltung schon deshalb zugestanden, weil sie aus solchen Familien in der Regel entstammen, die den Aufwand der Ausbildung bestreiten konnten, den sie auch auf ihre Kinder übertragen sollen. In dem System des Parlamentarismus gibt es noch die Sonderklasse der aus den

Parteien entnommenen Beamten. Sie gehen nicht notwendig aus den höheren, vorgebildeten Klassen hervor, stehen aber wenigstens in nicht revolutionären Zeiten ihrer Lebenshaltung nach denselben nahe. Von der unteren in die obere Gruppe kann der Beamte nur im Wege der politischen Laufbahn gelangen.

Der Beamte steigt unter normalen Verhältnissen in der Gruppe unter und über den Strich mit dem Alter, mit dem ihm mehr Weisheit, aber auch höhere Bedürfnisse zugesprochen werden, oder auch unter der Voraussetzung individueller Fähigkeit, hier gemäß der sozialen Tatsache der Selektion früher, zu höherem Gehalt empor. Man erwartet von dem Avancierten, daß er entsprechend mehr leistet. Was er reell für das Ganze hervorbringt, ist auch hier niemals aus seinem guten Willen oder aus seinem Talent allein abzumessen. Ein Esel, der ein Wasserversorgungswerk treibt, kann mehr Nutzen bringen als ein Rennpferd, das gleichzeitig auf der Straße spazieren geführt wird.

Wir haben in der wirtschaftlichen Arbeiterschaft die große Masse der gelernten und ungelernten Lohnempfänger und der sogenannten Angestellten und ihnen gegenüber die verhältnismäßig kleine Gruppe der Direktoren, Geschäftsleiter, Unternehmer, oder wie diese die Arbeit disponierenden oder den Produktionsplan aussinnenden Leute heißen mögen. Aus der Unterschicht ist der Sprung in die obere prinzipiell immer möglich, wenn er auch in einer ausgebildeten, stillstehenden oder nur langsam fortschreitenden Volkswirtschaft nur wenigen gelingt. In den jungen von Nordeuropäern besiedelten amerikanischen Staaten im 19. Jahrhundert gelang die erfolgreiche Auslese nach oben verhältnismäßig vielen im Vergleich zu Europa, wenn auch der Konkurrenzkampf dabei unerbittlich streng und rücksichtslos geführt wurde. Bei der Umwälzung der deutschen Volkswirtschaft im Weltkrieg und nach ihm sind vergleichsweise zu der Periode von 1890—1914 viele von der proletarischen zur besitzenden Klasse übergegangen, woneben der umgekehrte Vorgang sich jedoch gleichzeitig vollzog. In diesem Aufstieg mögen kleine und kleinste Geschäftsleute mehr angetroffen worden sein als eigentliche Lohnarbeiter, aber auch von diesen haben sich manche, vor allem die politischen und sozialen Arbeiterführer die Verhältnisse zunutze gemacht.

Der Lohnarbeiter steht ungünstiger da als der Beamte, da das automatische Aufrücken zu höherem Lohn mit den zunehmenden Jahren in der Regel nicht stattfindet. Das läßt sich so erklären: Bei der geistigen Arbeit der Beamten setzt man im allgemeinen eine dauernde, aus der Erfahrung gewonnene Steigerung der Dienstfähigkeit bis zum fortge-

schrrittenen Alter voraus, was bei dem Arbeiter mit einer vorwiegend körperlichen Arbeit nicht oder selten so ist, außerdem daß auch die Bedürfnisse der Lebenshaltung gestiegen sind. Da die Bedürfnisse des Arbeiters mit den Jahren ebenfalls wachsen, ist die Unveränderlichkeit des Lohnes nicht billig. Gerade hier ist für die Arbeiterpolitik ein dankbares Feld der Reform eröffnet.¹⁾

Die Lebenshaltung der Arbeiter hängt in ihrer Höhe von dem Reichtum der Nation ab und davon, ob das Wirtschaftsleben voranschreitet oder zurückgeht. Wenn daher der Lohn niedrig ist, so liegt der Grund nicht in dem Grundsatz seiner Bemessung, der auch in einem sozialistischen oder kommunistischen Gemeinwesen nicht beseitigt werden könnte, falls es überhaupt entwicklungsfähig sein wollte.²⁾

Der Wert der Arbeitsleistung wird wie jeder andere wirtschaftliche Wert durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage jeweilig bestimmt. In einer aufsteigenden Volkswirtschaft läuft die Nachfrage dem Angebot an Arbeit dauernd voraus. Damit macht die Lebenshaltung einen historischen Prozeß der Steigerung durch. Die wachsende Produktivität, die das Volkseinkommen hebt, erfaßt auch den Lohn, was schneller oder langsamer vor sich gehen kann, je nachdem die Arbeiter vereinigt und organisiert den ihnen möglichen Anteil geltend zu machen wissen. Denn zeitweise kann dieser ihnen vorenthalten sein, wie das die Geschichte lehrt.

In der auf dem Privateigentum stehenden Volkswirtschaft gehört das Produkt dem Wirtschaftler, das mit seinen Mitteln und seinen gemieteten Arbeitern hergestellt worden ist. Er bezieht als Unternehmer nach Deckung der Kosten, einschließlich des Lohnes, einen Überschuß, den Gewinn, den er auf die Summe der gesamten benutzten Wirtschaftsmittel in Prozenten verrechnet. Bei geringer Produktivität, bei schlechter Wirtschaft, bei Unglücksfällen bleibt der Gewinn aus. In der Regel ist er jedoch vorhanden. Denn wenn der Lohn so hoch stiege, daß kein Gewinn mehr übrig wäre, so würde die individualistische Produktion aufhören. Somit ist für den Arbeitslohn ein Maximum gegeben. Der Arbeitgeber kann nur soviel von dem erzielbaren Gesamt-

1) Die Bedürfnisse der Beamtenfamilie steigen mit dem Alter mehr als die in der Arbeiterschaft. Denn ein Beamter hat oft Zuschüsse seinen Söhnen bis zum 30. Jahre zu geben, bis sie ein volles Dienst Einkommen haben. Ein Arbeitersohn verdient schon mit dem 18. Jahre ganz gut. Wollte man nach sozialistischem Prinzip Beamte und Handarbeiter gleich entlohnen, so würde man alsbald keine vorgebildeten Beamten mehr ernennen können.

2) Rußland hat die Ungleichheit der Gehälter nicht aufgegeben.

einkommen als Lohn abgeben, daß ihm ein solcher Gewinn bleibt, um davon als Konsument und Produzent existieren zu können, bzw. die Zinsen und Renten für geliehenes Geld und gepachtetes Land zu entrichten. Er entläßt die Arbeiter, wenn sie sich dieser ökonomischen Notwendigkeit nicht fügen. Dann setzt die Arbeitslosigkeit den Lohn bis zu dem möglichen Satz herunter. Wäre der Unternehmer mit Gewalt gezwungen, mit übernormalen Lohnsätzen fortzuproduzieren, so würde der Betrieb zusammenbrechen, und ein anderes Wirtschaftssystem müßte an die Stelle des heutigen treten. Ein solches ist aber noch nicht gefunden worden und läßt sich auch unter den gegebenen sonstigen volkswirtschaftlichen Zuständen und den vorhandenen Menschen nicht entdecken, wie das u. a. vier Jahre russischer Versuche erwiesen haben.

Auch die Oneidakommunisten erzielten einen je nach der Produktivität bemessenen Überschuß über die eigene Lebenshaltung hinaus, und stellten sie Arbeiter an, einen um so größeren, vorausgesetzt, daß durch die Lohnarbeit die Produktivität gehoben wurde. Der Gewinn war auch bei dem mittelalterlichen Handwerker gegeben. Er wurde auch hier größer, je mehr der Betrieb durch Gesellen und Lehrlinge ausgedehnt wurde, wogegen sich die Zunftverfassung sträubte. Aber auch unter dieser Schranke kam ihm in jedem Einkauf an Rohstoffen oder jeder verbesserten Technik ein Gewinn zugute. Auf ein höheres Niveau stieg der Gewinn mit der Manufaktur und der Hausindustrie der ihn von jeher kennenden Kaufleute.

Ob die Arbeiter imstande waren, die für sie möglichen Einkommensanteile sich anzueignen oder nicht, unter den wechselvollen Konjunkturen des Warenmarktes, der Übermacht der Fabrikanten und Verleger und der hergebrachten Genügsamkeit, bildet den Inhalt der sozialen Industriegeschichte durch mehr als hundert Jahre.

Der Gewinn haftet also am Eigentum des Produktionsmittels und ist ebenso wie dieses begrifflich unzerstörbar. Er muß in der heutigen Kreditwirtschaft auch den Zins für das geliehene, produktiv angelegte Geld einbringen. Der Zins scheint so alt wie das Geld zu sein, jedenfalls treffen wir ihn in Griechenland und Rom in den Anfängen der Geldwirtschaft schon an. Die Geschichte des Zinsfußes ist ein Stück Sozialgeschichte im Altertum und Mittelalter unter dem Konflikt von Schuldner und Gläubiger. Zinsverbote wurden meist nicht eingehalten oder wurden umgangen. Der Zins bleibt notwendig, solange das Eigentum an Geld fortbesteht. Denn unter allen Umständen ist das Darlehen ein Risiko, da alle Sicherungen prekär sind. Das es sichernde Grund-

eigentum kann in Revolutionen in andere Hände gelangen, womit die Hypothekenrechte hinfällig werden können, oder die Haftung des Kaufmanns von Venedig mit seinem Leben für das Darlehen ist dem Shylock nichts, wenn jener sich umbringt. Ferner ist der Zins in dem Wesen des Kredites begründet. Das Darlehen ist daraus entstanden, daß der Bedürftige sich anders kein Geld beschaffen kann. Durch den Kredit geht das Geld in die Hand dessen, in der es den größeren Nutzen gewährt. Das gilt für das Konsumtions- wie das Produktionsdarlehen. Ein armer, aber genialer Unternehmer wird z. B. durch ein solches in die Lage versetzt, seine Ideen auszuführen und den Wohlstand des Landes zu heben. Will der Schuldner Geld zur Nutzung haben, so hat er dafür etwas zu leisten, weil der Gläubiger mit der Hingabe auf seine Macht verzichtet. Wie der warenbedürftige Käufer einen Preiszuschlag bewilligt, so steht auch der Schuldner unter dem Zwang der Nachfrage, und ein Gläubiger ist im ökonomischen Leben in der Regel ebensowenig altruistisch wie ein Verkäufer. Die Gegner der Zinszulässigkeit wenden sich gegen die Dauer der Zinszahlung, da das Darlehen eine dauernde Nutzung oft nicht verbürge. Damit ist jedoch nur das Konsumtionsdarlehen angefochten, nicht dasjenige, das zur Güterherstellung dient, z. B. wenn jemand mit der geliehenen Summe ein Landgut kauft. Allein die Beurteilung der Darlehns motive lehnt der Gläubiger mit Recht ab, da die Kontrolle der Verwendung ihm höchstens ausnahmsweise möglich ist. Hält man Kreditwirtschaft und Eigentum für geboten, so wird man auch den Zins nicht beseitigen können. Etwas anderes ist der Eingriff in die Höhe des Zinsfußes und die Bekämpfung des Wuchers mit gesetzlichen Mitteln.

Ebenso wird man sagen: Ist der Gewinn eine Notwendigkeit, so ist damit nicht zugegeben, daß dem produktiven Eigentum keine weiteren sozialen Pflichten obliegen als die Durchführung der Produktion und die Lohnzahlung nach der Lebenshaltung der Arbeiter. Da das Arbeitseinkommen nur in beschränktem Maße, jedenfalls nicht in befriedigender Weise für die Volkswirtschaft vermögenbildend ist, so ist die erforderliche, unter der Vermehrung der Bevölkerung und Steigerung der Bedürfnisse stehende Erweiterung des Vermögens den Besitzenden aufzugeben, eine Vorschrift, die sie auch erfüllen, wenn das Ersparte als Eigentum garantiert ist. Die persönliche Gewinnverschwendung ist antisozial. Mit der Gesetzgebung kann man ihr schwerlich entgegenwirken. Die Mäßigung ist den Individuen zu überlassen unter dem Drucke der Sitte und der öffentlichen Meinung.

Diejenige Nationalökonomie, die auf A. Smith zurückgeht, hat die

Einkommensverteilung auf feste Gesetze zurückgeführt. Sie haftet an objektiven, vorwiegend materiellen Vorkommnissen, die zu erkennen ein Fortschritt war, die aber ergänzt werden mußten, sobald der Gegenstand der Untersuchung die geschichtlich gegebenen Menschen in ihrer Gesamtumgebung und mit ihrer vollen psychischen Beschaffenheit wurden. Die Smithschen Lehren wurden, um nur einige Namen zu nennen, in England durch Malthus, Ricardo, Mill, in Deutschland durch Thünen, Hermann, Marx, Rodbertus, in Frankreich durch Say, in Amerika durch Carey weitergebildet.

Diese Theorie der Einkommensverteilung geht von einem gegebenen Zustand der Dinge aus, den sie als unveränderliches Forschungsfeld ansetzt. Daher trägt sie den Charakter des Absoluten, wenn sie auch nicht umhin kann, einige Faktoren der Beweglichkeit — unkonsequenterweise — einzufügen, die als immer wiederkehrend gedacht werden und nur als ein erläuterndes Hilfsmittel erscheinen, wie die Zunahme der Bevölkerung, neue technische Erfindungen, veränderte Absatzmärkte.

Am eingehendsten werden der Lohn, der Gewinn des kapitalistischen Geschäftsmannes und die Rente des ländlichen Grundbesitzers analysiert. Die Höhe des Arbeitslohnes ist das Existenzminimum, d. h. eine sehr dürftige Lebenshaltung der Arbeiterfamilie, das aber, obwohl als herkömmlich gedacht, als weiter veränderlich kaum beachtet wird. Der Lohn steht unter der Konkurrenz und unter Angebot und Nachfrage. Seine Schwankungen gleichen sich stets aus. Steigt er über die Untergrenze, so wächst die Arbeiterbevölkerung unter der Tendenz des menschlichen Vermehrungstriebes und drückt ihn durch ihr Mehrangebot herab; sinkt er darunter, so wird die Lohnarbeiterschaft dezimiert, und die Nachfrage nach Arbeit, die durch diesen Vorgang nicht als berührt gedacht wird, hebt ihn wieder auf sein früheres Maß.

Nun tritt der Landeigentümer auf, der, wenn Pächter den Boden bewirtschaften, eine Rente von diesen einzieht oder als Selbstbebauer sie für sich einbehält. Die Rente wächst mit dem Steigen der Bevölkerung, entsprechend den erhöhten Getreidepreisen. Land ist von Natur nur in beschränkter Menge vorhanden. Je mehr Lebensmittel erforderlich sind, um so weniger fruchtbare oder um so weiter vom Markt entferntere Landstücke müssen herangezogen werden, während die schon bebauten intensiver behandelt werden. Die Kosten der notwendigen Lieferungen steigen und damit die Preise der landwirtschaftlichen Produkte. Diese Monopolgestaltung ist die Quelle der Grundrente. Die Rente ist ein Differenzialeinkommen. Denn die Produktion erfolgt örtlich zu verschiedenen Kosten, während der Preis auf dem Markt ein-

heitlich ist. Je größer die Differenz zwischen Kosten und Preisen ist, um so höher ist für den Begünstigsten das Extraeinkommen.

Diese Lehre ist nicht ganz frei von einem inneren Widerspruch. Das Steigen der Bevölkerung treibt den Getreidepreis hinauf, aber wie können mehr Menschen zur Nachfrage da sein, wenn nicht mehr Nahrungsmittel ihnen zu ihrer Vermehrung zur Verfügung stehen? Verdichtet sich die Bevölkerung bei unveränderter Getreidezufuhr, so muß der Überschuß über die Erhaltungsmöglichkeit alsbald fortsterben. Wie kann sie es so lange aushalten, bis auf schlechtem Boden oder in größerer Entfernung vom Markt die Landwirtschaft vorbereitet worden ist, deren Ernten doch erst später zu erwarten sind?¹⁾

Das Ergebnis für die Verteilung des gesamten Einkommens ist also unverbrüchlich festgelegt: Die Rente steigt mit der Volkszahl, der Lohn bleibt qualitativ das Existenzminimum, ist aber dem Wert nach oder in Geld ausgedrückt mit den Lebensmittelpreisen hinaufgegangen. Der Gewinn ist mit dem Steigen der Rente in mehrfacher Weise verringert, erstens weil der Geldlohn als Kostenauslage mehr erfordert, zweitens weil der Unternehmer einen Standort für sein Gewerbe gebraucht, der teurer geworden ist, drittens weil jeder Gewinnbezieher Verbraucher ist, mithin bei steigenden Preisen der landwirtschaftlichen Produktion weniger zur Ersparung oder zum Leben zur Verfügung hat. Ob das Einkommen sich in der Gesellschaft vergrößert, wird daneben nicht untersucht. Es ist auch nicht nötig, da das Verteilungsschema immer dasselbe bleiben soll.

Der Gewinn ist brutto als eine Einheit gedacht. Von ihm ist ein Betrag in Abzug zu bringen, der zur Deckung gelegentlicher Kapitalverluste unter schlechter Konjunktur in der Verkehrswirtschaft dient.²⁾ Der übrigbleibende Nettogewinn ist der Betrag, aus dem der Zins für geliehenes, in die Produktion eingesetztes Geldkapital bezahlt wird, und aus dem der Unternehmer sein Leben bestreitet, in Aktiengesellschaften die Kosten der Direktion bestritten werden. Als Maßstab gilt auch hier die übliche Lebenshaltung. Der nach Abzug aller Verrechnungskosten, abgesehen vom Zins, noch übrigbleibende Gewinn stellt

1) Die Grundrente ist also die Folge einer Warenpreiserhöhung und geht auf Kosten von Lohn und Gewinn. Diese Preisgestaltung kann man ganz allgemein als einen Verteilungsvermittler auffassen, wie das im Anfang des Kapitels geschehen ist.

2) Die Tantième des Aufsichtsrats in Aktiengesellschaften ist als Prämienzahlung zur Versicherung gegen Kapitalverluste durch unvorsichtiges Wirtschaften der Direktoren aufzufassen.

jedoch nur die Obergrenze des Zinses dar, die aber nicht erreicht zu werden braucht, da das Angebot an Geldleihkapital den Satz auf dem Markt darunter drücken kann.¹⁾ Die Untergrenze läßt sich für den Zins theoretisch nicht weiter feststellen. Man kann höchstens die Hypothese wagen, würde der Zins für Daueranlagen außerordentlich niedrig sein, so könnte sich der Spartrieb verringern, womit das Angebot an Leihkapital zurückginge und der Zins wieder stiege. Er ist an sich ebenfalls brutto und netto zu verstehen. Je mehr die Kapitalhingabe riskant ist, um so mehr muß der Schuldner entrichten, damit aus dem Überschuß über den Nettosatz hinaus amortisiert wird.

Der Gewinn zerlegt sich, kann man somit sagen, in Unternehmer-einkommen und Zins. Das erstere ist Arbeitsvergütung für den Unternehmer und Risikoprämie für einen möglichen Kapitalverlust, ist daher ein gemischtes Einkommen.

Da die Konkurrenz die Gewinne ausgleicht, so ist der Monopolaufschlag, wie bei dem Grundbesitz, ausgeschlossen, wenn auch vorübergehend jemand z. B. durch eine Erfindung technischer Art Extraeinnahmen haben kann, ehe sie allgemein zugänglich wird. Solche Beträge gelten als zufällig und werden daher nicht beachtet. Hermann hat jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß es Kapitale gibt, die ebenso wie der Boden nicht beliebig oder nicht mit gleicher Produktivität vermehrt werden können, so daß eine Monopol- bzw. Differenzialrente auch außerhalb der Landwirtschaft dauernd möglich ist, z. B. bei der Ausnutzung von Wasserkraften, Patenten, Gewerbegeheimnissen, Einfuhrverboten von Maschinen, die nur im Ausland hergestellt werden, von denen einige jedoch in das Inland hineingebracht worden sind.

Ein weiterer späterer Schluß war der, daß der Gewinn immer Monopolgewinn werden kann, wenn die Konkurrenz irgendwie dauernd ausgeschlossen ist, was durch Abmachungen der Verkäufer in Kartellen usw. ebenso eintreten wird wie durch Einfuhrverbote oder teilweise durch Einfuhrzölle. In diesen Fällen setzt die Zahlungsfähigkeit der Käufer dem Preise eine obere Grenze, die um so höher steht, als die Ware ein unentbehrliches Gut ist. Auch unerwartete Glücksfälle, schnelles, geschicktes Zugreifen, gelungene Kostenersparung, neue Betriebsmethode usw. vermögen den Gewinn zu mehren, dabei möglicherweise auf Kosten weniger beglückter oder befähigter Konkurrenten.

Das geschilderte Verteilungsschema ist durch Bestreitung seiner abstrakten Voraussetzung der freien Konkurrenz, in die nur das natürliche

1) Eine etwaige Ersparung durch die Konjunktur fällt dann dem Unternehmer zu.

Landmonopol eingeschoben wird, einer realistischen Forschung gegenüber bereits kritisiert. Zu Zeiten kann es stimmen, zu anderen nicht, wobei man an die fortgesetzten Schwankungen bei der Entwicklung wirtschaftlicher Verhältnisse zu denken hat.

Es geht von einer gegebenen Einkommensgröße aus, die in der Wirklichkeit veränderlich ist, wobei die Vermehrung oder Verminderung des ganzen Einkommens auf die Quotenbildung zurückgreifen kann. Bei unglücklichen Kriegen oder unter Anarchie pflegen nach der Erfahrung die Lohnempfänger am meisten zu leiden, in Zeiten des volkswirtschaftlichen Aufschwungs und der Spekulation weiß der rasch sich anpassende bewegliche Besitz am meisten über das Normale hinaus zu erhaschen.

Die absolute Erhöhung des nationalen Einkommens kann weit mehr für eine Klasse bedeuten als eine relative Verminderung, von der eine andere einen Vorteil zieht. Gewinn und Grundrente vermögen gleichzeitig nach oben zu gehen, z. B. bei großen Exporten in das Ausland. Die Herabsetzung des Gewinnes durch eine steigende Grundrente und damit steigenden Geldlohn kann von dem Unternehmer wenig empfunden werden, wenn die Konjunktur die Kostenerhöhung überzuwälzen gestattet.

Die geschichtliche Veränderung der Einkommenshöhe für die Verteilung zu begreifen ist daher eine gebotene Aufgabe. Zu diesem Zweck sei ein Blick auf die deutsche Vergangenheit von 1815—1914 geworfen.

In der ersten Periode, die bis 1830 zu rechnen ist, der langsamen Erholung nach der schweren Kriegszeit, vermag die noch vorwiegend agrare Volkswirtschaft unter dem Druck der ausländischen, besonders englischen Industrie ihre stoffverarbeitenden Gewerbe nur wenig zu heben, der Gewinn in ihnen ist gering, aber der Zinsfuß bleibt zunächst hoch. Standen schon während der Napoleonischen Feldzüge die nötigen Staatsanleihen, die neben der Nachfrage zu produktiven Zwecken auf dem Markt stets zu würdigen sind, im Vordergrund des Geschäfts, so war jetzt noch die Menge solcher zwar hoch verzinslicher, indessen mehr als bisher gesicherter Obligationen groß und saugte bei steigendem Kurs die Ersparnisse auf, die in Gewerbe und Landwirtschaft weniger Einnahme gewährten. Erst am Ende dieses Zeitraums sinkt der Zins allgemein und setzt sich mit dem niedrigen Gewinn in Einklang.

Die Bodenrente bleibt, wie in der Regel bei vorwiegend agraren Ländern, gering, welcher Zustand noch durch die landwirtschaftliche Krise von 1822—30 unter der Überproduktion von Getreide verstärkt wird. Die niedrigen Lebensmittelpreise kommen den Lohnarbeitern wohl

zugute, doch bleibt der Geldlohn hiervon abgesehen niedrig, da die Arbeitsnachfrage bei der steigenden Bevölkerung niemals das Angebot zu übertreffen vermag.

In der nächsten Periode bis 1850 sinkt der Zins zunächst weiter, da der Staat keine Anleihen von Bedeutung herausbringt, vielmehr die vorhandenen verstärkt tilgt. Der jetzt begründete Zollverein mit seinen neuen Industrien, der bald einsetzende Bau der Eisenbahnen mit ihrem Fernverkehr fangen nach einigen Jahren an, den Gewinn zu steigern. Der Zins schließt sich etwa seit 1840, wenn auch zuerst langsam, ihm an und verharrt in steigender Tendenz bis 1873, dem allgemeinen Aufschwung von Industrie und Handel entsprechend. Die Revolutionsjahre von 1848/49 drücken wohl auf die Unternehmertätigkeit, der Zins wird nur wenig berührt, da das Leihkapital in den unsicheren Zeiten auf dem Markt zurückhält.

Die Bodenrente wird ertragreicher schon vor 1840 mit der steigenden Nachfrage nach Lebensmitteln, die von der vergrößerten, zahlungskräftigeren Bevölkerung in der aufblühenden Industrie ausgeht, sie wird erst in den siebziger Jahren mit dem Erscheinen der auswärtigen Konkurrenz wieder rückgängig.

In der Zeit von 1850—73 kennt die deutsche Industrie ihr erstes gewaltiges und ruckweises Fortschreiten. Die Städte verdichten sich, und ihr Reichtum treibt bereits die Hausrente nach oben. Die Wirtschaftskrise von 1857 drückt den gestiegenen Gewinn für einige Jahre, ebenso den unter der Ausdehnung der Gewerbe gestiegenen Lohn, unter dessen Fall oder Stillstand Lassalle die alte Lehre des „ehernen Lohngesetzes“, nach der der Lohn immer auf das Existenzminimum hin tendiere, glaubt sozial aufgeputzt mit Emphase verkünden zu müssen. Das periodische Auf- und Niedergehen der industriellen, bankmäßigen und anderer damit zusammenhängenden Geschäfte, in das die ganze Volkswirtschaft immer mehr verwickelt wird, ist seitdem bis 1914 nicht verschwunden. Der Gewinn und der Lohn sind daher durch die allgemeine Konjunktur bedingt. Der Zinsfuß für kurzfristige Darlehen steigt mit ihrem Hinaufgehen und senkt sich in der Depression. In der Krise unter dem Geldmangel und unter der Zahlungsnot wird der Diskont auf das höchste emporgeschneit, doch stets nur für kurze Zeit. Die langfristigen Anleihen werden wenig durch die allgemeinen Schwankungen der Konjunktur bestimmt, sie schließen sich dem durchschnittlichen Gewinn einer viel längeren Periode an, zumal die öffentlichen Anforderungen sich damals in der langen Friedenszeit nicht laut vernehmen lassen, um ein Anziehen des Zinses ausüben zu können.

Die Verkehrsstockung von 1873 bringt einen Stillstand in Deutschlands volkswirtschaftlicher Entwicklung, doch wächst die Hausrente mit den Städten weiter. Unter der Bismarckschen Wirtschaftsreform, die sich gegen das Überwuchern des Freihandels richtet, setzt nach dem Abschluß der Stockung um 1879 eine Epoche der Sammlung und der Erhaltung in Industrie und Handel ein. Im ganzen ist aber der Gewinn bis 1895 mäßig, in einer Reihe von Gewerben noch weiter rückgängig, und der Zins folgt dieser Lage der Dinge. Für sichere Staatspapiere fällt er von 5 auf $3\frac{1}{2}\%$. Die Hypotheken bleiben in einigem Abstände davon etwas höher.

Die ländliche Grundrente geht, wie schon erwähnt, mit dem Preisdruck auf die Lebensmittel nach unten, ein Vorgang, der mit den steigenden Löhnen in der Landwirtschaft infolge der Abwanderung in die Städte verstärkt wird. Aufgehalten, aber nicht beseitigt wird der Rentenfall durch die agrare Schutzzollpolitik, der die gewerblichen Lohnarbeiter aufs heftigste opponieren. Die Löhne sind mit dem großen Umschwung der Konjunktur gesunken, steigen in den achtziger Jahren wieder. Die staatliche Arbeitsversicherung ist für sie ein beachtenswerter Zusatz. Das besondere Einkommen der Unternehmer hat mit den periodischen Schwankungen der Konjunktur als Risikoprämie eine Erhöhung beansprucht, und die bessere Lebenshaltung der Besitzenden hat auch den Arbeitsverdienst dieser Leute nach oben bewegt. Mit dem Ferngeschäft, der Vielartigkeit des Verdienens, den weltwirtschaftlichen Verbindungen, der allgemeinen in den Handel eingehenden Bodenwertsteigerungen, der großen Börsentätigkeit, den vielen neuen Erfindungen sind große und wechselnde Konjunkturgewinne dem Unternehmertum zugeflossen. Der oft mühelos, oft wenig verdiente Einkommens- und Vermögenszuwachs geht auf Kosten aller anderen Einkommensbezieher.

Die letzte Periode 1895—1914 macht solche Vorgänge noch wirkungsvoller. Aber zugleich ist das ganze Einkommen und die Vermögensbildung überall in rascher Steigerung. Der innere und der äußere Markt treiben alle Produktion voran. Das vergrößerte Volkseinkommen gestattet steigende Gewinne, Löhne, Zinsen in festen Anlagen. Die Krisen von 1901 und 1908 halten die Entwicklung nicht erheblich zurück. Die ländliche Bodenrente wird im Anfang des Jahrhunderts durch die verstärkte Zollpolitik, die Verbesserung der Landwirtschaft und das Nachlassen des Preisdrucks auf dem Weltmarkt wieder steigend. Wichtig für die Verteilung werden die Kartelle, die wiederholt zu einem Überschreiten der Konkurrenzpreise auf dem Markt führen. Die vermehrten

Rüstungsausgaben heben den Zins auch in den Jahren, in denen die produktiven Anlagen zurücktreten.

Im Verhältnis der Einkommensbezieher zueinander dürften in diesem ökonomischen Zeitalter, in dem alle mehr einnehmen als bisher, der industrielle und händlerische Gewinn und die städtische Rente am meisten profitiert haben, dann folgen Lohnarbeiter und Zinsempfänger, und den Schluß machen die landwirtschaftlichen Grundrentner.

Geschichtlich betrachtet hat das Verteilungsschema der klassischen Nationalökonomie keine Verwirklichung gefunden, wenn es auch für die Wissenschaft dazu beigetragen hat, die Wirtschaftsgeschichte besser analysieren zu können. Der Lohn hat sich seit 1860 beweglich gezeigt, und das Existenzminimum war nur ein ungenauer Ausdruck für ein Niveau, das sich andauernd während der nächsten 60 Jahre gehoben hat, wenn auch nicht in dem Maße, wie es den Wünschen der Arbeiter entsprach. Die Nachfrage nach Arbeit eilte unter dem allgemeinen volkswirtschaftlichen Gedeihen dem Angebot meist voraus, so daß Deutschland schließlich sich auch vom Ausland mit Arbeitskräften versorgen mußte, und daß die Auswanderung, die früher groß, wenn auch schwankend war, einschrumpfte. Die Arbeiterorganisationen konnten sich diese günstige Konjunktur zunutze machen und die Lohnerhöhung beschleunigen. Der Staat und die Gemeinde griffen mit ihrer Sozialpolitik zudem ein, wodurch die Lebenslage der ganzen Arbeiterklasse wiederum verbessert wurde.

In dem vielseitigen, reichen Ganzen bieten sich neue und zahlreiche Erwerbsmöglichkeiten. Eine Schicht hochbezahlter und gelernter Arbeiter und Angestellter sondert sich aus der Masse aus. Die individuelle Selektion stuft die Löhne ab, und Ersparnisse machen manchen dieser Lohnempfänger zum kleinen Besitzer. Die Arbeiterverbände mit großem Bankguthaben werden kapitalkräftig, womit sie neue Macht zugunsten weiterer Einkommensverbesserung gewinnen.

Der Gewinn läßt sich ebensowenig als eine abstrakte Einheit begreifen. Er ist durch erfolgreiche monopolistische Bestrebungen und durch den Wechsel der Konjunktur differenziert. Die ethische Qualität seines Höhensatzes ist nicht durchweg unbeanstandet, wie das die steuerliche Sondererfassung des fundierten gegenüber dem Arbeitseinkommen ersehen läßt, wie auch die progressive Steuer, wenn sie sich formell auch auf alle hohen Arten des Einkommens bezieht, doch materiell den Besitz vornehmlich zu treffen bestimmt ist.

Auch die städtische Bodenrente wird mit der Wertzuwachssteuer belastet, wobei von einer Theorie „des unverdienten Wertzuwachses“ aus-

gegangen wird, die nicht unbestritten bleibt. Denn ihre Steigerung geschieht keineswegs automatisch mit der Zunahme der städtischen Bevölkerung. Der Hausbau mit seinem Angebot steht dazwischen und ist von der Möglichkeit der Stadterweiterung, von dem Kapitalangebot für Bauzwecke, von der Beschaffenheit der Personenverkehrsmittel, dem Bodenkredit, der privaten Baulust, dem Aufwand für Straßenbau von seiten des Grundbesitzers abhängig.

Bei der Bodenrente auf dem Lande läßt sich der monopolistische und differenzierte Charakter nicht in Abrede stellen. Die Umwälzung der Transporteinrichtungen hat, wie oben ausgeführt wurde, die Bedeutung der Produktionsstandorte zum Markt und die naturwissenschaftliche Erkenntnis in der Landwirtschaft die von Natur gegebenen Sonderheiten der Betriebe herabgesetzt. Solche Modifikationen waren der abstrakten Lehre nicht unbekannt, aber in ihrer Größe wurden sie nicht geahnt. Andere Differentialrenten bildende Umstände deckt erst die historische Forschung auf: die Lage der Felder zum Gutshof, die Arrondierung der Betriebseinheit, die sozial bedingte und geschaffene Bodengröße in Verbindung mit bestimmten Produktionsarten, z. B. bei Vieh, Wein, Zuckerrüben und selbst bei Getreide, die Löhne in ihrer örtlichen Verschiedenheit, die Nähe und Ferne von der städtischen Nachfrage nach Arbeit und die damit gegebene Lohnhöhe.

Gewinn, Zins und Unternehmereinkommen dürfen in ihrem Zusammenhang untereinander nicht vernachlässigt werden, wie das die Theorie richtig betont hat. Der Zins folgt dem steigenden Gewinn. Der erstere kann sich aber auf dem Markte auch aus konsumtiven Bedürfnissen, z. B. infolge von Kriegsanleihen, erhöhen, so daß für die Produktion nicht viel Leihkapital übrigbleibt, und ein Sinken des Unternehmereinkommens die Folge des hohen Zinsfußes sein kann. Der Zinsfuß bei den Staatsschulden pflegt in den Ländern verschieden zu sein, wobei neben der besonderen Marktlage und der Festigkeit des Staatskredits die Abhängigkeit des borgenden Staates von dem ausländischen Geldmarkt, die Stückelung und die Vielartigkeit der Obligationen, die Art der Käufer und der Eigentümer früher ausgegebener Schuldverschreibungen in Frage steht. Es gilt also auch hier zu spezialisieren.

Die Anlage des Kapitals in produktiven Unternehmungen und diejenige in festen Zinsen verhalten sich in einem tätigen Industrie- und Handelsstaat anders zueinander als in einem dekadenten Rentner- und Geldvermittlungsstaat. Den ersteren hatte die dargestellte Theorie im Auge, aus dem sie ihre Abstraktion generalisiert. Bei dem zweiten, dessen bekanntes Beispiel Holland im 18. Jahrhundert ist, fehlt die

starke Nachfrage nach Leihkapital zu produktiven Zwecken, während das Angebot an ersparten Zinsen und Renten groß ist, da die Sorge um sinkende Einnahmen zum Sparen anregt. Der Zinsfuß ist daher niedrig, so daß gern das Ausland zur Anlage aufgesucht wird. Trotzdem verdient der Unternehmer wenig. Fremde Waren sind beliebt, da sie billig sind, und das Kapital hat keine Veranlassung, zu eigener Unternehmung zu schreiten. Die noch tätigen Gewerbe können die Löhne niemals nach oben treiben, und auch die Bodenrente wächst nicht an, da einerseits die Bevölkerung nur langsam steigt, andererseits das Getreide aus dem Ausland stammt, das einen Teil seiner schuldigen Zinsen damit bezahlt.

Das Einkommen einer Volkswirtschaft wird nach geschichtlich bedingten und modifizierten Regeln hauptsächlich unter Familien, wie oben bemerkt wurde, verteilt.

Zu der Familie kann man konsummäßig auch die Dienstboten rechnen. Sie erhalten zwar Lohn, den sie nach ihrem Ermessen ausgeben, im übrigen werden sie in der Hauswirtschaft ihrer Dienstherrschaft beköstigt und beherbergt, können daneben noch allerlei erhalten, wie freie Wäsche, Bildungsmittel und Geschenke.

In Wohnung und Nahrung hat sich der Dienstbote so zu bescheiden, wie es durch das Herkommen geregelt ist. In der Unterstufe des Mittelstandes, z. B. bei Bauern, besseren Handwerkern, kleinen Beamten, von denen noch Dienstboten gehalten werden, ist die Lebenshaltung von der Dienstherrschaft nicht wesentlich abweichend, oft gering, da für alle zusammen nicht viel vorhanden ist. Bei größerem Wohlstande des Hauses wird der Unterschied des Verbrauchs zwischen beiden auffälliger. Aber das Niveau, auf dem das Leben steht, ist höher, daher es der Dienende in einem reichen Haushalt oft materiell besser hat als der Befehlende in einem ärmlichen. In Zeiten wirtschaftlicher oder sozialer Verschiebungen wird das Herkommen solcher Verhältnisse durchbrochen, z. B. in Steigerung der Ansprüche nach oben bei der heutigen Umwälzung der Gesellschaft, während im blockierten Deutschland jedermann seine Bedürfnisse herabsetzen mußte.

Die Verbrauchsverteilung zwischen Ehegatten, Eltern und Kindern erscheint auf den ersten Blick als sehr vielartig, je nach dem Altruismus oder Egoismus, der Verträglichkeit oder Unverträglichkeit, dem hohen Anspruch oder der Bescheidenheit, der Sparsamkeit oder der leichtsinnigen Verschwendung der Familienglieder. Doch lassen sich auch hier nach Größe des Wohlstandes einige allgemeine psychische Regeln be-

obachten. Wo in ärmeren Haushaltungen die Väter bzw. die Söhne hart arbeiten, haben die Wünsche der übrigen Angehörigen zurückzustehen. Je wohlhabender die Familie ist, um so mehr kann das Prinzip: „Jedem nach seinen Bedürfnissen“ als Ideal der durch Liebe verbundenen Familie verwirklicht werden, wenn auch vernunftmäßig beschränkt durch hygienische und erzieherische Einsicht. Bei großem Reichtum werden nach reichlicher allgemeiner Bedarfsdeckung die Überschüsse nach individuellen Motiven ausgegeben, wobei jede Regel unauffindbar ist.

Das Leben der Männer vollzieht sich mehr in der Öffentlichkeit als das der Frauen und der Kinder und nimmt einen Teil des Familieneinkommens im Genuß von alkoholhaltigen Getränken und Tabak hinweg. Werden diese Gegenstände höher besteuert, so wird eine gewisse Konsumtionsbeschränkung im allgemeinen regelmäßig eintreten. Doch wird häufig diese Steuer von Frauen und Kindern in der Schmälerung der zugewiesenen Einkommensanteile stärker empfunden als von den Männern, die von ihrer Gewohnheit des Genußmittelverbrauchs nicht oder nur wenig abgehen. Lebten alle Familien nach dem Grundsatz, daß stets die entbehrlichen Güter hinter die weniger entbehrlichen im Verbrauch zurückgestellt würden, so durchzöge eine feste Ausgabeskala die Einkommensverteilung in der Familie. Dann würde eine Brotsteuer ebenso wie eine Tabaksteuer z. B. wirken. Aber ein solcher rationalisierter Verbrauch ist mehr eine ethische Vorschrift als eine Gewöhnung des Volkes.

IX. DIE BEVÖLKERUNG

Es ist ein oft hervorgehobener Irrtum, in Lebensvorgängen, die in einer Epoche zuverlässig beobachtet wurden, den Ausdruck einer viel allgemeineren Regel finden zu wollen. Er beweist, der historische Sinn ist noch nicht so verfeinert, daß er sich über weite Zeiträume zu erheben vermag. Seit etwa 200 Jahren zeigt die europäische und amerikanische Bevölkerung ein Wachsen, das die Statistik eindringlich zur Anschauung gebracht hat. Man glaubt, daß es anhalten werde, weil man sich an diese Vorstellung gewöhnt hat.

Da die Menschenzahl von den Existenzmitteln abhängig ist, die sie gebraucht, so schließt man, da die Technik der Produktion und des Verkehrs voranschreite, auf eine stetige Zunahme der Bevölkerung.

Diese Auffassung ist keineswegs begründet. Ist es auch richtig, daß sich seit Jahrtausenden die Technik vervollkommnet hat, so hat es doch Perioden ihres Stillstandes gegeben, und sie können sich wiederholen. Zweitens fragt es sich, ob die Bevölkerung immer steigt, wenn die Ge-

legenheit zur Ausdehnung gegeben ist. Wir haben in neuerer Zeit z. B. festgestellt, daß Frankreichs produktive Kräfte zunehmen, und wir werden nicht fehlgehen zu sagen, daß statt 40 das Land 50—60 Millionen ganz gut erhalten könnte. Wir haben seit Jahrzehnten in ganz Westeuropa, in den Vereinigten Staaten, in Australien, Ostkanada und Neuseeland die Tatsache vor uns, daß trotz des erhöhten Wohlstandes die Geburtenziffer im Abnehmen begriffen ist. Man antwortet darauf, daß immerhin auf der ganzen Erde eine Zunahme stattfindet, und daß die genannten Beispiele Ausnahmen bilden. Allein was für einige Länder gilt, kann, wenn die Bedingungen da sind, auch für alle gelten. Was man hier Ausnahme nennt, ist dann nur ein Stück Geschichte innerhalb eines weiteren Rahmens.

Soweit unsere Kenntnisse reichen, ist das Auf- und Niedergehen der Völker und damit ihrer Volkszahlen erwiesen. Es wird behauptet, daß einst China und Indien volkreicher waren. Kleinasien, Syrien, die Euphrat- und Tigrisländer, Persien zeigen heute Wüsten und elende Dörfer, wo einstmals eine dichte städtische Kultur bestanden hat. Nordafrika zur Zeit der Karthager und als spätrömische Provinz ist ein anderes Beispiel der Vergänglichkeit. Das in der klassischen Zeit mit tätigen Menschen dicht besetzte Griechenland war, als es Strabo besuchte, also etwa zur Zeit Christi Geburt, fast entvölkert. Dasselbe galt schon 200 Jahre früher von griechischen Kolonien Süditaliens, und große, einst blühende Städte Siziliens, wie Selinus und Agrigent, waren lange, ehe Verres die Insel ausplünderte, zu Trümmerhaufen geworden.¹⁾ Das antike Rom hat in der Blütezeit mindestens eine Million Menschen gezählt; als Papst Eugenius um 1443 aus Avignon zurückkehrte, war die Stadt ein Dorf von Kuhhirten geworden, das sich von anderen Dörfern der Landschaft kaum unterschied. Deutschland soll in dem Dreißigjährigen Krieg dreiviertel seiner Volkszahl verloren haben. Man hat für Spanien 1492 eine Seelenzahl von 11 Millionen nachgewiesen, um 1715 berechnete man $7\frac{1}{2}$. In dieser Periode sank auch das bei seiner Entdeckung so volkreich angegebene Inkareich auf eine schmale Menschenmenge zusammen. Die Millionen, die der Weltkrieg verschlungen hat, und welche Menschenmengen die Revolution in Rußland gekostet hat, sind jedermann in der Erinnerung.

Das Verhältnis der Bevölkerung zu dem wirtschaftlichen Leben ist im 19. Jahrhundert durch die Malthussche Theorie beherrscht worden, obwohl sie oft in scharfsinniger Weise von allen Seiten her

1) Andere Beispiele über die Alte Welt bei Montesquieu, *Der Geist der Gesetze*, deutsch 1843. XXIII. 19.

widerlegt wurde. Wird man auch nicht in Abrede stellen, daß sie, als sie entstand, den Wünschen der einflußreichen, besitzenden Klassen in England entsprach und deren Politik soziales Elend verschuldet zu haben, entlastete, so ist doch in dieser sozialen Richtung die Wurzel ihrer Beständigkeit nicht zu sehen, weil sie auch die spätere sozialpolitische Strömung Europas überdauert, und es selbst Sozialisten gegeben hat, die sie anerkannt haben und gegen die Übervölkerung in einem künftigen Idealstaat kein anderes Mittel als das Zweikindersystem wußten. Die Dauerhaftigkeit des Malthusianismus liegt nicht bloß in seiner leichten Faßlichkeit, nach dem sein Erfinder mit seinen plumpen Fingern ein äußerst feines soziales, geschichtlich wandelbares Geschehen zu einer platten Formel zusammengeknetet hatte, sondern auch in seiner Berufung auf einige anerkannte Tatsachen, wie die Stärke des generativen Willens oder die Verdichtung der Bevölkerung mit bestimmten Folgen, über die die Praktiker der Politik nicht hinwegzukommen wußten. Die Synthese der Doktrin ist mit solchen Einzelheiten aber nicht im geringsten erwiesen.

Nach Malthus hat die Menschheit in sich die Tendenz, sich in das Unendliche zu vermehren, und sie würde es auch tun, wenn nicht die Menge der jeweiligen Nahrungsmittel sie darin beschränkte. Der universelle Vermehrungstrieb ist immer so stark, daß er mehr Menschen entstehen läßt, als erhalten werden können. In der Hungersnot und im Elend, unter Seuchen und in Kriegen, die aus der Übervölkerung folgen, sterben sie weg, bis das Gleichgewicht zwischen Gütererzeugung und Verbrauch hergestellt worden ist. Sobald der Nahrungsspielraum unter verbesserten Produktionsbedingungen breiter wird, beginnt die Tragödie von neuem, stets mit dem gleichen Ergebnis.

Diesen positiven, so viel Unglück bringenden Hemmnissen der Vermehrung kann nur durch die Prävention entgangen werden, wenn diejenigen, die keine Mittel haben, eine Familie zu begründen, sich entschließen, sich der Ehe und der Kindererzeugung zu enthalten. Die Aufgabe, den Fortschritt der Menschheit zu vermitteln, besteht daher in der Aufklärung über das Bevölkerungsgesetz bzw. in der Politik einer strengen Armengesetzgebung, die diejenigen bedroht, die nicht vernünftig nach dem Naturgebot handeln wollen.

Es ist eigentümlich, erst ein ganz von Pessimismus durchtränktes Naturgesetz zu proklamieren und dann zu behaupten, der Mensch könne es aufheben und somit die soziale Welt wunderschön gestalten. Daher hat Darwin sich wohl gehütet, als er bei seiner Lehre vom Daseinskampf und der natürlichen Zuchtwahl für Tiere und Pflanzen auf Mal-

thus hinwies, die von diesem für den Menschen empfohlenen Mittel der Vorbeugung überhaupt zu erwähnen.

Die Deszendenzlehre mit dem Überleben derer, die sich am besten an ihre Umgebung anzupassen verstehen, und mit der Vererblichkeit der dabei modifizierten Varietät hat man als fortschrittlich und lebensfreundlich ausgelegt. Der heutige Mensch sei nicht der Schluß der organischer Entwicklung, sondern ein Glied innerhalb der aufsteigenden Reihe.

Die Anpassung an durch geologische oder klimatische Umwälzungen veränderte Lebensverhältnisse beweist den Fortschritt jedoch noch nicht. Das Mammuth lebt heute nicht mehr; ob es tiefer stand als der Elefant, ist nicht bekannt. So gibt es auch Menschenrassen und Klassen, die sich besser als andere an die schwankenden Lebensbedingungen anzupassen vermögen, und niemand kann behaupten, daß diese Gefügigen einen höheren Menschentypus bilden. In der Geschichte der Menschen begegnet uns vom Standpunkt des Darwinismus ein Widerspruch: Der intellektuelle Fortschritt vom anthropoiden Affen bis zum vollendeten Menschen wird nicht in Zweifel gezogen, andererseits haben alle geschichtlich bekannten, durch Auslese vermutlich entstandenen höheren, Kultur bringenden Rassen und Völker sich nicht behaupten können, sondern sind ausgestorben, konnten sich also nicht anpassen. Wir können den Widerspruch in der Weise zu lösen unternehmen, daß wir in einer uns unbekanntem Zeit Wesen voraussetzen, die sich hochzüchteten und zugleich anpaßten, und daß alle später geschichtlich beobachteten immer erst neue Versuche in demselben Sinne sind, von denen einer einmal glücken könnte, wenn wir auch nicht ahnen können, in welcher Weise und welcher Zeit.

Auf die Idee der Auslese weist Malthus an einer Stelle hin, ohne aus ihr für seine Theorie eine Folgerung zu ziehen. Er beharrt bei seiner pessimistischen Allgemeingültigkeit, die durch Schuld und Sünde noch moralisch vergiftet wird.¹⁾ Von den Nationalökonomem, die den tech-

1) Versuch über die Bedingungen und Folgen der Volksvermehrung von T. R. Malthus, aus dem Englischen von Dr. F. H. Hegewisch, 1807. I. S. 160: „Dr. Short bemerkt, daß tödtliche Epidemien in der Regel ungemein gesunde Jahre zur Folge haben, weil die vorhergegangene Krankheit die meisten schwachen und schadhafte Körper weggerafft habe. Wahrscheinlich mußte noch eine andere Ursache noch einiges dazu beigetragen haben, der Gewinn an Raum nämlich und der dadurch verbesserte Zustand des gemeinen Mannes.“ Malthus nimmt also an, daß es die Armen sind, die hinwegsterben, da sie durch unüberlegte Heirat die Übervölkerung herbeigeführt haben: „Die Armut entsprang aus ihrer eigenen Unwissenheit oder Unklugheit“. II. S. 355.

nischen Fortschritt immer vor Augen haben, schreibt schon des Malthus Zeitgenosse Mac Culloch, ohne das immerwährende Drängen der Bevölkerung gegen die Schranken des Nahrungsspielraumes preiszugeben, dem Bevölkerungsgesetz die Hebung der Gesellschaft zu, da die dadurch erzeugte Armut als ein mächtiger Antrieb zum Fleiß, zur Ausbreitung der Wissenschaft und zur Ansammlung von Reichtum unter den höheren und Mittelklassen wirke, ohne welche die Gesellschaft in Apathie versinken würde.

„Was ist das anderes als die Anerkennung der Kraft,“ fügt Henry George zu dieser Stelle hinzu, „welche anscheinend grausam und unbarmherzig, doch im Verlauf zahlloser Jahrtausende das Schaltier aus einer niedrigen Art, den Affen aus dem Schaltier, den Menschen aus dem Affen und das 19. Jahrhundert aus dem Steinzeitalter entwickelt hat.“¹⁾

Auch Schmoller meint, daß eine Übervölkerung sich in verschiedenem Grade immer wieder einstelle. Diese sei eine historische Notwendigkeit, ja eine Bedingung des Vorankommens. Erst wenn das Kleid der Gesellschaftsverfassung zu eng werde, sinne man auf technische und Verkehrsverbesserungen, auf vollkommenere Institutionen, seien Impulse zu moralischen und geistigen Fortschritten gegeben.²⁾

Bei diesen Schriftstellern sind anthropologischer und technischer Fortschritt nicht streng getrennt. Beide Linien sind etwas für sich Verlaufendes und erfordern ihre besondere Untersuchung.

Daß die Verdichtung der Volksmenge die Veranlassung zu ökonomischen Neuerungen nach sich ziehen kann, mag als geschichtlich erwiesen gelten, obwohl der Weg auch ohne dies drängende Motiv beschritten worden ist, sie kann aber auch zur Eroberung und Unterwerfung anderer Völker oder zur Koloniengründung führen. Außerdem lehrt die Vergangenheit, daß Völker bis zu einer höchsten Zahl und dann ökonomisch nicht weiter voranschreiten, sondern verfallen. Geistig und moralisch leistungsfähig haben immer die Nationen gestanden, die eine starke Vermehrung besaßen und zugleich unter ihr zu hoher Machtausübung gelangten. Nach einer gewaltigen Kraftausgabe ist dann die Reaktion regelmäßig nicht ausgeblieben.

Aber wie dem auch sein mag, die Bevölkerungsfrage ist in ihren Motiven eine historisch wechselnde, sozial ungemein verwickelte und schwer zu durchschauende Angelegenheit. Mit einer so einfachen Formel, wie sie Malthus aufstellte, die ganz individualistisch im Sinne des 18.

1) Fortschritt und Armut, deutsch 1881. S. 88.

2) Grundriß. A. a. O. I. S. 187.

Jahrhunderts gefaßt ist, kommt man nicht durch. Die Bevölkerung eines Landes wird nur als eine Summe von Menschen gedacht, von denen jeder mit dem gleichen Willen zur Fortpflanzung ausgestattet ist. Hier hat die Kritik zuerst eingesetzt.¹⁾

M. Th. Sadler (1830) verteidigt die Theorie, daß, je dichter die Bevölkerung, um so größer das Wohleben und um so geringer die menschliche Fruchtbarkeit sei, H. C. Carey (1858) behauptet einen Antagonismus zwischen dem zerebralen und generativen Bedürfnis, demgemäß das letztere mit dem steigenden Reichtum der Gesellschaft ab-, das erstere zunehmen werde. Nach T. Doubleday (1853) steht die menschliche Fruchtbarkeit im umgekehrten Verhältnis zur Ernährung und geht mit dem Fortschritt in dieser zurück. H. Spencer erblickt in der wachsenden Bevölkerung unter dem wirtschaftlichen Voranschreiten einen verschärften Daseinskampf, in dem durch Auslese und Vererbung dem Gehirn und Nervensystem erhöhte Kraft zufließe auf Kosten des sich gleichzeitig abschwächenden geschlechtlichen Triebes.

Die statistischen Zahlen, die von diesen Forschern für das 19. Jahrhundert zum Beweis beigebracht werden, zeigen wohl eine verlangsamte Volksvermehrung und eine sinkende Geburtsziffer, aber nicht die behaupteten physiologischen Ursachen. Die Tatsachen können 1. auf Geschlechtskrankheiten, Degeneration und Erschöpfung eines Teiles der Bevölkerung, 2. auf das Hinausschieben des Heiratsalters und auf die Ehelosigkeit, 3. auf sittlichen Niedergang und sexuelle Lasterhaftigkeit, 4. auf eine künstliche Beschränkung der Kinderzahl, 5. auf die durch den gesteigerten Verkehr hervorgebrachte Rassenmischung²⁾, 6. auf die Zuwanderung minder fruchtbarer Rassen zurückgeführt werden. Über die Stärke dieser Motive in ihrem Verhältnis zueinander gehen die Ansichten auseinander. Die Statistik läßt hier den Forscher im Stich.

Die universelle oder individualistische, unerschütterliche Tendenz des Malthus ist jedenfalls nicht aufrechtzuerhalten. Man kann von dem sozialen Zusammenleben und der Sozialpsychologie nicht absehen. Wir wissen, daß nicht nur die Bevölkerungsvermehrung in den Nationen als Ganzes genommen verschieden ist und dem Wechsel der Zeiten unter-

1) L. Elster, Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 3. Aufl.: Bevölkerungs- und Bevölkerungswesen (Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik).

2) Untersuchungen über Rassenmischungen von Ripley, Montano, Wallace, Béranger-Ferand, O. Ammon, de Lapouge u. a. m., die zum Teil in der Politisch-anthropologischen Revue mitgeteilt sind (1904—1910). Dasselbst ein Aufsatz des Verfassers 1910: Anthropozoologie und Malthusianismus.

steht, sondern daß auch Stadt und Land, Besitzende und Proletariat, herrschende Oberschichten und beherrschte Unterschichten (Skaven), geistige und körperliche Arbeiter, die Rassen- und Nationalitätsgruppen nicht den gleichen Willen oder die Fähigkeit zu der Reproduktion haben. Jede historisch gegebene Gesellschaft hat ihre Eigenart an Sterblichkeit, durchschnittlichem Heiratsalter, Kinderzahl und der Zusammensetzung ihrer Quoten der im Alter der Ehefähigkeit stehenden und nicht stehenden Personen, ferner der Männer und Frauen. Der generative Wille ist in jeder Sozialforschung vorausgesetzt, die aber erst interessant und wissenschaftlich wird, sobald eine Differenzierung zur Untersuchung steht.

Die Beziehung zwischen Vermehrungstendenz und Erhaltung der Bevölkerung oder der Wirtschaft erscheint bei Malthus als eine stete Disharmonie. Er gebraucht dafür das sehr vage Bild, daß jene eine geometrische Progression, diese eine arithmetische in sich trage. Ohne Hemmnisse werde sich die erstere etwa wie 2, 4, 8, 16, 32 verwirklichen, während die zweite z. B. wie 4, 8, 12, 16, 20 fortschreite. Es muß daher die Ernährungsmöglichkeit bald aufhören, da die Tendenz niemals stillsteht. Es kommt jedoch bei einer solchen Betrachtung sehr viel auf die Art der Progression an. Ist die geometrische statt der Verdoppelung z. B. in 25 Jahren nur konstant $\frac{1}{8}$, so ist die Bevölkerung erst nach 75 Jahren um $\frac{217}{512}$ vermehrt worden. Daher spricht Darwin von einem hohen geometrischen Verhältnis der beobachteten Organismen, womit der Ausdruck der Tendenz genauer wird, während die Zunahme der Ernährung von ihm in gar keine Zahl gefaßt wird, da für Pflanzen und wild lebende Tiere nur das zur Verfügung steht, was die Natur bietet, die im Organischen überall eine starke Vermehrungstendenz zeigt, wie für die beobachteten Tiere, so für die von ihnen gefressenen Pflanzen und im Daseinskampf vernichteten schwächeren Tiere.

Für die gezähmten Tiere gilt die Kampftheorie nicht wie für die wilden, da der Landwirt sie durch Fürsorge in dem Winter, durch rationellen Futterbau und andauernde Pflege ernährt. Noch weniger ist der Mensch von den Gaben der Natur direkt abhängig, sondern von der Wirtschaft, die die Natur sich unterwirft. Die Frage lautet also, in welchem Maße dies geschieht, und das ist geschichtlich sehr verschieden gewesen. Seit 300 Jahren produziert Nordamerika mehr, als es zum Leben gebraucht, obwohl die Menschenzahl ständig anwächst. In Deutschland hat sich die Bevölkerung während des letzten Jahrhunderts verdoppelt, die Getreideproduktion vervierfacht, und ähnliche große Erfolge hat die Viehzucht verzeichnet. Ausreichen tut dieses Mehr frei-

lich nicht, da die Lebenshaltung und die Bedürfnisse dem Gebotenen vorausgeeilt sind.

Daß erst ein mäßiger Teil der Erde angebaut ist, ist bekannt genug, intensiv ist von diesem Teil nur eine geringe Quote unter Betrieb. Das ist dem Malthusianer alles nichts, weil seine Tendenz jeden Mehranbau alsbald einholt. Aber diese ist ja geradezu nichts Absolutes, und je schwächer sie ist, um so mehr bedeutet der wirtschaftliche Fortschritt, vorausgesetzt, daß die Schwäche in der Volksvermehrung ihn nicht aufhält. Nun braucht der Mensch nicht bloß eine Menge von Lebensmitteln. Viel kommt auf deren Zubereitung an, um nahrhaft zu sein, außerdem ist eine gute warme Behausung eine Erleichterung der Ernährung, wie das Wohnen in einem warmen Klima. Die zunehmenden Ergebnisse der Industrie übertreffen diejenigen der Landwirtschaft noch bedeutend und müssen stets als Bestandteil der Lebenshaltung gedacht werden, die als Ganzes bei der Reproduktion des Lebens zu würdigen ist. Viel hängt zudem von der Herbeischaffung der Nahrungsmittel ab oder von der Entwicklung des Transports, ferner von der Verteilung der Bevölkerung über die Erdräume oder von der Lage der Wohnstätten, wie der Städte zu den landwirtschaftlichen Mittelpunkten.

Die Anhänger des Malthus haben noch einen letzten Trumpf zum Ausspielen: die abnehmenden Roherträge in der Landwirtschaft bei zunehmender Intensifizierung des Betriebes. Die Wissenschaft bestreitet im allgemeinen, daß der Bodenertrag durchweg in gleicher Weise zu steigern ist, als der Aufwand an Arbeit und Wirtschaftsmitteln beträgt, der auf seine Herstellung verwendet wird. Was die Landwirtschaftslehre zur Abschwächung dieser Erfahrung noch zu dem bereits Gewonnenen hinzubringen wird, wissen wir nicht. Daß wir bei der Technik auf dem Höhepunkt bereits angelangt sind, ist jedenfalls eine kühne Behauptung. Sehen wir aber auch von einem weiteren Fortschritt ab, so ist zu wiederholen, daß die intensive Bodenbestellung auf den größten landwirtschaftlich benutzten Flächen erst im Anfang steht, wie in Rußland, in Amerika überall, ebenso in Australien und in großen Teilen Asiens und Afrikas. Es fehlt bei dem Argument des abnehmenden Bodenertrags an jeder quantitativen Begriffsbestimmung gegenüber der Bevölkerung. Die südenglischen Counties, die Malthus im Auge hatte, bedeuten auf der Erde nichts als einen Punkt.

Daß es, solange wir von der Weltgeschichte etwas wissen, immer Armut, große Kindersterblichkeit, Krankheiten und Seuchen gegeben hat, weiß jeder Kundige der Vergangenheit. In einigen Zeiten wurden diese Übel besser bekämpft als in anderen, und man wird von einer künftigen,

steigenden Produktivität, von planvollerer Fürsorge und hygienischer Einsicht noch manches erwarten dürfen, wenigstens für einige Länder und Perioden. Alles Elend beseitigen zu können, dies glauben heißt indessen eine Reise nach Utopien antreten.

Woher stammen die beklagten Zustände, wie sie geschichtlich vorhanden waren? Aus dem Bevölkerungsüberschuß, antwortet Malthus, aus der rechtlichen Verfassung der Gesellschaft, sagen die Sozialisten. Nach jenem ist nichts zu ändern, nach diesen alles.

Alle logischen Sozialisten sind unbedingte Gegner der pessimistischen Bevölkerungslehre, weil ihre Ideen von dem Heraufkommen eines goldenen Zeitalters hinfällig werden, wenn ewig ein natürliches Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsumtion besteht. Malthus hatte mit seinem ersten Essay von 1798, worin bereits die ganze Lehre enthalten ist, gegen die sozialistische Anschauung Front gemacht, als er gegen Godwin und Cordoncet sich wandte, die unter dem Prinzip der Gleichheit die Welt vollkommen machen wollten. Er bekämpfte einen Irrtum mit einem neuen, und die kritische Wissenschaft hatte nun doppelte Arbeit zu leisten, wobei es ihr allerdings zustatten kam, daß die Geschichte großer Irrtümer auch eine solche gewesen ist, die zu neuen Auffassungen angeregt hat.

Daß alle Einrichtungen menschlichen Zusammenlebens nicht für die Ewigkeit bestimmt sind, lehrt die Erfahrung. Aus dem Gelingen sozialer Reformen wird nur zu leicht der Schluß gezogen, daß sie ohne weiteres fortgesetzt werden können. Nach allen auffallenden sozialen Neuerungen, die hoch eingeschätzt wurden, stellte sich indessen heraus, daß sie in ihren Wirkungen nur eng begrenzt waren. Man denke z. B. an den Liberalismus nach der Auflösung der ständischen Gesellschaft. Die Menschen sind geblieben, was sie vorher waren, mit ihrem bunten Gemisch von egoistischen Willensrichtungen und mit ihrer Abstufung von geistigen Fähigkeiten. In dem unendlichen Streit von einzelnen, sozialen Gruppen und Völkern heben sich die Stärksten, Gewandtesten, Gerissensten immer unter dem Streben nach Macht und Lebensgenuß hervor, und die Schwachen werden zu Boden geworfen. Nach dem Kriege heißt es „vae victis“. Nicht die Kargheit der sie umgebenden Natur war es, welche die Gallier veranlaßte, Rom zu erobern, sondern ihre kriegerische Eroberungslust.

Wenn die Franzosen zum Weltkrieg getrieben haben, um Elsaß-Lothringen zu nehmen und um ihrem militärischen Ruhm zu schmeicheln, so hatte dies nichts mit Ernährungsschwierigkeiten des reichen, wirtschaftlich entwicklungsfähigen Frankreichs zu tun, die gar nicht

bestanden; und wenn dem besiegten Deutschland die Handelsflotte abgenommen wurde, so war's nicht der Hunger, der den Engländern eine solche Politik eingab. Niemals war man in Europa während des letzten Jahrhunderts besser mit Lebensmitteln versorgt gewesen als von 1895 bis 1914, so daß die Lebenshaltung überall gestiegen war, und dennoch kam der Krieg, der aus Machthunger und Neid geboren war.

Trotz alles ökonomischen Fortschritts sondert unter steter Auslese ein Volk immer eine Unterschicht von Müßiggängern, Vagabunden, Verbrechern, geistig und körperlich Hinfälligen, Willensschwachen, Lebenskritiklosen und in inneren Gegensätzen sich Verzehrenden aus. Die soziale Reform ist für die Tüchtigen, die sich ihrer zu bedienen wissen. Mag ein Recht auf Existenz, das Malthus leugnete, selbst das Recht auf Arbeit anerkannt werden, es gibt immer genug Individuen und selbst Gruppen, die ihr Dasein und Vorwärtskommen irgendwie negieren, nicht arbeiten wollen, nicht vorwärts kommen können.

Dennoch ist es nicht in Abrede zu stellen, daß die wirtschaftlich sozialen und politischen Verfassungen ein Hemmnis des Wohlbefindens und der Ernährungsmöglichkeit sein können. Wenn es Zeiten gegeben hat, in denen Klassen oder Klassenteile einer Bevölkerung in der hergebrachten Weise nicht weiterleben konnten, sondern sich einschränken mußten, z. B. der deutsche Handwerkerstand oder die Kleinbauern unter Parzellierung ihrer Landstücke in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, so nannte man einen solchen Zustand eine relative Übervölkerung. Solche Stauung hat mit den Ergebnissen der Nahrungsmittelproduktion nichts zu tun. Damals führte Deutschland Getreide nach England, Frankreich, Holland und der Schweiz aus, und große Strecken im Osten waren kaum angebaut. Sie sagt nur, daß unter den gegebenen Verhältnissen eine Anzahl Menschen schlecht verdient hat. Wenn unter solchem Zustande zu viele Esser sind, so daß es alle knapp haben, so ist das eine privatwirtschaftliche Angelegenheit, die bei richtiger Organisation der Volkswirtschaft verschwinden wird. Wenn sich in Berufe, z. B. der Staatsbeamten, zu viele Leute hineindrängen, weil sie die Sicherheit des Einkommens höher als einen wachsenden Lebensstand schätzen, so hat das mit der Nahrungsmittelerzeugung nichts zu tun, die sich nach ihren eigenen, richtig zu befolgenden Gesetzen richtet.

Wenn die ganze Volkswirtschaft im Aufsteigen begriffen ist, dann verschwindet die relative Übervölkerung. Als Deutschland vor dem Kriege jährlich eine Bevölkerungsvermehrung von etwa 800 000 hatte, so beklagte man dies als zu wenig, da die Geburtenziffer abnahm, und

hatte noch eine erhebliche Einwanderung nötig, um den Arbeitsbedarf in Landwirtschaft und Industrie zu decken.

Die Malthussche Vorstellung soll etwas Volkswirtschaftliches sein, aber sie ist alles andere als dies. Indem sie zwei Gedankenreihen, die Wirkung der Vermehrungstendenz und die Nahrungsmittelproduktion, für sich betrachtet, wird der Begriff der Volkswirtschaft zerrissen, der ein zusammenhängendes Ganzes umfaßt. Die stete gegenseitige Beeinflussung der Bevölkerungszunahme und der Gesamtproduktion ist übersehen. Die Verdichtung bedeutet einerseits die Möglichkeit, die Assoziation, die Arbeitsteilung, die Vielseitigkeit der Gütererzeugung, den Großbetrieb zu erweitern und zu vertiefen. Andererseits wirkt der zunehmende Reichtum mit der Hebung der Lebenshaltung, mit dem Willen ihrer Behauptung, mit der größeren Selbstverantwortlichkeit der zunehmenden Zahl der Besitzenden, wohl auch mit der Entartung im Gefolge des Luxus und übertriebenen Wohllebens auf den Rückgang der Eheschließungen, vor allem der Kinderzahl ein. Stellt sich innerhalb des reicher gewordenen Volkes die Abnahme der Sterblichkeit ein und kompensiert den Ausfall der Geburten, so ist das, solange es andauert, ein Vorteil für die Produktionskraft, da dem individuellen Leben eine längere Frist gegeben ist, seine Fähigkeiten auszubilden.

C. VOLKS- UND WELTWIRTSCHAFT

I. BEGRIFFSMÄSSIGES VON DER WELTWIRTSCHAFT

Daß wir heute auf der Erde nicht bloß volks-, sondern auch weltwirtschaftlich leben, kommt jedem täglich zum Bewußtsein. Unter der Vermittlung des Verkehrs setzt sich der individuelle Verbrauch aus Waren aller Erdteile zusammen. Manches mag aus der Gemeinde stammen, in der wir wohnen, vieles aus dem Lande, dem wir angehören. Daneben dient das fremde Gebiet mit bald größerer, bald geringerer Quote der Bedarfsdeckung. Für den Europäer kommt bei seiner Versorgung zuerst sein Erdteil, dann folgen Amerika und Asien, zuletzt Afrika und Australien-Ozeanien. Man schlage die Zahlen des auswärtigen Handels nach, z. B. im Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reichs für Deutschland von 1913, wie sie nach Waren und deren Herkunft spezialisiert sind, man wird erstaunt sein, was alles das Ausland liefert, darunter viele Gegenstände auch, die das Einfuhrland selbst herstellt.

Die Volkswirtschaft ist an ein bestimmtes Land gebunden und wird durch den Staat umgrenzt und beeinflußt. Wie sie, so ist die

Weltwirtschaft eine Verkehrswirtschaft, in der jedoch die verkehrenden Einzelwirtschaften verschiedenen Staaten angehören. Kein Weltstaat steht über diesem Verkehr, der deshalb aber nicht rechtlos ist, vielmehr naturrechtlich, völkerrechtlich oder auch durch das Recht der einzelnen Staaten geordnet ist.

Der Verkehr bezieht sich zunächst auf den Austausch von Waren, deren Produzenten und Konsumenten politisch voneinander abge sondert sind, dann aber auch auf manches andere: auf die Hingabe von Kapital vom Lande A. und Gewinn- oder Zinszahlung und Amortisation von B.; auf Aussendung von Menschen von A., die sich in B. als Arbeiter oder Unternehmer niederlassen und Lohn- und Gewinnersparnisse remit tieren; oder auf Reisen von Personen aus B., die, ohne in A. tätig zu sein, dort nur zum Vergnügen oder zu Forschungszwecken verbrauchen; auf Geldzahlungen zwischen A. und B., die jeder Art privatrechtlichen Tuns zur Voraussetzung haben können, z. B. Schenkung, Erbschafts- übernahme, Sachmiete, Versicherung; auf Zwischenhandel und Transit- verkehr, endlich Transportleistungen von A. für B. oder von diesem für jenes, sei es für Waren, sei es für Nachrichten, sei es für Menschen.

Der internationale Verkehr ist also vielseitig, man kann sich jede wirtschaftliche Verkehrshandlung, die im Innern möglich ist, in das Ausland projiziert denken, aber auch gegenseitig, da alles, was zum Verbrauch unmittelbar oder mittelbar bezogen wird, auch bezahlt werden muß.

Das römische Recht — und so war der Grundsatz des Altertums überhaupt —, bemerkt R. von Ihering in seinem „Geist des römischen Rechts“¹⁾, hat sich nie zur praktischen Anerkennung der Rechtssubjek tivität des Menschen erhoben. Es beschränkt die Rechtsfähigkeit auf die römischen Bürger und die Mitglieder der Staaten, mit denen Rom Ver träge geschlossen hat. Der Kriegsfuß gilt noch zur Zeit der klassischen Juristen als das von vornherein Gegebene. Er ist völlig gleichbedeutend mit gänzlicher Rechtlosigkeit aller dem Staat, mit dem man nicht pa zisiert hat, angehörigen Individuen.

Wenn heutzutage ein Neger aus einem Winkel Afrikas, den nie ein weißer Mann betreten hat, in das Gebiet einer Kolonie eintritt, so ist er hier des strafrechtlichen und zivilrechtlichen Schutzes gewiß. Daraus folgt nicht, daß ihm alle Rechte eines Bürgers zugesprochen sind. Als Fremder hat er keine politischen Rechte und kann ausgewiesen werden. Es ist auch nicht ohne weiteres gesagt, daß ein Ausländer ein Gewerbe

1) 1873. I. S. 225.

betreiben kann. Zwischen Staaten pflegen Verträge abgeschlossen zu werden, die feststellen, welche Rechte außer „dem natürlichen Recht“¹⁾, wie wir es kurz bezeichnen, eingeräumt werden. Viele Handelsverträge erkennen direkt die Gleichstellung des Ausländers mit den Inländern in bezug auf Niederlassung und Gewerbebefugnis an, andere sprechen nur die Meistbegünstigung aus, die den Vorteil indirekt gewährt. Jene Gleichstellung ist jedoch keine Regel ohne Ausnahme, z. B. kann das Apotheker- und Handelsmaklergewerbe, dasjenige im Umherziehen, einschließlich des Hausierhandels, ausgenommen sein. Der Grundbesitz ist öfters den Landesangehörigen vorbehalten.

Die Ausländer haben auch öffentliche Pflichten zu übernehmen, vor allem die Steuern zu bezahlen, die dem Staatsangehörigen gegenüber differenziert sein können. Hier ist die Rechtslage des Fremden durch Staatsgesetz geregelt. Dahin gehört auch die Aufnahme in den Staatsverband, die jede Regierung verweigern kann, und unter Vorschriften steht, die erfüllt werden müssen, ehe die Genehmigung erteilt wird, z. B. mehrjähriger Aufenthalt im Lande, Kenntnis der Landessprache, Nachweis der Erwerbsfähigkeit oder der wirtschaftlichen Selbständigkeit. Die Gesetze der Einwanderungsbeschränkung sind ferner hierher zu rechnen, die heutzutage in allen überseeischen Staaten besonders eingehend gefaßt worden sind²⁾, wenn auch im Prinzip die freie Einwanderung gilt. Weiter ist an Paßvorschriften und Aufenthaltsbeschränkungen zu erinnern, die oft große volkswirtschaftliche Bedeutung erlangen können.

Der fremden Ware kann der Eingang verboten sein oder sie wird mit einem Zoll belegt. Beides kann autonom oder vertragsmäßig geordnet sein. Ebenso kann das Patent- und Warenzeichenwesen, das Versicherungsgeschäft, die Zulassung fremder Schiffe und Eisenbahnwagen so oder so geregelt sein. In den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege sind viele internationale Abkommen mit neuem Inhalt zum Abschluß gebracht worden. Mit dem Kriege wurden viele zerstört. Ein mühevoller Aufbau hat einzusetzen, wenn die Weltwirtschaft wieder wie ehemals gedeihen soll.

Private Verabredungen mit Dauerwirkung haben neben den öffentlich-rechtlichen Regelungen einen bedeutsamen Platz eingenommen, wie die allerdings seltenen internationalen Unternehmerkartelle oder wie

1) Genau genommen ist es auch historisch entstanden, gilt aber als selbstverständlich im Frieden, nicht in Kriegszeiten.

2) Handwörterbuch oder Staatswissenschaften. 4. Aufl. Artikel des Verfassers Auswanderung.

die häufigeren Filialgründungen von Banken und Fabriken, in denen Inländer und Ausländer zusammenwirken, Kapitalbeteiligungen, bei deren Verwaltung Ausländer regelmäßig mitzureden haben, gegenseitige Kreditgewährungen. Alle solche Beziehungen werden durch gleichartige Normen des Privatrechts erleichtert, bei denen diejenigen des Wechsel- und Handelsrechts vorangegangen sind. In manchen Angelegenheiten wird der Fremde ohne ein weiteres Abkommen geduldet, weil dem Geschäft der Staatsangehörigen damit gedient ist, wie auf den Märkten und beim Waren- und Personentransport.¹⁾

Es ist überhaupt der tiefste Sinn der Weltwirtschaft in Tatsache und Recht die Gegenseitigkeit: Wenn man das eigene Wohl fördern will, so muß man auch das fremde wollen. Das allgemein menschliche Wort des Horaz: „damus petimusque vicissim“ gilt nicht bloß im wirtschaftlichen Verkehr der Individuen, sondern auch der Völker und Staaten.

Die Träger der Weltwirtschaft sind nach dem Gesagten zunächst die Einzelwirtschaften, die internationale Beziehungen unterhalten, aus welchen mannigfache Wechselwirkungen ausstrahlen können. Aus einem solchen zur Stetigkeit gewordenen Zustand entsteht der Begriff eines Ganzen oder eines sozialen Gebildes, das die ganze Erde umspannt. Es ist viel lockerer gefügt als die Volkswirtschaft, aber es ist da, und damit ist die Möglichkeit gegeben, es vom Standpunkt der Sozialökonomie zu untersuchen. Dieses Ganze ist nicht allein auf den gegebenen Interessen der einzelnen begründet, sondern auch auf dem Recht, das ein Niederschlag vorhandener zwischenstaatlicher Bedürfnisse ist.

Innerhalb der Weltwirtschaft können ferner Staaten engere Verbindungen knüpfen, die nur für sie gelten. Die sozialen Formen, in denen sich diese Knüpfung vollzieht, erscheinen nach der Art ihrer Festigkeit und der beabsichtigten Zeitdauer abgestuft und werden in ihren höchsten Leistungen der Volkswirtschaft immer ähnlicher, so daß wir von Zwischengebilden zwischen Welt- und Volkswirtschaft zu sprechen befugt sind. Es gibt Gemeinwesen, die ohne jede völkerrechtlichen Verträge zueinander stehen, wie das zwischen zivilisierten und wilden Völkerschaften der Fall ist, die dennoch Handel unter dem natürlichen Recht miteinander treiben, dann solche, die nur einen dürftigen Handelsvertrag geschlossen haben, der das allernotwendigste regelt, weiter andere, die darüber hinausgehen und in Spezialabkommen immer Neues festlegen, wie z. B. Deutschland und Österreich-Ungarn bis 1918; Länder mit Vorzugsbehandlung innerhalb des Rahmens der Meistbegünstigung,

1) Anders in Kriegszeiten. Auch die Nachkriegszeit bringt den Deutschen weniger als vor 1914.

deren Bewohner sich bluts- oder nationalverwandt fühlen, wie in Süd- und Mittelamerika; solche mit gemeinsamer, wenn auch loser politischer Abhängigkeit, wie die sich selbst verwaltenden Kolonien in dem englischen Weltreich, aus dessen Verfassung sich wirtschaftliche Folgen ergeben; endlich die Zollunionen, die zugleich ein politisches Band umschlingen kann, wie die südafrikanische ein Teil des englischen Staatenverbandes ist. Hingegen war der Deutsche Zollverein von dem Deutschen Bund unabhängig. Die Verfassungen der Zollunionen sind zudem, wie die Geschichte lehrt, auch verschieden abgestuft, wobei man an die deutsche Einrichtung von Zollbundesrat und Zollparlament zwischen 1867 und 1871 denken mag.

Die Weltwirtschaft wird, wie gesagt, durch das rechtliche Verhalten der Staaten zueinander gestützt, das jeder von ihnen zugunsten seiner Angehörigen für vorteilhaft erachtet, indem mit den wirtschaftlichen Sonderheiten der anderen gerechnet wird.

Wirtschaftliche Gegensätze bestehen, wie in der Weltwirtschaft, auch zwischen den Landesteilen eines Staates, z. B. in Deutschland zwischen Rheinland-Westfalen einerseits und Ostelbien anderseits, in Italien zwischen dem agraren Süden und dem industriellen Norden, im früheren Österreich zwischen Böhmen-Mähren und Tirol-Vorarlberg, und in örtlicher Nähe überall zwischen Stadt und Land oder Groß- und Kleinstadt. Wirtschaftliche Überlegenheit eines Teiles hat als Gegenstück Abhängigkeit des anderen. Konzentration und Anschwellen des Reichtums dort, Zurückbleiben hier. Unter dem binnenstaatlichen Freihandel, der Freizügigkeit und Gewerbefreiheit treten Verschiebungen der Kräfteverlagerung ein, die dem schwächeren Gebiet und dem Ganzen nicht gleichgültig sein können. Der Staat hat das Wohl aller seiner Teile wahrzunehmen, und wir können daher manche seiner Bestrebungen verfolgen, um einen Ausgleich zu schaffen. Es sei hier nur an den Schutz der Landwirtschaft erinnert, an die Anlage von Staatsbahnen in Provinzen, in denen das private Unternehmertum mit seinem Kapital zurückhielt, an den Bau von weithin verbindenden Kunststraßen, Kanälen, Flußregulierungen auf allgemeine Kosten, an die Einbeziehung abgelegener Gegenden in das Gesamtnetz der Post und der Telegraphie, an die Erhaltung von Garnisonen in Kleinstädten, obwohl sie finanziell nicht rätlich zu sein braucht, an die Tatsache der allgemeinen Steuern, die nach der Leistungsfähigkeit aufgebracht werden, wobei man daran gedacht hat, die örtlich einträglicheren Quoten zu erhöhen, was man bei uns eine Veredlung der Matrikularumlagen nannte.

Unter den Ländern der Weltwirtschaft gibt es solche Ausgleiche

nicht. Jedes steht für sich, und der Wille zur Macht ist die ultima ratio, in die das Interesse des Gegenseitigkeitsverkehrs nach Ermessen eingeordnet wird. Der Herrschaftswille wird gern verschleiert unter den Worten Gerechtigkeit, Humanität, Kultur, Schutz der kleinen Nationen, oder halb verschleiert unter denen von Notwendigkeit, Daseinskampf, Selbsterhaltung, im Wirtschaftlichen auch durch den angeblich allen nützlichen Freihandel, durch die offene Tür, in die jeder gleichmäßig eingeladen wird hineinzutreten, und durch den freien Kapitalstrom, der in die befruchtenden Kanäle von selbst fließt.

Jede Analyse der Weltwirtschaft wird falsch, wenn man den Machtwillen als gestaltende Kraftquelle nicht genügend würdigt.

Der Imperialismus in der Weltwirtschaft und der Weltpolitik kann seinem Begriff nach, logisch genau genommen, schließlich nur auf die Tatsache einer einzigen herrschenden Macht hinauskommen. Das hieße, alle Völker haben ihm zu gehorchen und für ihn zu schaffen. Er ist aus dem Großstaatwahn geboren, in einer Periode, als die Staaten rasch anwuchsen. Sein Vorbild ist das antike Rom, das ihn für Jahrhunderte um das Mittelmeer herum verwirklicht hat. Dem römischen Proletariat wurde sein Anteil daran in den panes et circenses und in der Befreiung von direkten Steuern. Die unterworfenen Völker hatten das tributum nicht einer herrschenden Klasse, sondern einem Volke zu leisten. Die Oberschicht desselben mag relativ mehr davon errafft haben als die Unterschicht, und die syrischen und jüdischen händlerischen, parasitenhaften Emporkömmlinge, wie sie Petronius schildert, mögen ihre Prozente eingeheimst haben, es ändert an der Wahrheit nichts, daß es sich um die Unterwerfung von Völkern durch ein Volk und nicht um die einer Klasse durch eine andere innerhalb der Völker handelte.

Wie solidarisch in England sich alle Klassen im Kriege verhalten haben, ist bekannt. Seit der Zeit der großen Weltindustrie und des sieghaften Freihandels, mindestens seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts haben alle Engländer von der wirtschaftlichen Weltvormacht Nutzen gezogen. Die oft bewunderte Sicherstellung der Gewerkvereine, der Aufstieg manches gelernten Arbeiters zu einem kleinen Bourgeois mit home and sport ist ohne die zeitweise Überlegenheit des Weltreichs nicht zu verstehen. Ebenso profitierten von ihr die Handelsangestellten und Dienstboten mit wenig Arbeit und reichlicher Bezahlung.

Der amerikanische Imperialismus war bis 1914 noch vorwiegend Idee, die sich aber in den Köpfen schon recht festgesetzt hatte, nämlich daß die Amerikaner als auserwähltes Volk berufen seien, die Erde sich untertan zu machen. Einstweilen suchte man unter dem Deckmantel

des Panamerikanismus in Westindien, Mexiko und Südamerika Fuß zu fassen und brachte dem alten, „hinfalligen Europa“ ein gewisses Wohlwollen von oben herab entgegen, wie Westberliner Geldleute ihrer oberbayerischen Sommerfrische. Man gab in London, Paris und Rom seine Dollars aus und hatte damit die Genugtuung, daß Hotelwirte und Schmucksachenverkäufer ihre tiefe Referenz bezeugten.

Seit dem Krieg sind die Amerikaner Gläubiger in der Weltwirtschaft geworden, worauf sie schon lange hinarbeiteten. Der Dollar ist das sicherste Geld der Erde und hat dem englischen Pfund-Sterlingwechsel den Rang abgelaufen.¹⁾ Für die Erweiterung politischer Macht ist ihnen allerdings der Krieg nur eine verpaßte Gelegenheit gewesen, weil der eitle, unwissende, phrasenhafte, schwache Wilson von den gerissenen Staatsmännern an der Seine und der Themse wie ein zusammengeknickter Hampelmann in den großen Papierkorb der Weltgeschichte geworfen wurde. Damit ist der amerikanische Imperialismus in der Weltpolitik zeitweise zurückgewiesen, doch ist seine offensichtliche Tendenz nicht vernichtet. Die Kanadier und die Australier schätzen ihn höher als den englischen ein, wie dies die britische Reichskonferenz von 1921 deutlich werden ließ, auf der die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses von ihnen beanstandet wurde, da sie antiamerikanisch sei, nachdem schon vorher Flottenabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und ihnen verabredet waren, die eine Solidarität der jungen Einwanderungsstaaten bekunden, in welchen die weiße Rasse das erste Glaubensbekenntnis ist. Diese Politik des Rassegegensatzes ist auch nicht ohne weltwirtschaftlichen Beigeschmack. Man denke nur an die chinesische, ostindische und japanische Auswanderung.

Uns Deutschen ist von den Feinden unter der Maske der Entrüstung auch ein imperialistisches Gelüst vorgeworfen worden. Der Trieb zum politischen, selbständigen Dasein und zur Erweiterung der Macht steckt in jedem Staat, aber die Deutschen haben ihn meist mißachtet, wenn er etwa gelegentlich heftig hervorbrach, indem sie andere Ziele individueller oder kosmopolitischer Art weit höher stellten und auf Kultur, Philosophen und Dichter stolzer waren als auf kriegerische und politische Taten, auf Staatsmänner und Heerführer. Zum Imperialismus gehören Überschätzung des eigenen Volkes und Unterschätzung fremder Völker. Die Deutschen unterschätzen sich nicht, wenn sie an ihre Geistes-taten denken, sie überschätzen hingegen im ganzen die Nationen, die westlich von ihnen wohnen, und vermutlich deshalb, weil sie festere

1) Vgl. F. A. Vanderlip, Was Europa geschehen ist, deutsch 1921, 193f.

Lebensformen haben. Sie vermeinen mit dem furor teutonicus alles zu zwingen, wenn es not tue, sie wollen nicht glauben, daß der Krieg nur die Fortsetzung einer klugen Politik und diese die Folge jenes sein muß. Hätten sie politische Einsicht und Festigkeit besessen, sie würden 1918, wenn auch überwunden, so doch nicht zerschmettert worden sein. Man kann auch sagen, hätten die deutschen Politiker den Krieg gewollt, so würden wir ihn auch gewonnen haben. Denn eine solche Tat hätte den Beweis für einen vorhandenen politischen Machtwillen erbracht, der in Verbindung mit dem militärischen Erfolg hätte treten müssen. Unsere Feinde behaupten, wir seien die Kriegsurheber, um der Masse ihrer urteilsunfähigen Bürger heuchlerisch den Vorwand zu suggerieren, den Besiegten zu knechten. Die Lüge ist aktenmäßig historisch erwiesen, für den Völkerpsychologen war ein solcher Beweis gar nicht nötig. Es liegt nicht in der Psyche des deutschen Volkes, dergleichen anzuzetteln, und man wird die Anklage um so mehr zurückzuweisen haben, als die uns führenden und die entscheidenden Persönlichkeiten das getreue Spiegelbild dieser seelischen Verfassung gewesen sind. Deutschland hat politisch immer nur selbstbewußt dagestanden, wenn es von einem großen Mann geführt wurde. Ihm gegenüber bewährte sich die Treue seiner Bevölkerung, der Pflichteifer und der Gehorsam gegen den überlegenen Geist. Ein solcher ist höchst selten, und eine Ausnahmeerscheinung ist kein brauchbares Werkzeug für einen Imperialismus, der lange Zeiträume einer Entwicklung in Stetigkeit voraussetzt. Weltvormachtstellung verlangt dauernde politische Selbstbeherrschung und ein unverrückbares Ziel.

Eine alle Länder überwältigende Vorherrschaft läßt sich in der Weltwirtschaft ohne viel Phantasie ausdenken, und da sie den Völkerfrieden in sich schließen würde, könnten sie die Pazifisten nicht prinzipiell ablehnen. Ob jedoch ein wirtschaftliches, dauerndes Gedeihen mit einem solchen Friedenszustande verbürgt ist, muß als zweifelhaft gelten. Dem Vorteil, daß kriegerische Gewalttätigkeiten von der herrschenden Macht unterdrückt würden, steht der Schaden entgegen, daß die nationalen Kräfte sich zu selbsttätigem Tun nicht mehr regen dürfen oder nicht können.

Der Imperialismus Roms ist in innere Schwäche versunken, so daß er eine leichte Beute der von Norden heranstürmenden Germanenstämme wurde. Die herrschende römische Rasse war nicht volk- und kinderreich genug, um in alle Teile des weiten Reiches Beamte und Legionen hinaussenden zu können. Sie hatte sich bereits im Schaffen des großen Staatswesens und in Kriegen verbraucht, vermochte im

Reichtum dem Luxus nicht zu widerstehen und wußte das Eindringen fremden minderwertigen Blutes in das eigene und damit die Korruption nicht fernzuhalten.

Ein ähnlicher Verlauf der Dinge müßte sich bei einem Imperialismus, der die ganze Erde umspannte, wiederholen, nur würden die siegesreichen Barbaren nicht von jenseits der Grenze, sondern aus dem Innern hervorbrechen. Freilich, daß ein solches Reich aus den heutigen Verhältnissen entstehen kann, läßt sich mit Fug und Recht in Abrede stellen. Welche physische und moralische Kraft würde dazu nötig sein, um die ganze Erde zu unterwerfen und zu beherrschen! In keinem Volke ist eine solche Überlegenheit vorhanden, und jeder Versuch würde zu Abwehr in der Vereinigung der Bedrohten führen.

Man könnte sich auch die politische Zukunft so vorstellen, daß wenige große Reiche — vier bis sechs — alle Kleinstaaten aufsaugten und, um zu einer Stetigkeit zu gelangen, sich mit weitreichender oder vollständiger Autarkie ausstatteten. Ein solcher Staatsbildungsprozeß wurde im 19. Jahrhundert viel geglaubt, weil die Tendenz zur Großstaatsbildung beobachtet wurde. Deutschland und Italien hatten sich national geeint, England, Rußland, Frankreich, Japan, die Vereinigten Staaten wurden immer umfangreicher, Kanada, Australien, Südafrika schlossen sich zu Bundesstaaten zusammen. Die politischen und wirtschaftlichen Vorzüge des großen sozialen Betriebs waren auch unverkennbar, und es wurde oben darauf hingewiesen. Aber sie besagen nicht alles und sind bedingt.

Der Weltkrieg endigte in der staatlichen Raumerweiterung der Sieger, die mit ihrer Stärkung nicht zu verwechseln ist.¹⁾ Zugleich wurde Österreich zertrümmert, und von Rußland wurden die Randstaaten abgelöst. Neue Kleinstaaten entstanden, und Deutschland wurde verkleinert, um als leichter Raub für die Zukunft vorbereitet zu werden. Die neuen Gebilde sind da, und schon regt sich der Wille des Zusammenschlusses. Estland, Lettland und Litauen scheinen zu einer wirtschaftlichen Verständigung zu gelangen. Die Polen sind allerdings an allen Grenzen verhaßt, aber auch bei ihnen verlangen einsichtige Politiker Verständigung mit den Nachbarn, und Finnland weiß ebenfalls mit seiner Isolierung nichts anzufangen. Der Anschluß Deutsch-österreichs an das Reich ist für ersteres aus wirtschaftlichen Gründen dringend geboten. In Amerikas Mitte haben sich neuerdings kleinere

1) Wie sehr die deutschen Kolonien unter englischer Verwaltung heruntergekommen sind, ist bekannt und konnte von den Engländern nicht bestritten werden.

Staaten uniert, offenbar um dem Übergewicht des Nordens zu trotzen, und in Spanisch-Südamerika regt sich der hispano-amerikanische Gedanke aus dem gleichen Grunde. Auch die Balkanstaaten wollen die Isolierung fliehen. Für die Weltwirtschaft ist eine zu große Summe von selbständigen Wirtschaftsgebieten kein Segen. Die Vertragsmöglichkeiten werden erschwert, der Handel und der Transport zu sehr zersstückelt, der Valuten sind zu viele. Verbindungen sind daher auch aus nichtpolitischen Gründen erwünscht.

Andererseits zeigen sehr große Gebilde doch auch unverkennbare Schwächen. Sie sind national und kulturell nicht einheitlich. Die Sonderbestrebungen von Kanada, Australien, der Ukraine, Indien, Ägypten sind bekannt. Auch wirtschaftliche Schwierigkeiten sind da. Die Autarkie, unter der sich die großen Reiche wirtschaftlich stärken wollen, stößt auf Widerstände, die den höchsten wirtschaftlichen Fortschritt hintanhaltend. Sie liegt oft nur im Vorteil einzelner Landesteile, in dem anderer nicht. Die richtige Grenze, wieweit ein Land auf sich selbst stehen soll und inwieweit es besser auch auf fremde Produktion angewiesen ist, ist schwer zu ziehen. Daß jedes größere seine Kräfte möglichst vielseitig, soweit es seine natürliche Beschaffenheit zuläßt, auszugestalten hat, ist von Fr. List und von dem Amerikaner H. C. Carey und anderen ausreichend bewiesen worden, sowohl aus der gegenseitigen Befruchtung der großen Produktions- und Verkehrsweige, als auch im Hinblick auf Kriegszeiten, in denen einzelne Länder aus der Weltwirtschaft ausgeschaltet sein können.

Aber diese relative Unabhängigkeit braucht nicht Selbstgenügsamkeit und Abschluß zu bedeuten. Die Erfahrung hat das Gegenteil wünschbar gemacht. Je mehr Deutschland und die Vereinigten Staaten in den letzten vierzig Jahren zur Vielseitigkeit der Produktion übergegangen sind, um so mehr sind sie in die Weltwirtschaft eingedrungen, da die Konzentration der ökonomischen Kräfte zu immer größeren Überschüssen über den eigenen Bedarf des Landes geführt hat, und der mit dem Export ausgeweitete Verkehr wachsend zu größerer Ausnutzung der Weltkonjunktur anreizte. Ist somit keine Gefahr gegeben, daß die wirtschaftliche Verselbständigung zur Trennung der Länder hintreibt, so ist der Abschluß auch deshalb nicht erwünscht, weil er die Internationalisierung der Technik unterbinden würde, durch die das, was in einem Lande erfunden wird, zum Gemeingut vieler wird. Die Konkurrenz der Volkswirtschaften steigert sich gegenseitig zudem nicht bloß auf diesem Gebiete, sondern auch auf dem der richtigen Verwendung der Kapitalien und Arbeitskräfte und dem der Sozialpolitik.

Dazu kommen noch zwei andere Grenzbestimmungen der zu weitgehenden Nationalisierung des Wirtschaftslebens. Erstens die Transportfrage. Sind die Länder groß, so werden Produktions- und Konsumtionsort oft weit auseinander liegen, weshalb es billiger sein kann für die Verbraucher, aus dem näheren Ausland als aus dem Inland zu beziehen. Der innere Freihandel braucht dann soweit keinen Vorteil mehr zu bringen. Jeder Zoll wird in der Regel in den Grenzgebieten stärker als in den Mittelpunkten empfunden.

Als Zweites sind die Wechsel der volkswirtschaftlichen Konjunktur zu nennen, nicht bloß der periodischen, die in den Krisen gipfeln, sondern auch der sich über Jahrzehnte hinziehenden des Aufschwungs und Niedergangs der Nationen. Deutschland und die nordamerikanische Union haben von 1890 bis 1914 das schnellste Tempo des Voraneilens gehabt, dem Frankreich und England nicht zu folgen vermochten. Italien blieb von 1860 bis 1900 rückständig, Österreich wohl weniger, konnte sich aber mit dem Reich in seiner Entwicklung nicht messen. Kanada ist seit den letzten dreißig Jahren der Meinung, daß es im 20. Jahrhundert die Rolle der Union vom 19. spielen werde, und Argentinien ist nicht minder froh, seine Blüte zu entfalten.

Alle Differenzierungen der Konjunkturen unter den Volkswirtschaften bringen Anziehungen und Abstoßungen von Arbeitskräften und Kapitalien zwischen den Ländern. Die zurückbleibenden entsenden Auswanderer und Wanderarbeiter und legen ihr Geld in die vorteilhaften Unternehmungen des Auslandes an, die fortschreitenden heben sich mit fremder Hilfe, bis auch bei ihnen Sättigung eintritt, was dann zu einer anderen Bilanzierung der Kräftelagerung auf der Erde hintreibt.

Die Entwicklung der Weltwirtschaft im 19. Jahrhundert und bis zu der Gegenwart erklärt meist die Theorie aus derjenigen der einzelnen Volkswirtschaften allein, wie ein Kompagnongeschäft von drei Rechtsanwälten immer mehr gedeiht, je mehr jeder hinzulernt. Hat jedoch die Firma damit Ansehen gewonnen, so genügt später ihr Name schon allein zur Ausdehnung des Betriebes, zu der Anstellung von Hilfskräften, der Erweiterung der Räumlichkeiten und der Übernahme neuer Geschäftsarten.

So hat auch die Weltwirtschaft, zu etwas Ganzem geworden, das allgemein menschliche soziale Vorkommnis der Wechselwirkung in sich aufgenommen. Aus den geschaffenen, ihr Wesen ausmachenden Dauerbeziehungen der Völker ergaben sich neue Verkehrseinrichtungen, Dampfschifflinien, Fähren- und Eisenbahnanschlüsse, durchlaufende Wagen Postverbindungen, Telegraphen, Telephone, Stationen für Fun-

kensprüche. Die Weltwirtschaft hat den Standort von Produktionen in Ländern und Gegenden durch feste Absatzbeziehungen in Großbetrieben und Gruppen von mittleren Betrieben befestigt, Weltmärkte und Weltpreise entstehen lassen, zu der Verallgemeinerung der Goldwährung beigetragen und auf die Ausdehnung und Neuschaffung völkerrechtlicher Verträge gedrungen.

Die Weltwirtschaft gleicht einem System kommunizierender Röhren. Wird die in ihnen befindliche Flüssigkeit in einer aufgefüllt, so hebt sich das Niveau in allen. Italien hat wenig Eisen und keine Kohle, und es blieb ihm nichts übrig, als sich beides zu verschaffen, da ein Großstaat ohne Eisenindustrie nicht bestehen kann. Es war genötigt, die industriell vorangeschrittenen Länder nachzuahmen. Die elektrischen Stadtbahnen sind ebenso wie in Berlin und Wien, so in Sidney und Rio notwendig geworden. Die zwischenstaatliche Konkurrenz erzwang seit 1890 die Verwendung des Fahrrades, des Automobils ebenso sicher wie ehedem der Dampfmaschine und des Telegraphen. Die Mißgunst eines Volkes mag einem anderen die Seekabel wegnehmen, die Erfindung bleibt Allgemeingut, das unter veränderter politischer Lage auch anderweitig benutzt werden kann. Wie der Weltpostverein so stark war, daß er durch den Krieg nicht zerstört werden konnte, so haben auch die Telegraphieverträge sich bewährt, und die geraubten Kabel werden allen Völkern dienen, da die Kabeleigentümer an der Verbindung der Länder ein ökonomisches Interesse haben.

Die Tatsache der internationalen Zusammenhänge, durch menschliche Aktivität hervorgebracht, wurde Ursache eines neuen Ansporns zur Tätigkeit. Auf die Weltwirtschaft kann der Lehrsatz des Spinoza Anwendung finden: „Je mehr Vollkommenheit ein Ding besitzt, desto mehr Realität hat es, und desto mehr handelt es und um so weniger leidet es, und umgekehrt je mehr es handelt, desto vollkommener ist es.“¹⁾

Hat die Erde in ihrem Gesamttelegraphennetz eine Art Nervensystem, so macht sich die Erschütterung der großen Politik oder des großen wirtschaftlichen Lebens an einem Ort durch schnellste Nachrichtenverbreitung bald überall fühlbar, weil weithin Interessenfäden gesponnen sind. Es gibt ein gemeinsames Bewußtsein der Störung, sobald ein Krieg ausgebrochen ist, wie dies niemals deutlicher als 1914 zutage getreten ist. Alle Effekten- und Warenbörsen, selbst viele kleinere Märkte reagierten in ihren Preisen, viele Börsen mußten geschlossen werden, Kredite wurden rücksichtslos gekündigt, Moratorien als ein

1) Ethik, deutsch von I. H. von Kirchmann. 1877. S. 255.

zweifelhafter Schutz den Schuldnern vielfach zugebilligt, um den Zusammenbruch der Produktion zu verhüten, die Schiffe fuhren nicht mehr aus, da die Kaperei drohte, die Kassen wurden mit Bargeld aufgefüllt, das der Zirkulation entzogen wurde, und die Furcht vor dem Mangel trieb die Verbraucher zu unnormalen Käufen und Einlagen in Keller und Speicher.

Schon der vorausgehende Balkankrieg hatte dem internationalen Verkehr tiefe Wunden geschlagen. Damals war die Solidarität der weltwirtschaftlichen Interessen stark genug gewesen, die Ausbreitung einer allgemeinen Panik zu ersticken. Der Sommer 1914 wurde zu sehr überrascht, und es zeigte sich deutlich, wie eng alle fünf Kontinente untereinander verknüpft waren. Dieses Gesamtempfinden auf der ganzen Erde ist eine neuzeitliche Erscheinung, im 18. Jahrhundert gab es dergleichen nicht. Mochte man damals in der deutschen Kleinstadt auch sprechen „von Krieg und Kriegsgeschrei, wenn hinten, weit in der Türkei die Völker aufeinander schlagen“ — zu Hause blieb's beim alten. Wie weit wohnte man in jener Zeit in Europa allein voneinander entfernt, wie selten kam ein Brief aus dem Ausland! Eine Reise von Norddeutschland nach Italien war mühsamer und gefährlicher als eine Rundreise um die Erde zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Seit der Entdeckung Amerikas und des Seewegs nach Ostindien bis zur Erfindung der Dampftransportmittel kann man schon von einem Weltverkehr sprechen, da sich der Handel über die ganze Erde ausdehnte, wenn er auch größere Zahlen nur zwischen einzelnen Ländern annahm. Eine Weltwirtschaft als soziale Gesamterscheinung bestand indessen nicht, wie in unserer Zeit, und wurde in ihren Anfängen auch nicht erkannt.

Jedes Land stand für sich allein und dachte nicht bloß bei seinem Auslandsgeschäft daran, was es gewinnen, sondern wie es zugleich jedem anderen etwaige Gegenansprüche austreiben könnte. Auch in den letzten 60 Jahren war jede äußere Wirtschaftspolitik egoistisch, aber sie lautete nicht: „Ich werde dir abnehmen, was ich kann“, sondern: „Du hast zu geben unter der Voraussetzung, daß ich dir auch gebe“, wobei freilich oft die Frage „wieviel“ offenbleiben mochte.

In der Weltwirtschaft unserer Tage konnten sich daher alle Länder produktiv heben, wenn es auch nicht gleichmäßig geschah. In der wirtschaftsgeschichtlichen Periode von 1500 bis 1800 stehen Blüte und Verfall nebeneinander. Sie wird mit dem Niedergang der italienischen Handelsrepubliken eingeleitet, und der Aufstieg von Portugal und Spanien steht ihm zur Seite. Dann versiegt die Wirtschaftskraft der pyre-

näischen Halbinsel, und an der Spitze marschieren Holland und Frankreich, die dann ihrerseits durch England verdrängt werden.

Die ökonomische Lehre, die diesen Zeitraum vorwiegend beherrscht, ist die monetar-merkantilistische. Sie ist auf das Gesamtwirtschaftsleben der Staaten gerichtet, das jetzt mit der Entwicklung ihrer Verkehrswirtschaft geschaffen wird. Die Stadt mit ihrer gewerblichen Arbeitsteilung, ihrem Handel und ihrem Geld ist das Vorbild für den staatlichen Wirtschaftsgedanken, der zwar auch die Landwirtschaft im Rahmen des Ganzen zu berücksichtigen hat, aber sie wie von seiten der Stadt hinter das verarbeitende Gewerbe und den Handel zurückstellt.

Die Staatsbildung geht ihren eigenen politischen Weg in Ausdehnung und Zentralisation. In einer langen Reihe von Kriegen und mit den teuren stehenden Heeren erweitern sich die stärkeren Staaten auf Kosten der schwächeren, wofür die bekannten Friedensschlüsse, der westfälische, der pyrenäische, der Nymweger, der Carlowitzer, der Utrechter, der Nystader, der Hubertusburger, bekannte Marksteine sind. Zugleich wird der Absolutismus mit Unterwerfung der Feudalaristokratie vollendet. Wir begegnen der allgemeinen Beamtenregierung, der Verselbständigung der Finanzen und dem wirtschaftspolitischen Eingriff des Staates in die Tätigkeit der einzelnen, alles um die Landesmacht zu heben, zu der auch der Glanz des Hofes gehört.

Die agrarische Produktionsweise wurde technisch nur wenig verändert und verhartete in der ständischen Gebundenheit. Die Grundherrschaft verlor wohl an politischer Gewalt, wurde aber in der Verstärkung ihrer sozialen Überhebung über den Bauer geduldet, der ihr abgabe- und fronpflichtig zur Verfügung war und Einbuße an alten Rechten und Landeigentum erlitt.

Das Handwerk stand still oder verfiel. Die Staatsgewalt fand kein Mittel, es zu heben, als sie ihm die politischen Rechte nahm und die Zünfte beaufsichtigte. Um so mehr beschäftigte sie die aufkommende Manufaktur und die Hausindustrie. Die Konzession beider wird dem Zunftmonopol entgegengesetzt, und Einfuhrverbote fremder Industriewaren, Schutzzölle, Ausfuhrprämien, Steuervergütung, Geldunterstützung, Zwangsabsatz, Ausfuhrerschwerungen von Rohstoffen und Nahrungsmitteln, Erlisten ausländischen Absatzes durch Handelsverträge, Auswanderungsverbote und Einwanderungsbegünstigungen werden zu ihren Gunsten eingeführt. Die Staaten des Westens greifen zu dem gleichen Zweck auch zur Koloniengründung, zu den die eigene Flagge bevorzugenden Schifffahrtsgesetzen, zu überseeischen Monopolgesellschaften.

Die Hebung der Industrie und des Handels, besonders des auswärtigen, war die eine Aufgabe der merkantilistischen Staatspraxis. Mit ihrer Erfüllung ging eine zweite zusammen, den Übergang von der Eigenproduktion zur Geldwirtschaft zu verwirklichen. Indem beide gedanklich vereinigt wurden, entstand ein theoretisches Lehrgebäude, das in England am besten durchgebildet wurde.¹⁾

England war durch seine Lage hochbegünstigt, zu dem Industrie- und Handelsstaat²⁾ von dem mittelalterlich agraren überzugehen, es besaß in seinem Boden wertvolle Naturschätze zur Verarbeitung, und die es bewohnende herrschende Rasse war durch Arbeitsenergie und Unternehmungslust, durch Erfindungsgabe und politische Beharrlichkeit ausgezeichnet. Es verfügte über keine Gold- und Silberbergwerke, weder daheim noch in seinen Kolonien, und vermochte sich doch in den Besitz von Edelmetall so reichlich zu setzen, daß es sich mit ihm immer neue Kanäle des wirtschaftlichen Verkehrs graben konnte.

Daß beide merkantilistischen Bestrebungen der industriellen und der geldwirtschaftlichen Ausbildung nicht zusammenzufallen brauchen, zeigen uns manche junge Agrarländer des 19. Jahrhunderts, die ein brauchbares Geldwesen, aber keine Industrie und keinen Aktivhandel besitzen. Wo hingegen die Industrie geschaffen ist und das eigene Exportgeschäft blüht, gibt es selbstverständlich eine Geldverkehrswirtschaft, die noch weiter fortgeschritten sein kann als in jenen Agrarstaaten.

Das Mittelalter war bis in seine letzten Jahrzehnte nicht reich an Edelmetallfunden.³⁾ Das meiste Gold und Silber stammte aus dem Altertum und hatte sich durch Abnutzung bei wiederholten Umprägungen und den Export nach dem Orient vermindert. Der hohe Wert beider gegenüber anderen Waren regte den Bergbau Deutschlands, Österreichs und Ungarns im 15. Jahrhundert an, und die europäische Zirkulation, die bei der noch vorherrschenden Eigenwirtschaft keine großen Anforderungen stellte, begann lebhafter zu werden. Doch erst mit den Schätzen von Mexiko, Peru und Bolivien wurde Europa, wohin sie

1) Vgl. H. Eisenhart, Geschichte der Nationalökonomik. 1910. S. 15f.; J. Kautz, Die geschichtliche Entwicklung der Nationalökonomik und ihrer Literatur. 1860. S. 243f.; Karl Marlo, Geschichte und Kritik der ökonomischen Systeme. 2. Aufl. 1884. S. 50f.; A. Blanqui, Geschichte der politischen Ökonomie, deutsch 1840. I. S. 225f. II. 1f.

2) Im Listschen Sinne, d. h. ohne die Landwirtschaft preiszugeben. Der einseitige Industriestaat ist eine Schöpfung erst des 19. Jahrhunderts.

3) A. Soetbeer, Beiträge zur Statistik der Edelmetalle. Ergänzungsheft 51 zu Petermanns Mitteilungen, ergänzt von W. Lexis, Conr. Jahrb. B. XXXIV. Heft 3.

über Spanien den Weg nahmen, so gesättigt, daß sich die Geldwirtschaft, zuerst über die Mittelpunkte des Großhandels, dann auch einigermaßen über die Kleinstädte und selbst über das Land, wenn auch hier in abgeschwächter Weise, verbreiten konnte. Die wachsenden Angebote an Edelmetall in der Form von Münzen führten zu einer Warenpreissteigerung, welche die Produktion vor allem in den verarbeitenden Gewerben vorwärtstrieb. Bis tief in das 18. Jahrhundert hinein steht diese Tatsache der Edelmetallentwertung bei allen nationalökonomischen Fragen des Geldwesens im Mittelpunkt des Denkens. Geld und Edelmetallgeld wurden lange als identisch behandelt, und erst im Hinblick auf das Lowsche und anderes Papiergeld des 18. Jahrhunderts fing man an, den Geldbegriff weiter zu fassen.¹⁾

Man hat den merkantilistischen Theoretikern den Vorwurf gemacht, daß sie mit dem Satz „Geld ist Reichtum“ den eigentlichen Reichtum der Völker, den am Gebrauchs-, Verbrauchs- und Produktivvermögen, mißverstanden hätten, als sie das Tauschmittel, das nur eine mäßige Quote des Reichtums sei, über die Tauschgüter stellten, auf deren Vermehrung alles ankomme. Allein nicht mit vollem Recht. Denn einmal war die das Geld überschätzende Auffassung doch nur diejenige einer extremen Richtung und blieb nicht ohne Kritik in der merkantilistischen Lehre selbst, und dann war der Kern der Lehre von einer späteren Gegnerschaft nicht richtig interpretiert worden, die den Wohlstand eines Volkes nur in addierten Werten begriff und für die schöpferische Kraft des Geldverkehrs keine Distanz zur Abschätzung fand. An der Ausbildung der produktiven Verkehrswirtschaft ist die zunehmende Masse des Goldes und Silbers stark beteiligt gewesen. Indem nun die Staatsmänner und die ökonomischen Schriftsteller die Blüte der Orte und Länder bewunderten, wo sich die Geldwirtschaft bereits gut durchgesetzt hatte, wurde ihre Aufmerksamkeit auf die Vermehrung von Gold und Silber im eigenen Land immer von neuem hingelenkt.

Es mag hinzugesetzt werden, daß damals wie auch heute der allgemeinen Volksmeinung nach von allen materiellen Gütern Geld am höchsten geschätzt wird. Es ist abstraktes Kaufmittel, mit dem man glaubt alles kaufen zu können. Verkaufen bietet dagegen oft Schwierigkeiten. Bei jeder Verkehrsstockung sucht der Geschäftsmann seinen Kassenbestand zu mehren, denn zahlen kann er nur mit Geld, während der Gläubiger Waren in Zahlung nur nimmt, wenn es ihm paßt. Der optimistische Liberalismus mit seiner Naturalgüterbetrachtung, die als

1) Vgl. K. Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie. 2. Aufl. 1907. S. 162f.

solche die nationalökonomische Einsicht zwar nach einer Richtung hin vertiefte, übersah dies, indem er vermeinte, daß jedes neue Tauschgut seinen Absatzweg von selbst auffinde¹⁾, womit er die besondere Wertschätzung eines Mannes, der Geld in der Tasche hat, zu vernichten vermeinte. Aber dennoch sind die Menschen von ihrer alten Vorstellung nicht abzubringen gewesen. Wie B. Shaw z. B. satirisch bemerkt, wird jemand in England erst dadurch zu einem vollendeten modernen Gentleman, wenn er über ein ausreichendes Bankkonto, d. h. so gut wie über Bargeld verfügt. Allerdings kann es Zeiten geben, in denen der Nimbus des Geldzaubers zu schwinden droht, wie in dem vom Feinde eingeschlossenen und ausgehungerten Deutschland von 1918, wo die Eigenversorgung Trumpf wurde, oder wie im heutigen Rußland, wo der Rubel auf weniger als ein Tausendstel seines ehemaligen Wertes dahinschwand.

Die monetar-merkantilistischen Dogmatiker zogen nun von der edelmetallischen zentralen Perspektive folgenden Schluß: Die Völker, die nicht selbst die erforderlichen Bergwerke besitzen, haben Gold und Silber im Wege des Handels zu beziehen, und zwar müssen zu dem Zweck mehr Waren aus- als eingeführt werden, damit ein einzufordernder Saldo an Edelmetall aus der Handelsbilanz vorhanden ist.²⁾ Damit ist auch eine Richtschnur für die innere Wirtschafts- und die äußere Handelspolitik gegeben, die auf die Ausbildung der Industrie hinzielte, auf einen Zweck, der schon an sich motiviert war. Man erklärte, daß man mit hochwertigen Manufakturwaren die Handelsbilanz am besten „aktiv“ zu gestalten vermöge, da bei den damaligen Transportverhältnissen die Massenausfuhr von Rohprodukten zu schwierig war, wenn sie auch im Seehandel nicht übersehen werden konnte. Da nun die Länder mit der Politik der Gewerbeförderung Rohstoffe und Lebensmittel daheim festhalten wollten, blieb nichts übrig, als der Bilanzlehre etwas Gewalt anzutun, d. h. sie auf die industrielle Warenausfuhr vorwiegend zuzustutzen.

Der geldtheoretische Ausgangspunkt der Nationalökonomie wurde bereits in der Zeit der merkantilistischen Praxis modifiziert und auch prinzipiell angefochten³⁾, ebenso wie die die Gewerbe einseitig för-

1) I. B. SAYS Theorie der Absatzwege.

2) Als theoretischer Begründer der Bilanzlehre gilt Thomas Mun, Englands Treasure by Foreign Trade or the Balance of our foreign Trade is the Rule for our Treasure. 1664.

3) Von W. Petty, D. North, I. Locke in England, von P. Boisguillebert, Vauban in Frankreich, S. Kautz. A. a. O. S. 305f.

dernde Politik schon vor A. Smith kritisiert worden ist. Wurde eine der beiden Theorien als falsch nachgewiesen, so war für die andere damit indessen noch nichts ausgesagt. So fand die extreme Gewerbepolitik im 19. Jahrhundert noch manchen Anhänger, der von dem Irrtum der Bilanzlehre überzeugt war.¹⁾

Die egoistische Politik des merkantilistischen Zeitalters, die die Intrige der Diplomatie und die Land- und Seemacht zu Hilfe rief, wenn sie mit wirtschaftlichen Mitteln nicht gelang, war weniger Leidenschaft und Kurzsichtigkeit als Ergebnis des Systems. Erstens züchtete ein Land dieselben Manufakturwaren wie das andere, so daß die gleiche wirtschaftliche Konkurrenz sich überall fühlbar machte. Dazu kam ein Zweites: Indem die Manufakturen mit allen denkbar staatlichen Mitteln begünstigt wurden, wuchs ihre Warenmenge schnell über den heimischen Bedarf hinaus, der bei der noch stark verbreiteten Eigenwirtschaft nur in den Städten, die damals noch klein waren, einigermaßen regelmäßig vorhanden war. Daher mußte das Ausland aufgesucht werden, und da auch hier der Absatz beschränkt war, war es begreiflich, daß man auf keinerlei politische Mittel verzichten wollte, ihn zu heben, wogegen dann von der anderen Seite die Abwehr ebenfalls bis aufs äußerste angespannt wurde. Die Entwicklung des inneren Marktes vollzog sich im 18. Jahrhundert und im Anfang des folgenden nur langsam. Als Deutschland mit der Kontinentalsperre Napoleons in seinem Export geschädigt wurde, dauerte es doch 39—40 Jahre, ehe in dem Zollverein ein Ersatz für ihn geboten wurde. Erst mit den Eisenbahnen wurde der inländische Verkauf ein allgemeiner.

Der weltwirtschaftliche Grundgedanke der gegenseitigen Förderung der Volkswirtschaften verwirklicht sich zuverlässig erst mit der unter den modernen Transportmitteln sicher und dauernd ermöglichten zwischenstaatlichen Produktionsverteilung, unter der sowohl Rohstoffe und Lebensmittel gegen Industrieprodukte zum Austausch kommen, als auch Halb- und Ganzfabrikate in immer neuen, zunächst konkurrenzlosen Formen und bei der Differenz der Konjunkturen in den einzelnen Ländern zu stark wechselnden Preisen angeboten werden, hatte auch schon vorher die kosmopolitische Grundtendenz des Liberalismus, die unter Betonung des Freihandels den wirtschaftlichen Völkerverkehr in

1) Man erkannte, daß die Handelsbilanz nur ein Teil der international verpflichtenden Bilanz ist, aus der erst Edelmetallexporte abzuleiten sind, ferner daß man auch Edelmetall auf Kredit z. B. gegen Staatsanleihe beziehen, und daß die Edelmetallbewegung durch den Diskont reguliert werden oder sich auch automatisch ausgleichen kann.

einzelwirtschaftlichen Handlungen zu atomisieren bemüht war, das Prinzip „do ut des“ als „weitschauendes Interesse“ in die Vorstellung des Welthandels hineingetragen.

Der wirtschaftliche Fernverkehr des 18. Jahrhunderts ging fast restlos im Warenhandel und in Verbindung mit ihm in der Schifffahrt auf, im 19. ist er ungemein vielseitig geworden durch Hinzutritt der ausländischen Kapitalanlage, der Effektenbewegung, der Wanderarbeit und des Reisens, der Versicherungs-, Kommissions-, Zahlungs-, Speditions- und Depotgeschäfte unter direkten und indirekten Verknüpfungen. Damit ist ein kunstvolles Netz ungezählter Maschen gewebt worden, das offene oder stillschweigende Berücksichtigung in allen internationalen wirtschaftlichen Verträgen verlangt, die ehemals nur auf den Warenhandel zugeschnitten zu sein brauchten.

Die Tatsachen des vielseitigen und großen wirtschaftlichen Verkehrs auf der Erde sind erst in der neuesten Zeit gegeben, sei es daß jetzt die Eigenproduktion völlig zurückgedrängt und die Geldwirtschaft fast überall vollendet wurde, sei es, daß die Transportmittel für Waren, Menschen und Nachrichten neue vollkommene Formen annahmen. Die Verkehrswirtschaft eines Landes steigert sich unter dem Gedanken der Gegenseitigkeit. Wie sollte diese Wahrheit nicht auch über seine Grenzen hinaus gelten? Immer hat sie wieder Fuß gefaßt, so oft der Völkergegensatz auch an ihr gerüttelt haben mochte.

Auch der große Krieg hat die mühsam gewonnenen weltwirtschaftlichen Einsichten getrübt und den Glauben unter den Siegern verbreitet, daß die Waffe dem Weltverkehr befehlen könne, wie er sich zu verhalten habe. Ein großer Irrtum. Bleibt die Verständigung aus, so droht die Gefahr, daß das Werk eines Jahrhunderts zerstört wird und der Einseitigkeitsstandpunkt des Merkantilismus wieder aufgenommen wird, der in seiner Zeit wenigstens das Gute hatte, Manufakturen und Geldwirtschaft entstehen zu lassen, heute aber vorhandene Industrien zum Abbau verurteilen und das internationale Geldwesen vernichten würde.

II. DER EINSEITIGE INDUSTRIE- UND AGRARSTAAT

Stellen wir uns die einzelnen Länder der Vergangenheit als Eigenversorgungen im großen vor, die zwar nicht planmäßig wie eine Einzelwirtschaft, sondern innerhalb der Landesgrenzen bzw. der Zolllinien individualistisch-verkehrsmäßig geordnet sind, so können wir die fortschreitende Auflösung einer solchen nationalen Selbstgenügsamkeit zum Weltverkehr an der statistisch erfaßbaren Entwicklung des Außenhandels messen.

Wie in der patriarchalischen Familienwirtschaft von auswärts das eingebracht werden mußte, was der Boden, über den sie verfügte, nicht hervorbringen konnte, z. B. Eisen, Kupfer, Zinn und Salz, so versorgt eine moderne Volkswirtschaft sich auch mit fremden Stoffen, die Klima und Bodenbeschaffenheit ihr versagt haben, etwa ein europäischer Staat mit Baumwolle, Gold, Kaffee, Tee, Gummi und Gewürzen.

An diese naturgemäße Einfuhr schließt sich eine zweite von solchen Waren an, deren technische Produktion im eigenen Lande zur Zeit oder auch dauernd trotz des bestehenden Bedürfnisses danach nicht möglich ist, wie in südamerikanischen Ländern, die europäische Industrieprodukte aufnehmen, dann eine dritte von Waren, die wohl im Lande hergestellt werden, aber nicht in genügender Weise, wie die Volkswirtschaften des westlichen Europas Lebensmittel und Brennstoffe von Amerika und von Osteuropa kommen lassen; eine vierte sind solche Waren, die ausreichend im Inland produziert werden können, aber dennoch wegen geringeren Preises unter dem Wechsel der Konjunktur vom Ausland bestellt werden.

Das Bestreben der Selbstversorgung und der Unabhängigkeit vom Auslande kann sich bei den drei letztgenannten Warengruppen geltend machen, während es bei der ersteren ausgeschlossen ist. Wie weit man bei jenem Bestreben gehen will, ist eine Frage der Wirtschaftspolitik; wie weit man gehen kann, hängt von der technischen Entwicklung, der Konsumentenzahl und dem Stand der Bedürfnisse ab.

Heutzutage gibt es eine Anzahl Länder, die auf ausländische Rohstoffe und Lebensmittel nicht verzichten können, da die selbsterarbeitete Quote daran nicht mehr genügt. Das ist so, wenn auch in verschiedenem Maße, in Deutschland, Frankreich, England, Spanien, Italien, Belgien, Holland, Schweiz, den nordischen Staaten und dem Österreich alten Bestandes. Andere Länder in Amerika, Asien, Australien, Afrika und Osteuropa sind unter bestehenden Bedürfnissen auf industrielle Importe angewiesen, weil ihre wirtschaftliche Ausbildung noch auf einer niedrigen Stufe steht, die sie nur langsam zu heben vermögen.

Vor hundert Jahren lagen die Verhältnisse in Westeuropa derartig, daß die Einfuhr von selbsterzeugbaren Rohstoffen und Nahrungsmitteln eine Ausnahme war, wie an Grenzgebieten oder bei Mißernten und kriegerischen Störungen. Wie ist nun dieser Wechsel zu dem heutigen Stand eingetreten?

Man macht die fortschreitende Industrie dafür verantwortlich, die unter dem Merkantilismus entstanden, im großen mit neuer Technik weitergeführt wurde, derart, daß zugleich die Bevölkerung unter dem

Druck der Nachfrage nach Arbeitern wuchs, und daß der steigende allgemeine Wohlstand eine Erweiterung der Bedürfnisse zur Seite hatte. Sie ist indessen nicht die alleinige Triebkraft gewesen. Die Ausgestaltung der Transportmittel, mit denen einerseits die Absatzmöglichkeit der Industrieprodukte in die Ferne, andererseits die Zufuhr der umfangreichen Stoffmengen möglich wurde, war mindestens ebenso wichtig.

Der Austausch von unverarbeiteten Stoffen gegen Fabrikate, wie ihn die einseitigen heutigen Agrar- und Industrieländer betreiben, hat sein Vorbild in dem von Stadt und Land der Vergangenheit. Jene bot handwerksmäßige Ware gegen Holz, Steine, Kohlen, Metalle, Wolle, Häute, Pelze und Nahrung, die von diesem stammten. Auch innerhalb der Länder stehen in der Neuzeit industrielle Gegenden, Provinzen, Landesteile den agraren gegenüber, in Deutschland und Italien so gut wie in Großbritannien-Irland und Frankreich, überhaupt in allen Staaten mit einer schon leistungsfähigen, großen Industrie, die sich immer verörtlicht.

Dem Ausgleich zwischen Stadt und Land und zwischen den Landes- teilen wurde der Weg der Nachbarschaft, der gleichen Nationalität, der staatlichen Zugehörigkeit und der umspannenden Zolllinie gewiesen. Ausnahmestellungen an den Grenzgebieten sind bereits erwähnt worden. Der Zusammenhang der Sonderproduktionen im Austausch wird durch Gesetz und Verwaltung gefördert und ist durch außenpolitische Vorgänge nicht gefährdet.

Die Weltwirtschaft ist des Ausgleichs ebenfalls bedürftig. Die Verwirklichung desselben zwischen den Volkswirtschaften ist jedoch weniger gesichert als innerhalb derselben. Denn erstens wird die Zahl der konkurrierenden Länder in der Regel größer als die der Landesabteilungen sein, namentlich soweit sie Fertigprodukte herstellen. Überproduktion und Stockung folgen dem Sichdrängen auf den Absatzwegen. Zweitens zeigen alle größeren Länder ein Bestreben nach Selbstdeckung des Bedarfs, womit die fremde Ware ferngehalten werden kann, und der Verkehr neue Bahnen aufsuchen muß, wenn er fortgesetzt werden soll. Drittens kann die Machtpolitik durch Krieg, Blockade, Handelssperre das zwischenstaatliche Band des friedlichen Ausgleichs ruckweise zerreißen.

Der einseitige Industriestaat ist schlechter daran als der agrare, wenn die Weltwirtschaft versagt. Ungarn und Bulgarien kamen im großen Kriege nicht in eine solche Not wie Deutschland und Österreich. Amerika litt wohl unter dem Mangel der deutschen industriellen Zufuhr, aber von einer wirtschaftlichen Existenzgefährdung war nicht die Rede.

Der entwickelte einseitige Industriestaat kann vermöge seiner hohen Technik mancherlei Ersatzmittel für die fehlenden Rohstoffe finden, wie sie uns der Krieg beschert hat, von denen einige den Kriegsschluß überlebt haben; für Lebensmittel glückte der Ersatz nur in einer höchst bescheidenen Weise. Der isolierte Agrarstaat erzeugt unter einer Sperre immer Gewerbszweige, wenn die Vorbedingungen dazu nur einigermaßen vorhanden sind. So war es in Mitteleuropa unter dem Kontinentalsystem Napoleons von 1806—13, so haben auch während des Weltkrieges südamerikanische Staaten, Australien, Kanada, Rußland neue Gewerbe aufgezogen. War damit der Ausfall auch nicht erstattet, so kam es doch zu wertvollen Ansätzen, die wenigstens zum Teil in der Zeit nach der Aufhebung der Verkehrshemmnisse, wenn auch nur unter staatlichem Schutz, als lebensfähig entwickelt werden konnten.

Die aus der auswärtigen Politik hergeleiteten Bedenken gegen den einseitigen Industrialismus sind nicht überall die gleichen und starken. England mit seiner überragenden Kriegsmarine konnte sie leichter nehmen als das Reich, das an drei Landesgrenzen den feindlichen Armeeaufmarsch zu gewärtigen hatte. Die neutrale Schweiz ist nicht so exponiert als ein Land, das den Angriffskrieg zu jeder Zeit erwarten muß oder durch Bündnisse zu ihm gezwungen sein kann.

Die politischen Konstellationen wechseln. Ist einmal die amerikanische Kriegsflotte so stark wie die englische oder stärker, und erhält England von Rußland direkt oder indirekt durch Westeuropa keine Nahrung, so würde auch die stärkste Erzwingung zur Entwicklung der eigenen Landwirtschaft das Land vor einer Hungersnot bei einem längeren Krieg nicht bewahren.

Die wirtschaftliche Gefahr für ein einseitiges Industrieland, andauernder Frieden vorausgesetzt, beruht in der zunehmenden Industrialisierung der Erde, die den eigenen auswärtigen Absatz erschwert und die einzuführenden Rohstoffe und Lebensmittel verteuert. Von diesem Werdegang wurde vor dem Kriege viel gesprochen. Der Krieg hat große Verschiebungen in der ökonomischen Linie gebracht, so daß andere Fragen in den Vordergrund getreten sind. Das alte Problem wird bald wieder erstehen.¹⁾ Die möglichen Auswege sind nicht mit Sicherheit zu begehen. Der eine ist die industrielle Produktionsverteilung, die aus sich selbst mit einer brauchbaren Vollkommenheit nicht zu erreichen ist, da die Produktionsbedingungen der Landesnatur, Befähigung der

1) Die Industrialisierung Indiens macht heute England schon manches Kopfzerbrechen. Auch Irland wird versuchen unter seiner neuen Verfassung sich eine Industrie zu schaffen.

Nationen, geschichtliche Vergangenheit nicht so stark voneinander abweichen, daß sich eine ganze Volkswirtschaft darauf gegensätzlich zu einer anderen einstellen könnte.

Ein anderer Ausweg ist ein solcher einzelstaatlicher, fortschreitend arbeitsteiliger Vorstoß der Technik, daß die Exportwaren immer billiger und qualitativ vollkommener werden. Das kann zeitweise so sein, wie die Erfahrung gelehrt hat; darauf stets zu rechnen, würde ein nicht zu rechtfertigender Wahn sein.

Ein drittes Ziel ist das seit 1880 von England sich gesteckte. Der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Kraft wird unter Voraussetzung großen Reichtums in den Handel, die Schifffahrt, das internationale Geldgeschäft und den Auslandskapitalismus verlegt, mit dessen Einnahmen statt mit Industriewaren die Importe an Lebensmitteln und Rohstoffen bezahlt werden. Der Industriestaat nimmt die Tendenz zum Rentnerstaat an, der die Sorge um die Erschlaffung der Produktivkräfte nicht verstummen läßt und international so bedenklich ist, weil die im Ausland befindlichen Kapitalien und Unternehmungen vom Feinde beschlagnahmt werden können.

Kommt man also zu dem Schluß, daß der Industriestaat ein gewagtes, wenn auch nicht bewußt gewolltes Experiment gewesen ist, so wird die Politik darauf hingeführt, dieser Tendenz zur Einseitigkeit entgegenzuarbeiten. Daß dies mit einigem Erfolg in Deutschland durch den Schutz der Landwirtschaft geschehen ist, ist eines der wenigen Lichtprodukte der deutschen Politik seit der Jahrhundertwende. Das Ergebnis konnte zwar kein vollkommenes sein, war immerhin so bedeutsam, daß das Reich eine Blockade von $4\frac{1}{2}$ Jahren ausgehalten hat und den Krieg noch länger ertragen haben würde, wenn ihm die Revolution und die Kopflösigkeit der bestehenden Regierungen nicht ein Ende bereitet hätten.

Die Rückbildung von dem einseitigen Industriestaat zu einem vollständigen Agrikultur-, Handels- und Industriestaat, wie er das Ideal von Fr. List war, ist durch die zu ernährende Menschenmenge, die die erfolgreiche Exportindustrie aufgezüchtet hat, außerordentlich erschwert. Drei Perspektiven bieten eine trübe Zukunft.

Entweder muß der Bevölkerungsüberschuß auswandern, wozu für die Europäer noch Kanada, Südamerika und Australien offenstehen. Es müßten Industriearbeiter zum Wanderstab greifen und überseeische Landwirte werden, was sie nicht wollen, am wenigsten die sozialdemokratischen, denen mit ihrer achtstündigen Arbeitszeit und ihren Bedürfnissen nach bequemem Leben und Unterhaltung die Neue Welt keine

lockende Aussicht bieten kann. Die Auswanderung hat zudem das Bedenken, daß sie vermöge ihrer Auslese Eigenschaft die energischen und intelligenten Leute vornehmlich ergreift und somit die Quote der wertlosen Schicht des Pöbels vergrößert. Übersehen wir auch die Möglichkeit nicht, daß die Auswanderer in die Industriearbeiterschaft der Vereinigten Staaten einrückten, wo ihnen harte, täglich lange, unsichere Arbeit bevorstände, so würde das eine Kräftigung der dortigen Exportindustrie sein, die neue Schwierigkeiten dem gewerbetätigen Europa heraufbeschwören müßte. Die deutschen, englischen, belgischen, schweizerischen, böhmischen gelernten Gewerkvereinsleute werden zudem schwerlich Neigung verspüren, dort mit den bedürfnislosen Süd- und Osteuropäern zu konkurrieren, die den Amerikanern ein billiges Arbeitermaterial sind, um ihr open shop oder auch das ihnen zusagende Taylorsystem weiter auszuprobieren.¹⁾

Die große allgemeine definitive Auswanderung — von der Wanderarbeit sehen wir hier ab — zur Entlastung des Industriestaates wird daher nur durch die äußerste Not daheim diktiert werden können.

Oder die Menschenzahl nimmt wieder ab, sowohl durch steigende Sterblichkeit als auch durch Verringerung der Geburten. Mit der letzteren hat bei der Rationalisierung des Sexuallebens J. Wolf gerechnet.²⁾ Diese Tendenz war seit Jahrzehnten in Westeuropa nachweisbar. Wir wissen zunächst nicht, ob sie nach dem Kriege mit seinen psychischen Umgestaltungen fortbestehen wird. Indifferent sich gegen sie zu verhalten ist ausgeschlossen. Der Rassenselbstmord ruiniert das Volk, das ihn befolgt. Es wäre das Ende, der „Untergang des Abendlandes“, wenn durch ihn um Millionen der Industriestaat abgebaut werden sollte. Diesen Gedanken gegenüber müßte die aufgezwungene Auswanderung als das kleinere Übel gelten.

Die Übervölkerung des seines Exports verlustig gegangenen Industriestaates kann drittens in einer kriegerischen Katastrophe endigen, derart, daß die politisch stärkeren Nationen die schwächeren unterjochen, die Industrie der Besiegten vernichten und deren Land in Besitz nehmen. Das Vorbild dazu ist der Versailler Friedensbefehl. Die Franzosen haben mehr als 200 000 Deutsche aus Elsaß-Lothringen ausgewiesen und damit neuen Raum für sich gewonnen. Die Auslieferung der deutschen Handelsflotte und die unmäßigen Kriegskontributionen,

1) Vgl. des Verfassers Schrift, Die Vereinigten Staaten als heutiges und künftiges Einwanderungsland. 1921.

2) Nahrungsspielraum und Menschenzahl. 1917.

um nur einiges zu nennen, sollen den Konkurrenten auf dem Weltmarkt ins Herz treffen. Der Raub der Kolonien ist von demselben Absatzhunger diktiert, womit den Deutschen zugleich das wenige auswärtige Siedlungsland entrissen wurde, dessen sie so dringend bedurften. Wohin eine solche zweischneidige Politik führen muß, ist leicht abzusehen. Die Ausmerzungen der besiegten Völker ist der Weg zu einem nicht auf sie zu beschränkenden bolschewistischen Chaos, das Zivilisation und Kultur vernichtet.

Eine Möglichkeit für eine Anzahl einseitiger europäischer Industrieländer, aus den sie belastenden Zukunftssorgen herauszutreten, wenigstens teilweise oder für absehbare Zeit — die vom wirtschaftlichen Standpunkt ebenso hoffnungsvoll ist, wie sie gegenwärtig vom politischen als fast verzweifelt beurteilt werden muß —, ist der handelspolitische Gegensätze überbrückende Zusammenschluß der mittel- und osteuropäischen Staaten industrieller und agrarer Beschaffenheit.

England und Frankreich gehören nicht dahin. Ersteres ist ein mehr als gesättigtes Weltreich, viel zu groß und zu mächtig, um einem europäischen Konzern auf wirtschaftlicher Grundlage angehören zu können, auch zu sehr daran interessiert, aus seiner splendid isolation im wirtschaftlichen Sinne nicht herauszutreten, daher es in den letzten Jahrzehnten alle Handelsverträge abgelehnt hat. Es ist mit seinen Kolonien in allen Erdteilen nicht ohne Gefahr der Zerstückelung. Politische Selbständigkeit und wirtschaftlich-autarkische Gelüste sind drohende Gefahren in einzelnen Teilen, nach dem Kriege mehr als ehemals. Doch ist der Zusammenhang der kulturellen Gesinnung im Empire überall dort, wo Englisch gesprochen wird, ruhend auf gefestigter Sitte, geschichtlicher Tradition und nationalem commonsense noch so stark, daß eine politische gegenseitige Anlehnung bleibt und die englische Industrie, der Handel und die Schifffahrt eine Vorzugsstellung behaupten werden. Selbst wenn die englischen Fabriken in einzelnen Kolonialstaaten an Konkurrenzfähigkeit verlieren sollten, würden bei dem Gesamtgefühl der englischen Welt Handel, Auswanderung, Kapitalanlage, Geldgeschäft, Schifffahrt für das Reich noch eine solche Sicherung bleiben, daß die finanzielle Basis der Weltmacht fortbestände, und das Mutterland die politische Anlage seiner Männer zur Kolonisation und zur Beherrschung unterworfenen Fremdstämme in Indien und den Kronkolonien weiterhin betätigen könnte.

Frankreich hat, mit Kolonien reichlich versorgt und mit seiner unveränderten Bevölkerungszahl, aus Mangel an Nahrung und Rohstoffen für einen Anschluß an andere Staaten kein stark zwingendes

Bedürfnis. Was ihm fehlt, Unternehmungslust zum Exportgeschäft, Verbesserung der Landwirtschaft, Modernisierung der Industrie, Aufsuchen des Auslandes durch seine Bürger zur Gewinnung weitgehender Gesichtspunkte in Wirtschaftsorganisation und Technik, produktive Sozialpolitik, wird es nur aus sich heraus, wenn überhaupt, ergänzen können. Niemand vermag ihm dabei zu helfen, wenn man als Ursache von alledem Kindermangel oder fehlenden Willen zur Ausdehnung der Rasse sieht. Die Folge der ungenügenden wirtschaftlichen Kraft ist die Versteifung auf militärische Machtbetätigung in der Form der auswärtigen Politik, gewissermaßen um wirtschaftliche Vorteile im Auslande ohne eigene Arbeit einzuheimen. Ein solches Volk, das immer fürchtet zu kurz zu kommen, wenn ein anderes ein paar Regimenter Soldaten neu zu bilden sich anschickt, müßte in einer Völkerkombination zur gegenseitigen Hebung und Versicherung nach dem Prinzip der Produktionsverteilung nur ein stets die anderen beunruhigender Fremdkörper sein.

An die Aufnahme des ehemaligen deutsch-österreichischen Zolluniongedankens ist nicht zu denken. Man hat sich zunächst an viel einfachere und harmlosere Mittel zu halten, um Mitteleuropa zur Vernunft zu bringen. Die neuen Staaten, die von den Siegern im Weltkrieg unter dem Stichwort des Schutzes der kleinen Nationen, richtiger unter der Devise „divide et impera“ geschaffen worden sind, sind relativ klein und wenig entwickelt, um eine wirtschaftliche Selbständigkeit ausbilden zu können. Die russischen Randstaaten, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Griechenland, Türkei besitzen keine leistungsfähige Industrie, während Deutschland, Ober- und Niederösterreich, Böhmen und Mähren alle ihre näheren und ferneren Nachbarn mit Fabrikaten reichlich versehen können, womit den Agrarstaaten ein gesicherter Absatz ihres Überschusses an Rohprodukten gewährleistet wäre, die die Industriestaaten so nötig haben.

Nun wird der Einwand sofort erhoben werden, daß die zurückgebliebenen Länder keine Neigung haben dürften, sich der deutschen und anderen Industrieüberlegenheit zu unterstellen. Sie würden lieber alles selbst machen wollen, was sie gebrauchen.

Von der Gefühlsstimmung eines Chauvinisten aus wird ein solcher Wunsch leicht Unterstützung finden. Nationalökonomisch Stichhaltiges spricht nicht für ihn. Denn die osteuropäischen Staaten brauchen lange Zeit, um zu einer ausreichenden Stoffverarbeitung in größerem Stil und zu dem, was damit an Hilfsmitteln zusammenhängt, zu gelangen. Die Menschen müssen erst zur industriellen Arbeit erzogen werden,

was bei diesen Nationalitäten, wie sie heute sind, ohne Auslandskräfte nicht möglich sein wird.

Die Voraussetzung zur Ersparung von Kapital bei ihnen, zur erfolgreichen Inanspruchnahme von auswärtigen Krediten, zur Hebung der Geschicklichkeit der Arbeiterklasse, zur finanziellen Gesundung, die der Leistung von öffentlichen Bildungsausgaben vorauszugehen hat, ist die Hebung der heimischen Landwirtschaft und der sonstigen Urproduktionen. Ohne Einfuhr von gewerblichen Waren ist dabei nicht voranzukommen. An eine erfolgreiche Rohstoffproduktion werden sich von selbst Gewerbe anschließen, die mit ihr verwandt sind, Verarbeitungswerkstätten von Nahrungsmitteln zur Ausfuhr, dann Holzsägewerke, Raffinierung von Erdöl, Gerbereien, Erzaufbereitungsanstalten, um nur einiges anzuführen. Erst hinter solchen Werken wird eine Fertigindustrie, zunächst für grobe, einfache Waren, einen Platz einnehmen dürfen, der sich behaupten läßt. Das lehrt die Geschichte jeder Industrie.

Eine handelspolitische Verständigung unter den mittel- und osteuropäischen Staaten kann nie so gemeint sein, daß letzteren die Vorbereitung zu einer Eigenindustrie verwehrt wird. Der Satz: Des Menschen Wille ist sein Himmelreich, soll ihnen nicht gekürzt werden. Man hat sich ja nur davon zu überzeugen, daß das Zusammengehen mit mehr fortgeschrittenen Wirtschaftskörpern ihnen Vorbild, Lehren und Lehrer bringt. Ihnen klarzumachen, daß künstlich mit Prohibitivzöllen und Staatsgeldern errichtete Fabriken nur Potemkinsche Schlösser sind, mag seine Schwierigkeit haben, weil sie ihre Fähigkeiten überschätzen und vielleicht glauben, daß sie es dem Nordamerikaner und Deutschen gleich tun könnten, was sie nicht sind und auch nicht werden, aber man muß zu der nationalökonomischen Einsicht auch kein zu geringes Vertrauen haben, nachdem eine Fülle von Erfahrung vorliegt. Das stärkste Argument ist die Hinfälligkeit des einseitigen Industriestaates. Was soll einmal werden, wenn noch ein halbes Dutzend solcher Gebilde europäischer Klein- und Mittelstaaten zu den bereits bestehenden hinzukommt? Wird die Konkurrenz nicht unerträglich drücken, und werden die stärkeren nicht die schwächeren zu unterwerfen trachten? Ist eine solche Industrialisierung wirklich das Glück der Nation? Großstädte, Aufsaugen und Verbrauch der Landbevölkerung, sozialdemokratische Majoritäten, ist das etwas Kulturfrendliches oder gar eine politische Zukunft Verbürgendes? Nein!

Um die mittel- und osteuropäischen Staaten handelspolitisch unter gegenseitiger Rücksichtnahme sich näher zu bringen, sind langfristige Handelsverträge das erste und zunächst beste Mittel, und zwar unter

einer Tarifbindung, die wohl abgemessene, speziell zugeschnittene gegenseitige Zugeständnisse gewährt. Eine gegenseitige Vorzugsbehandlung dritten Staaten gegenüber werden die Sieger im Weltkriege nicht dulden, daher sie die Klausel der Meistbegünstigung Deutschland gegenüber in Versailles sich vorbehalten haben. Es ist daher nur aus der tatsächlichen Lage und dem guten Willen der Nachbarschaft eine Ergänzung zu erwarten, aus Eisenbahn- und Kanalanschlüssen, aus verbindenden Fluß- und Seewegen, aus einer Erleichterung der Bankverbindung, aus Filiation, Kapitalanlage, Wanderausgleich, bequemer Handhabung des Grenzverkehrs, aus dem Postwesen und dem erleichterten Paßwesen, das nach dem Kriege unter fiskalischer Kleinigkeitskrämerei wieder aufgelebt ist. Solche durch die Vernunft gebotenen Anschlüsse finden eine Gegnerschaft in engherzigen, nationalistischen Treibereien, die sich der parlamentarischen Regierungsmaschine bedienen, die gar zu gern klappert, ohne Mehl zu geben. Die Heranführung ihrer Leute an die Staatskrippe ist eine von den Parteien sehr ernst genommene Aufgabe. Je mehr sich die Länder voneinander absondern, um so mehr Beamte müssen angestellt werden, Zollinspektoren, Kontrolleure, Paßbeamte, Konsuln, Diplomaten, Handelssachverständige usw. Wenn die zwischenstaatlichen wirtschaftlichen Beziehungen hingegen von einer berufständigen Organisation vollständig durch Männer, die von der Sache Ordentliches verstehen, geregelt würden, deren Beschluß nur von dem Parlament entweder angenommen oder abgelehnt werden könnte, so würde dem Gesamtinteresse gut gedient sein, nachdem in dieser Berufsvertretung Unternehmer und Arbeiter, Landwirtschaft, Industrie, Handel, Banken, Transportbesorger und die Finanzminister sich ausgesprochen und unter Kompromissen verständigt hätten. Die direkten und die doktrinären wirtschaftspolitischen Parteizwecke wären dann zum größten Teil ausgeschaltet worden.

Je weiter eine handelspolitische Kombination der mittel- und osteuropäischen Staaten ausgedehnt würde, also auch vielleicht die Schweiz und Italien einbezöge, um so wirkungsvoller müßte sie werden, als Gegengewicht gegen die großen Herren in der heutigen Weltwirtschaft, die unter einer auf einen Gleichgewichtszustand gerichteten Tendenz zu einem festeren Ganzen wieder gelangen könnte.

Sobald Rußland sein kommunistisches Experiment überwunden haben wird, wird es vermöge seiner Größe, Bevölkerung, Ausdehnung und seines Bodenreichtums wirtschaftlich wieder erstarken, wenn auch mehrere Jahrzehnte darüber vergehen mögen. Zu seinem Neubau ist es auf das Ausland angewiesen. Die mitteleuropäische Nachbarschaft wird

sich dabei beteiligen wollen, was ihr aber unter der Konkurrenz mit England, Amerika, Frankreich und Japan im großen nur gelingen wird, wenn sie sich nicht mehr wie bis jetzt bis aufs Blut untereinander bekämpft, sondern wenn sie den Gemeinschaftsgedanken pflegt. Es gibt einen realpolitischen Pazifismus innerhalb der Schranken wohlwogener gemeinsamer Ziele. Er liegt von einer uferlosen Weltunionsidee weit ab, die wegen der Verschiedenheit der Rassen und der Wirtschafts- und Kulturzustände sich zu bescheiden hat und nur als Reflex in dem engeren Rahmen der genannten europäischen Kleinstaaterei eine Aussicht, sich zu verwirklichen, besitzt, an der die Beteiligten nicht vorbeigehen dürfen, wenn sie auch damit rechnen müssen, daß die zu legenden Keime des gegenseitigen Verständnisses nicht alsbald zu starken Bäumen aufwachsen werden. Die Deutschen sind ihrer wirtschaftlichen Tugenden wegen in Rußland von alters her geachtet, aber gerade auch um derentwillen nicht zu entbehren gewesen. Sie werden es auch in einem neuen Rußland nicht leicht haben. Denn Verfassungsveränderung ändert den Volkscharakter nicht. Sie werden sich als Fremde in der Fremde fühlen und gut tun, daran nicht zu rütteln. Mit westeuropäischen sozialistischen Anbietungen werden sie in einer Nation nicht Fuß fassen, deren innerer Machtblick stets auf den Osten und Südosten gerichtet ist und deren bolschewistische Revolution im Grunde barbarisch asiatisch gewesen ist.

III. GLÄUBIGER- UND SCHULDNERSTAAT. DIE VALUTA IM ZWISCHENSTAATLICHEN VERKEHR

Der Gegensatz einer fordernden und verschuldeten Volkswirtschaft fällt mit dem des einseitigen Industrie- und Agrarlandes in der Regel zusammen. In dem letzteren ernährt sich die Nation im allgemeinen reichlicher, wohnt geräumiger, lebt gesunder, steht weniger unter dem Drang des händlerischen Geistes als im ersteren, in welchem der Sparsinn mehr als dort entwickelt ist, wo die aus Massenabsatz der Industrie, aus Handel und Bodenwertsteigerung ersparten Kapitale rasch anwachsen und fortdauernd in der geschicktesten Weise Anlage finden. Die Wirtschaftspsychologie der Landleute und Städter jedes Landes wiederholt sich unter dem Gegensatz des Agrar- und Industrielandes im großen.

Da die Produktivität der Industrie den heimischen Bedarf überschreitet, so wird das Ausland, und zwar mit eigenen Kaufleuten und Schiffen unter der Benutzung eigener Versicherungsgesellschaften und Banken zum Verkauf der Waren aufgesucht, und da die Ausfuhrwerte an Fertigwaren und Leistungen zusammen die Gegenwerte an Roh-

stoffen und Nahrungsmitteln meist überschreiten, so werden diese Überschüsse dem Ausland geliehen, wobei sie die Form des verzinslichen oder gewinnberechtigten Geldkapitals annehmen. Das ist die Grundlage des Auslandskapitalismus, mögen mit ihm im Schuldnerland Eisenbahnen gebaut, Plantagen und Nahrungsmittelindustrien eingerichtet, Bergwerke erschlossen oder Armeen und Flotten ausgerüstet werden. Die Schuldnernation wird dem Gläubiger tributpflichtig und bedient sich bei der Zahlung der eigenen Waren, sie wird aber auch zugleich wirtschaftlich erzogen und kann sich unter Rückerstattung des geliehenen Kapitals von ihrem Herrn emanzipieren. Das Schuldnerland hat in der Regel eine aktive Handelsbilanz, aber seine Forderungen aus ihr erreichen die gesamten seines Gläubigers trotzdem nicht.

Das Verhältnis vom Gläubiger zum Schuldner bringt es mit sich, daß der Austausch von Waren als Grundlage des Verkehrs seines Ausgleichs entkleidet werden kann. Sowohl für die Warenimporte, die als Kapital einströmen, als auch für die zu remittierenden Gewinne und Zinsen braucht keine Gegengabe zu erfolgen. Eine aktive Handelsbilanz, wie sie Rußland bis 1914 hatte, brachte keine Überschußforderung mit sich und die passive gleichzeitige Englands keine Zahlungsverpflichtung. Es kann auch die Fälligkeit des Kapitals und das Einbringen seiner Einnahmen aus der Handelsbilanz verschwinden, wenn beide Forderungen in irgendeiner Form im Schuldnerland zum weiteren Erwerb stehengelassen werden. Ob dies geschieht, hängt davon ab, wie weit das Handels- und Industrieland die agraren und montanen Importe nötig hat, und ob es gewinnbringender für es ist, die Kapitalien im Auslande als daheim zu verwenden. Das letztere ist häufig der Fall, da in einem Agrarlande der Gewinn höher steht, von dem keine oder nur eine geringe Bodenrente abgezogen wird.

Stellen wir alle Forderungen zweier Länder einander gegenüber, so haben wir in diesem Vergleich ihre Forderungs- bzw. Verpflichtungsbilanz. Sie umfaßt außer den Forderungen für gelieferte Ware versprochene Kapitalhingabe, schuldige Amortisationen, Zinsen und alle Arten Gewinne, Ansprüche für Transportbesorgungen zu Wasser und zu Lande, Versicherungsprämien und fällige Versicherungssummen, Kommissionen, Kurtagen, Provisionen, Pensionen, rückständige Gehalte und Löhne von in die Heimat Zurückgekehrten, Familienunterstützung, Erbschaften, Schenkungen und manches andere von geringerer Bedeutung.¹⁾ Sie ist in der Regel aktiv für die älteren entwickelten Länder,

1) Vgl. meine „Kapitalanlage im Auslande“. 1907. S. 70.
v. Waltershausen, Volkswirtschaftslehre

denen sie Vorteil bringt, über dauernde Guthaben im Auslande zu verfügen, mit denen sich die weltwirtschaftlichen Konjunkturen ausnutzen, gewinnreiche Neuanlagen machen lassen, mit denen die Landeswährung gesichert, auf den Schuldnerstaat politisch eingewirkt, das eigene Land finanziell gekräftigt, der Steigerung des Zinsfußes und des Wechselkurses entgegengearbeitet, die ausländische Börse beeinflußt werden kann.

Mit der allgemeinen Verpflichtungsbilanz ist die Zahlungsbilanz nicht zu verwechseln. Sie ist die Gegenüberstellung zu irgendeiner Zeit fälliger und im Geld des Gläubigers beanspruchter Forderung zwischen zwei Ländern oder zwischen Inland und Ausland überhaupt. Aus einer dauernd guten Forderungsbilanz kann nur die Tendenz zu einer günstigen Zahlungsbilanz gefolgert werden, die sich keineswegs immer zu realisieren braucht.

Wenn ein dem Ausland verschuldetes Land von jenem Kredite eingeräumt bekommt, so kann der Wechselkurs, der als der bekannteste Ausdruck der Zahlungsbilanz gilt, für den Schuldnerstaat günstig stehen, da es augenblicklich, jedoch vorübergehend Gläubiger ist, oder ein Land, das Gläubiger in vielen anderen ist, kann unter einem ungünstigen Wechselkurs stehen, wenn es etwa große Subsidien oder eine Kriegskontribution zu entrichten hat.¹⁾

Die Zahlungsbilanz kann mit Banknoten oder Papiergeld vorübergehend beglichen werden, da deren Kurse mit denen der Sichtwechsel — kleine Schwankungen vorbehalten — zusammengehen. Dabei wird die gesetzliche Annahmepflicht dieser Zahlungsmittel in dem sie emittierenden Schuldnerland vorausgesetzt. Vor dem Kriege wurden neben den Devisen oder auswärtigen Wechseln ausländische Valuten an den Börsen in nur mäßigen Beträgen gehandelt, z. B. Rubelnoten in Berlin, Markscheine in Zürich. Eine große Bedeutung gewann dies Geschäft während des Krieges und nach ihm. In viele Milliarden geschätzte Noten befinden sich im Ausland und können täglich zur Zahlung in dem Ausgabeland verwendet werden.

Gehören solche Markbeträge Deutschen, so können sie bei einer ausländischen Bank im Depot liegen und eine Einnahme erbringen, wenn mit ihnen glücklich spekuliert wird; zinsbar lassen sie sich nur machen, wenn sie gegen ausländische Währung verkauft oder verpfändet werden. Ist ein Ausländer der Notenbesitzer, so hat er heute

1) So Frankreich 1871—1873 bei der Zahlung der 5 Milliarden Franken an das Reich.

keine rechtliche Forderung gegen die die Marknoten ausgebende Bank, da seit dem Kriegsausbruch nicht mehr gegen Gold eingelöst wird. Stellt man sich jedoch auf den Standpunkt des Ganzen von Schuldner- und Gläubigerstaat, so gleichen diese Auslandsmilliarden einem Passivum, da jeder in Deutschland dies Geld für die ins Ausland versandten Waren oder Effekten annehmen muß. Sie sind teilweise für Waren und benötigte Devisen abgegeben, teilweise „verschoben“ worden, d. h. deutsche Besitzer haben sie gegen Werte in fremder Valuta umgesetzt, die sie als eine sicherere Kapitalanlage ansahen als die einheimischen Scheine, deren weitere Entwertung nicht abzusehen war, oder haben sie auch nur deponiert, um einer hohen heimischen Vermögenssteuer soweit zu entgehen.

In Friedenszeiten fand der letzte Ausgleich der Zahlungsbilanz zwischen Goldwährungsländern nach stattgefundener Kompensation von Wechseln, Schecks und etwa von Papiervaluten durch internationale Goldversendung statt. Die Goldbestände in den Banken und der Zirkulation waren dazu ausreichend. Diese Sendungen hielten sich in erträglichen Grenzen, da die Goldausfuhr unter Zuhilfenahme der Diskontoheraufsetzung im Gold ausführenden Lande bald ins Stocken kam, und die Zahlungsbilanz sich ausglich. Wenn z. B. der Wechsel in Berlin auf London so teuer zu stehen kam, daß Gold von Deutschland nach England exportiert wurde, so erhöhte die Reichsbank den Zinsfuß für die Darlehenssucher gegen Wechsel oder Verpfändung von Effekten, worauf flüssiges Kapital durch Ankauf deutscher langfristiger Wechsel mit ausländischen Sichtwechseln unter Abzug des erhöhten Diskonts in Deutschland vom Ausland einströmte, wo es zur Zeit niedriger verzinst wurde.

Somit wurde die Zahlungsbilanz zugunsten des Schuldners verbessert, was aber auch noch in einer anderen Weise möglich war. Wenn in London deutsche Wechsel billig waren, man also über ein im Vergleich zu dem eigenen billiges deutsches Geld verfügte, so konnte man deutsche Waren oder Effekten billig einkaufen. Waren solche Geschäfte abgeschlossen, so entstanden neue Forderungen für Deutschland, worauf dann seine Bilanz sich verbesserte.

Mit der Beseitigung der Einlösung der Reichsbanknoten gegen Gold, was beim Kriegsbeginn geschah, um Deutschland seinen Goldschatz zu bewahren, einmal im Hinblick auf eine künftige Währungsregelung, sodann um im Besitz eines brauchbaren Weltzahlungsmittels zu bleiben, wurde das bisherige Ausgleichsmittel der Zahlungsbilanz hinfällig. Diese Bilanz stellte sich den neutralen Ländern gegenüber alsbald als

ungünstig dar, da von ihnen mehr Ware ein- als zu ihnen ausgeführt wurde, welcher Zustand sich im weiteren Verlauf des Krieges immer deutlicher und empfindlicher gestaltete, zumal die Exporte von Effekten und Leistungen der Vorkriegszeit, z. B. auf dem Gebiete des Transportes, immer weniger wurden. Es wurde also z. B. der holländische Gulden in deutschen Noten ausgedrückt dauernd wertvoller. Ehedem hatte das Verhältnis vom Gulden zur Mark, bei Goldwechselln und in Gold einlösbaren Noten, um die Münzparität herumgeschwankt. Hundert holländische Gulden enthalten nach den Münzgesetzen so viel Gold als 168,739 Mk. Jetzt, wo die Goldsendungskorrektur des Kurses fortgefallen war, entschied über den Markkurs allein das Verhältnis von Angebot und Nachfrage in Mark oder Gulden. Hundert Gulden kosteten bald 200 Mk. in späterer Zeit das Zehnfache davon, bis man bei dem Vierzigfachen im Herbst 1921 anlangte.

Die ausländische Valuta hat im Inlande einen Preis in inländischem Geld ausgedrückt, wie jede Ware. Dieser Preis kommt immer unter dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage zustande, wie verschiedene Ursachen auch beide haben mögen. Stimmungen über den Wert der Valuta haben z. B. nur eine Bedeutung, wenn sie auf dem Markt die Konjunktur beeinflussen.

Die ungeheure Entwertung der Mark im heutigen Deutschland auf die Veränderung der Posten in der Zahlungsbilanz, also vor allem auf die Bezahlung von Waren, Leistungen, Schuldzinsen und Kapitalzahlung zurückzuführen, ist die nächste Erklärung. Der Hauptrückgang hat sich erst nach dem Kriege vollzogen. Als sich die deutsche Produktion wieder hob und auch bald der Ausfuhr sich zuwandte, ging doch gleichzeitig die deutsche Mark weiter nach unten, weil die Zahlungsbilanz dauernd passiv blieb. Die Importe überschritten die Exporte, die Forderungen der Handelsmarine waren ausgefallen wie die Zins- und Gewinnforderungen vom Ausland. Man nimmt ferner mit Recht an, daß die Zahlung der Kriegskontribution, soweit sie in Gold zu geschehen hatte, die Mark enorm geworfen hat, indem stets größere Mengen von deutschen Noten bei dem Ankauf ausländischer Goldwechsel geboten werden mußten.

Seit 1914, besonders aber seit November 1918, wurden immer mehr, man kann sagen in progressiver Weise, Reichsbanknoten ausgegeben, und im Januar 1922 war der Stand von 113 Milliarden erreicht worden gegen 2,6 am Ende von 1913. Diese Noten tragen jetzt den Charakter uneinlösbaren Papiergeldes, da sie vorwiegend mit Reichswchseln gedeckt sind, die nur auf dem Kredit des Reiches beruhen. Sie waren bei

III. Gläubiger- u. Schuldnerstaat. Die Valuta im zwischenstaatl. Verkehr 189
der finanziellen Not das einzige Mittel für das Reich, um weiter zu wirtschaften.¹⁾

Diese Geldvermehrung führte zu der oben beschriebenen Inflation oder der inländischen Preissteigerung aus dieser Ursache.

Hat nun diese Geldproduktion und die inländische Preissteigerung auf den Stand des Marktwertes in fremdem Gelde ausgedrückt einen Einfluß ausgeübt? Diese Frage ist zu bejahen. Zwar liegt hier keine Unmittelbarkeit, aber doch eine Notwendigkeit vor, die soweit unbestreitbar ist, als das bei psychologischen Vorgängen möglich ist. Je mehr Geld in die heimische Zirkulation geworfen wurde, um so mehr fürchteten die Besitzer größerer Mengen, daß sich ihr Besitz entwerten werde. Gar mancher suchte daher ihn nach Möglichkeit gegen fremdes Geld oder fremde Waren umzutauschen, und so entstand im Ausland ein dauerndes Markangebot. Keynes schätzte 1921 50 Milliarden Mark im Ausland. Sie wurden zum großen Teil auf diese Angstverkäufe zurückgeführt.²⁾

Diese Milliardenabgaben von Deutschen an das Ausland kann man in die Zahlungsbilanz eingliedern. Wenn die Milliarden exportiert sind und im Auslande bleiben, so spielen sie in der Forderungs- bzw. Verpflichtungsbilanz eine besondere Rolle, je nachdem ihr umgesetzter Wert ein Guthaben eines Deutschen in fremder Währung darstellt oder sie selbst in ausländischer Hand ein Mittel sind, reale Sachgüter aus der deutschen Volkswirtschaft zu entnehmen.

Jedenfalls können diese Verkäufe von Mark den Kurs stark beeinflussen. Aber der Kurs kann auch ohne Beziehung auf die deutschen Bilanzen auf ausländischen Börsen, d. h. ohne daß Deutsche bei dem Geschäft beteiligt sind, geändert werden.

Die genannten 50 Milliarden sind wie eine Weltmarktware auf ausländischen Geldmärkten, auf denen sie Ausländer untereinander in solchen Massen handeln können, daß die Kurse in Deutschland wesentlich dadurch bestimmt werden. Es ist das ähnlich so, wie die Chicagoer Getreidepreise auf den deutschen freien Getreidemarkt bis 1914 einwirkten.

Die Meinungen über die Kursentwicklung der Marknoten können an den Börsen verschiedener Länder voneinander abweichen, und so können

1) Von den ebenfalls in die Zirkulation eingehenden Darlehenskassen- und Reichskassenscheinen wird hier abgesehen.

2) Vgl. J. Wolf, Valuta und Finanznot in Deutschland. 1920. S. 36.

große Wertbeträge von Land zu Land wandern.¹⁾ Haussiers und Baissiers werden so lange einander gegenüberstehen, als die Mark noch ein Handelsobjekt ist, das einmal wertvoll werden kann. Hört diese Aussicht auf, so wird Deutschland aus der Weltwirtschaft ausgestrichen, und seine Volkswirtschaft wird für bankrott gelten.²⁾

Wenn im Auslande Milliardenbeträge an Noten liegen, so kann der Handel in ihnen zwischen Deutschen und Fremden einen solchen Umfang annehmen, daß die Wirkung des Warenaußenhandels ihm gegenüber bei der Kursbildung der Mark ganz zurücktritt. So haben wir es nach dem Krieg erlebt, daß die Schweiz zeitweise zum Reich eine passive Handelsbilanz hatte, und daß gleichzeitig die Mark gegen den Schweizer Franken weiter fiel.

Das gesamte Warengeschäft, das Deutschland mit dem Ausland betreibt, unterliegt dem Stand und den Schwankungen der Valuta. Jede sinkende Mark heißt Verteuerung des Imports, die bei Rohstoffen und Lebensmitteln sehr empfindlich werden kann. Schließlich muß der Kauf aufhören, und es entsteht eine „Valutablockade“, wenn die Preise zu hoch werden. Waren, die genügend im Inlande produziert werden, können schon vorher nicht mehr hineinkommen. Der gesunkene Kurs wirkt hier wie eine Prohibitivmaßregel der Einfuhr. Umgekehrt wird er für den Export zur Ausfuhrprämie. Denn wenn z. B. ein Verkauf zu 1000 Mk. in Deutschland möglich ist und in der Schweiz zu 1230 Fr., und nun entsteht ein Agio auf den Franken, so erhält der Verkäufer nach Umrechnung von der Schweiz vielleicht 1100 Mk. Da er nun von diesem Agiogewinn ein Stück nachlassen kann, so kann er weiterhin die Schweizer Fabrikanten gleicher Ware unterbieten und schädigen.³⁾ Indem die Siegermächte von 1918 Deutschland mit Riesenkontributionen belasteten und damit auf die Zerstörung der deutschen Währung hinarbeiteten, fügten sie den eigenen Produzenten Schaden zu, soweit diese unter der deutschen Konkurrenz standen. Die Folgen waren erhöhte

1) So war nach Zeitungsnachrichten im Oktober 1921 die Schweiz aufnehmend und New York abstoßend. Jedenfalls mußte hierbei der Kurs sinken.

2) Staats- und volkswirtschaftlicher Bankerott sind etwas verschiedenes. Als 1793 die französischen Assignaten auf Null kamen, galt der Staat als bankrott, die Volkswirtschaft konnte aber noch mit vorhandenem Metallgeld und auch mit importierten englischen Noten im Auslande zahlen.

3) Vgl. Über die Valutafrage nach dem Kriege das stoffreiche und wohlgeordnete Werk von Ernst Schultze, Die Zerrüttung der Weltwirtschaft. 1922. S. 259f. und 280f.

III. Gläubiger- u. Schuldnerstaat. Die Valuta im zwischenstaatl. Verkehr 191
Einfuhrzölle, Einfuhrsperrn, um sich gegen dies „Valutadumping“ zu
schützen.¹⁾

Die auswärtigen Händler und Konsumenten profitieren von dem niedrigen Preise in ihrer Währung, stürzen sich mit Gier auf das valuta-schwache Land²⁾ und raffen zusammen, was sie nur an Werten fassen können, nicht bloß bei gewerbsmäßigen Verkäufern, sondern auch bei den Besitzern von Gebrauchsvermögen, die, in der Teuerungsnot befangen, Schmucksachen, Möbel, Bilder oder was sie an Kunstschätzen haben, durch hohe Inlandspreise verlockt, verschleudern.

Gestalten sich nun die Verhältnisse so, daß unter der Exportprämie die Produzenten ihre Geschäfte ausdehnen, und tritt dann ein Steigen des heimischen Geldes im Ausland ein, wie z. B. für Deutschland vorübergehend im Frühjahr 1920, so ist eine industrielle Krise unvermeidlich, die sich von den Zentren der Industrie aus über die Volkswirtschaft als Arbeitslosigkeit und Nachlassen der allgemeinen Kaufkraft ausbreitet.

Die fortgesetzten und großen Schwankungen des Währungswertes gegenüber dem ausländischen Geld, mögen sie aus der sich rasch verschiebenden Zahlungsbilanz oder aus spekulativen Manövern an den Inlands- und Auslandsbörsen, aus Stimmungen über Krieg und Frieden, über schlechtes Budget, neue Ausgabe von Papiergeld, Handelserschwerungen, Kontributionen, drohende Revolutionen hervorgehen, sind ein großes volkswirtschaftliches Übel, das sich in jeder Produktion, jedem Verkehr, jedem Verbrauch fühlbar macht. Die kaufmännische Kalkulation, die Disposition der Erzeuger über ihre Kapitale, der Verbraucher über ihr Einkommen wird unmöglich, Berechnungen weichen dem Spiel, wie im Waren- so im Effektenhandel. Die Differenzmacherei verdrängt das solide Geschäft, und ungezählte Personen, die berufsmäßig mit der

1) E. Schultze (a. a. O. S. 287f., 316f.), unterscheidet mit Recht bei der Valutaschwäche den privat- und volkswirtschaftlichen Nutzen der Ausfuhrprämie. Der letztere ist nicht immer leicht festzustellen. Der niedrige Rubelkurs hat z. B. die Ausfuhr russischen Getreides erleichtert, viele Jahre im vorigen Jahrhundert, und somit geholfen, die russische Landwirtschaft auszu-dehnen. Dennoch hielt Rußland darauf, seine Währung zu verbessern, da die gesamte Volkswirtschaft unter dem Schwanken des Rubelkurses litt. Und dabei ist zu bedenken, daß das Zarenreich ein ganz überwiegend agrares Land war.

2) So wurde z. B. nach dem Valutasturz, den man nach der Entscheidung über Oberschlesien erlebte, Deutschland von einem Schwarm von Dänen, Schweden, Schweizern, wie von einer Heuschreckenplage überfallen; sie kauften alles zusammen, was sie nur fortschaffen konnten.

Börse nichts zu tun haben, wollen sich am Agiogewinn bereichern und setzen ihre Ersparnisse ein.

Wenn wir bedenken, daß außer Deutschland auch Frankreich, Italien, Ungarn die neuen slawischen Staaten, die Balkanstaaten valutaschwach sind, gar nicht zu reden von Rußland und Deutschösterreich, und daß die valutastarken Staaten mit allen jenen Ländern vielartige Beziehungen unterhalten, so wird man verstehen, daß ganz Europa in krankhaften Zuckungen darniederliegt und daß die Weltwirtschaft zer-rüttet ist.

Wir haben gesehen, daß sie Wechselwirkungen untersteht, die zusammengefaßt begrifflich als ein Ganzes erscheinen. Die einzelnen Volkswirtschaften ergänzen sich in technischen¹⁾ und wirtschaftlichen Dingen. Wenn eine große Volkswirtschaft nur, wie etwa die deutsche oder russische, ausfällt, so müssen die meisten anderen doppelseitig als Geber und Nehmer leiden.

Da jeder Staat zu sagen hat, was innerhalb seiner Grenzen gesetzliches Zahlungsmittel ist, so gibt es entsprechend der Staatenzahl auch Währungen. Gleiche Währungssysteme halten nur vorübergehend bei völlig gleicher Verwaltung eine sich nahe annähernde Wertgleichheit, wie das in dem Verhältnis zwischen Frankreich, Belgien und der Schweiz zu sehen ist. Am 9. November 1921 kosteten z. B. 100 Fr. der letzteren 4638 Mk., des ersteren 1828 und von Belgien 1728.

Es ist ein Essentiale der Weltwirtschaft, daß sie unter zahlreichen Währungen steht. Sie ist unter ihnen gediehen, weil die Werte untereinander ziemlich fest eingestellt werden konnten, sie ist gefährdet, wenn diese Anpassung ausfällt. Da aber der Verkehr ohne Geld nicht existieren kann, so muß doch trotz aller Produktions- und Verkehrsstörungen die zwischenstaatliche Abrechnung fortbestehen in Devisen- und Valutenhandel und in der Arbitrage, die auch bei den großen

1) Die Entente hat der deutschen Luftfahrt einschneidende Beschränkungen aufgelegt unter dem Vorwande, Deutschland werde sie eines Tages mit einem Luftkrieg überfallen, in Wahrheit um die deutschen Werke zur Beseitigung der Konkurrenz zu erdrosseln. Dazu schreibt Marinebaurat Engberding (Münch. Neuest. Nachrichten. 6. September 1921): „Kurzichtig genug ist diese Politik der Entente. Sie übersah ganz, daß es sich bei der Fortentwicklung der Luftfahrt um organische Zusammenhänge der Weltwirtschaft handelt, die man nicht ungestraft zerreißen darf, um Kulturfortschritte, die nur dann erhalten und ausgebaut werden können, wenn die ganze Menschheit gemeinsam daran weiterarbeitet. Die Luftfahrt ist ja nicht das einzige Gebiet, auf dem dieser verhängnisvolle Irrwahn der Entente waltet. — Er tritt aber hier besonders kraß hervor“.

Schwankungen des Papiergeldes immer dahin strebt, die Geldarten in einem Zusammenhang zu halten, daß mit ihnen international weitergerechnet werden kann. Das tiefe Bedürfnis der Weltwirtschaft, aus sich heraus die Länder in Beziehung zu halten, ist geblieben.

Sagen wir, für 100 Franken der Schweiz sind 1500 Mk. zu bezahlen, und der Dollar kostet in Berlin 90 Mk. und in Zürich 6 Fr. Kauft jemand für 900 000 Mk. in Berlin Dollars, so erhält er 10 000, kauft er in der Schweiz für den gleichen Markbetrag Franken und für diese 6000 Dollar dort, so hat er dasselbe, wobei von der Spesendifferenz abgesehen wird. Kann er aber in der Schweiz unter der Valutaschwankung des Dollars diesen etwas billiger erstehen, etwa für 5 Fr. 90 Cts., und in Berlin hat sich der Franken- und Dollarkurs nicht geändert, so kann er durch dieses Zwischengeschäft einen Arbitragegewinn erzielen.

Die Folge einer ausgedehnten Arbitrage ist nun ein baldiger Kursausgleich zwischen Berlin und Schweizer Plätzen. Der Franken steigt durch die Nachfrage in Berlin und der Dollar durch die Nachfrage in Zürich.

Die schlechte Valuta eines Landes kann sich also ernstlich nur dem gesamten Ausland gegenüber heben, mit dem es in Zahlungsverkehr steht.

Es gibt in Deutschland gar manchen, dem es vor dem Kriege eine liebe Gewohnheit geworden war, jedes Jahr oder alle paar Jahre eine Reise nach Italien zu unternehmen. Den meisten Leuten dieser gebildeten Klasse ist das heute nicht mehr möglich, da sie verarmt sind. Die übrigen, die mit der Möglichkeit noch rechnen können, hören gern, daß die Kosten des Lebens in Italien nicht ganz so wie in Deutschland gestiegen sind, aber sie sehen auch, daß der Stand der deutschen Valuta gegenüber der Lira diesen Vorteil weit mehr als aufhebt. Sie hoffen daher auf bessere wirtschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Italien, wodurch die Lira billiger werden soll. Diese Schlußfolgerung ist bei der bestehenden Arbitrage verfehlt. Das italienische Geld würde nur erheblich billiger werden, wenn das deutsche sich überhaupt besserte oder ersteres sich überhaupt verschlechterte. Seitdem im Sommer 1921 die deutsche Währung von neuem gesunken ist, ist auch die italienische dem Dollarkurs ungefähr entsprechend gestiegen. Sie wird also erst wieder herabgehen, wenn sich der gesamte Stand zugunsten Deutschlands wandelt.

Man würde eine verbesserte Handelslage mit Italien mit Freuden begrüßen, und jede Verbesserung der deutschen Ausfuhr muß die Zahlungsbilanz etwas günstiger werden lassen. Ein Gewinn würde ebenso

für Italien da sein und seine Gesamtbilanz heben. Dennoch sind beide Vorgänge nur als Teilerscheinungen zu verstehen. Der deutsch-italienische Verkehr macht nur einen mäßigen Teil in dem Gesamtverkehr beider Staaten aus. Die deutsche Ausfuhr nach Italien betrug 1913 3,9% der gesamten und die Einfuhr 3%. Wollten wir auch diese Quote für das nächste Jahrzehnt höher setzen, bei dem Ausfall der deutschen Ozeanschiffahrt und dem Unvermögen Rußlands zu kaufen, so wird man doch erst mit der gesamten Hebung des weltwirtschaftlichen Verkehrs und mit dem allgemeinen Steigen der gesunkenen deutschen Valuta darauf zählen dürfen, daß die Lira in Mark ausgedrückt erheblich billiger würde.

Geordnete und zuverlässige Geldzustände im Innern der Länder und in der Weltwirtschaft sind nur zu erreichen, wenn ein wirklicher Weltfrieden geschlossen wird, die Kämpfe aufhören, die seit acht Jahren toben, der zerstörende Völkerhaß an die Kette gelegt, insbesondere der französisch-polnische Vernichtungswille gegen Deutschland entweder gebändigt oder der Vernunft unterstellt wird. Die maßlosen, unbezahlbaren Tribute der Besiegten bedürfen bei alledem ebenso der Herabsetzung wie die zwischenstaatlichen Verschuldungen aus der Kriegszeit bei den Siegern.

Eine wichtige Aufgabe der Staaten ist, ihre Finanzen zu ordnen und mit der Papiergeldausgabe Schluß zu machen. Sie ist nur zu lösen unter der Voraussetzung politisch friedlicher Zustände im Innern der Staaten und im Völkerleben. Schwieriger ist die Reduktion des Papiergeldes auf geringere Beträge, die notwendig ist, um die im Ausland umherstreifenden großen, den Kurs verschiebenden Beträge zu beseitigen. Denn der Rückfluß kann im normalen Waren- und Effektenverkehr nur in mäßiger Weise vor sich gehen. Wollte etwa Deutschland Waren ausführen und dafür sein Papiergeld vom Ausland nehmen, so würde ja das letztere keine Waren in das Reich absetzen, wobei der auf Austausch begründete Weltverkehr nicht gesunden könnte. Nur nationale und ausländische Anleihen werden hier helfen können, wie man auch immer im einzelnen vorgehen mag.

Wollen die Länder untereinander wieder in regen und wachsenden Verkehr treten, so müssen alle lästigen Handelsbeschränkungen abgebaut werden, die Handelsverträge mit Meistbegünstigungen wieder aufleben, die neuentstandenen Handelsflotten überall Gleichberechtigung besitzen, die Niederlassungen der Fremden überall geduldet, ihre Privatrechte geschützt, Auswanderung, Rückwanderung und Wanderarbeit geordnet, die zwischenstaatlichen Kapitalbewegungen oder Kredite ge-

sichert werden. Man sieht, es gibt viel zu tun. Da die Zerstörung der Weltwirtschaft eine so allgemeine gewesen ist, so kann auch nur ihre Erneuerung gelingen, wenn von allen Seiten und mit vielen Mitteln zugegriffen wird.

D. DIE SOZIALÖKONOMISCHE GESETZMÄSSIGKEIT

I. DIE NOTWENDIGKEITEN IM WIRTSCHAFTSLEBEN. DIE PHYSIOKRATEN

Wäre als höchstes Ziel der Menschheit die asketische Lebensweise anerkannt und verwirklicht worden, so würde sich keine Wirtschaftswissenschaft ausgebildet haben. Die praktische Volkswirtschaftslehre ist aber von jeher lebensfreundlich gewesen, entsprechend dem Willen der Völker, der sich für diese Richtung einsetzte. Indem sie mehr Reichtum in der Gesellschaft und zugleich die Steigerung der Bedürfnisse anstrebte, wollte sie dem Glück der Menschen dienen, mochte sie es sich als Lebensgenuß oder auch als eine darüberstehende Kultur denken. Auf der Unterlage des materiellen Wohlbefindens sah sie das Reich der geistigen und sittlichen Bildung automatisch sich erheben.

Wenn die politisch-ökonomische Praxis Grundsätze des Sollens aufstellte, so bedurfte sie bei ihrer weiteren Vertiefung der Erkenntnis, wie die Dinge tatsächlich waren, um die Grenzen ihres Handelns zu begreifen. So entstand die Theorie.

Jede theoretische Wissenschaft hat die Aufgabe, unter klar umschriebenen Begriffen wiederkehrende Tatsachen als etwas Allgemeines zu ermitteln und in ihnen Zusammenhänge von Ursache und Wirkung, die sich ebenfalls regelmäßig wiederholen, auf einen abstrakten Ausdruck zu bringen. Das gilt ebenso für die Astronomie wie für die Volkswirtschaftslehre, so verschieden beide auch sonst sein mögen.

Viele Erscheinungen von großer wirtschaftlicher Bedeutung sind als Erfahrungen so allgemein bekannt, daß sie zu dem gewöhnlichen Inventar des menschlichen Denkens gehören und daher die besondere Hervorkehrung in der Wissenschaft nicht nötig haben, z. B. daß der Tag die Nacht und der Winter den Sommer ablöst. Der Fortschritt des Wissens besteht nun darin, daß bekannte Tatsachen immer genauer ermittelt, die Begriffe schärfer auf sie angewandt und in ihrem Zusammenhang deutlicher erfaßt, die inneren Notwendigkeiten der Kausalität erklärt und bisher nicht beachtete oder beobachtete Erscheinungen verzeichnet werden.

Aus den Tatsachen, die die Menschen in ihrem sozialwirtschaftlichen Leben umgeben, lassen sich diejenigen aussondern, die für ihr Dasein unabänderlich gegeben sind. Mit ihnen müssen sie sich zunächst abfinden, was jedes Individuum von neuem zu lernen hat, entweder Ent-sagung zu üben oder, was die Nationalökonomie betont, sich mit den gegebenen Kräften an sie anzupassen. Diese Anpassung gelingt ihnen in wechselnder Weise je nach ihrer Rassen- und Einzelbegabung und je nach ihrer geschichtlich erklommenen Stufe. Aus der Veränderung der Zustände und Begebenheiten, in die sie aktiv eingegriffen haben, folgern sie eine Freiheit des Handelns, aber jedes Nachdenken macht sie darauf aufmerksam, daß diese Freiheit keine absolute ist. Das ergibt sich schon aus dem Begriff der Anpassung, denn es ist etwas Festes da, an das die Anpassung stattzufinden hat. Der Rock, den ein Schneider seinem Kunden anprobiert, ist an dessen natürliche Gestalt, das See-schiff an den Wellengang des Meeres, an Strömung und Wind, die Berg-bahn an die Steigung des Abhanges gebunden. Der tätige Mensch mag sich schmeicheln, daß es in seinem Belieben steht, Schnitt und Stoff seines Rockes auszuwählen, das Seeschiff rot oder schwarz anzustrei-chen, die Bergbahn elektrisch oder mit Dampf zu betreiben. Den ge-gebenen Naturtatsachen will er nicht enttrinnen. Sie gelten ihm psy-chisch als Motive, denen er unbedingt folgt, während andere seiner Wahl sich zu fügen scheinen. Jedoch auch diese Freiheit unterliegt der Kausalität, die eine Eigenschaft seines Denkens ist, mag sie ihm auch oft genug verdeckt sein oder mag er sich über sie täuschen. Der Kunde läßt sich bei dem Rockschnitt von der Mode leiten, der Schiffbauer von dem Bedürfnis der Reederei, ihre Schiffe von denen anderer Gesell-schaften zu unterscheiden, der Bahnbautechniker von der Billigkeit des Betriebes oder der Annehmlichkeit für die Passagiere. Und solche Be-stimmungsgründe lassen sich weiter motivieren, wobei die Dinge immer verwickelter werden. Aber das ist doch einleuchtend, daß die vorhan-denen äußeren Notwendigkeiten als unmittelbar unabänderliche am leichtesten verstanden werden und sich für die Abstraktion zweckdien-lich ausscheiden lassen.

Gegeben ist dem Menschen der Raum des Erdballes mit seiner Be-schaffenheit. Das einzelne Volk kann zwar sein Gebiet auf Kosten eines anderer vergrößern, kann Ödland kultivieren, dem Meere ein Stück Ufer abgewinnen, aber der Planet bleibt wie er ist. Gerade darum, weil der Boden beschränkt ist, kämpfen die Völker um ihn. Denn sie wissen, daß er die wichtigste Voraussetzung jeder Versorgung und ihrer Zu-kunft ist. Ebenso sind die Bodenarten und geographischen Lagen, die

Mineralien und Kohle als feste Mengen vorhanden, bleibt auch zeitweise ein Irrtum über die genaue Bestimmung der Quantität nicht aus. Das Klima mag in längeren Perioden schwanken, die drei Zonen, die arktische, die gemäßigte, die tropische sind für Zeiträume, mit denen die Menschen rechnen, unverrückbar. Die physikalischen Axiome und Prinzipien, die chemischen Gesetze beherrschen die Technik aller Produktion.

Und was ist der Mensch selbst? Ein kurzes Leben, ein Augenblick, eine Abhängigkeit von seiner physiologischen Beschaffenheit, eine Folge seines biologischen Rhythmus. Seine Bedürfnisse sind aus seinen körperlichen Funktionen zunächst gegeben, andere kommen hinzu, und sind sie einmal befriedigt, so setzen sie sich fest. Der die Freiheit liebende Philosoph will sich von manchen Bedürfnissen emanzipieren, die Masse der Menschen, die sie einmal besitzt, denkt nicht daran und gehorcht bei der Einschränkung nur der Not. Die Spannung zwischen Bedarf und Vorrat wird ihr dann ein fühlbares Mißverhältnis, das sie zwingen wird, ökonomisch zu verfahren. Aber auch abgesehen davon ist dies Verhalten nach dem wirtschaftlichen Prinzip oder der Sparsamkeit gemäß geboten.

„Unser Leben ist begrenzt,“ schreibt H. Dietzel¹⁾, „jede Einheit, Kraft und Zeit, welche dem gegebenen Zwecke geopfert wird, ist unwiederbringlich verloren. Deshalb gebietet die Vernunft, mit diesen Mitteln unter allen Umständen zu sparen, und ferner auch gebietet sie — folgerichtig —, mit allen sonstigen Mitteln zu sparen, deren Bereitstellung oder Verwendung einen Aufwand von Kraft und Zeit kostet.“

Man kann das Prinzip auch das des kleinsten Mittels nennen, womit es einen allgemeinen Ausdruck erhält, der für alle menschlichen Tätigkeiten gilt. Es ist dann nur in der Wirtschaft eine besonders prägnante Erscheinung. Henry George²⁾ führt die Wissenschaft der Nationalökonomie auf Grundsätze zurück, die „dem metaphysischen Ausdruck des physikalischen Gesetzes entsprechen, daß die Bewegung die Linie des geringsten Widerstandes sucht, nämlich daß der Mensch seine Wünsche mit möglichst geringer Anstrengung befriedigt“.

K. Diehl³⁾ hält das ökonomische Prinzip nicht für den richtigen Ausgang der Volkswirtschaftslehre, da es nur eine privatwirtschaftliche Bedeutung habe, für die Sozialwirtschaft nicht gelte, die höhere Ziele verfolge und oft genötigt sei, ökonomische Opfer zu bringen, also hier

1) Theoretische Sozialökonomik. 1895. S. 178.

2) Fortschritt und Armut, deutsch 1881. S. 9.

3) Theoretische Nationalökonomie. 1910. I. S. 135, 323.

nicht nach dem genannten Prinzip verfare, z. B. bei dem Schutzzoll, der für die Gesamtheit geboten sein könne, wenn auch das Konsumenteninteresse darunter leide.

Bismarck sagte einmal einem Politiker und Nationalökonom, daß er sehr wohl wisse, daß der Schutzzoll auch seine Mängel habe, er möge ein besseres Mittel vorschlagen, die heimische Produktion zu schützen. Aber dieser kannte kein besseres, und ein besseres gibt es auch nicht. Es war eben das „kleinste Mittel“ in der Wirtschaftspolitik. Es kann aber auch das billigste sein, was der Anschauung Fr. Lists von der Ausbildung der Industrie unter günstigen Verhältnissen mit einem Zoll entspricht. Das Opfer zeitweise höherer Preise soll nach ihm von Deutschland gebracht werden, um eine Industrie entstehen zu sehen, die, wenn sie da ist, die Nation billiger versorgen wird als bisher. Privatunternehmer verfahren häufig auch nicht anders. Sie bringen große Opfer, ehe sie auf dem Markt festen Fuß fassen. Das ist für sie die richtige Ökonomie.

Der Ausgangspunkt der Volkswirtschaftslehre kann immer nur der Begriff der Wirtschaft sein, nicht ein Organisationsprinzip der Gesellschaft. Denn diese wird als wirtschaftende gedacht, daher muß man zuerst wissen, was Wirtschaft ist, und ihr ist das genannte Prinzip innewohnend.

Das natürliche Sein oder Geschehen wird in dem individuellen Wirtschaftsdasein den Zwecken des einzelnen, in dem sozialen denen der Gruppe unterstellt. Aber es besteht fort, und wie überhaupt, so gilt auch im Wirtschaftlichen: „Kein Mensch kann aus seiner Haut heraus.“ Der Trieb der Selbsterhaltung, das Streben, über Menschen und Dinge Herr zu werden, der generative, der Entwicklungs-, der Konkurrenztrieb ist ihm angeboren, und keine Wirtschaftsverfassung kann an diesen Kräften vorübergehen. Die Menschen sind von Natur ungleich, nach Geschlecht, nach Alter, nach Charakter, nach Intellekt, der Tüchtige hebt sich unter anderen hervor, der Schwache weicht zurück. Niemand kann allein stehen, er bedarf des Mitmenschen, wie dieser seiner. Das gemeinsame Handeln ist natürliche Vorschrift, und in jeder Gesellschaft muß Ordnung, also Unterordnung sein. Diese Grundprinzipien des Zusammenlebens verwirklichen sich immerdar, und werden sie einmal gestört, so werden sie um so eifriger neu begründet. Der Notwendigkeit sich zu beugen wird als Zwang empfunden. Instinktmäßig unterwirft sich das Tier, der Mensch steht um so höher, je mehr er den Zwang bewußt erkennt und demgemäß handelt. Das nennt er Freiheit.

Die Vorstellungen der Notwendigkeiten kreuzen sich in seiner Seele.

Seine eigene Energie gibt ihm das Gefühl einer Freiheit, und er ist auch praktisch frei, soweit seine Macht reicht. Sein Ich ist ihm selbst ein Motiv, und er sagt, wo ein Wille, da ist auch ein Weg. Das ist ein guter Satz für ihn, der seinen Willen befestigt. Aber es ist auch gut für ihn, daß er weiß, daß kein Baum in den Himmel wächst.

Zwischen die Tatsachen der Natur und ihre Wünsche baut sich jede Zeitepoche für ihre Wirtschaft ein Gebilde der Technik, des Rechts, der Sitte, um einen Kompromiß zwischen beiden Polen zu finden, unter dem sich leben läßt.

Ich stieg einmal an einem Tage im Hochsommer von einem Gipfel des bayerischen Algäus bis zum Bodensee nieder. Auf dem Felsgrat in der Höhe von 2000 Metern suchten sich genügsame Ziegen und Schafe ihre Nahrung an Alpenpflanzen und schweiften über den weiten Besitz einer Dorfgemeinde hin, dessen Grenzen durch einige Steinmänner und Gatter markiert waren. Unter dem Felsen setzten Grasalden ein, die so steil waren, daß die Mäher sie nur mit Steigeisen betreten konnten. Der Boden war den Grundeigentümern abgepachtet, die selbst keinerlei Betrieb hier ausüben wollten. Es vermochte kein Großvieh zu weiden, während das genügsame Kleinvieh auf die Felsenregion angewiesen blieb. Nun führte mich der Weg lange durch den Staatswald, und beim Heraustreten erinnerten mich die Glocken einer Kuhherde, daß ich die Gemeinweide, die alte Allmend durchschritt. Kam ich ins untere Tal nahe dem Städtchen, lagen rechts und links an der Straße mit einem Lattenzaun eingehegte große, rechtwinklig abgeteilte, wohlbewässerte Wiesen mit fast meterhohem Gras. Sie gehörten als Privateigentum Hausbesitzern, die sich außerhalb des Ortes mit Ställen und Scheunen angesiedelt hatten. In der engen Talebene noch weiter bergab lagen unter gleichem Recht längliche, schmale Kartoffel- und Gerstenfelder und kleine Wiesen- und Weidestücke, die auf stattgefundene Teilungen schließen ließen.

Von dem Städtchen führte mich die Bahn in Eile an Stationen und Dörfern vorüber. Die Landwirtschaft wird reicher, der hohe Roggen steht auf dem Felde in Abwechslung mit Klee und Rüben. Obstbäume, dicht mit Äpfeln und Birnen behangen, erheben sich auf grünem Grasboden, nahe dem See schon folgen Gärten im prangenden Blumenschmuck, mit Tomatenbüschen, Stangenbohnen und Krautacker. Zuletzt kommt auch der Rebberg, der Pfirsich- und der Aprikosenbaum.

Das Klima der Höhenlage entscheidet über den Pflanzenbau, bei dem das Privateigentum als die produktivste Wirtschaftsform hinauf bis zur bewässerten Wiese gilt. Auch der erwähnte Steilabhang mit

Gras ist Sonderbesitz, da er so am besten ausnutzbar ist. Die Weiden, die gut gemeinsam zu bewirtschaften sind, stehen im Besitz der Gemeinde, der politischen hoch oben, der alten realen weiter unten. Der Wald, der auch im großen Zusammenhang am besten gepflegt wird, gehört zum geringeren Teil der Gemeinde, zum größeren dem Staat als dem Nachfolger der alten Markgenossenschaft.

Also die Natur schreibt die Betriebsart entsprechend der üblichen Technik und Intensität der Produktion vor, das soziale Recht lehnt sich an die Praxis dieser Bewirtschaftung an, um sie am besten zu ermöglichen. Ehemals war weniger Land aufgeteilt, die Steilweiden waren noch nicht ausgeschieden, die Äcker waren noch nicht so zerstückelt und das Eigentum in der Flur nicht so durcheinander gewürfelt. Dörfer und Städte waren klein. Die Stallfütterung war noch selten, der Fruchtwechsel und der Kleebau waren unbekannt. Man bestellte das Land extensiver. Aber im großen ganzen schrieb auch schon vor Jahrhunderten die Betriebsweise die Grenze zwischen öffentlichem und Privateigentum vor, war auch der Bauer nicht frei von Lasten und Zehnten, und unterstand er einem Obereigentümer. Bei der Erhaltung des Gemeinbesitzes mag die soziale Fürsorge, die kleinen Leute zu beschützen, mitgesprochen haben. Das wichtigste dabei war das Interesse der mehrere Stück Vieh besitzenden Bauern, also der ökonomische Grund, der auch die Vergangenheit beherrschte. Die Rechtsform des Grundbesitzes folgt also natürlichen und wirtschaftlichen Geboten zugleich. Man blieb aber doch an die Natur immer gebunden.

Es können Abweichungen von einer so strengen Ordnung Platz greifen, namentlich dort, wo die Natur weniger kategorisch, d. h. weniger differenziert als hier auftritt, wie in der Ebene unter einem gleichen Klima. Wer wollte es bestreiten, daß es Mächte gegeben hat, die falsch den Besitz zentralisierten und den Boden wider-ökonomisch verteilten. Die Natur läßt ihrer indessen nicht spotten. Ein Volk schafft sich das natürlich-ökonomisch Vernünftige und beharrt dabei oder geht zugrunde, wenn es die Kraft dazu nicht besitzt. Manchmal macht es nur Seitensprünge und kommt auf die richtige Linie zurück. Warum es so vieles Verkehrtes immer gibt, mag der Geschichtsphilosoph beantworten. Die Natur selbst ist ja ein großes Versuchsfeld für Pflanzen- und Tierarten. Der soziale Pflanzgarten birgt auch seine Merkwürdigkeiten, solche, die das Dasein nicht aushalten, und andere, die unausrottbar sind, trotz allem Schicksal, das sie überfällt.

Da alles, was verbraucht wird, dem Erdboden entnommen ist und die Menschen Lebewesen sind, die der Muttererde entsprungen sind, so

lag es nahe, eine volkswirtschaftliche Theorie zu entwerfen, die diesen einfachen Tatbestand zum Ausgang nahm. Die Urproduktion erscheint hier originaler als die Verarbeitung und der Handel. Sie folgt sichtbaren Naturgesetzen. Da aber der Mensch selbst ein Stück Natur ist, so ist auch er deren Geboten bei seiner sozialen Ordnung und somit bei jeder Wirtschaft, also auch in Industrie und Handel unterworfen.

Es ist die physiokratische Lehre, die sich in diesem Gedankengange bewegt. Sie entsteht in Frankreich um die Mitte des 18. Jahrhunderts. Ihr Begründer ist François Quesnay. Neben ihm verbreitern, erläutern, ergänzen sie Dupont de Nemours, J. C. Gournay, Victor Mirabeau, der Vater des bekannten Revolutionsmannes, Nic. Beaudeau, Mercier de Larivière und der Minister Ludwigs XVI. A. R. J. Turgot, der mit selbständigen Gedanken über den Meister hinausgreift.¹⁾

Da nach der Lehre dieser Naturherrschaftler die Urproduzenten oder die Landwirte die alleinigen Erzeuger des Reichtums sind, so heißen zunächst Pächter und Landarbeiter die produktive Klasse. Die Pächter verfügen über den „Reinertrag“, über „eine freiwillige Gabe der Natur“ oder die Pachtrente, die sie nach Deckung aller ihrer Kosten, in die die Verzinsung des beweglichen Kapitals eingeschlossen ist, dem Grundherrn, d. h. dem Adel und der Geistlichkeit abliefern. Auch die Klasse der Grundherren wird als produktiv bezeichnet, weil von ihr die Grundaussagen, Meliorationen, und Gebäude zum landwirtschaftlichen Betrieb hergestellt seien. Eigentlich ist sie indessen als ein wirtschaftlich nichtstuender Konsument gedacht, die Herrin des anciens régime, gegen das das System im Sinne des Aufklärungszeitalters gerichtet ist. Die Theorie ist in Dunkelheiten und Paradoxe gehüllt, um den letzten Sinn aus praktischen Gründen der Gegenwart zunächst zu verbergen, den man in der Revolution sehr wohl erkannte, als man eine Reihe von physiokratischen Forderungen, die man ehemals für ein etwas phantastisches Beiwerk gehalten hatte, ernst nahm.

Alle anderen als die an der Landwirtschaft direkt interessierten

1) Die Darstellung des Physiokratismus — mit weiterer Literaturangabe — bei A. Blanqui, Geschichte der politischen Ökonomie, deutsch 1841. II. S. 60f.; K. Marlo, Untersuchung über die Organisation der Arbeit. 2. Aufl. 1884. II. S. 164f.; Hugo Eisenhart, Geschichte der Nationalökonomie. 2. Aufl. 1910. S. 26f.; J. Kautz, Die geschichtliche Entwicklung der Nationalökonomie. 1860. S. 336f.; Handwörterb. für Staatsw. 3. Aufl. Art. Physiokraten und die einzelnen Namen der Gelehrten. — Eine Erklärung des Tableau économique von K. Marx in Fr. Engels „Dührings Umwälzung der Wissenschaft“. A. a. O. S. 230 und S. X; vgl auch List, Das Nationale System. A. a. O. S. 281f.

Menschen, insbesondere die Handwerker, Manufakturisten, Kaufleute, gehören zu der sterilen Klasse, die deshalb so heißt, weil ihr keine Rente von Natur zufließen kann. Sie erzeugt zwar Wert, aber keinen stofflichen Reichtum. Ihre Arbeit, die sie den Rohstoffen zusetzt, ist gleichwertig dem Verzehr von Lebensmitteln während der für die Warenherstellung erforderlichen Arbeitszeit. Der Preis feiner Spitzen z. B. kann den des Garnes, aus dem sie durch die kunstvolle Hand der Klöpplerin entstehen, um das Tausendfache übertreffen, wenn der Wert der von ihr aufgewandten Unterhaltsmittel tausendmal größer ist als der des Garnes. Daraus folgt, daß die sterile Klasse nur einen Gewinn machen kann, wenn sie von den ihr zufließenden Verbrauchsgütern etwas erspart.

Dieser merkwürdigen Auffassung dürfte die Beobachtung zugrunde liegen, daß die Manufakturarbeiter und die Gesellen der Handwerker nicht mehr verdienen als gerade den notwendigen Lebensbedarf, für den sie ihre Arbeit hingeben.¹⁾ Daß aber die großen Unternehmer und die Handelsgesellschaften ebenso beurteilt werden, ist schwer verständlich. Es wird ihnen nur zugestanden, daß sie im Verkehr sich Quoten der landwirtschaftlichen Produkte aneignen, die mehr sind als das, was sie zum Leben gebrauchen. Was sie durch Privilegien und Konjunkturen gewinnen, verliert die produktive Klasse. Sie werden somit als Ausbeuter angegriffen, die keinen Reichtum erschaffen, sondern ihn von anderen erraffen.

Wie nun der gesellschaftliche Reichtum zwischen den Klassen zirkuliert und sich verteilt, wird an einem Schema mit annähernd der Wirklichkeit entsprechenden Geldzahlen in der ökonomischen Tafel erörtert.²⁾

Der agrare Rohertrag des Landes — gemeint ist Frankreich — beträgt 5 Milliarden Livres. Der Reinertrag, den die Grundherren beziehen, beträgt 2, die eine Hälfte geben sie aus für Lebensmittel, und dieser Geldbetrag fließt also an die Pächter zurück, die andere für gewerbliche Waren, deren Verfertiger damit in die Lage versetzt werden, ebensoviel von den Pächtern, um davon zu leben, einzukaufen. Die Pächter kommen somit wieder in den Besitz der 2 Milliarden, die sie abgeliefert haben. Die übrigen 3 Milliarden verwenden sie zu einem

1) Von Turgot hervorgehoben. Betrachtung über die Bildung und Verteilung des Reichtums, deutsch von H. Waentig 1903. § 6.

2) Analyse du Tableau économique des Quesnay. Herausgegeben von Oncken, abgedruckt in den ausgewählten Lesestücken zum Studium der politischen Ökonomie. Karlsruhe 1911. Bd. III.

Drittel als Bestandauslagen — für Zug- und Mastvieh, Ackergerätschaften und anderes, was zur dauernden Fortsetzung des Betriebes gehört — und zu zwei Dritteln als Jahresauslagen — für Lebensmittel der bei der Landwirtschaft tätigen Personen, für Aussaat, Abnutzung der Gerätschaften usw. Da sie nun zu ihrem Betrieb und zum Leben auch gewerblicher Waren bedürfen, so kaufen sie diese für eine Milliarde von dem sterilen Stand ein und verkaufen für ebensoviel Rohstoffe zur Verarbeitung an ihn. Die Pächter geben also eine Milliarde von ihren zwei wieder aus und erhalten sie dann zurück, womit sie in die Lage gebracht sind, im nächsten Jahre zwei Milliarden an den Grundherrn zu zahlen. Das Kapital der Pächter wird zu 10 Milliarden angesetzt und verzinst sich mit 10%, einer Milliarde, aus der sie ihr Leben bestreiten und die in der Jahresauslage enthalten ist. Die Zinsen gehören also zu den Kosten, die immer wieder reproduziert werden müssen, nachdem sie aus dem Kapital des Pächters vorgeschossen worden sind.

Betrachten wir auch noch die Verzehrer der Produkte zur Kontrolle dieses Zirkulationsprozesses. Es sind 2 Milliarden gewerblicher Waren vorhanden, davon verbrauchen die Grundherren eine und die Pächter mit ihrem Anhang die zweite. Was die Gewerbetreibenden von eigenem Produkt verbrauchen, wird nicht berücksichtigt, was ein Fehler der Betrachtung ist. Von den 5 Milliarden landwirtschaftlichen Rohprodukts konsumieren die Grundherren $\frac{1}{5}$, die Personen des sterilen Standes $\frac{2}{5}$ — Lebensmittel und Rohstoffe zu gleichen Teilen —, die Pächter den Rest, von dem sie und ihre Arbeiter leben, aus dem sie aber auch einen Teil, wie die Aussaat und das Jungvieh, für den produktiven Verbrauch der Zukunft zurückbehalten.

An diese Theorie knüpfen sich nun praktisch politische Betrachtungen an, den Reichtum der Nation, d. h. denjenigen an Roh- und Reinerträgen zu heben. Es sind vor allem drei Gruppen von Forderungen: 1. Das verbreitete Klein- und Halbpachtssystem muß durch die weit produktivere der Großpacht, d. h. die moderne kapitalkräftige Unternehmung ersetzt werden, und die lange Pachtzeit hat an die Stelle der kurzen, der freie Arbeiter an die Stelle des hörigen zu treten. Die feudalen Lasten jeder Art und die Getreideausfuhrzölle haben zu fallen, da sie den Reinertrag schmälern. 2. Die Steuern, die schließlich immer aus dem Reinertrag real stammen, werden zur Zeit auf lästigen, die Arbeit lähmenden, unpraktischen Umwegen erhoben. Sie sollen daher an der eigentlichen Quelle erfaßt, also eine einzige Grundabgabe werden, die die Grundherren zu entrichten haben. Die daraus folgende Produktivität für das Ganze wird ihnen in der Erhöhung der Rente die Ausgabe reich-

lich ersetzen. 3. Die Waren der sterilen Klasse sind so billig und gut herzustellen, als nur möglich ist, um die Kosten der Landwirtschaft zu senken. Alle Monopole und Privilegien, Zünfte, Einfuhrzölle und Verbote haben zu fallen. Die Parole der Zukunft für Industrie und Handel ist Freizügigkeit, Gewerbefreiheit und Freihandel. Die berühmte *Maxime* des „Gehenlassens“ ist physiokratischen Ursprungs.¹⁾ Sie hat mit der Doktrin der Landrente direkt nichts zu tun. Denn es wäre erst noch zu beweisen, daß voller Liberalismus im Gewerbe- und Handelswesen das beste für die Landwirtschaft bringt. Gournay deduziert zu diesem Zweck aus der Natur des Menschen ganz abstrakt: Jedermann kennt sowohl seinen eigenen Vorteil als auch die Wege, ihn zu erreichen, am besten, und indem er diesem Kompaß folgt, dient er der Gesellschaft am sichersten, da die Summe aller privaten Vorteile der Vorteil der Gesamtheit ist. Diejenige soziale Rechtsordnung kann daher allein empfehlenswert sein, die jedem gestattet, die ihm als einträglichst dünkende Beschäftigung zu ergreifen. In der Freiheit der Person und des Eigentums oder in der Auflösung der ständischen Gesellschaft lassen sich daher alle sozialen Ansprüche zusammenfassen. Der Staat hat die Freiheit durch seine Macht zu garantieren und die Individuen ihre wirtschaftlichen Zwecke nach ihrem Belieben verfolgen zu lassen.

Die Physiokratie als natürlich-soziale Lehre ist doppelsinnig. Die Schöpferkraft der Erde und die natürliche menschliche Freiheit stehen nebeneinander, in einem System, das sich den Anschein gibt, die Naturgesetze der Volkswirtschaft zu erklären, wie sie sind. Zugleich wird gesagt, daß die gegenwärtige Welt voll von Ungerechtigkeit und Unwissenheit ist, und daß beide die Menschen verhindern, ihrer Natur nach zu wirtschaften. Man hat also das eigentliche Wesen der Natur zu erkennen und demgemäß zu handeln. Es sind mithin nicht theoretische, sondern praktische Gedanken, die für die Lehre entscheiden.

Wie alle Lehrsätze der Volkswirtschaftslehre werden wir somit auch die physiokratischen nur geschichtlich zu verstehen haben. Die merkantilistische Staatskunst hatte nicht das gebracht, was man sich von ihr versprochen hatte, freilich ohne ihre eigene Schuld. Das Manufaktur und Handel treibende Frankreich, wie es Colbert zu schaffen begonnen hatte, kam nicht zur Entfaltung, da durch die Aufhebung des Ediktes von Nantes der intellektuellste Teil des industriellen Bürgertums abwanderte, und da der verschwenderische Hof und die fortwährenden Kriege die Finanzen ruinierten. Als Ludwig XIV. starb, betrug die

1) A. Oncken, *Die Maxime Laissez faire et laissez passer, ihr Ursprung und Werden*, Bern 1886.

Staatsschuld 2 Milliarden Livres, und die gesamte Staatseinnahme reichte für die Zinslast nicht aus. Unter der Regentschaft erschien der Schotte John Law in Paris, um das Defizit mit Papiergeld zu kurieren, das bei seiner Deckung auf einem schwindelhaften Südsee-Gesellschaft-Aktienbesitz aufgebaut war. Der Zusammenbruch verwickelte das ganze Land in eine langdauernde Krise, unter der das Mißtrauen gegen die bestehende Wirtschafts- und Finanzpolitik, die drückende Kopf- und Grundsteuer und die Steuerverpachtung an die das Volk aussaugenden Publikanen, gegen die Monopole und Privilegien, die Zünfte und bäuerliche Abhängigkeit, die Steuerfreiheit des ersten und zweiten Standes, den verschwenderischen Absolutismus nicht wich und um so heftiger zum Ausdruck kam, als es der dritte Stand unter der Führung von Advokaten, Philosophen und gewandten Schriftstellern der Aufklärung gierig in sich aufzog, um damit überall zu schüren. Alle Reformmaßregeln der Physiokraten liegen in dieser Richtung. Wenn Quesnay, der Leibarzt im Schlosse Ludwigs XV., die absolute Monarchie verteidigte und von ihr die sozialwirtschaftlichen Reformen, wie die alleinige Grundsteuer, die Aufhebung der Feudalordnung und des Merkantilismus erwartete, so hatte er die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Der siegreiche Liberalismus, der die bestehende Sozialverfassung zertrümmerte, errichtete die Republik und guillotinierte Ludwig XVI.

War die physiokratische Lehre von dem produktiven und sterilen Stand eine verkehrte Auffassung der Dinge, weil die unmittelbare volkswirtschaftliche Produktivität in dem organischen Zusammenwirken von Natur, Arbeit, Kapital und Unternehmung in allen Berufen beruht, so hatte sie doch das Ergebnis, die Landwirtschaft aus ihrer in der Wissenschaft vernachlässigten Stellung herauszureißen, in die sie der Merkantilismus verbannt hatte.

Der Reinertrag war in der französischen Volkswirtschaft des 18. Jahrhunderts erzielt worden. Wurde er als zu klein auch angefochten, so war er doch groß im Vergleich zu schlechter kultivierten Ländern. Geschichtlich stoßen wir auf eine so tiefstehende Landwirtschaft bei primitiven Stämmen, daß man von einem beachtenswerten Überschuß über die Lebenshaltung der Bebauer nicht sprechen kann. Von diesem Standpunkt aus ist jeder Fortschritt eines Landes von dem landwirtschaftlichen Überschuß abhängig. Denn nur unter dieser Voraussetzung können sich auch Personen, vor allem die industriellen, mit anderer als mit landwirtschaftlicher Arbeit beschäftigen. Diesen Satz für die Produktivität in der Gesellschaft erkannt zu haben, ist ein Verdienst der Physiokraten. Der Satz gilt auch heute noch, wenn er auch durch die

Einfuhr der Lebensmittel von dem Staatsgebiet auf die Weltwirtschaft übertragen worden ist.

Für die Volkswirtschaftslehre wurde die Physiokratie formell bahnbrechend, erstens dadurch, daß ein einheitliches, von einem Prinzip ausgehendes System zum erstenmal nach der festen Methode der Deduktion aufgestellt wurde, zweitens durch den Satz, daß die Volkswirtschaft ihren eigenen Gesetzen folgt, unter denen nicht Rechtsvorschriften zu verstehen sind, sondern Notwendigkeiten, die man natürliche nennen kann und denen, wenn sie auch im historisch wechselnden Gewand erscheinen, sich die Menschen zu unterwerfen haben.

II. DIE ERFAHRUNGSGESETZE

Wenn ein strebsamer Mensch begriffen hat, daß er an Tatsachen der Notwendigkeit gebunden ist, so hat er auch das Bedürfnis, sie in seinem Gedächtnis zu halten, um sich gegebenenfalls auf sie einzurichten. Er will also aus Zuständen und Vorgängen lernen, weil er mit deren Wiederkehr rechnet. Es mag sein, daß auf Erden kein Ereignis ganz genau, so wie es war, zum zweiten Male eintritt. Das ist für den Mann der Praxis nur eine Spitzfindigkeit, nachdem er die Vielheit gleichartiger Fälle in einem Nacheinander beobachtet hat. Er wohne am offenen Meere. Ebbe und Flut erlebt er täglich wieder, und als Fischer benutzt er den Wechsel in festen Zeitabschnitten. Die allgemeine Regel ist ihm wertvoll zu wissen, wenn er es auch nicht in Abrede stellt, daß das Wasser nicht immer genau bis zu der gleichen Linie steigt, und daß das Meer nicht immer dasselbe an das Ufer schwemmt.

Die Ursache der Erscheinung machte ihm nicht viel Kopfzerbrechen, weil er deren Beeinflussung außerhalb seiner Macht weiß. Das ist aber nicht so bei allen Erfahrungen, die der Mensch mit der ihn umgebenden Natur gemacht hat. Als Gärtner hat er es herausgebracht, daß seine Bohnen gut gedeihen, wenn er den Boden um die einzelne Pflanze lockert und häufelt. Da er nun unter der Vorstellung steht, daß gleiche Ursachen gleiche Folgen haben, so verfährt er jetzt auch sonst regelmäßig in der gleichen, ihm Nutzen bringenden Weise.

Es stehen zwei selbständige, wiederkehrende Tatsachen einander gegenüber: die Bodenbearbeitung und das Gedeihen der Pflanzen. Ihr Zusammenhang ist durch ein Kausalverhältnis bestimmt und hat in der gegebenen Beziehung, daß die spätere aus der früheren folgt, ein praktisches Interesse.¹⁾ Ihn zu erklären besteht, wie bei allen Regelmäßig-

1) Über den Begriff der Gesetzmäßigkeit vgl. W. Wundt, Logik der Geisteswissenschaften. 4. Aufl. 1921. S. 123f.

keiten, ein theoretisches Bedürfnis. Den Theoretiker befriedigt ausreichend die Einsicht, mit der er Macht über das Unbekannte gewonnen hat. Sein Wissen kann indessen praktische Folgen haben. Die erwünschte Lockerung des Bodens ist geboten, damit Luft und Licht, Wärme und Feuchtigkeit in ihn eindringen. Es ist also ein weiterer Satz gewonnen, der in anderen Fällen zur Anwendung zu bringen ist, z. B. in der Beseitigung beschattender Bäume vom Felde oder von hohem Unkraut, das die Erde zudeckt. Aus einer ersten, einfachen Erfahrungsregel ist also eine umfassendere geworden, und es liegt kein Grund vor, zu nicht noch tieferen Auffassungen zu gelangen. Der Weg zum Wissen geht oft über Oberflächlichkeiten und Irrtümer. Ist er gefunden, so stellt sich heraus, wieviel mehr jede Erscheinung bedingt ist, als man ursprünglich annahm.

Je umfassender Ursache und Wirkung formuliert werden können, um so wertvoller ist die Erkenntnis der Regelmäßigkeit. Je spezieller sie gefaßt werden, um so mehr Ausnahmen werden vorhanden sein.

Den regelmäßig beobachteten Zusammenhang der Ursache und Wirkung nennt man Gesetzmäßigkeit. Der Ausdruck stammt aus dem Rechtsleben und bedeutet dort ein zu befolgendes Sollen. Dem geschriebenen Gesetz steht diejenige Notwendigkeit gegenüber, die in den Verhältnissen der Dinge zueinander liegt. Man kann sie als Naturgesetz bezeichnen, wenn man den Begriff der Natur als etwas Allumfassendes annimmt. Alle Wissenschaft geht auf das Aufsuchen solcher Gesetze aus, um dann weiter zu der Aufstellung prinzipieller Grundtatsachen fortzuschreiten. Die Abstraktion ist eine Funktion der Vernunft und die abstrakte Regelmäßigkeit ein Sicherheben über den scheinbaren Wirrwarr der Willkürlichkeiten des Daseins, ein wertvolles Mittel für jedes theoretische Weiterforschen und für die Erreichung praktischer Lebenszwecke.

Alle Erfahrungs- oder empirischen Gesetze, mögen sie die äußere Natur betreffen oder den Menschen selbst, sind in der Beobachtung nicht ohne Ausnahme. Die Ausnahmen treten ein, wenn in dem vorliegenden Fall irgendwelche Bedingung fehlt, die vorausgesetzt wurde, oder daß Ursachen einsetzen, die in diesem Falle andere überwältigen. Ebbe und Flut sind am Ozean und in der Nordsee auffällig, in der Ostsee und im Mittelmeer geringfügig, an den Ufern des Bodensees gleich Null. Die Fichten haben das Bestreben, senkrecht in die Höhe zu wachsen, aber ein überhängender Felsen krümmt sie, und ein regelmäßig über sie brausender Sturmwind wie am Meeresstrand zwingt sie zu einer schrägen Stellung. Ein Ei liegt unter der Henne drei Wochen, bis es ausgebrütet

wird, aber es können auch 19 Tage genügen oder 22 erforderlich werden.

Die Naturerscheinungen, wie das Trägheitsgesetz, das Gesetz der Zusammensetzung der Kräfte, der Erhaltung, der Energie, die als letzte Wahrheiten gelten — obwohl auch sie nicht mehr unbestritten sind, man denke an die Einsteinschen Hypothesen und an die Bezweifelung der Lehre von den chemischen Elementen unter Beobachtungen an Helium und Radium —, tragen gar nicht den Charakter von empirischen Gesetzen. Man hat für sie den Ausdruck von Prinzipien oder Axiomen vorgezogen.¹⁾ Sie sind gegebene ursächliche Tatsachen, die irgendwie und -wo eingreifen, somit wichtige Faktoren in empirischen Regelmäßigkeiten sein können, die sie aber selbst nicht sind. Die feste Ellipsenbahn der Planeten ist ermittelt als empirisches Gesetz, und die Gravitationslehre dient als Erklärung. Von dem Merkur wissen wir jedoch, daß die Ellipse seiner Bahn sich während seines Laufes um die Sonne verschiebt, was von den übrigen Planeten nicht gilt, so daß irgendwelche modifizierende Einflüsse vorhanden sein müssen.²⁾

Diejenigen, welche die Gesetzmäßigkeit im Wirtschaftsleben bestreiten, sind sich über den Begriff des Erfahrungsgesetzes nicht klar. Da in ökonomischen Zuständen und Vorgängen die Regelmäßigkeit in vielen Fällen eine beschränktere ist als in mechanischen, chemischen und tierisch-organischen, so ist das kein Grund, sie zu leugnen. Es ließe sich höchstens daraus schließen, daß es die Aufgabe der national-ökonomischen Wissenschaft ist, solche Regeln aufzudecken, die eine allgemeinere Bedeutung als die bisher bekannten haben.³⁾

Alle empirischen Gesetze der Wirtschaft gehen von bekannten bestimmten Tatsachen aus. Wenn etwas von diesen ausbleibt, kann auch die Regel nicht in Erscheinung treten, und wenn die Erscheinungen schwankender Art sind, so wird auch die Regel modifiziert, kann aber doch noch im ganzen sichtbar sein. Die große Abstufung in der Gültigkeit der ökonomischen Gesetze ist bei der Vielartigkeit und Beweglichkeit der maßgebenden Faktoren begreiflich. Es ist daher die Aufgabe der Wissenschaft, diese Abstufung zu klassifizieren, zu erklären.

1) W. Wundt, a. a. O. S. 135.

2) O. Siebert, Albert Einsteins Relativitätstheorie. 1921. S. 28.

3) Diese Möglichkeit wird mit Recht bestritten von G. Cohn, *Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik*, Zeitschrift für die Ges. Stw. 1910. S. 10: „Der Irrtum ist der, daß man sich immer wieder einbildet, eine strengere Regelmäßigkeit dem Stoffe unserer Wissenschaft entlocken zu können, als die ist, die aus seinem Wesen folgt.“ Darum solle man das beste nicht preisgeben, was der Pflege der Wissenschaft anvertraut sei.

Daß vielen der beobachteten Erfahrungsgesetze eine praktische Brauchbarkeit zukommt, zeigt jede Erläuterung oder Kritik vorgeschlagener wirtschaftlicher Maßnahmen. Ohne die Voraussetzung abstrakter Regelmäßigkeit wirkt die Begründung selten überzeugend. Man will die Zukunft durch sie beherrschen, und das ist nur möglich, wenn man den künftigen Verlauf als notwendig aus zugegebenen Tatsachen folgert. Wenn z. B. jemand erklärt, der Staat dürfe die Kartellierung der Industrie nicht unterbinden, weil Produzenten und Konsumenten darunter leiden würden, so wird dies mit der oft gemachten Erfahrung begründet, daß die Kartelle unter Ausschluß der Konkurrenz die Produktion planmäßiger gestalten, womit dem Produzenten ein Teil des Risikos abgenommen und die Verbraucher mit ausgeglichenem Preise andauernd gut versorgt werden.¹⁾

Die empirischen Gesetze der Wirtschaft sind privat- oder sozial-ökonomischer Art.

In der Landwirtschaft als einem privaten Gewerbe sind die Naturgesetze der Chemie, der Zoologie, der Botanik so einflußreich, daß die Liebigsche Schule die Landwirtschaftslehre der Naturwissenschaft glaubte zurechnen zu müssen. Ein großer Irrtum, da jeder landwirtschaftliche Betrieb nur psychologisch zu verstehen ist, ganz abgesehen davon, daß außer Naturtatsachen des Bodens und des Klimas auch ganz andere Umstände, wie die agrarsoziale Verfassung, die Marktentfernung, die Werkzeugtechnik, ihm die Richtung vorschreiben können. Die Landwirtschaftslehre ist eine Privatwirtschaftslehre mit theoretischen Einsichten und praktischen Vorschlägen, die sich der Naturwissenschaft als einer Hilfswissenschaft bedient, wie es auch mit der Nationalökonomie so ist.

Wenn die Regel besteht, daß im Herbst bereits der Stalldünger untergegraben werden muß, damit er vollständig verwest, was geboten ist, ehe die Pflanzen die in ihnen enthaltenen Nährstoffe als freie aufnehmen, so liegt hier eine Erfahrung vor, die erst in einer psychischen Motivierung einen Sinn hat. Der Naturvorgang wird richtig beurteilt unter der Zwecksetzung der Erhöhung des Rohertrages, und demgemäß drängt der Wille zum Handeln. Das natürliche chemische und physiologische Geschehen ist dem Landwirt nichts, wenn es ihm auch bekannt ist, falls ihm die historische gegebene Art des Gutsbetriebes die Anwendung nicht gestattet. Er muß Stallfütterung üben, und der Acker muß so nahe dem Hof liegen, daß der Transport des Düngers nicht den

1) Die Argumentation kann freilich falsch sein. Es sollte nur gesagt sein, daß man bei ihr immer auf Allgemeinheiten zurückzugreifen pflegt.

ganzen Nutzen aufzehrt. Läßt er sich außer vom Rothertrag auch vom reinen leiten, so ist seine Wirtschaft noch weiter bedingt. Die Privatwirtschaft ist damit bereits in die Sozialwirtschaft übergetreten.

Im Gartenbau, wo jedes Bodenleckchen ausgenützt wird, wird den Pflanzen die beste Daseinsbedingung gestellt werden müssen. In der Wildheit gedeihen Nutzpflanzen nur spärlich, und viele gehen im Daseinskampf zugrunde. Im Garten werden die Feinde beseitigt, und damit wird eine reiche Entfaltung der gewollten Pflanzen erzielt. Die Natur wird kunstvoll in Dienst genommen, aber sie ist dennoch mit nichten ausgeschaltet.

In der industriellen Privatwirtschaft, z. B. bei der Erzeugung von Farben, ist es angezeigt, die Fabrik an einem Strome anzubauen, damit genügend Wasser zur Kühlung nach der Destillation, zum Lösen und Waschen der Stoffe vorhanden ist. Für die Anlage sind also natürliche Zustände maßgebend, solange diese Technik nicht durch etwas ganz anderes ersetzt wird. Ob sich die Fabrik überhaupt empfiehlt, hängt freilich noch von vielen anderen Umständen, wie von der Konkurrenz, der Kapitalbeschaffung, der Ausfuhrmöglichkeit ab. Im allgemeinen ist die Industrie weniger als die Landwirtschaft von der Natur abhängig. Die empirischen Gesetze ihres Gedeihens oder Verfalls sind, da sie in Häusern arbeitet, nur wenig durch die Witterung und die Größe und Art des Bodenraumes bedingt. Sie sind reich an wechselnden Voraussetzungen. Die Landwirtschaft ist technisch konservativer als die Industrie, und die Erfahrungsgesetze ihres Betriebes tragen ein dauerhafteres Dasein. Während die Dampfmaschine die gesamte Industrie umwälzte, hat sie die Landwirtschaft in ihren Grundzügen nicht berührt.

Noch mehr tritt der äußere Naturfaktor in der Handelsunternehmung zurück. Die Einkaufs- und Verkaufstätigkeit des Kaufmannes kann allerdings auch an regelmäßig wiederkehrende Naturereignisse gebunden sein, an den Zeitpunkt des Zufrierens von Handelshäfen, an die Erntezeit des Getreides und der Baumwolle, an den gesteigerten Winterbedarf der Steinkohle. Die Folge davon sind regelmäßige Preisbewegungen, denen in Termingeschäften vorgegriffen wird. Schwieriger wird die Spekulation unter Beurteilung des Unbestimmten, wie des Ernteausfalls und unerwarteter Ereignisse, der Überschwemmung, des Auftretens von Pflanzen- und Tierkrankheiten, unzeitigen Frosts und Hagelschlags. Hier gibt es keine Vorsorge, hier heißt es schnell den Schaden erfahren, die kommende Konjunktur einschätzen und nach ihr handeln. Kein Gewerbe neigt so wenig zum Schematismus wie die kaufmännische Spekulation, daher hier der Individualismus als Resultat vielhundertjähriger

Anpassung nicht durch willkürliche Doktrinen wegdisputiert werden kann.

Wo die natürlichen Produktionsbedingungen die Hauptsache ausmachen und feststehen, und sich die Technik im Anschluß daran wenig und nur langsam ändert, die spekulative Berechnung sekundär ist, wie bei dem Waldbetrieb, kann eine politische oder andere soziale Gemeinschaft die Bewirtschaftung übernehmen. Auch ein primitiver Feldbau, bei dem die menschliche Arbeit nicht spezialisiert und höchst einfach ist, konnte genossenschaftlich auf gemeinsamem Eigentum betrieben werden. Hier läßt der Mensch das Walten der Natur blind über sich ergehen. Sobald er aber die Vielseitigkeit des Bodens, der Bewässerung und des Klimas erkennt, und lernt, wie er der Natur Herr werden kann, um so feinere Regeln werden für den Getreide-, Wein-, Hopfen-, Obst-, Kartoffel- und Gemüsebau nötig. Jedes Landstück wird zu einer Sonderheit in der Flur und erfordert seine eigene Technik der Bearbeitung. Die sich kreuzenden, natürlichen, stets vorhandenen Ursachenreihen verlangen immer mehr kritische Einsicht, Beweglichkeit der geistigen Umstellung, persönliche und ererbte familienhafte Erfahrung und Willensnachdrücklichkeit, alles Eigenschaften, die bei dem Privateigentümer mit seiner individuellen Zwecksetzung am besten gewährleistet sind.

Damit befinden wir uns nun bereits in der sozialökonomischen Gesetzmäßigkeit. Sie ist als empirische Wissenschaft theoretisch nicht ganz so ausgebaut als die privatökonomische. Während für die Land- und Forstwirtschaft, für Garten- und Bergbau die erkannten Gesetze alsbald zu Regeln des Verhaltens umgestaltet werden, womit jeder zufrieden ist, weil es seinem Interesse genehm ist, liegt es in dem Wesen des eine Mehrheit von Personen umfassenden Sozialen, daß es von Interessengegensätzen durchzogen ist, deren Vertreter aus einer theoretischen Einsicht zu verschiedenen Schlußfolgerungen praktischen Sollens gelangen können. Eine Einheit der Zwecksetzung mag aus dem Bedürfnis eines sozialen Ganzen geschlossen werden, aber es ist fraglich, wieweit sich Gruppen und einzelne als Teile desselben davon überzeugen lassen. Solche Willensrichtungen können auch auf die Anerkennung der sozialen Gesetzmäßigkeiten zurückwirken, die von der einen Seite verneint oder, wenn es bei der erdrückenden Menge des Tatsachenmaterials nicht möglich ist, nur abgeschwächt zugegeben wird, während die oppositionelle Partei die Unverbrüchlichkeit der Regel um so nachdrücklicher betont. So werden z. B. regelmäßige Beobachtungen bei den Wirkungen von Lebensmittelsteuern und Zöllen für die Verbraucher oder bei der

Abkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiter oder bei der Fabrikgesetzgebung zugunsten der Frauen und Kinder für die Produktivität der Unternehmung verschieden ausgelegt.

Daher hat die Wissenschaft hier keinen leichten Stand, und es ist von ihr zuzugeben, daß es bei den Werturteilen über menschliche Zustände, Einrichtungen und Vorgänge, bei dem besten objektiven Wollen ohne einen Rest subjektiven Empfindens nur selten abgehen wird. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß es ein richtiges und unrichtiges Urteil gibt, worüber erst später die Entscheidung fallen kann.

Bei jeder sozialen Gesetzmäßigkeit besteht daher die Aufgabe, alle Bedingungen, unter der sie entsteht, auf das genaueste zu prüfen, und es empfiehlt sich, die sozialen Erscheinungen von den verschiedenen Interessentenstandpunkten aus zu untersuchen. Es ist zum Trost für den Forscher gegen die Zweifler eines Erfolges auf die Kontinuität der Wissenschaft hinzuweisen, in der sich nach allem Kampf der Meinungen, der Glaubens- und Wissenssätze Ergebnisse niederschlagen pflegen, die einer weitgehenden Zustimmung sich erfreuen.

Die empirischen sozialen Gesetze sind um so weniger bestritten, als sie Zustände und Verhältnisse betreffen, die in sichtbarer Weise die Allgemeinheit angehen und bei denen die privaten Interessen wenig differenziert sind, da die Vorteile und Nachteile alle berühren. So kann es bei dem Geldwesen sein.

In Frankreich bestand seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts die Doppelwährung, d. h. goldene und silberne Münzen bestimmter Art waren bei allen größeren Zahlungen gesetzliches Zahlungsmittel, wobei Gold im Wertverhältnis von 1 : 15¹/₂ gegen Silber rechtlich aufgerechnet wurde. Dieses Wertverhältnis bestand jedoch auf dem Edelmetallmarkt tatsächlich immer nur annähernd. Im allgemeinen wurde von 1803 bis 1852 das Gold höher, von 1852 bis 1870 niedriger geschätzt. Da nun die freie Ausprägbarkeit für die Privaten durch die staatliche Münze zulässig war — was zum Begriff der vollkommenen Doppelwährung gehört —, wurde immer von diesen, wenn sie ein Bedürfnis nach Münzen hatten, dasjenige Metall gewählt, das am billigsten im Vergleich zu dem anderen auf dem Weltmarkt zu beschaffen war. Die Folge war, daß bis 1852 die Währungsmünze der silbernen Fünffrankstücke andauernd vermehrt wurde und umlief, während man die goldenen Fünf-, Zehn- und Zwanzigfrankstücke selten sah, die als Schatz bei dem Publikum oder als Zahlungsmittel für auswärtigen Goldbedarf bei den Banken aufgespeichert wurden. Umgekehrt verdrängte 1852 bis 1870 nach den Goldfunden in Kalifornien und Australien das gelbe, da es jetzt so reichlich

auf den Markt kam, das weiße Metall, bis dieses von neuem eine rückläufige Wertbewegung angenommen hatte.¹⁾

Man formulierte auch unter anderen bestätigenden Erfahrungen aus der Schweiz und Belgien das Gesetz so, daß in einem Doppelwährungslande die Zirkulation von demjenigen Edelmetall erfüllt wird, das im Vergleich zu der gesetzlichen Relation das wohlfeilere ist. mithin daß sich die rechtliche Doppelwährung zu einer tatsächlichen Einheitswährung umgestaltet, es also auch nur einen Wertmaßstab unter ihr gibt.

Die Regel läßt sich nicht bestreiten, nur wird man die Voraussetzungen sich präzise zu vergegenwärtigen haben. Ganz geringe Schwankungen der Edelmetallpreise haben den genannten Erfolg nicht. Entscheidend ist zudem die Unterwertigkeit in einer nicht zu kurzen Periode, womit der Entzug des wertvollen Metalls aus dem Verkehr und die Ausprägung des minder wertvollen zu einer ausgebreiteten Übung wird. Der Großverkehr und der internationale Handel waren in Frankreich bei der Bewegung führend, der Kleinverkehr folgte mit der Thesaurierung nach. Als Gesamtergebnis trat der Vorgang unbeabsichtigt ein und mußte fort dauern, solange die Voraussetzungen bestanden. Das Gesetz galt damals unbestritten, nicht bloß weil es offenkundig, sondern weil auch niemandem daran gelegen war, es zu leugnen, vielmehr die Allgemeinheit darauf bedacht sein mußte, daß die Erfahrung bei der Wahl des zweckmäßigsten Geldsystems für die Zukunft berücksichtigt werde.

Bei jedem sozialökonomischen Gesetz ist eine Ursache gegeben, die eine Mehrzahl von Menschen, sagen wir ein Volk angeht. Sie ist bei unserem Beispiel eine Tatsache des öffentlichen Rechtes im Rahmen von Verkehrs- und Marktverhältnissen. Sie kann aber auch eine Naturtatsache sein, eine solche der Technik, ein Ergebnis der Produktion u. a. m. Die Wirkung der Ursache macht sich in einer Mehrzahl von Fällen ebenfalls geltend, die Vermittlung der Kausalität ist psychischer Art. Eine Beobachtung wird festgestellt — „Gold ist gegen Silber gestiegen“ — dann unter Trieben und Bedürfnissen einem Ziele eingepaßt, dem in Handlungen nachgestrebt wird — „also sammeln wir es auf und exportieren es“. Unabhängig voneinander können die einzelnen auf das gleiche Tun verfallen. Jedoch wirkt auch der eine auf den anderen vor-

1) O. Haupt, Histoire monétaire de notre temps. 1886. Vgl. W. Lexis, Handw. f. Stw. 3. Aufl. Artikel Doppelwährung. — Schon Montesquieu, Der Geist der Gesetze, sagte VIII. 9 (deutsch 1843). „Hieraus ergibt sich die Regel: Das Gold ist gemein, wenn das Silber rar ist und so im umgekehrten Falle. Hieraus ersieht man den Unterschied zwischen der relativen Menge und Seltenheit und der wirklichen.“

bildlich ein. Durch die Nachahmung wird die individuelle zu einer generellen Motivierung. Die extremste Form der Nachahmung tut sich in der Massensuggestion kund, deren Heftigkeit das allgemeine Resultat beschleunigt. Man erinnere sich, wie rasch das deutsche Gold 1914 aus dem Umlauf verschwand, als die Einlösung der Reichsbanknoten gegen Gold aufgehoben worden war. Gegen diese Maßregel erhob sich im Reichstag keine Gegnerschaft, da man ihre Nützlichkeit für Deutschland anerkannte, obwohl man sehr wohl vorauswußte, daß die Banknote das metallische Geld verschwinden lassen werde.

Es sei noch ein anderes soziales Gesetz der Erfahrung analysiert, dessen Regelmäßigkeit sich aus einer wiederkehrenden Naturtatsache ergibt. Wir finden schon in der englischen Nationalökonomie den Satz, daß ein auf einen Acker verwandter Zusatz von produzierten Produktionsmitteln und Arbeitsleistung wohl den Rohertrag steigert, aber alsbald in abnehmender Weise, wenn der Zusatz weiter vermehrt wird.¹⁾ Wird z. B. mit einer ersten Kapitalaufwendung der Rohertrag um 80% gesteigert, so bei einer gleichen zweiten nur um 70 und bei einer dritten um 60. Man kann die Erscheinung so erklären: Die Produktionsfaktoren überhaupt sind Natur, produziertes Produktionsmittel und Arbeit. Verdoppelt man sie alle drei, so erzielt man auch das doppelte Produkt. Verdoppelt man nur den zweiten und dritten, so muß ein Ausfall sein, da der erste nur einmal wirkt. Die Nährstoffe im Boden sind beschränkt und zeitweilig nur in bestimmter Menge lösbar. Man kann die Lösbarkeit beeinflussen, aber nicht in beliebiger Weise, wie man die Vermehrung der beiden anderen Faktoren zu steigern vermag. Wenn man nun aus diesem Gesetz ganz allgemein folgert, daß der Ackerbau bei zunehmender Intensifikation der Volkswirtschaft, mit der mehr Arbeit und Kapital der Landwirtschaft von selbst zuströme, die Tendenz der abnehmenden Roherträge aufweise, so ist das zu weit gegangen. Denn es gibt bei fortschreitendem Wirtschaftsleben eine Menge landwirtschaftlicher Verbesserungen, wie rationelle Tierzucht, Entwässerung und Bewässerung, Zusammenlegen von Parzellen, Anlage von Wegen, Bekämpfung von Parasiten u. a. m., die alle sehr viel bringen können und mit jener natürlichen unmittelbaren Ausnützung des Bodens höchstens indirekt etwas zu tun haben. Dennoch bleibt das Gesetz der abnehmenden Erträge innerhalb der gemachten Voraussetzungen richtig, und es setzt sich durch, soweit seine Bedingungen vorliegen.²⁾

1) Vgl. oben B. IX. S. 153.

2) D. Ricardo, Grundgesetze der Volkswirtschaft, deutsch 1877. S. 52f. Vgl. Rodbertus-Jagetzow, Zur Erkenntnis unserer staatswirtschaftlichen Zu-

Das Gesetz ist zunächst ein privatökonomisches und kann in einer abgeschlossenen Eigenwirtschaft beobachtet werden, falls in ihr ein Mehrprodukt zum Verbrauch erforderlich ist, etwa die Familie oder die Zahl der abhängigen Arbeiter vergrößert wird. Es ist hier schon kein Gesetz der äußeren Natur, sondern eine Naturtatsache wird psychologisch erfaßt, worauf nach einem bestimmten Tun ein festes Ergebnis folgt. In der Verkehrswirtschaft wird es zu einem sozialen Gesetz: Der steigende Bedarf führt zu einer Preissteigerung der Waren auf dem Markt, worauf die Landwirte, um mehr zu liefern, die Produktionskosten erhöhen und nun erfahren, wie ihr Mehrprodukt bei intensiverer Bestellung anwächst. Ohne menschliche Zwecksetzung hat die Regel keinen Sinn und kommt ohne bewußtes Handeln nicht vor.

Mit anderen Naturtatsachen liegt es nicht anders. Die Liebig'sche Lehre von der Statik der Landwirtschaft oder von dem Gleichgewicht zwischen Verbrauch an Bodenreichtum und Ersatz desselben enthält eine wirtschaftliche Regel für einen sozialökonomischen Zustand, in dem der Boden bei der vorhandenen Bevölkerungszahl nur beschränkt vorhanden ist. In Ungarn warfen ehemals die Bauern den Viehdung in die Theiß, um sich von der schmutzigen Last zu befreien, da sie für ihren extensiven Betrieb genug Land zum Wechsel besaßen. Der Raubbau in den nordamerikanischen Prärien war für die Ansiedler die gegebene Bodenbenutzung, solange die Stallwirtschaft die Kosten nicht deckte und der Boden zum weiterschreitenden Anbau unermesslich erschien. Die Statik im Ackerbau hat also einen historischen Sinn. Für die Gegenwart und Zukunft der Kulturländer darf sie nicht übersehen werden. Das Erkennen der Bodenerschöpfung war eine wichtige Entdeckung, die mancherlei auf den Ertrag gerichtete Betätigung innerhalb der Gesellschaft zur Folge hatte, sozial bedeutungsvoll wurde, da die Volksernährung in Frage steht.

Die Kosten der Versendung von Gütern steigen mit der Entfernung. Das ergibt sich aus dem Trägheitsprinzip der Mechanik. Kohlen können daher nur eine bestimmte Meilenzahl je nachdem auf dem Landwege, der Eisenbahn, dem Fluß, dem Meer befördert werden, wenn sie noch Käufer finden sollen. So bilden sich Absatzkreise. Deutsche Ruhrkohle ging vor dem Kriege südlich bis Bellinzona und Lugano. In Mailand war schon englische Kohle, die auf dem Schiff über Genua ankam, billiger. Die Absatzzonen sind durch natürliche Tatsachen bedingt, aber das empirische Gesetz der Konkurrenz, daß auf dem Markte, das übrige gleichstände. 1842. S. 96f.; J. Conrad, a. a. O. II. S. 22; G. Schmoller, a. a. O. II. S. 440.

gesetzt, der Transport entscheidet, ist etwas Soziales und nur psychologisch vermittelt Begreifbares. Stromabwärts ist es billiger als stromaufwärts zu fahren, oder je tiefer der Kanal, um so größere Schiffe kann er tragen. Hier liegen natürliche Notwendigkeiten vor, aber ohne Schifffahrt interessieren sie die Menschen wenig, und die Regelmäßigkeit in einer Beobachtung setzt diese Tatsache voraus. Wein und Bier brauchen Zeit zur Gärung, Rohkaffee entwickelt im Lagern ätherische Öle und wird erst dann für den menschlichen Verbrauch wertvoll. Der Handel rechnet mit solchen natürlichen Intervallen. Manche Kaffeearten werden daher nach Probe gehandelt, wobei die Versandzeit der Proben sich dem Intervall anschließt.

Man sieht, daß in der Volkswirtschaftslehre vermöge ihres materiellen Lehrstoffes äußere, natürliche Tatsachen und Vorgänge überall hineinspielen, wenn es gilt, Kausalitäten aufzudecken. So werden manche ihrer empirischen Gesetzmäßigkeiten erklärlich. Anderes wirtschaftlich Bedeutungsvolles folgt aus der physischen Beschaffenheit der Menschen. Manches ist auch hier unbestritten. Da das menschliche Alter nur ganz ausnahmsweise hundert Jahre überschreitet, läßt sich eine Absterbeordnung aufstellen, die für die Lebensversicherung eine feste Grundlage bildet. Sie kann in den Ländern, nach Berufen, nach Zeitumständen im einzelnen verschieden lauten, die Wahrheit, daß alle Menschen innerhalb eines Zeitraumes sterben, wird als natürliche Erscheinung damit nicht berührt. Ebenso sind Geburtsziffern nach dem Geschlecht feststehend wie die größere Sterblichkeit der Kinder im Vergleich zu der der Erwachsenen, wobei alle Hygiene höchstens Abmilderungen hervorzubringen vermag. Wieweit die menschlichen Triebe zu wirtschaftlichen Gesetzen führen, ist in dem nächsten Kapitel zu erörtern.

Die Anerkennung erfahrungsgemäß begründeter Regelmäßigkeiten im Wirtschaftsleben steht mit der Volkswirtschaftslehre auf geschichtlicher Grundlage in keinerlei Widerspruch. Zunächst wird jede Kausalität nur im Zeitverlauf verständlich. Alles vollzieht sich nacheinander. Daß das Silbergeld das goldene im Verkehr verdrängt, kann Jahre in Anspruch nehmen, bis die Tatsache vollendet ist, und es dauerte lange, bis die relative Abnahme der Roherträge in der Landwirtschaft allgemein sichtbar wurde.

Spricht man von der Gleichzeitigkeit, während welcher empirische Gesetze herrschen, so wird unter Zeit eine Epoche verstanden, z. B. des Eisenbahnbaues, der Gewerbefreiheit, der zunehmenden Bevölkerung oder noch weiter umfassend des Feudalismus, des Liberalismus. Die empirischen Gesetze sind also in einem Zeitraum partielle Entwicklungs-

gesetze. Unter allgemeinen Entwicklungsgesetzen versteht man dann solche, die die Epoche selbst hervorbringen und über sie hinausragen.

Jeder wirtschaftshistorische Zeitraum kann so weit gedacht werden, daß er seine besondere technische und soziale Verfassung hat, und daß diese bis zu allen ihren wichtigen Einzelheiten als eine Ursächlichkeit in den empirischen Gesetzen gilt. Erst unter der Geldwirtschaft konnten Regelmäßigkeiten festgestellt werden, die den Geldumlauf betrafen. Ändern sich im geschichtlichen Verlauf die Dinge, so können neue Regeln entdeckt, andere abgetan werden. Was jedoch bleibt, ist die Ursache der Naturtatsachen. Sie können geschichtlich zwar verschieden bewertet werden, verschiedenen Bedürfnissen entsprechen, aber sie setzen sich durch, möglicherweise in neuen sozial- oder individual-psychischen Formen.

III. DIE METHODE DER ISOLIERUNG

Der Ausspruch Fr. Nietzsches: „Man soll die Nötigung, Begriffe, Gattungen, Formen, Zwecke, Gesetze zu bilden (eine Welt der identischen Fälle), nicht so verstehen, als ob wir damit die wahre Welt zu fixieren imstande wären, sondern als Nötigung, uns eine Welt zurechtzumachen, bei der unsere Existenz ermöglicht wird: — Wir schaffen damit eine Welt, die berechenbar, vereinfacht, verständlich usw für uns ist“¹⁾, ist für die klassische Volkswirtschaftslehre in ihrer abstrakten, deduktiven Ausgestaltung durchaus zutreffend.

Man nennt sie klassisch, weil sie eine abgeschlossene, grundlegende Systematik der Verkehrswirtschaft in der modernen Gesellschaft ist, eine Konstruktion, die auf einfachen, wirklichen Motiven des menschlichen Handelns beruht. Sie nimmt ihren Ausgang von Adam Smiths Werk „Untersuchung über die Natur und Ursachen des Reichtums der Nationen“, in dem konkrete Schilderungen und Induktionen mit klugen Deduktionen zu schöpferischen Synthesen verbunden sind, und erreicht ihren Höhepunkt in England mit David Ricardo, der die vielartige, bunte volkswirtschaftliche Wirklichkeit unterdrückt, um dann von einigen Voraussetzungen ausgehend, die seine Vorgänger festgelegt haben, eine deduktive Lehre zu entwerfen, die in der Logik ihres Zusammenhangs die Bewunderung seiner Zeitgenossen hervorgerufen hat. In Deutschland wurde dieses Verfahren aufgenommen, zugleich auch an neuem Stoff erprobt, vor allen von F. B. W. von Hermann in seinen Staatswirtschaftlichen Untersuchungen (1832) und von I. H. von Thünen, dessen Buch wir oben bereits kennen gelernt haben.

1) Nachgelassene Werke. Der Wille zur Macht. 1901. S. 284.

Es liegt in der Natur der Dinge, daß dieser Klassizismus nicht ohne Gegenstück bleiben konnte. Man sieht in Adam Müller (Elemente der Staatskunst, 1809) den Hauptvertreter einer gegensätzlichen Romantik deshalb, weil er die Ideen des christlichen mittelalterlichen Staates wieder beleben will und unwirkliche, imaginäre Motive im Wirtschaftsleben seinen Zeitgenossen zumutet. Aber seine Reaktion geht tiefer, über dies Romantische hinaus, wenn er die Schwächen seiner Gegner aufdeckt. Die Wissenschaft ist organisch innerhalb der Nation zu denken, sie soll keine unnahbare, kalte Größe sein, sondern das konkrete Leben schauend und bildend fortschreiten.¹⁾ Und ebenso ist die Volkswirtschaft, die von dem nationalen Staat umfaßt wird, nicht eine individualistische Menschenaufhäufung mit materialistischer Zwecksetzung, sondern eine geschlossene, historisch gegebene, nicht etwa eine vernunftmäßig konstruierte, Einheit mit einer Gesamtseele, die in sich die höchsten Ziele des Daseins zu vollenden hat. Fr. List ist von Müllers Kritik beeinflusst, ohne die Absurditäten, die sie umranken, mitzunehmen, und auch die deutsche historische Nationalökonomie hat jener Romantik darin zu danken, daß sie mit ihr den übertriebenen Formalismus ablehnte und im Gefühl der Tatsachenfreudigkeit in die Einzelheiten der Dinge sich wieder vertiefte, um neue Quellen des wirtschaftlichen Lebens zu entdecken.²⁾

Die abstrakte deduktive Volkswirtschaftslehre bedient sich der Isoliermethode. Was ist darunter zu verstehen?

Ich sah einmal einen Chikagoer Wolkenkratzer im Entstehen. Das Ganze war ein eisernes, durchsichtiges Gerüst, aneinandergefügte Himmelsleitern, die die vielen Stockwerke, Treppen, Liftschachte, Wasser- und Heizröhren, Zimmerabteile und Warenräume umschlossen. Alle Einzelheiten griffen, dem Gedanken höchster Zweckmäßigkeit entsprechend, ineinander ein. Als ich nach einigen Monaten das fertige Gebäude sah, vermochte ich es nur noch im großen ganzen wiederzuerkennen. Alle Rahmen sind mit farbigem Material ausgefüllt, überall sind schimmernde Fenster eingesetzt, und Reklameschilder mit Riesenbuchstaben bedecken die unteren Wände, alle Räume werden bewohnt, ein Strom von Menschen bewegt sich durch die weiten Pforten hin und her, und hoch oben prangt das nationale Sternenbanner.

Mit jenem durchsichtigen Gerüst, das man sich jetzt im Geist vor-

1) A. Müller, Vorlesungen über die deutsche Wissenschaft und Literatur. Neue Ausgabe 1920. S. 124.

2) Vgl. H. Waentig, Einführung zu Turgots Betrachtungen über die Bildung und Verteilung des Reichtums. 1903.

stellt, kann man die isolierende Methode der klassischen Nationalökonomie vergleichen, das abgeschlossene Bauwerk ist das Objekt der konkreten Wirklichkeit. Jenes macht nur den Eindruck eines mechanischen Kunstwerkes, dieses den einer lebenserfüllten Wesenheit. Vergleicht man beide, so kann man von dem einen zu dem anderen zurückschließen. Unter der Vorstellung des Skeletts begreift man den vollendeten späteren Körperbau, und aus diesem läßt sich die Notwendigkeit der vorausgegangenen Konstruktion verstehen.

Man spricht von einer Isoliermethode deshalb, weil bei ihr von der Mannigfaltigkeit des realen organisch wechselwirkenden Wirtschaftslebens abgesehen wird.¹⁾

Es werden nur gewichtige Tatsachen und Richtungen des Geschehens herausgegriffen, als ob sie das einzige und allein wirkende wären, als ob, um bei unserem Bilde zu bleiben, es allein darauf ankomme, zu wissen, wie die Menschen in einem großen Gebäude nebeneinander wohnen, untereinander und mit der Außenwelt verkehren, sich bequem verständigen, sich gegenseitig unter dem Prinzip der Kooperation und der Arbeitsteilung in ihren Geschäften ergänzen können. Allein das ist nicht ausreichend. Man will nicht nur erfahren, wo etwas geschieht und wie es geschehen kann, sondern was geschieht, was das Riesengebäude der Stadt und der Wirtschaft leistet. Die Isoliermethode stellt ein Sein vor, etwas Starres, das Leben ist immer ein Werden. Wie alle Lehren vom Sein nur Werkzeuge zu der historischen Einsicht sind, so auch diese Methode. Sie hat eine erkenntnistheoretische Bedeutung und harrt immer der Anwendung. Sie besticht wegen ihrer logischen Überwältigung des Stoffes den, der rasch im Denken fertig zu sein liebt, dem schwer zu Befriedigenden bleibt sie ein Hilfsmittel, mit dem er erst seine Arbeit beginnt.

Ricardo nimmt, um seine Deduktionen zu ermöglichen, aus dem Wirtschaftsleben seiner Zeit (1800—1820) Voraussetzungen auf, von denen die wichtigsten sind: 1. das Privateigentum an Produktions- und Konsumtionsmitteln, 2. den Staat als Schützer von Person und Recht, 3. die arbeitsteilige Verkehrsproduktion mit Geldwirtschaft und Markt, 4. die sozialen Klassen der Grundherren und Pächter, kapitalistischen Unternehmer und Lohnarbeiter und damit die Erscheinungen der Rente,

1) Eine eingehende und lichtvolle Darstellung der Isoliermethode bei H. Dietzel, Theoretische Nationalökonomik. 1895. S. 16f. Er sieht in ihr eine Ergänzung des historischen Verfahrens, eine wünschenswerte, vielleicht notwendige. Ich stimme dem zu, wenn ich auch die Methode einer historischen Kritik unterstellen werde.

des Kapitalgewinnes, des Zinses und des Arbeitslohnes, 5. den Stand der landwirtschaftlichen und gewerblichen Technik seiner Zeit, 6. den individualistischen Liberalismus als Rechtsform mit Gewerbefreiheit, Freizügigkeit usw., was man gewöhnlich das System der freien Konkurrenz nennt, 7. einen tatsächlichen Konkurrenzzustand aller Einzelwirtschaften.

In diese Umgebung werden Menschen hineingesetzt, die allein ihrem Sonderinteresse bei allen wirtschaftlichen Handlungen folgen, wobei sie nach dem Prinzip, so billig wie möglich zu produzieren und einzukaufen und so teuer wie möglich zu verkaufen, bestrebt sind. Es sind Menschen des damaligen erwerbenden englischen Bürgertums mit ihrem entwickelten und angeregten Produktions- und Erwerbssinn.

Die Lehre beginnt mit dem Tauschwert. Die Güter leiten, wenn sie Nutzbarkeit besitzen, ihren Tauschwert von zwei Quellen ab: von ihrer Seltenheit oder von der Menge der Arbeit, die erfordert wird, um sie zu erlangen. Die ersterer Art, die durch keine Arbeit vermehrt werden können, machen nur einen geringen Teil von derjenigen Gütermasse aus, die täglich auf dem Markt eingetauscht wird, daher bei den weiteren Betrachtungen davon abgesehen wird.

Der Tauschwert des Gutes *A*. ist also z. B. gleich zwei des Gutes *B*., wenn ersteres doppelt so viel Arbeit erfordert als das letztere. Das Maß der Arbeit ist die Arbeitszeit, und ein Tag qualifizierter Arbeit wird gleich mehrerer einfacher gesetzt, ein Verhältnis, das für alle praktischen Zwecke genügend im Herkommen sichtbar werde.

Die aus Tatsachen völlig unbewiesene Behauptung, daß der Tauschwert zweier Dinge sich nach dem Verhältnis der zu ihrer Herstellung nötigen Arbeitszeit bestimme ¹⁾, so wichtig sie weiterhin für die ethischen Forderungen der Sozialisten in der Mehrwertstheorie sein mochte, hat für die sonstige theoretische Abstraktion Ricardos keine Bedeutung, da es ihm nur darauf ankommt, seinen Ausgangspunkt, den Tauschwert, festzustellen.

Der Tauschwert erscheint auf dem Markt, wo in Geld gerechnet wird, als natürlicher Preis, von dem der wirkliche, häufig durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage beeinflußt, abweicht. Doch kann diese Abweichung nie lange dauern, vielmehr besteht die stete Tendenz zum Ausgleich auf den natürlichen Satz. Denn über ihn erhöhte Preise ziehen vermehrte Produktion, also vergrößertes Angebot, unter ihn gesenkte ein vermindertes nach sich.

1) Daß Ricardo seiner Theorie keineswegs treu bleibt, hebt Thünen im Isolierten Staat. 1875. II. S. 129 hervor, da Abnutzung und Nutzung der Maschinen an einer Stelle dem Wert in Rechnung gestellt werde.

Man kann also auch den Satz so formulieren: Bei Gütern, die man in beliebiger Menge im Vergleich zu dem Bedürfnis herstellen kann, entscheidet die jeweiligen Arbeitskosten, die man weiterhin noch als die geringsten bezeichnet hat, wenn diejenigen Betriebe, die am billigsten produzieren, so stark sind, den Marktbegehrt zu decken. Bei freier Konkurrenz kommen die Fortschritte der Technik in der Verbilligung der Ware den Verbrauchern zugute.¹⁾

In der historischen Wirklichkeit des wirtschaftsbeweglichen 19. Jahrhunderts war auf eine freie Konkurrenz keineswegs immer zu rechnen. Sie wurde in einem Fall übrigens von Ricardo schon preisgegeben: bei der Bodenrente²⁾, die ein Monopoleinkommen ist, da der Boden zum Anbau nicht beliebig vermehrt werden kann. Diese Korrektur wurde dann in der Preislehre von Hermann erweitert: Bei Gütern, die zu verschiedenen Kosten hergestellt werden, deren billigste sich nicht verallgemeinern lassen, entscheidet für den Marktpreis, der ein einheitlicher ist, der Kostensatz desjenigen Teiles des durch die Nachfrage fixierten Gesamtproduktes, welcher unter den ungünstigsten Bedingungen, d. h. am teuersten steht.³⁾

Da hier ein Ausnahmefall vorliegen soll, der übrigens bei der neuzeitlichen Wirklichkeit der technischen Umgestaltung gar nicht selten war, so ist also der Konkurrenzpreis die Regel, und damit geht zusammen der landesübliche mittlere Gewinn. Denn jedes Unternehmen ziehe unter den Schwankungen der Konjunktur das Kapital dort fort, wo es wenig bringe, und lege es dort an, wo es mehr eintrage. Das Bestreben, den Gewinn zu erhöhen, führe zu dessen Ausgleich, bis eine neue Störung eintrete.

Der Ausgleich des Gewinnes mag sich zu Ricardos Zeit auffallender durchgesetzt haben als später, da die Industrie noch nicht mit so großem stehenden Kapital ausgestattet war, das eine Einschränkung nur teilweise zuläßt. Es bleibt dem Unternehmer allerdings frei, den Geldbetrag, den er für seine Waren löst, nicht wieder von neuem in die Produktion wie bisher zu stecken, wenn die Konjunktur ihm ungünstig ist. Aber von da bis zu einer veränderten Produktion ist oft ein weiter Weg, und die bisherige preiszugeben, kann ihm ein zu großes Opfer mit der Stilllegung seiner kostbaren Einrichtungen, z. B. der Maschinen, sein.

1) So bei H. C. Careys Wertlehre und der Lehre von den Reproduktionskosten. Sozialökonomie, deutsch 1866. Kap. VI.

2) Vgl. oben B. VIII. S. 137.

3) Vgl. die Ausführungen oben B. VIII. S. 139. An die Stelle der Arbeitskosten treten die allgemeinen Produktionskosten.

Die Abstraktion der Gewinnausgleichung wird in der Wirklichkeit um so weniger erlangt, als die Arbeitermassen unbeweglich sind. Die gelernten, mit Familie angesessenen Arbeiter in Europa sind keine amerikanischen, wenig angelernte, wandernde Industriearbeiter, die immer dem höchsten Lohn nachlaufen.¹⁾ Manche Werke sind auch an die Beschaffenheit des Wirtschaftsgebietes gebunden, an die Lage von Kohlen und Eisen, an die Flüsse, an die Nähe des Meeres, an die Wasserkraft des Gebirges. Sie haben vielleicht in hundert Jahren ihren Standort nicht gewechselt und mußten die Schwankung des Gewinnes über sich ergehen lassen, ohne dagegen reagieren zu können.

Die Höhe des mittleren Gewinnes, so deduziert Ricardo weiter, hängt von den Arbeitslöhnen ab, die ihrerseits wieder durch die Getreidepreise reguliert werden. Wir haben bereits oben die Theorie des sinkenden Gewinnes dargestellt und ihre geschichtliche Unhaltbarkeit erwiesen. Nach Ricardo ist der Geldlohn für den Kapitalisten das Entscheidende, für den Arbeiter der Reallohn. Der Reallohn wird zeitweise durch eine starke Nachfrage nach Arbeit erhöht, worauf er wieder sinkt, da durch die Bevölkerungsvermehrung infolge der gestiegenen Lebenshaltung das Angebot an Arbeitskraft vergrößert wird. Es gilt für den Lohn als Regel das Existenzminimum, unter dem er nicht dauernd stehen kann, da die Unterernährung die Arbeiterschaft verringern und damit die Lohnkonjunktur wieder bessern muß.²⁾ Die Höhe des Geldlohns wird dem Arbeiter danach gleichgültig sein. Seine Lebenshaltung bleibt immer dieselbe, und ob er für sie mehr oder weniger Geldstücke hingeben muß, hat kein Interesse für ihn. Anders rechnet der Unternehmer. Hat er höhere Löhne zu bezahlen, weil die Lebensmittelpreise gestiegen sind, so sinkt sein Gewinn. Denn die Preise der nichtlandwirtschaftlichen Waren können unter der Konkurrenz nicht erhöht werden, da ihre Herstellung durch den Stand der Technik bestimmt wird.

1) Die leichte Beweglichkeit der amerikanischen Arbeiter könnte zu dem Schluß verleiten, daß die Gewinnausgleichung in den Vereinigten Staaten sich besonders auffallend realisiere. Ich halte das Gegenteil für das Richtige, weil sich in der jungen, weiten Volkswirtschaft viele Konjunkturen wechselnder Art geltend machen, die in die Ungleichheit der Gewinne einen so starken Gegensatz bringen, wie er in der Alten Welt nicht besteht.

2) Diese Lehre von dem Arbeitslohn ist von der Wirklichkeit weit entfernt, weil bei steigendem Lohn der Druck des Nachwuchses doch erst nach etwa 20 Jahren sich fühlbar macht, während inzwischen viel Unerwartetes eintreten kann, um die Arbeitskonjunktur zu beeinflussen. Die Dezimierung der Arbeiterbevölkerung bei einem Lohn unter dem Existenzminimum wird sich vor allem in der Sterblichkeit der Kinder äußern, wodurch der Arbeitsmarkt zunächst nicht berührt wird.

Was der kapitalistische Unternehmer verliert, gewinnt der Bodeneigentümer in der Landrente. Mit dem industriellen und kommerziellen Fortschritt der Gesellschaft reißt der Grundbesitzer eine immer größere Quote des nationalen Einkommens an sich. Als Ricardo seine Lehre aufstellte, war der Gegensatz der englischen Grundaristokratie und des besitzenden Bürgertums parteipolitisch akut. Bei voller Anerkennung der Ehrlichkeit seiner Forschung wird man doch bei ihm, der Bankier von Beruf war und der als Jude der damals noch vielfach normännischen Aristokratie schwerlich gefühlsmäßige Sympathien entgegenbrachte, eine instinktive Stellungnahme zugunsten des kapitalistischen Bürgertums nicht in Abrede stellen können.¹⁾ Der Pessimismus, der in seine Abstraktionen hineingetragen wurde, nimmt sich etwas wunderbar aus und beweist nur die Abhängigkeit aller Theorien von ihrer Zeit und ihrem Urheber.

Die Ricardosche Landrente ist als Monopol zugleich auf der Differenz der natürlichen Bodenfruchtbarkeit begründet. Es werden weder die klimatische Lage des Gutes, noch dessen Entfernung zum Markt, noch die Größe und Einheitlichkeit des Betriebes berücksichtigt. Sehr begreiflich, da diese Faktoren in dem kleinen, klimatisch gleichartigen agraren England mit seinen gut arrondierten Pachtgütern und seinem günstigen Wassertransport wenig zu sagen hatten.

Wenn Thünen in abstrakter, isolierender Methode die Differentialrente an erster Stelle aus den Transportdifferenzen erklärt²⁾, so wird man an die weiten Landstrecken des deutschen Ostens erinnert und an die schlechten Transportmittel, über die Deutschland damals verfügte, sowie an die Gutsbesitzer, die so glücklich waren, von einer damals noch seltenen Landstraße nicht zu fern abzuliegen.

Bei Hermann tritt die Bodenrente in dem abstrakten Verteilungsschema zurück, da sie in dem Lande, das ihm vor Augen lag, Deutschland, als Pachtrente nur wenig gezahlt wurde, wo die großen und mittleren Eigentümer meist selbst wirtschafteten, und da nur Klein- und Parzellenpächter sie in dem Umkreis der Städte wenig differenziert entrichteten. Die Bodenrente verschwindet bei Hermann in dem Gewinn von fixen Kapitalien, die nicht vermehrt werden können. Sie wird damit an die zweite Stelle herabgedrückt, während sie in England eine hoch-

1) Daß Ricardo ein Landgut besaß, spricht nicht für das Gegenteil. (Vgl. H. Dietzel, a. a. O. S. 44.) Wir haben in unserer Zeit auch Sozialdemokraten, die Millionäre sind. Wenn eine Politik jemanden reich gemacht hat, so ist der Reichtum kein Grund von der Politik abzufallen, die ihm noch mehr verheißt.

2) S. o. B. VI. S. 111.

wichtige, allgemein soziale Angelegenheit des Ausgleichs zwischen kapitalistischen Pächtern und Bodeneigentümern war.

Der Nutzen, den die isolierende Methode für die historisch-realistische Nationalökonomie gehabt hat, ist nicht gering zu veranschlagen. Er liegt weniger in den positiven Resultaten des Wissens als in seiner erzieherischen Kraft. Der Inhalt des Ricardoschen Systems z. B. ist vergänglich, schon deshalb, weil es als etwas konstruiert wurde, das der Zeit des Verfassers entsprach. Hingegen hat es, wie schon vorher das Turgotsche und nachher das Hermannsche oder Thünensche, mit seinen Deduktionen dazu beigetragen, die volkswirtschaftlichen Begriffe zu läutern und zu definieren.¹⁾

Die abstrakte Theorie ist für die späteren Historiker des Wirtschaftslebens, für die Sucher empirischer Kausalitäten und für die Wirtschaftspolitiker eine Schule des Denkens gewesen, indem in einem künstlich erdachten Fall ein Normalfall aufgestellt wurde, an dem andere Fälle vergleichsweise verstanden werden sollten.

Es ist so, als wenn jemand im Skatspiel zuerst unterwiesen werden soll. Es werden die Karten offen hingelegt, nachdem sie instruktiv verteilt worden sind, daß damit ein Solo oder Nullo oder Grand gespielt werden kann. Hat er das Spiel erlernt, so ist er deshalb noch kein Whist- oder L'hombrespieler. Dazu bedarf es der neuen Anleitung. So ist es auch mit der nationalökonomischen abstrakten Isolierung. Sie ist aus einem gegebenen Material entwickelt und paßt für dieses. Für eine andere Zeit und andere Verhältnisse ist ein neues Schema zu entwerfen, wenn es eine jetzt belehrende, zutreffende Synthese sein soll. Indessen ist es einleuchtend, daß wie ein geübter Skatspieler auch unschwer eine andere Spielart erlernen wird, so auch jemand, der an der Ricardoschen Nationalökonomie ausgebildet ist, sich in methodisch ähnlichen Konstruktionen leicht zurechtfinden wird.

1) Das ganze Bemühen der abstrakten Wirtschaftstheorie ist von vorne herein, schreibt W. Wundt (Logik der Geisteswissenschaften, a. a. O. S. 553), „auf die exakte Definition der Begriffe gerichtet, und diese erzielt sie eben dadurch, daß sie diese Begriffe aus allen Verbindungen loslöst, in denen sie in der Wirklichkeit stets enthalten sind, und sie rein in bezug auf die in sie eingehenden wirtschaftlichen Faktoren betrachtet. Durch solche Definitionen werden aber die wirtschaftlichen Begriffe untereinander in die mannigfaltigsten Beziehungen gebracht. Denn da in jedem Begriff, abgesehen von dem alle andern tragenden der Wirtschaft selbst, gar keine Elemente eingehen dürfen als solche, die an und für sich schon eine wirtschaftliche Bedeutung besitzen, so werden durch die Definitionen immer nur die Wirtschaftsbegriffe wechselseitig bestimmt“.

Die klassischen Theoretiker setzen bei ihrer isolierenden Methode die freie Konkurrenz voraus. In ihrer Zeit, als die Gewerbe noch geringe Betriebe waren im Vergleich zu später, und als Fusionen und Kartelle eine Ausnahme bildeten, man von den Ringen der Spekulanten und den Pools der Transporteinrichtungen wenig wußte, entsprach die Prämisse der tatsächlich freien Konkurrenz der Wirklichkeit nicht übel. Für unsere Zeit müßten, wenn ein neues umfassendes isolierendes System der Nationalökonomie aufgestellt werden sollte, Voraussetzungen gewählt werden, die ihr angepaßt wären.

Bedenklich ist es jedoch, ein Denkschema zu entwickeln, das keinen realen Untergrund hat, sondern auf einer Fiktion beruht, die aus einem allgemeinen Prinzip abgeleitet ist.

Wenn daher von manchen Nationalökonomern, um allgemeine Wirtschaftsbegriffe zu erläutern, mit einem sozialistischen Zukunftsstaat operiert und etwa untersucht wird, was dort der Wert sei, oder ob es auch dort etwas dem Zins Analoges geben werde, so ist dagegen Einspruch zu erheben. Die psychologischen Verknüpfungen unter den Individuen infolge der Zwangsanpassungen an wirtschaftliche Berufe, der Wirkungen der Arbeitspflicht und der Aufhebung oder Beschränkung der freien Konsumtion lassen sich a priori nicht ermitteln.

„Der Wirtschaftstheoretiker,“ bemerkt Dietzel¹⁾, „hat sich zu beschränken auf die Analyse der zwei polaren Grundformen der wirtschaftlichen Organisation, der dezentralistischen (Konkurrenzsystem) und der zentralistischen (Kollektivsystem).“

Theorien über das Konkurrenzsystem sind vorhanden. Über das Kollektivsystem fehlen sie. Auch bringt Dietzel keinen Ansatz dazu, sondern versichert uns nur: „Gilt das Kollektivsystem, so ist die theoretische Mühe viel geringer. Hier verlaufen die meisten Vorgänge in festen Geleisen. Hier ist der Zusammenhang von Ursache und Wirkung ohne weiteres klar und damit dem Nachdenken ein viel kleinerer Kreis von Problemen gestellt, als wenn das Konkurrenzsystem gilt.“

Das ist zu bezweifeln. Stellt man dem letzteren das kollektive gegenüber, so muß man dieses mindestens auf ein Land ausdehnen wie jenes. Besser wäre es, eine Internationalität von Kollektivsystem zur Betrachtung zu wählen, wie auch das Konkurrenzsystem in der Internationalität der Fälle erst vollkommen sichtbar geworden ist.

Solche große Kollektivwirtschaften gibt es nicht. Auch die russische Sowjetrepublik ist kein brauchbares Muster, da der Kommunismus weder

1) A. a. O. S. 86f.

vollkommen durchgeführt noch, soweit es der Fall war, aufrechterhalten wurde, vielmehr durch Privateigentum, Bankdepot, Pachtunternehmung und Markt durchbrochen wurde, und da er die individualistisch wirtschaftende Bauernschaft in der Hauptsache fortbestehen ließ.

Wenn sich aus dem russischen Experiment ergibt, daß das totale Kollektivsystem für die Welt, in der wir leben, eine Utopie ist, so sollten sich auch die Nationalökonomien hüten, ein solches Gebilde, das der ausschweifenden Phantasie verfallen muß, gedanklich zu handhaben. Daß dies oft geschehen ist, erklärt sich aus der suggestiven Kraft des Marxismus, die die Köpfe derart umnebelte, daß der Sozialismus für ausführbar erachtet wurde.

Wir haben uns oben an den Oneida-Kommunismus gehalten, wozu wir das Recht hatten, da wir uns auf eine historische Wirklichkeit stützen konnten. Man könnte vielleicht zu einer allgemeinen kommunistischen Theorie nach der Isolierungsmethode gelangen, wenn man alle derartige Experimente, über die genaue Berichte vorliegen, vergleichend untersuchte. Wir hätten dann aber nur Auskunft über das Verhalten in engbegrenzten kleinen Körperschaften, die über einen Kommunismus eines Millionenstaates noch nicht viel mitteilen würde.

Die österreichische Schule der Volkswirtschaftslehre¹⁾, deren Hauptvertreter K. Menger, Fr. von Wieser und E. von Böhm-Bawerk sind, behauptet, daß sie eine exakte Wissenschaft gefunden hätte, die unabhängig von Zeit und Raum und jeder sozialen Verfassung sei. Daher erläutert sie mit Vorliebe an der Wirtschaft eines isolierten Robinson oder an der eines sozialistischen Zukunftsstaates, bei welcher, wie in der heutigen Verkehrswirtschaft, ihre Gesetze gelten sollen. Konsequenter im Sinne der eigenen Theorie ist diese gedankliche Auseinandersetzung an dem Beispiel des Sozialismus nicht. Denn nach Menger ist das Eigentum des einzelnen eine notwendige Bedingung des Wirtschaftens überhaupt.²⁾ Eigentum und menschliche Wirtschaft haben nach ihm denselben Entstehungsgrund, nämlich daß es Güter gebe, deren verfügbare Menge geringer sei als der Bedarf der Menschen. Ihre besondere Schätzung durch den einzelnen macht das Eigentum für ihn notwendig. Indem also die Unmöglichkeit des Sozialismus behauptet wird, bedient sich die Schule dessen, um ihren Grundgedanken eine universelle Gültigkeit zu erstreiten. Die Lehren haben abgesehen hiervon

1) Sie hat schon ihre Vorgänger in Jevons, Walras und Gossen. Auch bei Thünen sind nicht unbedeutende Ansätze zu der Grenznutzentheorie zu finden.

2) K. Diehl, Theoretische Nationalökonomie. 1916. I. S. 271f.

die theoretische Nationalökonomie gefördert, und wenn sie von ihren Urhebern überschätzt worden sind, so teilen sie damit das Schicksal aller neuen Gesichtspunkte, die diejenigen überwältigen, welche sich ihrer zuerst bedienen. Die klassische Lehre und der Marxismus haben unter der gleichen begrifflichen Schwäche gelitten.

Die dauernde Bedeutung der Österreicher liegt darin, daß sie die bisher vernachlässigten wirtschaftlichen Bedürfnisse bzw. die Brauchbarkeit der Güter analysiert und aus gefundenen Begriffen ein deduktives System des subjektiven Wertes entworfen haben. Die Methode ist ebenfalls die isolierende, nur isoliert sie nicht den kapitalistischen Produzenten aus der Vielgestaltigkeit seiner Umgebung, sondern einen Konsumenten mit Eigenschaften, die sie als allgemein menschliche anspricht.¹⁾ Sie wird an einem typischen Schema²⁾ versinnlicht, von erstens objektiven Bedürfnisgattungen und ihrem Rang in absteigender Reihe, von der notwendigsten bis zur entbehrlichsten, und zweitens von konkreten subjektiven Bedürfnissen und Teilbedürfnissen, deren Rang ebenfalls zahlenmäßig von den wichtigsten herab bis zu den unwichtigsten angezeigt wird. „Das Schema führt nun vor Augen, daß je wichtiger die Gattung, desto höher das wichtigste in ihr enthaltene konkrete Bedürfnis aufragt, daß aber neben diesem auch alle tieferen Rangstufen bis zur letzten herab vertreten sind.“ Getreide ist z. B. ein Gebrauchsgut von objektiv erster Bedeutung und erscheint abgestuft durch die ganze subjektive Skala hindurch, indem es zum Brotbacken, zum Kuchenbacken, zum Viehfutter, zur Branntweinbrennerei usw. benutzt werden kann. Für Tabak hingegen, der dem Getreide gegenüber als objektiv entbehrlich gilt, sind weniger subjektive Abschätzungen vorhanden. Jeder Mensch verfährt nun so, daß er rationell nach der Wichtigkeit seines Bedarfs bei der Inanspruchnahme der Güter für sich entscheidet, wobei er im allgemeinen an die objektive Rangordnung gebunden ist, innerhalb deren sein subjektives Verlangen einen individuellen Platz angeordnet erhält.

Wenn nun bloß an ein Bedürfnis einem vorhandenen Gut gegenüber gedacht wird, so gilt der Satz, daß jeder Genuß mit der Vervielfältigung seiner Befriedigung abnimmt (Gossensches Sättigungsgesetz) und das Gut daher von dem Genießer immer weniger geschätzt wird.

Die Güter erhalten nun ihren Wert, indem die Bedürfnisse den erreichbaren, vorhandenen Mengen entgegengestellt werden. Ist eine be-

1) K. Diehl, a. a. O. S. 286.

2) Von K. Menger entworfen, sorgfältig erläutert von Böhm in der positiven Theorie des Kapitals. 2. Aufl. 1902.

schränkte Menge von Getreide vorhanden, so werden z. B. nach der Dringlichkeit der Bedürfnisse $\frac{6}{10}$ für Brot erfordert, das nächste Zehntel für Luxusbackware, die nächsten zwei für Viehfutter, das letzte für die Branntweinbrennerei. Da nun der Wert auf den Märkten ein einheitlicher ist, entscheidet über ihn das letzte Bedürfnis, das noch befriedigt werden soll, oder der Wert eines Gutes bestimmt sich nach der Größe des Grenznutzens. Käme ein neues Bedürfnis auf, und die verfügbare Menge bliebe die gleiche, so würde der Wert steigen; er würde sinken, wenn ein Bedürfnis ausfiele. Je mehr jemand in einer Ware gesättigt ist, um so weniger schätzt er eine weitere Bedürfnisbefriedigung in derselben, und das Empfinden über den zuletzt möglichen Genuß entscheidet auch hier über den Wert.

Zu dieser Lehre ist hinzuzufügen, daß, wenn die Menge verringert wird, unter Voraussetzung eines festen Bedürfnisstandes der Wert ebenfalls steigt. Die Ursache davon liegt dann nicht im Bedürfnis, sondern in der Gütermenge¹⁾, und die Bedeutung des Grenznutzens ist in dieser Marktbewegung ausgeschaltet.

Die Wertlehre der Österreicher findet ihre Anwendung auf die Lohntheorie, nach der die Lohnhöhe bestimmt werden soll durch die Grenzproduktivität der Arbeit, d. h. durch den Wert des Produktes, welchen der letzte, unentbehrliche Arbeiter seines Berufes dem Unternehmer noch einbringt. Differierende Schätzungen sind es auch, die die Vergütung für die Kapitalnutzung bestimmen, da die in der Gegenwart verfügbaren Gütermengen von den Menschen höher geschätzt werden als die in der Zukunft, mithin sie jemand nur gegen Entschädigung für die Zwischenzeit hingeben wird. Auch die Grundrente ist nur ein Ausdruck für eine besondere Nutzleistung, die der fruchtbarere Boden leistet, im Vergleich zu minder fruchtbarem, der angebaut werden muß, um der Nachfrage zu genügen.

Da der Grenznutzen als eine allgemein menschlich-ökonomische Kategorie gilt, so wird gefolgert, daß der Wert der Güter, des Lohnes, des Zinses und der Grundrente auch im Sozialistenstaat durch das Bedürfnis bestimmt werde. Wenn allerdings anerkannt wird, daß die Verteilung der Erträge dort ganz anders ausfällt als unter dem Konkurrenzsystem, so ist die Behauptung von dem Fortbestand heutiger Einkommensarten von dem sozialen auf das technische Gebiet hinübergespielt. Einen Extraertrag eines Ackers, der in die allgemeine Kasse fließt, wird man schwerlich noch als Rente bezeichnen können.²⁾

1) Vgl. oben A. V. S. 25.

2) K. Diehl, a. a. O.

Wir hoben hervor, daß alle isolierenden Methoden nur aus der Zeit heraus zu begreifen sind, in der sie erdacht wurden. Das gilt auch von der des Grenznutzens, die mit heutigen, besonders großstädtischen, immer mehr bedürftigen Menschen rechnet, aus denen ein allgemeiner Typus derjenigen Gebildeten herausgenommen wird, die ihre Bedürfnisbefriedigung einer rationellen Skala unterstellen. Die Arbeiterfrage des 19. Jahrhunderts ist von dem Willen zur Steigerung materieller Bedürfnisse beherrscht, und es gibt Besitzende, die sich im gegenseitigen Überbieten des Luxus nicht genug tun, in einer Zeit, in der die Technik der absatzhungrigen Produktion und des leichten Verkehrs sie fortwährend dazu anreizt. Solchen Tatsachen wird in der Theorie zentrale Wichtigkeit beigelegt, weil sie so auffallend sind. In dem hungernden Rußland des Winters 1921/22 leben Millionen von Menschen, die nur von dem einen Bedürfnis beherrscht sind, zu essen. Was geht sie die Abstufung der Bedürfnisse an, wo sie nur die Wahl haben, Gewalt gegen ihre Mitmenschen zu üben oder resigniert zu verkommen. Wenn nun dieser Zustand die normale Psychologie der kommunistischen Anordnung wäre, wie will man auf ihn eine Theorie anwenden, die für eine rechtsgesicherte bürgerliche Gesellschaft gilt?

Ist die Erweiterung der Bedürfnisse schon auf dem konservativen Lande, wo einfache Sitten und Gebräuche herrschen, anders als in der veränderungslustigen Stadt, wo jeder für sich steht und den andern zu Neuerungen im Genießen anregt, so ist sie bei einem von der Welt abgeschiedenen Stamme von Wilden, bei dem jahrhundertlang alles sozial unverändert geblieben ist, unbekannt. Der Verbrauch vollzieht sich nach dem Herkommen, nicht nach individuellen Wünschen, wie das zu unserer Kultur gehört. Die Tatsache des Mangels wird mit fatalistischer Gelassenheit hingenommen, und die überreiche Ernte führt zu sinnloser Verschwendung. Das Entstehenlassen neuer Bedürfnisse gilt den Europäern als das beste Mittel, solche Stämme mit völlig stabiler Lebensweise an das Arbeiten zu gewöhnen. Bei den kolonialen Bestrebungen im tropischen Afrika hat der Händler die Neger neue Bedürfnisse gelehrt. Werner von Siemens¹⁾ schließt seine Schilderung von den kaukasischen Erdhöhlenbewohnern von Kedabeg mit den Worten: „Der bedürfnislose Mensch ist jeder Kulturentwicklung feindlich. Erst wenn Bedürfnisse in ihm erweckt sind und er an Arbeit für ihre Befriedigung gewöhnt ist, bildet er ein dankbares Objekt für soziale und religiöse Kulturbestrebungen. Mit letzteren zu beginnen wird immer nur Scheinresultate geben.“

1) Lebenserinnerungen. 1892. S. 217.

Bedürfnisse zu übertragen auf Menschen, die sie nicht kennen, ergibt sich aus dem Nachahmungstrieb. Wo also der Preis eine soziale allgemeine Erscheinung ist, nicht bloß ein Ergebnis von einer Abmachung zweier Personen, braucht das vermehrte Angebot nicht zu einer Überbedarfdeckung oder Preissenkung zu führen, sondern zu einem Warenhunger, so daß in der Gesellschaft das Gegenteil von dem eintritt, was die Grenznutzentheorie bei dem Individuum festzustellen geglaubt hat.

Robinsonaden, die primitive Wirtschaftszustände darstellen sollen, haben für die Erkenntnis der Wirtschaft keinen Wert. Ein mit einer modernen Psyche ausgestatteter Mensch ist in eine Wildnis gesetzt, und dort wird seine wirtschaftliche Tätigkeit analysiert. Das konnte man ohne den ganzen Apparat bequemer haben, wenn man die Untersuchung für daheim vornahm. Will man primitive Verhältnisse kennen lernen, so muß man sich auch an das Seelenleben primitiver Menschen halten.

Der Rationalismus, unter dem ein vernünftiger Hausvater der Wichtigkeitsskala der Bedürfnisse nachlebt, woraus eine Art Rangordnung der Preise folgen soll, ist nur eine Isolierung aus verschiedenen Verfahrensarten der Konsumenten und zugleich eine praktische Lebensvorschrift, mit der in das Sein ein Seinsollen hineingetragen wird. Die Willkür bei dem Kauf von Genußgütern und die Laune in der Befriedigung nötiger Bedürfnisse ist in der Wirklichkeit oft genug anzutreffen, wie das die Statistiken der Verbrauchssteuern zeigen, wenn bei erhöhter Genußmittelabgabe der Verbrauch in keinem Verhältnis zu ihr zurückgeht.

Was die Sättigungslehre angeht, so ist die Abschwächung des Bedarfs mit der zunehmenden Befriedigung wohl zu beobachten, aber doch keineswegs ausnahmslos. Der ersten Angewöhnung eines Genußmittels oder Vergnügens pflegt zunächst oft eine Steigerung zu folgen, wie das geistige Genüsse überhaupt an sich tragen, wenn sie recht empfunden werden.

Auch auf den Wert des Geldes läßt sich die Lehre nicht unbedingt anwenden. Wenn Warenverkäufer sich in der Nachfrage von Geld von einem unbezähmbaren Erwerbstrieb leiten lassen, so werden sie niemals derart gesättigt, daß ein weiterer Geldbesitz zum Überdruß wird. Die Nachfrage kommt nur deshalb zu einem Ende, weil die Masse des erreichbaren Geldes in der Hand der Käufer beschränkt ist.

Wenn wir daran festhalten, daß die ökonomischen Isolierungen oder hypothetischen Methoden immer ihre Zeit widerspiegeln, so werden sie

auch nur so lange Ansehen genießen, als ihre Unterlagen für etwas Wesentliches gehalten werden. Das kann länger oder kürzer dauern. Der Inhalt der Ricardoschen Volkswirtschaftslehre ist in mancher Hinsicht bereits veraltet, der der österreichischen noch entwicklungsfähig. Es ist keiner also stark, er findet einen Stärkeren. Neue isolierende Systeme können auftauchen, wenn Erklärungen neuer Erscheinungen geboten sind. Es ist erwünscht, daß die Theorie niemals raste, und die vergangenen Theorien werden sich damit trösten, nicht nur, daß sie ihrer Zeit genützt haben, sondern daß sie auch methodische Bausteine für die Zukunft geworden sind.

Die Methode, nach Wirkungen ausgesonderter ökonomischer Kräfte zu urteilen, ist auch bei solchen Denkern, die die ganzen Systeme der Isolierung nicht angenommen haben, ein Bestandteil zur Durchdringung einzelner sozialer Fälle oder zeitweiser Kausalitäten geworden, wo die Erfahrung nicht ausreichte. Man baute psychologische Interpretationen in auffallende Tatsachen des Lebens ein, die auf diese Weise erst verstanden wurden. So entsteht eine Kombination von abstrakter und konkreter, deduktiver und induktiver Forschung, wie wir sie schon bei A. Smith vorfinden und deren sich auch K. Marx in seinem „Kapital“ wiederholt bedient, so daß man seine Methode der Ricardoschen nicht gleichstellen kann, obwohl die Ergebnisse derselben in der Hauptsache angenommen werden. Keine Wissenschaft kann ohne Abstraktionen vorwärts kommen, und alle Abstraktionen schalten Einzelheiten oder Abweichungen aus. Es ist aber ein Unterschied, ob man innerhalb einer realistischen Darstellung sich einzelner gedanklicher Aussonderungen bedient, um Zustände oder Kausalzusammenhänge begreiflich zu machen, oder ob man die gesamte Darstellung von einem leitenden Prinzip deduktiv aus anordnet. Die Abkehrung von der Wirklichkeit ist in dem letzteren Falle eine weit größere, und es bedarf dementsprechend der größeren Korrektur, um die Wirklichkeit zu begreifen.

Wo man in die Probleme der Geldwirtschaft, des Geldwertes, der Preise, der Beeinflussung der Preise durch den Handel, des Handels durch die Preise, der Wechsel, der Diskontobewegungen einzudringen sucht, beginnt man vorwiegend mit isolierenden Untersuchungen, mit denen man die erfaßbaren Tatsachen des Lebens vergleicht und nachträglich historisch oder statistisch zu begründen bemüht ist.

Man sagt z. B., der Terminhandel hat die Eigenschaft, Angebot und Nachfrage der Gegenwart auf eine breitere Basis zu stellen. Durch Vorseinkäufe oder Verkäufe werden die Schwankungen der Preise abgemildert. Man setzt dabei freie Konkurrenz und Verfahren nach ökonomi-

schem Interesse voraus. Wenn nun der Terminhandel verboten wird und man jetzt große Preisschwankungen an den Börsen zuverlässig beobachtet, so glaubt man diesen Vorgang leicht erklären zu können.

Als 1879 in Deutschland der Getreidezoll eingeführt wurde, bemerkten seine Gegner, daß eine Verteuerung des Brotes eintreten werde, da der Bedarf durch das Inland nicht voll gedeckt werde. Darauf antworteten seine Befürworter mit dem abstrakten Satz, daß der Preis stets unter Angebot und Nachfrage von zwei Gruppen zustande käme, die nach ihren jeweiligen wirtschaftlichen Interessen verführten. Es frage sich, ob der Wille der amerikanischen Farmer, ihren Überfluß an Getreide los zu werden, nicht ebenso stark zum Preisdruck führe als der Wille der deutschen Verbraucher, sich zu versorgen, zur Preiserhöhung. Unter Bejahung der ersteren Annahme hieß es, das Ausland werde den Zoll zu tragen haben. Jede Partei suchte nun mit Preistabellen aus der Geschichte ihre Behauptung zu bekräftigen.

Als ein drittes Beispiel der kombinierten Methode sei der Inflationvorgang genannt. „Der Krieg,“ schreibt G. Cassel¹⁾, „ist in allen in ihn verwickelten Ländern in großem Umfang durch Schaffung neuen Geldes finanziert worden. . . . Das Ergebnis war, daß der Regierung neue Kaufkraft zur Verfügung gestellt wurde. Als so die gesamte Kaufkraft erhöht wurde, ohne daß sich die Warenmenge entsprechend vermehrte, war eine allgemeine Steigerung der Preise die Folge. Mit den höheren Preisen wuchs entsprechend der Bedarf an Zahlungsmitteln, und die Menge der Tauschmittel, die im Umlauf gehalten werden konnte, stand daher zu jeder Zeit im gleichen Verhältnis zum allgemeinen Preisniveau. Aber der primus motor der Preissteigerung ist immer die Schaffung einer künstlichen Kaufkraft gewesen.“

Diese Erörterung wird an Vorgängen in verschiedenen Ländern nachgewiesen, und es werden zahlreiche Folgerungen gezogen, die wieder mit historischen Tatsachen ausgestattet sind.

Wir wollen zum Schluß noch ein Wort Fr. Bastiats zugunsten der ökonomischen Isolierung anführen.²⁾

„Gegenstand der volkswirtschaftlichen Wissenschaft ist der Mensch. Aber sie hat es nicht mit den ganzen Menschen zu tun. Religiöses Gefühl, Vater-, Mutter-, Kindesliebe, geschlechtliche Liebe, Freund-

1) Man vgl. dessen Buch, Das Geldproblem der Welt, deutsch 1921, das die Tatsachen des gegenwärtigen internationalen und nationalen Geldwesens mit abstrakten Erörterungen durchzieht, um sie in ihrer Kausalität verständlich zu machen. Das obige Zitat ist aus dem zweiten Kapitel.

2) Volkswirtschaftliche Harmonien, nach dem Französischen 1850. S. 46.

schaft, Vaterlandsliebe, Menschenfreundlichkeit, alles, was in das anziehende Bereich der Sympathie schlägt, ist das Gebiet der Moralwissenschaft. Diese hat ihrer Schwester, der volkswirtschaftlichen Wissenschaft, nur das trockne und kaltblütige Reich der persönlichen Interessen übriggelassen. Man ist so ungerecht, dies zu vergessen, wenn man unserer Wissenschaft den Vorwurf macht, daß ihr der Reiz und die Salbung der Moral fehle. Ist es anders möglich? Bestreitet ihr das Recht zu sein, aber wollet sie nicht zum Widerspruch mit sich selbst zwingen! Wenn die Äußerungen menschlicher Tätigkeit, welche den Reichtum zum Gegenstand haben, umfassend und verwickelt genug sind, um Anlaß zu einer besonderen Wissenschaft zu geben, so lassen wir doch derselben den Gang, welcher ihr zukommt, und zwingen wir sie nicht, von Interessen in gefühlvoller Sprache zu reden.“

Bastiat deduziert sein ganzes System von dem ökonomischen Interesse aus, bei dem er voraussetzt, daß es von der Sphäre der freien Konkurrenz umgeben ist. Überzeugungskraft verleiht er seiner Lehre durch die ethische Illustrierung: Verwirklicht die freie Konkurrenz bis zur Vollendung, so habt ihr die Harmonie der Interessen — die euch der Sozialismus niemals bieten kann.

IV. DIE FINANZWISSENSCHAFTLICHE METHODIK

Im Verhältnis zur Volkswirtschaftslehre hat in Deutschland die Lehre von den öffentlichen Einnahmen und deren Beziehung zu den öffentlichen Ausgaben oder die Finanzwissenschaft drei verschiedene Stellungen hintereinander eingenommen. In der kamentalwissenschaftlichen Periode, d. h. unter der systematischen Pflege der inneren Staatsverwaltung in den Hofkammern der absoluten Fürsten wurden die finanzwirtschaftlichen Erwägungen ganz vornehmlich nur als das, was sie der Staatskasse nutzen konnten, aufgefaßt. Die unter dem Merkantilismus gewonnenen Einsichten vom Wirtschaftsleben fanden keine innige staatswirtschaftliche Verbindung mit dem Finanzwesen, dem die Gütererzeugung innerhalb des Volkes nicht viel mehr als eine gehorsame Magd erschien.

Als man nun unter den Physiokraten und unter der englischen liberalen Wirtschaftswissenschaft begriff, daß der allgemeine Wohlstand die beste Quelle der öffentlichen Einnahme sei, rückte seine Bedeutung als Ziel des Nachdenkens immer weiter in den Vordergrund, und die Finanzwissenschaft wurde zu einer Summe von Regeln, deren Anwendung von der ökonomischen Theorie vorgeschrieben war. Sagte Ques-

may: Reiche Bauern — reiches Land, reiches Land — reicher König, so war in diesem Satz die Landwirtschaft einseitig verherrlicht. Sie galt aber auch als alleinige Grundlage für die Finanzen, die in der *impôt unique*, der alleinigen Grundsteuer die Folgerung zu ziehen hatten. Nach A. Smith wird alle wirtschaftliche Tätigkeit der unbehinderten Initiative der Privaten am besten überlassen. Der Staat hat sich von ihr fernzuhalten, sich ganz auf Steuern — möglichst auf die direkten — einzurichten, die Produktion und den Verkehr möglichst wenig zu stören.

Indessen sind die Lehren dieser zweiten Periode wohl in der Theorie, aber nicht in der deutschen Staatspraxis des 19. Jahrhunderts zur vollen Herrschaft gelangt, indem man einerseits die historisch gegebenen staatlichen Erwerbseinkünfte nicht preisgeben, andererseits dem Staat im Wirtschaftsleben bestimmte, aus seinem Wesen folgende Aufgaben nicht absprechen wollte. Zwischen öffentlich-rechtlicher Finanzverwaltung und volkswirtschaftlichem Gedeihen, als zwei selbständigen Faktoren, erkannte man in der dritten Periode eine Wechselbeziehung, womit man den beiden Disziplinen, der Volkswirtschaftslehre und der Finanzwissenschaft, eine auf ihre Eigenarten fußende Gleichberechtigung einräumte.

Beruhete nun die Eigenart der Finanzwissenschaft darauf, daß sie von Anschauungen über die Natur des Staates und des Staatsrechtes den Ausgang nahm, so war sie doch, sobald sie in Beziehung zur Volkswirtschaft trat, von den Methoden abhängig, die in der zweiten und dritten Periode für die volkswirtschaftliche Erkenntnis ausgebildet worden waren.

Die aus der ökonomischen Natur des Menschen abgeleiteten abstrakten Gesetze wurden in der Epoche des Liberalismus auch in den Zusammenhang zwischen Steuern auf der einen Seite und Preisen, Löhnen, Gewinnen, Grundrenten auf der anderen als Leitfaden der Beurteilung eingesetzt.

Einige Beispiele: Die indirekte Verbrauchssteuer erhöht die Kosten der Produktion und damit die Preise in entsprechender Weise. Daher müssen mit ihnen auch die Geldlöhne steigen und die Gewinne sinken. Lohnsteuern mögen zeitweise den Arbeitern unangenehm sein. Nach einiger Zeit werden sie, da das Existenzminimum behauptet werden muß, auf den Gewinn abgeschoben.

Die Grundsteuer, soweit sie einen Teil der Grundrente fortnimmt, kann den Getreidepreis nicht steigern. Sie berührt den unter den ungünstigsten Bedingungen produzierenden Landwirt nicht, schädigt die Produktion nicht und trifft ein durchaus leistungsfähiges Monopol — Differentialeinkommen.

Eine Gewerbesteuer wird ungleichmäßig nach Arten des Gewerbes oder der Berufe erhoben. Die damit hart Betroffenen, die in ihrem Gewinn mehr als andere geschädigt sind, reagieren durch Herausziehen des Kapitals aus dem relativ jetzt weniger Nutzen bringenden Unternehmen. Das Warenangebot wird hier verringert, in bessergestellten Gewerben infolge der Kapitalzufuhr vergrößert. Die Preise setzen sich ins Gleichgewicht. Die ungleichmäßig aufgelegte Steuer verteilt sich also über alle Gewerbe und erfaßt sie gleichmäßig.

Wird eine einseitige, d. h. andere Erträge analog nicht treffende Häusersteuer allen Hauseigentümern aufgelegt, so sinkt unter der freien Konkurrenz der landesübliche, durchschnittliche Reinertrag der Vermieter. Die Folge davon ist die Einschränkung der Bautätigkeit, und die sich daran anschließende Konjunktur muß die Mietpreise nach oben treiben. Da nun die Mieter für die Wohnungsausgabe nur eine bestimmte Quote ihres Einkommens zur Verfügung haben, so müssen sie ihren Wohnungsbedarf vermindern. Die auf sie übergewälzte Steuer wird damit auf den Hausbesitz, zum Teil mindestens, zurückgewälzt.

Zugleich suchte man nach dem empirischen Nachweis für solche Abstraktionen. Man fand Tendenzen der angegebenen Richtung bestätigt und formulierte unter vorsichtiger Einschränkung Regelmäßigkeiten, die dann dazu dienten, der Methode neues Gewicht beizulegen.¹⁾

Die historische Auffassung erklärte hingegen, sich in allen solchen Fällen an den Realismus der Dinge mit seiner Vielseitigkeit halten zu wollen. Sie begann alsbald damit, die Theorie der Finanzwissenschaft auf eine breitere Grundlage zu stellen, indem sie den öffentlichen Haushalt des Altertums, des Mittelalters, der Neuzeit und bei dieser unter Spezialisierung nach Ländern oder nach einzelnen Einnahmearten Untersuchungen anstellte und dabei sowohl auf die Eigenart des jeweiligen Staatswesens, als auch des Wirtschaftslebens hinwies, wobei sie sich des Finanzrechtes und der Finanzstatistik als ihrer Hilfsmittel bediente. Die Gefahr dieser Methode bestand darin, sich in ungezählte Einzelheiten zu verlieren. Daher machte sich das Bedürfnis, die gewonnene Erkenntnis in große abstrakte Linien zu gliedern, bald geltend, wobei die vorsichtige Formulierung die Meister des Faches auszeichnete.

Wenn man die Lehrbücher der Finanzwissenschaft der Gegenwart mit denen vor sechzig Jahren vergleicht, so zeichnen sich jene durch ihr umfassendes Wissen vor diesen aus. Doch ist die Anordnung des Stoffes, wie sie aus der Finanzwirtschaft folgt, aus ihrer formellen Ordnung in

1) Vgl. z. B. die in ihrer Art sehr klare „Allgemeine Steuerlehre“ von Joh. A. R. Helferich, im Handbuch der politischen Ökonomie. 1882.

der Beziehung von Ausgabe zur Einnahme und aus den Einnahmearten im ganzen dieselbe geblieben, und der Finanzpolitik ist in beiden Fällen ein breiter Raum zugestanden.

Der historische Sinn in der Finanzpolitik äußert sich zunächst negativ darin, daß eine auf einzelnen politischen oder ökonomischen Prinzipien aufgebaute Einnahmewirtschaft abgelehnt wird. Die Möglichkeit einer alleinigen, allgemeinen Einkommensteuer wird ebenso verworfen wie die Fundierung des Budgets allein auf direkte Steuern. Denn wenn es auch richtig ist, daß alle Steuern aus dem Einkommen bestritten werden sollen, so hat man doch noch keine Steuertechnik erfunden, mit der die unmittelbare Erhebung zureichend und billig geschehen könnte. Die Einkünfte und Vermögensteile sind in der heutigen Volkswirtschaft vielgestaltig und zerstreut und im Werte schwankend, der Widerwille der Bevölkerung gegen den Steuerdruck so hartnäckig, daß sich die Finanzbehörden außerstande sehen, selbst wenn ihre Zahl sehr groß ist, womit die Erhebungskosten entsprechend gesteigert werden, allen Einzelheiten der Steuererklärungen und der Prüfung der an sich zugänglichen Tatsachen nachzugehen und die Beträge einzutreiben. Dazu kommt, daß alle Steuergesetze, so gut sie auch abgefaßt sein mögen, für jeden einzelnen Fall nicht genügen können, da alles wirtschaftliche Leben in steter Umänderung begriffen ist und bei der Internationalität des Verkehrs auch teilweise sich der Kontrolle entzieht.

Die Staatsregierung geht in der Finanzwirtschaft immer von dem Gedanken aus, daß es für sie das wichtigste ist, die nötigen Geldsummen zu beschaffen, womit die Frage, wie es geschehen soll, an die zweite Stelle geschoben wird. Es ist ihr der Vorwurf gemacht worden, daß sie da zugreife, wo sie etwas fassen könne, und daher seien alle „Finanz- bzw. Steuersysteme“ etwas Willkürliches, die den Namen einer logischen Einheitlichkeit nicht verdienen. Ist das auch eine Übertreibung, da die Gesetzgebung, aufgeklärt durch die Finanzwissenschaft, vielfach den guten Willen, nach Grundsätzen vorzugehen, gezeigt hat, so ist doch die Kombination der Einnahmearten durch stetes Aneinanderfügen einer Vorschrift an die Masse der vorausgehenden ziemlich bunt ausgefallen. Die Theorie mußte schon froh sein, wenn sie einigen ihrer Gedanken eine verhältnismäßige Geltung verschaffen konnte.

Geht man davon aus, daß heute Steuern Abgaben sind, die von allen Bürgern gleichmäßig zur Befriedigung der allgemeinen öffentlichen Bedürfnisse erhoben werden, so wird der Staat daneben Abgaben verlangen, wenn er einzelnen oder Gruppen von Personen mit seiner Verwaltungstätigkeit etwas leistet, von der sie auch einen speziellen Vor-

teil haben. Daher sind die Gebühren, die etwa für die Eintragung in öffentliche Bücher, oder bei Prozessen, oder bei Gewährung von Konzessionen vorgeschrieben sind, ebenso zu billigen wie die sozialen Beiträge, die z. B. von begünstigsten Straßenanwohnern zu zahlen sind, falls auf öffentliche Kosten Neuanlagen oder Verbesserungen der Straße stattgefunden haben. Ebenso ist es begründet, daß unter Umständen öffentliche Ausgaben durch Anleihen gedeckt werden, die die Zukunft belasten, so wenn der Staat große Werke, Kanäle oder Eisenbahnen ausführt, deren produktive Wirkung über die Gegenwart hinausliegt.

Historisch in positiver Betätigung zu verfahren wird der Finanzwirtschaft durchaus anstehen, statt sich mit radikalen, angeblich notwendigen Beseitigungen zu plagen, die noch keineswegs erprobt sind. Daher pflegt sie finanziell erfolgreiche Einrichtungen trotz anderweitiger, etwa sozialer Bedenken nicht gern aufzugeben, sondern meist nur zu vervollkommen. Das zeigt z. B. die Geschichte der Verbrauchs- und Verkehrssteuern. Es ist ihr anempfohlen, bei allen Zwangserhebungen möglichst gerecht aufzutreten, weil sie nur so sich an die Willfähigkeit der Zahler wenden kann. Was nun gerecht ist, unterliegt selbst dem geschichtlichen Wechsel, und somit hat sie auch auf diesem Gebiete sich geschichtlich einzustellen. Das „Jedem das Seine“ zuzuweisen ist eine rein formale Forderung, die erst noch des Inhaltes harret. Der Grundsatz der Allgemeinheit der Besteuerung, oder daß jeder Bürger steuerpflichtig ist, gilt in dem heutigen Staat als selbstverständlich, im mittelalterlichen Ständestaat galt nur derjenige der öffentlichen Leistungspflicht überhaupt, so daß die Steuerbefreiung aller derer als zulässig empfunden wurde, die Kriegs-, Gerichts- und Polizeidienst auf ihre Kosten zu übernehmen verpflichtet waren.

Unter der liberalen Staatsanschauung dachte man das Verhältnis des Staates zu dem einzelnen so, wie Verkäufer und Käufer miteinander verkehren. In einem angeblichen Staatsvertrag sei ausgemacht worden, daß der private Kontrahent für den gewährten Schutz der Person und des Eigentums eine Summe bezahle. Maßgebend für ihn sei der Wert des Objektes, wie in einer Versicherungsgesellschaft. Wer ein Einkommen von 2000 Mk. oder ein Vermögen von 20000 Mk. besitze, ziehe vom Staatsschutz das doppelte als der Einkommensbezieher mit 1000 Mk. oder der Vermögensbesitzer von 10000 Mk. So wurde die Proportionalität bei den direkten Steuern der Grundsatz der Billigkeit. Daneben war logischerweise, wie das in der französischen Revolution zum Ausdruck gebracht wurde, eine gleiche Kopfsteuer für jeden geboten.

Denn der Staatsschutz der Person ist für alle gleich viel wert. Von der proportionalen Berechnung der bei den direkten Steuern möglichen Steuerpflicht ist man im Verlauf des Jahrhunderts zurückgekommen, als die Einkommen und die Vermögen sich stark differenzierten, die Berufsarten als verschieden ergiebig galten und auch die Steuertechnik nicht überall gleich tief fassend eindringen konnte. Man wandte sich auch von der individualistischen Staatsvertragstheorie ab, da sie in der Geschichte nicht begründet sei, und nahm den Staat als eine Organisation der Volksgesamtheit, wie man sich bildlich ausdrückt. Die Steuerlast liegt demnach auf dem ganzen Volke, und die Verwaltungstätigkeit kommt ihm als einem Ganzen zugute. Alle nehmen an dem Schutz des Staates gegen äußere und innere Feinde und an dem, was er sonst noch leistet, um als solcher unabhängig und kraftvoll dazustehen, nach ihren Bedürfnissen Anteil, woraus dann folgt, daß jeder auch nach seiner Leistungskraft zu den Finanzen zuzusteuern habe.

Was die gerechte Leistungsfähigkeit ist, wurde mehr und mehr in großen Rubriken spezialisiert: die progressive Abgabe trat an die Stelle der proportionalen, da die Steuerlast nicht nach dem zu beurteilen sei, was sie jemand gebe, sondern nach dem, was er nach Zahlung zum Leben und Ersparen übrig habe. Außerdem wurde das Arbeitseinkommen geringer als das Besitzeinkommen getroffen, weil jemand, der auf das erstere — allein — angewiesen ist, für sich und seine Familie im Hinblick auf den möglichen Eintritt der Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfähigkeit zu sparen genötigt sei, also weniger verbrauchen könne, während dem Besitzer der Besitz für die Notlage bleibe. Auch dachte man dabei an die Beamtengehälter und Löhne, die als Arbeitseinkommen gut zu ermitteln sein und steuerlich erfaßt würden, wohingegen das Arbeitseinkommen in Landwirtschaft, Industrie und Handel eine meist zu niedrig eingeschätzte Größe sei und daher einen höheren als den geübten Satz vertragen könne.

Eine dritte Spezialisierung wurde in der Art des Erwerbs insofern gefunden, als zwischen der auf wirtschaftlicher Tätigkeit und Ersparung einerseits und der auf einträglichen Konjunkturen und Glücksfällen erzielten Einnahmen andererseits unterschieden wurde, indem die letzteren um so leistungsfähiger galten, als bei der Normierung der Lebenshaltung auf sie regelmäßig kein Bezug genommen wird.

Auch die persönlichen und Familienverhältnisse, Kinderzahl, Verpflichtung zur Erhaltung armer Angehöriger, Unglücksfälle haben Berücksichtigung gefunden, da sie die individuelle Konsumtionskraft herabsetzen. Endlich hielt man es in der Agrarkrise nach 1875 für ge-

boten, die Landwirtschaft steuerlich zu entlasten, und ganz allgemein stellte man den Satz auf, den Kleinbetrieb zu schonen, was beides bei den Ertragsteuern möglich war, indem man aus einer erschwerten Erwerbsfähigkeit auf geringere Verbrauchsmöglichkeit der Inhaber zurückschloß.

Die Steuererhebung war also realistischer geworden, indem sie Prinzipien verteidigte, die mit dem Wechsel der Verhältnisse rechneten.

Da die Finanz- mit der Volkswirtschaft, wenn auch jede ihre Sonderdisziplin ausbildet, in Wechselwirkung steht, ein gerechtes, großzügiges und zuverlässiges Finanzgebaren das Wirtschaftsleben der Nation fördert, wie dieses, je mehr es gedeiht, entsprechende Finanzkraft vorstellt, so hat man daraus geschlossen, daß sich die Finanz- und Wirtschaftspolitik niemals widersprechend zueinander verhalten dürfen. Das ist auch richtig, wenn die Politik den Gesamt-, nicht Sonderinteressen dient, also ethisch gerechtfertigt ist.

Die Geschichte lehrt bekanntlich, daß dieses Ideal nicht selten mißachtet wurde. Auch dabei ließ sich die gegenseitige Beeinflussung von Finanz- und Volkswirtschaft nachweisen. Schlechte Finanzpolitik hat die wirtschaftenden Kräfte des Volkes zerrüttet, und schlechte Wirtschaftspolitik macht auch die Finanzen verarmen. Indem die historische Wissenschaft dies begriff, lag es ihr nahe, zu der Vermeidung solcher Übel Stellung zu nehmen. Das führt uns zu dem letzten Abschnitt unserer Erörterungen.

E. DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK

I. DER ZUSAMMENHANG ZWISCHEN THEORIE UND PRAXIS

Für den unbefangenen Menschen sind Lebenserfahrung und auf sie bezogenes praktisches Handeln eine ungeteilte Einheit. Wie er andere zu behandeln, wie er sein wirtschaftliches und sein Familienleben zu ordnen hat, was er sich selbst zumuten kann, wird mit den Jahren zu einem festen Bestand seines Wissens und auch zur wiederkehrenden Tat, wenn er Festigkeit des Charakters besitzt.

Es ist naheliegend, daß ein Staatsmann, der den Glauben an sich und an sein Werk hat, in der Politik nicht anders verfährt. „Die Erfahrung,“ sagte Friedrich der Große, „ist von allen Führern die sicherste, und meine Sätze gründen sich allein auf das, was ich gesehen und überlegt habe.“ Nicht anders hat Bismarck den Kompaß seines politischen Tuns gefunden. Die gegenwärtigen inneren sozialen

Kräfte und die politischen des Auslandes einzuschätzen und beide für sich und in ihrem Zusammenhang zu verstehen, war ihm nach seiner Ansicht gelungen, mochten sie in den Verhältnissen oder in den Personen liegen, und auf diesem Wissen baute er seine Realpolitik auf.¹⁾

Der überzeugte politische und soziale Theoretiker hat niemals anders im Prinzip verfahren, mögen seine Abstraktionen auch weiter von der Wirklichkeit durch Deduktionen abführen, oder mag er die Kunst, unmittelbar praktische Mittel anzuwenden, nicht kennen oder verschmähen. Die Sätze seines Systems sind ihm unumstößlich, und die Zielsetzungen sind ihm im Anschluß daran gegeben. Alle großen Gedanken des Sollens kommen aus dem Herzen und sind mit dem Willen, sie ins Leben umzusetzen, unlösbar verbunden.

Wenn jemand in Gesellschaft und Staat erkennt „was ist“, so bleibt die Beurteilung nicht aus. Ihr Maßstab ist das gedanklich formulierte Ziel. Wer Zwecke will, will auch Mittel zu ihrer Realisierung.

So ist eine fortlaufende Kette geistiger Verrichtungen vorhanden, es sei denn, daß die Lebenskraft des Forschers verarmt ist, „sein Wille ausgehängt“ ist. Allein Resignation ist auf dem Gebiete der sozialen Wissenschaft eine schlechte Empfehlung.

Hinter den besten Absichten des willensstarken Denkers lauert die Kurzsichtigkeit aller menschlichen Entwürfe. Er kann sich über die Tragweite seiner Ideen täuschen. Hier setzt die Kritik anders Empfindender ein. Behauptung stößt auf Behauptung, und beide scheinen sich gegenseitig aufzulösen.

Diese oft gemachte Beobachtung führt zu einer anderen Auffassung der sozialen Wissenschaft. Man sagt sich, der praktischen Fälle sind viele und im voraus in ihrer Art unberechenbar. Denn die Kräfte der Wirklichkeit unterliegen dem Wechsel ihrer Intensität, die Interessen kreuzen sich wie die Grundsätze, die ihnen angepaßt sind. Daraus folgt, daß man die Methode der Naturwissenschaft auf das soziale Leben überträgt. Weil die Anwendungen der Naturgesetze unzählige sein können, muß die Wissenschaft, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen will, unabhängig von allen praktischen Zwecken studiert werden. Die Wissenschaft hat nur Erkenntnis zu suchen, Wahrheit, wie sie sich vorzuschmeicheln liebt.

Gebt die Dinge, wie sie sind, sine ira et studio, lautet die Lehre mancher Nationalökonomien heute in Deutschland. Macht einen dicken Strich

1) Noch einmal eindringlich hervorgehoben am Schluß von „Erinnerung und Gedanke“. 1919. S. 157.

zwischen Theorie und Praxis. Ihr könnt ihn machen, wenn ihr wollt, und ihr sollt wollen, andernfalls verharret ihr im Irrtum. Es ist nicht zu bestreiten, daß eine Mahnung in dieser Richtung nicht ohne Nutzen gewesen ist. Der Mißbrauch in der Verquickung von doktrinären sozialistischen und kathedersozialistischen Meinungs- und Glaubenssätzen mit Sollensvorschriften bedurfte einer Remedur, und der Hinweis auf strengere Objektivität war zeitgemäß und ist überhaupt von Zeit zu Zeit zu wiederholen. Aber daß es möglich ist, den Willen des sozialen Theoretikers aus seinen noch so objektiv gewollten Studien auszuschließen, ist eine Selbsttäuschung. Die Sozialwissenschaft ist keine Naturwissenschaft. Es mag volkswirtschaftliche Objekte geben, die mehr als andere der Leidenschaft entrückt sind. Wenn Studien über ziemlich entlegene Anfänge des Geldwesens in Kleinasien oder über den ägyptischen Giroverkehr unter den Ptolomäern unternommen werden, so ist das etwas anderes, als wenn sie sich auf Gewerkschaften der Gegenwart, auf Tarifgemeinschaften und die Frage beziehen, ob die Selbsthilfe der Lohnarbeiter imstande ist, ihr Einkommen zu erhöhen. Alle Untersuchungen, die das Leben berühren, haben zum Gegenstand nicht nur außerhalb des Menschen liegende Kausalitäten, sondern auch ursächliche Willenshandlungen und andere psychische Vorgänge in dem beobachteten Menschen. Zu ihnen stellt sich der Forscher zustimmend oder ablehnend. Die Heftigkeit, mit der theoretische Behauptungen angegriffen werden, ist gar nicht zu verstehen, wenn nicht überall ethische Anschauungen hinter ihnen stünden. Es schreibe ein Historiker noch so objektiv über Sozial- oder Handelspolitik, er wird immer einen Gegner finden, der ihm Parteistellung vorwirft.¹⁾

Das nationale oder soziale Leben läßt sich nicht so sauber analysieren wie die geologische Schichtung eines Berges. Man soll daher von der Wissenschaft nicht mehr fordern, als sie zu leisten vermag, und das nicht auseinanderreißen, was nicht getrennt werden kann, ohne zerstört zu werden.

Die Nationalökonomie ist wie keine andere der Kritik des Mißtrauens exponiert. Der Vorwurf des Tendenziösen erschallt immer wieder, weil der Forscher einer sozialökonomischen Gruppe angehört, deren Interesse er vertrete. Er mag oft nicht unberechtigt gewesen sein, allgemein ist er nicht statthaft. Denn andere Willensmotive können das bewußte

1) Übrigens ist auch die Naturwissenschaft des Subjektivismus nicht ganz zu entkleiden. Man denke nur an Anthropologie und Biologie im Vergleich zur Mineralogie oder Astronomie — und wenn diese an die Grenze der Metaphysik streifen, was dann?

oder unbewußte soziale Interesse überragen, da das Individuum ein eigenartiger und vielseitiger Mikrokosmos ist.

Eine voraussetzungslose Wissenschaft im eigentlichen philosophischen Sinne kann es auf diesem Gebiet nicht geben, man müßte sonst alle reale Kausalität leugnen. Der Mensch gehört einer Rasse an, einer aufstrebenden oder dekadenten Familie. Lebensschicksale haben sich tief in seine Seele eingepreßt. Optimismus oder Pessimismus tauchen aus seiner innersten physiologischen Beschaffenheit auf. Jeder ist das Kind seiner Zeit, ist abhängig von Erziehung, von Gesundheit, von ihm drängendem Talent und von seiner moralischen Beschaffenheit. Daher ist immer der Standpunkt eines Forschens bedingt. Er wählt ihn in der Regel unbewußt, und erst nachher, vielleicht nach Jahren wird ihm klar, inwieweit er sein Eigenstes gegeben hat. Davon kann er nicht lassen. Hier bleibt er unbelehrbar und auch unversöhnlich, wenn er eine Kampfnatur ist. Man mag ihn einen Narren schelten. Das ist ihm gleichgültig, solange er sich auf die feste Burg seines Gefühls zurückziehen kann. Irrtum in der Logik und Unkenntnis von Tatsachen gibt er als ehrlicher Mann zu, auch vermag er einen neuen Standpunkt im einzelnen einzunehmen, wenn sein bisheriger von Bedingungen abhängig war, die in ihm gewechselt haben. Aber soweit er seinem angeborenen Charakter unter metaphysischem Zwange gefolgt ist, bleibt ihm immer die Devise: „Ich kann nicht anders.“

Wenn man eine voraussetzungslose Wissenschaft in der Praxis fordert, so ist dies alles nicht gemeint. Ein Forscher im Dienst einer herrschsüchtigen pfäffischen Unduldsamkeit, ein bezahlter Schmeichler eines Monarchen, einer Geldmacht oder der Volksgunst ist verächtlich. Den guten Glauben an seine Sache, das restlose Ausschalten jeder persönlichen Vorteil bringenden Tendenz, jeder Rechthaberei, der selbstgefälligen Eitelkeit, das ist es, was die Wissenschaft von ihren Jüngern verlangt. Das braucht man nicht weiter zu beweisen: „Das Moralische versteht sich von selbst.“

Alle großen Nationalökonomien, die aere perennius in das Buch der Geschichte eingetragen sind, stehen unter der Notwendigkeit, als Einheit ihr Wissen und Wollen sich ausleben zu lassen. Sie üben Kritik an den bestehenden Dingen mit Leidenschaft, die sie über zaghafte Bedenklichkeiten hinweghebt. Von dem sozialen Willen der Physiokraten, das alte Regiment zu stürzen, ebenso von den Grundsätzen des Malthus und Ricardo ist oben bereits gesprochen worden. Adam Smith erklärt, daß das Ziel höchster Produktivität erreicht wird, wenn jeder seinem individuellen Interesse nachgeht. Man gebe der Arbeit die volle

Freiheit und störe niemand im Sparen, das ist die praktische Folgerung. Je günstiger das Ergebnis der Arbeit unter ihrer Teilung ist und je stärker die Spartätigkeit, um so größer die zwischen beiden gewonnene Differenz, die sich als Kapitalbildung kundtut. Der Maßstab für den Fortschritt des nationalen Reichtums ist die Anhäufung des Kapitals. Das durch ganz Europa bestehende System der Merkantilisten, des Absolutismus, der ständischen Gesellschaft wird daher als gegenteilig wirkend verworfen. In einem Memoire, das er elf Jahre vor dem Erscheinen seines berühmten Werkes niederschrieb, finden wir folgende Sätze: „Gewöhnlich wird der Mensch von den Staatsmännern und Staatsphilosophen als Material für eine politische Maschine betrachtet. Die Erfinder politischer Projekte stören die Natur in ihrem Wirken auf die menschlichen Angelegenheiten. Man braucht sie nur allein walten, ihre Zwecke verfolgen zu lassen, damit sie ihre Ziele erreichen. Um einen Staat von dem Zustand der Unkultur auf den höchsten Punkt des Wohlstandes zu bringen, bedarf es kaum mehr als Frieden, mäßig hoher Steuern und einer erträglichen Rechtsverwaltung. Alles übrige tut der natürliche Gang der Dinge von selbst. Die Regierungen, die diesen natürlichen Gang beherrschen wollen, indem sie entweder die Kräfte, welche bestimmt sind, der Natur zu folgen, in andere Kanäle zu leiten oder das Fortschreiten der Gesellschaft in gewissen Stadien zu hemmen, handeln gegen den Willen der Natur. Um sich zu halten, müssen sie zu Bedrückern des Volkes und tyrannisch werden.“

Der Abschluß der Völker voneinander durch Kriege, Verbote des Handels und der Freizügigkeit, Zölle und Schikanen ist verwerflich. Alle Menschen im freien Verkehr miteinander sollen eine Weltgemeinschaft bilden, die der vernünftige Zustand der Dinge ist. Als praktischer und wohlüberlegender Mann weiß Smith, wie weit die Wirklichkeit davon entfernt ist. Aber er hält seinen Plan in der Hauptsache für ausführbar, wenn auch unter der Aufrechterhaltung einiger Schranken, und fordert Freihandel, Gewerbefreiheit, Beseitigung aller inneren und kolonialen Monopolgesetze. Sein und Sollen sind in seinem Werk unlösbar gemischt.

Bei einem Nationalökonom wie Friedrich List, dessen „Nationales System der politischen Ökonomie“ um 1841 erschien, wird man eine Kongruenz von Theorie und Praxis schon aus seiner politischen Tätigkeit von mehr als zwanzig Jahren, ehe dies Buch veröffentlicht wurde, verstehen können. Aber auch seine früheren Agitations- und Gelegenheitsschriften zugunsten des amerikanischen Schutzzolles, des Zollvereins und des Eisenbahnwesens tragen starke Züge abstrakter

Theorie, zu deren Formulierung er hochbegabt war. Die Hinweise des Systems auf die nacheinander folgenden Wirtschaftsstufen vom wilden Jäger- und Fischerstamm über das Hirten- und Ackerbauvolk bis zu dem modernen Industrie- und Handelsstaat haben eine ökonomisch-geschichtliche Auffassung angeregt, und seine Lehre von den produktiven Kräften, die er der des in Werten bemessenen Reichtums entgegenstellt, ist eine Kritik der materialistischen Denkweise der herrschenden englischen Schule. Er bekämpft diese als einseitig individualistisch und kosmopolitisch. Die Volkswirtschaftslehre habe ihren Ausgang zu nehmen von der ökonomischen Realität, das sei die Nation, von deren Gegenwart und Zukunft alle Einzelwirtschaften allein ihr Dasein empfangen. Die Völkergemeinschaft sei nur ein schöner Traum, den der Freihandel niemals verwirklichen könne, denn dieser führe zu der Unterdrückung der wirtschaftlich schwächeren Völker und nicht zu einer befriedigenden Gleichheit des ökonomischen Austausches. Erst wenn ein vollkommener Völkerbund rechtlich und tatsächlich geschaffen sei, habe der Freihandel eine Existenzberechtigung, wie heute etwa zwischen den Provinzen eines Staates. List hat immer Gegensätze seiner Zeit vor Augen, das Industrie und Handel treibende England und das politisch zerrissene, agrarische und gewerblich rückständige Deutschland, oder ein Land ohne Eisenbahnen und ein solches mit ihnen, die Vereinigten Staaten mit ihren liberalen Verfassungen und den bürokratischen Obrigkeitsstaat seiner schwäbischen Heimat, ein Volk mit Nationalgefühl wie Frankreich und das partikularistische Vaterland mit seinen kurzsichtigen Sonderwünschen. Immer wird verständlich gemacht, was zu tun, wie der Schutzzoll einzurichten, wie das Eisenbahnnetz anzulegen, wie das Elend der landwirtschaftlichen Parzellierung zu beseitigen sei, wie ein deutsches Gewerbepatent- und Münzrecht geartet sein müsse. Alle Pläne werden mit glänzender schriftstellerischer Begabung auf einheitliche Grundgedanken zurückgeführt, die in voller Anschaulichkeit dastehen. Sein wissenschaftlicher Erfolg ist durch den packenden Hinweis auf die Praxis nicht wenig beeinflusst worden, ebenso wie seine praktischen Vorschläge deshalb so zündend wirkten, weil sie sich auf Ideale stützten, die von vielen Deutschen im innersten Herzen getragen wurden. Theorie und Praxis sind zusammen zu lehren, und beide haben sich zu ergänzen. So dachte er schon um 1818. Es heißt in der Vorrede zur ersten Auflage des Nationalen Systems: „Damals sollte ich mich auf Vorlesungen über die politische Ökonomie vorbereiten. Gelernt hatte ich so gut wie andere, was darüber gedacht und geschrieben war, aber es genügte mir nicht, die Jugend über den gegenwärtigen

Stand der Wissenschaft zu unterrichten, ich wollte auch sie lehren, wie auf nationalökonomischem Wege Deutschlands Wohlstand, Kultur und Macht zu fördern sei.“

Wir haben Thürens Lehre vom richtigen Standort der landwirtschaftlichen Betriebssysteme oben kennen gelernt. Sein Appell geht nur an die einzelnen Landwirte, demgemäß sich einzurichten, und manche mögen seine Vorschriften beherzigt haben. Mit der Beziehung des Staates zu der Volkswirtschaft beschäftigt er sich nur wenig, ganz im Geiste der damals herrschenden Lehre von der Nichteinmischung des Staates in die wirtschaftlichen Angelegenheiten seiner Bürger. Doch würde er schließlich, wenn er seine Ideen von der Beseitigung des üblichen Arbeitslohnes in Reformvorschläge umgesetzt hätte, an der Mitwirkung des Staates nicht haben vorbeigehen können. Er hat eine mathematische Formel des natürlichen Arbeitslohnes aufgestellt, die uns später in dem historischen Zeitalter als eine Spielerei vorkommen mußte. Der tatsächlich gezahlte Lohn oder die notwendige Lebenshaltung (a) soll sich verhalten zum natürlichen Lohn (L) wie dieser zu dem Produkt der Arbeit: $\frac{a}{L} = \frac{L}{p}$ oder $L = \sqrt{ap}$.¹⁾ Es liegt diesem Ausdruck der Gedanke zugrunde, den Rodbertus zu dem Eckpfeiler seiner Sozialpolitik gemacht hat: Ein mit der steigenden Produktivität steigender Lohn ist eine Forderung der Gerechtigkeit. Eine ethische Zielsetzung auf eine mathematische Formel zu bringen mutet zwar merkwürdig an, aber darum ist sie als solche weder widerlegt noch an sich minderwertig. Thünen war von ihr so überzeugt, daß er sie in die Nationalökonomie aufzunehmen für nötig hielt. Die Wissenschaft ist für ihn zugleich begreifend und gestaltend. „Nach meiner Ansicht“, sagt er, „werden wir nur durch die Verschmelzung beider Wissenschaften, des Sozialismus, der für die Arbeiter nicht bloß Lebensunterhalt, sondern auch Lebensgenuß und Bildung verlange — und der Nationalökonomie der Erforschung näher kommen. Durch eine solche Vereinigung würden dann auch der Phantasie der Sozialisten mit ihren aus der Unkenntnis der Gesetze der Nationalökonomie entspringenden Vorschlägen die Flügel beschnitten werden. . . . Mögen die Sozialisten ihre ganze Aufmerksamkeit darauf richten, die Arbeit produktiver zu machen; gelingt ihnen dies, so werden sie das Los der Arbeiter wahrhaft verbessern.“²⁾

1) Die Teilnahme von Arbeitern an der Produktivität ist als genaue Größe unfassbar, da die Produktivität etwas Volkswirtschaftliches ist. Teilnahme am Gewinn ist möglich, da der Gewinn eine reale erfaßbare Größe ist. Produktivität und Gewinn decken sich nicht.

2) Der Isolierte Staat. 1875. 3. Aufl. II. S. 192.

Tatsächlich ist in Deutschland, mindestens von 1890 bis 1914, der Lohn mit der erhöhten Produktivität gestiegen, die das Verdienst der unternehmenden und erfindenden Arbeitgeber und der Reichsgründung an erster Stelle gewesen ist. Ein ziffernmäßiger Ausdruck ist für diese Proportion schwerlich zu ersinnen, doch wissen wir, daß die Sozialdemokratie mit dem Gebotenen nicht zufrieden war, auch nicht gewesen wäre, wenn man \sqrt{ap} voll hätte verwirklichen können. Denn nicht „Lebensgenuß und Bildung“, sondern Macht ist das Problem des demokratischen Sozialismus, das damals, als der „Isolierte Staat“ entstand, hinter utopischen Gebilden, in denen nur friedfertige Menschen leben würden — Menschen, die nicht existierten —, versteckt war. Thünen war eine konziliante, kontemplative Natur, ein vorsichtiger Forscher. So mochte ihm das Auftreten in der politischen Arena nicht liegen. Es blieben seine praktischen Vorschläge, die er tief empfindet, auf die Selbsthilfe beschränkt, wie er z. B. bei den Arbeitern seines Gutes Tellow ein Prämiensystem einführte, um sie an der steigenden Verbesserung seiner Landwirtschaft teilnehmen zu lassen.

Anders Rodbertus-Jagetzow, dessen Theorie ganz von dem Staatsgedanken durchtränkt ist. Die Analyse der Gegenwart wandelt sich zu ihrer Kritik, und aus dieser erwachsen positive Vorschläge der Reform. Das von ihm logisch richtig Erkannte ist seine Zielsetzung zugleich. „Er will,“ so faßt H. Dietzel seine Untersuchung über Rodbertus zusammen, „die Gesellschaft durch die selbstgeschaffene Wüste des Individualismus hindurchführen, aber nicht im Zeichen des französischen Kommunismus, sondern im Lichte der Staatsidee Fichtes und Adam Müllers, Hegels und Schellings, Dahlmans und Stahls. Das ‚System der Staatsleitung‘, durch welches er die Ära der ‚freien Konkurrenz‘ verdrängen möchte, ist einfach die Konsequenz der ‚organischen‘ Staatsidee für die Ordnung der ökonomischen Sphäre — dieselbe Konsequenz, die schon Fichte und Adam Müller gezogen hatten.“¹⁾

Der Staat ist bei Rodbertus mit der nationalen Verkehrswirtschaft nicht allein unlösbar verbunden, er hat sie auch zu ordnen und zu leiten. Daher hat er den Grundbesitz zu entlasten, indem die Kapital- in Rentenschulden umgeformt werden, daher hat er im erweiterten Thünenschen Sinne eine Lohnreform durchzuführen, die Privatbahnen zu verstaatlichen wie die Notenbanken, das Streiken zu verbieten, die modernen Wirtschaftskrisen durch Aufhebung der Unterkonsumtion der arbeitenden Klasse zu beseitigen. Er mißt alle historisch gegebene Wirklichkeit

1) Karl Rodbertus, Darstellung seiner Sozialphilosophie. 1888. S. 238.

an seinem Ideal der staatlich organisierten Volkswirtschaft, immer geistvoll und folgerichtig. Die Ethik beherrscht seine Kritik, und auf dieser entwirft er die Theorie, von der aus er die Gegenwart begreift.

Der Marxsche Sozialismus hat jede Mitarbeit der Rodbertusschen Gedankenwelt abgelehnt, obwohl die Lage der Lohnarbeit, die Wertlehre, die Übermacht des Kapitals nicht viel anders aufgefaßt werden als in dieser. Das Marxsche Ziel ist die Herrschaft des Proletariats, die den Staat nicht mehr nötig hat, weil dieser nur ein Mittel ist, eine Mehrheit durch eine Minderheit zu unterdrücken. Gibt es keine Klassen mehr, so ist der Staat überflüssig. Aus den immanenten Kräften der kapitalistischen Gesellschaft soll sich die sozialistische Zukunft herausbilden — so lautet die Phrase — dennoch ist das „Kapital“ von der ersten bis zur letzten Seite von einem glühenden, haßerfüllten Agitationswillen durchtränkt. Die Lohnarbeiter sollen zum Bewußtsein ihrer schlimmen, ungerechten, entwürdigenden Lage erzogen werden, und eine gewaltsame Revolution hat den Kapitalismus zu beseitigen, wenn seine Todesstunde geschlagen hat. Marx ist Theoretiker und Praktiker zugleich, wie alle Sozialisten im Grunde ihres Herzens. Bazard und Enfantin fordern die Beseitigung des Erbrechts als erste Stufe für die Umwälzung der angeblich durchschauten hin- und überfälligen Gegenwart, Louis Blanc und Ferdinand Lassalle die Produktivgenossenschaft der Arbeiter mit Staatskredit. Wie Fourier seine Phalanstère verwirklichen möchte, so Proudhon seine Tauschbank, Weitling seinen christlichen Kommunismus, Cabet sein Ikarien, Dühring sein sozialitäres System der freien Wirtschaftsgemeinde. Wie alle Sozialisten von ihrer Ethik den Ausgang nehmen, so kommen sie nach der Analyse des Bestehenden auf sie zurück. Die Kathedersozialisten sind ihnen in dieser Hinsicht gefolgt. Ihre Ziele sind ein Bestandteil ihrer theoretischen Auffassung gewesen, wenn sie auch vorsichtiger, gemäßiger, realistischer gefaßt sein mochten als die sozialistischen und nicht bei allen gleichmäßig bewußt hervortraten.

Alle die vorgenannten Theoretiker¹⁾ — wir gaben nur eine Auswahl — vertreten also die Auffassung, daß die Politik lehrbar ist. Das gegenwärtig nötige Verhalten wird aus der Vergangenheit nachgewiesen. Die gewiegten Historiker unter ihnen betonen die Relativität allen Sollens zwar ausdrücklich, aber es ist ihnen nicht möglich, und sie wollen es auch nicht, sich von ihrer subjektiven Grundauffassung loszulösen.

1) In der Privatwirtschaftslehre z. B. der Landwirtschaft ist der engste Zusammenhang von Sein und Sollen jedermann geläufig. Hier denkt man aber nicht an Politik sondern an Selbsthilfe.

Die praktische Politik ist jedem Vorsichtigen die Kunst des Erreichbaren, und welche Mittel in einem gegebenen Falle anzuwenden sind, läßt sich im einzelnen nicht, höchstens im allgemeinen vorausbestimmen. Das Richtige zu wählen ist die Aufgabe des Staatsmannes, die die Wissenschaft mit ihrer Begründung zu unterstützen hat. So gibt es eine fruchtbare Arbeitsteilung, die der Staatsmann von Größe in einer Einheit zusammenfaßt, indem er Zweck und Mittel vereinigt. Die Wissenschaft leidet unter der Gefahr des Doktrinären, darum sie der schöpferische Staatsmann leicht mißachtet. Aber er bleibt doch immer von den Zielen abhängig, die andere vor ihm richtig gedacht haben. Das gilt von Stein, von den preußischen Männern des Zollvereins, von Bismarck. Sie werden darum nicht herabgesetzt. Ihre Größe liegt an erster Stelle in der Stärke ihres Charakters und in der richtigen Intuition bei ihrem Handeln.

Nun sagt man, jedes wahre Wissen muß überzeugen, und das tut es auch. Aber nicht jeder will sich überzeugen lassen, weil er etwas will, das jenem Wissen widerspricht. Und jedes Wissen sozialer Dinge ist bedingt, fügt er zur Rechtfertigung seiner Ablehnung hinzu. Gewiß, manche Einsichten sind unvollkommen, aber soll man deshalb einem lähmenden Skeptizismus und schließlich dem Nihilismus, d. h. der Ziellosigkeit verfallen?

Die Sozialökonomie ist immer in einer schwierigen Lage. Hat sie deshalb nichts erreicht? Ich glaube, sie hat Resultate. Der Weg ihrer Entwicklung war dornenvoll, eigenartig. System folgte auf System, und das spätere zehrte das frühere auf. Doch blieb von der Geistesarbeit der früheren immer manches übrig. Jeder hat von seinem Vorgänger gelernt, mag es von ihm zugegeben sein oder nicht. Smith hat von Turgot, Ricardo von Smith übernommen. List leugnet nicht die Vorteile des Freihandels unter bestimmten Bedingungen, die historische Schule würde wenig zustande gebracht haben, hätte sie sich nicht die Begriffsbestimmungen der abstrakten Theorie zu eigen gemacht. Jedes große System, mag es noch so sehr in die Wolken hineinragen, läßt auf dem Boden der Erde einen Restbestand von goldenen Regeln und Kenntnissen zurück. Der Nachfolger hat sie aufzulesen und neu zu verwenden, damit sie wieder fruchtbar werden, mögen es Begriffe sein, die logisch zusammenhängen, Kausalitäten, die sich wiederholen, oder erkannte ökonomische Triebkräfte, die ein dauerndes Dasein besitzen. Es gibt eine Summe feststehender Ergebnisse, die niemand missen kann und mag. Wer leugnet die Erfahrung über die Arbeitsteilung, über Angebot und Nachfrage, über die Konkurrenz, wer den Unterschied von Metall- und

Papiergeld, von Monopol- und Wettbewerbspreisen, von dem Einfluß der subjektiven Brauchbarkeit auf den Wert, die Bedeutung der Transportkosten auf den Absatz und die Produktion usw.? Sind die Begriffe von Tauschwert und Geld, von Grundrente, Unternehmergewinn, Zins und Lohn, von der Handels- und der Zahlungsbilanz, von gedeckten und ungedeckten Banknoten, von dem Unterschied der Eigenproduktion und Verkehrswirtschaft, von individualistischer und kollektiver Wirtschaftsordnung, von Einkommen und Ertrag, von Agrar- und Industriestaat u. a. m. nicht geklärt worden? Und noch mehr. Hat man die ökonomischen Notwendigkeiten, die Schranken alles sozialen Wollens nicht verstehen gelernt, die in der äußeren Natur wie in dem Menschen und den sozialen Gebilden enthalten sind, ist die Methodik nicht ausprobiert worden, und hat man nicht ihre Grenzen durchschaut?

Und doch, dies Wissen genügt nicht, solange die membra disjecta nicht zu einer Einheit verbunden werden. Fehlt ihm die systematische Kraft neuer, durchgreifender Synthesen, so endigt es regelmäßig unter der Kritik in einem Eklektizismus mit nur äußerlicher Zusammenfassung. Eine neue große Gliederung unter der Führung eines leitenden Gedankens und Willens wird bald Bedürfnis, wie es ehemals auch da war. Schlimm für eine Zeit, in der die Befriedigung nicht gelingt. Jedes neue wertvolle System wird aus seiner Zeit geboren, aus dem, was sie am leidenschaftlichsten bewegt. Das wird sein Ausgangspunkt. Das Ideal belebt die Synthese, läßt sie erst entstehen. Eine neue Zwecksetzung führt zur Revision früherer Gesamtheorien, aus der im Kampf gegen Altes und gegen lebende Widersacher bisher unbekannte Begriffe und Gesetze entstehen. Es werden die aufgestellten Lehren subtiler, künstlicher kombiniert im Vergleich zu den vergangenen.

Baute man ehemals Hütten aus Stroh und Lehm oder Häuser aus Holz und Fachwerk, so hat man dabei manches gelernt. Später denkt man an behauene Steine, die früher nur zum Unterbau dienten. Man weiß in ganz anderer Weise das Material sich zu verschaffen. Neben dem aufsteigenden Quaderbau fehlt es auch nicht an geringen Häusern rings umher. Alle Menschen wollen leben, und ebenso behaupten sich neben dem großzügigen System auch für Zeit die kleinen bequemen, in denen man populär behaglich bei bescheidenen Ansprüchen auskommen kann. Sie werden bald vergessen, aber vergehen doch nicht völlig. Mag das ihre Erfinder trösten, damit sie an ihrem guten Willen nicht verzagen. Der Bauschutt des antiken und mittelalterlichen Roms hob den Boden der Stadt. Aber aus den schweren Steinklötzen und Säulen der alten Prachtbauten wurden die Paläste der Renaissance über ihn aufgeführt.

II. DER STAAT UND DIE VOLKSWIRTSCHAFT

Das Wesen des Staates und seine Stellung zum Wirtschaftsleben läßt sich nur aus der Geschichte begreifen. Wer eine a priori konstruierte Staatsidee in sie hineininterpretiert, wird an dem harten Felsen der realen Tatsachen Schiffbruch leiden und das wechselnde Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft nicht durchschauen, das von dem Zustande beider abhängt.

Wenn man den Staat als Selbstzweck auffaßt, als die eigentliche Blüte der Völker und der Menschheit, wie das Hegel tat, dem auch Nationalökonomien gefolgt sind, so hat sich die Volkswirtschaft ihm vollkommen einzuordnen, damit er seine Aufgabe erfüllt, die Idee des Göttlichen oder auch nur des Vernünftigen zu verwirklichen.

Es mag Zeiten gegeben haben, in denen der Glanz der staatlichen Verwaltung auf das ganze Volksleben zurückstrahlte, wie z. B. im kaiserlichen Rom von Hadrian bis Marcus Aurelius, oder unter Karl, Otto, Friedrich dem Großen in Deutschland, die daher diesen Namen tragen. Die Geschichte bringt sie als Ausnahmen und weiß von einem großen Gang zur Vervollkommnung des Staatslebens nichts. Sie sagt nur aus, daß dem Aufsteigen der Niedergang gefolgt ist, daß die Staatsformen wechseln, daß Männer da waren, die bald gut, bald schlecht regiert haben.

Aristoteles hat den Satz aufgestellt, daß der Mensch ein politisches Lebewesen sei, mithin die Anlage zum Staat in sich trage. Der Staat ist ihm ein Natur-, kein bewußtes Willensprodukt, in dem die Menschen, die ursprünglich vereinzelt, ungesellig lebten, sich in patriarchalischen Familien, diese in Dorfgemeinden vereinigten, die sich ihrerseits wiederum zum Staat zusammenschlossen. Damit ist das Endziel der genügenden Selbständigkeit erreicht, indem der Staat, ausgehend von dem ursprünglichen Zweck der Erhaltung des Lebens, nunmehr zu der gemeinsamen Existenz eines Lebens in Ordnung und Schönheit gelangt ist.¹⁾

Auf dieser Anschauung beruht die organische Staatstheorie. Man faßt den Staat sinnbildlich als einen belebten, nach eigener Idee sich fortentwickelnden Naturkörper auf, als eine Wiederholung der menschlichen Persönlichkeit mit Haupt, Gliedern, Organen, Zellen, die untereinander in Wechselwirkung stehen.²⁾ Daß ein solches Wachstum einem

1) Aristoteles, Politik. A. a. O. S. 85.

2) Über den Staat als Organismus vgl. C. F. v. Gerber, Grundzüge eines Systems des deutschen Staatsrechts. 1869. S. 211f.

allgemeinen menschlichen Fortschritt gleichkommt, ist nicht nachweisbar. Wenn man auch eine arbeitsteilige Entwicklung der einzelnen staatlichen Funktionen in vielen Ländern verfolgen kann, so ist das nur eine technische Verbesserung der Ordnung im Zusammenleben, hat mit der Fähigkeit, die Menschen besser zur Gewinnung eudämonistischer oder sittlicher Ziele zu führen, oder mit einer vertieften Einsicht der Regierenden und Regierten in soziale Dinge nichts zu tun. Auch aus der Lehre des Aristoteles wird man schließen, daß die Wirtschaft nur ein Mittel ist, den Staat zu vollenden, entsprechend schon der geringen Achtung der wirtschaftlichen, den Sklaven vorwiegend zugewiesenen Tätigkeit.

Wenn man von einem Zweck in der Geschichte sprechen will, so kann man höchstens sagen, ein Volk oder eine Zeitepoche der Menschheit sieht seine Erfüllung in sich selbst. Ist das Leben an sich das Ziel, so hochfliegend man es auch als sittliche Freiheit, als wissenschaftlichen Fortschritt, als künstlerische Kultur umschreiben mag, so erscheinen Staat und Wirtschaft nebeneinander nur als besondere Mittel dazu. Die historische Untersuchung ergibt dann, daß beide ihrer eigenartigen Umbildung unterliegen, wenn auch zwischen den beiden nachgewiesenen Reihen Beziehungen bestehen mögen.

Der Verlauf des staatlichen Daseins äußert sich zunächst an seiner Verfassung. Von einem Wege zur Vollkommenheit ist hier nichts zu entdecken, eher von einem Kreislauf.

Nach Polybius¹⁾ wandelt sich die auf persönlichen Mut und Tapferkeit begründete Monarchie in das von Sittlichkeit und Vernunft getragene Königtum, dieses, nachdem es unter Sicherheit und Wohlbefinden verkommen ist, in die Tyrannis um. Der Tyrann wird von den Besten des Volkes gestürzt und durch die Aristokratie ersetzt, die unter ihren Nachkommen, die jene Großtat vergessen haben, zur Oligarchie wird. Die ruchlose Herrschaft der Wenigen wird von dem Volk beseitigt, und an die Stelle tritt die Demokratie, die unter den Volksführern in die Macht der Faust oder die Ochlokratie übergeht, deren Terror von der Alleinherrschaft gebändigt wird. Jede Verfassung ist an sich unvollkommen und entartet, womit einer neuen Raum gegeben ist.

Der Wechsel der Staatsformen ist eine unbestreitbare Tatsache, und wenn ihm auch nicht ein so festes Schema zugrunde liegen mag, wie das des Polybius, so fehlt es doch nicht an wiederkehrenden Ähnlichkeiten. Die konstitutionelle Monarchie mit der Teilung der Gewalten war der

1) Polybius, Geschichten, deutsch von Campe 1861. VI. 3–9.

Praxis¹⁾ des Altertums fremd. Sie hat sich in der neueren Zeit zwischen Absolutismus und Demokratie als Übergangsform eingeschoben. Auch sie war nicht beständig.

Besonders reich an Verfassungsänderungen war Frankreich seit 1789. Langsamer vollzogen sie sich in Deutschland. Lehrreich wird auch Rußland sein, dessen Reihenfolge Zarentum, Duma, Konstitution Kerenskis, Räterepublik sicherlich keinen Abschluß bedeutet.

Die Dauer der einzelnen Verfassungen ist überall verschieden. Je besser regiert wird, um so weniger macht sich das Bedürfnis geltend, die Verfassung abzuändern. Das lehrt die englische Geschichte der letzten Jahrhunderte. Unter jeder Staatsform kann gut oder schlecht regiert werden, je nach den Männern, die an der Spitze des Staates stehen. Daher heißt es auch, es komme weniger darauf an, nach welchem Staatsrecht, als darauf, daß regiert werde. Da nun der Wechsel von bedeutenden und unbedeutenden Persönlichkeiten immerdar stattfindet, so ist auch auf keine Beständigkeit der Regierung zu rechnen und auch nicht der allgemeinen Verwaltung, die stets von der Zentrale beeinflußt wird. Dazu kommt, daß auch jede Verwaltungsform veraltet.

Die wirtschaftliche Entwicklung verläuft in ihren großen Zügen und in den Einzelheiten ganz anders als die staatliche. Hier haben wir hintereinander Haus-, Stadt- und Volkswirtschaft, oder einfaches Agrar- und Agrar-Industrie-Handelsland, oder einseitiges Industrie- und Handels-Rentnerland, oder auch den Übergang von dem Kleinbetrieb zum großen, von der einfachen zur verfeinerten Arbeitsteilung, von der Extensität zur Intensität, von der Geld- zur Kreditwirtschaft, von der volkswirtschaftlichen zur weltwirtschaftlichen Ausweitung. Das alles kümmert sich wenig in seiner Logik darum, ob gleichzeitig Staaten entstehen oder vergehen oder ihre Verfassung verändern.

Es mag sein, daß wirtschaftliche Motive bei der Schaffung einer Staatsverfassung nicht ohne Einfluß gewesen sind. Aber sie sind weder die einzigen noch oft die ausschlaggebenden gewesen. Die veränderte geographisch-politische Lage, die Vergrößerung des Staatsgebietes, die neuere militärische Ordnung, aber auch der Volkscharakter sind neben dem Wunsche, die Regierung umzugestalten, selbständige, unabweisbare Faktoren in der Formung der Staatsgewalt gewesen. Das Deutsche Reich ist nicht geschaffen, um dem Volk ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zu verleihen und ihm eine eigene, äußere Handelspolitik zu ermöglichen.

1) In den „Gesetzen“ des Platon heißt es, es müsse die beste Verfassung aus Demokratie und Tyrannis zusammengesetzt sein, was Aristoteles beanstandet. Politik. II. 3. 11.

Dafür hatte der Zollverein bereits gesorgt, wenn auch das Reich bewußt die Idee desselben vollendete. Das Reich entstand vor allem sowohl aus dem Drang der deutschen Stämme zur Einheit, als auch aus dem Bedürfnis, unter den Völkern Europas und der Erde eine Stimme zu haben. In dem 1860 wirtschaftlich rückständigen Italien überwog der nationale Gedanke bei der Gründung des Einheitsstaates den der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit noch mehr als in Deutschland. Die slawischen Staaten des Versailler Friedens haben fast ausschließlich eine nationale Wurzel, und die wirtschaftlichen Interessen sollen den neuen Staatsgebieten erst angepaßt werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung geht in neue Formen über, die nicht vorher ausgedacht worden sind, sondern die sich unbewußt von dem Willen der Gesamtheit vollziehen. Der Sinn der Vorgänge wird erst während oder nach ihnen erkannt. England und Belgien wurden einseitige Industriestaaten, ohne daß sie geplant worden waren. Die Geldwirtschaft läßt den Kreditzahlungsverkehr neben sich erwachsen, ohne daß auf dieses Ziel von vornherein ein allgemeiner Wille mit Absicht gerichtet gewesen wäre.

Der Staat hingegen, als die rechtlich zusammengefaßte Macht einer räumlich abgegrenzten Gemeinschaft, wird bewußt geschaffen durch Diktat einer Person, eines Cäsars oder Alexanders, durch die Majorität einer Versammlung, wie in der englischen, französischen und deutschen Revolution, oder durch Vertrag bereits bestehender Staaten, wie bei dem Deutschen Reich oder der nordamerikanischen Union.

Die Ansicht des Aristoteles von der Entstehung des Staates hat der historischen Kritik nicht standgehalten. Man kann wohl von der sozialen Natur des Menschen sprechen, die auch wirtschaftlich bedeutungsvoll ist. Das ist aber etwas anderes als seine politische. Denn die Polis ist eine spätere Form der sozialen Zusammengehörigkeit mit ganz bestimmten Zwecken.

Die patriarchalische Familie ist eine jüngere Herrschaftsform in der Gesellschaft, und die auf örtlichem Zusammenleben dieser Familien begründete Gemeinde und der auf dem gleichen Prinzip errichtete Staat, der diese Gemeinden umschließt, ist zielbewußt, sei es in Etappen, sei es in einem Akte geschaffen worden, ist also kein unwillkürliches oder Naturprodukt wie etwa die Verkehrswirtschaft.

Dem politischen Zeitalter ging, wie es W. Wundt¹⁾ nennt, das totemistische oder, wie Lewis H. Morgan, dem wir die wichtigsten Aufschlüsse auf diesem Gebiete verdanken, sagt, das Zusammenleben

1) Elemente der Völkpsychologie. 1912.

unter der Gentilverfassung voraus.¹⁾ Auch unter diesem gentilen Zustande waren Landflächen eingenommen von den Geschlechterverbänden, den Sippen, die sich zu Stämmen verbunden hatten, um ihren Besitz gegen Fremde zu behaupten. Der einzelne Mann war nur insofern öffentlich-rechtlich anerkannt, als seine Zugehörigkeit zu der Sippe begründet war, und alle öffentlich-sozialen Funktionen, die nur gering gegenüber dem späteren ausgebildet waren, ergaben sich aus der Ordnung der Blutsverwandtschaft. Das Privateigentum war noch geringfügig und wenig differenziert, das meiste benutzte Land gemeinsamer Besitz.

Mit der besseren Beherrschung der äußeren Natur durch die Technik, dem wachsenden Reichtum, dem durch sorgfältige Bewirtschaftung anerkannten privaten Landeigentum, der Städtebildung, der Zerstreuung der Gentilgenossen bei fester agrarer Ansiedlung über weite Gebiete, der nicht zu verhindernden Zuwanderung Fremder und der Auswanderung der der gens Angehörigen, mit der Unterwerfung von Sklaven und Bodenpflichtigen unter die Freien, der Ausbildung des patriarchalischen Familienrechtes und dem erweiterten Handel und den größeren Märkten reichte die alte lockere Verfassung des Zusammenlebens nicht mehr aus, versagte die bisherige Kriegsverfassung der Stämme, verlangte die öffentliche, erschwerte Verwaltung und Rechtsprechung leistungsfähigere Einrichtungen. Der stufenweise Ersatz des Gentilprinzips mit seinen Verwandtschaftszwecken durch das örtliche knüpft sich z. B. in Athen an die Verfassungen des Theseus, Solon und Kleisthenes an.²⁾ Die auf einem Gebiete wohnenden freien Männer wurden mit ihrem Eigentum in die Gemeinliste eingetragen. Diese Bürger bildeten die Ortsgemeinde mit örtlichen Befugnissen und die vereinigten Gemeinden den Staat mit seiner Militärverfassung und seinen Funktionären für Rechtsprechung und Verwaltung. Die Aufgaben des Staates waren aus den Verhältnissen heraus gegeben: Schutz der Gesamtheit gegen andere Gesamtheiten, im Innern des Privatrechts, besonders des Eigentums als Quelle alles wirtschaftlichen und sonstigen Gedeihens der Familien und feste Ordnung der öffentlichen Gewalten, die dem Bürger das anerkannte Maß seiner Freiheit garantierte.³⁾

1) Ancient Society 1878, deutsch Die Urgesellschaft. 1891.

2) Morgan, a. a. O. S. 182–234 der Übersetzung.

3) Die Meinung von Fr. Engels (Der Ursprung der Familie. A. a. O. S. 85), daß der Staat geschaffen sei, um unterdrückte Klassen zu beherrschen, erfährt die historischen Tatsachen nicht. Die Aufgaben waren viel weiter gesteckt. Da die Sklaverei bestand, wurde sie als Rechtsinstitution wie jede andere durch den Staat gewährleistet.

Die Entstehung des griechischen Staates läßt sich besonders deutlich an der Koloniengründung in Sizilien verfolgen (735—580 v. Chr.), ein Vorgang, der von der Forschung bisher übersehen worden ist. Wenn unter der Verwandtschaftsverfassung einer Sippe das Gebiet zu eng wurde, so teilte sie sich, und die Gemeinschaft der verwandten Abwanderer ließ sich an einem anderen Orte nieder. In der Periode des Gentilverfalles, in die die westliche Kolonisation fällt, waren es mehr oder weniger gemischte Volkshaufen, die von unternehmenden Männern zur Auswanderung zusammengebracht wurden. Sie verabredeten im voraus, wie das von ihnen zu erobernde Land unter sie verteilt werden sollte. Nach der Festsetzung in der Kolonie verfuhrten sie demgemäß und begründeten zugleich — also mit einem Willensakt — die polis. Die Koloniengründer waren die berechtigten Bürger. Der Stadtstaat sicherte die Gesamtheit gegen den äußeren Feind, auch jedem seinen Landbesitz und die Hörigkeit der Sikeler, der Unterworfenen, die auf dem Lande wie die lakonischen Heloten angesiedelt blieben. Die Ortsbürger waren zugleich die Kerntruppe der Kriegerschaft, die durch die leichtbewaffneten Eingeborenen ergänzt wurde.¹⁾

Die Koloniengründung zeigt auch in neuerer Zeit deutlich den Staatsbildungsvorgang. Die puritanische Gemeinde mit ihren gleichberechtigten Ansiedlern ist die Unterlage der neuenglischen Demokratie. Da genug Land in Amerika vorhanden war, konnte jeder so viel erhalten, als er brauchte, und da sich die Kolonie immer weiter nach dem Westen zu ausdehnen ließ, konnten später Ankommende ohne weiteres als vollberechtigte Bürger aufgenommen werden, falls sie die sonstige Beschaffenheit, z. B. ihrem Glauben nach besaßen. Die sizilischen Kolonien umfaßten nur wenige Quadratmeilen, so daß alles Land bald vergeben war. Spätere Einwanderer wurden daher nur ohne politische Rechte als Schutzbefohlene zugelassen, die Handel und Gewerbe betrieben. Aus diesem Gegensatz entsprangen die Kämpfe, die zur Demokratie führten, das Territorialprinzip der Niederlassung auf die Schutzbefohlenen ausdehnten und die Aristokratie der anfänglichen Kolonisten sowie ihren Landbesitz zertrümmerten.²⁾ Die englischen Kolonien an der atlantischen Abdachung blieben von solchen Kämpfen dank der freien Zugänglichkeit des Grundbesitzes befreit. Heute unter veränderten wirtschaftlichen Zuständen ist die Einwanderung auch in Nordamerika be-

1) Vgl. A. Holm, Geschichte Siziliens im Altertum. 1870. Die Entstehung des Staates nach Zersetzung der Gentilverfassung war ihm noch unbekannt er konnte keine Schlüsse für die Kolonialverfassung daraus ziehen.

2) S. o. B. III. S. 79.

schränkt und die Naturalisation erschwert worden. Große Scharen von zugelassenen Ankömmlingen sind ohne politische Rechte und gleichen soweit den Schutzbefohlenen von Syrakus im 7. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung. So wiederholt sich manches in der Geschichte.¹⁾

Seitdem der Staat besteht, hat er an seinen Grundfunktionen festgehalten, an dem Schutz des Volkes und Gebietes gegen das Ausland und an der Rechts- und Freiheitsgewährung der Bürger, wie auch immer das soziale Recht verändert wurde. Das sind unbestreitbare Gesamtinteressen, die in mannigfachen Formen und Ansprüchen auftreten können, begreiflich auch bei wirtschaftlichen Maßnahmen. Der Staat übernahm es im Prinzip niemals, seine Bürger wirtschaftlich sicherzustellen, weder im alten Griechenland noch in dem neuen Amerika, noch in der dazwischenliegenden Zeit. Die Fürsorge für die Wirtschaft überließ er ihnen unter eigener Verantwortlichkeit.²⁾

Im Altertum und Mittelalter hatte der Staat bei der überwiegenden Eigenproduktion nur wenig Veranlassung, in das Wirtschaftsleben einzugreifen, wenn er seine von ihm anerkannten Zwecke zu vertreten beabsichtigte. Aber es kam doch vor. Die öffentlich-rechtliche Münzprägung wurde z. B. von der Sicherheit im privaten Zahlungsverkehr verlangt, und wenn von Schuldentlastung oder Ackerverteilung in Griechenland oder Rom die Rede ist, handelte es sich um die Aufrechterhaltung der Wehrmacht und um die Freiheit bedrückter Bürger. Bauten die griechischen Kolonialstaaten aus öffentlichen Mitteln ihre Häfen aus, so war dabei der für die Allgemeinheit anerkannte Nutzen ebenso sichtbar wie bei der Anlage von öffentlichen Straßen und Brücken von seiten der Römer.

Mit dem Aufkommen der allgemeinen Verkehrswirtschaft und der beruflichen Spezialisierung ist die wirtschaftspolitische Entscheidung dessen, was der Gesamtheit zum Vorteil dient, nicht immer einwandfrei festzustellen, und Irrtümer, die gemacht worden waren, mußten zurückgenommen werden. Aber jedes staatliche Eingreifen ließ sich niemals anders begründen als damit, daß es dem Wohl des Ganzen dienen wolle. Wenn die Staatskunst der Merkantilisten die Geldwirtschaft zu verbreiten, die Industrie zu fördern, die Bevölkerung zu heben suchte, so standen dabei die Staatsfinanzen und die Verstärkung der Heeres-

1) Nähere Ausführungen in des Verfassers Schrift „Die Vereinigten Staaten als heutiges und künftiges Einwanderungsland“. 1921. S. 57f.

2) Daß die individualistische Wirtschaftsordnung nicht eine Erfindung der Neuzeit ist, betont mit Recht L. P o h l e, „Kapitalismus und Sozialismus“. 1921. S. 45f.

macht im sichtbaren Hintergrunde. Wenn sich der heutige Staat für einen Schutzzoll einsetzt oder die Auswanderung leitet, sich um die auswärtige Kapitalanlage kümmert, die Seereederei subventioniert, so ist die Unabhängigkeit oder Selbständigkeit innerhalb der Weltwirtschaft dafür maßgebend, und wenn er Frauen und Kinder vor fabrikmäßiger Ausbeutung schützt oder die Arbeiterversicherung durchführt, wenn er innere Kolonisation betreibt, die Bauerngüter vor Zerstückelung bewahrt, die wucherische Verschuldung bekämpft, so weiß er sehr wohl, daß er damit die Wehr- und Steuerkraft hebt oder die wichtige Aufgabe des individuellen Freiheitsschutzes erfüllt.

Der Staat ist ohne beweglichen oder unbeweglichen Besitz nicht denkbar, wenn er seine Aufgaben erfüllen will, mögen dieselben noch so gering bemessen sein, z. B. wenn, wie vielfach in der Vergangenheit, die Bürger sich zum Kriege selbst auszurüsten haben und die innere Verwaltung als unentgeltliches Ehrenamt gilt. Er kann sich auch Land, Forsten, Flußläufe, Seeufer, Bergwerke vorbehalten, um damit künftigen Interessen der Gesamtheit zu genügen.

Etwas Besonderes ist der wirtschaftliche Staatsbetrieb, dem wir überall in der Geschichte, wenn auch in sehr verschiedenem Maße, für längere oder kürzere Dauer begegnen. Seine eigentliche Begründung klarzulegen, ist in unserer Zeit staatssozialistischer Bestrebungen ein wissenschaftliches Bedürfnis.

Zunächst kann er nicht aus einer Entwicklungsgeschichte des Staates gefolgert werden. Eine solche besteht nicht in dem Sinne, daß er ein wirtschaftlich immer vollkommeneres Ganze wurde, der alle Individualität in sich aufsaugte und schließlich einer einheitlich geleiteten, vollendet geordneten Volksfamilie glich. Der Staat ist im Grunde immer derselbe geblieben, hat einen weiten Spielraum der individuellen wirtschaftlichen Freiheit gelassen, so oft sich auch seine Form verändert haben mag.

Sein Betrieb ist auch nie eine Notwendigkeit wirtschaftlicher Entwicklung gewesen. Die Wirtschaft kann zum Großbetrieb und zur Vereinigung der Wirtschaftsmittel drängen, weil damit erhöhte Produktivität verbunden ist. Der Vorgang vollzieht sich innerhalb der privaten, individualistischen Rechtssphäre. Der Staatsbetrieb folgt aus der Konzentration niemals, da er durch eine unüberspringbare psychologische Kluft von dem privaten getrennt ist. Wirtschaftlich würde der wirtschaftende Staat nur gerechtfertigt sein, wenn der Gang des Wirtschaftslebens dahin führen könnte. Das ist geschichtlich nicht geschehen.

Wenn somit dennoch der Staatsbetrieb bestanden hat, so liegt die

Begründung auf politischem Gebiete als eine Verwirklichung der anerkannten Staatszwecke, deren Erfüllung so wichtig war, daß auf die höchste Wirtschaftlichkeit, die des Privaten, Verzicht geleistet wurde.

Von alters her ist die Münze eine staatliche Einrichtung gewesen, weil nur so die Sicherheit des allgemeinen Zahlungsverkehrs gewährleistet wurde. Wenn sie zeitweise im Mittelalter der öffentlichen Gewalt bei deren Schwäche entschlüpfte, so wurde die Störung im Handel und Wandel sofort fühlbar.

Die steuerlichen Staatsmonopole des Salzes, Tabaks, Branntweins, der Zündhölzchen, der Spielkarten sind aus finanziellen Bedürfnissen erwachsen, damit die Staatsaufgaben gelöst werden konnten. Niemand hat je bei solchen Fabrikationen oder Handelsbetrieben beweisen können, daß das Konsumenteninteresse besser wahrgenommen werde, als wenn der Private das Geschäft ausübe. Wenn der Staat dennoch Rentabilität nachweisen konnte, so war das rechtliche Monopol die Ursache, nicht die Produktivität, sowie die Eingewöhnung der nichts Besseres kennenden Verbraucher in das Warenangebot des Staates.

Das Post- und Telegraphenwesen ist als staatliche Einrichtung heute sehr weit verbreitet. Nicht die finanzielle Not ist hierfür entscheidend gewesen, sondern um seiner eigenen Verwaltung und Sicherheit wegen, insbesondere auch der militärischen, hat der Staat dies wichtige Verkehrs- und Herrschaftsmittel an sich gezogen und für die Verallgemeinerung der Anstalten gesorgt. In vielen Ländern arbeitet er mit einem Defizit, dessen Betrag als öffentliche Ausgabe für Staatszwecke in dem Etat erscheint. Wo es rentabel geworden ist, bringt das Großbetriebsmonopol bei einem gewaltig gesteigerten Verkehr in den letzten hundert Jahren die ausreichende Erklärung. Der Mangel an sparsamer Verwaltung ist ihm überall vorgeworfen worden.

Wo die private Initiative zum Bau der Eisenbahnen versagt hat, hat der Staat als Bauherr eingegriffen, um sein Land vor wirtschaftlicher und militärischer Rückständigkeit anderen Ländern gegenüber zu bewahren. Daraus war aber nicht zu folgern, daß die Bahnen dauernd im Staatsbetrieb zu bleiben haben, sobald in ihm ihre ausreichende Produktivität und Rentabilität in Zweifel gezogen wird.

Wenn in Deutschland die Privatbahnen vor fünfzig Jahren eine starke Opposition hervorgerufen haben, so wurde vor allem ihre echt deutsche partikularistische Zersplitterung und die damit gegebene Schwierigkeit der Benutzung durch das Publikum angefochten. Wären sie rechtzeitig zu großen regionalen Verbänden konzentriert worden, in die auch die bestehenden Staatsbahnen eingegliedert gewesen wären, und hätten

sie das Prinzip der Einheitlichkeit und der Vollständigkeit des Netzes angenommen, so würde die Verstaatlichung nur wenige Freunde gefunden haben. Die Zusammenfassung der Verwaltung und der Anschluß der Linien ist überall wirtschaftlich und finanziell erwünscht, wie sie ja auch in England, Frankreich und Nordamerika bei den Privatbahnen nicht ausgeschlossen blieb. Zugunsten des Staatsbetriebes ist aber damit nichts ausgesagt.

Bei der Verstaatlichung der preußischen Bahnen hat sich Bismarck, wie bei seinem Vorschlag der Reichseisenbahn, nicht zum mindesten von der militärischen Seite der Angelegenheit leiten lassen, da die Erfahrungen von 1870 nicht zugunsten der damaligen zersplitterten Privatunternehmung gedeutet werden konnten. Der spätere Bau von strategischen Bahnen auf Staatskosten wurde daher auch durchgeführt, obwohl auf eine Rentabilität nicht zu rechnen war.

Wenn der Staatsbetrieb der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft vor dem Kriege finanziell zufriedenstellend arbeitete, während das gleiche von den meisten übrigen deutschen Staaten nicht galt, so war das zunächst dem gut eingerichteten Großbetrieb unter den günstigen volkswirtschaftlichen Konjunkturen von 1880—1914 zu verdanken. Hätte jedoch eine entsprechend einheitliche Privatbahn bestanden, so würde vermutlich die Dividende höher ausgefallen sein, auch wenn der Staat durch seine Tarifpolitik die Interessen der Benutzer vor der Übermacht der Gesellschaften geschützt hätte. Die private Initiative ist jedenfalls Neuerungen schneller zugänglich als die oft schwerfällige Staatsverwaltung mit ihrem Instanzenzug und der Abhängigkeit von einer Volksvertretung mit wechselnden Parteimajoritäten. Auch ist sie sparsamer, weil die Direktoren in ganz anderer Weise als die Eisenbahnminister an dem Ausfall des Ertrages interessiert sind, auf den die kaufmännische Kalkulation gerichtet ist.

Hätte übrigens neben dem preußischen Staatsbetrieb die freie Konkurrenz privater Neugründungen bestanden, so würden die Finanzen weniger gut abgeschnitten haben. Das Monopol hat die Produktivität der Bahnen verschleiert, da es die Rente gesichert hat. Aber auch diese wäre geringer ausgefallen, wenn sich der Staat nicht durchaus auf den Standpunkt des Fiskalismus gestellt hätte, z. B. wo es möglich war, den Bahnen der Kleinstaaten oder den privaten Nebenbahnen das Leben nicht sauer gemacht und, nach altpreußischer Tradition auf sein zuverlässiges Beamtentum gestützt, die höchste Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit zu einer partikularistischen Tugend nicht erhoben hätte.

Für die Verstaatlichung von privaten Erwerbseinrichtungen kann

also das ehemalige preußische Eisenbahnwesen nichts beweisen, am wenigsten in einem parlamentarisch mit sozialistisch verschwenderischem Einschlag regierten Lande. Daher genießt das System der gegenwärtigen Reichseisenbahn nur wenig Vertrauen in sachverständigen Kreisen, die ihm eine verkappte Erwerbslosenfürsorge und Wählerstimmenfang vorwerfen.¹⁾

Die preußisch-hessischen Staatsbahnen waren der Glanzpunkt der staatlichen Betriebsweise in Deutschland. Um so weniger bleibt zugunsten der öffentlichen Verwaltung bei anderen Geschäftsarten übrig, die nur auf minder ergiebige finanzielle Resultate zurückblicken, wie beim Bergbau, dem Hüttenwesen, der Schifffahrt und den Staatsfabriken.

Bei den Staatsbahnen kommt im Vergleich zu staatlichen Eisen-, Kohlen- und Kaliwerken noch in Betracht, daß ihre Leistungen in der inneren Verkehrswirtschaft einen sicheren Absatz hatten, während die mineralischen Produkte unter dem Weltmarkt stehen und das Ausland je nach der Konjunktur aufsuchen müssen. Wollte man den Verkauf der Bergwerksprodukte wie den der Transportleistungen sichern, so würde man zu einem geschlossenen Handelsstaat die Zuflucht nehmen müssen.

Wenn es noch staatliche Landgüter und vor allem Waldungen gibt, so sind das Überbleibsel der Vergangenheit, in der fürstlich-privatwirtschaftliche und staatswirtschaftliche Verwaltungen ineinander übergingen. Die Domänen werden verpachtet, also privatwirtschaftlich genutzt, ihre Erhaltung kann aus dem Gedanken gerechtfertigt werden, daß sie einmal Boden für die innere Kolonisation abgeben können, wozu sie auch im 18. Jahrhundert schon verwandt wurden.

Der Wald hat sich als Großbetrieb des Staates im ganzen bewährt, weil nur in ihm ein Produkt hergestellt wird, für das ein fester örtlicher Absatz vorhanden, das der Spekulation in normalen Zeiten wenig zugänglich ist, und bei einer erprobten Forstwissenschaft wenig unter dem Wechsel der Produktionstechnik steht. Der Staat wird hier ausnahmsweise einmal nicht unrentabler als ein Privater wirtschaften, solange die Gefahr des Bürokratismus und der parlamentarischen Laune gebannt bleibt.

Sind auch die Nettoerträge des Waldes nicht groß, so spricht doch das Gesamtinteresse des Volkes in Deutschland für die Erhaltung des ein Drittel aller Forsten ausmachenden Staatswaldes, solange der Staat

1) 1913 waren bei den deutschen Eisenbahnen 281178 Beamte und 459324 Arbeiter, 1920 429479 bzw. 614141 angestellt. Näheres bei Dr. E. Schultze, Die Zerrüttung der Weltwirtschaft. 1922. S. 145f.

seine Pflicht erfüllt. Waldungen zum Schutz gegen Flugsand, Angriffe des Meeres, Lawinen, plötzliche Überschwemmungen, Austrocknen der Quellgebiete und Schwankungen des Klimas wird der Staat eher anpflanzen und stehen lassen als der Private, der leicht mehr in dem gegenwärtigen Nutzen befangen ist, als daß er an die Zukunft denkt. Das alles kostet der Finanzverwaltung viel Geld, aber der Rentabilitätsstandpunkt kann hier nicht entscheiden.

Die Übernahme privater Betriebe durch den Staat war ein Ziel deutscher Revolutionäre vom November 1918. Allein da dem entgegengehalten wurde, daß die Leistungen der staatlichen Kriegswirtschaft nicht gerade hoch einzuschätzen seien, so wollte man von einer solchen Zukunft bald nichts mehr wissen und legte sich auf das Wort Sozialisierung fest, bei dem jeder, der es im Munde führte, etwas anderes dachte. Es ist daher begreiflich, daß die ganze Aktion, die private Unternehmung zu beseitigen, zu nichts geführt hat.¹⁾

Verstaatlichung von Erwerbszweigen und Staatssozialismus sind etwas Verschiedenes. Wenn aus finanziellen Gründen das Tabakmonopol irgendwo eingerichtet oder der Staatswald erhalten wurde, so hatte das mit Sozialismus nichts zu tun. Soll dieser in den Staatsbetrieb hineinschlüpfen, so muß die Idee des Gewinnverzichtes oder die Begünstigung der Verbraucher in ihm verwirklicht werden, also so, daß die Arbeiterschaft bessergestellt wird als bisher, oder so, daß die Waren- oder Leistungspreise herabgesetzt werden und denen des Weltmarktes nicht entsprechen, z. B. bei Kohlenlieferungen oder Schiffsfrachten, wenn die Gruben oder die Handelsmarine in die Staatsverwaltung übergeführt worden wären.

Wenn man selbst zugeben wollte, daß der Staatsbetrieb ebenso produktiv und rentabel wie der private gestaltet werden könnte, was nach geschichtlicher Erfahrung nie eingeräumt werden kann, so würde er als Sozialismus zu einer schlechten Einnahmequelle, wenn nicht gar zu einer Zubußwirtschaft werden müssen.

Die deutsche Reichspost und die Reichseisenbahnen stehen heute unter dem Zeichen des Staatssozialismus. Die abgekürzte Arbeitszeit und die festen Anstellungen über den Bedarf an Arbeitskraft hinaus beweisen das ebenso wie die Tarife für das Publikum, die bis Januar 1922 noch nicht so hoch waren, als sie hätten sein müssen, wenn sie der allgemeinen Geldentwertung angepaßt worden wären.

1) Näheres bei H. Göppert, Die Sozialisierungsbestrebungen in Deutschland nach der Revolution. Schmollers Jahrbuch 1921.

Der Sozialismus wird hier wie überall an den harten Tatsachen des wirtschaftlichen und finanziellen Lebens scheitern. Der Staat muß finanziell gesichert und die Wirtschaft den ihr innewohnenden Gesetzen angepaßt sein.

III. NATIONALE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die Bevölkerung ist die Menschensumme irgendeines Gebietes, einer Stadt, eines Landes, eines Erdteils, ein quantitativer, statistisch greifbarer, objektiver Begriff. Ein Volk ist die staatlich abgegrenzte Bevölkerung, insofern sie sich einem Staat zugehörig fühlt und ihm angehören will. Es wird von einem subjektiven Bewußtsein der Gemeinschaft getragen. Nation wird bisweilen mit Volk gleichbedeutend genommen, wogegen einzuwenden ist, daß es z. B. ein Schweizer Volk, aber keine Schweizer Nation als ein Ganzes gibt. Nation ist zugleich ein geschichtlich gewordener Lebens- und Kulturbegriff, erfassbar zunächst an der gemeinsamen Sprache, dann an einem gemeinsamen Besitz von Überlieferungen, von eigener Literatur, Kunst und Wissenschaft, kenntlich an äußeren Formen der Lebensbetätigung, des Sich-Benehmens, an Sitten und Trachten, an Verbrauchs- und Wohnenseinrichtungen. Außerdem spricht man von einem Nationalcharakter, von seinen Fehlern, Schwächen, Stärken, Empfindungen, also von etwas Angeborenem. Das ist nun freilich etwas anderes als eine historisch gegebene Gemeinschaft und hängt mit der Etymologie des Wortes zusammen, die zu dem Begriff der Rasse hinüberleitet, einer an bestimmten körperlichen, vererbaren Merkmalen meßbaren Menschenart, einem seelisch eigenartigen Dauertypus, der in den Nachkommen fortbesteht. Rasse und Nation decken sich nicht, aber hängen doch eng zusammen. In jeder Nation treffen wir mehrere Rassen an von mehr oder minder reiner, d. h. fest herausgezüchteter Beschaffenheit, aber eine pflegt die quantitativ ausschlaggebende zu sein. Anders könnten wir von einem unveränderlichen Charakter oder unveränderlicher intellektueller Befähigung einer Nation nicht sprechen. Die Nation fließt als psychischer Strom dahin, der aus verschiedenen Quellen gespeist wird. Die wichtigste ist anthropologischer Art. Die Träger eines Volkes können sich einheitlich national verhalten, und dann ist ihr Staat ein Nationalstaat. Sie können aber auch Fremdkörper anderer Nation einschließen, die ihre Sonderheiten der Hauptnation nicht unterordnen, und je mehr sie an Zahl und Macht wachsen, um so mehr die Vormacht anthropologisch und kulturell zu zersetzen und schließlich sie als Einheit zu zerreiben vermögen.

Staats- und Nationalgebiet fallen nicht immer zusammen. Denn ge-

schichtlich werden Staaten zertrümmert, und neue Staatsgebiete werden aus Resten früherer zusammengelegt. Besitzt die nationale Vormacht politische Instinkte und ist sie stark, so assimiliert sie nationalfremde Elemente, wie wir das an England, Frankreich, Italien und den Vereinigten Staaten gesehen haben.

Macht, Wirtschaft und Kultur aller geschichtlich großen Völker waren an ihr nationales Wesen gebunden. Das Individuum vermochte sich in ihm am vollkommensten auszubilden. Denn es hatte in dem sozialen Verbande gleichartig oder ähnlich Fühlender und Denkender nicht nur seine Wurzel, sondern wurde unter gegenseitig verständlicher Anregung und Konkurrenz gehoben. Zwischen ihm und der Menschheit, deren Begriff erst die neuere Zeit in sich aufgenommen hat, steht die Nation als notwendiges Zwischenglied. Jene wird als Ganzes im Sinne der humanen Idee nur entwicklungsfähig sein, wenn sie sich auf den breiten Schultern dieser emporhebt.

Jede Politik hat dem Gesamtinteresse zu dienen, das durch die nationale Zusammengehörigkeit ethisch vertieft wird. Jeder Staat schützt durch seine Militärmacht alle seine Bürger und ihre Rechte, ist er ein nationaler, so auch die nationalen Kulturgüter, die zu dem wertvollsten gehören, was ein Volk besitzt.

Das Wirken eines Volkes ist national gefärbt in Technik, Organisation und Recht. Mag die Weltwirtschaft auch manche Unterschiede der Sonderwirtschaft abschleifen, immer tauchen wieder Neuerungen einer Kultur empor, die andere Völker fremdartig anmuten. Jede Weltausstellung belegt dies an den Waren mit zahlreichen Beispielen.

Eine Politik, die die Aufgabe vertritt, die Eigenart der Nation zu erhalten und zur kraftvollen Empfindung zu bringen, kann dazu auch wirtschaftliche Mittel verwenden, z. B. eine Handelsflotte für die nationale Flagge schaffen. Umgekehrt kann sich auch die Wirtschaftspolitik der nationalen Kraft bedienen, um ihre Ziele zu erreichen, z. B. wenn die innere Kolonisation auch auf die Nationalisierung fremdstämmiger Landesteile gerichtet ist. Entsprechend im Negativen: Die nationale Schwäche drückt das Wirtschaftsleben nieder, und die wirtschaftliche Rückständigkeit läßt den nationalen Sinn nicht nach oben streben.

Ungleich sind die Völker von der Natur mit nationalem Willen ausgestattet.

Die Deutschen haben im 19. Jahrhundert trotz der Millionen Bürger, die sie an das Ausland abgegeben haben, nur in geringen Ansätzen eine nationale Auswanderungspolitik zu treiben vermocht. Statt zielbewußter Leitung und Erhaltung des Deutschtums ließ man das vorzügliche Men-

schenmaterial im fremden Volkstum aufgehen. Die Engländer blieben hingegen in Kanada, Australien, Südafrika, Neuseeland, aber auch in Mittel- und Südamerika und Asien ihrem nationalen Wesen treu und hielten damit enge wirtschaftliche Beziehungen zur Heimat, im Warenhandel, in der Kapitalanlage, im Schiffsverkehr, im Bank- und Versicherungswesen. Frankreich hat seit Jahrhunderten verstanden, im Innern eine solche Nationalpolitik zur Geltung zu bringen, daß die fremdstämmigen Gruppen von Flamen, Bretonen, Spaniern, Italienern, Deutschen der Vormacht assimiliert wurden. In diesem Sinne hat die Colbertsche Aufhebung der inneren Zolllinien, die Zentralisation der Verwaltung durch die Revolution und deren Vollendung durch das erste und zweite Empire gewirkt.

Wie groß die wirtschaftlichen Vorteile einer leichten sprachlichen Verständigung für den Verkehr sind, wie der innere Markt durch Bevorzugung der heimischen Ware wächst, zeigt sich unverkennbar, wenn man als Gegenstück zu England und Frankreich an den ehemaligen österreichisch-ungarischen Kaiserstaat denkt, dessen nationale Zerklüftung für eine einheitliche Wirtschafts- und Sozialpolitik unter den parlamentarischen Kämpfen keinen Raum gewährte und innere wirtschaftliche Gegensätze, die in jedem großen Lande sind, durch die Anerkennung eines Gesamtinteresses nicht überbrücken ließ.

In Deutschland hat man sich seit Bismarcks Entlassung in der West- wie der Ostgrenzmark nur auf eine schwächliche Nationalpolitik unter beständigem Zickzackkurs verstanden. Es wurde die deutsche Kolonisation unter den Polen ungenügend betrieben und die Verschmelzung Elsaß-Lothringens in das Reichsgebiet nicht in der Schnelligkeit vollzogen, wie es möglich und erwünscht gewesen wäre. Das machte sich auch wirtschaftlich fühlbar, so daß die Eingliederung der elsässischen Textil- und der lothringischen Eisenindustrie in den volkswirtschaftlichen Körper des Deutschen Reiches nur zögernd erfolgte.

Das Reich mit seinem großen wirtschaftlichen Aufschwung hat wohl erlebt, daß seine Bürger den eigenen Waren und wirtschaftlichen Leistungen mehr Achtung entgegenbrachten als früher. Aber die Bewunderung des fremden Produktes blieb daneben eine fortdauernde Nationalschwäche, die teuer bezahlt werden mußte. Die Männer- und Frauenkleidungsmode blieb der Herrschaft von London und Paris untertan. Die Klage aufrichtiger deutscher Männer darüber ist Jahrhunderte alt. So schrieb z. B. ein ehrlicher Subalternoffizier im Jahre 1598¹⁾, Adam

1) Gustav Freytag, Bilder aus der deutschen Vergangenheit. III. S. 63.

Junghans von der Olnitz: „Es ist doch ein Übelstand an den Deutschen, daß sie so sehr nachmachen, wie Affen und Narren. Sobald einer unter das Kriegsvolk kommt, muß er spanische und andere ausländische Kleider haben. Da sich die Deutschen so gern mit fremden Nationen vermengen und alle ausländische Tracht und Kondition gefallen lassen, man soll das Ungeziefer nicht in den Pelz setzen, es kommt ohnedies hinein.“

Um 1680 weiß Christian Weise¹⁾ davon zu berichten, wie es die Franzosen verstehen, ihren Vorrang auf dem Modemarkt zu befestigen: „Die Frantzosen haben sich in den Ruhm gesetzt, als wenn alle zierlichen Moden bey ihnen zu Hause wären. Wollten sie nun lange bey einer Manier bleiben, so lernten die teutschen Zeugmacher und Portenwürcker alles nachmachen. So müssen diese wohl zurücke stehen, weil sie nicht wissen, was eine neue Façon ist, und behalten demnach die Frantzosen das monopolium. Dadurch sind nun die Leute so verblindet, daß ehe sie einem Klöppelmägden vor eine Spitze einen Thaler geben, so gehen sie zum Frantzosen, der seine Spitzen eben wohl von diesem Mägden machen läßt, und geben zehen Thaler davor. Denn das ist nun so bekannt als die Sonne am Mittage, daß die Frantzosen ihre Sachen mehrenteils in Teutschland bestellen. Ach wie viele Kamisöler sieht man bey den teutschen Schneidern liegen, die hernach um das doppelte Geld verkauft werden, weil sie den Namen haben, als wären sie in Frankreich gemacht.“

Nach weiteren hundert Jahren spottet Jean Paul über seine Landsleute, die so ungerne das Nahe und Einheimische nachmachen²⁾, über ihre „Nachäfferei, welche die ausländischen Modepuppen als bestimmende Glieder- und Flügel männer für uns wählte“. Und wiederum nach einem säkularen Verlauf war es nicht anders. In der Franzosenzeit nach 1806 hatte man zwar für deutsche Tracht geschwärmt, nach 1871 wollte man sich von Paris emanzipieren, und während des Weltkrieges versuchte man es von neuem, sich auf eigene Füße zu stellen. Immer vergebens. Nach kurzer patriotischer Aufwallung siegte das Phlegma von neuem, in dem das alte, widernationale Unkraut behaglich weiterwucherte.

Vor dem Kriege lernte ich auf der Fahrt von Stuttgart nach Straßburg einen württembergischen Korsettfabrikanten kennen. Er fuhr nach Paris, wo er seinen Hauptabsatz hatte. Dort wurde die Ware mit einer französischen Etikette versehen, und viel davon kam nach Deutschland

1) Mitgeteilt von B. Rauecker in den Münchener Neuesten Nachrichten, 2./3. April 1921.

2) Jean Pauls Sämtliche Werke. 1827. B. 34.

v. Waltershausen, Volkswirtschaftslehre

zu hohem Preise zurück, weil die Damen durch einen eingebildeten französischen Chic sich untereinander hypnotisiert hatten. Ebenso gingen auch deutsche Damenhüte von Berlin nach Paris in großen Mengen, und die dortigen Nachahmungen wurden in die ganze Welt zur Ausfuhr gebracht. Krefelder Seidenstoffe kamen bis 1914 als französische Kunsterzeugnisse über Lyon und Paris in den auswärtigen Handel, obwohl Muster wie Ausführung deutschen Ursprungs waren.

Nur ist es nicht zu bestreiten, daß die französischen Konfektionäre und die englischen Herrenschneider es an Geschmacksicherheit nicht fehlen lassen, anders ihr Weltruf nicht zu verstehen ist. Außerdem ist in Paris ein weltwirtschaftliches Geschäftszentrum, ein organisierter Mustermarkt herangebildet worden, der es fertig bringt durch seinen Ruf, an ihm beteiligte Ausländer in Abhängigkeit zu halten. Im Frühjahr und im Herbst treffen hier die führenden Modisten der Erde zusammen, beraten und verständigen sich über die neuen Muster, die, woher sie immer stammen mochten, als Pariser Verbreitung fanden. Der Krieg hatte dann diese Einrichtungen lahmgelegt. Er war kaum zu Ende, als die deutschen Verbraucher ihre alte Gepflogenheit wieder aufnahmen, wobei die Frauen und Töchter in der Emporkömmlingsklasse der Kriegsgewinnler und Schieber nicht gerade wählerisch verfahren und dem „welschen Tand“ den Einbruch erleichterten. Diese mattherzige deutsche Vorliebe für das Fremde, weil es das Fremde ist, wird man mit Ermahnungen nie wegschaffen. Der einzige Weg zur Besserung ist eine wirtschaftliche Organisation im großen, in der, wie in der Filmindustrie, Künstler, Techniker, Kunstgewerbetreibende, Fabrikanten, Kaufleute, Reklamespezialisten zusammen zu arbeiten hätten. Ihr die Bezeichnung national beizulegen wäre gerechtfertigt, aber würde wohl von ängstlichen Geschäftsleuten gemieden werden in einer Zeit, in der es Regierungen gibt, die schon beinahe alles als verfassungsumstürzlerisch ansehen, was dieses Wort für sich in Anspruch nimmt.

Der Mangel an nationalem Empfinden würde sich in der deutschen Lohnarbeiterklasse nie so eingefressen haben, wenn er nicht ein altes, angeborenes Übel gewesen wäre. Es wurde Marx und seinen Leuten nicht schwer, den deutschen Arbeitern vorzureden, daß die nationale Idee nur eine künstlich aufgemachte Anschauung der besitzenden Klasse sei, um ihrem Profitwucher ein ethisches Mäntelchen umzuhängen; insbesondere wurde weiterhin die Rüstungsindustrie bezichtigt, Kriege unter dem Stichwort der nationalen Verteidigung und Selbständigkeit heraufzubeschwören, um ihr Geschäft zu machen. Daß Marx ehrlich international geredet und geschrieben hat, wird man nicht bestreiten, denn er hat

nach Abstammung und Lebenslauf nicht deutsch empfinden können. Indem er die internationale Gesellschaft oder den allgemeinen Gegensatz von Kapital und Arbeit zu dem Piedestal jeder Politik machte, spaltete es die Deutschen in zwei Parteien mit anationaler und nationaler Gesinnung. Wie im 16. Jahrhundert die protestantische und katholische Weltanschauung in Kampf gerieten, so im 19. die bürgerliche und sozialistische. In beiden Fällen wurde das Reich in Schwäche und in Verachtung des Auslandes gestoßen, damals durch die Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges und jetzt durch die Revolution von 1918. Der wirtschaftliche Zusammenbruch des Volkes konnte in beiden Fällen nicht ausbleiben. Zweihundert Jahre nach dem Westfälischen Frieden hatte sich Deutschland noch nicht erholt, und wie es heutzutage aussieht, braucht nicht ausgeführt zu werden. Die religiösen Streitigkeiten wurden in keinem Lande so dem nationalen Wohle übergeordnet als in Deutschland. England und Frankreich setzten eine konfessionelle Vormacht durch, und Deutschland blieb gespalten. In den Jahrzehnten vor 1914 haben in Frankreich die sozialistischen Minister mit den bürgerlichen in der Verbesserung des militärischen Verteidigungszustandes gewetteifert, und auch die italienischen Sozialdemokraten haben jede Heer- und Flottenvermehrung angenommen. In Deutschland war die Ablehnung des Etats lange Zeit sozialistisches Prinzip.¹⁾

Bismarck hat seine äußere Wirtschaftspolitik eine nationale genannt, weil er die großen Berufstände damit ihres Gegensatzes entkleiden wollte und ihnen klarlegte, daß sie als deutsche Geschäftsleute gleichmäßig den Schutz gegen das Ausland zu beanspruchen und zu erhalten hätten. Die damit von ihm erreichte Vertiefung und Festlegung des gemeinsamen Empfindens erhöhte die wirtschaftliche Machtstellung im gesamten zwischenstaatlichen Verkehr, und die Rückwirkung auf die Lebhaftigkeit der inneren Märkte blieb nicht aus.

So wird auch das heutige Deutschland wirtschaftlich nicht früher gesunden, als bis es einmütig wenigstens bis zu dem nationalen Bewußtsein der Vorkriegszeit zurückgekehrt ist, es ist das einzige, was seinen Feinden imponiert, so daß diese auch ein wirtschaftliches Entgegenkommen zeigen werden, das Engländer und Amerikaner längst im eigenen Interesse liegend erkannt haben mögen, aber zu gewähren zögern, da sie einen nationaleren Gegner nicht anders als einen unzuverlässigen anzusehen sich gezwungen fühlen.

1) H. Rehm, Deutschlands politische Parteien. 1912. S. 69f.

IV. ZIELE DEUTSCHER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Wenn jemand in einem großen Walde sich verirrt hat, so entschließt er sich nach dem Stand der Sonne oder der Sterne zunächst zu der im allgemeinen zu nehmenden Richtung. Damit ist aber eine Entscheidung für den einzuschlagenden Weg noch nicht gegeben, für die man noch eine weitere Einsicht zu Rate ziehen muß. Ebenso hat sich das vorige Kapitel nur zur ersten Orientierung innerhalb des Dunkels der Gegenwart für die nationale Richtung der ökonomischen Politik in Deutschland ausgesprochen, und es ist nunmehr der gangbare Pfad erst noch aufzusuchen.

Was der Staat und was die Volkswirtschaft zu leisten haben, ist oben begrifflich gesondert worden. Jener hat die Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Ganzen, Rechtssicherheit und Freiheit der Bürger, diese die Versorgung aller zur Aufgabe. Beide werden durch die Kraft der kulturellen Gedanken im nationalen Sinne inhaltlich vertieft.

Die staatlich zusammengefaßte nationale Volksgesamtheit steht jedoch über der Volkswirtschaft, so daß es Zeiten geben mag, wo diese sich jener unterordnen muß, wie das jeder Krieg, und nicht zum mindesten der letzte, sichtbar gemacht hat. Als Regel muß aber gelten, daß beide in Übereinstimmung zusammenhalten. Daraus folgt, daß der Staat nur in solcher Art und mit solchen Mitteln bei der Erfüllung seiner Obliegenheiten in die Volkswirtschaft eingreifen darf, die deren eigentümliche Gestaltung und Linie der Entwicklung nicht stören, sie womöglich fördern.

Die deutsche Wirtschaftsgeschichte von 1815—1914 zeigt uns, wie wenigstens überwiegend diesem Grundsatz gemäß verfahren worden ist und, wenn nach ihm gehandelt wurde, daß er sich bewährt hat. Nicht immer glückte seine zeitgemäße Erfassung, und wenn Parteien und einseitige, starre Doktrinen seine Anwendung verhinderten, so hatte das Volk es zu büßen.

Das durch die Kleinstaaterei und die Schwäche des alten deutschen Reiches zersplitterte Geldwesen wurde nach und nach, wenn auch langsam, zuerst durch die Dresdener Beschlüsse von 1838, denen sich weitere Abmachungen anschlossen, dann durch die mit Österreich verabredeten von 1857 in der Richtung der Silberwährung staatsvertragsmäßig geregelt. War hierin schon dem wirtschaftlichen Bedürfnis nach der Vereinheitlichung entsprochen, so wurde die Ordnung durch die Goldwährung von 1871 und 1873 reichsgesetzlich, zugleich im Hinblick auf das Auslandsgeschäft vollendet. Ebenso hat das Reich eine Notenbank-

gesetzgebung durchgeführt, die den Ansprüchen der damaligen wirtschaftlichen Zustände genügte und unter Anlehnung an den gemischt föderativ-zentralistischen Charakter des Reiches die gegebene Staatsform berücksichtigte. Diese Wirtschaftspolitik der Tausch- und Zahlungsmittel erhob sich, richtig erkannt, als Vertreterin der Gesamtinteressen über alle wirtschaftliche Tätigkeit und blieb fest bei dem späteren Ausbau der Gesetzgebung und gegen einen bimetallistischen Ansturm, der eine momentane Schuldentlastung bezweckte, kurzfristige Partei-sache war und der Landwirtschaft ernstlich nicht helfen konnte.

In der Handelspolitik ist ein gleich schönes, sicheres Ergebnis nicht erzielt worden. Der deutsche Zollverein entsprach allerdings mit seinem inneren Freihandel und seiner Grenzzolllinie dem wachsenden Verkehr innerhalb und außerhalb des Landes, und das um so mehr, als die Eisenbahnen gebaut wurden. Allein seine Fortbildung im Anschluß an das Wirtschaftsleben löste sich unter seiner schwerfälligen Verfassung vorwiegend in unzureichenden Kompromissen auf, statt einer weitausschauenden Gesamtpolitik zu genügen. Als nun an seine Stelle das Reich trat, geriet die äußere Handelspolitik in eine unselige Passivität hinein, aus der sie erst Bismarck zwischen 1879 und 1890 herausriß. Aber von seinem Nachfolger wurde das mühsam aufgebaute Kartell zwischen den produktiven Berufen preisgegeben, die Industrie wurde einseitig durch die Handelsverträge begünstigt, und als dann mit dem Zolltarif von 1902 wieder ein Umschwung kam, waren die gemachten Fehler nur teilweise gutzumachen. Deutschland besaß um 1871 alle Vorbedingungen zu einer modernen Verkehrswirtschaft mit einer verhältnismäßig weitgehenden Vielseitigkeit. Der Schutz der Landwirtschaft hätte mit dem ersten Einbruch der ausländischen Getreidekonkurrenz sofort einsetzen müssen, da es sich hier um einen Vorgang handelte, dessen Dauer für Jahrzehnte richtig erkannt wurde. Dann wäre die Tendenz zum einseitigen Industriestaat aufgehalten worden, der übertrieben beschleunigte Flottenbau als Parallelerscheinung wäre nicht nötig geworden, die Bevölkerung wäre langsamer gewachsen, die Großstadt in ihrer Ausdehnung gehemmt, die Sozialdemokratie weniger anspruchsvoll und die Exporttrivalität in England weniger empfunden worden, so daß bei einem Krieg Rußlands und Frankreichs gegen die Zentralmächte das Inselreich das Interesse daran gehabt hätte, den neutralen Zuschauer zu machen und die balance of power zu behaupten. Auf dem festländischen Europa würde dann Deutschland die Stellung verteidigt haben, die ihm vermöge des Fleißes und der Intelligenz seiner Bewohner zusteht.

Es ist eine beklagenswerte Schwäche der Deutschen gewesen, im Wirtschaftspolitischen die Engländer kritiklos nachzuahmen, die vermöge ihrer insularen Lage und ihrer Seemacht, mit ihrer nicht zu behindernden Zugänglichkeit zum Ozean und bei ihren glücklichen und festen politischen Instinkten etwas anderes als die Deutschen sind. Daß man die englische nationalökonomische Theorie um 1800 importierte, war bei dem Tiefstand der deutschen begreiflich, wenn auch mehr Vorsicht bei ihrer Annahme, namentlich soweit sie Politik enthielt, kein Schaden gewesen wäre. Fehlerhaft war später, daß man die Freihandelslehre mit allen ihren Konsequenzen in die Praxis als ein Ganzes hinübernahm, bei deren Anwendung man um so unrealistischer wurde, als man sie mit der üblichen partikularen und Parteiverbissenheit imprägnierte.

Als nun England ein einseitiger Industriestaat wurde und dabei unter Ausnutzung seiner günstigen Weltforderungsbilanz und bei seinem in allen Erdteilen verbreiteten Weltreich nicht verkümmerte, glaubte man auch hier das Vorbild des reichen Vettters kopieren zu können, der immer in der Lage war, gegen den Konkurrenten die Nordsee abzuschließen, aus der dann deutsche Schiffe zum Weltmeer nicht mehr hinausfahren konnten. Auch der Auslandskapitalismus wurde nach englischem Muster als Folgerung der Wirtschaftsführung nötig. Soweit das Kapital in der überseeischen Weltwirtschaft, die zum erheblichen Teil während des großen Krieges Deutschland feindlich wurde, angelegt wurde, wurde es beschlagnahmt, konfisziert, liquidiert, während die Engländer hier nichts zu verlieren hatten, da sie die See beherrschten.

Geht man davon aus, daß der Weg des deutschen Wirtschaftslebens während der letzten sechzig Jahre zum einseitigen Industrieland nicht der richtige gewesen ist, so können wir daraus den Schluß nicht ziehen, daß wir ihn wieder zurückschreiten sollen. Nachdem das ganze Volk mit seiner großen Zahl, örtlichen Verteilung, technischen Ausbildung und Betriebseinrichtung auf diesen Zustand eingestellt ist, kann die Frage nur so lauten, ob es möglich ist, das Vorwärtsdrängen in der eingeschlagenen Richtung aufzuhalten und der damit überschüssig gewordenen Kraft eine andere Betätigung zu verschaffen.

Würde sie verneint und Deutschland lenkte wiederum in die wirtschaftlichen Bahnen ein, die es in den letzten Jahrzehnten gewandelt ist, so ist das Hineintreiben in eine neue weltpolitische Katastrophe wahrscheinlich, die das Ende des deutschen Staates und der Nation bringen könnte.

Setzen wir einmal voraus¹⁾, daß das Versailler Friedensdiktat so gemildert wird, daß das Reich wieder politisch atmen kann, daß die Inflation zum Schluß kommt, daß die Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzen geregelt, daß die auswärtigen Wechselkurse stabilisiert werden, daß der gegen die Deutschen aufgepeitschte Völkerhaß schwindet, daß die zwischenstaatliche Bewegung von Menschen und Waren die gleiche Freiheit für alle Länder erhält, so würden, wenn man die Dinge gehen läßt, also politisch nicht eingreift, die Deutschen ihr Auslandsgeschäft in der alten Weise progressiv aufnehmen, viele Schiffe bauen, in der Fremde sich niederlassen, ihre Waren nach allen Weltteilen tragen, dort Niederlassungen begründen, kurz wieder die gefährlichen Konkurrenten der Engländer und Amerikaner, an zweiter Stelle auch der Franzosen und Italiener und Japaner werden, und zwar nicht erst in zwanzig oder dreißig Jahren, sondern, da die technischen Ideen in Deutschland nicht getötet sind, vielmehr auch manches hinzugelernt ist, schon früher. Die Rivalität in der Weltwirtschaft könnte leicht in einer Reihe von Waren zugunsten der Deutschen ausschlagen, und die Betroffenen würden von neuem an die Waffen appellieren, wenn ihnen die konkurrierende Geschicklichkeit versagt bliebe. Mag sein, daß dann andere günstigere weltpolitische Konstellationen bestehen wie 1914, und vielleicht wird auch dem Reich einmal wieder ein Staatsmann beschert, sie zu benutzen. Solche unberechenbare Glücksfälle kann man aber bei der Beurteilung wirtschaftspolitischer Möglichkeiten nicht in Rechnung stellen.

Zugleich droht noch eine zweite Gefahr, wenn der alte Kurs wieder aufgenommen wird. Die Exportindustrie wird von den Rohstoffen und Lebensmitteln der Weltwirtschaft, deren steigende Preistendenz seit 1895 unverkennbar ist, mehr als früher abhängig sein, nachdem die Lothringer Eisenlager und Teile des Ackerbodens im Osten des Reiches verloren sind, und das Kalimonopol Deutschlands nicht mehr besteht. Der Industriestaat ist damit ein noch künstlicheres Gebilde geworden als ehedem und wird den Stürmen der Weltkonjunkturen weniger gewachsen sein.

Dazu kommt noch eine dritte Sorge. Die große fortschreitende Exportindustrie wird von neuem Arbeitermassen, gelernte und ungelernete, züchten, die, zum Bewußtsein ihrer Macht gelangt, immer vor der Tür einer neuen Revolution stehen werden. Auf die Vernunft dieser organi-

1) Ohne eine solche Voraussetzung ist eine wirtschaftspolitische Zukunft überhaupt nicht besprechbar. Die volle Ausführung des Friedens und Londoner Ultimatums bedeutet die Vernichtung Deutschlands.

sierten Heere zu rechnen, daß sie sich von der Klassenkampflehre des Marxismus abwenden, ist Illusion, solange diese Leute in der sozialdemokratischen Partei und deren politischer Unfruchtbarkeit aufgehen. Die Errichtung von weiter wachsenden Riesenbetrieben wird wiederum die jugendliche Landbevölkerung in die Stadt ziehen, vielleicht auch aus dem ausländischen Osten. Somit wird die Großstadt immer kultur- und zivilisationsfeindlicher werden, und der Terror der kommunistischen Gewaltpolitik wird bei erster Gelegenheit die Peitsche über sie schwingen. 1918—1921 waren es vorwiegend die Menschen aus den agraren Landesteilen Deutschlands, aus Bayern, Württemberg, aus dem östlichen Preußen und anderen Gegenden, die Deutschland vor dem Bolschewismus bewahrt haben. Was soll erst werden, wenn ein großer Teil von Oberbayern mit elektrischen Betrieben vom Walchensee aus durchzogen ist und die große Exportindustrie hier lebensfähig wird, oder wenn die Pläne glücken, auch die östlichen Provinzen Preußens zu industrialisieren? Ist, wenn hier nicht Maß gehalten wird, der damit gewonnene Reichtum nicht ein Danaergeschenk, sobald aus den neuen Werken die Bataillone hervorbrechen werden, um die Brandfackel in das zu erobernde Ilion zu werfen? Man scheint sich in Bayern dieser furchtbaren Gefahr gar nicht bewußt zu sein, wenn eine Wirtschaftsrichtung mit allen Mitteln begünstigt wird, auf Grund von fingierten Bedürfnissen, deren herrliche Befriedigung man sich vorspiegelt, ohne zu sehen, daß dahinter die Anarchie lauert.

Nun gut — wird man einwenden —, Deutschland ist heute unterernährt, und eine nicht unerhebliche Quote des Mittelstandes hat die Lebenshaltung auf die Hälfte oder ein Drittel heruntersetzen müssen. Ohne neue Verflechtung in die Weltwirtschaft wird man aus dieser Kalamität niemals hinauskommen.

Möglich, daß man damit mehr fremde Nahrungsmittel hineinbrächte. Aber läßt sich durch Begünstigung der agraren Produktion nicht dasselbe erreichen? Ist es nicht wenigstens denkbar, den künftigen Bevölkerungsüberschuß in die Landwirtschaft abzuleiten?

Die Moor- und Heideflächen und das unbenutzte Land in Ebene und Gebirge schätzt man auf ein Achtel der im Betrieb stehenden Acker- und Gartenbaufläche. 2—2½ Millionen Hektar davon gelten als anbaufähig. Im günstigsten Falle würde hier Raum für 200 000 Bauernwirtschaften gewonnen werden. Die Kosten der Kultivierung sind hoch, so daß Zeit vergehen wird, ehe sie aufgebracht sein werden. Daher erwartet man zugleich eine Ergänzung der Landwirtschaft erstens von einer intensiveren Gestaltung der vorhandenen Betriebe, die zu schaffen

bei dem Kapitalbesitz der Landwirte seit 1914 nicht aussichtslos ist, und zweitens von der inneren Kolonisation auf parzelliertem Großgrundbesitz. In den noch vorhandenen östlichen Provinzen Preußens und in denen Mecklenburgs, aber auch in anderen Teilen des Reiches ist noch leidlich Land vorhanden, daß man, wenn man energisch auf Grund des Besiedlungsgesetzes von 1919 vorgeht und etwa jährlich 24 000 Stellen ansetzt, ohne den Großgrundbesitz zu zerstören, zwanzig Jahre hindurch kolonisieren könnte. Bisher ist herzlich wenig geschehen, obwohl die Sozialisten in ihrem Haß gegen die Agrarier dem Volke wunder was von „einer Zerschlagung der Latifundien“ versprochen haben. Vermutlich haben die Herren Volksbeglucker sich überlegt, daß sie damit einer konservativen Politik das Wort reden, daß ansässig gemachte Leute keine Sozialdemokraten sein werden. Doch wird man zugeben, daß das Ansiedlungsgeschäft ein schwieriges ist, wie die Erfahrungen vor dem Kriege es schon gezeigt haben. Mit Parlamentsbeschlüssen ist nichts getan, es bedarf sehr sachverständiger Verwaltungsmaßregeln und pflichtbewußter Beamten, die unter höchst individueller Tätigkeit eine Ehre in das Gelingen ihres Werkes setzen, außerdem der Unterstützung der bereits ansässigen Bevölkerung, der Geistlichkeit, der Lehrerschaft, der Geldinstitute, der Presse, der Gutsbesitzer, die das Land abtreten.

Die Entlastung der Großstadt ist erwünscht. Die geeigneten Personen für die Kolonisation waren hier schon vor 1914 nicht leicht zu finden. Nach der Revolution, die für die gewerblichen und Transport-Lohnarbeiter eine Prämie auf wenig Arbeiten brachte, wird es noch schwieriger sein, die erforderlichen Leute zur ländlichen Tätigkeit mit unbeschränkter Arbeitszeit, wie sie der Selbstwirtschafter kennt, und zu dem einfachen Landleben, das von den Zerstreungen der Stadt nichts weiß, zu gewinnen.

Der Einwand, daß die technische Bewältigung der Landwirtschaft für die unerfahrenen Städter überhaupt ausgeschlossen sei, enthält eine Übertreibung. Man erinnere sich, mit welcher Liebe und Energie die Gartenarbeit vor den Städten in den letzten beiden Kriegsjahren aufgenommen wurde, und wie die Erfolge nicht ausgeblieben sind. Lehrgeld muß jeder bezahlen. Ist das Interesse einmal geweckt, so wird das verlorene Geld verschmerzt und die Lehre bleibt. Übrigens werden es nicht bloß Städter sein, die als Kolonisten sich melden könnten, sondern auch nachgeborene Bauernsöhne, Knechte und Feldarbeiter, die etwas verdient haben und die vor dem Abzug vom Lande in die Stadt bewahrt werden sollten.

Sehr wichtig ist, daß diejenigen, die sich ansiedeln wollen, in eine

solche gesicherte und rechtlich sie befriedigende Lage versetzt werden, daß der Eifrige vorankommt. Erforderlich ist der Bau von Lokalbahnen, Überlandzentralen, Schulhäusern, Kirchen, der Straßenanschluß an Kanäle, Teilnahme an Genossenschaften, Zugänglichkeit zu einem landwirtschaftlichen Unterrichtswesen und vor allem die Landüberweisung von seiten der staatlichen Kommissionen unter günstigen Zahlungs- und Abzahlungsbedingungen. Dann wird die private Mitteilung der Ansiedlerfamilie an Freunde und Verwandte sich als eine ähnliche Propaganda erweisen, wie es bei der überseeischen Auswanderung der Fall war. Die Ansiedler müssen es als ihren Vorteil begrüßen, daß der Zuzug nicht nachläßt, nicht bloß von landwirtschaftlichen Anbauern, sondern auch von Handwerkern, Kleinkaufleuten, Lehrern, Arbeitern u. a. m. Daneben muß für eine regelmäßige Winterarbeit innerhalb der Wohnungen um so mehr gesorgt werden, je kleiner der landwirtschaftliche Betrieb ist. Es sind mancherlei Vorschläge bereits gemacht worden in der Aufstellung von Kraft- und Werkzeugmaschinen zu einer Produktion, deren Waren vorwiegend dem Landbedarf entsprechen. Keine Hausindustrie, sondern Ergänzung der ländlichen Arbeit; nicht umgekehrt, daß die Bestellung des Ackers gerade die industrielle Arbeit über Wasser hält.

Das kostet alles viel Geld, viel guten Willen, Dinge, an denen wir in Deutschland nicht gerade Überfluß haben. Daher kann das Werk nur gelingen, wenn die Regierungen und die allgemeine Volksstimmung es als Existenzaufgabe erfassen und unfruchtbare Verfassungsverstreitigkeiten und Parteikämpfe hinter die Kolonisationsarbeit zurückstellen.

Innerhalb der Linie der gesamten Landwirtschaftspflege ist die Ansiedlung auf mittlerem und kleinem Besitz nur das Glied einer Kette, wenn zur Zeit auch das in dem Vordergrund stehende. Ob wiederum landwirtschaftliche Schutzzölle nötig werden, hängt von den künftigen Weltmarktpreisen, der Ordnung der Wechselkurse, der inneren Preisbewegung ab, worüber sich heute nicht viel sagen läßt. Die bisher erprobte innere Agrarpolitik gegen Güterzertrümmerung, zugunsten des Anerbenrechtes, der Eintragung von Stammgütern, der Arrondierungen, zugunsten des Realkredits usw. ist fortzusetzen, zumal hier bedeutende finanzielle Aufwendungen nicht nötig sein werden.

Sollte eine Reform im Sinne der Verstärkung der Landwirtschaft mit Erfolg unternommen werden, so wird man doch nur eine solche Mehrerzeugung¹⁾ an Lebensmitteln erwarten dürfen, daß die Bevölkerungsvermehrung damit würde ernährt werden können.

1) Vor allem an Vieh, Kartoffeln, Futtermitteln, Geflügel, Eiern, Gemüse, Ölfrüchten, Honig und Milchprodukten, weniger an Getreide zum Verkauf.

Wollten wir annehmen, daß der Zusatz im Reich jährlich im Durchschnitt 400 000 Menschen beträgt, so würden günstigenfalls in zwanzig Jahren 1 Million auf Moor- und Ödland, 2 400 000 auf aufgeteilten großen Gütern und Domänen¹⁾ anzusiedeln sein, und der Rest von 4,6 Millionen würde in der intensiveren Landwirtschaft, im Garten- und Obstbau möglichst in der Nähe der Städte untergebracht werden müssen. Man sieht daraus, daß man von einer Umstellung der deutschen Volkswirtschaft durch eine solche Agrarreform, so nützlich sie sein wird, weit entfernt bleibt. Die Notwendigkeit, eine Quote der städtischen Volkszahl, wie gegenwärtig, mit Auslandsgut zu erhalten, wird fortbestehen, und dementsprechend wird der Außenhandel tätig zu sein haben. Es ist in dem dritten Abschnitt bereits die Anschauung mitgeteilt worden, den Export nach dem Osten durch den Import von dort zu bilanzieren. Die Deutschland im Osten angrenzenden Länder werden sich um so leichter mit ihm verständigen können, je mehr auch sie die Landwirtschaft pflegen werden, um ihre Überschüsse gegen Fertigprodukte der Industrie umzutauschen. Ist so der deutschen Verarbeitungsware ein Ausweg gewiesen, so ist er nicht so zu verstehen, als ob er der einzige bleiben sollte. Wir haben mancherlei aus überseeischen Ländern nötig und müssen es bezahlen, Baumwolle, Wolle, Kupfer, Blei, Silber, Gold, Kaffee, Tee, Kakao, Tabak, um nur das wichtigste zu erwähnen. Hier hat unsere Industrie das Äquivalent zu beschaffen. Das ist etwas anderes, als den Ausbau eines einseitigen Industriestaates zu betreiben, womit ein zeitweiliger Erfolg wohl erzielt werden kann, der aber immer in der gleichen Richtung weiterdrängt, da es ein wachsendes Proletariat zu erhalten gilt. Der erfolgreiche einseitige Industriestaat gleicht einer Schraube ohne Ende. Eine Industriepolitik zu befürworten, die direkte oder indirekte Exportprämien in Zöllen bringt oder Handelsverträge gutheißt, die nicht auf die Landwirtschaft Rücksicht nehmen, paßt daher in unser Programm nicht hinein.

Da unter dem Fernabsatz, besonders dem auswärtigen, der Massenverkauf von industriellen Waren möglich wird, sammelt der erfolgreiche Industriestaat in kurzer Zeit große Vermögen an. Auffällig scheinen sie einer nicht großen Menschengruppe anzugehören, deren Luxus und Verschwendung nicht unberechtigt angegriffen wird.

Wachsender Reichtum wurde während der letzten beiden Jahrzehnte

1) Rechnen wir den großen Besitz rund auf 20% der landwirtschaftlich benutzten Fläche von 36 Mill. Hektar und fünf Hektar für die durchschnittliche Ansiedlungsstelle mit einer Familie von fünf Personen, so würde $\frac{1}{3}$ des großen Besitzes eine Volkszahl von 2 400 000 Ansiedlern fassen können.

vor dem Kriege in allen fortgeschrittenen Staaten der Erde festgestellt, und die Großindustrie und der Großverkehr waren die entscheidenden Ursachen. Der Reichtum fand seinen Gegner nicht bloß bei den Sozialisten, die zu leicht übersahen, daß auch manches von ihm den unteren Klassen zugeflossen war, sondern auch bei denen, die hervorhoben, er sei unfähig gewesen, eine Kultur von Wert hervorzubringen. Der manchesterliche Utilitarismus, der allein mit der Vermehrung des Kapitals eine geistige Blüte der Nationen prophezeit hatte, ist gründlich ad absurdum geführt worden. In der Zeit der großen Dichter, Musiker, Philosophen war Deutschland arm, und ein bescheidener Wohlstand reichte aus, ihre Leistungen sicherzustellen.

Konnte man in unserer Zeit keine Hoffnung auf die Millionäre im Dienst der Kultur für die Gesamtheit setzen, so war man um so mehr auf den Mittelstand angewiesen, den zu erhalten und zu erweitern zudem als sozialpolitische Klugheit unter den extremen Zuständen des Großkapitals und des Proletariats mit Recht betont wurde.

In den stoffverarbeitenden Gewerben hat sich in Deutschland ein Mittelstand gehalten, weil dem Handwerk und der Kleinunternehmung in der Volkswirtschaft Sonderleistungen obliegen, die für den Großbetrieb nicht passen, z. B. für Reparaturen, individuelle Bedürfnisse der Kunden, den Kleinabsatz von Leistungen, die durch örtliche Beschränkung bedingt sind, Ausführungen mit künstlerischem Einschlag und genauester Überwachung der Arbeit. In der Landwirtschaft produziert im allgemeinen der Großbetrieb dasselbe wie der mittlere und kleine, wenn auch unter verschiedener Quoteneinstellung der Produktarten, daher der Mittelstand hier wesentlich durch die Besitzgröße des Bodens bestimmt wird. In den Verarbeitungsgewerben gibt es auch eine technische Differenzierung, gibt es viele Dinge, die nur im großen, andere, die nur im kleinen angefertigt werden. Der Gegensatz von Halb- und Fertigfabrikat deckt sich damit nur teilweise. Die typischen Massenprodukte gehören der Großindustrie, die Produkte nach persönlichen, natürlich örtlichen, ortsüblichen, engberuflichen, speziellen Bedürfnissen der mittleren und kleinen. Findet somit hier der Mittelstand in der Technik einen Rückhalt seines Bestehens, so kann er doch durch die zunehmende Schematisierung des Verbrauchs bedrängt werden. Das ist jetzt in den Vereinigten Staaten so, mehr als in Deutschland, wo eine Vielartigkeit der Landesteile und der Stämme historisch gegeben ist. Die föderativ-partikulare Eigenart des Reiches, die der nivellierende Demokratismus durch Zentralisation zu zerstören bemüht ist, war daher für die Erhaltung des Mittelstandes nicht ohne Wert.

Die sozialökonomische Mitte hat auch ihre Vertreter im Beamten- und im Kaufmannsstand. Allerdings ist ein Übermaß an Kleinkaufleuten in den Großstädten ein Übel, weil die Kosten des Kleinverkaufs dadurch erhöht werden. Es kann durch Organisation der Verbraucher und ihre Beweglichkeit im Suchen nach dem Besten und Billigsten zurückgedrängt werden. Den kleinbetrieblichen Handel prinzipiell zu beseitigen ist jedoch sozialpolitisch nicht zulässig, da aus ihm auch Leute hervorgehen, die es zu etwas Höherem in der Wirtschaft bringen, und er selbst bei seiner sehr starken Unterstreichung des Eigentums gesellschaftserhaltend ist. Die Konkurrenz ist der heilsame Druck, unter dem er steht, eine Triebfeder, die zu schwächen sozialpsychologisch bedenklich wäre.

Staat und Gemeinde sollten bei der Auflegung ihrer Lasten den gewerblichen Mittelstand schonen, seinen speziellen Wünschen kein Hindernis bereiten. Wenn irgendwo die Unterstützung mit öffentlichem Kredit und wirtschaftlichen Zuwendungen angebracht ist, so ist das hier der Fall, wie auch Veranstaltungen zu technischen, beruflichen, Bildungszwecken hier besonderen Sinn haben, da die großen Betriebe sich meist selbst zu helfen wissen und die Inhaber der kleinsten zu ungebildet sind, um in freier Betätigung des Geistes ohne Hilfe des Mittelgewerbes Neues aufzunehmen.

Der Mittelstand der Beamtenschaft hat eine größere konservative Bedeutung als derjenige, den man in den gutbezahlten Schichten der sogenannten Angestellten und der Lohnarbeiter anzutreffen vermeint. Denn die einsichtigen Beamten der eigentlichen Staatstätigkeit sehen in dem Staat nicht nur einen Arbeitgeber, sondern fühlen sich als ein Teil von ihm und sind mit ihm aufs innigste verwachsen. Die Angestellten und Lohnarbeiter in Staatsbetrieben halten sich immer in einer gewissen Gegnerschaft gegen den Lohnzahler, wenn man auch andererseits zugeben wird, daß ihnen -- freilich in sehr abgestufter Weise -- ein Interesse an dem Gedeihen jener nicht völlig mehr fremd ist. Der eigentliche Staatsbeamte weiß, daß der Staat immer bleibt und er somit auch. Eine nicht knickerige Besoldungs- und Pensionspolitik ist daher nicht bloß den Gehaltsbezieherern erwünscht, sondern empfiehlt sich für den Staat jeder Verfassung, dem an seinem Fortbestehen gelegen ist.

Die Erhaltung des Mittelstandes ist also die zweite große Aufgabe, die neben der Verstärkung der landwirtschaftlichen Kräfte zu bejahen ist. Die Weiterentwicklung des einseitigen Industriestaates mit seiner Typisierung der Ware, der Konzentration der Kapitalmassen, dem Anschwellen der Großstadt und der proletarischen Lohnarbeiterschaft

ist durchaus mittelstandsfeindlich und daher auch aus diesem Grunde abzulehnen. Im Positiven ist eine spezielle und allgemeine Mittelstandspolitik zu unterscheiden. Die erstere bezieht sich auf Maßregeln für die Landwirtschaft, das verarbeitende Kleingewerbe und den mittleren Kaufmannsstand. Die zweite ist auf dem Gebiete des Steuer-, Gebühren- und Konzessionswesens und in der Förderung der Genossenschafts-, Vereins- und Bildungseinrichtungen möglich.

Die Schichten der Angestellten und Lohnarbeiter, die vermöge ihres Einkommens dem Mittelstand zugezählt werden können, sind keine so konservativen Elemente wie vorerwähnte Mittelstandsleute. Sie machen zwar gegen die von unten andrängenden Proletarier Front, weil sie eine mühsam erworbene Lebensstellung zu verteidigen haben, sie werden aber leicht mit ihnen zusammen aggressiv, wenn sie von dem Arbeitgeber etwas ertrotzen wollen. Indem die deutschen Gewerkschaften um bessere Arbeitsbedingungen kämpfen, können sie nichts anderes als die bestehende Wirtschaftsordnung anerkennen. Aber immer umstrickt sie die *reservatio mentalis*, da sie in der Parteipolitik Sozialisten sind, in der Gegenwart nur etwas Provisorisches zu sehen, dem etwas Vollkommeneres folgen wird. Das ist auch heute noch so, obwohl der Sozialismus vollkommen Fiasko gemacht hat. Daß es mit ihm nichts ist, hat die Intelligenz der Führerschaft durchschaut, aber sie hat kein Interesse daran, daß die Masse davon überzeugt wird. Es heißt also, der Sozialismus ist deshalb gescheitert, weil die Sache nicht richtig angefaßt wurde. Wäre es nicht ein so kostspieliges Experiment, so sollte man die von der Demagogie geforderten Sozialisierungen zum Versuch empfehlen. Übrigens würde sie die erste sein, sich dem zu widersetzen, wenn Ernst gemacht würde.

Die deutsche Sozialdemokratie hat während des Krieges und der Revolution eine schon vorher sich vorbereitende Krise durchgemacht, die zu einer Spaltung unter die gemäßigten Mehrheitssozialisten, die radikalen Unabhängigen und die extremen Kommunisten Veranlassung wurde. Diese politische Differenzierung entspricht nicht nur der deutschen Eigenbrötelei des Parteiwesens, sondern auch dem Bildungsgrad der Arbeiter, der durch Lebensalter, höheres, gesichertes Einkommen, erworbenen Besitz, dauernde Beschäftigung in demselben Werke, politische und soziale Erfahrung bedingt ist. Da die Selektion niemals rastet, hat man von dem Entstehen einer Arbeiteraristokratie gesprochen. Soll das Wort einen Sinn haben, so ist darunter eine Herrschaft derer zu verstehen, die am besten zu ihr tauglich sind. Daß man dabei nicht an die Diktatur des Proletariats zu denken hat, ist selbstverständlich.

Es bliebe also, daß die Mehrheit der Arbeiter einer Minderheit unterstellt würde, daß die älteren, erfahreneren, gelernten, politisch und sozial geschulten Arbeiter die jungen Draufgänger, die ungelernete Masse, die Radikalen im Zaume hielte. Das Gegenteil ist unter den deutschen Zuständen eingetreten. Die Gruppen, politisch zum Selbstzweck geworden, stehen sich kampfbereit gegenüber, halten wohl hier und da zusammen gegen die bürgerlichen Parteien, doch keineswegs immer.

Den drei sozialistischen Parteien entspricht kein völlig zuverlässiges sozialökonomisches Substrat. Wenn die Mehrheitssozialisten sich mit den Gewerkschaften deckten, die radikalen Parteien mit den unorganisierten Arbeitern, so würde es denkbar sein, daß die ersteren zu einer Reformpartei werden und die anderen die sozialistisch-kommunistischen Ziele weiter verfolgen. Die Gewerkschaften, mögen auch einige vorwiegend dem rechten Flügel des Sozialismus ganz angehören, haben aber, wie die Dinge nun einmal historisch geworden sind, ihre Mitglieder auf die drei politischen Parteien verteilt, so daß es ausgeschlossen ist, daß sie erstens prinzipiell ohne Vorbehalt die bestehende Wirtschaftsordnung anerkennen, zweitens den friedlichen schiedsgerichtlichen Ausgleich dem Streik voranstellen, drittens die Ausbeutungstheorie fallen lassen und das erreichbare Lohnmaximum in der Konjunktur des Marktes sehen.

Diese drei Richtlinien, zum Grundsatz erhoben, würden in dem Programm einer politischen Arbeiterreformpartei enthalten sein müssen, deren Lebensfähigkeit dann bewiesen sein würde, wenn die Politik mit sozialen Berufsorganisationen zusammenfiele.

Wie nun aber die Verhältnisse heute liegen, bleibt nur die eine Hoffnung, die Lohnarbeiter zu belehren, daß die Klassenkampftheorie zu nichts Gutem führt, daß die Mehrwertstheorie falsch und daß das sozialistische Zukunftsgebilde utopisch ist. Dieser Hoffnung wird man eine Fundierung schwerlich zugestehen.

Ebenso wird von der Sozialdemokratie die Gewinnbeteiligung der Arbeiter oder ihre Teilnahme an der Unternehmung abgelehnt werden, weil sie den sozialen Frieden zu sichern geeignet sind und ihr vielleicht Mitglieder entführen werden. Die Versuche, die in der Vergangenheit mit solchen Plänen gemacht worden sind, waren wenig verlockend zur Ausführung. Neuerdings ist von dem ehemaligen Kruppdirektor, dem Reichstagsabgeordneten Hugenberg, ein Vorschlag gemacht worden, dem die Möglichkeit praktischer Durchführung nicht abzusprechen ist und mit dem sich jeder beschäftigen sollte, dem der Ausgleich zwischen Arbeitgebern und -nehmern am Herzen liegt. Er hat freilich nur eine

partielle Bedeutung, da er nur für Gesellschaften mit Geschäftsanteilen paßt, ist aber durchaus nicht zu verwerfen.¹⁾

Unter der heute demokratisch-parlamentarischen Verfassung von Reich und Einzelstaaten ist für eine friedliche dauernde Vereinigung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit wenig Aussicht gegeben, weil

1) Auf dem ersten Parteitag der Deutschnationalen führte Hugenberg aus: „Muß man nicht versuchen, von Stein-Hardenberg zu lernen? Damals gab man den Bauern gegen Entschädigung einen Teil des Ritterguts. Sollte man nicht heute den Arbeitern und Angestellten einen Teil der Fabrik geben? Aber nur gegen Entschädigung, sonst wäre es ein Geschenk, das keine engere und dauernde Gemeinschaft mit dem Werke begründet, als Betriebsrat, Mitbestimmungsrecht u. dgl. es tun. Sind diese einmal unvermeidlich, so ist es schließlich für den Betriebsleiter kein großer Unterschied, ob er zu einem gewissen Bruchteil Publikum und Börsenleute zu Aktionären hat, oder die eigenen Arbeiter und Angestellten. Es könnte sogar, wenn der Versuch glückt und die Maschine sich dabei nicht tot reibt, den Vorteil bringen, daß die industrielle Großunternehmung unabhängiger von Börseneinflüssen und damit in sich bodenständiger wird. Man müßte dann als Zwischenbesitzer die Werkschaftsgemeinschaft, d. h. die Gesamtheit der Mitarbeiter einschieben und zu einer juristischen Person machen, die einen Anteil am Werke zu Kredit erwerben kann. Sie müßte diesen Anteil in beliebigen Abschnitten bis zu der Kleinaktie von 50 Mk. hianunter, deren Einführung eine Voraussetzung der Durchführung des Plans bildet, gegen Kapitalzahlung an die einzelnen Werkangehörigen weitergeben, so daß diese Mitaktionäre würden.“ (Münchener Neueste Nachrichten, 6. Dezember 1921.)

Der staatliche Zwang zur Erreichung des Ziels geht nur so weit, die Vertreter des Kapitals und der Arbeit zu einer Verhandlung über die Mitbeteiligung zu veranlassen, wenn für diese eine bestimmte, praktische Möglichkeit vorliegt. Neben oder statt der Anteilnahme einzelner Arbeiter könnten auch Werkgemeinschaften oder gewerkschaftliche Betriebsgruppen am Besitz und Ertrag beteiligt werden, die auch im Aufsichtsrat eine Vertretung erhalten könnten. Die Arbeiter würden wie andere Aktionäre auch mit Bezugsrecht bei der Ausgabe junger Aktien ausgestattet werden.

Der Arbeiter wird bei einer solchen Gemeinschaft an das Werk nicht etwa gebunden. Man könnte z. B. statuieren, daß der, der aus der Fabrik austritt, seine Aktie verkaufen dürfte — wobei die Arbeitergemeinschaft als Teilnehmern das Vorkaufsrecht besitzen oder als Käufer allein befugt wäre. Auch würde man dem Arbeiter den Verkauf der Aktie zu jeder Zeit an einen anderen Arbeiter des Werkes oder an eine teilnehmende Gewerkschaft gestatten können. Die Meinung, daß die Arbeiter kein Geld hätten, um die Aktien zu erwerben, ist nicht haltbar, wenn Ratenzahlungen eingerichtet werden.

In den Kruppwerken ist eine ähnliche Organisation in Aussicht genommen (Köln. Zeitung 1921, Nr. 864), die als einzurichtende „Treuhänder“ auch weitere Details bringt. — Auch der Amerikaner Vanderlip in der Schrift „Was Europa geschehen ist“, deutsch 1921, S. 160 rät dringend, das Problem der Gewinnbeteiligung zu studieren.

die Berufsstände nur eine höchst lückenhafte Vertretung haben. Die Parteien halten nur lose, indirekte Verbindung mit ihnen. Ebensovienig wie die Parteien als Volksvertreter gelten können, da die Parteivorstände die Abgeordneten aufstellen und der Wahlberechtigte nicht den Mann, zu dem er Vertrauen hat, sondern nur die Partei wählt, sind sie Vertreter von Berufen oder sozialökonomischen oder kulturellen Gruppen, nur mehr oder weniger zufällig. Die Berufsinteressen werden insoweit beachtet, als es für die Macht der Partei zweckmäßig ist, wie das besonders die Sozialdemokratie gelehrt hat.

In einem Lande wie Deutschland ist das politische Leben durch die Menge der Parteien mit unversöhnlichen Gegensätzen so zerklüftet, daß eine Stetigkeit der politischen und wirtschaftlichen Verwaltung unerreikbaar ist, ohne die es kein Volksgedeihen gibt. Wechselnde Kompromisse und schwankende Koalitionsregierungen sind das Wesentliche in dem Parlamentarismus geworden, der nirgends schlechter angebracht war als in Deutschland, das kein englisches oder nordamerikanisches Nationalgefühl und keine großen Majoritätsparteien besitzt.

Eine Stetigkeit in der Regierung war in der früheren Monarchie im Vergleich zu den heutigen Zuständen gewährleistet. Will man den alten Zustand nicht wieder einführen, so muß man sich nach der Mitwirkung von solchen Kräften bei der Politik umsehen, die in sich die nötige Festigkeit tragen, daß sie eine Dauer verbürgen. Das kann nur eine Vertretung der großen Erwerbsstände und aller wichtigen Berufsarten sein, die ausgesprochene Interessen besitzen und nicht in der Gegenwart aufgehen, sondern auch in der Zukunft Bestand haben wollen. Sie müssen sich vollständig organisieren und ihre besten sachverständigen Leute in diese Vertretung entsenden. Den bestehenden politischen Aufbau durch ein alleiniges berufliches Parlament zu beseitigen, würde freilich ein unhistorischer Sprung sein, der auf friedlichem Wege zudem niemals versucht werden könnte. Das vorhandene System der örtlichen durch eine berufliche Vertretung zu beschränken, analog wie ehemals die erbliche Monarchie durch gewählte Abgeordnete beschränkt war, wäre eine Formel, die mehr Aussicht auf Zustimmung finden würde.

Es ist hier nicht die Aufgabe, in die Einzelheiten eines solchen Planes einzutreten. Wir wollten der Überzeugung Ausdruck verleihen, daß eine zielbewußte Sozial- und Wirtschaftspolitik nur zu erwarten ist, wenn die Lebensberufe in ihren besten Köpfen politisch zu Worte kommen, und die Entscheidung dessen, was reformatorisch not tut, weniger als jetzt von Parteizufälligkeiten abhängt.

Wenn es als eine Neigung der Deutschen gerühmt wird, sich dem

Lebensberuf mit Innerlichkeit und Nachhaltigkeit hinzugeben, so werden wir auch ein politisches System, das diese Eigenschaft berücksichtigt, als ein national eigenes ansprechen dürfen. Uns Deutschen wird niemand in der Welt helfen, wenn es gilt, sich auf sich selbst zu besinnen und zu reformieren. Gelingt unsere politische Gesundung nicht aus uns heraus, so werden wir in Europa und auf der Erde keine Mission mehr zu erfüllen haben.

Wir stehen freilich im Umkreise anderer Länder und in der Weltwirtschaft, was wir nie zu vergessen haben, wenn wir ökonomische Politik betreiben, und wenn diese fremden Staaten es sich genau überlegen, so wissen die meisten recht wohl, daß es auch in ihrem Interesse liegt, daß wir sozialwirtschaftlich gesunden. Der wirtschaftliche Völkerverkehr und die ihm zugrunde liegenden Produktionen sind so miteinander zu einer Totalität verbunden, daß der Ausfall wichtiger, geschichtlich angepaßter Glieder oder Organe allseitig empfunden wird und allseitig Verkümmern bringt.

Unter unseren Feinden, die die deutschen Schläge von 1914—1918 nicht vergessen können und recht wohl wissen, wie es mit ihrem Siege beschaffen war, gibt es immer noch Stimmen genug, die meinen, es fromme ihnen am besten, wenn sie des Reiches wirtschaftliche und politische Macht gänzlich aus der Schar der Völker extirpieren. Der Haß macht diese Politiker blind. Selbst wenn sie sich damit abfänden, daß ihr Volk nichts mehr nach Deutschland auszuführen brauche, und sie keinerlei deutsche Ware mehr nötig hätten, so übersehen sie, daß ohne deutsche Hilfe der ganze Osten Europas niemals aufgebaut werden kann, von dem Frankreich und England nur Früchte zugehen werden, wenn er vorher wieder fruchtbar gemacht worden ist. Die deutsche Energie zur wirtschaftlichen Unternehmung ist durch den Krieg nicht gebrochen worden, und die Handarbeiterschaft fängt doch auch wieder an, die Notwendigkeit einer regen Tätigkeit zu begreifen. Das wissen die Engländer und Franzosen recht gut, ärgert und freut sie zugleich, das erstere, weil man es bei sich etwas vermißt, schon dreißig Jahre vor dem Kriege eigentlich vermißt und die deutsche Zukunft fürchtete; das zweite, weil sie das Reich als eine milchende Kuh glauben behandeln zu dürfen, der sie unermeßliche Summen von Kriegskontribution abzapfen wollen.

Den Franzosen ist es bequem, ihr Defizit an wirtschaftlicher Vertiefung und Ausweitung von einem besiegten Gegner durch Anwendung von Waffengewalt decken zu lassen, die ihr Ruhmbedürfnis zugleich befriedigt; die Engländer haben sich auf Handel und Geldgeschäft so

eingestellt, daß ihnen diese Tätigkeiten mehr zusagen als produzierende Arbeit. Aber erst muß etwas in Deutschland da sein, ehe es genommen und verhandelt werden kann. Daher wird man in beiden Ländern schließlich einsehen, daß man die Henne nicht schlachten darf, die die goldenen Eier legt. So wird denn schließlich nichts übrigbleiben, als das Versailler Diktat einer Revision zu unterziehen. In Deutschland ist dann wenigstens die Möglichkeit gegeben, die Finanzen und das Geldwesen zu ordnen, und damit ist die Voraussetzung erst vorhanden, in eine Wirtschafts- und Sozialpolitik einzutreten, die wir in einigen Zügen umrissen haben.

Wenn Deutschlands Feinde nun in Zukunft einige Vernunft walten lassen, so wissen wir wohl, daß Großmut in ihr keinen Platz hat, sondern Berechnung alles ist. Es ist vielleicht praktischer, meinen sie, einen niedergeworfenen Feind zu versklaven als ihn totzuschlagen. Wir leben nicht im Altertum, sondern in der Weltwirtschaft, und diese läßt sich nicht durch Sklaven, sondern nur durch freie Arbeit beleben, und somit wird jene unhumane Alternative auch unhaltbar werden. Das wird um so schneller allgemeine Überzeugung werden, als die Deutschen kein höheres Ziel kennen werden als Freiheit in der Einigkeit. Wenn sie sich aber zu Sklavenarbeit lieber bekennen wollen, so würde das ihrer großen Vergangenheit nicht würdig sein. Ein schnelles Ende wäre vom Standpunkt der nationalen Ehre das geringere Übel.

Die angegebenen Preise

sind Grundpreise, die gegenwärtig (Oktober 1922) den jetzigen Herstellungs- u. allgemeinen Unkosten entsprechend, mit der Teuerungsziffer 60 (für Schulbücher mit * bezeichnet, mit 30) zu vervielfältigten sind.

Allgemeine Volkswirtschaftslehre. V. Geh. Oberreg.-R. Prof. Dr. W. Lexis. (Kult.d. Gegenw., hrsg. v. Prof. P. Hinneberg, II, 10, 1.) 2. Aufl. Geb. M. 15.—

„Ein geistvolles Werk, in dem der Verf. seine durch langjährige vielseitige, tiefgründige Studien ausgereifte Stellung zur Volkswirtschaftslehre in glänzender Weise niedergelegt hat.“
(Literarisches Zentralblatt für Deutschland.)

Grundzüge der Volkswirtschaftslehre. Von Prof. W. Gelesnoff. Nach einer vom Verf. für die deutsche Ausgabe vorgenommenen Neubearb. des russ. Originals übers. von Dr. E. Altschul. 2. Aufl. [U. d. Pr. 1922.]

Das Werk, mehr ein Lese- als Lehrbuch darstellend, will mit den wichtigsten Problemen der Nationalökonomie und ihren Lösungen vertraut machen, zu einer selbständigen Stellungnahme ihnen gegenüber anleiten und zum nationalökonomischen Denken erziehen.

Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Leitfaden für den volkswirtschaftl. Unterricht. V. Dr. Alice Salomon. Ausg. A. 5. Aufl. Kart. *M. 2.80

„Alice Salomons Volkswirtschaftslehre unterscheidet sich durch Zuverlässigkeit im einzelnen und großzügige Heraushebung der wichtigsten Dinge von den vielen Büchern, die einen gleichen Zweck verfolgen.“
(Deutsche Wirtschaftszeitung.)

Individuum und Gemeinschaft. Grundfragen der sozialen Theorie und Ethik. Von Prof. Dr. Th. Litt. Geh. M. 6.—, geb. M. 8.—

„Will durch die Helligkeit und Lebendigkeit seiner Erkenntnisse auf Einzel- und Gesamtseele wirken und über alle Spaltungen der Gegenwart hinweg zu neuen, schöpferischen Synthesen führen.“
(Vossische Zeitung.)

Der Einzelne und sein Staat. Von Privatdoz. Dr. W. Schulze-Soelde. Geh. M. 5.—, geb. M. 8.40

Verf. stellt auf streng philosophischer Grundlage in allgemeinverständlicher Form über „das Gesetz des Einzelnen“, „das Schaffen für den Staat“, „das Wesen des Staates“, „die Möglichkeit des Staates“, „Erziehung und Recht“, „Recht und Macht“ tief-schürfende Untersuchungen an und sucht neue Mittel und Wege zu finden, die das Denken und Handeln des Deutschen in Hinblick auf seine Staatsbürgerschaft richtunggebend beeinflussen können.

Die englische Wirtschaft. Von Prof. Dr. H. Levy. Geh. M. 4.—, geb. M. 6.—

Legt die Gründe des heutigen Volksreichtums Englands dar, unter besonderer Berücksichtigung des modernen Aufschwungs auf sozialem Gebiete.

Die Vereinigten Staaten als Wirtschaftsmacht. Von Prof. Dr. H. Levy. [Erscheint Weihnachten 1922.]

Grundzüge der bulgarischen Wirtschafts- und Handelspolitik. Von O. Fechner. (Vorträge und Aufsätze, hrsg. vom Osteuropa-Institut, Breslau. I, 3.) Kart. M. 1.80

Gestützt auf langjährige Erfahrungen, die der Verfasser als wirtschaftspolitischer Mitarbeiter bei bulgarischen Behörden und Banken gesammelt hat, gibt er eine Darstellung der Agrarverfassung, des Standes der Bodenvirtschaft, der Landwirtschaftspolitik bisher und heute in der Absicht, die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Bulgarien durch eine kritische Behandlung der Grundzüge der bulgarischen Volkswirtschaft zu fördern.

Rußlands neue Wirtschaftspolitik. Von Prof. Dr. E. Fückner. (Vorträge u. Aufsätze. Hrsg. vom Osteuropa-Institut, Breslau. I, 5.) [U. d. Pr. 1922.]

Die Schrift behandelt nach einer Einleitung, die die Gründe darlegt, die zur neuen russischen Wirtschaftspolitik führen, die für die deutschen Interessen wichtigsten Faktoren dieser: Konzessionen, Außenhandelspolitik, Organisation der Großindustrie, Truste, Absatz-schwierigkeiten, Kaufkraft der Bevölkerung, Verkehrswege und Exportmöglichkeiten.

Kapitalismus und Sozialismus. Betrachtungen üb. d. Grundlag. d. gegenwärtigen Wirtschaftsordnung sow. d. Voraussetzungen u. Folgen d. Sozialismus. Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. L. Pohle. 3. Aufl. Geh. M. 3.50, geb. M. 5.—

„Weit aus das Beste, was bisher über Kapitalismus u. Sozialismus kritisch-wissenschaftlich und zugleich gut verständlich veröffentlicht wurde. (Literarisches Zentralblatt f. Deutschland.)

Das Genossenschaftswesen in Deutschland. Von Professor Dr. W. Wygodzinski. Teubn. Handbücher für Handel u. Gewerbe. Geb. M. 16.80

„... Die Schrift ist allen denen nachdrücklichst zu empfehlen, welche ohne besondere Vorkenntnisse sich über die einschlagenden Fragen orientieren wollen.“ (Jahrb. f. Nationalökon.)

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Die angegebenen Preise

sind Grundpreise, die gegenwärtig (Oktober 1922), den jetzigen Herstellungs- u. allgemeinen Unkosten entsprechend, mit der Teuerungsziffer 60 (für Schulbücher, mit * bezeichn. net, mit 30) zu vervielfältigen sind.

Die russische Genossenschaftsbewegung (1865—1921.) Von Dr. E. Fuckner. Kart. M. 12.—

Die Schrift gibt eine Schilderung der russischen Genossenschaftsbewegung und der Zerstörungsarbeit der Bolschewiki. Die hauptsächlichsten Dekrete und Verordnungen sind vollständig oder in Auszügen angeführt, ihre Durchführung in der Praxis eingehend geschildert.

Zeitgemäße Betriebswirtschaft. Von Direktor Dr.-Ing. G. Peiseler. I. Teil: Grundlagen. Geh. M. 8.40, geb. M. 12.—

Das Werk entwickelt ein umfassendes System der deutschen Betriebswirtschaft, indem es, von dem wirtschaftlichen Aufbau des Einzelunternehmens ausgehend, alle grundlegenden Fragen, die unsere heutige Wirtschaft beherrschen, in ihrem inneren Zusammenhange behandelt.

Die Geldentwertung in Deutschland. Von Prof. Dr. K. Bräuer. [U. d. Pr. 22.]

Eine für weitere Kreise bestimmte ausführliche Darstellung der tiefsten Ursachen und der schwierigen Zusammenhänge, welche der Bewegung des inneren und äußeren Geldwertes zugrunde liegen. Die Darstellung beschäftigt sich insbesondere mit den Wirkungen der Geldentwertung auf die Lage des deutschen Außenhandels, auf die Preise, Löhne und Gehälter, ferner mit der sozialen Umschichtung, der Überfremdung, der Frage des Ausverkaufs durch Valuta-Gäste, der Geldhypothek, Valutaversicherungen, Valutaanleihen usw.

Mathematik des Geld- und Zahlungsverkehrs. Von Prof. Dr. A. Loewy. Geh. M. 11.—, geb. M. 13.—

Das Werk bietet, ohne höhere mathematische Kenntnisse voraussetzen, Belehrung über die finanziellen Berechnungen, die beim Geldverkehr in der Haus- und Volkswirtschaft von Bedeutung sind, z. B. Zins und Diskont, Kontokorrent, Kauf von Wechseln und Wertpapieren, Arbitrage, Amortisationshypotheken, Erbaurecht, Abschreibungen, tilgbare Anleihen usw.

Die Bilanzen der privaten und öffentlichen Unternehmungen. Von Prof. Dr. phil. et jur. R. Passow. I. Teil: 3., neu durchges. Aufl. Geh. M. 16.—, geb. M. 20.—. II. Teil: 3. Aufl. [U. d. Pr. 1922.]

I: Allgem. Teil. II: Die Besonderheiten in den Bilanzen d. Aktiengesellsch., Gesellsch. mit beschr. Haftung, Genossenschaften, der bergbau-, Bank-, Versicherungs- u. Eisenbahnunternehmungen, der Elektrizitäts-, Gas- u. Wasserwerke sowie der staatl. u. komm. Erwerbsbetriebe.

Der Verf. gehört zu den wenigen Vertretern der modernen Wirtschaftswissenschaft, die sich die Erforschung kaufm. Bilanzen angelegen sein lassen, und diese geben demjenigen, der in ihnen zu lesen vermag, eine außerordentliche Fülle von Material." (Zeitschrift für Handelsrecht.)

Versicherungswesen. Von Prof. Dr. A. Manes. 3., neubearbeitete und erweiterte Auflage. I: Allgemeine Versicherungslehre. Geh. M. 12.—, geb. M. 16.—. II: Besondere Versicherungslehre. Geh. M. 17.—, geb. M. 22.—

Die Neuauflage berücksichtigt in der Neuausgabe die Wirkungen des Krieges wie des Versailler Vertrages, die Folgen der Geldentwertung, das Sozialisierungsproblem, die Steuergesetze der Nachkriegszeit, die Verbands-Selbstversicherung, die Aufrührerversicherung, die Kriegsanleihe- und Kriegswaisen-Versicherung, die Versicherung Kriegsverletzter, den Reichstarifvertrag der Versicherungsangestellten u. v. a.

Handelswörterbuch. Zugleich fünfsprachiges Wörterbuch zusammengestellt v. V. Armhaus, verpfl. Dolmetscher. Von Handelsschuldir. V. Sittel u. Justizrat Dr. M. Strauß. (Teubn. kl. Fachwörterbücher. Bd. 9.) Geb. M. 6.—

Gibt rasch und zuverlässig Auskunft über die wirtschaftlichen, technischen und rechtlichen Vorgänge und Zusammenhänge im kaufmännischen Berufsleben.

Sibirien und seine wirtschaftliche Zukunft. Ein Rück- u. Ausblick auf Handel u. Industrie Sibiriens. Von Prof. Dr. P. W. Danckwört. (Quellen u. Studien des Osteuropa-Instituts Breslau. VII. 2.) Geh. M. 12.—, geb. M. 15.—

Auf Grund eines langjährigen Aufenthaltes in Sibirien während des Krieges und unter Benutzung heute nicht mehr beschaffbaren Materiales gibt der erst kürzlich von dort zurückgekehrte Verfasser eine eingehende Darstellung der dortigen wirtschaftlichen Verhältnisse.

Sozialpolitik. Von Geh. Hofrat Prof. Dr. O. v. Zwi edineck-Südenhorst. Geh. M. 9.20, geb. M. 13.—

„Die Betrachtung der Sozialpolitik' verliert nirgends den Zusammenhang mit den Gesamtiinteressen der Gesellschaft. Verf. tritt mit leidenschaftloser Wissenschaftlichkeit an die Untersuchung der Probleme heran.“ (Zeitschr. f. bad. Verwaltung u. Verwaltungspflege.)

Leitfaden der Wohlfahrtspflege. Von Dr. A. Salomon. Unter Mitwirkung von S. Wronsky. Geh. M. 2.40, geb. M. 4.—

In diesem Buche wird erstmalig ein Überblick geboten über die Grundlagen, die Entwicklung und den Aufgabenkreis der Wohlfahrtspflege, der sowohl für den Gebrauch an Schulen und Kursen, für die Vorbereitung auf Prüfungen wie für die in der praktischen Arbeit stehenden Kräfte bestimmt ist.

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Die angegebenen Preise

sind Grundpreise, die gegenwärtig (Oktober 1922), den jetzigen Herstellungs- u. allgemeinen Unkosten entsprechend, mit der Teuerungsziffer 60 (für Schulbücher, mit * bezeichnet, mit 30) zu vervielfältigten sind.

Teubners Handbuch der Staatsbürger- und Volkswirtschaftskunde. [Unt. d. Pr. 1922.]

Das Handbuch ist in erster Linie als Grundlage für den staatsbürgerlich-volkswirtschaftlichen Unterricht, namentlich an unseren höheren Schulen, aber ebensowohl für den gebildeten Laien bestimmt. Sein Ziel ist, an der Erzeugung eines festgegründeten deutschen Staatsbewußtseins in der künftig zur Führung unsres Volkes berufenen Jugend mitzuwirken. Der Schwerpunkt ist auf die großen inneren Zusammenhänge, die Hauptlinien der geschichtlichen Entwicklung, die Grundzüge der heutigen Zustände und Ordnungen gelegt.

Volk und Vaterland. (Schaffen u. Schauen. Band I.) 4. Aufl. Geb. M. 12.50
Auch geteilt erhältlich: I: **Das Deutsche Reich.** Land, Volk, Staat. Geb. M. 6.—
II: **Das Wirtschaftsleben.** Volkswirtschaft, Wirtschaftspolitik, Im Beruf. M. 7.—

„Das Buch ist ein Stahlbad, das stärker macht zum Kampfe gegen sich selber, das vom Ich-Standpunkte fortführt zum Gemeinsamen des Volkes, zum Schaffen am Vaterland. Ein Führer ins Leben will es sein und wird es hoffentlich Unzähligen werden.“ (Werden u. Wirken.)

Vom deutschen Volk zum deutschen Staat. Von Prof. Dr. P. Joachimsen. 2. Aufl. (ANuG Bd. 511.) Kart. M. 1.60, geb. M. 2.—

Die Entwicklung des deutschen Nationalbewußtseins verfolgend, zeigt der Verfasser den Weg, den wir von der Entstehung eines deutschen Volkes aus dem Germanentum bis zum Machtstaat Bismarcks und der demokratischen Republik der Gegenwart zurückgelegt haben.

Deutsche Verfassungsgeschichte vom Anfange des 19. Jahrh. bis zur Gegenwart. Von Prof. Dr. M. Stimming. (ANuG Bd. 639.) Kart. M. 1.60, geb. M. 2.—

Zeigt die staatliche Entwicklung Deutschlands vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Revolution, vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich, vom absolutistisch-patriarchalischen Obrigkeits- und Beamtenstaat zur Republik.

Die Reichsverfassung vom 11. August 1919. Von Prof. Dr. O. Bühler. (ANuG Bd. 762.) Kart. M. 1.60, geb. M. 2.—

Bietet nach einem einleitenden Abschnitt über die Verfassungsentwicklung vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zur Revolution 1918 einen ausführlichen freien Kommentar zu der im Wortlaut wiedergegebenen neuen Reichsverfassung, wobei weniger Wert auf Einzelheiten als vielmehr auf die Schilderung der großen Zusammenhänge und den Vergleich mit den ausländischen Verfassungen gelegt wird.

Einführung in die Bürgerkunde. Ein Leitfaden für den staatsbürgerlichen Unterricht. Von M. Treuge. Ausg. A. 5. Aufl. *M. 6.—, Ausg. B. M. 6.40

Eine Einführung in die Gebiete des staatsbürgerlichen Lebens, in deren Mittelpunkt die Reichsverfassung steht.

Die deutsche Volksgemeinschaft. Wirtschaft, Staat, soziales Leben. Eine Einführung. Allg. Ausg. A. Ausg. B für Frauenschulen und Fortbildungsschulen. Von Dr. A. Salomon. *Kart. je M. 7.—

Das Buch gibt eine Übersicht über die Grundlagen der deutschen Volksgemeinschaft: den deutschen Staat, die deutsche Volkswirtschaft und die auf gegenseitige Förderung gerichteten Bestrebungen, insbesondere die Wohlfahrtspflege.

Die bewegenden Kräfte in der deutschen Volksgeschichte. Ein Beitrag zur politischen Soziologie. Von Legationsrat a. D. Prof. Dr. C. Brinkmann. [U. d. Pr. 1922.]

Das Buch will der notwendigen geschichtlich-politischen Bildung unseres Volkes dienen, indem es einen Überblick über die Hauptperioden der deutschen Volksgeschichte von der Entstehung germanischer Staaten bis zum Ausgange des Weltkrieges gibt und die in ihnen wirkenden Kräfte aufzeigt. Nicht auf dem tatsächlichen Nebeneinander, sondern auf den Formen der Verbindung der einzelnen historischen Lebensgebiete liegt der Nachdruck.

Die Großmächte und die Weltkrise. Von Prof. Dr. R. Kjellén. Kart. M. 4.—, geb. M. 5.—

„In knappen, aber inhaltsreichen Zeiten, von hohem Standpunkt aus, kennzeichnet Kjellén die einzelnen Großmächte.“ (Münchener Neueste Nachrichten.)

Die Entwicklung des deutschen Städtewesens. Von Prof. Dr. Hugo Preuß. I. Band: Entwicklungsgeschichte der deutschen Städteverfassung. Geh. M. 4.80, geb. M. 7.40. II. Band: Problem der Verfassung und Verwaltung. [In Vorbereitung.]

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Die angegebenen Preise

sind Grundpreise, die gegenwärtig (Oktober 1922), den jetzigen Herstellungs- u. allem. Unkosten entsprechend, mit der Leuerungsnummer 60 (für Schulbücher mit * bezeichnet, mit 30) zu vervielfältigen sind.

Aus Natur und Geisteswelt

Jeder Band kartoniert M. 1.20, gebunden M. 1.60

Zur Wirtschaft sind u. a. erschienen:

- Grundzüge der Volkswirtschaftslehre.** V. Prof. Dr. G. Jahn. 2. Aufl. . . . (Bd. 593.)
- Geldwesen, Zahlungswesen, u. Vermögensverwaltung.** Von G. Maier. 2. Aufl. (Bd. 398.)
- Die neuen Reichssteuern.** In knapper, übersichtlicher Darstellung mit Beispielen u. Tabellen j. d. Gemeindegebrauch erläutert. V. Rechtsanwalt Dr. E. Dele (Bd. 767.)
- Grundriß der Münzkunde.** 2. Aufl. Mit zahlreichen Abbildungen. I. Bd.: Die Münze nach Wesen, Gebrauch und Bedeutung. Von Hofrat Prof. Dr. A. Luschin v. Ebengreuth. 2. Aufl. (Bd. 91.) II. Bd.: Die Münze in ihrer geschichtlichen Entwicklung vom Altertum bis zur Gegenwart. Von Prof. Dr. H. Buchenau. (Bd. 657.)
- Statistik.** V. Prof. Dr. E. Schott. 3. Aufl. (442.)
- Die kaufmännische Buchhaltung u. Bilanz.** Von Dr. P. Gerstner. 4. Aufl. Mit schematischen Darstellungen. Bd. I: Allgemeine Buchhaltungs- und Bilanzlehre. Bd. II: Buchhalterische Organisation. (Selbstkostenkontrollbuchführung) (Bd. 506/507.)
- Kaufmännisches Rechnen zum Selbstunterricht.** Von Studentat R. Dröll (Bd. 724.)
- Lehrbuch der Rechenvorleser.** Schnellrechnen und Rechenkunst. Mit zahlr. Übungsbeisp. Von Ing. Dr. phil. J. Vojta (Bd. 739.)
- Das Recht des Kaufmanns.** Ein Leitfadens für Kaufleute, Studierende und Juristen. Von Justizrat Dr. M. Strauß (Bd. 409.)
- Das Recht d. kaufmännischen Angestellten.** Von Justizrat Dr. M. Strauß (Bd. 361.)
- Die Rechtsfragen des täglichen Lebens in Familie und Haushalt.** Von Justizrat Dr. M. Strauß (Bd. 219.)
- Antike Wirtschaftsgeschichte.** Von Dr. O. Neutath. 2. Aufl. (Bd. 258.)
- Wirtschaftsgeschichte vom Ausgange der Antike bis zum Beginn d. 19. Jahrh. (Mittlere Wirtschaftsgeschichte).** V. Prof. Dr. H. Sieveking. (Bd. 577.)
- Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im letzten Jahrhundert.** Von Geh. Reg. Rat Prof. Dr. E. Pohe. 4. Aufl. (Bd. 57.)
- Geschichte des Welthandels.** Von Dir. Prof. Dr. M. G. Schmidt. 4. Aufl. (Bd. 118.)
- Englands Weltmacht in ihrer Entwicklung vom 17. Jahrhundert bis auf unsere Tage.** Von Prof. Dr. W. Langenbed. 3. Aufl. (Bd. 174.)
- Geschichte des deutschen Handels seit dem Ausgange des Mittelalters.** Von Prof. Dr. W. Langenbed. 2. Aufl. Mit 16 Tab. (Bd. 237.)
- Der gewerbliche Rechtsschutz in Deutschland.** Von Patentanwalt P. Folkendorf. (Bd. 138.)
- Deutsches Wirtschaftsleben.** Auf geograph. Grundlage geschildert. V. Prof. Dr. Chr. Gubert. 4. Aufl. neubearb. v. Dr. H. Kleinlein. (Bd. 42.)
- Die deutsche Landwirtschaft.** Von Dr. W. Claassen. 2. Aufl. Mit 15 Abbildungen und 1 Karte (Bd. 215.)
- Ernährung und Nahrungsmittel.** Von Geh. Rat Prof. Dr. N. Junh. 3. Aufl. Mit 6 Abbildungen und 1 Tafel. (Bd. 19)
- Der Tabak. Anbau, Handel und Verarbeitung.** Von Jac. Wolf. 2. Auflage. Mit 17 Abbildungen (Bd. 416.)
- Verkehrsentwicklung in Deutschland, seit 1800 (fortgeführt bis zur Gegenwart).** Von Geh. Hofrat Prof. Dr. W. Eoh. 4. Aufl. (Bd. 15.)
- Das Postwesen.** V. Abteilungsdir. O. Siebliff. 2. Aufl. (Bd. 182.)
- Das Telegraphen- und Fernsprechwesen.** 2. Aufl. V. Abteilungsdir. O. Siebliff. (Bd. 183.)
- Das Hotelwesen.** Von P. Damm-Etienne. Mit 30 Abbildungen (Bd. 331.)
- Die großen Sozialisten.** Von Privatdozent Dr. Fr. Mucke. 4. Aufl. 2 Bde. Bd. I: Owen, Fourier, Proudhon. (Bd. 269.) Bd. II: Pecqueur, Buche, Blanc, Rodbertus, Weitling, Marx, Eassalle. (Bd. 270.)
- Karl Marx.** Versuch einer Würdigung. Von Prof. Dr. K. Wilbrandt. 4. Aufl. (Bd. 621.)
- Soziale Bewegungen und Theorien bis zur modernen Arbeiterbewegung.** Von G. Maier. 8. Aufl. (Bd. 2.)
- Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.** Von Geh. Hofrat Prof. Dr. v. Zwi edine d. S ü den h of st. 2. Aufl. (Bd. 78.)
- Grundzüge des Versicherungswesens.** (Privatversicherung.) Von Prof. Dr. A. Manes. 3., veränd. Aufl. (Bd. 105.)
- Bevölkerungswesen.** Von Prof. Dr. E. von Dorkiewicz. (Bd. 670.)
- Wohnungswesen.** Von Prof. Dr. K. Eberstadt. Mit 11 Abbildungen im Text. (Bd. 709.)
- Die deutsche Frauenbewegung.** Von Dr. Marie Bernays (Bd. 761.)
- Die moderne Mittelstandsbewegung.** Von Dr. E. Müffelmann (Bd. 417.)
- Die sozialen Organisationen.** Von Prof. Dr. E. Ledetec. 2. Aufl. (Bd. 554.)
- Die Konsumgenossenschaft.** Von Prof. Dr. F. Staudinger. 2. Aufl. (Bd. 222.)
- Berufswahl, Begabung u. Arbeitsleistung in ihren gegenseitigen Beziehungen.** Von W. J. Kuttmann. 2. Aufl. Mit 7 Abb. (Bd. 522.)
- Die Arbeitsleistungen des Menschen.** Einführung in die Arbeitsphysiologie. Von Prof. Dr. H. Boruttan. Mit 14 Fig. (Bd. 539.)

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Die angegebenen Preise sind Grundpreise, die gegenwärtig (Oktober 1922), den jetzigen Herstellungs- u. allgemeinen Unkosten entsprechend, mit der Teuerungsziffer 60 (für Schulbücher, mit * bezeichnet, mit 30) zu vervielfältigen sind.

Grundriß der Geschichtswissenschaft

Zur Einführung in das Studium der deutschen Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit

Herausgegeben von **Aloys Meister**

Inhaltsübersicht des Gesamtwerkes

I. Reihe: Historische Hilfswissenschaften und Propädeutik

- | | |
|--|--|
| <p>1. *Lateinische Paläographie. Von Archivdir. Prof. Dr. B. Bretholz. Geh. M. 2.40, geb. M. 3.20.</p> <p>2. *Urkundenlehre. I Teil: Grundbegriffe, Königs- und Kaiserurkunden. Von Prof. Dr. B. Thommen. II Teil: Papsturkunden. Von Prof. Dr. L. Schmitz-Kallenberg. Kart. M. 9.—</p> <p>2a. Allgemeine Urkundenlehre für Deutschland und Italien. Von Prof. Dr. R. Heuberger. Kart. M. 2.80.</p> <p>3. *Chronologie des deutschen Mittelalters und der Neuzeit. Von Geh. Archivrat Dr. Hermann Grotefend. Geh. M. 1.50, geb. M. 2.—</p> <p>4. *Sphragistik. Von Archivdir. Geh. Archivrat Theodor Ilgen.</p> <p>*Heraldik. Von Archivar a. D., Reg.-Rat Dr. Erich Gritzner.</p> | <p>*Deutsche Münzgeschichte. V. Geh. Reg.-Rat Dr. F. Friedensburg. Zs. M. 2.—, geb. M. 3.20.</p> <p>4a. Genealogie. Von O. Forst-Battaglia. Geh. M. 1.80, geb. M. 2.20.</p> <p>5. *† Quellen und Grundbegriffe der histor. Geographie Deutschlands und seiner Nachbarländer. Von Prof. Dr. Rud. Kötzschke.</p> <p>6. *Grundzüge der historischen Methode. Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Aloys Meister. Geschichtsphilosophie. Von Professor Dr. O. Braun. Zus. geh. M. 1.50, geb. M. 2.40.</p> <p>7. *Quellen und Historiographie der deutschen Geschichte bis 1500. Von Prof. Dr. Max Jansen. Fortgef. v. Prof. Dr. Schmitz-Kallenberg. M. 3.—, geb. M. 4.—</p> <p>8. † Quellen und Historiographie der Neuzeit. Von Geh. Rat Prof. Dr. Hermann Oncken.</p> |
|--|--|

II. Reihe: Historische Sonderwissenschaften

- | | |
|--|--|
| <p>1. Deutsche Wirtschaftsgeschichte bis zum 17. Jahrhundert. Von Prof. Dr. Rudolf Kötzschke. Kart. M. 7.—</p> <p>2. * Grundzüge der neueren Wirtschaftsgesch. (v. 17. Jahrh. b. z. Gegenwart). Von Prof. Dr. Heinr. Sieveking. Kart. M. 3.—</p> <p>3. * Deutsche Verfassungsgeschichte von den Anfängen bis ins 14. Jahrh. Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. A. L. Meister. Geh. M. 7.—</p> <p>4. * Deutsche Verfassungsgeschichte v. 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Von Prof. Dr. Fritz Hartung. Geh. M. 7.—</p> | <p>5. *Deutsche Rechtsgeschichte. (Mit Ausschuß der Verfassungsgeschichte.) Von Prof. Dr. Claudius Freiherr von Schwerin. Geh. M. 3.20, geb. M. 5.—</p> <p>6. *Verfassungsgeschichte d. deutscher Kirche im Mittelalter. Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. A. Werminghoff. M. 4.40, geb. M. 7.—</p> <p>7. † Verfassungsgeschichte der katholischen Kirche in der Neuzeit. Von Prof. Dr. Jos. Freisen.</p> <p>8. *Geschichte der protestantischen Kirchenverfassung. Von Prof. Dr. Emil Sehling. M. 1.40, geb. M. 2.—</p> |
|--|--|

* 2. bzw. 3. Auflage. † In Vorbereitung.

Der „Grundriß“ soll in gedrängter Zusammenfassung und knapper Darstellung Studierenden wie Lehrern zur Einführung, Wiederholung und Vertiefung des historischen Studiums dienen.

Der „Grundriß“ soll den augenblicklichen Stand der Geschichtswissenschaft in den behandelten Einzeldisziplinen wiedergeben. Nicht Ergebnisse allein, auch neu aufgeworfene und zur Diskussion stehende Fragen werden darin erörtert.

Der „Grundriß“ soll anspornen zur Mitarbeit, zum Vergleichen und Beobachten sowie zum Sammeln entlegener Merkmale und Zeugnisse. Durch reiche Literaturangaben besonders in Kontroversfragen, wird der Leser in die Lage gesetzt, das Gebotene weiter zu verfolgen und die Begründung des ausgesprochenen Urteils zu prüfen.

Der „Grundriß“ eignet sich auch vortrefflich als Nachschlagewerk. Als solches wird er weder in Bibliotheken der höh. Schulen noch in denen der histor. Vereine fehlen dürfen.

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin